

Mitchell G. Ash

# Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozess der deutschen Vereinigung 1989–2002

Eine politische Wissenschaftsgeschichte





# **Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft**

Herausgegeben von  
Jürgen Kocka, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz

Wissenschaftliche Redaktion: Birgit Kolboske

Band 5

Mitchell G. Ash

# **Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozess der deutschen Vereinigung 1989–2002**

Eine politische Wissenschaftsgeschichte

Vandenhoeck & Ruprecht

Dieses Buch wurde durch das Forschungsprogramm »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« (GMPG) gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Vandenhoeck & Ruprecht, Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen,  
ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc.,  
Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn,  
Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hoteli,  
Brill Schönigh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,  
V&R unipress und Wageningen Academic.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als  
den durch diese Lizenz erlaubten Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des  
Verlages.

Umschlagabbildung: Gemeinsame Protestdemonstration von Mitarbeiter\*innen  
des MPI für Aeronomie in Katlenburg-Lindau und des MPI für Geschichte in Göttingen  
gegen die vorgeschlagene Schließung der beiden Einrichtungen, Göttingen, 16.11.1996.  
Quelle: Christoph Papenheim, Über 500 Wissenschaftler gingen auf die Straße,  
HNA 17.11.1996. Foto: Christoph Papenheim.

Korrektur: Anja Borkam, Jena  
Satz: textformart, Göttingen  
Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 2752-2504  
ISBN (Print) 978-3-525-30209-5  
ISBN (PDF) 978-3-666-30209-1  
<https://doi.org/10.13109/9783666302091>

Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0  
International. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# Inhalt

Danksagungen . . . . .	9
1. Einleitung . . . . .	11
1.1 Zur Problemstellung und zum theoretischen Zugang . . . . .	11
1.1.1 Wissenschaft, Politik, Ressourcen . . . . .	11
1.1.2 Ressourcentypen . . . . .	17
1.1.3 Die epistemische Dimension und der Autonomieanspruch der MPG . . . . .	23
1.1.4 Zur geschichtswissenschaftlichen Einrahmung: Ereignis- und Prozessbetrachtung . . . . .	24
1.2 Die Hauptthesen und der Aufbau des Buches . . . . .	26
1.3 Zum Stand der Forschung . . . . .	28
1.3.1 Zum Themenfeld politische Umbrüche im Allgemeinen sowie zu den Themen Wissenschaft und Politik bzw. Wissenschaftswandlungen . . . . .	28
1.3.2 Zum Themenfeld Wissenschaft und Wiedervereinigung . . . . .	29
1.3.3 Zur Geschichte der MPG in diesem Zeitraum . . . . .	30
1.4 Zur Quellenlage . . . . .	31
2. Weichenstellungen. Zur Positionierung der MPG im politischen und wissenschaftspolitischen Geschehen 1989/1990 . . . . .	35
2.1 Vor den Weichenstellungen: Vom Mauerfall bis Juni 1990 . . . . .	36
2.2 Weichenstellungen: Die Ereignisse in Lübeck-Travemünde vom 20. bis 22. Juni . . . . .	48
2.3 Das »Kamingespräch« und die Folgen . . . . .	58
3. Das Engagement der MPG in den Neuen Bundesländern unter der Leitung Hans F. Zachers 1990–1996 . . . . .	63
3.1 Grundsatzprobleme des Engagements – Nützliche Fiktionen und reale Hindernisse . . . . .	65
3.2 Phase 1: Vom »Kamingespräch« bis zu den Evaluierungen des Wissenschaftsrates, Juli 1990 bis Dezember 1991 . . . . .	68

3.2.1 Die »Präsidentenkommission DDR« und die Gründung der Arbeitsgruppen an den Universitäten . . . . .	68
3.2.2 Die Evaluierungen des WR und die Folgen für die MPG . . .	82
3.2.3 Politisches Ost und West: Die Ergänzung des Senats, der Umgang mit politischen Personalprüfungen in den NBL und die Debatte um den Sitz der MPG . . . . .	92
3.2.4 Zwischenfazit . . . . .	98
3.3 Phase 2: Die ersten MPI-Gründungen in den NBL 1991–1995 . . .	101
3.3.1 Die vom WR »induzierten« Neugründungen . . . . .	105
3.3.2 Institutsgründungen aus eigener Initiative: Die Vereinigung als Chance . . . . .	121
3.3.3 Zwischenfazit . . . . .	142
3.4 Phase 3: Die erste Finanzkrise und ihre Überwindung (1991–1993) . . . . .	146
3.4.1 Die Finanzkrisen der deutschen Vereinigung und der MPG . . . . .	146
3.4.2 Die Reaktion der MPG-Leitung: (Versuchte) Mobilisierung der allgemeinen Politik . . . . .	152
3.4.3 Die Überwindung der Krise im März 1993 . . . . .	158
3.5 Phase 4: Neue Weichenstellungen und die Folgen (1993–1996) . .	160
3.5.1 Gründungswelle Ost, »Konzentration« West – Die Gabelung der Wege wird unter dem Druck der allgemeinen Politik formalisiert (1993–1994) . . . . .	160
3.5.2 Die »Standort-Deutschland«-Debatte erreicht die MPG . . .	168
3.5.3 Transnationale und europäische Dimensionen – Die Gründung des IPP-Teilinstituts in Greifswald . . . . .	173
3.5.4 Die Krise der geisteswissenschaftlichen Zentren und die Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien . . . . .	179
3.5.5 Reflexivität oder Begleitforschung? . . . . .	186
3.6 Zwischenfazit Kapitel 2 und 3 . . . . .	197
4. Die Präsidentschaft Hubert Markls 1996 bis 2002 – Abschluss des »Aufbau Ost«, Kürzungen in den ABL und Hinwendung zu einer neuen Gesamtstrategie im Zeichen der »Systemevaluation« . . . . .	209
4.1 Fortsetzung und Abschluss der Erweiterung in die NBL . . . . .	212
4.1.1 Aufbau und Abschluss der AGs an den Universitäten . . . . .	212
4.1.2 Die zweite Welle der Institutsneugründungen . . . . .	215
4.1.3 Zwischenfazit . . . . .	252

---

4.2 Die zweite Finanzkrise und der Schritt zu Institutsschließungen 1996/1997 . . . . .	255
4.3 Die Hinwendung zur Gesamtstrategie . . . . .	276
4.3.1 Von der Reform des Fachbeiratswesens zur »Systemevaluation« . . . . .	279
4.3.2 Verstärkte Internationalisierung . . . . .	289
4.4 Die Hinwendung zur Vergangenheitspolitik . . . . .	296
4.5 Um die Jahrtausendwende und darüber hinaus. Jenseits des »Aufbau Ost«? Nicht ganz! . . . . .	309
4.5.1 Eine Institutsneugründung und eine Übernahme außerhalb der NBL . . . . .	312
4.5.2 Die MPG und die Universitäten – Ewige Rivalität oder Neubeginn? . . . . .	316
4.5.3 Ausblicke 2001: Die Broschüre »MPG 2000+« und die Stellungnahme des WR »Forschungslandschaft Deutschland« . . . . .	319
4.5.4 Einbruch des Realen: Vom Bruch der »5×4-Vereinbarung« 1997/1998 bis zur Nullrunde der MPG 2001/2002 . . . . .	321
5. Zusammenfassung . . . . .	329
5.1 Zur Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik am Beispiel der MPG . . . . .	329
5.2 Wandlung einer Ressourcenkonstellation nach Ressourcentypen . . . . .	334
5.2.1 Zeit und Geld . . . . .	334
5.2.2 Personelle Ressourcen . . . . .	337
5.2.3 Institutionelle Ressourcen . . . . .	348
5.2.4 Diskursive Ressourcen und epistemische Erträge . . . . .	350
5.3 Abschließende Bemerkungen . . . . .	355
6. Verzeichnis der Abkürzungen . . . . .	359
7. Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen . . . . .	363
7.1 Verzeichnis der Tabellen . . . . .	363
7.2 Verzeichnis der Abbildungen . . . . .	363

---

8. Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	367
8.1 Archivalien . . . . .	367
8.2 Zeitzeugeninterviews (Interviewer: Mitchell G. Ash) . . . . .	368
8.3 Gedruckte Quellen . . . . .	369
8.4 Literatur . . . . .	370
9. Personenverzeichnis . . . . .	389

# Danksagungen

Eine Studie wie diese kann ohne die Hilfe anderer wohl kaum geschaffen werden. Dies gilt wohl insbesondere für ein Werk, das während der Zeit der Coronavirus-Pandemie, also fernab der physischen Quellen, zur Niederschrift gebracht werden musste. Die Erforschung der vorliegenden Arbeit begann während mehrerer Gastaufenthalte beim großen Forschungsprogramm zur Geschichte der MPG in Berlin vor 2020. Zuallererst ist also dem Kollegium des Programms – Jürgen Kocka, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz –, das auch das Herausgebergremium der Monografienreihe bildet, in deren Rahmen dieses Buch erscheinen darf, zu danken, und zwar ganz im Allgemeinen, aber auch und vor allem für die Aufforderung, dieses Buch überhaupt zu schreiben und in der Reihe zu veröffentlichen. Sie alle haben Vorfassungen des Manuskripts gelesen und kommentiert, aber Jürgen Kocka möchte ich für seine besonders eingehenden, konstruktiven Kommentare und auch für das Verständnis, das er dieser Arbeit stets entgegengebracht hat, persönlich danken. Ebenfalls persönlich danken möchte ich Carola Sachse für ihre Bereitschaft, mit mir über die Teile unserer beiden Monografien in dieser Reihe, die miteinander zu tun haben, schon während der Schreibezeit ausführlich zu sprechen. Danken möchte ich auch Jaromír Balcar und Florian Schmaltz, mit denen ich über die von ihnen verfassten Teile des großen Synthesebandes des GMPG-Forschungsprogramms, die sich mit dieser Arbeit berühren, ebenfalls austauschen durfte.

Den anderen Wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen des GMPG-Programms danke ich für ihre Kommentare zu früheren Fassungen der ersten Kapitel des Buches und für ihre kollegiale Bereitschaft, auf meine späteren Fragen und Auskunftswünsche an sie einzugehen. Urs Schöpflin und Stefano Veronese danke ich für die Bereitstellung digitalisierter Quellenbestände und für ihre Hinweise zum Umgang mit diesen. Kristina Schoenfeldt danke ich für ihre stets zuvorkommende Hilfe im Umgang mit den administrativen Belangen der nicht ganz einfach zu bewerkstellenden Forschungsarbeit. Birgit Kolboske vom GMPG-Projekt sowie Daniel Sander und Matthias Ansoerge vom Verlag Vandenhoeck & Ruprecht danke ich für die Betreuung der Publikation. Den Mitarbeiter\*innen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Generalverwaltung der MPG in München, allen voran Gottfried Plehn, und den Mitarbeiter\*innen des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft danke ich für ihre Hilfe bei der Quellenarbeit. Die Kuratorin Susanne Uebele am selben Archiv hat mir bei der Zusammenstellung des umfangreichen Bildmaterials unerlässliche Hilfe und unendliche Geduld zukommen lassen.

Ohne die Unterstützung des GMPG-Forschungsprogramms wäre die Forschung im Bundesarchiv in Koblenz nicht möglich gewesen, die in den ersten Kapiteln dieser Arbeit wie im vorangegangenen Preprint zentrale Bedeutung

hat. Den dortigen Archivar\*innen und Mitarbeiter\*innen, insbesondere Barbara Groß, danke ich nochmals für ihre Hilfe beim Zusammensuchen von Quellen und bei der Beantragung der notwendigen Schutzfristverkürzungen sowie für weitere Hinweise. Den Zeitzeug\*innen, deren Namen im Quellen- und Literaturverzeichnis angeführt werden, danke ich für sehr informative Gespräche und regen E-Mail-Austausch. Last, but not least danke ich Christian Kelly und den Lektor\*innen Dr. Anna Diefenbach und Maximilian Stobbe sowie der Projektmanagerin des Verlags Julia Roßberg und der Lektorin Anja Borkam für ihre Mitarbeit bei der Erstellung und Berichtigung der Druckvorlage. Für alle formalen Fehler, die noch da sein sollten, sowie für den gesamten Inhalt dieser Monografie muss und will ich selbstverständlich verantwortlich zeichnen.

Wien, im Juli 2023

# 1. Einleitung

## 1.1 Zur Problemstellung und zum theoretischen Zugang

### 1.1.1 Wissenschaft, Politik, Ressourcen

In diesem Buch sollen die Rolle und Wandlungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der führenden, auf Spitzenforschung ausgerichteten außeruniversitären Forschungsförderungseinrichtung Deutschlands, im Prozess der deutschen Vereinigung zusammenfassend dargestellt und analytisch betrachtet werden. Allgemeinhistorisch gesehen soll hier ein Beitrag zur Einbettung der Wissenschaftsgeschichte in der allgemeinen Zeitgeschichte geleistet werden. Wissenschaftshistorisch gesehen geht es um einen Schritt auf dem Weg zu einer vergleichenden Untersuchung der Neuverhandlungen des Beziehungsgeflechts von Wissenschaft und Politik während sowie infolge der großen politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Die vorliegende Studie stellt ein Fallbeispiel solcher Wandlungen im Prozess der deutschen Vereinigung und der Folgen dieses politischen Umbruchs für die Wissenschaftslandschaft der neuen Bundesrepublik dar. In diesem Sinne handelt es sich um einen Beitrag zu einer politischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung. Was damit gemeint ist, wird weiter unten näher erläutert werden.

Natürlich war die deutsche Vereinigung kein Regimewechsel im Gesamtstaat wie die Umbrüche 1918, 1933 oder 1945; vielmehr löste sich einer der beiden deutschen Staaten, die DDR, auf und trat der Bundesrepublik bei.<sup>2</sup> Damit stellt Deutschland am Ende des Kalten Krieges auch allgemeinhistorisch betrachtet eine Ausnahmeerscheinung dar. Die tiefgreifenden Folgen dieses Umbruchs blieben in ihrer ganzen Radikalität zum größten Teil auf die neuen Bundesländer (NBL), also auf das Gebiet der ehemaligen DDR, begrenzt. Wie zu zeigen sein wird, gab es jedoch Rückwirkungen auf die bisherige Bundesrepublik (die alten Bundesländer, ABL), und zwar in einem Ausmaß, das für viele Betroffenen völlig unerwartet war. Dies galt auch und insbesondere für die MPG.

1 Für erste Thesen hierzu siehe: Mitchell G. Ash: *Scientific Changes in Germany*, 1999, 329–354; Mitchell G. Ash: *Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchszeiten*, 2004, 75–95; Mitchell G. Ash: *Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche*, 2006, 19–37.

2 Dass die späteren Umbrüche nicht getrennt von ihren Vorgängern betrachtet werden können, weil sie von diesen historisch abhängig waren, versteht sich von selbst; auch die deutsche Vereinigung 1990 ist ohne die Schaffung zweier deutscher Staaten nach 1945 undenkbar.

Die Brisanz eines Zugangs unter der Rubrik »Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten« liegt unter anderem in der These, dass es zum Zeitpunkt des jeweiligen Umbruchs durchaus unklar war, was Wissenschaft *und auch* was Politik sein würde, weshalb die Möglichkeit gegenseitiger Verhandlungen unter für alle Akteure noch nicht gefestigten Bedingungen prinzipiell gegeben war.<sup>3</sup> Die umstrittene Frage, ob dies 1990 tatsächlich der Fall war, wird im vorliegenden Buch behandelt. Gleichwohl kann jetzt schon behauptet werden, dass sowohl im Rahmen der deutschen Vereinigung wie auch im Rahmen der anderen Regimewechsel in der neuesten deutschen Geschichte eine Neuverflechtung von Wissenschaft und Politik stattfand, die als eine Neugestaltung von Ressourcenkonstellationen charakterisierbar ist. Auch dies gilt für die MPG.

Als Fallbeispiel dieser komplexen Wandlungen ist die MPG gerade wegen ihres hohen Prestiges als Einrichtung zur Förderung der Spitzenforschung zweifelsohne untypisch. Doch gerade wegen ihrer allseits anerkannten Bedeutung und ihrer damit zusammenhängenden vielfältigen Verbindungen zu den politischen und wirtschaftlichen Spitzen der Bundesrepublik ist die MPG besonders gut geeignet, Einblicke in die Verwobenheit von Wissenschaft und Politik und deren Wandlungen in dieser politischen Umbruchzeit zu erhalten. Ihre Situation war und ist eine grundsätzlich andere als diejenige der Hochschulen. Auch unter den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUFES) hatte die MPG über mehrere Jahre ab 1990 eine Sonderstellung inne, denn sie erhielt selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten höhere Budgetzuwächse als die anderen AUFES. Wie zu zeigen sein wird, war diese Sonderposition allerdings nicht von Dauer; die Gründe dafür gehören ebenfalls zum Thema.

Der vorliegenden wie den bisherigen Arbeiten des Autors zum Themenkomplex liegt ein Verständnis der Historisierung von Wissenschaft und Politik als Beziehungsgeschichte zugrunde.<sup>4</sup> »Die« Politik an sich gibt es demzufolge ebenso wenig wie »die« Wissenschaft als solche. Beide sind im Jargon der Sozialwissenschaften »moving targets«; das heißt, dass es sich keinesfalls um fixe, klar definierte und unveränderliche Größen, sondern um Kollektivsingulare handelt, deren jeweilige Definitionen, Inhalte, Strukturen und Zielrichtungen im Lauf der Zeit einer fortwährenden Änderung unterzogen werden. Grundlage der vorliegenden Analyse ist daher eine Abkehr von der 1918 von Max Weber formulierten Behauptung, dass Wissenschaft und Politik »im Wesenskern einander fremd«<sup>5</sup> seien; stattdessen werden hier wieder einmal *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander* betrachtet.<sup>6</sup>

3 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Reflexionen zum Ressourcenansatz, 2016, 538.

4 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte, 2010a, 11–46.

5 Max Weber: Der Sinn der »Wertfreiheit«, 1918/1968, 489–540, 490–491.

6 Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, 2002, 32–51; ders., Reflexionen zum Ressourcenansatz, 2016, 535–553.

Dabei soll ein erweiterter Politikbegriff zum Tragen kommen, der mehrere Dimensionen beinhaltet:<sup>7</sup>

(1) Die *allgemeine* Politik umfasst zum einen (a) den Kampf um die Macht im Staate und die damit verbundene Auseinandersetzung um politische Gesinnungen und Werte (»politics«) – in den häufig zitierten Worten Max Webers: »das Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.«<sup>8</sup> In Demokratien schließt dies die Positionierung der politischen Parteien während und nach den Wahlkämpfen inklusive der Besetzung von Führungspositionen in der Regierung mit ein. Zum anderen umfasst die allgemeine Politik (b) das, was früher die Regierungskunst hieß und heute das staatlich-administrative Handeln (»policy«) genannt wird, wobei »policy« als Ausgestaltung der nun einmal erhaltenen Macht – neutraler: als die Umsetzung allgemeinpolitischer Zielsetzungen und deren Regelung in einzelnen Politikfeldern – verstanden wird. Angesprochen in diesem Buch wird die Wissenschafts- und Forschungspolitik inklusive ihrer komplexen Berührungspunkte mit der Wirtschafts- oder der Sozialpolitik.

Dabei soll klargestellt sein, dass (b) keinesfalls auf (a) reduzierbar ist. Wie zu zeigen sein wird, sagte die Entscheidung der Kohl-Regierung, eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten anzustreben, zunächst nichts darüber, in welchem Format oder in welchem zeitlichen Rahmen dieses Ziel zu verwirklichen sein sollte. Wie ebenfalls zu zeigen sein wird, zog die darauffolgende Entscheidung der neu gewählten letzten Regierung der DDR im April 1990, die Vereinigung über die Option des Beitritts zur Bundesrepublik nach Art. 23 des Grundgesetzes (GG) anzustreben, im Falle der Wissenschaftspolitik zwar die Grundsatzentscheidung nach sich, die Vereinigung in diesem Politikfeld im Wesentlichen als Übernahme bundesdeutscher Strukturen und Regelungen zu gestalten. Sie enthielt jedoch keine Garantie dafür, dass diese Übernahme tatsächlich ohne Veränderung geschehen würde. Vielmehr führte gerade die Ausführung dieser Entscheidung insbesondere im Falle der Evaluierung der Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) der ehemaligen DDR durch den Wissenschaftsrat (WR) im Jahre 1991 zu einer Wandlung im System der außeruniversitären Forschung (AUF), die niemand im Vorfeld hatte kommen sehen.

(2) Die Wissenschafts*sinnen*politik beinhaltet ihrerseits (a) die Beziehungen der MPG mit anderen Forschungsträgerinnen, darunter aber nicht nur ihre Rolle in der »Allianz« der bundesrepublikanischen Forschungsförderungseinrichtungen,<sup>9</sup>

7 Für erste Überlegungen hierzu vgl. Mitchell G. Ash: *Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche*, 2006, 21–22 sowie ders., *Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte*, 2010a. Die hier formulierte Auslegung des Begriffs der allgemeinen Politik ist vergleichbar mit, aber nicht identisch mit der Formulierung von Dieter Fuchs und Edeltrud Roller, *Politik*, 2009, 208–209.

8 Max Weber, *Politik als Beruf*, 1919/1992, 159.

9 Vgl. hierzu im Detail Vanessa Osganian und Helmuth Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin in der Allianz*, 2022.

sondern auch und insbesondere (b) die Wandlungen der Machtverhältnisse – neutraler: der Governance innerhalb der Institution selbst.<sup>10</sup>

(3) Zwischen der allgemeinen Politik und der Wissenschaftsinnenpolitik angesiedelt sind der Umgang der MPG mit den für sie zuständigen Einrichtungen des Bundes und der Länder sowie umgekehrt der Umgang dieser Instanzen mit der MPG. Hier lag ein bedeutender Wirkungsort der Referent\*innen, Staatssekretär\*innen und weiterer Vermittlungspersonen und -gremien. Am bedeutendsten für sie waren die Verhandlungen der Bund-Länder-Konferenz (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung und deren Arbeitsgruppe DFG-MPG, die unter anderem für die Ausarbeitung von Empfehlungen an die Regierungschefs des Bundes und der Länder bezüglich der Genehmigung der Förderung der MPG insgesamt sowie der Aufnahme von neu zu gründenden Max-Planck-Instituten in die Forschungsförderung zuständig war (und noch ist).

Die Wissenschaftsaußenpolitik der MPG, darunter nicht zuletzt ihre Beziehungen mit wissenschaftspolitischen Einrichtungen außerhalb der Bundesrepublik, wird hier ebenfalls kurz angesprochen: Insbesondere wird sie im Kapitel 4 des Buches im Zusammenhang mit dem Umgang der neuen Bundesrepublik und der MPG mit europäischen Forschungsförderungseinrichtungen sowie mit der verstärkten Internationalisierung der Tätigkeit der MPG während der Präsidentschaft Hubert Markls eigens behandelt. Die Einordnung von alledem in die Geschichte der MPG insgesamt ist Aufgabe eines anderen Bandes der Reihe *Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft*.<sup>11</sup>

Wo in einem solchen Ansatz »die Politik« als sich wandelnde Größe zu verorten sein mag, ist eine wichtige Frage, die nicht allein durch theoretische Überlegungen beantwortet werden kann. Die hier vertretene Antwort beginnt mit einer Warnung vor einer semantischen Falle, die im Deutschen wie im Französischen lauert; in beiden Sprachen wird dasselbe Wort – »Politik« bzw. »politique« – sowohl für »politics« als auch für »policy« verwendet, wobei im Französischen immerhin zwischen »le politique« und »la politique« unterschieden wird.<sup>12</sup> Dass große Teile dessen, was in politischen Umbruchzeiten Politik im allgemeinen Sinne werden kann oder soll, ohne direkten Bezug auf Wissenschaft verhandelt wird, dann aber für diesen Bereich mitunter schwerwiegende Folgen haben kann, ist historisch Kundigen klar. Im Verlauf dieser Studie wird mehrfach nachzuweisen sein, dass dies erst recht für die Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung gilt. Im Folgenden kommen daher beide Bedeutungsebenen des Begriffes der allgemeinen Politik – einerseits die Politik (»politics«) als Kampf um die Macht im Staate und dessen grundsätzliche Ausrichtung bzw. als Auseinandersetzung der Gesinnungen und andererseits Politik als staatlich-administratives Handeln

10 Vgl. hierzu im Allgemeinen Jaromír Balzar: *Wandel durch Wachstum*, 2020 sowie ders. und Jürgen Renn, *Governance der MPG im Wandel*, in Vorbereitung.

11 Carola Sachse: *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023.

12 Philippe Raynaud: *Politics, Policy*, 2014, 803–804.

(»policy«) – zum Vorschein. Diese beiden Dimensionen des Politikbegriffes werden jedoch nicht in eins gesetzt, wie es in von Michel Foucault beeinflussten Arbeiten zu oft geschieht.<sup>13</sup> Vielmehr wird immer wieder deutlich, dass und wie für die meisten Beteiligten »die Politik« als Akteurskategorie eigentlich »policy«, im vorliegenden Fall die Forschungs- und Wissenschaftspolitik, gemeint war, wie sie im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und später im neu gebildeten Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den korrespondierenden Ministerien der Länder betrieben wurde. Dass »Politik« in diesem Sinne wiederum keinesfalls autonom, sondern von Entscheidungen der allgemeinen Politik der jeweiligen Bundes- und Länderregierungen und insbesondere des Finanzministeriums (BMF) abhängig war, war den Beteiligten ohnehin klar; für die MPG sollte dies während der sich wiederholenden Finanzengpässe der 1990er Jahre spürbar werden und konkrete Folgen haben.

Ebenfalls relevant werden Machtverhältnisse innerhalb von staatlichen wie wissenschaftlichen Institutionen sein, die man als »Politik im Kleinen« bezeichnen kann. Von der Übermacht des Finanzministeriums war soeben die Rede; hierzu gehört auch die relative Stärke oder Schwäche des Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), später Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Bundeskabinett, die jedenfalls in den einschlägigen Medienkommentaren anhand der Höhe des Budgets bzw. des Budgetzuwachses bemessen wurde (und wird). Innerhalb der Ministerien spielten und spielen die jeweils zuständigen Fachreferent\*innen und vor allem die Staatssekretär\*innen eine wichtige, bislang häufig unterschätzte Rolle. Dass Forschungseinrichtungen ebenfalls Hierarchien und dementsprechende Machtverhältnisse aufweisen, dürfte bekannt sein; von der komplexen Innenpolitik der MPG wird im Folgenden häufig die Rede sein, weil diese für die Frage danach, wer aus der MPG von welcher Position aus mit wem aus der allgemeinen Politik oder der Wirtschaft auf welche Weise in Beziehung tritt, relevant ist.

Gelegentlich hat die Rede von Wissenschaft *und* Politik zu Missverständnissen Anlass gegeben. So meint Rüdiger Hachtmann, der hier vertretene Ansatz gehe im Erfassen des politischen Handelns leitender Wissenschaftler nicht weit genug.<sup>14</sup> Natürlich stimmt es, dass Wissenschaftler\*innen im gewissen Sinne – vor allem während ihrer Verhandlungen mit Amtsträgern oder in öffentlichen Stellungnahmen sowie ganz besonders in Kriegszeiten – auch politisch tätig werden, doch genau solche Verflechtungen sowie die Neuverflechtungen von Wissenschaft und Politik in politischen Umbruchzeiten wie die multiplen Identitäten der Akteure als Forschende und als Machthaber\*innen im Wissenschaftsbetrieb sind Kernthemen des hier vertretenen Ansatzes. Die Vorstellung Niklas Luhmanns von einer sozialen Teilsystemen innewohnenden Autopoiesis wird hier nicht geteilt. Darin

13 Vgl. zum Beispiel Volker Roelcke: Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion, 2010, 176–192.

14 Rüdiger Hachtmann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933–1945, 2008, 19–52.

setzt er die Idee der »einander wesensfremden Sphären« Webers fort, aber im Folgenden kommt es gerade auf deren manchmal recht enge Verflechtungen an.<sup>15</sup> Ein für diese Studie zentraler Ort für solche Verflechtungen und Verhandlungen ist der Senat der MPG, in dem hochrangige Politiker\*innen, Wissenschaftspolitiker\*innen und Vertreter\*innen der Wirtschaft mit Mitgliedern der MPG im selben Gremium saßen und zuweilen heftige Debatten führten, die sogar in Verhandlungen über Grundsatzfragen münden konnten.<sup>16</sup>

Wie zu zeigen sein wird, handelte es sich im Falle der deutschen Vereinigung – wie bei anderen politischen Umbrüchen auch – nicht um bloße »Turbulenzen«, die auf kurz oder lang durchflogen oder überflogen wurden, bevor der lineare Weiterflug sich fortsetzte, oder um »Irritationen«, die abgeschüttelt wurden, wie Luhmann gelegentlich angedeutet hat.<sup>17</sup> Vielmehr stellt sich in solchen Umbruchzeiten – wie am Schluss dieser Analyse auch – die Frage, ob und wie sich das soziale Teilsystem Wissenschaft und insbesondere die MPG als Ressourcenkonstellation innerhalb dieses Teilsystems im Verlauf und in der Folge des Umbruchs gewandelt haben und wie die Wandlungsprozesse, die feststellbar sein mögen, zu beschreiben sind. Dass ein Zugang wie dieser die Institutionsgeschichte privilegiert, ist evident, aber es handelt sich keinesfalls um einen Blick von außen. Grundlegend für diese Studie ist vielmehr die Auffassung, dass die Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens nicht außerhalb der Wissenschaftsgeschichte liegen, sondern von fundamentaler Bedeutung für sie sind.<sup>18</sup> Dabei wird hier nicht behauptet, dass politische Umbrüche Wissenschaftswandlungen direkt verursachen oder umgekehrt. Vielmehr geht es um die Ermöglichung oder Verunmöglichung sowie um das Timing und die Beschaffenheit von Wissenschaftswandlungen, die im Falle der deutschen Vereinigung allesamt von Entscheidungen der allgemeinen Politik beeinflusst wurden.

15 Luhmann selbst scheint das Festhalten an der Autopoiesis ein Stück weit zu modifizieren, wenn er von einer wechselseitigen »Interpenetration« sozialer Teilsysteme schreibt, in der diese sich bei der jeweils anderen einbringen, ohne ihre jeweilige Integrität aufzugeben; vgl. hierzu Niklas Luhmann: *Soziale Systeme*, 1984, 290. Soziologen sprechen inzwischen von »Koppelungen« und lassen damit immerhin opportunistische Allianzen von der Sorte zu, die im Folgenden auch festzustellen sein werden. Die hier bevorzugte Rede von »Verflechtungen« soll zeigen, dass solche institutionellen Allianzen enger und notwendiger sein können als gelegentliche »Koppelungen«.

16 Zur Bedeutung des Senats im Governance der MPG vgl. Balcar und Renn, *Governance der MPG im Wandel*, 2023, Abschnitt 2a.

17 Niklas Luhmann: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, 1992, 335–336, 348, 623, 732.

18 Vgl. hierzu ausführlicher Mitchell G. Ash: *Wissenschaftsgeschichte in der Geschichtswissenschaft*, 2018.

## 1.1.2 Ressourcentypen

Dem hier verwendeten Ansatz zugrunde liegt ein weiter, flexibler Ressourcenbegriff im Sinne der Science Studies; demnach können Ressourcen nicht allein finanzieller, sondern auch kognitiver, apparativer, sozialer, institutioneller oder diskursiver Natur sein.<sup>19</sup> Infolgedessen werden in dieser Studie Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten als Um- bzw. Neugestaltungen von Ressourcenkonstellationen und die MPG selbst ebenfalls als sich wandelnde Ressourcenkonstellation betrachtet. Was denn bei einer derart weiten Auslegung des Ressourcenbegriffes keine Ressource sein soll, ist eine berechtigte Frage, die allerdings nicht theoretisch, sondern nur situativ, also kontextabhängig beantwortet werden kann.<sup>20</sup>

Doch um welche Arten von Ressourcen soll es hier gehen? Offenkundig dürfte sein, dass die Grundlage der Existenz und des Fortbestands der MPG überhaupt der Ressourcenaustausch Prestige gegen Förderung und Autonomie war, doch die folgende Analyse sollte und wird feingliedriger sein. Wie zu zeigen sein wird, waren im vorliegenden Fall Zeit und Geld ganz wesentliche Ressourcen, über deren Menge oder Verfügbarkeit durchaus politisch, das heißt durch die allgemeine Politik, entschieden wurde. Dabei erweist sich die Zeit wieder einmal nicht als Naturgewalt, sondern als politisch bestimmte Größe, wie sie im deutschen Vereinigungsgeschehen überhaupt gewesen ist.<sup>21</sup> Während vertraglich festgelegte Fristen wie die des Art. 38 des Einigungsvertrags (EV) auch für die MPG handlungsmittelbestimmend waren und sich dadurch auf die Autonomie der MPG begrenzend auswirkten, konnten solche Fristen später neu verhandelt werden und dadurch zumindest um einiges dehnbar sein.

Diese Variabilität der Ressource Zeit gilt ebenfalls für die Ressource Geld, und zwar auf zwei Ebenen: längerfristig wegen des strukturellen Haushaltsdefizits der MPG, das schon vor der Vereinigung sichtbar wurde und dessen schrittweise Behebung in den ABL während des Vereinigungsprozesses angegangen wurde; kurzfristig infolge der Finanzkrisen bzw. Engpässen des Bundes in den Jahren 1992/1993, 1996/1997 und 2001/2002. Im ersten Falle führte ein finanzieller Engpass infolge der Fehleinschätzung der Kosten der deutschen Einheit zu einer Verschiebung der Institutsneugründungen in den NBL um ein »verlorenes« Jahr. Im zweiten Falle brachte eine neue Finanzknappheit verbunden mit dem Fest-

19 Vgl. hierzu Ash: *Wissenschaft und Politik als Ressourcen*, 2002; Ash: *Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte*, 2010a, 16; Ash, *Reflexionen zum Ressourcenansatz*, 2016, 546–551. Beispielgebend für diese Erweiterung des Ressourcenbegriffes sind unter vielen anderen die Laborstudien Bruno Latours, insbesondere Bruno Latour: *Science in Action*, 1987, 274. Wie diese Studien kommt auch die vorliegende Arbeit ohne die »Ontologien« der späteren Arbeiten Latours aus.

20 Ash: *Reflexionen zum Ressourcenansatz*, 2016, 544–545.

21 Zum Thema Zeit als zentrale Kategorie politischen Handelns überhaupt vgl. Kari Palonen: *The Struggle with Time*, 2006.

halten am politischen Großprojekt »Aufbau Ost« eine Intensivierung des schon angelaufenen »Konsolidierungsprogramms« in den ABL bis hin zum öffentlich wirksamen Vorschlag der Schließung von Max-Planck-Instituten (MPIs). Der dritte finanzielle Engpass geschah nach dem offiziellen Ende des Projekts »Aufbau Ost« und hatte deshalb Auswirkungen für die MPG in beiden Teilen Deutschlands. Nebenbei sei angemerkt, dass die Ressource Geld in den Quellen niemals so genannt, sondern als »Mittel« oder interessanterweise »Ressourcen« bezeichnet wird. Insofern ist der Ressourcenbegriff nicht nur als eine analytische, sondern auch als eine Akteurskategorie zu begreifen.

Des Weiteren werden in diesem Buch wie in den vorangegangenen Studien des Autors zum Thema Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten vier Ressourcentypen unterschieden:

*Personal* und *Personenkonstellation*. Mit diesem Ressourcentyp sind drei Aspekte gemeint: (1) die Frage danach, wer unter welchen Bedingungen in politischen Umbruchzeiten als Wissenschaftler\*in arbeiten darf und wer nicht; (2) die strukturelle Bedeutung von Personen und Personenkonstellationen, die sich als Ressourcen für die Beziehungen von Wissenschaft, Wirtschaft und der allgemeinen Politik mobilisieren ließen bzw. diese Beziehungen selbst verkörperten; und (3) nicht zuletzt als besonderer Fall von (2) der Habitus oder persönliche Stil der beiden MPG-Präsidenten Hans F. Zacher und Hubert Markl und ihre Beziehungen zur Leitung der allgemeinen Politik.

Beim ersten Aspekt der politisch bestimmten Personalauswahl wird wie bei den anderen politischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts zu unterscheiden sein zwischen politischen Entlassungen im herkömmlichen Sinn – im vorliegenden Fall wegen hoher Funktionstätigkeit in der SED oder Mitarbeit für die Staatsicherheit – und politisch *verursachten* Entlassungen, hier Entlassungen bzw. Beendigungen der Anstellung infolge struktur- oder wissenschaftspolitischer Entscheidungen wie zum Beispiel der Evaluierungen der Institute der AdW der DDR durch den WR in den Jahren 1990/1991. Beide Arten von Entlassungen spielen eine Rolle in dieser Studie, zumindest in den ersten Jahren des Vereinigungsprozesses. Politische Entlassungen im engeren Sinn haben die Umsetzung der Arbeitsgruppen der MPG an den Universitäten der NBL in einigen Fällen beeinträchtigt. Strukturpolitische Entscheidungen, wie sie in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats (WR) infolge der Evaluierung der Institute der AdW zum Ausdruck kamen, bestimmten den personalpolitischen Rahmen für die von Zacher so genannten »induzierten« Institutsneugründungen in den NBL mit. Bei alledem ging es um allgemeinpolitisch oder wissenschaftspolitisch begründete Bestimmungen, die mit darüber entschieden, wer als Wissenschaftler\*in weiterhin tätig sein durfte.

Eine weitaus prominentere Rolle als derartige Entscheidungen spielten aber im Falle der MPG Personenkonstellationen unterschiedlicher Art, zum Beispiel: (1) Akteure aus der Wissenschaft, der Politik und im Falle der MPG auch der Wirtschaft, die als Ressourcen für eine Einbindung der allgemeinen Politik und eine Vernetzung der Wissenschaftspolitik vornehmlich im Senat und Verwaltungsrat

(VR) der MPG mobilisierbar waren; (2) Akteure aus der MPG selbst, die sich als Funktionäre oder in anderen Rollen an Entscheidungsfindungen innerhalb der Institution beteiligten und dadurch an der Innenpolitik der MPG Anteil nahmen; (3) die zahlreichen Personen aus der inländischen wie ausländischen Wissenschaft, die sich als Mitglieder wissenschaftlicher Beiräte, als Gutachter\*innen in den Berufungs- und Neugründungsverfahren und später auch im Rahmen der Evaluierungen der MPG und ihrer Institute sowie nicht zuletzt in mehreren Fällen als neue Mitglieder der MPG und MPI-Direktor\*innen rekrutieren ließen. Wie zu zeigen sein wird, kamen viele der neuen MPI-Direktor\*innen in den NBL aus dem Ausland, während die Anzahl von ostdeutschen Direktoren auffallend gering blieb.

Als personelle Ressource im besonderen Sinne sei last, not least der Habitus – das heißt der in der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der MPG erlebbare persönliche Stil – der beiden MPG-Präsidenten dieser Zeit, Zacher und Markl, hervorgehoben, dem in einer Einrichtung wie der MPG strukturelle Bedeutung zukommt.<sup>22</sup> Immerhin hat der Präsident laut Satzung der MPG neben der Repräsentation der Gesellschaft nach außen auch den Vorsitz der wichtigsten Gremien zu führen, »die Grundsätze der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft« zu entwerfen und eine umfassende Eilkompetenz in allen Fällen inne, die »keinen Aufschub« duldeten.<sup>23</sup> Wie Zacher einmal, vielleicht ein wenig überspitzt, festhielt, sieht die Satzung der MPG eine »monarchische Struktur« vor, in der die Stellung des Präsidenten »durch charismatisches Vertrauen charakterisiert« sei, »das vom Amtsinhaber mit großem persönlichen Einsatz bezahlt werden müsse«.<sup>24</sup> Wolfgang Schön merkt relativierend dazu an, dass der Präsident gegenüber den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG nicht weisungsbefugt ist und seine strategische Forschungsplanung deshalb im Wechselspiel gestalten muss; faktisch ist dieser also »omnipräsent«, aber er ist nicht »omnipotent«.<sup>25</sup> Gleichwohl sollten der sehr verschiedene Habitus dieser beiden Präsidenten sowie ihre unterschiedliche Herkunft – Zacher als Jurist und damit als erster und bislang einziger Geisteswissenschaftler sowie als Anwalt der Institution, Markl als Biologe, Wissenschaftsmanager von Format sowie als erstes und bislang einziges Nichtmitglied an der Spitze der MPG – das Vereinigungsgeschehen in der MPG stark mitprägen. Hinzu kommt die teils symbolische, teils inhaltlich wirksame Bedeutung der Beziehungen der MPG-Präsidenten zu Leitungspersonlichkeiten der allgemeinen Politik, allen voran den amtierenden Bundespräsidenten und Bun-

22 Wie es bei Balcar und Renn: *Governance der MPG*, 2023, hierzu treffend heißt: »Auf die Persönlichkeit kommt es an«.

23 Hans Dölle: *Erläuterungen der Satzung der Max-Planck Gesellschaft*, 1965, zit. n. Balcar und Renn: *Governance der MPG im Wandel*, 2023.

24 Niederschrift über die 164. Sitzung des Verwaltungsrates der Max-Planck-Gesellschaft vom 23.3.1995. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 164.VP, fol. 4 recto.

25 Schön: *Grundlagenwissenschaft in geordneter Verantwortung*, 27, zit. n. Balcar und Renn, *Governance der MPG*.

deskazler\*innen sowie den zuständigen Bundes- und Landesminister\*innen. Beispiele davon werden im Folgenden immer wieder vorkommen.

*Institutionen und institutionalisierte Praktiken.* Wegen der durch und durch korporatistischen Realverfassung der Bundesrepublik ist dieser Ressourcentyp sehr vielfältig. Er umfasst zunächst einmal mehrere Einrichtungen der allgemeinen Politik, allen voran das zuständige BMFT/BMBF und dessen Verhältnis zu anderen Bundeseinrichtungen, insbesondere zum BMF, sowie die korrespondierenden Ministerien der Bundesländer; die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), deren Bewilligung für die Aufnahme neuer MPIs und sonstiger MPG-Einrichtungen in die Forschungsförderung unerlässlich war; und nicht zuletzt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, der die mühsam erarbeiteten und verhandelten Empfehlungen zur gemeinsamen Finanzierung der MPG wie anderer Forschungsförderungseinrichtungen absegnen oder durchkreuzen konnte.

Der Ressourcentypus beinhaltet allerdings auch die führenden Player der Wissenschaftspolitik: die MPG selbst als Institution, ihre Institute, Gremien und sonstigen Einrichtungen; die Hochschulen, vor allem die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), aber in Einzelfällen auch die Leitungen und Verwaltung der Hochschulen; und die anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUFES) sowie die Forschungsförderungseinrichtungen der Bundesrepublik, vor allem die DFG und (für kurze Zeit) die der DDR, allen voran die schon erwähnte AdW. Auch gemeint sind die institutionellen Konsultations- oder Entscheidungspraktiken, die Absprachen zwischen diesen Einrichtungen ermöglichen, beispielsweise im Rahmen der monatlichen Treffen des Präsidentenkreises der »Allianz« der Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen.<sup>26</sup> Inwiefern es sich bei alledem tatsächlich um ein »kooperatives« Verhandlungssystem handelt, weil kein Akteur sich ohne die anderen durchsetzen könne, wie Patrick Hintze meint,<sup>27</sup> oder nicht eher um eine dynamische Mischung von Kooperation, Konkurrenz und zuweilen auch Konflikt, wird immer wieder zu fragen sein.

Besonders relevant für die vorliegende Studie sind die tradierten institutionellen Praktiken innerhalb solcher Einrichtungen, etwa die regelmäßigen Gremiumssitzungen der MPG, insbesondere Sitzungen der Sektionen und des Senats oder der von den Sektionen bzw. dem Präsidenten eingesetzten Kommissionen sowie der intersektionellen Kommissionen zur Beratung von interdisziplinären Neuvorhaben wie die Gründung neuer MPIs. Wie zu zeigen sein wird, sind solche Gründungsvorgänge als *Assemblagen* institutioneller Ressourcen und Praktiken inklusive intern wie extern rekrutierter Personen sowie diskursiv-rhetorischer Ressourcen beschreibbar, deren Zusammensetzung durchaus variabel sein konnte. Dass auf institutionelle Ressourcen auch verzichtet werden kann, zeigt die Auflösung des Institutenverbundes der AdW und mehrerer weiterer wissenschaft-

26 Vgl. hierzu Osganian und Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022.

27 Vgl. Patrick Hintze: *Kooperative Wissenschaftspolitik*, 2021.

licher Einrichtungen der DDR. Im Falle der MPG war es im Unterschied zu den meisten anderen Forschungsförderungseinrichtungen der Bundesrepublik sogar Usus, Abteilungen nach der Emeritierung eines Direktors zu schließen, falls kein zukunftsweisendes Konzept für diese vorlag. Diese tradierte Praxis sollte zum Einfallstor für die massiven Kürzungen und Umschichtungen der 1990er Jahre in den ABL werden. Solche Verzichtentscheidungen waren allerdings mit hohen Kosten und administrativem Aufwand, beispielsweise für die Erarbeitung von Sozialplänen, verbunden.

*Diskursive Ressourcen.* Damit gemeint sind unter anderem ideologisch begründete Auf- oder Entwertungen von Wissenschaften oder Wissenschaftstypen wie die vielzitierte, dem neuen MPG-Präsidenten Zacher zugeschriebene Abwertung der Wissenschaft in der DDR als eine »Wüste« oder die Aussage des prominenten DDR-Wissenschaftlers Jürgen Kuczynski, die DDR sei »Weltmeister in Mittelmäßigkeit«, die Verwendung von Metaphern aus der allgemeinen Politik wie zum Beispiel die Rede Zachers von einer »Forschungsverfassung« der Bundesrepublik, die Mobilisierung von Schlüsselworte wie »Autonomie« in (wissenschafts-) politischen Kontexten sowie die unter den handelnden Personen verbreitete technokratische Rede von Personal als »Potenziale« oder vom Einsatz politischer »Instrumente«.

Diskursive Ressourcen sind wohl auch die wertgeladenen Slogan-Termini des Neoliberalismus und des New Public Management wie »Effizienz« oder »Optimierung«, »Anreize« und »Anreizstrukturen«, aber mit Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit auch »Marketing«. Ihre Verwendung in der wissenschaftspolitischen Diskussion erfüllte eine völlig andere politische Funktion, nämlich die Einschwörung der MPI-Direktor\*innen und anderer Beteiligten auf eine Trendwende, die von der Kohl-Regierung schon eingeleitet und international längst eingeführt worden war.

Besonders wichtige rhetorisch-diskursive Ressourcen für das Innenleben der MPG sind auch bestimmte, immer wiederkehrende Begründungsformeln im Zusammenhang mit institutionellen Entscheidungsfindungen wie Neugründungen von MPIs. Prominent dabei war die Rede von einem »Defizit« der deutschen Forschung auf dem jeweiligen Gebiet versus der (häufig in den USA gelegenen) Weltspitze im jeweiligen Forschungsfeld. Diese Redeweise wies viele, vielleicht sogar die Mehrheit der MPI-Neugründungen dieser Zeit als nachholende oder aufschließende Innovationen aus und funktionierte gerade deshalb als effektive rhetorische Ressource in den Sektionskommissionen oder den Senatssitzungen, um Entscheidungsträger von der Bedeutung eines Vorhabens zu überzeugen.

Hinzu kommt die Mobilisierung diskursiver Ressourcen in den personenbezogenen Begutachtungsverfahren, die für die Auswahl künftiger MPI-Direktor\*innen unerlässlich waren und sind. Hier ging und geht es unter anderem um die Prüfung der Frage, ob ein\*e Wissenschaftler\*in das in der MPG nach dem Gründungspräsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft genannte »Harnack-Prinzip« erfüllt, das heißt, ob er\*sie Leadership-Qualitäten besitzt. Spätestens hier zeigte und zeigt sich, wie sehr die MPG von Reputationen, also personenbezogenen Be-

deutungszuschreibungen, lebte und lebt im Sinne der Theorie Richard Whitleys, dass die modernen Wissenschaften »reputation systems« seien.<sup>28</sup> Klares Beispiel hierfür waren und sind die an MPG-Direktor\*innen verliehenen Auszeichnungen, allen voran die Nobelpreise, die als diskursive Ressourcen sowohl zur Begründung des Prestiges der MPG nach außen als auch zur Bestätigung der eigenen Bedeutung nach innen immer wieder hervorgehoben wurden und werden.

*Reflexivität.* Paradigmatisch für diesen Ressourcentypus ist die Reflexion der eigenen biografischen Bruchereignisse, wie es im Falle der vertriebenen Wissenschaftler\*innen nach 1933 nachweislich geschehen ist, woraus neue wissenschaftliche Ansätze hervorgegangen sind.<sup>29</sup> Allerdings spielt Reflexivität in diesem Sinne in der vorliegenden Studie so gut wie keine Rolle. Stattdessen steht die wissenschaftliche Reflexion des Vereinigungsprozesses durch die bundesdeutschen Beteiligten im Fokus, die hier anhand der Arbeit von Renate Mayntz und anderen am MPI für Gesellschaftsforschung in einem kurzen Abschnitt behandelt werden soll.

Was diese Ressourcentypen mit den Kapitalsorten Pierre Bourdieus zu tun haben, ist eine durchaus zulässige Frage, die allerdings an dieser Stelle nicht eingehend behandelt werden kann.<sup>30</sup> Nur so viel: Personal wird heute häufig als »human resources« oder gar als »Humankapital« bezeichnet. Davon ist bei Bourdieu nur bedingt die Rede, desto mehr aber wird im Folgenden die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, vor allem dann, wenn Stellen im Spiel sind, denn genau anhand der Haushaltspolitik der MPG wird deutlich, dass und wie personelle Ressourcen als Humankapital behandelt worden sind (und noch immer behandelt werden). Bourdieus Kategorie des »sozialen Kapitals« umfasst bekanntlich sowohl den sozialen Status als auch Netzwerkverbindungen innerhalb oder zwischen Institutionen; Letztere werden im Folgenden eine große Rolle auf mehreren Ebenen spielen. Wissenschaftliches Wissen figuriert häufig bei Bourdieu als »symbolisches« oder »kulturelles Kapital«, und prestigeträchtige Auszeichnungen wie Nobelpreise sind sehr wohl als symbolisches Kapital zu verstehen. Die hier zu behandelnden diskursiven Ressourcen sind aber nicht identisch mit wissenschaftlichem Wissen, sondern haben mit Zuschreibungen der Qualität oder des Wertes solchen Wissens zu tun.

28 Richard Whitley: *The Intellectual and Social Organisation of the Sciences*, 2000, Kap. 1–2.

29 Vgl. hierzu u. v. a. Mitchell G. Ash: *Learning from Persecution*, 2005, 271–294 und die dort zitierte Literatur.

30 Pierre Bourdieu: *Homo academicus*, 1984. Vgl. hierzu einleitend Pierre Bourdieu: *Science of Science and Reflexivity*, 2004, insbesondere 55–61.

### 1.1.3 Die epistemische Dimension und der Autonomieanspruch der MPG

Bei alledem soll die epistemische Dimension keinesfalls zu kurz kommen. Im Gegenteil: Diese Institutionengeschichte hätte keine Bedeutung ohne eine eigene Betrachtung der Forschung, die durch die Institution ermöglicht werden sollte und wurde. Konkret gefragt: Was hat die deutsche Vereinigung ermöglicht und was eher nicht?

Ausschlaggebend für diesen Teil der Analyse ist der im Forschungsprogramm zur Geschichte der MPG entwickelte Begriff der Cluster. Gemeint sind komplexe, häufig interdisziplinäre thematische Verbindungen, die unter anderem anhand von Netzwerk- und Zitationsanalysen erkennbar sind, aber in der Regel keine eigenen institutionellen Formate einnehmen.<sup>31</sup> Wie vor allem in den beiden Abschnitten dieses Bandes, die sich mit den Institutsneugründungen befassen, zu sehen sein wird, brachte die Erweiterung der MPG in die NBL bis dahin ungeahnte Chancen mit sich, die sowohl im Sinne einer Fortführung oder Ergänzung bestehender Cluster als auch zu neuen Profilbildungen genutzt wurden.

Gemäß des oben skizzierten interaktiven Ansatzes wird die Autonomie der Wissenschaft im vorliegenden Fall nicht normativ gesetzt, sondern historisch hinterfragt und grundsätzlich als Ergebnis von Verhandlungen betrachtet. Gerade im Falle der MPG war die Behauptung ihrer Autonomie ein diskursives Zeichen dafür, dass diese Eigenschaft keinesfalls selbstverständlich, sondern von Entscheidungen der damals so genannten »Zuwendungsgeber« aufgrund ihrer Funktionalität im Forschungssystem abhängig war. Wie zu zeigen sein wird, wurden die möglichen Handlungsspielräume der MPG gegenüber der allgemeinen Politik gerade in dieser Zeit immer wieder neu verhandelt, und zwar nicht nur wie in der bisherigen Bundesrepublik in den dafür bestimmten Gremien der BLK, sondern im Rahmen von direkten Verhandlungen der MPG-Leitung mit den zuständigen Bundesminister\*innen oder Staatssekretär\*innen sowie mit den für Wissenschaft zuständigen Minister\*innen der Länder, insbesondere der NBL.

Vor allem während der schon erwähnten Finanzkrisen bzw. Finanzengpässe des Bundes 1991/1992, 1996/1997 und wieder 2001/2002 sowie auch in den immer wieder ertönenden Rufen aus der allgemeinen Politik und der Wirtschaft nach wirtschaftlich relevanten Forschungsergebnissen wurden Grenzen des Autonomieanspruchs sichtbar. Gegen diese und für den Eigenwert der sogenannten Grundlagenforschung sprachen sich die beiden MPG-Präsidenten Zacher und Markl öffentlich aus, obwohl ihnen bewusst war, dass auch problem- oder anwendungsorientierte Arbeit an MPIs getätigt wurde. In einer Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion (CPTS) im November 1996 sagte Markl sogar ganz offen, dass die allgemeine Politik die Grundlagenforschung »auch als

31 Vgl. hierzu ausführlich Jürgen Kocka, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft*, in Vorbereitung, Kapitel III.

Spitzenforschung« nur wegen der »Verbesserung des Standortes, der wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik« für besonders förderungswürdig halte, während sie Grundlagenforschung ohne praktischen Nutzen »wie die Künste als Teil der allgemeinen Kulturpflege« sehe.<sup>32</sup> Die vielgepriesene Autonomie der MPG war ohnehin niemals selbstverständlich, sondern immer eine relative; sie hing am Erfolg der Überzeugungsarbeit gegenüber der Förderungsgeber und der Öffentlichkeit, die immer wieder zu leisten war. Gerade im Kontext der deutschen Vereinigung und der an die allgemeine Politik gerichteten doppelten Herausforderung, dieser Mammutaufgabe und der Folgen der Globalisierung gleichzeitig Herr zu werden, sollte dies besonders deutlich werden.

### 1.1.4 Zur geschichtswissenschaftlichen Einrahmung: Ereignis- und Prozessbetrachtung

Im Titel dieses Buches ist vom Prozess der deutschen Vereinigung die Rede. Einige Worte darüber, was das konkret bedeuten mag, sind an dieser Stelle angebracht. Mit dem Mauerfall hat die Ereignisgeschichte ein Standing erzielt, das bis dahin im Schwinden begriffen zu sein schien. Martin Sabrow ist hier beizupflichten, wenn er schreibt, dass der Mauerfall und vor allem der darauffolgende rasche Zerfall der SED-Herrschaft eine Epochenschwelle markiere, die »ante factum nicht vorstellbar war und post factum geschichtsnotwendig erscheint«. Damit sei es notwendig, »hier anzuerkennen, dass historische Zäsuren neue Denkhorizonte schaffen können, die wissenschaftlich nicht einholbar sind«.<sup>33</sup> Sabrow zieht die Trennlinie zwischen der Zeit- und der Gegenwartsgeschichte genau deshalb in den Jahren 1989/1990, weil die Beurteilungsgesichtspunkte für die Zeit nach dieser Epochenschwelle seiner Meinung nach unmöglich fixiert werden können.<sup>34</sup>

Zumindest streckenweise nützlich für diese Studie sind auch die Überlegungen Michel Dobrys über die »Fluidität«, die ehemals für unveränderbar gehaltene soziale Strukturen, politische Arrangements und persönliche Beziehungen während eines revolutionären Ereignisses anzunehmen begannen.<sup>35</sup> Diese »Verflüssigung« der Lebensverhältnisse galt für die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler\*innen der DDR, deren vormals unbefristeten, evaluierungsunabhängigen Arbeitsverhältnisse im Fürsorgestaat plötzlich entchwanden. Aber eine andere Art Verflüssigung der bisherigen Verhältnisse erlebten auch hunderte oder gar tausende westdeutsche Wissenschaftler\*innen, die sich plötzlich als Mitglieder eines Evaluierungs- oder Struktur- und Berufungsausschusses in den NBL

32 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1839, fol. 15.

33 Martin Sabrow: *Zäsuren in der Zeitgeschichte*, 2012b, 109–130, 126–127.

34 Martin Sabrow: *Die Zeit der Zeitgeschichte*, 2012a.

35 Michel Dobry: »Ereignisse« und Situationslogik, 2001, 75–98.

wiederfanden, sowie erst recht diejenigen, die später infolge der Kürzungs- und Schließungsmaßnahmen in den ABL ihre gesichert geglaubten Lebensverhältnisse ebenfalls bedroht oder entschwinden sahen. Der revolutionäre Umbruch in der Laufbahn dieser Wissenschaftler\*innen mag zwar mit dem der ostdeutschen Wissenschaftler\*innen kaum gleichzusetzen sein, aber auch auf ihn wurde mit Schock und zum Teil mit Protest geantwortet, wie bereits im Coverbild dieses Buches zu sehen ist.

Im zweiten und dritten Kapitel dieser Studie geht es um Weichenstellungen allgemein- und wissenschaftspolitischer Natur, die von einem politischen Ereignis – der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – forciert wurden. Es geht darum, wie diese zustande kamen, welche Rolle die MPG darin spielte und welche unmittelbaren Auswirkungen von alledem auf die Tätigkeit der MPG in den NBL festgestellt werden können. Wann genau ein politischer Umbruch endet, ist weniger einfach zu bestimmen, als vielleicht angenommen wird. Im Falle der deutschen Vereinigung ist diese Frage noch heute umstritten. Wolf Lepenies hat bereits 1992 vorhergesehen, dass der Einigungsprozess im weitesten Sinne mindestens eine, vielleicht sogar mehr als eine Generation dauern werde.<sup>36</sup> Damals hat diese These viele Leser\*innen irritiert; heute wird häufig behauptet, meist ohne Lepenies zu nennen, dass der Einigungsprozess nach 30 Jahren noch immer nicht zu Ende sei. Im Falle der MPG ist die These durchaus vertretbar, dass die Folgen der deutschen Vereinigung für diese Institution erst um die Jahrtausendwende festzustellen waren.

Allgemeinhistorisch kann die deutsche Vereinigung also als Ereignis und auch als Prozess verstanden werden. Dabei entfalten sich auch Ereignisse in der Zeit und nehmen dadurch den Charakter von zunächst ergebnisoffenen Prozessen ein. Von einer solchen Perspektive aus gesehen ist den Folgen des Mauerfalls wie der staatlichen Vereinigung im Bereich der Wissenschaftspolitik wie in anderen Bereichen eine längerfristige Prozesshaftigkeit kaum abzuspüren. In der vorliegenden Analyse sollen daher beide Perspektiven zum Tragen kommen, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung. Im Kapitel 2 und dem ersten Teil von Kapitel 3 des Buches, vor allem in Kapitel 2, wird der Ereignischarakter des Mauerfalls sowie der staatlichen Vereinigung und ihrer kurzfristigen Folgen dominieren. Spätestens mit den ersten MPI-Gründungen in den NBL ab 1992 begann für die MPG die Vereinigung als länger andauernder Prozess dominant zu werden, auch wenn eine Intervention der allgemeinen Politik im Jahre 1993 zugunsten schnellerer Institutsneugründungen in den NBL zweifelsohne eine beschleunigende Wirkung hatte. Die Realisierungen dieser Neugründungen dauerten aufgrund mehrerer lokaler Faktoren sowie finanzieller Engpässe jedoch länger als erwartet. Deshalb wird im zweiten Teil des Kapitel 3 und insbesondere im Kapitel 4 des Buches dieses prozesshafte Moment überwiegen, auch wenn folgenschwere Ereignisse wie Institutsschließungen eine gewichtige Rolle spielen werden.

36 Wolf Lepenies: *Folgen einer unerhörten Begebenheit*, 1992.

## 1.2 Die Hauptthesen und der Aufbau des Buches

Die Ergebnisse dieser Analyse können gleich vorneweg in zwei Hauptthesen zusammengefasst werden:

(1) *Das Jahr 1990 markiert eine Epochenschwelle in der Geschichte der MPG.* Ihre Leitung nahm an der Gestaltung der Wissenschaftspolitik der deutschen Vereinigung im Sinne einer Ablehnung jeglicher »Konvergenz« der beiden Wissenschaftssysteme aktiv teil. In diesem Zusammenhang fiel die weithin bekannte Zeitungsüberschrift, nach der Zacher die DDR-Wissenschaft als »Wüste« abgetan haben soll. Obwohl Zacher eine derart pauschale Aussage weder beabsichtigt noch getätigt hat, wie im Kapitel 2 gezeigt werden wird, ist dieser Spruch für die Vereinigung im Wissenschaftsbereich bis heute diskursprägend geblieben.

Auf längere Sicht betrachtet hat die MPG die deutsche Vereinigung als große Chance gesehen und für eine seit den 1960er Jahren nie da gewesene Expansion ihrer Tätigkeit genutzt, die allerdings fast zur Gänze in den NBL stattfand. Wissenschaftshistorisch betrachtet ermöglichte vor allem die Gründung von 18 neuen MPIs, einem großen Teilinstitut, einer Max-Planck-Forschungsstelle und zwei Außenstellen von bestehenden MPIs in den NBL Erweiterungen der bestehenden Cluster sowie neue Profilbildungen in der Erdsystemforschung, den Sozialwissenschaften und der Wissenschaftsgeschichte. Allerdings wurde die Expansion ab 1993 durch direkten politischen Druck beschleunigt und die Standortsuche durch regionale Interessen mitbestimmt. So gesehen agierte die MPG in dieser Zeit durchaus als autonome Nutznießerin von Opportunitäten, aber auch zum Teil als Ausführende der allgemeinen Politik. Schon damals fragte Zacher, ob das schnelle Wachstum der MPG »nicht ihr Wesen zu sehr verändere«, doch hielt er sogleich fest, dass angesichts der Erwartung des »sie tragenden Gemeinwesens« man »zwar Bedenken, letztlich aber keine Wahl« habe, als diesen Weg zu gehen.<sup>37</sup>

(2) Infolge der allgemeinpolitischen Entscheidung für den »Aufbau Ost« und der parallel dazu forcierten Konsolidierung der Bundesfinanzen im Kontext mehrerer Konjunkturschwächen kam es deshalb über mehrere Jahre zu einer Gabelung der Wege innerhalb der MPG – eine durch das politische Projekt »Aufbau Ost« finanzierte Expansion in den NBL und eine mit dem Wort »Konzentration« kaschierte Schrumpfung in den ABL. Die parallel zum Wachstum in den NBL verfüigten Etatkürzungen und Stellenabgaben in den ABL führten zu zahlreichen Abteilungs- und 1996/1997 zu öffentlich wirksamen Instituts- und Abteilungsschließungen. Doch auch diese krisenhafte Situation nutzte die MPG-Leitung schon ab 1992 als Hebel, um eine interne Entwicklungsplanung, neue Evaluierungsverfahren und sogar eine Flexibilisierung der Berufungszusagen

37 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 24.

herbeizuführen und schließlich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch eine bis dahin von der Bundesregierung noch nicht gewährte Budgetierung, sprich eine Aufhebung der Kameralistik in der Haushaltsführung durchzusetzen. Kontinuitäten sind auf mehreren Ebenen nicht zu leugnen, doch gleichwohl erfuh die MPG im Prozess der deutschen Vereinigung strukturelle Wandlungen, deren Timing und Beschaffenheit nur im Zusammenhang mit eben diesem Prozess zu begreifen sind.

Das Buch ist in fünf Kapiteln geteilt. Kapitel 2 und 3 behandeln die Zeit vom Mauerfall bis zum Ende der Amtszeit Zachers im Juni 1996 und werden, wie oben schon gesagt, weitestgehend vom Ereignischarakter des Vereinigungsgeschehens bestimmt. Dort werden vor allem die wissenschaftspolitischen Weichenstellungen und die komplexen Anfangsjahre des Engagements der MPG in den NBL als Beispiele von Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten besprochen. Dabei hat die MPG für innovative, aber befristete Initiativen wie interdisziplinäre Arbeitsgruppen (AGs) an den Universitäten und die Betreuung von geisteswissenschaftlichen Forschungszentren gesorgt, um daran anschließend neue MPis in großer Zahl zu begründen. Der Text der Kapitel 2 und 3 stellen eine stark gekürzte Fassung des von mir 2020 veröffentlichten Preprints mit dem Titel *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–1995*<sup>38</sup> mit Ergänzungen aus späterer Forschung dar. Kapitel 4 des Buches bespricht die Aspekte der weiteren Entwicklungen der MPG während der Präsidentschaft Hubert Markls (1996–2002), die im direkten Zusammenhang mit dem Prozess der deutschen Vereinigung standen. Kapitel 5 fasst die Ergebnisse des Buches zusammen und vertieft die Analyse entlang der genannten Ressourcentypen.

Um vielleicht naheliegenden Erwartungshaltungen von vornherein entgegenzuwirken, sei an dieser Stelle unmissverständlich klargestellt: Dieses Buch soll keine Gesamtdarstellung der Geschichte der MPG im genannten Zeitraum sein. Dies wäre allein aus Platzgründen nicht machbar, wird aber auch aus inhaltlichen Erwägungen nicht angestrebt. Vielmehr handelt es sich um eine analytische Betrachtung dieser Geschichte, die möglichst genau auf die Rolle der MPG in der deutschen Vereinigung einerseits und auf die Folgen der Vereinigung als Prozess für die MPG andererseits fokussiert sein soll.

38 Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung*, 2020. Quellenzitate und Quellenangaben, die dem Preprint entnommen sind, werden hier im Original zitiert.

## 1.3 Zum Stand der Forschung

### 1.3.1 Zum Themenfeld politische Umbrüche im Allgemeinen sowie zu den Themen Wissenschaft und Politik bzw. Wissenschaftswandlungen

Zum Thema politische Umbrüche liegen einige wenige Versuche einer vergleichenden Betrachtung und Analyse vor, die alle Umbrüche des 20. Jahrhunderts einbeziehen; letztendlich bleiben diese aber in Nebeneinanderstellungen stecken.<sup>39</sup> Die Erörterungen Eckhard Jesses zum Systemwechsel in Deutschland sind im Detail nicht uninteressant, aber letztlich unergiebig.<sup>40</sup> Immerhin unterscheidet Jesse zu Recht das Ende des jeweiligen alten Systems von der Institutionalisierung und Konsolidierung des jeweils neuen. In Hinblick auf den Übergang zum Nationalsozialismus bleibt er jedoch weit hinter dem Forschungsstand zurück, der eine längere Übergangszeit nahelegt und eine stabile Institutionalisierung des Regimes infrage stellt. Gerade in Hinblick auf die deutsche Vereinigung hält Jesse das eigene Schema nicht ein und bleibt dabei weitgehend im Deskriptiven.

Zur Konzeptualisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik liegt seit den grundlegenden Untersuchungen Robert Mertons eine Reihe von Arbeiten vor.<sup>41</sup> Neuere Studien konzentrieren sich vor allem auf Wissenschaften in Diktaturen.<sup>42</sup> Im Bereich der Wissenschaftstheorie gibt es bekanntlich eine enorme Zahl von Theorien wissenschaftlichen Wandels, von denen jedoch keine sich mit der Rolle und Bedeutung politischer Wandlungen in solchen Prozessen zu befassen scheint.<sup>43</sup> Ebenso wenig thematisieren die vielen Theorien des politischen Wandels die Rolle und Bedeutung der Wissenschaften. Hier scheint eine Art akademische Pfadabhängigkeit – um nicht zu sagen: disziplinäre Betriebsblindheit in vielen Richtungen – vorzuliegen.

39 Vgl. zum Beispiel Dietrich Papenfuß und Wolfgang Schieder (Hg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*, 2000.

40 Eckhard Jesse: *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90*, 2010, 280.

41 Vgl. schon Etel Solingen (Hg.): *Scientists and the State*, 1994. Siehe nun auch Patrick Carroll: *Science, Culture, and Modern State Formation*, 2006 und John Gascoigne: *Science and the State*, 2019.

42 Vgl. z. B. Amparo Gómez Rodríguez, Antonio Francisco Canales Serrano und Brian Balmer (Hg.): *Science Policies and Twentieth-Century Dictatorships*, 2003. Auf eine gesonderte Behandlung der unzähligen Arbeiten über die Universitäten und die Wissenschaften in den einzelnen Diktaturen des 20. Jahrhunderts muss hier aus Platzgründen verzichtet werden.

43 Die beachtliche Literatur zur politischen Geschichte der Wissenschaftsphilosophie im Kalten Krieg scheint die Chance ungenutzt gelassen zu haben, die Implikationen dieses bedeutenden Fallbeispiels für die eben genannte Fragestellung auszuloten.

### 1.3.2 Zum Themenfeld Wissenschaft und Wiedervereinigung

Der Prozess und die weitreichenden Folgen der deutschen Vereinigung in ihrer grundsätzlichen Asymmetrie sind bereits seit Langem Gegenstand der allgmein-historischen Betrachtung. Zentrales Thema dabei ist und bleibt das Verhältnis bzw. das Ineinandergreifen der außenpolitischen Vorgänge und der komplexen Geschehnisse innerhalb der und zwischen den beiden deutschen Staaten.<sup>44</sup> Einst gängige, vereinfachende Deutungsmuster wie »Kolonisierung« oder »Erneuerung« scheinen sich zumindest in der Geschichtswissenschaft weitestgehend überlebt zu haben. In populären Überblicksdarstellungen aus ostdeutscher Feder lebt das Narrativ der Vereinigung allerdings als eine »Übernahme« des Ostens durch den Westen noch immer.<sup>45</sup> Für das vorliegende Thema relevant ist der von Werner Süß entworfene überlappende Phasenverlauf »zwischen Euphorie und Bürokratie«.<sup>46</sup> Die Konjunktur der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung erstreckte sich bekanntlich auf die gesamte mittel- und osteuropäische Region, man sprach bald von »Transitologie«. Erwähnenswerte Beiträge hierzu waren Arbeiten aus der von Helmut Wiesenthal geleiteten und von der MPG finanzierten Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den Neuen Bundesländern« an der Humboldt-Universität Berlin.<sup>47</sup>

Im Vergleich zur Fülle der allgmein-historischen Überblicks- und Einzelarbeiten stand die Forschung im Bereich der Wissenschaftsgeschichte seit der Jahrtausendwende lange still,<sup>48</sup> während die Literatur zu den Hochschulen weiter gediehen ist. Seit dem Überblick von Peer Pasternack, dem weitere gefolgt sind, sind mehrere materialreiche Titel aus der Universitätsgeschichte erschienen.<sup>49</sup>

44 Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium*, 2006; zur politischen Geschichte vgl. Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland*, 2009. Als brauchbarer Einstieg, weil nicht auf die politische Geschichte beschränkt, eignet sich Gerhard A. Ritter: *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007a, Einleitung und Teil I. Vgl. Gerhard A. Ritter (Hg.): *1989–1994. Bundesrepublik Deutschland*, 2007b. Ein willkommener Vorstoß in Richtung einer gemeinsamen Historisierung beider deutschen Staaten seit 1970 ist Frank Bösch: *Geteilt und verbunden*, 2015.

45 Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Übernahme*, 2019.

46 Werner Süß: Der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, 2002, 29–49. Ebenfalls aufschlussreich ist M. Rainer Lepsius: *Die deutsche Vereinigung*, 2001, 39–63.

47 Andreas Pickel und Helmut Wiesenthal: *The Grand Experiment*, 1998; Helmut Wiesenthal (Hg.) *Einheit als Privileg*, 1996.

48 Überraschenderweise gilt dies auch für die internationale Forschung. Während die Rolle der Wissenschaft, der Technik und der Wissenschaftsdiplomatie im Kalten Krieg immer stärker erforscht wird, ist dies noch nicht für dessen Ende der Fall.

49 Peer Pasternack: »Demokratische Erneuerung«. *Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung*, 1999; siehe auch Peer Pasternack: *Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990*, 2010, 309–326. Vgl. u. v. a. Hansgünter Meyer: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland*, 1993; Hans-Werner Fuchs: *Bildung und Wissenschaft seit der Wende*, 1997; Reiner Pommerin: *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*, 2003; Fritz König: *Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft 2010*, 783–910; Konrad H. Jarausch: *Das*

Dabei begannen die gegenwartshistorische wie auch die sozialwissenschaftliche Analyse des Geschehens in den Wissenschaften bereits während der Ereignisse oder kurz danach. Dies gilt ebenfalls für die außeruniversitäre Forschung.<sup>50</sup> Die grundlegende Studie von Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch zur Geschichte der Fraunhofer Gesellschaft (FhG) erkennt die Bedeutung der »Wende« als Herausforderung für die FhG an, behandelt das Thema aber nur auf wenigen Seiten.<sup>51</sup> In ihrem kurzen Beitrag zur Geschichte der Helmholtz-Gemeinschaft betonen Dieter Hoffmann und Helmuth Trischler die Rolle der Vereinigung als Katalysator ihrer neuen Selbstfindung als Akteurin der neu formierten Wissenschaftslandschaft in den 1990er Jahren.<sup>52</sup> Einschlägig für das vorliegende Thema sind die neuere Studie von Ariane Brill über die Entstehung der Gottfried Wilhelm Leibniz-Gemeinschaft als Vereinigung der Einrichtungen der »Blauen Liste«<sup>53</sup> sowie die Bände der älteren Reihe *Wissenschaft und Wiedervereinigung*<sup>54</sup> und die schon erwähnte Studienreihe aus dem MPI für Gesellschaftsforschung. Viele der Studien der 1990er Jahre, allen voran die bereits zitierte Arbeit von Renate Mayntz, sind nach wie vor nützliche Beiträge, doch haben sie selbst als Ergebnisse des hier zu analysierenden Wandlungsprozesses mittlerweile Quellenstatus erreicht.

### 1.3.3 Zur Geschichte der MPG in diesem Zeitraum

Hierzu liegen im Wesentlichen drei Arten von Beiträgen vor: (1) Selbstdarstellungen aus der MPG, die zum größten Teil dem Genre Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen und daher als Quellen der folgenden Analyse zu behandeln sein werden,<sup>55</sup>

Ringen um Erneuerung 1985–2000, 2012, 555–690; Gottfried Meinhold: *Der besondere Fall Jena*, 2014; und die beiden neueren Bände zur Universität Potsdam: Manfred Görtemaker (Hg.): *25 Jahre Universität Potsdam*, 2016; Barbara Marshall: *Die deutsche Vereinigung in Akademia*, 2016; sowie vergleichend Jens Blecher und Jürgen John (Hg.): *Hochschulumbau Ost*, 2021.

50 Siehe zum Beispiel Werner Meske: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems*, 1993.

51 Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt*, 1999, 196–203. Eine Studie der Rolle der Großforschungseinrichtungen (GFEs) in dieser Zeit ist ein Forschungsdesiderat.

52 Dieter Hoffmann und Helmuth Trischler: Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive, 2015, 9–47.

53 Ariane Brill: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation*, 2017. Digitaler Reprint, 2018.

54 Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung*, 1998; Wolf-Hagen Krauth und Ralf Wolz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung*, 1998.

55 Ebenfalls diesem Genre zugehörig, aber etwas ergiebiger sind: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den neuen Bundesländern*, 1993, sowie Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Gelungener Aufbau*, 2003.

allen voran das *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* und die Zeitschrift *MPG-Spiegel*, (2) mein eigener, eher skizzenhafter Versuch einer historisch-analytischen Betrachtung zur Rolle der MPG in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts<sup>56</sup> und die detaillierten Darstellungen der Entwicklungen dieser Zeit von Eckart Henning und Marion Kazemi<sup>57</sup> sowie last, but not least (3) der eben erwähnte, von mir 2020 vorgelegte Preprint zum Thema, aus dem die Inhalte des ersten Teils dieses Buches bezogen sind.<sup>58</sup> Aus der Preprintreihe des MPI für Wissenschaftsgeschichte ist der Beitrag von Dieter Hoffmann und Ingo Peschel zu Peter Fulde, Gründungsdirektor des MPI für komplexe physikalische Systeme in Dresden, hervorzuheben.<sup>59</sup> Unter den anderen Preprints aus dem Forschungsprogramm zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, die diesen Zeitraum mit behandeln, wird die Bedeutung der deutschen Vereinigung für die MPG vor allem in den Studien zur Erdsystemforschung von Gregor Lax, zur MPI für Geschichte von Peter Schöttler, zur MPI für Gesellschaftsforschung von Fabian Link sowie in der bereits zitierten Studie von Vanessa Osganian und Helmuth Trischler zur MPG und der »Allianz« der deutschen Forschungsorganisationen erkannt.<sup>60</sup>

## 1.4 Zur Quellenlage

Die vorliegende Studie beruht vor allem auf den internen Unterlagen und publizierten wie nicht publizierten Berichten und Mitteilungen der MPG selbst, die im Rahmen des GMPG-Projekts digitalisiert worden sind oder vom Archiv der MPG (AMPG) den Projektbeteiligten zur Einsicht freigegeben wurden. Dazu zählen Protokolle und Materialien der Gremiensitzungen, Akten der Präsidialabteilung und Handakten einiger führenden Angestellten der Generalverwaltung, insbesondere von Wolfgang Hasenclever, Generalsekretär (GS) bis 1995.<sup>61</sup> Der ansonsten anzunehmenden Gefahr einer auf solchen Quellen fußenden Insidergeschichtsschreibung kann ausgerechnet mithilfe eines anderen wertvollen Be-

56 Mitchell G. Ash: Ressourcenaustausche, 2015, 307–341, insbesondere 322–327.

57 Eckart Henning und Marion Kazemi (Hg.): *Chronik*, 2011; dies.: *Handbuch zur Institutsgeschichte*, 2011.

58 Mitchell G. Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020.

59 Dieter Hoffmann und Ingo Peschel (Hg.): *Peter Fulde*, 2016.

60 Gregor Lax: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation*, 2020; Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte*. Berlin 2020; Fabian Link: *Soziologie und Politologie*, 2022; Vanessa Osganian und Helmuth Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022. Parallel zur vorliegenden Studie erscheinen Jaromír Balcar: *Die MPG zwischen »Aufbau Ost« und Globalisierung*, in Vorbereitung, Kapitel IV (Stand 8.7.2022) und Jaromír Balcar und Jürgen Renn: *Governance der MPG im Wandel*, in Vorbereitung (Stand 17.11.2022). Der zweitgenannte Text stellt eine wesentliche Hilfe zum Verständnis der Innenpolitik der MPG dar. Ich danke Jaromír Balcar für die Überlassung der jeweils aktuellen Fassungen dieser Texte.

61 Die konsultierten Aktenbestände werden im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgelistet.

stands desselben Archivs entgegnet werden. Gemeint ist die mehrbändige Reihe *Wissenschaftspolitische Informationen*, bestehend aus von der Pressestelle der MPG kompilierten Zeitungsausschnitten, Meldungen der Deutschen Presseagentur (DPA) und weiterer Pressedienste sowie Pressemitteilungen der einschlägigen Einrichtungen des Bundes, des WR und weiteren inländischen wie ausländischen Einrichtungen und Medien. Dieser Quellenbestand enthält punktuelle Auskünfte zum allgemeinpolitischen Geschehen, aber vor allem umfangreiche Auskünfte über hochschul- und forschungs- wie wissenschaftspolitische Entwicklungen dieser Zeit in Deutschland und anderen Ländern. Auf dieser Basis kann auf die Berichterstattung und Kommentare der Printmedien sowie auf die Rollen anderer wissenschaftspolitischer Akteure jedenfalls dort eingegangen werden, wo dies für das Handeln der MPG und deren Leitung relevant war.

Hinzu kommen Akten des Bundesarchivs Koblenz (hier: Akten des Bundeskanzleramtes (BKA), des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft) sowie des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde (hier: Akten der Ministerien für Bildung und Wissenschaft und für Forschung und Technologie der Deutschen Demokratischen Republik), die vor allem für die Analyse des politischen und wissenschaftspolitischen Geschehens relevant sind,<sup>62</sup> sowie Akten aus dem Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die unter anderem für das Verhältnis der MPG zur Akademie der Wissenschaften der DDR einschlägig sind.<sup>63</sup> Akten der NBL und des Landes Berlin sowie Archivalien anderer Institutionen, die als Akteure im Vereinigungsprozess von zentraler Bedeutung waren, zum Beispiel des WR, der DFG, der FhG, oder der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK, später HRK), konnten aus praktischen Gründen, insbesondere wegen der zur Zeit der Coronavirus-Pandemie geltenden gesundheitspolitischen Bestimmungen, noch nicht eingesehen werden. Unterlagen aus diesen Einrichtungen liegen jedoch auch in den konsultierten Aktenbeständen der MPG vor.

Inzwischen sind Rückblicke und Erinnerungen der Beteiligten erschienen, die in Auswahl ebenfalls – selbstredend mit quellenkritischer Haltung – als wertvolle Quellen herangezogen werden.<sup>64</sup> Interviews mit einigen ausgewählten Schlüsselakteuren wurden vorgenommen.<sup>65</sup> Besprechungen mit einer größeren Anzahl der relevanten Beteiligten wären wünschenswert gewesen, waren aber von einem Einzelforscher allein neben der umfangreichen Quellenarbeit kaum zu schaffen.

62 Dabei sind die Akten der DDR sowie der SED bekanntlich seit den 1990er Jahren offen. Für die bundesdeutschen Akten wurde eine Schutzfristverkürzung unter gewissen Auflagen gewährt.

63 Siehe hierzu Klaus Pinkau: Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin als Alternative, 2002, 283–290 und Peter Th. Walther: Kleine Fehlerdiskussion, 2005, 115–134.

64 Allen voran Hans Joachim Meyer: *In keiner Schublade*, 2015. Vgl. unter vielem anderen Dieter Segert: *Das 41. Jahr*, 2008 und Fritz Klein: *Drinnen und Draußen*, 2000.

65 Eine Liste der Interviewpartner befindet sich im Quellen- und Literaturverzeichnis. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Gespräche mit mehreren der politischen und wissenschaftspolitischen Beteiligten hat der Autor bereits in den 1990er Jahren geführt.

Für einen Zeitzeugen, der zwar einige der im Folgenden zu behandelnden Ereignisse und Prozesse miterlebt hat, aber weder damals noch heute voreingenommen war oder ist, mag eine Historisierung der eigenen Zeit zumindest denkbar sein. Für den Fellow am Wissenschaftskolleg 1990/1991, also im ersten Jahr der deutschen Vereinigung, der vielfach Gastforscher in Berlin in den 1990er Jahren – unter anderem an zwei der von einer Tochtergesellschaft der MPG getragenen geisteswissenschaftlichen Zentren – war und seit Mitte der 1990er Jahre durch mehrere Arbeiten im Themenfeld hervorgetreten ist, mögen die aus der Nähe gewonnenen Kenntnisse einen Gewinn darstellen. Schwieriger wird eine derartige Rollenverteilung allerdings schon, wenn man mit Beteiligten des Vereinigungsprozesses und sogar mit einigen der Interviewpartner\*innen durch Freundschaft verbunden ist.



## 2. Weichenstellungen. Zur Positionierung der MPG im politischen und wissenschaftspolitischen Geschehen 1989/1990

Das Ende der kommunistischen Vorherrschaft im östlichen Europa zog eine Wandlung wissenschaftspolitischer Regime und eine Umverteilung wissenschaftlicher Ressourcen nach sich, die seit den weltweiten Transformationen nach 1945 ihresgleichen suchen. In diesem Kontext stellt die Situation in Deutschland eine Ausnahme in doppelter Hinsicht dar: Erstens gab es für die Aufhebung der deutschen Teilung kein Äquivalent in den anderen von Kommunisten beherrschten Ländern; im Falle der Tschechoslowakischen Republik und Jugoslawiens kam es bekanntlich vielmehr zu einer Teilung von Staaten, während die anderen Nationalstaaten gleich blieben. Zweitens geschah als Teil der deutschen Vereinigung eine Umwälzung des Wissenschaftssystems in der ehemaligen DDR, die radikaler war als in jedem anderen der Ostblockländer. Im Hinblick auf das Verhalten der MPG in diesem Zusammenhang sind die Prozesshaftigkeit und die prinzipiell unvorhersehbare Ereignislogik des Geschehens zentral. Ob alle Beteiligten sich vom Anfang an im Klaren darüber waren, wohin diese Reise führen würde, und ob der Weg nach den im Folgenden zu besprechenden Weichenstellungen oder danach tatsächlich so glatt und linear war, wie im Nachhinein erzählt wurde, muss stark bezweifelt werden.

In diesem Kapitel wird die Positionierung der MPG-Leitung und mehrerer anderer MPG-Mitglieder im Zusammenhang der wissenschaftspolitischen Weichenstellungen vom Mauerfall bis zum Vollzug der staatlichen Einheit untersucht.<sup>1</sup> Wie zu sehen sein wird, wehrte sich die MPG-Leitung zunächst gegen den Versuch der Leitung der AdW der DDR, die MPG als institutionelle Ressource zwecks eigenen Machterhalts zu vereinnahmen. Stattdessen optierte die MPG-Leitung auf Anraten des Präsidenten der Akademie der Naturforscher Leopoldina für eine Strategie der Einzelkooperationen zwischen Instituten oder Abteilungen der MPG und solchen der AdW, die sich vom Vorgehen der anderen bundesdeutschen Forschungsförderungsträgerinnen unterschied. Federführend während dieser Zeit war der Chemiker Heinz A. Staab, der das Präsidentenamt der MPG auch nach der Wahl des Juristen Hans F. Zacher, Direktor am MPI für ausländi-

1 Für eine umfassende Behandlung der Wissenschaftspolitik der deutschen Vereinigung auf der Grundlage von Quellen aus den Archiven beider deutschen Staaten siehe Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung*, Kapitel II.

ches und internationales Sozialrecht, als seinen Nachfolger im November 1989 bis zum 30. Juni 1990 weiterhin ausübte.<sup>2</sup>

Nachdem sich die siegreichen Parteien der DDR-Wahlen von März 1990 im April auf einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik festlegten, nahm die MPG-Leitung an der Gestaltung des wissenschaftspolitischen Teils der staatlichen Vereinigung aktiv teil, indem sie sich als Gegner jeglicher »Konvergenz« der Wissenschaftssysteme der beiden deutschen Staaten öffentlichkeitswirksam positionierte. Auf diesem Wege trug sie zur Konsensbildung der bundesdeutschen Player bei, das bestehende System der Bundesrepublik auf das Gebiet der DDR auszuweiten. Das geschah jedoch erst im späten Juni 1990 im unmittelbaren Vorfeld des »Kamingesprächs« vom 2./3. Juli 1990 in Bonn, und der Weg dorthin war keinesfalls geradlinig.

## 2.1 Vor den Weichenstellungen: Vom Mauerfall bis Juni 1990

In der MPG wie auch in der allgemeinen hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskussion dominierten Ende der 1980er Jahre der bevorstehende Generationswechsel und die damit zusammenhängende Nachwuchsfrage, die zunehmend anerkannte Notwendigkeit einer Verstärkung der Frauenförderung sowie nicht zuletzt der wahrnehmbare Legitimierungsdruck gegenüber einer immer wissenschaftskritischeren Öffentlichkeit, wie sie unter anderem an der Gentechnik- und der Tierschutzdebatte sichtbar wurde. In seinem letzten Bericht als MPG-Präsident vor der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der MPG sprach Staab von einer strukturellen Überalterung der MPG – nur ein Viertel des wissenschaftlichen Personals war unter 35 Jahre alt – und seinen (meist erfolglosen) Versuchen, diese in den Griff zu bekommen, sowie von einer tendenziellen Bedrohung der Autonomie der MPIs durch die zunehmende Einwerbung von Projektmitteln.<sup>3</sup>

Die Ausreisewelle aus der DDR war bei alledem kein Thema. Neben der Zunahme der Studierendenzahlen und Problemen bei der Gewinnung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehörten jedoch »die Zuwanderung von Übersiedlern aus der DDR und Aussiedlern aus Osteuropa« sowie »die zu erwartenden Auswirkungen der Freizügigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten« zum explizit genannten Kontext der Ankündigung eines umfangreichen hochschulpolitischen Sonderprogramms durch Bund und Länder (später nach dem zuständigen Minis-

2 Zur Wahl Zachers vgl. Niederschrift der 123. Sitzung des Senats vom 26.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 123.SP, fol. 9–12.

3 Staab, Bericht des Präsidenten, Anlage zum Protokoll der 50. Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 2.2.1989 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1976, fol. 21 verso und 22 recto.

ter »Möllemann I« genannt, Geltungsdauer zehn Jahre) am 21. Dezember 1989.<sup>4</sup> Gegen Ende des Abkommens stand als Maßnahme zur Nachwuchsgewinnung ein für die MPG folgenschwerer Beschluss: »Bund und Länder werden die Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft in den nächsten 5 Jahren um jeweils 5 Prozent steigern.«<sup>5</sup> Die Auslegung dieses später »5 × 5« genannten Beschlusses – zum Beispiel ob eine nominelle oder reale Steigerung gemeint war – und damit die genauere Festlegung der Ressource Geld wurden in der Folge kontrovers diskutiert. Doch zuvor intervenierte die Ereignisgeschichte, deren Folgen den Rahmen solcher Diskussionen völlig neu gestalten sollte.

Gegen eine in Überblicksdarstellungen verbreitete Gleichsetzung des Mauerfalls mit dem Ende der DDR<sup>6</sup> ist vorneweg zu betonen, dass der Mauerfall am 9. November 1989 trotz der dramatischen Ausreisewelle vom Sommer und der Montagsdemonstrationen im Herbst nicht nur die Fachwelt, sondern alle Beteiligten völlig überraschte. Mehrere Monate lang blieb offen, was denn hier zur allgemeinen Politik werden sollte: Die Fragen danach, ob oder wann und gegebenenfalls unter welchen Vorzeichen es zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen sollte, blieben zunächst ungeklärt. Als Helmut Kohl ein Zehnpunkteprogramm der Bundesregierung am 28. November 1989 (als nicht vorangekündigte Intervention mitten in der Budgetdebatte) im Bundestag bekanntgab, war unter Punkt 5 noch von »konföderative[n] Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten in Deutschland« und von dem Ziel die Rede, »eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen«, wonach die Deutsche Einheit erst über mehrere Schritte zu erlangen sein sollte.<sup>7</sup> Darauf baute die von Hans Modrow (SED/PDS) angeführte Allparteienregierung in der DDR monatelang auf.

Auch wenn eine Vereinigung der deutschen Staaten bereits in diesem Programm als Endziel genannt wurde, enthielt sich der Bundeskanzler (BK) jeder Ansage darüber, wann genau und nach welchem der beiden im Grundgesetz gegebenen Formate – dem »Beitritt« der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 mit dem Beitritt des Saarlandes 1957 als Vorbild oder der Vereinbarung einer neuen Verfassung nach Art. 146 – die als Zukunftsvision genannte Vereinigung tatsächlich realisiert werden sollte. Gerhard A. Ritter spricht von einem Zeithorizont von

4 Vgl. Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 21. Dezember 1989 in Bonn, Ergebnisprotokoll, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 581, fol. 10. Einen Bericht über die voraussichtlichen Kosten der aus dem Abkommen abzuleitenden Einzelmaßnahmen sollte eine Arbeitsgruppe bis zum März 1990 vorlegen.

5 Ebd., fol. 13.

6 Vgl. zum Beispiel Wolfrum: *Die geglückte Demokratie*, 2006, 694. Auch für Lepsius, *Die deutsche Vereinigung*, 2001, 39–63, 46 war der Mauerfall »das faktische Ende der DDR«. Vgl. hingegen Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, 2006, 656.

7 Helmut Kohl, Bundestags-Rede 28.11.1989. Stenographische Berichte, 11. WP, 177. Sitzung, 13510–14, zit. n. Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 142.

fünf bis zehn Jahre,<sup>8</sup> der Kohl zur Zeit des Zehnpunkteprogramms vorschwebte, und fügt hinzu: »Selbst bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags über eine Schaffung der Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion am 18. Mai 1990 erwartete man noch, dass die politische Vereinigung in ein bis anderthalb Jahren erfolgen würde.«<sup>9</sup> Knapp formuliert können wir von vier Entscheidungsmomenten sprechen, in deren Folge sich der Zeithorizont immer wieder verkleinerte: die eben erwähnte Bekanntgabe des Zehnpunkteprogramms im November 1989, das Angebot der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Februar 1990 und die Entscheidung der ostdeutschen Wähler für den Beitritt im März, die eben genannte Unterzeichnung des Staatsvertrags vom 18. Mai und last, but not least die Beschleunigung der Verhandlungen zum EV im Juli 1990.

Diese Fluidität der allgemeinpolitischen Lage galt auch für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Im Westen blieb man zunächst, wie oben angedeutet, mit sich selbst beschäftigt. Erst ab Februar 1990 nahm man sich das Thema DDR in der »Allianz« der wissenschaftspolitischen Einrichtungen auf Initiative des BMFT-Leiters Minister Heinz Riesenhuber (CDU) schrittweise an (siehe unten). In dieser Situation orientierte sich die MPG-Leitung zunächst an der sich radikal wandelnden politischen Lage in der DDR.

Unmittelbar nach dem Mauerfall begann in der DDR ein Machtkampf um die Hochschulen und die AdW-Instituten. Die MPG-Leitung wurde darin durch den Versuch der AdW-Leitung, die MPG als Ressource im Kampf um den eigenen Machterhalt zu mobilisieren, einbezogen. Zu diesem Zeitpunkt waren Beziehungen der MPG zur AdW der DDR schon punktuell, aber in sehr geringem Ausmaß vorhanden.<sup>10</sup> In seiner Rede vor der Jahrespressekonferenz der MPG in Bonn Ende November 1989 berichtete Staab, dass im Jahre 1988 126 Gastwissenschaftler\*innen aus Polen an MPIs gekommen waren, während aus der DDR (»infolge der unnatürlichen Abgrenzungspolitik«) nur neun kamen; daraus leitete er die »Notwendigkeit einer Verstärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren Kollegen in der DDR« ab.<sup>11</sup>

In der Folge des Abkommens zur Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ-Abkommen) zwischen den beiden deutschen Staaten von 1987

8 Horst Teltschik schreibt, dass man damals als Zeithorizont für die Vereinigung »fünf bis zehn Jahre veranschlagte«. Horst Teltschik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, 1991, 380, 52, zit. n. Rödter, *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 142.

9 Gerhard A. Ritter: *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007a, 12.

10 Hubert Laitko: *Vorsichtige Annäherung*, 2002, 309–338. Als wichtige Ausnahme zur Politik der »vorsichtigen Annäherung« hervorzuheben ist der Status des Linguisten Manfred Bierwisch als Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des MPI für Psycholinguistik in Nijmegen seit 1985. Zu den Beziehungen der MPG mit der DDR vgl. ausführlicher Sachse: *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023.

11 Rede des Präsidenten Heinz Staab bei der Jahrespressekonferenz der Max-Planck-Gesellschaft in Bonn, 30. November 1989, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 146. fol. 115. In der publizierten Fassung dieser Rede heißt es ohne Zahlenangabe: »[A]ls Folge der unnatürlichen Abgrenzungspolitik der DDR rangierte bis in das letzte Jahr hinein die DDR selbst noch nach Rumänien als Schlusslicht«. Heinz A. Staab: *Freiheit und Unabhängigkeit*, (1990b), 53–57, 60–63, 60.

fanden erste Gespräche zwischen den Leitungen der AdW und der MPG 1988 statt. Die MPG wurde trotz ihrer grundsätzlich anderen Verfasstheit seitens der AdW offensichtlich als geeigneter Gesprächspartner wahrgenommen. Schon zu diesem Zeitpunkt schien laut telefonischer Auskunft von Manfred Bierwisch ein bilaterales Abkommen in Aussicht gewesen zu sein. Im Vermerk dazu hieß es, »dass die Akademie die feste Absicht habe, möglichst bald ein Abkommen mit der MPG zu schließen und darin auch eine befriedigende Lösung für die Berliner Institute vorzusehen«. <sup>12</sup> Gemeint war mit dieser Bemerkung wie auch mit dem Hinweis Staabs auf die »unnatürliche Abgrenzungspolitik« Ost-Berlins der Status West-Berlins, der nicht nur in wissenschaftspolitischen Belangen für die DDR-Seite ein Hemmnis darstellte.

In der Tat kam es zu einer Begegnung zwischen dem AdW-Präsidenten Werner Scheler und Staab am 20. und 21. April 1988, woraufhin Scheler im Juni ein »bilaterales Abkommen« in Aussicht stellte und die Überzeugung vertrat, »dass eine Fortsetzung unseres Gedankenaustausches zeitgemäß ist«. <sup>13</sup> Zu einem weiteren Besuch Schelers mit Delegation in München kam es aber erst Mitte Oktober 1989. Scheler bedankte sich am 2. November »für die überaus freundliche und zuvorkommende Aufnahme«. <sup>14</sup> Inzwischen wurden mehrere konkrete Vereinbarungsansätze getätigt, zum Beispiel zwischen dem MPI für Züchtungsforschung und dem Zentralinstitut (ZI) für Kulturpflanzenforschung in Gattersleben im Februar 1989. <sup>15</sup> Ab wann solche Einzelkooperationen auf Institutsebene tatsächlich begannen, ist noch unklar, aber einzelne Arrangements sind belegt. So schrieb Hasenclever an den AdW-Generalsekretär Claus Grote im Mai 1989, dass die Zusammenarbeit des ZI für Sprachwissenschaft der AdW mit dem MPI für Psycholinguistik in Nijmegen (gemeint war der Gastaufenthalt Bierwischs) »positiv beurteilt« werde; eine Fortsetzung bedürfe »keiner formellen Vereinbarung«. <sup>16</sup> Im selben Brief griff Hasenclever die »Anregung« Grotes auf, eine Delegation aus der AdW »zum Besuch verschiedener Einrichtungen unserer Gesellschaft zu entsenden«, und bat um einen Terminvorschlag. <sup>17</sup>

12 Vermerk Hasenclever an den Präsidenten, 23.3.1988 (Durchschlag), AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 403.

13 Dietmar Nickel, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 19.4.1988: Besuch beim Präsidenten der AdW der DDR am 20./21.1.1988; Staab an Scheler, 20.6.1988; Scheler an Staab, 24.8.1988, alles AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 370–373, 384–390.

14 Nickel, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 9.10.1989: Besuch des Präsidenten der AdW der DDR, Herrn Prof. Scheler, am 17.–18. Oktober 1989; Scheler an Staab, 2.11.1989; Peter, Vermerk: Besuch des Präsidenten der AdW der DDR [...] und Delegation am 17./18.10.1989, 24.11.1989, alles AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904, fol. 319–325, 331–335.

15 Nickel, Vermerk 14.2.1989: Beziehungen zur DDR. Vorgesehenes Abkommen des MPI für Züchtungsforschung und das AdW-Institut für Kulturpflanzenforschung in Gattersleben; Hasenclever an F. Salamini (Geschäftsführender Direktor am MPI für Züchtungsforschung), 16.02.1989: Entwurf einer Vereinbarung, Ebd., fol. 362–364, 360–361.

16 Hasenclever an Grote, 23.5.1989. Ebd., fol. 359.

17 Ebd.

In der Senatssitzung vom 16. November 1989 wurde das Treffen Staabs mit Scheler in München kurz erwähnt und dabei festgehalten, dass Übereinstimmung darin bestehe, »möglichst bald einen Vertrag zwischen der MPG und der AdW der DDR über die Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung abzuschließen, über dessen Modalitäten im Einzelnen noch zu verhandeln sei«. Staab wies aber darauf hin, dass es im Gegensatz zur üblichen Praxis der AdW, Wissenschaftler\*innen selbst auszuwählen und diese an Kooperationspartner zu entsenden, »für die MPG unabdingbar sei, im Rahmen der Vereinbarung gezielt Wissenschaftler der DDR an ihre Institute einladen zu können. Die inzwischen in der DDR eingetretene Entwicklung werde eine Einigung über diesen wohl erleichtern.«<sup>18</sup> Diese andeutungsweise Erwähnung des Mauerfalls war die erste in einem Senatssitzungsprotokoll; der Sturz der SED und die Installation der Modrow-Regierung waren noch nicht geschehen.

Anfang Dezember bekam die Politik der MPG mithilfe völlig anderer, seit Langem bestehender Kontakte in die DDR erste Konturen. Seit Jahrzehnten waren Mitglieder der MPG in die Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt worden. Diese älteste deutschsprachige Wissenschaftsakademie wurde zwar von der DDR-Regierung mit einem Etat von 200 Millionen Mark unterstützt, genoss jedoch einen einmaligen Sonderstatus im Wissenschaftssystem der DDR; aufgrund ihres international anerkannten Standings griff die SED-Leitung weder in die Mitgliederauswahl noch in die Wahl der Leitung ein.<sup>19</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren sechzig Wissenschaftliche Mitglieder der MPG auch Mitglieder der Leopoldina, davon waren sieben sogar in deren Senat vertreten.<sup>20</sup> Als Prestigesymbole sowie als Konter im System der deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen waren diese Verbindungen wohl für beide Seiten nützlich. Solche Beziehungen konnten aber auch zumindest potenziell als Ressourcen für spätere Kontaktaufnahmen mobilisierbar werden, wie dies nun geschah.

Wohl aufgrund dieser schon bestehenden Verbindungen kam nun der langjährige Präsident der Leopoldina, der Physiker Heinz Bethge, Anfang Dezember 1989 seinem späteren Bericht zufolge zu einem »ausführlichen Gespräch« mit Staab nach München, dem eine Runde in der Generalverwaltung folgte zur gemeinsamen Beratung darüber, »wie wohl zu helfen sei«: »Aus dieser Diskussion heraus kam die seither viel gebrauchte Formulierung der vielen einzelnen Drähte, die gespannt werden sollten. [...] [W]obei von mir gesagt wurde, dass der Einfluss

18 Niederschrift der 123. Sitzung des Senats vom 26.11.1989 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 123.SP, fol. 22–23.

19 Vgl. hierzu Kristie Macrakis: *Einheit der Wissenschaft*, 1997, 147–169; Benno Parthier und Sybille Gerstengarbe: *Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen*, 2002, 203–228.

20 Eigene Zählung anhand der mir aus dem Archiv der Leopoldina zugeschickten Listen für 1989 und 1990, korreliert mit Daten aus der GMPG-Datenbank. Mit Dank an die Mitarbeiter\*innen des Archivs der Leopoldina sowie an den studentischen Mitarbeiter des GMPG-Projekts Aron Marquart. Zum Verhältnis der MPG und der Leopoldina siehe auch Carola Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023, 171–172.

von Obrigkeiten tunlichst vermieden werden sollte.«<sup>21</sup> Laut Bethge hatte dieser Rat von vornherein eine politische Dimension: »Auch bei den ersten Gesprächen in München hatte ich schon betont, dass ganz schwierige personelle Probleme sich abzeichnen; denn der allmächtige Einfluss der Partei musste ja gebrochen werden.«<sup>22</sup> Das Treffen mit Bethge hat den späteren Entschluss der MPG, bereits vorhandenen Kooperationen von einzelnen Gruppen und Wissenschaftler\*innen Verhandlungen auf Staats- oder Akademieebene vorzuziehen, wesentlich bestärkt, war dafür jedoch nicht allein für diesen verantwortlich.

Ende Dezember deutete sich ohnehin im Kontext der radikal veränderten politischen Lage eine Wende in der Haltung der MPG gegenüber der AdW an. Der damalige Referatsleiter für Internationales und Protokoll in der GV, Dietmar Nickel, behauptet in einem Interview, dass es über die Weihnachtszeit fast zu einem unterschriftsreifen Abkommen mit der AdW gekommen sei, dessen Abschluss er jedoch zu verzögern gewusst habe.<sup>23</sup> Vermutlich hatte es der Intervention Nickels nicht bedurft: Als Grote an Hasenclever Ende Dezember gute Wünsche zum Jahreswechsel schickte und dabei die Vermutung äußerte, dass man die Vertragsdokumente für ein bilaterales Abkommen »möglichst früh im neuen Jahr« unterzeichnen könne, versah Hasenclever das Schreiben mit dem lapidaren handschriftlichen Vermerk: »Ich habe nicht die Absicht, diesen Brief zu beantworten. Vertragsabschluss nicht vor [der] [...] DDR-Wahl am 9/5!«<sup>24</sup> Kurz davor war der Termin der Volkskammerwahl in der DDR durch den Zentralen Runden Tisch mit dem 9. Mai 1990 festgelegt worden; kurz danach wurde der Wahltermin auf den 18. März vorverlegt.

Somit war die DPA-Meldung im Januar 1990 »Bei der MPG wird derzeit eine Rahmenvereinbarung ausgearbeitet, die die künftige Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern der MPIs und der AdW der DDR regeln soll«<sup>25</sup> schon zum Erscheinungstermin nicht mehr aktuell. Aus den folgenden Senatsprotokollen und anderen relevanten Akten geht eine deutliche Zurückhaltung des MPG-Präsidiums in Bezug auf diesen Plan hervor. Schon im Januar erhielt Staab von seinem persönlichen Assistenten Hans-Gerhard Husung einen Bericht von einem »informellen Informationsbesuch«, bei dem er von der Führungskrise und der außerordentlichen Generalversammlung der AdW am 7. Dezember 1989 er-

21 Heinz Bethge: Zum deutschen Einigungsprozess in den Wissenschaften, 1991, 205–216, 206. Wie der Besuch Bethges in München zustande kam, geht aus diesem Bericht nicht hervor.

22 Ebd.

23 Carola Sachse: Interview mit Dietmar Nickel. 12. April 2018. DA GMPG, ID 601023; zit. n. Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023, 175.

24 Grote an Hasenclever, 27.12.1989, mit handschriftlichem Vermerk Hasenclevers, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 302.

25 DDR: Weniger Bürokratie im deutsch-deutschen Wissenschaftsbetrieb. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 1 (1990), Aussendung 2.1.1990, BArch B 138/56723. Auch in: AMPG, II Abt., Rep. 71, Nr. 310, fot. 6–8. Der Bestand Rep. 71 im AMPG ist nicht foliert; deshalb werden Seitenangaben aus diesem Bestand nach der Bezifferung der jeweils verwendeten PDF-Datei mit »fot.« wiedergegeben.

fuhr; von einem »Splitting einzelner Institute« und der »ungewisse[n] Zukunft« der Gesellschaftswissenschaften sei die Rede gewesen.<sup>26</sup> Im März leitete Klaus Pinkau (Direktor am Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching) ein Schreiben von Horst Albach, dem Präsidenten der 1987 gegründeten Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Westberlin, mit einem Bericht über eine Veranstaltung dieser Initiativgruppe vom 28. Februar an Staab weiter. Ebenfalls Anfang März übermittelte Ina Frieser im Auftrag von Albach eine Aktennotiz über diese Veranstaltung, in der es hieß: »Die DDR-Akademie wolle offensichtlich nicht die Trennung von Gelehrten- und Forschungsgemeinschaften und strebe eine gemeinsame Kommission nicht mit uns [der Westberliner Akademie], sondern mit der MPG und der DFG an.«<sup>27</sup> Spätestens zu diesem Zeitpunkt musste sich die MPG-Leitung darüber im Klaren gewesen sein, was mit ihr gespielt werden sollte. Gleichwohl redete man am 20. Februar vorerst weiter miteinander.

Im eben zitierten Bericht des Präsidenten Staab an den Senat wird das Festhalten am »Einladungsprinzip« betont, also waren eine strukturkonservative Haltung und die Ablehnung des in der DDR gängigen Prinzips der »Reisekader« von Anfang an präsent. In diesem Moment erwies sich das als Vorteil. So konnte die MPG-Leitung die Versuche seitens der AdW-Leitung abwehren, die MPG als Ressource zur Selbsterhaltung zu mobilisieren. Verhandlungen der MPG-Leitung mit der AdW-Leitung liefen zwar weiter, blieben jedoch ergebnislos, weil der rapide Zerfall der SED-Herrschaft und die Schwäche der darauffolgenden Modrow-Regierung den Status der AdW unklar werden ließ. Die wahren Gründe der Verzögerung nannte Staab in seinem Bericht an den Senat am 15. März: Die Situation der DDR sei nun »verändert«, weshalb sich ein Zuwarten bis zu den Wahlen am 18. März empfehle; ohnehin würden »personelle Veränderungen an der Spitze dieser Institution«, das heißt der AdW, erwartet. »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei naturgemäß offen, wie sich die nach sowjetischem Muster aufgebaute DDR-Akademie künftig gestalten werde.«<sup>28</sup> Ende März 1990, nachdem der Wahlsieg der »Allianz für Deutschland« die Ausrichtung der neuen DDR-Regierung auf einen Beitritt zur Bundesrepublik besiegelt hatte, wurde die Tür zur damaligen Leitung der AdW endgültig geschlossen.

Im gesamten Jahr 1990 beschränkte die MPG ihr Engagement in der Nach-DDR und später in den Neuen Bundesländern auf die Förderung solcher Einzelkooperationen auf Institutsebene (intern »kleiner Grenzverkehr« genannt). Bis Juni 1990 hatten diese schon einen beachtlichen Umfang erreicht. Laut einem Vermerk vom 21. Juni wurden bis dahin »mehr als 30 Wissenschaftler aus der

26 Husung, Vermerk für den Präsidenten, 9.1.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 279–284. Tatsächlich formierte sich eine »Initiativegruppe Wissenschaftler der AdW der DDR«. Zum darauffolgenden Machtkampf innerhalb der AdW vgl. Isolde Stark: Der Runde Tisch der Akademie, 1997, 423–445.

27 Pinkau an Staab, 6.3.1990; Ina Frieser an Vorstand der Berliner AdW, 1.3.1990, beides AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 197–198.

28 Niederschrift der 124. Sitzung des Senats vom 15.3.1990 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP, fol. 10–11.

DDR« zur Fortbildung an MPIs gefördert. Von diesen war rund die eine Hälfte im Rahmen des Kooperationsprogramms, die andere auf Einladung von MPIs tätig. »Mehr als 20 Kooperationsprojekte« wurden eingeleitet oder beantragt; beteiligt waren 14 MPIs, 7 AdW-Institute und die Humboldt-Universität Berlin, die Universität Halle sowie die TU Dresden und die TU Chemnitz. Derselbe Vermerk nennt vier Institutspartnerschaften: Neben der oben erwähnten, bereits vor November 1989 bestehenden zwischen dem MPI für Psycholinguistik und dem ZI Sprachwissenschaften waren Partnerschaften zwischen dem MPI für Radioastronomie und dem ZI für Kosmosforschung, dem MPI für Züchtungsforschung und dem ZI für Genetik und Kulturpflanzenforschung sowie zwischen dem MPI für Mathematik und den Weierstraß-Instituten für Mathematik zustande gekommen.<sup>29</sup> Finanziert werden sollte das Programm aus Sondermitteln des BMFT aus dem Nachtragshaushalt; weil diese Mittel noch nicht bewilligt waren, wurde dafür das meiste bei der Volkswagen-Stiftung beantragt.<sup>30</sup> Das Programm lief bis 1992 unter der Ägide des Präsidiums und benötigte daher keinen Senatsbeschluss.<sup>31</sup> Wie weiter unten zu zeigen sein wird, entstanden aus mehreren dieser Beziehungen nach der Vereinigung Einrichtungen der MPG.

Mit dieser Politik lag die MPG zu diesem Zeitpunkt auf einer Linie mit dem BMFT. Dessen Staatssekretär Gebhard Ziller formulierte diese Linie im April 1990 deutlich:<sup>32</sup> »Qualitativ und quantitativ müsse nun eine Phase der Kooperation mit der DDR beginnen«, die »politisch besonders hohe Priorität« habe. »Die Finanzierung solle wesentlich mit bestehenden Ressourcen durchgeführt werden; ggf. könnten Hilfen aus dem Nachtragshaushalt des BMFT zur Verfügung gestellt werden.« Allerdings hielt Ziller auch fest, »dass die Projektion der Ziele und der Gestaltung der Forschungslandschaft in erster Linie als politische Aufgabe zu betrachten sei, wobei die Wissenschaft zu dieser Diskussion Beiträge liefern sollte.« Damit positionierte sich das BMFT als zentraler, handelnder Akteur im darauffolgenden Geschehen.

29 Drehbuch der 150. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP, fol. 346. Eine Liste der kooperierenden Institute befindet sich ebd., FN 1 und 2.

30 Nickel, Vermerk für den Herrn GenSek und für den Herrn Präsidenten, Betr.: Ergänzung des Entwurfs von Frau Fromm zu den »Gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung«, 24.4.1990. Fromm an Staab, Zacher, Hasenclever, 4.5.1990: Überarbeitete Fassung der Stellungnahme, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 156–159, 131–136.

31 Vgl. hierzu sowie zur Fortsetzung der Kooperationen in den NBL der zusammenfassende Bericht von Helga Peter: Vermerk für den Herrn Präsidenten. Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer, 8.12.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 459–462.

32 Zum Folgenden vgl. Memo »Administrativer Stiftungsvorstand« vom 9.4.1990 (übersandt von Dr. Grünwald): »Bericht über das Gespräch mit Staatssekretär Dr. Ziller zur DDR-Kooperation vom 5. April mit den wiss. Vorständen der AGF«, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 169. Hervorhebung im Original.

Mit der Entscheidung für Einzelkooperationen positionierte sich auch die MPG auf eigene Weise in der Zeit vor und nach den Märzahlen in der DDR, in der alle Player im bundesdeutschen System einen jeweils eigenen Weg in den Osten mit eigens ausgesuchten ostdeutschen Kolleg\*innen zu gehen trachteten. Der erste Vorstoß kam von der DFG im Januar 1990 mit der Einladung an Wissenschaftler\*innen der DDR, in einer Art Tandemverfahren gemeinsam mit Kolleg\*innen aus der Bundesrepublik Förderanträge zu stellen.<sup>33</sup> Diese Aktivierung bestehender Förderinstrumente<sup>34</sup> wurde von der allgemeinen Politik positiv wahrgenommen; aus dem Bundeskanzleramt (BKA) schrieb man Markl, dass der Bundeskanzler die Initiative begrüßt habe: »Die Bundesregierung will die DFG bei der Verwirklichung dieses Programms unterstützen. Im Nachtragshaushalt sind Mittel dafür vorgesehen.«<sup>35</sup>

Fast zur gleichen Zeit, am 14. Februar, schloss die FhG eine Kooperationsvereinbarung mit Peter-Klaus Budig, dem damaligen Minister für Forschung und Technologie, ab.<sup>36</sup> Zur Vorbereitung der Sitzung des Präsidentenkreises am 5. März schickte die FhG den anderen Beteiligten eine umfangreiche Dokumentation dieser schon begonnenen Tätigkeit in der DDR. Das tat zu diesem Zeitpunkt sonst keine der anderen Einrichtungen, wohl deshalb, weil sie noch lange nicht so weit waren.<sup>37</sup> Ein wenig später begannen Mitgliedsinstitute der GFE, in den NBL vorzufühlen.<sup>38</sup>

33 DFG hilft Forschern in der DDR aus der Krise. *General-Anzeiger* 2.2.1990, BArch, B 138/71585, Bd. 1. Markl an Riesenhuber, 7.2.1990, mit Merkblatt, BArch B 196/96252.

34 Vgl. hierzu u. a. Vermerk v. Massow, 10.1.1990, BArch, B 138/71585, Bd. 1. Diesen Schritt scheint DFG-Präsident Hubert Markl zunächst auf eigene Initiative getan zu haben; die Zustimmung des DFG-Senats holte er am 19. Januar nach. Vgl. Markl an Riesenhuber, 7.2.1990, BArch, B 196/96252.

35 Claus-Jürgen Duisberg (BKA) an Markl, 15.2.1990, BArch B 138/71585. Eine genaue Summe nannte man an dieser Stelle jedoch nicht.

36 Dieter Schnabel (FhG Zentralverwaltung) an Klaus Fleischmann (Geschäftsführer der AGF), 23.2.1990: Vorbereitung der Sitzung der Allianz und des Gesprächs des Präsidentenkreises am 5. März 1990; Dirk-Meints Polter und FhG-Präsident Max Syrbe, Verstärkung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in der DDR, 22.2.1990 und Anlage 1: Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Technik der DDR über Ergebnisse des Treffens mit M. Syrbe, 14.2.1990, alles AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 211–212, 221–222. Siehe hierzu Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 199, sowie Osganian und Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022, 55–57.

37 FhG-Präsident Max Syrbe stammte aus Ostdeutschland und hatte mit dem bereits erwähnten Joseph Rembser, dem Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im BMFT, im September 1989 ein Grundsatzpapier zur Zusammenarbeit entworfen. Joseph Rembser: Der europäische Forschungsmarkt, 1991, 22–30, 29. Siehe auch: Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 198.

38 Vgl. hierzu Renate Mayntz: *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 75. Zum relativ frühen Vorstoß der FhG vgl. Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt*, 1999, 199. Zu den Aktivitäten der GFE vgl. Dieter Hoffmann und Helmuth Trischler: *Die Helmholtz-Gemeinschaft*, 2015, 9–47, 25–33.

Die Motivation hinter dem Vorstoß der DFG hielt man im Vermerk aus dem BMFT zum Gespräch des DFG-Präsidenten Markl mit Minister Riesenhuber am 5. März 1990 fest: Es ging darum, eine unkoordinierte Auswanderung von qualifizierten Forscher\*innen gen Westen aufzuhalten und die »Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Hilfe in der DDR zu signalisieren, um gerade die ›richtigen‹ zum Verbleiben zu ermuntern«. <sup>39</sup> Wer genau »die Richtigen« nun denn seien und wie sie in der DDR weiterarbeiten sollten, blieb zu diesem Zeitpunkt noch unklar. Aber die Haltung der DFG passte genau zu der Befürchtung der Kohl-Regierung, dass Übersiedler aus der DDR das Sozialsystem der Bundesrepublik belasten würden; neben wahltaktischer Hilfe für die Schwesterpartei im Osten im Vorfeld der Märzahlen motivierte dies das Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion am 13. Februar, von dem wiederum eine ungeheure Sogwirkung in Richtung Beitritt ausging. <sup>40</sup> Insofern verzahnten sich auf diese Weise die allgemeine Politik und die Wissenschaftspolitik, ohne dass dies explizit koordiniert wurde, denn es handelte sich um eine Parallelentwicklung der beiden Politikebenen aufgrund der jeweils wahrgenommenen Interessenlage.

Parallel zu den Beratungen im Präsidentenkreis der »Allianz« berieten ab März 1990 andere Wissenschaftspolitiker\*innen in einer vom WR eingerichteten Arbeitsgruppe »Deutsch-Deutsche Wissenschaftsbeziehungen« mit ostdeutscher Beteiligung, die aus informellen Treffen im Wissenschaftskolleg zu Berlin Ende November 1989 hervorgegangen war. <sup>41</sup> An diesen Beratungen nahm nur ein Mitglied der MPG, Dieter Simon in seiner Eigenschaft als WR-Vorsitzender, teil. Als Ergebnis dieser Beratungen sollte die Stellungnahme des WR, »Perspektiven von Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen«, vom 6. Juli 1990 hervorgehen (siehe unten).

Es folgte eine Zeit des nicht koordinierten Taktierens und Positionierens der wissenschaftspolitischen Akteure nebeneinander. <sup>42</sup> Vorreiter war wieder einmal die DFG, deren Senat bereits am 26. April seine Bereitschaft zu einer Ausdehnung der Zuständigkeit der DFG auf die DDR »einstimmig« erklärte; in der entsprechenden Presseaussendung Anfang Mai war von einer Forschungsförderung

39 Markl an Riesenhuber 7.2.1990, BArch, B 196/96252; Stichwortartiger Ergebnisvermerk, Gespräch (des Ministers) mit DFG-Präsidenten Markl vom 5.3.1990, ebd. Weiteres zu den Folgen des DFG-Programms vgl. BArch, B 138/71585. Bis März hatten bereits 1000 Personen am Förderprogramm teilgenommen.

40 Vgl. Schäuble, *Der Vertrag*, 1991 und Lepsius, *Die deutsche Vereinigung*, 2001.

41 Zur AG »Deutsch-Deutsche Wissenschaftsbeziehungen« des WR vgl. Dr. Aurich an Budig, 15.3.1990 und an Meyer, 9.5.1990, BArch, DR 4/175. Zu den Anfängen am Wissenschaftskolleg vgl. Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5.3.2019. DA GMPG, ID 601048; Mitchell G. Ash: Interview mit Horst Klinkmann, Rostock 13.9.2019. DA GMPG, ID 601055. Siehe hierzu auch Horst Klinkmann: *Zeitzeugenbericht* von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Klinkmann am 8. Juni 2007, 2008, 226–253.

42 Wie Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 75, schreibt: »Viel gegenseitige Abstimmung [unter den Forschungs- und Forschungsförderungsträgern] fand dabei nicht statt: Das Reaktionsmuster war immer noch dezentral und nur schwach koordiniert.«

der DFG »auch in einem zukünftig geeinten Deutschland« die Rede.<sup>43</sup> Der Text »Deutsche Forscher finden zueinander«, in dem die bisherigen Kooperationsinitiativen beschrieben wurden, publizierte das BMFT schon am 14. März, kurz vor den DDR-Wahlen.<sup>44</sup> Über das allgemeine Informationsdefizit bestand jedoch Konsens. Noch im Mai war man im BMFT dabei, mithilfe der beiden DDR-Ressorts und der Kooperation des BMBW eine »Gesamterhebung« der AdW unter Einbeziehung der Hochschulen zu bewerkstelligen.<sup>45</sup> Das umfangreiche Zahlenwerk traf aber erst am 28. Juni – also wenige Tage vor dem »Kamingespräch« – ein.<sup>46</sup>

Etwas von der Atmosphäre »on the ground« zu jener Zeit lässt eine Diskussion in der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion (GWS) der MPG am 8. Februar erahnen.<sup>47</sup> Dort berichtete Friedrich-Karl Beier (Direktor am MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht in München), »dass sich sein Institut in jüngster Zeit einer ›Flut‹ von Besuchswünschen von Kollegen aus der DDR gegenübersehe«. Der Eindruck wurde »allgemein bestätigt«; dabei erwies sich »vor allem die Auswahl der Gäste im Hinblick auf ihre politische Vergangenheit als oft schwierig«. Man hielt es damals für richtig, die Märzahlen abzuwarten, bevor man Gäste einlud, wobei der anwesende Zacher darauf hinwies, dass »direkte Kontakte« durch die GV finanziell unterstützt werden könnten. Noch konkreter war die spätere Mitteilung von Alexander M. Bradshaw, Geschäftsführender Direktor am Fritz-Haber-Institut, an Hasenclever am 23. April. Er beobachtete »einen regelrechten Ansturm von Besuchern aus der DDR sowie auch aus anderen osteuropäischen Ländern«. Die Berliner Institute seien »außerordentlich stark betroffen«, die Besucher müssten »von uns beköstigt werden«, weil sie »kaum mit Bargeld ausgestattet« seien. Er bat deshalb um Aufstockung des »Repräsentationsfonds« des Fritz-Haber-Instituts um 2000 DM.<sup>48</sup>

Währenddessen näherte man sich im BMFT einer Grundsatzentscheidung. Positionspapiere wurden Anfang Mai von Hartmut Grübel, Referatsleiter in der Abteilung Innerdeutsche Wissenschaftsbeziehungen (ab März umbenannt in Grundsatzfragen der deutschen Einigung), und anderen ohne zentrale Koor-

43 Markl an Verteiler (Staab, Hasenclever, Seidel WRK, Bode-Rektorenkonferenz, Simon, Benz (Gen-Sek WR), Harald zur Hausen (Vorsitzender der AGF), Syrbe (Präsident der FhG)), 2.5.1990 – Presseaussendung zum Senatsbeschluss der DFG vom 26.4.1990, Presseerklärung Nr. 12, 2.5.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484, fol. 418–419.

44 Deutsche Forscher finden zueinander. BArch, B 138/56723, auch in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484, fol. 230–237.

45 Vermerk: Gespräch StS Schaumann und Ziller zum »Bildungsgipfel«, 8.5.1990, BArch, B 138/56723.

46 K. Herrmann an Terpe und Staatssekretär Dr. Pötschke zur Information: Datenerhebung zur DDR-Forschungslandschaft, 28.6.1990, BArch, DF4, Bd. 32265.

47 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 8.2.1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1486, fol. 11–12.

48 Bradshaw an Hasenclever, 23.4.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 160.

dinierung eingereicht.<sup>49</sup> Die Stellungnahme Grübels betonte die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten, die dem Erhalt der AdW im Wege stand; mangels Trägerschaft mehrerer Bundesländer sei dies kaum möglich. Hinzu kamen die Personalkosten, denn das Personal »müsse auf jeden Fall verkleinert werden«. Möglich sei eine Verlagerung von Personal an die Hochschulen, die FhG oder die MPG, hieß es weiter, doch dann könnten maximal je 1000 Stellen finanziert werden, »falls man den bundesdeutschen bzw. OECD-Schlüssel zugrunde lege«.<sup>50</sup>

Grundsätze der späteren Lösung formulierte Rembser in einem langen Memorandum an den Forschungsminister der DDR, Frank Terpe (SPD), Anfang Mai:<sup>51</sup> Das gemeinsame Forschungssystem sollte dieselben vier Sektoren haben wie jenes der bisherigen Bundesrepublik: »Unser Ziel muss es sein, entsprechende Pendanten im Westen und Osten Deutschlands zu identifizieren, sie ggf. zu entwickeln, neu zu ordnen und dann zusammenzuführen. *Dabei darf am Ende nichts nebeneinander und parallel zueinander bleiben.* Wir wollen die Integration in der notwendigen Vielfalt und Eigenständigkeit«. <sup>52</sup> »Wir werden Ihre Positionen respektieren«, hieß es weiter, doch vorrangig sei, »die menschlichen Ressourcen der DDR für eine qualifizierte, wettbewerbsorientierte, kreative und eigenverantwortliche Forschung zu entwickeln« und »eine starke Verankerung, die Vitalisierung der Grundlagenforschung in den Hochschulen« zu erzielen. Man wolle »Einzelninitiativen und Vorschläge aus der Basis der AdW« einbeziehen, aber das Ergebnis werde »zweifellos eine Verminderung des jetzigen Personalumfangs im außeruniversitären Sektor bedeuten«. <sup>53</sup> Die Stoßrichtung jedenfalls des BMFT schien also bereits Anfang Mai deutlich zu werden, der Zeitplan war es aber noch nicht. Zu diesem Zeitpunkt war wie schon gesagt noch immer nicht klar, wann die Vereinigung der beiden deutschen Staaten überhaupt geschehen würde.

Auch die MPG tastete sich zu dieser Zeit noch vor, wie Positionspapiere der GV im April und Mai zeigen. So ging man in einem Vermerk vom 8. Mai offenbar noch immer von einem Fortbestand der Zweistaatlichkeit aus und stellte einen »Annäherungsprozess« in drei Phasen in Aussicht: gegenseitige Information, gefolgt von einer Intensivierung vorhandener Kooperationen; erst in einer dritten Phase sei »die Integration der beiden Wissenschaftssysteme« vorzusehen. Die

49 Mitchell G. Ash: Gespräch mit Hartmut Grübel. Berlin, 20. Februar 2019, DA GMFG, ID 601065. Seiner Erinnerung nach markierte dieses Papier »die Grundsatzposition, von der aus dann der Weg konsistent und ohne nennenswerte Konflikte im Hause« (BMFT) weitergegangen sei. Hartmut Grübel, E-Mail an Mitchell G. Ash, 6.8.2020, mit Dank an Herrn Grübel für das Zitiererlaubnis.

50 Gross, Vermerk betr.: Außerordentliche Sitzung des interministeriellen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 28.5.1990, BArch, B 138/56723. Hinzugefügt sei, dass der Vertreter des BMBW davor warnte, »bei der Neustrukturierung der AdW nur auf einige gute potenzielle MPG- oder FhG-Institute zu sehen und zu große ›Restgruppen‹ zu lassen«.

51 Zum Folgenden vgl. Rembser: »Aspekte zur Gestaltung der gesamtdeutschen Forschungslandschaft«, im Mai 1990, BArch, DF 4/32367.

52 Ebd., Bl. 4. Hervorhebung im Original.

53 Ebd., Bl. 13. Unterstreichungen im Original.

Ausweitung des Geltungsbereichs der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV) und damit die eventuelle Gründung neuer MPIs »jenseits der bisherigen innerdeutschen Grenze« sei wohl erst in »langfristiger Perspektive« denkbar.<sup>54</sup>

Kurz danach, namentlich einmal im Mai und einmal im Juni, versuchte Minister Riesenhuber selbst, Staab als Ressource für eine Stärkung oder zumindest ein sichtbares Zeichen der Präsenz der MPG in der DDR zu mobilisieren.<sup>55</sup> Am 25. Mai hieß das wie folgt: »Für die Wissenschaft in der DDR hielte ich es für ein außerordentlich ermutigendes Zeichen, wenn die MPG rasch in der DDR präsent wäre.«<sup>56</sup> Nachdem Staab dankend abgelehnt hatte, bat Riesenhuber ihn am 20. Juni nunmehr ausdrücklich darum, die Zustimmung des Senats dafür zu erwirken, »dass auch die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute die auf verwandten Feldern arbeitenden Institute in der DDR daraufhin überprüft, welche für den Aufbau von Nachwuchs-, Forschungs- oder Projektgruppen für die Max-Planck-Gesellschaft in Betracht kommen könnten.«<sup>57</sup> Darauf antwortete Staab mit einer deutlichen Begründung: »Für ein institutionelles Engagement der MPG im Bereich der Akademie sehen wir jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeiten. Voraussetzung für ein solches Engagement wäre zunächst eine noch ausstehende Reform der Akademie an Haupt und Gliedern«, die eine »Entflechtung ihrer nach Aufgabenstellung und Struktur divergierenden Teilbereiche im Grundsatz« zur Folge haben sollte. Mit »Entflechtung« war gemeint, die Gelehrtenengesellschaft vom Forschungsverbund der AdW zu trennen und einen Teil der Grundlagenforschung an die Universitäten »zurückzuführen«.<sup>58</sup> Denselben Standpunkt legte Staab gleich darauf öffentlich dar.

## 2.2 Weichenstellungen: Die Ereignisse in Lübeck-Travemünde vom 20. bis 22. Juni

Kontext der endgültigen Positionierung der MPG-Leitung im Juni 1990 war die Verschärfung der Debatte um die Gestaltung der Wissenschaftspolitik im vereinigten Deutschland, nachdem die neue Koalitionsregierung der DDR sich

54 Gegenwärtige und künftige Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP, fol. 354–355.

55 Riesenhuber an Staab, 25.5.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 19–20; Riesenhuber an Staab, 20.6.1990, Materialien zur 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125. SP, fol. 81–82.

56 Riesenhuber an Staab, 25.5.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 19–20.

57 Riesenhuber an Staab, 20.6.1990, Materialien der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 81–82.

58 Staab an Riesenhuber, 19.6.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484, fol. 495–496. Hervorhebung durch MGA.

Mitte April auf einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 Abs. 2 GG festgelegt hatte. Zum zentralen wissenschaftspolitischen Thema wurde nun die Frage, ob und wie der Institutsverbund der AdW im vereinigten Deutschland Bestand haben sollte. In der DDR war von einem »Moratorium« für die AdW von bis zu zwei Jahren oder gar von einer Weiterführung ihrer Forschungsinstitute als »Leibniz-Gesellschaft« im Rahmen einer »Wissenschaftsunion« die Rede.<sup>59</sup> Doch wie die Trägerschaft und Finanzierung einer solchen Konstruktion im föderalen System der Bundesrepublik zu denken sein sollte, war völlig unklar.<sup>60</sup>

Der Ausgang der Wahlen an der AdW am 17. Mai zugunsten der verdienten SED-Kaderangehörigen Horst Klinkmann (ein international anerkannter Nephrologe) als Präsident und Siegfried Novak (Leiter des Forschungsbereichs Chemie) als Vizepräsident machte die AdW-Leitung als Verhandlungspartnerin nicht attraktiver. Die seit Januar aktive Reformbewegung von unten war offenbar gescheitert. Innerhalb der DDR-Regierung zögerte man sehr lange, bis man am 17. Juni, also einen Monat nach den Wahlen, eine Verordnung erließ, nach der die AdW als eingetragener Verein anerkannt und zwei Tage später Klinkmann als »geschäftsführender« AdW-Präsident durch Ministerpräsidenten Lothar de Maizière bestätigt wurde.<sup>61</sup> Wie Rembser Anfang Juni berichtete, hatte die Verzögerung de Maizières politische Gründe: »Prof. Klinkmann ist offensichtlich nicht bewusstgeworden, dass in der Frage seiner Ernennung zum Präsidenten nicht nur rechtsförmliche Bedenken bestehen, sondern vor allen Dingen seine steile Karriere in der Vergangenheit die politisch Verantwortlichen zögern lässt.«<sup>62</sup>

Die Debatte hatte aber auch eine West-West-Dimension, deren zentrales Thema die Frage war, ob und wie die bevorstehende Vereinigung auch als Chance für eine Reform des bundesdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems wahrzunehmen sei. Dafür sprach sich der WR in der aus den Beratungen der AG Deutsch-Deutsche Wissenschaftsbeziehungen entstandenen Stellungnahme »Perspektiven von Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen« explizit aus.<sup>63</sup> Das Papier erschien zwar erst am 6. Juli, Entwürfe begannen aber Ende Mai zu zirkulieren. Dort war zunächst noch nicht, aber in der Endfassung schon die Rede davon, die Chance der Vereinigung

59 Eckart Förtsch: Auf dem Weg zur Wissenschaftsunion, 1990, 1689–1700.

60 Um diese Frage drehten sich die Positionspapiere, die innerhalb des BMFT im Mai zu zirkulieren begannen.

61 Terpe an Klinkmann, 18.5.1990, BArch, DF 4/32367; de Maizière an Klinkmann, 29.6.1990 und de Maizière an Scheler, 29.6.1990, BArch, DC 20/1740. Beschluss über die weitere Tätigkeit der AdW der DDR vom 27.6.1990, Verordnung über die AdW der DDR (o. D.), BArch, DF4/32165.

62 Rembser: Telex aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Boesch), 5.6.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904, fol. 547–549, 549.

63 Wissenschaftsrat: *Perspektiven von Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Drs. 9847/90. Berlin, den 6.7.1990. Für einen Entwurf vom 23. Mai vgl. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 26–59.

auch dafür zu nutzen, auch im Westen »selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen«. <sup>64</sup>

Wie wir gesehen haben, war Anfang Mai noch seitens der MPG von einer »konvergierenden Entwicklung« der Wissenschaftssysteme der beiden deutschen Staaten die Rede, in dessen Verlauf sich beide Seiten ein Stück weit verändern hätten müssen, um sich anzunähern und einen mittleren oder neuen Weg zu finden. Sechs Wochen später hatte sich das Blatt gewendet. Die aufeinander abgestimmten Stellungnahmen der MPG-Leitung gegen jegliche »Konvergenz« der Wissenschaftssysteme der beiden deutschen Staaten wurden im Rahmen der Gremiumssitzungen der MPG am 20. und 21. Juni und der Festversammlung am 22. Juni in Travemünde präsentiert. Die Termine fanden kurz nach dem dritten der eingangs genannten Entscheidungspunkte auf dem Weg zur Deutschen Einheit, namentlich dem Abschluss des Staatsvertrags zur Wirtschafts- und Sozialunion am 15. Mai, der am 1. Juli in Kraft trat. Ausgerechnet am 22. Juni fehlten führende Vertreter der Politik im Senat wie zum Beispiel Johannes Rau, der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, und auch Minister Riesenhuber, weil just zu diesem Termin die Verhandlungen zum Staatsvertrag im Vermittlungsausschuss des Bundestags und des Bundesrates in Bonn stattfinden sollten. <sup>65</sup>

In der eigentlichen Sitzung des VR am selben Tag verwies Staab verklausuliert auf die Anforderungen Riesenhubers, indem er sagte, »dass man an die Max-Planck-Gesellschaft bestimmte Erwartungen richte,« und fügte hinzu, dass deren Erfüllung für die MPG aus finanziellen, aber vor allem aus haushaltsrechtlichen Gründen schwierig sei, »weil sie – anders als beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft – institutionelle Förderung betreibt und damit langfristige Bindungen eingeht«. <sup>66</sup> Mit »haushaltsrechtlichen Gründen« war die Rahmenvereinbarung (RV) Forschungsförderung gemeint, die die gemeinsame Finanzierung der AUFES durch Bund und Länder regelte und einen eigenen Abschnitt für die MPG enthielt. Die Ausdehnung der Gültigkeit der RV auf das Territorium der DDR hielt Staab daher als Rechtsgrundlage des weiteren Agierens für unerlässlich. Faktisch setzte dies die staatliche Vereinigung voraus.

Dementsprechend bestand schließlich im VR laut Sitzungsprotokoll Einvernehmen darüber, dass die MPG »als Angebot an ihre Finanzierungsträger so bald wie möglich Klarheit darüber gewinnen sollte, welche Projekte sie nach der staat-

64 Wissenschaftsrat, *Perspektiven*, 1990, 6. Marie-Christin Schönstädt beschreibt diese als Hoffnung formulierte Empfehlung irrtümlicherweise als »implizites Versprechen« und tradiert damit das damalige Missverständnis der von den späteren Evaluierungen betroffenen ostdeutschen Forscher\*innen weiter. Marie-Christin Schönstädt: »Eine neue gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt«, 2019, 392–405.

65 Vgl. Rau an Staab, 1.6.1990, Materialien zur Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125. SP, fol. 74, Riesenhuber an Staab, 20.06.1990, ebd., fol. 81–82.

66 Niederschrift der 150. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 61 Nr. 150.VP, fol. 10.

lichen Vereinigung im anderen Teil Deutschlands in Angriff nehmen könnte«. <sup>67</sup> Was die AdW betraf,

bestand Übereinstimmung darin, dass eine Konvergenz der Wissenschaftssysteme der beiden Länder oder eine »Annäherung durch Wandel auf beiden Seiten« wohl kaum geeignet wäre, um den Kollegen in der heutigen DDR wirksam zu helfen. Es werde vielmehr im beiderseitigen Interesse darauf ankommen, sich an bewährten Strukturen und Qualitätsmaßstäben zu orientieren. <sup>68</sup>

Damit schien wie bereits im Brief Staabs an Riesenhuber vom 19. Juni klar geworden zu sein, dass von nun an ein Festhalten an der bestehenden Verfassung der MPG unter Auflösung der AdW-Strukturen favorisiert werden sollte.

In der Sitzung des Senats am selben Tag stellte Staab klar, dass »die Zurückhaltung der Max-Planck-Gesellschaft hinsichtlich der Übernahme einzelner Forschungseinrichtungen der DDR-Akademie nicht als grundsätzliche Abstinenz missdeutet werden« sollte. <sup>69</sup> Gerade weil die MPG eine Verpflichtung empfinde, nach der staatlichen Vereinigung aktiv zu werden, »habe er in Gesprächen, die er gemeinsam mit Herrn Markl und Herrn Riesenhuber in der DDR geführt habe, davon abgeraten, eine Konkurrenzorganisation (Leibniz-Gesellschaft) im Osten zu schaffen«. <sup>70</sup>

Zur Stärkung dieser Position rekrutierte man zwei ostdeutsche Kollegen mit Insiderkenntnissen – den Linguisten Manfred Bierwisch, seit 1985 wie erwähnt Auswärtiges Mitglied des MPI für Psycholinguistik in Nijmegen, und den Biologen Benno Parthier, dessen Amtsübernahme als Präsident der Leopoldina unmittelbar bevorstand (beides Abb. 1).

Gemeinsamer Tenor ihrer Reden im Rahmen der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der MPG (WR-MPG), die ebenfalls am 21. Juni vor der Senatssitzung gehalten wurden, war, dass mit diesem AdW-Regime kein Staat zu machen sei. Das war ein organisiertes Tandemverfahren zur Mobilisierung diskursiver Ressourcen, indem die beiden prominenten Ostdeutschen sich komplementär zu den Stellungnahmen der beiden MPG-Präsidenten äußerten. Dass die Ostdeutschen zuerst antraten, entsprach der wirksamen Regie.

Den Anfang machte Bierwisch mit einer vielschichtigen Analyse »Zur Situation der Wissenschaft in der DDR« aus der Sicht eines Geisteswissenschaftlers. <sup>71</sup> Dabei sprach er von »Deformationen, Fehlentwicklungen und Defiziten«, <sup>72</sup> die in den folgenden Monaten gegen die DDR-Wissenschaft immer wieder geltend gemacht werden sollten, und trug damit zum Repertoire der diskursiven Ressourcen in diesem Felde anhand dreier Stichworte bei: (1) »quantitative Disproportionen«,

67 Ebd., Bl. 6, fol. 11.

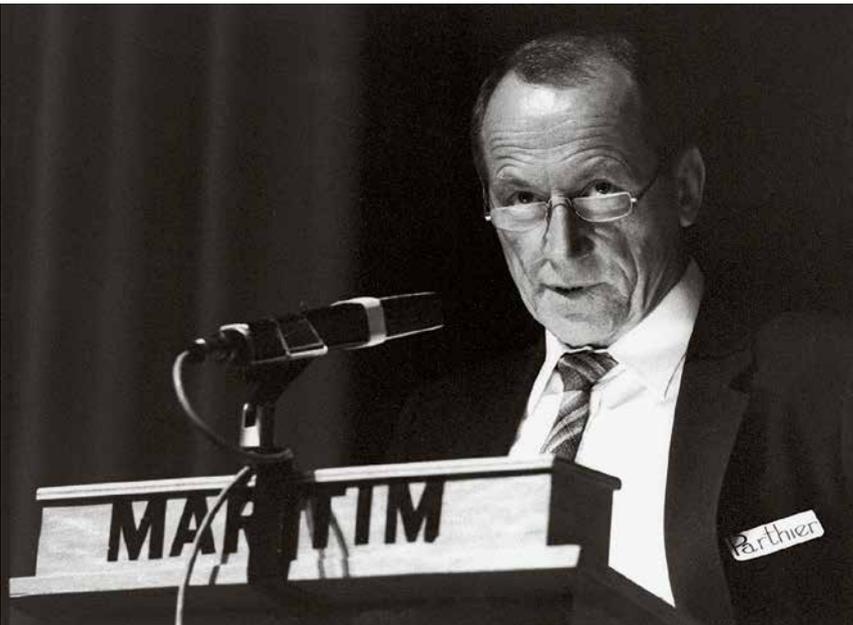
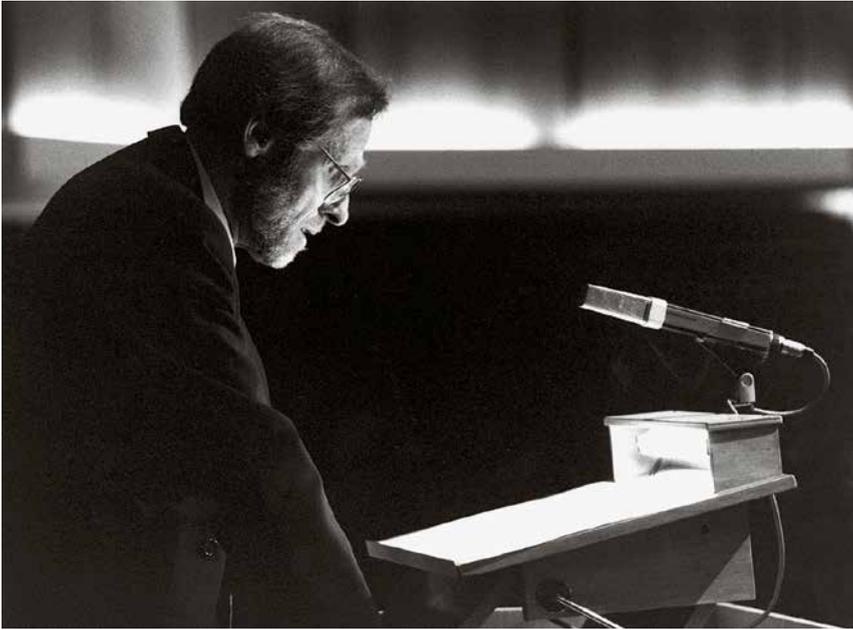
68 Ebd.

69 Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 11.

70 Ebd.

71 Manfred Bierwisch: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR, 1990, 24–30.

72 Ebd., 26.



**Abbildung 1:** Manfred Bierwisch und Benno Parthier vor dem WR-MPG in Lübeck-Travemünde, 21.6.1990. *MPG-Spiegel* 4/90, 27. Fotos: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

das heißt die personelle Überbesetzung der Institute und auch die marode Infrastruktur, (2) inhaltliche Deformationen bis hin zu direkten Einmischungen in wissenschaftliche Inhalte, die eine »doppelte Energie« notwendig machte, um »Provinzialisierung und Mittelmäßigkeit zu widerstehen«,<sup>73</sup> und (3) personale Probleme wegen der »uneingeschränkten Dominanz der Kaderpolitik«, die politische Loyalität vor Kompetenz setzte. Bierwisch betonte zwar, dass die Wissenschaft in der DDR »durchaus beachtliche, auch international gültige Leistungen und Institutionen aufzuweisen hat«; diese seien aber Ausnahmen und eher trotz als wegen der Parteiherrschaft entstanden.<sup>74</sup>

Parthier formulierte seine Sicht der naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der AdW in einer recht ungehobelten Sprache.<sup>75</sup> Die Übernahme der Verwaltungspraktiken der Partei führe dazu, dass »Parkinson-Gesetz« und »Peter-Prinzip« Triumphe in geradezu klassischer Art feierten, von der »Sicherheitsseuche« und der »Geheimhaltungspest« ganz zu schweigen.<sup>76</sup> Gegen eine Übernahme der AdW oder ihrer einzelnen Institute sprächen ohnehin »durch Wissenschaftsinzucht und Immobilität hervorgerufene [...] Mängel an Leistungsdruck und Leistungswillen der Mitarbeiter« sowie die Folgen der lange bestehenden Reise- und Informationsbehinderungen, unter denen Parthier selbst als Nicht-SED-Mitglied zu leiden gehabt hatte. Mit Bezug auf Kritiker, die vor einem Kahlschlag warnten, lautete sein Fazit:

Die zukünftige Forschungslandschaft der jetzigen DDR wird pluralistischer und differenzierter aussehen; Erhalt, Rekonstruktion und Neuaufbau sollten sich die Waage halten. Von einer »Wüste« nach dem »Kahlschlag der Wissenschaften« kann und wird nicht die Rede sein.<sup>77</sup>

In ihren Reden auf der Festversammlung am 22. Juni sprachen sich Staab (Abb. 2) und Zacher daraufhin öffentlich – und zwar zum ersten Mal mit explizit politischen Begründungen – gegen eine »Konvergenz« der beiden Forschungssysteme aus.<sup>78</sup> Für Staab war die DDR-Akademie »fest in den zentralstaatlichen Machtapparat, der – wie wir wissen – ein Apparat der SED war, eingebunden«.<sup>79</sup> Er gab nun auch den offenbar bereits angedachten folgenden Schritt der MPG bekannt: »Als nächste Stufe planen wir die Einrichtung von zeitlich befristeten Nachwuchsgruppen und schließlich von Projektgruppen, die sich in der MPG als Vorstufen von Institutsgründungen sehr bewährt haben.«<sup>80</sup> Zur von Riesenhuber schon

73 Ebd., 27.

74 Ebd., 29.

75 Zum Folgenden vgl. Benno Parthier: *Analytische Betrachtungen*, 1991. Der Vortrag war seinerzeit im *MPG-Spiegel* nicht erschienen.

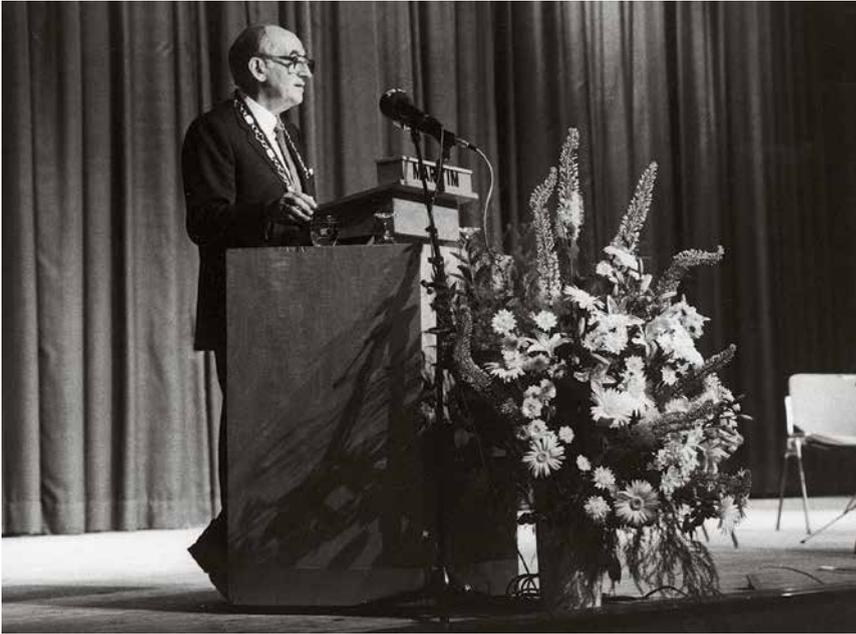
76 Ebd., 195–198, 195.

77 Ebd., 197. Für eine solche Warnung vgl. W. M. Catenhusen in einer Aussendung der SPD am 12.6.1990, zit. n. Eckart Förtsch: *Auf dem Weg zur Wissenschaftsunion*, 1990, 1692.

78 Vgl. Festversammlung: *Gegen Nivellierung durch eine »Wissenschaftsunion«*. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 20.

79 Heinz A. Staab: *Freiheit und Unabhängigkeit*, 1990, 53–57, 60–63, 60.

80 Ebd., 61.



**Abbildung 2:** MPG-Präsident Heinz A. Staab bei der Festversammlung in Lübeck-Travemünde, 22.6.1990. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

geforderten noch stärkeren Präsenz der MPG im Osten stellte er allerdings grundsätzliche Bedingungen:

Wir sind aufgeschlossen für Überlegungen zur Gründung von MPIs auf dem Gebiet der jetzigen DDR wenn die politischen Voraussetzungen dafür – also vor allem die staatliche Vereinigung und die Wiederherstellung der Länderstruktur – gegeben sind, aber wir setzen dabei voraus, dass Gründungsentscheidungen nach unseren Kriterien und in der traditionellen Autonomie der MPG getroffen werden.<sup>81</sup>

Erstmals nannte Staab also staatspolitische und nicht allein wissenschaftspolitische oder haushaltsrechtliche »Voraussetzungen« für eine starke Präsenz der MPG im Osten. Zugleich betonte er aber auch den Anspruch der Gesellschaft, diese Aufgabe nach eigenem Ermessen umzusetzen. Sein Nachfolger sollte genau diesen Anspruch im Umgang mit Empfehlungen des WR vertreten.

In seiner unmittelbar darauffolgenden Antrittsrede vertrat Zacher die gleiche Linie auf andere Weise.<sup>82</sup> Grundlegend für seine Argumentation war die aus dem

81 Ebd., 61–62.

82 Vgl. zum Folgenden Hans F. Zacher: Herausforderungen an die Forschung, 1990, 63–68, 63–64.

eigenen juristischen Fach entlehnte Metapher einer »Forschungsverfassung«, die sich von Land zu Land nach »nationaler Eigenart« unterscheide. Fundamente der deutschen »Forschungsverfassung« seien das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit, eine »weitgehende Autonomie« der Wissenschaft, in der diese »auch über die Gestaltung und Verteilung der Möglichkeit zur Forschung entscheidet oder maßgeblich mitentscheidet«, sowie eine Vielfalt der Institutionen, in denen sich die Forschungsautonomie »auf sehr unterschiedliche Weise entfalten oder reduzieren« lasse. Im Rahmen dieser institutionalistischen Position war für Zacher folgerichtig »die Max-Planck-Gesellschaft ein wesentliches Element unserer Forschungsverfassung«. <sup>83</sup> Diese Gleichsetzung der Forschung mit deren Einrichtungen passte gut zu seiner bisherigen Tätigkeit als »einer der wirkungsvollsten Regisseure« im Zusammenspiel von Sozialrecht und Sozialpolitik in Verbindung mit dem von Norbert Blüm geleiteten Sozialministerium. <sup>84</sup> Diese Argumentationslinie setzte er in den folgenden Jahren konsequent fort, indem er Änderungen der bestehenden institutionellen Konstellation als Bedrohungen eben dieser »Forschungsverfassung« abzuwehren versuchte.

Am Ende seiner Rede hielt Zacher fest, dass die Akademien der kommunistischen Länder im Gegensatz zu den Grundprinzipien der Wissenschaftsfreiheit und der institutionellen Autonomie im Westen »das zentrale Instrument dafür, Wissenschaft einerseits zu ermöglichen, andererseits umfassend zu kontrollieren«, seien. Demnach seien die AdW wie ihre Institute mit der Forschungsverfassung der Bundesrepublik wohl kaum vereinbar. Aufgabe der MPG sei es, »Forschung durch Institute zu fördern. Sie darf diesen Auftrag nicht gefährden, indem sie Institute aufnimmt, die ihm nicht entsprechen.« <sup>85</sup> Das war wohl eine deutliche Absage sowohl an Übernahmeforderungen seitens des BMFT als auch an Übernahmehoffnungen der DDR-Seite.

Mit diesen Stellungnahmen lehnten die beiden MPG-Präsidenten auch die bereits genannte Empfehlung, die Vereinigung als Chance zu einer kritischen Selbstreflexion des eigenen Forschungssystems zu nutzen, mit ab. Ministerin Marianne Tidick (SPD) aus Schleswig-Holstein, ehemalige Generalsekretärin der BLK und nun Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK), hatte sich diese Anregung in ihrem Grußwort zur Festversammlung zu eigen gemacht und für »Behutsamkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit von Forschung und Wissenschaft« plädiert. <sup>86</sup> Dabei übernahm sie die bereits erwähnte, ihr vorliegende, aber noch nicht publizierte Empfehlung des WR fast wörtlich: »Natürlich kann es nicht einzig darum gehen, das bundesrepublikanische Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen«; vielmehr müsse der Vereinigungsprozess »als

83 Ebd., 64. Hervorhebung durch MGA.

84 Vgl. hierzu Reinhard Merkel: Ein bekennender Bayer, 1990.

85 Ebd., 63–64.

86 Marianne Tidick: Behutsamkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit, 1990, 51–53, 52.



**Abbildung 3:** GS Wolfgang Hasenclever, MPG-Präsidenten Zacher und Staab und Pressereferent Michael Globig bei der Pressekonferenz in Lübeck-Travemünde am 21.6.1990. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Chance begriffen werden, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit wir unser Wissenschafts- und Forschungssystem neu orientieren sollen«. <sup>87</sup> Dem gegenüber gestand Zacher später offen ein, er halte die Idee, das »Zusammenwachsen« der beiden deutschen Staaten zum Anlass einer Reflexion und Wandlung auch im Westen zu nehmen, für »ehrenwert und moralisch«, aber *»Ich zähle sicher – und leugne es nicht – zu denjenigen, die sagen, wir würden uns übernehmen, wenn wir den Prozess der Einigung mit dem Prozess der Selbstkritik im Übermaß verbinden würden.«* <sup>88</sup>

In der Pressekonferenz vor diesen Sitzungen, bei der er als neuer MPG-Präsident vorgestellt wurde (Abb. 3), hatte Zacher dieselbe Botschaft auf eine andere Weise gesendet, mit nicht intendierten Folgen. Auf die Frage nach seiner Meinung zur Situation der Geisteswissenschaften in der DDR antwortete er nach deutlichen Worten über die Unbrauchbarkeit der Rechtswissenschaft und der Sozialwissenschaften wie folgt: »Bei den Geisteswissenschaften gibt es natürlich Bereiche, an denen kein System etwas verderben kann, so wie die klassische Philologie.

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Bericht des Präsidenten. Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 2.10.1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, fol. 21. Hervorhebung durch MGA.

*Aber dahinter gibt es Wüsten.*«<sup>89</sup> Im Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am Folgetag wurde daraus die Überschrift »Wüste«. Kritik an der DDR-Wissenschaft.«<sup>90</sup> Im Artikeltext hieß es ebenso pauschal, Zacher »bezeichnete die Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR als ›eine Wüste‹. Es werde noch sehr lange dauern, bis sich an dem derzeitigen Zustand etwas ändere.« Aber mit der Überschrift war der Schaden schon angerichtet. Die kränkende Auswirkung dieser reißerischen Überschrift dauert bis heute an.<sup>91</sup>

Kritik daran wurde gleich in der Senatssitzung am folgenden Tage laut; dort mahnten Dieter Simon und andere Senatsmitglieder eine differenziertere Beurteilung an, während andere Solidarität mit den Wissenschaftler\*innen der DDR forderten.<sup>92</sup> Der als Gast anwesende Zacher betonte, »sowohl die intakten Bereiche« der DDR-Forschungslandschaft »als auch [die] erkennbaren Mängel« genannt zu haben, und kritisierte, dass diese Hinweise im Zeitungsbericht kaum vorgekommen seien.<sup>93</sup> Staab betonte seinerseits, dass »die Max-Planck-Gesellschaft [...] durchaus Solidarität mit den Wissenschaftlern der DDR« empfinde und dem neuen Präsidenten der DDR-Akademie »administrative Unterstützung angeboten habe«, was in den Zeitungsmeldungen »kaum zu erkennen gewesen« sei.

Die Mühe der Reparaturarbeit war vergeblich, denn die Schlagzeile brachte eine Umwertung der Werte zuungunsten der DDR-Wissenschaft auf den Punkt, die ohnehin im Gange war und sich in den allgemeinpolitischen Kontext genau einfügte. Als weiteres Beispiel sei die kurz danach im *Spiegel* publizierte, ebenfalls diskursprägende Wendung des international bekannten Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski genannt, die DDR-Wissenschaft sei »im Mittelmaß Weltspitze«, die tatsächlich als Gesamtaussage gemeint war.<sup>94</sup> Sowohl diese Formulierung als auch der »Wüsten«-Spruch Zachers fungierten als diskursive Ressourcen, die ihre Wirkung nicht verfehlten, auch wenn – oder gerade weil – Zacher jedenfalls das so nicht gemeint haben mag. Auf ihre Weise trugen die eben zitierten Reden von Bierwisch, Parthier, Staab und Zacher zu dieser Kritikwelle ebenfalls bei. Simon und andere Beteiligte, darunter auch Zacher, betrieben später viel Aufwand zur Differenzierung dieses Pauschalurteils, doch auch diese nachträglichen

89 Die wörtliche Wiedergabe steht im Bericht des Präsidenten, ebd., fol. 24 verso, sowie in: Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.10.1990 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488, fol. 7, Hervorhebung durch MGA. Dieselbe gab Zacher in leicht veränderter Form in der Senatssitzung vom 15. November wieder: Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 9.

90 Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft, 1990, 31. Der Text mit weiteren Pressemeldungen ohne den »Wüsten«-Spruch in: Drehbuch der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 19–23.

91 Zacher lehnte eine öffentliche Korrektur des Zitats aufgrund seiner Erfahrung ab, dass so etwas die Story erst recht anheizen werde. Vgl. Bericht des Präsidenten (s. o.).

92 Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 10.

93 Ebd., fol. 11.

94 »Im Mittelmaß Weltspitze«, 1990, 136–137, 139–141, 137.

Bemühungen konnten der diskursprägenden Wirkung des »Wüsten«-Spruchs nur sehr bedingt entgegenwirken.

## 2.3 Das »Kamingespräch« und die Folgen

Mit alledem hatte sich die MPG-Leitung zwei Wochen vor dem von Riesenhuber so genannten »Kamingespräch« am 2. und 3. Juli in Bonn auf eine Übertragung des Wissenschaftssystems der Bundesrepublik auf das Gebiet der DDR festgelegt. Wenige Tage vor dem Termin des »Kamingesprächs« – eigentlich eines der inzwischen regelmäßigen Treffen zwischen den beiden Wissenschaftsministern, spektakulär erweitert um die Mitglieder der AG deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen, die Mitglieder der »Allianz« und andere hochrangige Personen – gab Riesenhuber (Abb. 4) in einem Schreiben an den Präsidentenkreis vom 28. Juni das von ihm gewünschte Resultat in aller Klarheit vor:<sup>95</sup>

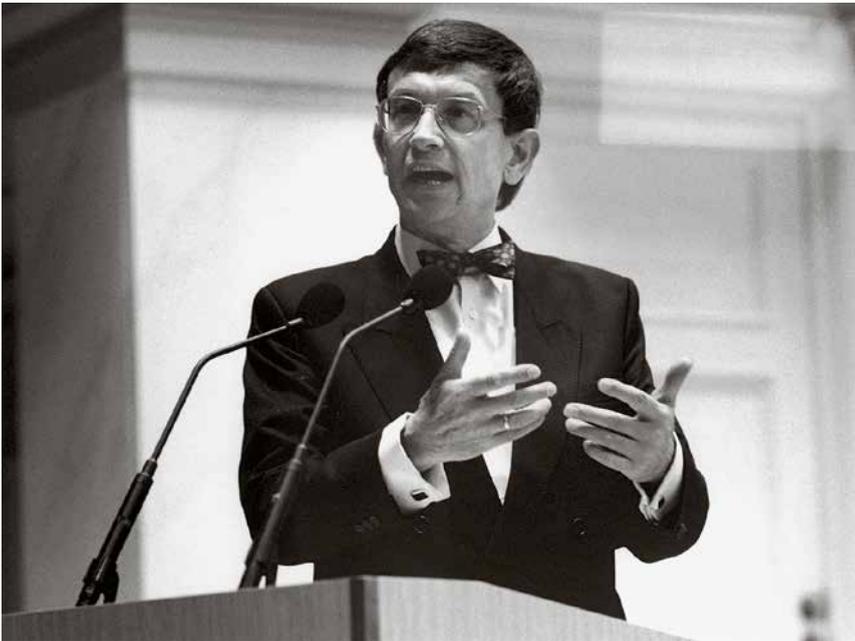
»Als Ergebnis des Gesprächs würde ich ideal finden, wenn breiter Konsens über folgende Thesen erreicht werden könnte«:

1. Nach dem Beitritt »wird es eine einheitliche deutsche F-landschaft [sic!] geben, die in ihren Strukturen und Grundwerten der im jetzigen B-gebiet [sic!] entspricht«.
2. »Daraus und aus der Herrschaft des GG folgt eine unseren bisherigen Traditionen entspreche Rollenverteilung zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft; spezifische Sonderstrukturen für das Gebiet der jetzigen DDR wird es – nach einer unvermeidlichen, aber hoffentlich kurzen Übergangs- und Anpassungszeit – nicht mehr geben. Vielmehr wird es nur eine DFG, eine MPG, eine FhG usw. geben.«
3. Dies bedeute »erhebliche Veränderungen, ja teilweise völlige Umformung und Neuordnung der Forschung« im Gebiet der jetzigen DDR. »Auch erscheint eine wesentliche Reduzierung des F- und E-Personals« zumindest in den staatlich finanzierten Einrichtungen »unausweichlich«.

Über den inzwischen erreichten Konsens der »Allianz« in diesem Sinne waren die Teilnehmer der DDR-Seite am »Kamingespräch« offenbar nicht vorab informiert worden.<sup>96</sup> Die seither viel zitierte Presseerklärung vom 3. Juli mit dem Titel »Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft«, in der erstmals von einer »Einpassung« der Forschungsinstitute der AdW in das

95 Riesenhuber an den Präsidentenkreis, 28.6.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 278–279. Unterstreichungen im Original.

96 Vgl. hierzu Hasenclever an Ref. Ia, Kopie an Präsident, 5.7.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 258. Dem entsprechen die Erinnerungen Horst Klinkmanns: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Klinkmann, 2008, 226–253, 249.



**Abbildung 4:** BM Heinz Riesenhuber (CDU), zentraler Beteiligter der deutschen Vereinigung im Bereich der Wissenschaftspolitik. Hier als Redner bei der Festversammlung der MPG, 7. Juni 1991. *MPG-Spiegel* 4/91, 57. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

bundesdeutsche System die Rede war,<sup>97</sup> nannte Zacher kurz danach allerdings »eine Art Husarenstück, denn so deutlich war der Konsens in der Sitzung nicht formuliert worden«. Trotzdem sah er darin einen »entscheidende[n] Durchbruch«.<sup>98</sup> Gegen verbreitete Darstellungen dieses Textes soll auch festgehalten werden, dass dort von einer Trennung des Forschungsverbunds von der Gelehrtenesellschaft der AdW noch nicht die Rede war; vielmehr war dies Ergebnis der Verhandlungen zum Einigungsvertrag.

Was die Ergebnisse des »Kamingesprächs« im Detail bedeuten sollten, stand damals ebenso wenig fest wie ihre Akzeptanz seitens der Verantwortlichen der DDR. Im ersten Gespräch Zachers als neuer MPG-Präsident mit den Vizepräsi-

97 BMFT Pressemitteilung: Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft. 3.7.1990, BArch, DF 4/24357. Auch in: GMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 345–348.

98 Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 2.10.1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, fol. 21. Auch Simon nennt die Presseerklärung ein »Husarenstück«; Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon, Berlin 15.3.2019. DA GMPG, ID 601048. Die Vermutung mag vielleicht nicht ganz abwegig sein, dass der Text dieser Presseerklärung schon weitestgehend vorformuliert war.

dentem am 11. Juli berichtete Staab, dass DDR-Forschungsminister Terpe (SPD) »inzwischen den wesentlichen Punkt einer einheitlichen Forschungsstruktur in Frage gestellt« und der Herauslösung von »besonders guten Abteilungen und Instituten aus der Akademie eine deutliche Absage erteilt« habe. »Gerade dies aber wäre für die MPG eine interessante Variante gewesen.«<sup>99</sup>

Im Übrigen war es gemäß diesem Vermerk der Vorschlag des Präsidentenkreises gewesen, »die Anpassung- und Übergangszeit möglichst kurz« zu halten, wobei ein »Abschluss der Evaluierung bis zum Ende des Jahres 1990 für zu kurz empfunden« wurde und »der WR bis zum Ende des Jahres 1991 Zeit bekommen« habe.<sup>100</sup> Also wurde diese wichtige Frage offenbar tatsächlich im Juli geklärt. Laut Art. 38 EV wurden daraufhin die Forschungsinstitute der AdW sowie die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter\*innen »bis zum 31. Dezember 1991 sichergestellt«. <sup>101</sup> Damit erwies sich die Ressource Zeit als je nach Politikgebiet dehnbar; die Frist für die Entscheidungen über die »Abwicklung« oder den Fortbestand von Staatseinrichtungen im Art. 13 EV fiel mit dem 31. Dezember 1990 wesentlich knapper aus. Alles das deutet darauf hin, dass der Weg vom »Kamingespräch« zum Text des Art. 38 EV doch komplizierter war, als er gemeinhin dargestellt wird. Auch hier sei – wie oben bereits im Hinblick auf die Vereinigung insgesamt – gegen voreilige Beurteilungen des Prozesses vom vermeintlichen Ende her gewarnt.

Trotz der prinzipiellen Einheitsfront der »Allianz« in Bonn scheint auch zu diesem Zeitpunkt noch kein einheitliches Vorgehen erzielt worden zu sein. Als die FhG mit »ein[em] Konzept für die Übernahme eines guten Dutzends von Forschungs-Instituten« im August 1990 vorpreschte, »darunter nicht weniger als neun Einrichtungen« der AdW,<sup>102</sup> und dazu eine Presseerklärung abgab, reagierte Zacher mit einem scharfen Rundschreiben an den Präsidentenkreis:

Ich möchte [...] anregen, dass weitere Schritte dieser Art unterbleiben, bis wir in der Allianz erneut darüber sprechen konnten. Die nächste Besprechung der Allianz ist für den 22. Oktober vorgesehen. Sollte einer der Beteiligten nicht bis dahin warten können, so wäre meines Erachtens der Versuch, zu einer Sondersitzung der Allianz zusam-

99 Notizen über die 1. Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 11. Juli 1990 in Müllheim, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1228, fol. 3–4.

100 Ebd., fol. 2–3.

101 *Der Einigungsvertrag*, 1990, Nr. 104, 887.

102 Trischler und vom Bruch: *Forschung für den Markt*, 202 sowie Osganian und Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022, 56–57. Wie genau das Programm erarbeitet wurde, geht aus dieser Darstellung leider nicht hervor. Vgl. hierzu: Zur Ausdehnung der F-u-E-Aktivitäten der Fraunhofer-Gesellschaft auf das Gebiet der ehem. DDR, Planungsstand: 20. August 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 165–183, mit Finanzplan (fol. 183) und Kurzdarstellung der einzelnen Fh-Einrichtungen (fol 183–199). Dass die FhG DDR-Institute so schnell übernehmen konnte, hing vermutlich damit zusammen, dass sie Kooperationspartner in der DDR im Bereich der industrienahen Forschung schon sehr früh gesucht und gefunden hatte, und auch damit, dass ihre Entscheidungsfindungsmodi einfacher strukturiert waren als die der MPG.

menzukommen, einem weiteren Auseinanderdriften der »Politiken« der beteiligten Organisationen eindeutig vorzuziehen.<sup>103</sup>

Damit zeigte Zacher sein Verständnis dessen, was eigentlich im Juli beschlossen wurde. Allerdings schrieb er später an Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik, dass er nach einem Telefonat mit FhG-Präsident Syrbe von ihm mit der Bitte um Vertraulichkeit das interne Fraunhofer-Papier erhalten habe, das er »sehr interessant« gefunden habe;<sup>104</sup> nun schien er sich nurmehr am Vorgehen der FhG in der Öffentlichkeit zu stören.

Bereits am 7. Juli, also am Tag nach der Veröffentlichung der Stellungnahme des WR und wenige Tage nach dem »Kamingespräch«, fand die erste Verhandlungsrunde zum EV, der zunächst »Staatsvertrag II« hieß, statt. Der Tag erwies sich sogleich als vierter Entscheidungs- und Beschleunigungspunkt auf dem Weg zur staatlichen Vereinigung. Aufgrund der Haltung der DDR-Delegation beschloss der Bundesregierung, »die Vorbereitungen für einen sogenannten ›Einigungsvertrag‹ beschleunigt fortzuführen«.<sup>105</sup> Renate Mayntz schrieb bereits 1994 wohl zu Recht, dass die Wissenschaftspolitik angesichts der fundamentalen staatspolitischen Themen, die zur Behandlung im Rahmen des EV anstanden, »im Windschatten« der Verhandlungen mitgelaufen sei.<sup>106</sup> Dies gilt zwar nicht ganz für das Schicksal der AdW, deren Teilung wie gesagt erst im Verlauf der Vertragsverhandlungen endgültig beschlossen wurde, aber sehr wohl für die bundesdeutschen Beteiligten, zumal eine grundsätzliche Lösung in ihrem Sinne schon Anfang Juli erzielt wurde.

Als Zwischenfazit sei nun festgehalten: »The Rush to German Unity«<sup>107</sup> begann nicht schon im November 1989, sondern frühestens Mitte Februar mit dem Angebot einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion seitens der Bundesregierung und nahm im März 1990 mit dem Sieg der CDU bei den Volkskammerwahlen Fahrt auf; sie wurde aber erst recht zum Hals-über-Kopf-Rennen nach dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli. Der Termin des »Kamingesprächs« am 3. Juli erwies sich demnach als folgerichtig gewählt. Das Primat der allgemeinen Politik für die wissenschaftspolitische Entscheidungsfindung steht damit fest. Die konkrete Ausgestaltung derselben entschied sie jedoch noch nicht.

Beschlossen wurden in diesem Politikbereich der Erhalt des vertrauten institutionellen Ressourcenensembles der bisherigen Bundesrepublik und der Verzicht auf das bestehende institutionelle Ressourcenensemble des DDR-Systems als solches, nicht jedoch auf eventuell positiv evaluierte Teile davon. Im Falle der

103 Zacher an den Verteiler, 7.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep 57, Nr. 610, fol. 184–199.

104 Zacher an Walther, 10.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 116. Vgl. Zacher an Syrbe, 10.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 163. Vgl. Osganian und Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin in der Allianz*, 2022, 57.

105 Vermerk von Dr. Jobst, Regierungsrat im BMBW, betr. Einigungsvertrag am 9.7.1990, BArch, B 138/48266.

106 Mayntz: *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 97.

107 Konrad H. Jarausch: *Die unverhoffte Einheit. 1989–1990*, 1995.

MPG scheint es, dass Zacher diese Option jedenfalls im Herbst 1990 bewusst offenhalten wollte. In einem Brief an Klaus Pinkau mit Kommentaren zu einem von Pinkau und Klinkmann verfassten Konzeptpapier zur Zukunft der AdW hielt er fest, es sei »übertrieben«, »dass die MPG sich aus der Übernahme von Instituten völlig heraushalten will«.<sup>108</sup> Dass und wie stark sich in der Folgezeit auch das forschungspolitische Ressourcenensemble der neuen Bundesrepublik stark verändern würde, konnte auch er in diesem Moment nicht ahnen. Immerhin hieß es in der Bonner Presseerklärung vom 3. Juli: Die Minister »unterstreichen die Bedeutung von Initiativen der MPG zur Herausbildung spezifischer Ansätze auf dem Gebiet der DDR«.<sup>109</sup> Welche Ansätze das waren, soll im nächsten Kapitel dargestellt werden.

108 Zacher an Pinkau, 25.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 20.

109 BMFT Pressemitteilung: Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft, 3.7.1990, BAArch, DF 4/24357.

### 3. Das Engagement der MPG in den Neuen Bundesländern unter der Leitung Hans F. Zachers 1990–1996

Wie hat die MPG bzw. wie haben die Leitung der MPG und die Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft, die bedeutenden Rollen übernahmen, die Chancen genutzt, die sich nach den wissenschaftspolitischen Weichenstellungen vom Juni und Juli 1990 und den Bestimmungen des EV zu ergeben schienen? Hatten sie beim Zupacken freie Wahl, oder waren sie auf die Zustimmung und Kooperation von anderen Beteiligten angewiesen? Mit welchen »constraints« der allgemeinen Politik bekamen sie es dabei zu tun? In diesem langen Kapitel mit mehreren Abschnitten wird diesen Fragen für die Amtszeit Zachers nachgegangen. Zur Strukturierung dieser überaus komplexen Materie wird dabei ein Phasenmodell vorgelegt, das am Verlauf der gemeinhistorischen und der forschungspolitischen Entwicklungen orientiert ist.<sup>1</sup> Damit sollen die Prozesshaftigkeit des Geschehens überhaupt und die Abhängigkeit vermeintlich autonomer Entscheidungen der MPG-Leitung von den jeweiligen wechselnden politischen Kontexten sichtbar werden. Klar dürfte jetzt schon sein, dass es sich nicht um einen simplen, linearen Phasenverlauf handeln kann, weil sich die jeweiligen Phasen teilweise überlappen.

In der Phase 1 (1990–1992) dominierten befristete Maßnahmen, deren Entstehungen bis in die Zeit vor dem EV zurücklagen. Neben der Fortsetzung der Einzelkooperationen bis 1992 waren diese die Gründung von Arbeitsgruppen an den Universitäten ab März 1991 und die spätere Übernahme weiterer Aufgaben aufgrund von Empfehlungen des WR infolge der Evaluierung der AdW-Institute, allen voran die Betreuung von sieben damals sogenannten geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten. Erst ab dem 1. Januar 1992 begann in Phase 2 mit den ersten, eigentlich schon Ende 1991 beschlossenen Institutsgründungen das längerfristige Engagement der MPG in den NBL, wobei die ersten beiden Institutsgründungen ebenfalls aufgrund von Empfehlungen des WR in den Worten Zachers »induziert« wurden. Parallel dazu sowie daran anschließend wurden die ersten, von Zacher so genannten »originären« Institutsneugründungen auf eigene Initiative und »ganz nach den Grundsätzen«<sup>2</sup> der MPG angedacht und beschlos-

1 Alle Phasen dieses Modells mögen dem in der Einleitung erwähnten deskriptiven Dreiphasenmodell von Jesse (Jesse, *Systemwechsel in Deutschland*, 2010) unter dessen Phase 2 (»Integration«) zuzuordnen sein. Damit dürfte klar sein, dass selbst diese eine Phase der Komplexität nicht entbehrt und selbst in Phasen eingeteilt werden kann.

2 Protokoll der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 313.

sen, deren Umsetzung wegen der ersten Finanzkrise der Deutschen Einheit wie der MPG kurz unterbrochen wurde und sich deshalb in zwei Etappen entfaltete. In der Phase 3 kam es infolge der Finanzkrise zu einem vorläufigen Stopp der Institutsneugründungen bzw. der Umsetzung der bereits beschlossenen Neugründungen, während die MPG-Leitung sich direkt an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der ABL und der NBL wandte, um einen »Finanzkorridor« für die Realisierung der MPI-Gründungen zu erwirken. Parallel dazu betrieb sie eine Art Auktionshandel um künftige MPIs mit den Regierungen der NBL. Unmittelbar nach der Überwindung der ersten Finanzkrise im März 1993 begann in der Phase 4 eine vom BMFT forcierte Beschleunigung der Neugründungen in den NBL nach der Amtsübernahme des ostdeutschen Politikers Paul Krüger. Zusammengenommen mit der Sichtbarwerdung der ersten Folgen des 1992 beschlossenen »Konzentrationsprogramms« in den ABL hat damit die Gabelung der Wege – spektakuläre Expansion im Osten und harte Einschnitte im Westen – begonnen, die die Geschichte der MPG im Prozess der deutschen Vereinigung fortan prägen sollte.

In der Sprache des Ressourcenansatzes formuliert, handelte es sich auf der Ebene personeller Ressourcen um die Mobilisierung von damals so genannten »Potenzialen« der AdW sowie von Personenkonstellationen innerhalb und außerhalb der MPG selbst für die Gründung und personelle Ausstattung neuer universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in den NBL. Auf der Ebene der institutionellen Ressourcen ging es um die Mobilisierung oder Modifizierung von bestehenden und neu geschaffenen Gremien und institutionellen Praktiken der MPG zum selben Zweck im Kontext realer Strukturwandlungen im AUF-Bereich. Hinsichtlich der diskursiven Ressourcen wurden schließlich die Mobilisierung fiktiver Annahmen über das Hochschul- und Wissenschaftssystem der DDR zur Rechtfertigung des Handelns der MPG insgesamt sowie tradierte Argumente für die Gründung neuer Einrichtungen der Gesellschaft in den NBL in dieser Zeit verwendet oder modifiziert.

Roter Faden durch das alles war das Streben der MPG nach autonomem Handeln gemäß dem *Modus Auftrags Erfüllung nach eigenem Ermessen*, den Zacher selbst Mitte 1991 im Rahmen der ersten Institutsgründungen im Senat der MPG und Ende 1991 gegenüber dem WR explizit artikulierte. Wie zu zeigen sein wird, war dieses Vorgehen jedoch aus zwei Gründen nur zum Teil erfolgreich. Erstens musste das gewohnte Verfahren für Neuvorhaben der MPG immer wieder modifiziert werden, um politisch gesetzten Fristen zu entsprechen oder selbst gesetzte Ziele zu erreichen; zweitens wurden der Autonomie der MPG aus finanz- und regionalpolitischen Gründen Grenzen gesetzt. In der Folge pendelte das Verhältnis der MPG zur allgemeinen Politik in dieser Zeit immer wieder zwischen reaktivem Verhalten und einem eigenständigen Umgang mit den politischen Möglichkeiten.

### 3.1 Grundsatzprobleme des Engagements – Nützliche Fiktionen und reale Hindernisse

Wichtig bei alledem waren mehrere »constraints«, die durchaus als Ressourcenbegrenzungen zu fassen sind, die teils freiwillig eingegangen wurden und sich teils aus den Folgen des eigenen Handelns ergaben. Zunächst waren dies die Zeitfrage und die Geldfrage. In beiden Fällen handelte es sich keinesfalls um Naturgewalten, sondern um politisch bestimmte Größen.

Der Zeithorizont der Phase 1 wurde wie gegen Ende des letzten Kapitels dargelegt durch Verhandlungen der Wissenschaftspolitik mit der allgemeinen Politik im »Kamingespräch« vereinbart, um dem WR mehr Zeit für die Evaluierungen der AdW-Institute zu geben. Nach Art. 38 EV sollten die AdW als Forschungsförderungsträgerin und mit dieser die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter\*innen der AdW-Institute bis zum 31. Dezember 1991 fortbestehen.<sup>3</sup> Im Art. 13 EV behielt man hingegen die ursprünglich von staatlicher Seite vorgeschlagene Frist des 31. Dezember 1990 für die Entscheidung bei, ob staatliche Einrichtungen »überführt« oder »abgewickelt« werden sollten.<sup>4</sup> Aufgrund einer eigenwilligen Interpretation dieses Paragraphen wurden ideologisch verdächtige Fächer an den Universitäten bis zum Jahresende »abgewickelt« und neu gegründet.<sup>5</sup> Zeit wurde hier tatsächlich als politisch fungible Ressource gehandhabt, allerdings in engen Grenzen. Damit blieben viele Mitarbeiter\*innen der AdW-Institute zumindest im Vergleich mit den Mitarbeiter\*innen in den »abgewickelten« Fächern der Hochschulen oder in der Industrieforschung, die im Sommer 1990 mangels Aufträge sofort zu kollabieren begann,<sup>6</sup> wenigstens formaliter bis zu einem ganzen Jahr lang vom »Vereinigungsschock«<sup>7</sup> verschont. So öffnete sich auch ein Zeitfenster für die Initiativen der MPG in den NBL. Wie dieses kurze Intervall genutzt wurde, sollte entscheidende Bedeutung haben.

Bezüglich der Ressource Geld bestand während dieser Phase noch eine Zeit lang die fiktive Vorstellung, dass sich die Ausdehnung des bundesdeutschen Forschungssystems in das »Beitrittsgebiet« ausschließlich aus Sondermitteln des Bundes, also für die jeweiligen Forschungseinrichtungen faktisch zum Nulltarif, finanzieren lassen würde. Den Aussagen Zachers in diese Richtung glichen die

3 *Der Einigungsvertrag*, 1990, Nr. 104, 887.

4 Ebd., 880.

5 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: *Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess*, 1999, 112–115, sowie neuerdings Axel-Wolfgang Kahl, *Abbruch oder Abbruch?* 2022.

6 Vgl. hierzu bereits Hansvolker Ziegler: *Ein Stück Zukunft vertan*.1993, 689–702.

7 Wolfgang Schluchter und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock*, 2001, 522. Andreas Wirsching: *Der Preis der Freiheit*, 2012, 487, 68, bezeichnet diesen als spezifisch deutschen Schock, der zu dem von György Dalos genannten »Freiheitsschock«, der vor allem ein Marktschock war, hinzukam und die deutsche Vereinigung zu einer Art »Testfall für das neue postkommunistische Europa« werden ließ.

Aussagen anderer forschungspolitischer Akteure. So hatte DFG-Präsident Markl an Riesenhuber schon im Februar 1990 in aller Deutlichkeit geschrieben, Voraussetzung für eine Hilfe an die DDR sei, dass sie ohne Einschränkungen im Westen geschehe.<sup>8</sup> Diese Haltung hielt lange an. Am Tage des am 2. Oktober 1990 von Bund und Ländern beschlossenen zweiten Hochschulsonderprogramms (kurz »Möllemann II«) stellte der BLK-Vorsitzende und Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Johannes Rau in einem Brief an Bundeskanzler Kohl fest, »dass die für das Hochschulwesen im heutigen DDR-Gebiet erforderlichen Maßnahmen außerhalb des zweiten Hochschulsonderprogramms finanziert werden«.<sup>9</sup> Im Jahresbericht der MPG für 1990 hieß es dementsprechend, dass eine Finanzierung der Initiativen der MPG in den NBL nur möglich sei, »wenn die benötigten Stellen und finanziellen Mittel in den kommenden Jahren von Bund und Ländern zusätzlich zur Verfügung gestellt werden«.<sup>10</sup>

Diese Fiktion erhielt mit der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 21. Dezember 1990 über den Beitritt der NBL zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung von 1975 eine neue Dimension.<sup>11</sup> Demnach sollte für die Jahre 1991 bis 1994 als Übergangsregelung die Hälfte des Zuwendungsbedarfs, der infolge der Ausdehnung der Forschungsaktivitäten auf die NBL entstand, von diesen finanziert werden; die andere Hälfte sollte der Bund tragen. Allerdings stellte Zacher bereits im März 1991 fest, dass »man derzeit noch nicht überschauen könne«, ob die finanzielle Situation der NBL »eine solche Beteiligung erlauben werde«.<sup>12</sup> In derselben Senatssitzung machte Hans Joachim Meyer, vormals letzter Bildungsminister der DDR und nunmehr Staatsminister für Wissenschaft und Kunst in Sachsen, klar, dass die NBL schon zu diesem Zeitpunkt die geplanten Arbeitsgruppen der MPG an den ostdeutschen Universitäten nicht mitfinanzieren könnten.<sup>13</sup> Hinweise darauf, dass eine Expansion der bundesdeutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Osten nur mit Kürzungen im Westen ausgeglichen bzw. mitfinanziert werden könnte, wurden zu dieser Zeit anscheinend ignoriert.

Auf der Ebene der institutionellen Ressourcen ging es einerseits um die Übernahme von AdW-Einrichtungen oder Teilen von diesen auf Empfehlung des WR und andererseits um die Mobilisierung oder Modifizierung bestehender Gremien

8 Markl an Riesenhuber, 7.2.1990, BArch, B 196/96252.

9 Rau an Kohl, 2.10.1990, BArch, B 138/56803. Für dieses Schreiben und den Text des Sonderprogramms II vom 2.10.1990 vgl. BLK-Mitteilung vom 9.10.1990 mit Anlagen 1–3, AMPG, II. Abt., Rep 57, Nr. 610, fol. 200–210.

10 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1990, 22.

11 Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung der DFG und MPG, 17./21. Dezember 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 352, fol. 90–94.

12 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 im Frankfurt a. M., AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 17.

13 Ebendort. Zu den Arbeitsgruppen der MPG an den ostdeutschen Universitäten siehe Unterabschnitt 3.2.1.

und institutioneller Praktiken der MPG zur Neugründung von MPIs. Die Mobilisierung der institutionellen Praktiken der MPG selbst betreffend hielt man sich so gut wie möglich an das gewohnte und wohl deshalb als »bewährt« begriffene Verfahren für Neuvorhaben der MPG – waren es nun einmal diese Strukturen, die auf die NBL auszudehnen sein sollten. Doch angesichts der politisch bestimmten Knappheit der Ressource Zeit wurden sehr bald Modifizierungen dieser gewohnten Prozedere vorgenommen und zuweilen wurde durchaus kreativ improvisiert.

Auf der Ebene der personellen Ressourcen sprach man im Westen wie im Osten von »Potenzialen« der AdW. So wurden Institute bzw. Strukturen und »Potenziale« gleichermaßen als mobilisierbare Ressourcen begriffen und gehandhabt. Dabei waren die »Potenziale« im Grunde eigentlich keine Personen, sondern Stellen, die nichts anderes als die Maßeinheit für den Zuschnitt der Personalausstattung im Budget einer Forschungseinrichtung waren.

Zur Rechtfertigung der Grundsatzentscheidungen in diesem Bereich diente die verbreitete Rede davon, dass die Forschungseinrichtungen wie die Hochschulen der DDR »überbesetzt« seien. So wurde die Personalfrage zum Politikum, aber nicht im Sinne einer politischen Säuberung der AdW-Mitarbeiterschaft wegen einer Mitarbeit in der SED oder bei der Stasi, die im Unterschied zu den Hochschulen im Falle der AdW-Institute nicht vorgenommen wurde. Stattdessen sollten bundesdeutsche Vorstellungen einer auf effiziente Wissensproduktion ausgerichteten Politik den Platz der in der späten DDR geltenden Unterordnung der Wissenschaftspolitik unter die Sozialpolitik und der damit zusammenhängenden Arbeitsplatzgarantien einnehmen. Konkrete Bezugsgrößen dabei waren OECD-Maßstäbe für die Qualität und Effizienz von Forschungsbetrieben und ein nach BAT-Muster geschätztes Maß der Bezahlbarkeit von Stellen.<sup>14</sup> So wurde die technokratische Sprache der administrativen Vernunft handlungsleitend.

Zum politischen Umgang mit diskursiven Ressourcen ist hier neben der im vorangegangenen Kapitel zitierten Entwertung der DDR-Wissenschaft als politisch unfrei und epistemisch mittelmäßig und der eben zitierten Rede von der »Überbesetzung« der Forschungseinrichtungen der DDR kam die im Westen weithin geteilte Annahme hinzu, dass in der DDR als Imitat des sowjetischen Modells die Grundlagenforschung an der AdW angesiedelt war, weshalb es nötig sei, diese an die Universitäten »zurückzuführen«, um diese mit den bundesdeutschen Universitäten gleichzustellen. Diese zielbewusst geführte Rede war für die Gründung der AGs der MPG an den Universitäten der NBL ausschlaggebend.

14 Vgl. z. B. das bereits zitierte Positionsreferat von Hartmut Grübel, in dem die Richtwerte der OECD als Grundlage der Schätzung dessen dienten, wie viele Stellen aus der AdW übernommen werden könnten. Gross, Vermerk betr.: Außerordentliche Sitzung des interministeriellen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 28.5.1990, BArch, B 138/56723.

## 3.2 Phase 1: Vom »Kamingespräch« bis zu den Evaluierungen des Wissenschaftsrates, Juli 1990 bis Dezember 1991

### 3.2.1 Die »Präsidentenkommission DDR« und die Gründung der Arbeitsgruppen an den Universitäten

Am 5. Juli 1990, am Tage vor der Veröffentlichung der Empfehlungen des WR und auch vor dem Beginn der Verhandlungen zum EV, also bevor der Termin der staatlichen Vereinigung überhaupt feststand, begann der formale Einstieg der MPG als Institution ins Vereinigungsgeschehen mit der Einberufung einer »Präsidentenkommission DDR« (PK).<sup>15</sup> Zu diesem Schritt hatte sich Zacher schon vor seiner Amtsübernahme unter Vorabsprache mit Staab entschlossen; er nannte sie später seine erste Amtshandlung. Die Leitung der Kommission übertrug er dem bereits erwähnten Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik in Garching, der sich neben IPP-Direktor Pinkau als eine der Schlüsselfiguren im MPG-internen Geschehen in dieser Zeit erweisen sollte. Schon in der Sitzung des VR vom 21. Juni hatte Zacher zwischen kurzfristigen Handlungen und der Rolle, die die MPG »langfristig in einem vereinigten Deutschland übernehmen wolle«<sup>16</sup>, unterschieden. In seinem Einladungsschreiben forderte er die Kommissionsmitglieder nun dazu auf:

1. Vorschläge zu kurzfristig möglichen Maßnahmen in Bezug auf Forschungseinrichtungen und Forscher in der DDR zu erarbeiten [...], soweit es sinnvoll erscheint, sie durch die MPG anzuregen, oder soweit sie die Interessen der MPG berühren würden;
2. Empfehlungen für die Erstreckung der Arbeit der MPG auf dem Gebiet der heutigen DDR zu formulieren;
3. Vorstellungen über die institutionelle Stellung der MPG im Wissenschaftsgefüge eines vereinten Deutschlands zu entwickeln.<sup>17</sup>

Weil die ersten Kommissionssitzungen noch vor dem Abschluss des EV stattfanden, wurde sie »DDR-Kommission« genannt. An der zweiten Sitzung im August

15 Zacher an Frau Mayntz und Kollegen, 5.7.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 348–349. Vgl. zum Folgenden zusammenfassend Mitchell G. Ash: Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft, 2022.

16 Niederschrift der 150. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP, fol. 11. Aus einer Korrespondenz zwischen Gregor Morfill (MPI für Physik und Astrophysik) und Zacher geht ebenfalls hervor, dass die Einberufung der PK schon Ende Juni feststand. Morfill an Zacher, 25.6.1990; Zacher an Morfill, 29.6.1990, beides AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484, fol. 468–469.

17 Zacher an Mayntz und Kollegen, 5.7.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 348.

1990 nahmen auch mehrere Wissenschaftler\*innen aus der DDR teil,<sup>18</sup> danach waren sie nicht mehr dabei. Erst ab November inoffiziell und dann im Januar 1991 per Beschluss änderte man den Namen zu »Präsidialkommission zur Beratung von Fragen zur künftigen Arbeit der MPG im vereinten Deutschland«.<sup>19</sup>

Die Mobilisierung personeller Ressourcen betreffend überwogen Natur- und Lebenswissenschaftler\*innen in der Zusammensetzung der Kommission bei Weitem; nur Mayntz kam aus der geisteswissenschaftlichen Sektion (GWS). Damit war die Dominanz der chemisch-physikalisch-technischen Sektion (CPTS) bei den später beschlossenen AGs vorgezeichnet. Die Verantwortlichkeit der Kommission übernahm Beatrice Fromm, Referatsleiterin für Forschungsplanung in der GV, die mit regelmäßigen Vermerken zu den Ergebnissen der PK-Sitzungen und weiteren Kontakten für eine enge Vernetzung mit dem MPG-Präsidium sorgte (Abb. 5).<sup>20</sup>

Das Timing dieser Initiative verdient es, betont zu werden, schließlich lief sie parallel zu den Verhandlungen zum EV an, jedoch ohne erkennbare Verbindung dazu. Das Vorgehen der PK war aber nicht isoliert, sondern wissenschaftspolitisch vernetzt, und zwar mit der Evaluierung der AdW-Institute durch den WR, die ebenfalls schon anließ. Der Kommissionsvorsitzende Walther nahm an den Beratungen des WR selbst teil, war bei der ersten Besprechung Zachers mit den Vizepräsidenten am 11. Juli anwesend und informierte dort aus dem WR über die Organisation der Evaluation.<sup>21</sup> Bereits im August weihte Wilhelm Krull, Abteilungsleiter im WR und enger Mitarbeiter des WR-Vorsitzenden Simon in dieser Angelegenheit, Fromm in die Auswahl der Arbeitsgruppen des WR ein und dankte ihr für ihre Hilfe bei deren Zusammensetzung.<sup>22</sup> Die MPI-Mitglieder, die in die Arbeitsgruppen des WR berufen wurden, wurden von vornherein auch in die Beratungen der PK eingebunden.<sup>23</sup>

18 Walther an Alfred Schellenberger (Physikalische Chemie Halle, Vizepräsident der Leopoldina), 3.8.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 154–155. Die Professoren Manfred Bierwisch (Nijmegen), Horst Sackmann (Physikalische Chemie, Halle) und Ernst Schmutzer (Physik, Jena) wurden ebenfalls zur Teilnahme eingeladen.

19 Walther an Präsidenten-Kommission, 16.11.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 173–174.

20 Mitchell G. Ash: Interview mit Beatrice Fromm. Berlin 17. Juli 2018. Für das informative Gespräch über ihre Arbeit in dieser Zeit und danach unter zum Teil fast abenteuerlichen Bedingungen danke ich ihr herzlich.

21 Notizen über die 1. Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 11. Juli 1990 in Müllheim. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1228, fol. 4.

22 Krull an Fromm, 23.8.1990: Übersichten über den Stand der Zusammensetzungen der Arbeitsgruppen für Bestandsaufnahme »AdW der DDR«. Stand: 22 August 1990. Die Namen der MPI-Direktoren auf den Listen sind mit einem Kreis markiert. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904, fol. 143–151. Mitchell G. Ash: Interview mit Wilhelm Krull. Hannover 15.3.2019. DA GMPG, ID 601047.

23 Vgl. hierzu die aktualisierte Liste der 13 Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, die in den Evaluationskommissionen des WR mitwirken, 27.11.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 182–184.



**Abbildung 5:** Beatrice Fromm, zu dieser Zeit Leiterin des Referats Forschungsplanung der GV, war für die Administration des PK »DDR« bzw. »neue Bundesländer« und danach für die Koordination und Planung der ersten Aktivitäten der MPG in den NBL mitverantwortlich. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Das strategische Ziel besprach Zacher in der bereits zitierten Sitzung des Vizepräsidentenkreises am 11. Juli.<sup>24</sup> In der vorliegenden »dynamischen« Situation müsse die MPG »den Anspruch erheben, in gleicher Weise wie in der BRD auch in der DDR Aufgaben in der Grundlagenforschung zu übernehmen, ohne das Niveau der Forschung und ihrer Ausstattung hier zu gefährden«. Weil man jetzt schon handeln müsse, dürfe man die Evaluierungen des WR nicht abwarten; für Institutsgründungen oder mögliche Übernahmen aus der AdW sei jedoch gerade ein solches Abwarten notwendig. Deshalb gewann im Verlauf der Beratungen eine dritte Option an Gewicht, namentlich die Schaffung von Nachwuchsgruppen, die aber »nur in zuverlässiger Anbindung an einzelne Institute gegründet werden«

24 Zum Folgenden vgl. Notizen über die 1. Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 11.7.1990 in Müllheim. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1228, fol. 2–7.

sollten.<sup>25</sup> Für diese Option sprach auch, dass sie in der Stellungnahme des WR vom 6. Juli explizit erwähnt worden war.

Bereits im September empfahl die Kommission ein Maßnahmenpaket mit drei Komponenten: (1) Fortsetzung der Förderung der Einzelkooperationen, (2) »alsbaldige« Gründung von Arbeitsgruppen (AGs) an den Universitäten »in institutioneller Anbindung an bestehende Max-Planck-Institute« nach dem Modell der MPG-Nachwuchsgruppen und (3) »unter der Perspektive eines längerfristigen Engagements« die Gründung von Projektgruppen, aus denen Institute hervorgehen könnten, »oder auch unmittelbar Institute zu gründen«.<sup>26</sup> Das Paket wurde im Oktober vom Senat nicht beschlossen, wie später häufig behauptet wurde, sondern zustimmend zur Kenntnis genommen.<sup>27</sup>

Dass man in einem umkämpften Umfeld agierte, wusste man schon. Ende Juli hatte der Münchener Physiker Harald Fritzsch – der in jungen Jahren gegen das DDR-Regime aufbegehrt und ein Buch über seine dramatische Flucht soeben vorgelegt hatte – in einem *Spiegel*-Artikel scharf danach gefragt, was mit den »SED-Professoren« an den ostdeutschen Universitäten in einem vereinigten Deutschland zu tun sei.<sup>28</sup> Im späten August gab Walther – ein Münchener Kollege von Fritzsch – einen »offenen Brief« gegen den *Spiegel*-Artikel an die GV weiter und schrieb dazu im Begleitbrief: »An diesem polemischen Brief ist deutlich zu sehen, auf welchem schmalen Grat wir uns bewegen, wenn wir Kritik äußern.«<sup>29</sup> Zur gleichen Zeit hagelte es Kritik an dem Versuch des DDR-Bildungsministers Meyer, mehrere noch ausstehende Berufungen an Hochschulen der DDR in letzter Minute als »Wiedergutmachung« gegen politische Zurücksetzungen in der Vergangenheit umzusetzen.<sup>30</sup> Parallel zu alledem lief der Machtkampf an den Hoch-

25 Ebd., fol. 6.

26 Vgl. Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder, 26.10.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 354–358; Anlage 1: Empfehlungen der Kommission, ebd., fol. 359–364. Beatrice Fromm erinnert sich daran, dass sie im September 1990 am Urlaubsort durch einen Anruf aus München von den Plänen erfuhr, bis zu 20 MPIs zu gründen. Fromm, E-Mail an Mitchell G. Ash, 4.10.2021. Eine derart weitgehende Planung schon zu dieser Zeit hat sich bislang lediglich durch einzelne Indizien indirekt dokumentieren lassen (siehe unten).

27 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 19.

28 Harald Fritzsch: »Wohin mit den SED-Professoren?«. *Der Spiegel* 30 (1990), 138–139; Harald Fritzsch: *Flucht aus Leipzig*, 1990.

29 H. Walther an Fromm, 23.8.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 271. Bert Schroer (FU Berlin) und andere, Offener Brief. Ebd., fol. 272–274.

30 Siehe hierzu unter vielem anderen Peter Struck, Vereinigung: Was wird aus den Hochschulen? *Die Welt am Sonntag*, 26.8.1990; Notiz MK (= Mechthild Küpper), *Der Tagesspiegel*, 25.8.1990; Meyer gegen Möllemann, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.8.1990, alles in: BArch, DR 4/193, sowie Meyer an Gunnar Berg, 24.08, BArch DR 4/10: »Leider muss ich erleben, dass sich bundesdeutsche Journalisten und Politiker in skandalöser Weise und mit diffamierenden Behauptungen in diesen Vorgang einmischen. Sehen Sie wirklich nicht, dass hier ganz bewusst mit Pauschalurteilen eine öffentliche Meinung aufgebaut wird, die für uns ungünstige Rahmenbedingungen für die künftigen Verteilungskämpfe um finanzielle Mittel für Bildung und Wissenschaft schaffen soll?«

schulen selbst weiter, der gleich nach dem Mauerfall begonnen hatte. Offensichtlich war ein Kampf um die Bewertung und Verwertung personeller Ressourcen an den Universitäten der Noch-DDR entbrannt, deren künftige Personalpolitik im vereinigten Deutschland zu diesem Zeitpunkt ohnehin völlig unklar war. In diesem fluiden politischen Kontext stellte sich die MPG die Aufgabe, Personal aus der AdW an gerade diese Hochschulen »zurückzuführen«.

Die AGs sollten auf fünf Jahre »befristete Einrichtungen sein, wissenschaftlich autonom, jedoch institutionell verbunden mit bestehenden Instituten der Gesellschaft, [die] an Universitäten angesiedelt werden sollten«, mit dem Ziel, »die Grundlagenforschung an die Universitäten zurückzuführen und ihr dort neue Entwicklungsmöglichkeiten zu geben«.<sup>31</sup> Handlungsleitend war die oben genannte Annahme, dass in der DDR, dem Sowjetmodell entsprechend, die Grundlagenforschung an der AdW stattfand, weshalb es nötig sei, diese an die Universitäten »zurückzuführen«, um sie mit den bundesdeutschen Universitäten gleichzustellen. Meyer nennt diese Annahme eine aus durchsichtigen politischen Gründen in die Welt gesetzte »Legende«;<sup>32</sup> man könnte sie auch als nützliche Fiktion auslegen.

Die Finanzierung von alledem war anfänglich noch ungewiss. Für die Initiativen der MPG in den NBL äußerte Minister Riesenhuber zunächst im Allgemeinen Zustimmung, doch in Bezug auf die AGs meinte er, »da müsse auch Geld der MPG hinein«.<sup>33</sup> Weil es zur gleichen Zeit zu einer Verschiebung des Bundeshaushalts kam, verlief diese Initiative der MPG zunächst unter Einsatz von Eigenmitteln unter Vorbehalt.<sup>34</sup> Mit den AG-Gründungen begann man trotzdem sofort, obwohl dafür keine politische Frist vorlag. Vielmehr setzte sich die MPG-Leitung selbst unter Zugzwang, das sichtbare Zeichen des Engagements, das Riesenhuber schon im Frühjahr gefordert hatte, in Eigenregie und mit MPG-eigenen Mitteln zu setzen. Daraufhin wurde die Initiative von Riesenhuber »sehr begrüßt«.<sup>35</sup> Ihre

31 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 8.

32 Hans Joachim Meyer: *In keiner Schublade*, 2015, 129. Ebd. macht Meyer »Konkurrenz und Herrschaftsanspruch« sowie den durch westdeutsche Konkurrenzkämpfe getriebenen Wunsch, die Universitäten »wieder zu den einzigen Trägern der Grundlagenforschung zu machen« für die Persistenz der »Legende« verantwortlich. Zur Widerlegung verwies er auf die Dateien in Peter Weingart u. a.: *Bibliometrisches Profil der DDR*, 1991. Die AGs der MPG beurteilt er allerdings als Positiva für die Universitäten der NBL. Weniger polemisch, aber ebenso deutlich in der Sache ist Bethge, Zum deutschen Einigungsprozess, 1991, 205–216, 210. Für zeitgenössische Nachweise aus den USA, dass Forschung in beträchtlichem Ausmaß auch an den Hochschulen der DDR stattfand, vgl. Raymond Bentley: *Research and Technology*, 1992.

33 Keinath, Vermerk an Hasenclever, AL I–V, Dr. Nickel, Fromm, Dr. Sauerwein, 10.9.1990. Gespräch mit Bundesminister Riesenhuber am 31.8.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 570, fol. 229.

34 Meinecke, Notiz: Telefonat mit Dr. Zelle am 13.8.1990, ebd., fol. 242.

35 Riesenhuber an Zacher, 14.11.1990, Materialien der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP, fol. 49.

Finanzierung (zusammen mit der für die in Aussicht genommenen MPI-Gründungen) in Höhe von 30 Millionen DM wurde im Ausschuss Forschungsförderung der BLK »ohne viel kontroverse Diskussion« im Februar 1991 befürwortet und an die Regierungschefs weitergeleitet; ein Vertreter der neuen Länder hat laut Hasenclever »sogar vorausschauend die Frage gestellt, ob denn die 30 Millionen überhaupt ausreichen«. <sup>36</sup> Bemerkenswert ist es, dass niemand darauf hingewiesen zu haben schien, dass es sich bei alledem um einen indirekten Beitrag des Bundes zur Finanzierung der Universitäten handelte.

Auf den Hinweis Hasenclevers darauf, dass die Pläne der MPG in den NBL mit Eigenmitteln allein nicht realisierbar seien, antwortete der Vorsitzende der AG, der Abteilungsleiter im BMFT, Rembser, »dass dieses Problem bewusst sei und im Hinblick auf die politische Bedeutung wohl auch im Sinne der MPG gelöst werden könne«. <sup>37</sup> Warum diese noch unverbindliche Andeutung erhöhter Bundesmittel nötig war, wurde sehr bald deutlich. Bei der BLK-Abstimmung hatten sich vier Vertreter der NBL enthalten, weil sie sich nicht imstande sahen, finanziell mitzuwirken; in der folgenden Senatssitzung im März 1991 sprach Meyer die Hoffnung aus, dass sich »die bisherigen Finanzträger« der MPG, also der Bund und die ABL, »sich bereitfinden würden, diese ersten Schritte zur Umsetzung der Pläne der Gesellschaft als Solidarmaßnahme zu finanzieren«. <sup>38</sup>

Wie berichtet wurde die Gründung von Projektgruppen und MPIs schon zu dieser Zeit ebenfalls in Erwägung gezogen. Aus 23 eingereichten Vorschläge in dieser Richtung wählten der BMS und GWS im Dezember 1990 7 aus, von denen 3 realisiert wurden: eine zur Gründung einer Projektgruppe Dynamik der Proteinfaltung, die als AG gegründet wurde, eine zur Gründung eines MPI für Wirtschaftswissenschaften und eine zur Gründung einer Projektgruppe (später: eines MPI) für neuropsychologische Forschung. <sup>39</sup> Kurz danach kamen zwei weitere, später realisierte Vorschläge aus der CPTS zur Gründung von MPIs für Kolloid- und Grenzflächenforschung und für nichtlineare Dynamik und statisti-

36 Vermerk Hasenclever an Ref. 4A, 5. März 1991, Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung der BLK am 26. Februar 1991, Materialien zur 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol 161.

37 Ebd.

38 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 17.

39 Materialien für die Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt/Main. Betr.: Punkt 2 der Tagesordnung Aufnahme von Forschungsaktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im östlichen Stadtgebiet Berlins hier: Empfehlungen der zentralen Kommissionen der drei Sektionen des Wissenschaftlichen Rates zur Einrichtung von Arbeitsgruppen an Universitäten und zur Einleitung von Beratungen über die Gründung von Projektgruppen und Max-Planck-Instituten, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 125, sowie Anlage 2 zu TOP 2: Empfehlungen zur Einleitung von Beratungen über die Gründung von Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern, ebd., fol. 130. Eine Liste mehrerer Vorschläge ohne inhaltliche Konzepte berichtete Bartikowski an Hasenclever, 9.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 345–353.

sche Physik hinzu.<sup>40</sup> Weitere Anregungen stehen in einem Brief Zachers an den damaligen GWS-Vorsitzenden Hein Kötz (Direktor am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht) vom November 1990, die erst 1993 realisiert wurden.<sup>41</sup> Mehrere spätere MPI-Gründungen gingen also auf Vorschläge aus dieser Zeit zurück. In der Pressekonferenz zur ordentlichen Hauptversammlung (HV) am 4. Juni 1991 sprach Zacher von einer »unbegrenzten Gründungsdynamik« und der eventuellen Gründung von bis zu 20 neuen MPIs, aber auch davon, dass diese Dynamik vom »verordneten Nullwachstum des Bonner Forschungsetats« gebremst werde.<sup>42</sup> Die ausgearbeiteten Vorschläge aus dieser Zeit bezogen sich jedoch überwiegend auf AGs, mit deren Gründung man auch sofort begann.

Im Umgang mit institutionellen Ressourcen orientierte man sich dabei nach dem Jahresbericht der MPG für 1990 »an dem bewährten Instrument der Nachwuchsgruppen bzw. der klinischen Forschungsgruppen«.<sup>43</sup> Bei der Auswahl der AG-Leiter beurteilte man Personen und Programme, also personelle und epistemische Ressourcen, wie in der MPG üblich zusammen. Um die Auswahl der Themen und der AG-Leiter möglichst zügig zu schaffen, wurde allerdings das Verfahren der MPG für Neuvorhaben stark modifiziert. Beachtlich ist, dass und wie Wege gefunden wurden, trotz der selbst auferlegten Eile die Mitglieder, die Institute und die Sektionen einzubinden, während die Zentrale die Federführung beibehielt.<sup>44</sup> Dabei stellte man »allenthalben einen Mangel an Kenntnissen über die Situation in den neuen Bundesländern fest«, wie es im Protokoll einer Sektionssitzung hieß.<sup>45</sup> Obwohl es von der PK formulierte Auswahlrichtlinien und auch Auswahlkommissionen aller drei Sektionen gab, erfolgte wohl aufgrund der Eile keine Stellenausschreibung.

Im grundlegenden Unterschied zum gewöhnlichen Verfahren wurde neben wissenschaftlichen Kriterien auch ein politisches Auswahlkriterium vorgegeben: Ein AG-Leiter sollte »grundsätzlich« aus den NBL kommen, die Fähigkeit zur selbstständigen Forschung und Leitung erkennen lassen und ein Arbeitsprogramm verfolgen, das thematisch eng mit dem Gebiet des antragsstellenden MPI verknüpft war, wobei die AG-Leitung in der Themenwahl »im Rahmen seines Arbeitsgebietes frei« sein sollte.<sup>46</sup> Tatsächlich kamen die AG-Leiter mit zwei

40 Vgl. Vermerk Fromm zum selben TOP 2, ebd., fol. 433.

41 Zacher an Kötz, 13.11.1990, Materialien zum Protokoll der Perspektivendiskussion der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 3–4, 12–13.

42 Zacher, Einleitendes Statement zur Pressekonferenz 4.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 190.

43 *MPG-Jahresbericht* 1990, 12.

44 Zum Verfahren im Einzelnen vgl. Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 78–80.

45 Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.10.1990 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488, fol. 12.

46 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 14–15.

Ausnahmen aus den NBL, aber genau das brachte wiederum das Problem der politischen Integritätsprüfung mit sich (siehe Unterabschnitt 3.2.3).

Im Ergebnis griffen die nominierenden MPG-Mitglieder häufig auf Personen zurück, die sie schon kannten und als Forscher empfehlen konnten.<sup>47</sup> Also kam es faktisch zu einer Auswahl auf Zuruf. Woher man sich kannte, scheint von heute aus betrachtet recht unterschiedlich gewesen zu sein: Während einige Vorschläge aus dem »kleiner Grenzverkehr« genannten Kooperationsprogramm kamen, waren andere wie Manfred Bierwisch aus bestehenden Verbindungen (hier zum MPI für Psycholinguistik) schon länger bekannt. Peter Fulde, Direktor am MPI für Festkörperphysik, hatte den theoretischen Physiker Helmut Eschrig auf einer Konferenz in Budapest lange vor der Vereinigung kennengelernt und ihn jährlich zu sich nach Stuttgart eingeladen, er war aber von der AdW-Leitung nicht zum »Reisekader« bestimmt worden; seine Einladung zur AG-Leitung kam jedoch aus internen Gründen vom Fritz-Haber-Institut.<sup>48</sup> Die Rekrutierung des Physikers und Astronomen Thomas Henning in Jena verlief schnell, weil Kontakte mit dem MPI für Radioastronomie in Bonn seit den 1980er Jahren bestanden hatten.<sup>49</sup> Der Quantenchemiker Joachim Sauer war von 1988 bis 1989 als Gastforscher in Karlsruhe zum ersten Mal im Westen tätig und lernte Hans Georg von Schnering, Direktor am MPI für Festkörperphysik, bei einem Gastvortrag an der Abteilung Peter Fuldes am MPI für Metallforschung kennen. Als Schnering ihn Ende 1990 informierte, dass er ihn als AG-Leiter vorgeschlagen hatte, war Sauer jedoch bei einer Softwarefirma in San Diego tätig, wo er eine Stelle als »technischer Direktor« angenommen hatte. Er hielt die amerikanische Verbindung mit einem Konsolentenvertrag ein Jahr lang aufrecht und trat die AG-Leitung Anfang 1992 an.<sup>50</sup> Noch andere Kontakte wie derjenige zwischen Gert Müller-Berghaus von der Kerckhoff-Klinik des MPI für physiologische Forschung und dem Mediziner und Biologen Götz Nowak kamen erst nach der Vereinigung zustande.<sup>51</sup>

47 Für Beispiele siehe Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 78–79.

48 Zu Eschrig vgl. Rolak: Helmut Eschrig: Zurück in die Forschung. *MPG-Spiegel* 1/94, 16; Dieter Hoffmann und Ingo Peschel: *Man möchte ja zu seinem Fach etwas beitragen*, 2016, 185; Mitchell G. Ash: Interview mit Peter Fulde, 28.2.2020, DA GMPG, ID 601061.

49 Mitchell G. Ash: Interview mit Thomas Henning, 29.8.2022, DA GMPG, ID 601104.

50 Mitchell G. Ash, Interview mit Joachim Sauer, 29.4.2020, DA GMPG, ID 601066.

51 Zu Nowak vgl. Olim: Erste Fahrt in den Westen. *MPG-Spiegel* 2 (1994), 17. Hinweise auf die Vielfalt der Kontaktwege geben diese und weitere kurze Schilderungen mehrerer AG-Leiter, die später im *MPG-Spiegel* unter der Rubrik »Zur Person« publiziert wurden. Vgl. zum Beispiel Rolak: Dr. Michel Strauss: Zur Person. *MPG-Spiegel* 5 (1993), 16; Rolak, Helmut Eschrig, 1994, 16. Zwei der neuen AG-Leiter waren an den Kämpfen um die Reform der AdW beteiligt gewesen: Jan Peters wurde im Februar 1990 zum Sprecher des Wissenschaftlichen Rates des AdW-Instituts für Wirtschaftsgeschichte und Joachim Sauer zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates am ZI für Physikalische Chemie gewählt. Zu Peters vgl. Berthold Puchert an Scheler, 28.2.1990, ABBAW, VA 30576; zu Sauer vgl. seinen Lebenslauf in: Materialien der 128. Sitzung des Senats vom 6.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 174–176. Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer, 29.4.2020.

Die Vorschläge orientierten sich den Vorgaben entsprechend eng an der Spezialexpertise der vorgeschlagenen AG-Leiter. Von den insgesamt bis Februar 1991 41 vorliegenden AG-Vorschlägen wurden zunächst 13 zur Gründung vorgeschlagen; die Grundlagen dieser scharfen Siebung sind den Akten nicht immer zu entnehmen.

Erst nach dieser ersten Vorauswahl wurden die ausgewählten Nominierungen wie im üblichen Verfahren an von den Sektionen eingesetzten Kommissionen und danach mit Empfehlungen versehen an die Sektionen selbst zur Stellungnahme vor der Senatssitzung weitergeleitet.<sup>52</sup> Spätestens im November war nicht mehr von Nachwuchsgruppen, sondern aufgrund des hohen Alters von mehreren der vorgesehenen AG-Leiter – darunter Bierwisch mit 60 Jahren und der Historiker Jan Hendrik Peters mit 58 Jahren – von »Arbeitsgruppen« die Rede. Das Alter der ersten AG-Leiter reichte von 34 bis 60 Jahren, nur zwei waren unter 40 Jahren, das Durchschnittsalter betrug 48,9 Jahre.<sup>53</sup> Entsprechend der vorgesehenen Ausstattung der AGs in Höhe einer MPI-Abteilung setzten sich die Vorschläge analog zum Berufungsverfahren für MPI-Abteilungsleitern aus inhaltlichen Konzepten der AGs sowie Laudationes für und Lebensläufen der vorgeschlagenen AG-Leiter zusammen.<sup>54</sup> Einschätzungen zur politischen Integrität der Bewerber wurden offenbar nicht angefordert;<sup>55</sup> das Thema kam in den Laudationes nur vereinzelt und dann lediglich in positiver Hinsicht vor.<sup>56</sup> Die Nichtbeachtung dieses Aspekts

52 Am Beispiel der GWS: Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 7.2.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489, fol. 10–13.

53 Eigene Berechnung nach den Informationen in: MPG gründet erste Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel*, 2 (1991), 11–13.

54 Vgl. zum Beispiel: Anlage 2a »Ostelbische Gutsherrschaft als sozialgeschichtliches Phänomen« mit Laudatio Jan Peters; Anlage 2b: »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« mit Laudatio Helmut Wiesenthal; Anlage 2c »Umweltrecht« mit Laudatio Reinhard Müller; Anlage 2d, AG »Strukturelle Grammatik« mit Laudatio Manfred Bierwisch. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489, fol. 22–47. Auf das Gendern wurde hier verzichtet, weil alle vorgeschlagenen AG-Leiter Männer waren.

55 Das Thema blieb unerwähnt im Rundschreiben Zachers an die Wissenschaftlichen Mitglieder und Institute der MPG, 26.10.1990, in der Anlage 2 mit Hinweisen für Anträge, im nachfolgenden Rundschreiben Zachers vom 16.11.1990 oder in den mitgesandten Verfahrensregeln für die Aufnahme von Forschungsaktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den Neuen Bundesländern nach der Vereinigung, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 215, 324, 354–358, 366–369.

56 Als Beispiel hierfür sei die Laudatio für Joachim Sauer von Hans Georg von Schnering zitiert: »Beeindruckend ist die Persönlichkeit von Herrn Sauer. Mit bewundernswerter Konsequenz und erheblichen persönlichen Opfern war es ihm gelungen, die nötigen Kompromisse mit dem System auf ein Minimum zu beschränken und seine Selbstachtung zu wahren. Er ist menschlich wie wissenschaftlich eine herausragende Persönlichkeit, auf dem Gebiet der Quantenchemie in der ehemaligen DDR ohne Vergleich.« Laudatio Joachim Sauer. Materialien der 128. Sitzung des Senats vom 6.6.1991 in Berlin. AMPG, II. Abt.,

der Bewertung personeller Ressourcen sollte Probleme bei der Umsetzung der AGs verursachen.

Im November 1991 erklärte man die Gründung der AGs für »weitgehend abgeschlossen«. <sup>57</sup> Bis dahin wurden insgesamt 29 AGs gegründet (vgl. Tab. 1). Zwei davon entfielen jedoch, weil die vorgesehenen Leiter aus politischen Gründen nicht angestellt werden konnten. Weil eine davon durch die Gründung einer neuen AG Ende 1993 ersetzt wurde, <sup>58</sup> lag die Gesamtzahl der AGs schließlich bei 28. Die Dominanz der CPTS dabei war mit 19 AGs eindeutig; 6 AGs waren der BMS und 4 (später 3) der GWS zugeordnet. Die starke Beteiligung der CPTS hing mit ihrer Größe, aber wohl auch mit der höheren Anzahl der vorangegangenen Kontakte in die DDR zusammen. Wie das Schaubild vom Mai 1992 (Abb. 6) zeigt, waren die AGs auch über die NBL ungleich verteilt; mehr als die Hälfte von ihnen waren entweder an der Humboldt-Universität zu Berlin (mit 8) oder der Friedrich-Schiller-Universität Jena (mit 7) angesiedelt.

Bereits im November 1991 gestand Zacher allerdings in derselben Senats-sitzung, in der die letzten AG-Gründungen beschlossen wurden, ein, dass die »Installation der Gruppen [...] sich als unerwartet schwierig erwiesen« habe. <sup>59</sup> Die Hochschulen waren wegen der Fiktion, dass dort keine Grundlagenforschung vorhanden sei, nicht unbedingt froh über diese Geschenke, <sup>60</sup> aber das grundsätzliche Problem war ein strukturelles im Umgang mit institutionellen Ressourcen: Wie sollten Einheiten, die eigenständig arbeiten und nach den Kriterien einer außeruniversitären Einrichtung autonom ausgewählt wurden, an Universitäten zu integrieren sein, die sich selbst im radikalen Wandel befanden? Neben Raum- und Verwaltungsproblemen mussten die Hochschulen in dieser Zeit mit schwerwiegenden Personalproblemen fertigwerden, etwa der politischen und wissenschaftlichen Evaluierung der bisherigen Professorenschaft und des Mittelbaus, der Gründung und Besetzung neuer Professuren in mehreren als politisch belastet definierten wie anderen Fächern, der Umstellung ihrer Personalpläne auf westdeutsche Muster, die zu Massenentlassungen oder Frühpensionierungen im

Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 175. Vgl. hierzu Joachim Sauer: Die Kunst war, morgens noch in den Spiegel schauen zu können, 2010, 22–29; Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer, 29.4.2020, DA GMPG, ID 601066.

57 Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991 in Düsseldorf. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 93.

58 Vgl. hierzu Einrichtung einer Arbeitsgruppe »Molekulare und zelluläre Biophysik« der Max-Planck-Gesellschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München sowie die dazugehörigen Materialien, GMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 11 resp. 169–173.

59 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 29. Über die Erfolge, aber auch die Jahre später fortbestehenden Probleme der Umsetzung der AGs vgl. Helmut Eschrig: Der Erneuerungsprozess aus der Sicht der Max-Planck-Arbeitsgruppen, 1994, 147–151.

60 Vgl. hierzu Dieter Simon: Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens, 1998a, 390–397.

**Tabelle 1:** Arbeitsgruppen der MPG an Universitäten in den NBL (1991–1997)

Arbeitsgruppe	Standort	Sektion und Sponsoren-MPI	Leiter
Strukturelle Grammatik	HU Berlin	GWS – MPI für Psycholinguistik	Manfred Bierwisch
Algebraische Geometrie und Zahlentheorie		CPTS – MPI für Mathematik	Helmut Koch
Röntgenbeugung an Schichtensystem		CPTS – MPI für Festkörperforschung	Rolf Köhler
Nichtklassische Strahlung		CPTS – MPI für Quantenoptik	Harry Paul
Quantenchemie		CPTS – MPI für Festkörperphysik	Joachim Sauer
Zellteilungsregulation und Gensubstitution		BMS – MPI für Biochemie	Michael Strauss
Transformationsprozesse in den Neuen Bundesländern		GWS – MPI für Gesellschaftsforschung	Helmut Wiesenthal
Theorie dimensionsreduzierter Halbleiter		CPTS – MPI für Festkörperphysik	Roland Zimmermann
Fehlertolerantes Rechnen	Universität Potsdam	CPTS – MPI für Informatik	Michael Gössel
Nichtlineare Dynamik in der Astrophysik		CPTS – MPI für extraterrestrische Physik	Jürgen Kurths
Ostelbische Gutsherrschaft		GWS – MPI für Geschichte	Jan Peters
Partielle Differentialgleichungen und komplexe Analysis		CPTS – MPI für Mathematik	Wolfgang Schulze
Theoretische Vielteilchensysteme	Universität Rostock	CPTS – MPI für Kernphysik	Gerd Röpke
Komplekxkatalyse		CPTS – MPI für Kohlenforschung	Uwe Rosenthal
Asymmetrische Katalyse		CPTS – MPI für Kohlenforschung	Rüdiger Selke
Theorie komplexer Elektronensysteme***	TU Dresden	CPTS – Fritz-Haber-Institut der MPG	Helmut Eschrig
Mechanik heterogener Festkörper		CPTS – MPI für Metallforschung	Wolfgang Pompe
Zeitaufgelöste Spektroskopie	Universität Leipzig	CPTS – MPI für Strahlenchemie	Ortwin Brede

Arbeitsgruppe	Standort	Sektion und Sponsoren-MPI	Leiter
Enzymologie der Peptidbindung	Universität Halle-Wittenberg	BMS – MPI für Biochemie	Ernst S. Fischer**
Synthese, Eigenschaften und Struktur von flüssig-kristalline Systeme		CPTS – MPI für Polymerforschung	Alfred Saupe*
CO <sub>2</sub> -Chemie	Universität Jena	CPTS – MPI für Kohlenforschung	Eckard Dinjus
Röntgenoptik		CPTS – MPI für Quantenoptik	Eckhart Förster
Physik und Chemie des interstellaren Staubes in Sternentstehungsgebieten		CPTS – MPI für Radioastronomie	Thomas Henning
Gravitationstheorie		CPTS – MPI für Astrophysik	Gernot Neugebauer
Pharmakologische Hämostaselogie***		BMS – MPI für Physiologische und klinische Forschung, Kerckhoff-Klinik GmbH	Götz Nowak
Modulation der Signalübertragung von Wachstumsfaktoren		BMS – MPI für Biochemie	Reinhard Wetzker
Molekulare und zelluläre Physiologie/ Biophysik	Medizinische Akademie Erfurt; seit 1994 Universität Jena	BMS – MPI für biophysikalische Chemie	Bernd Nilius (bis 1993)****, Stephan H. Heinemann (seit 1994)

*Quellen:* Eigene Zusammenstellung aus *MPG-Jahrbuch* und *MPG-Spiegel* sowie Senats- und Sektionsprotokollen.

Die Gründung einer AG »Regulation der DNA-Replikation bei bacillus subtilis« (Jena, Sponsor: MPI für molekulare Genetik) – wurde 1991 bekanntgegeben. Vgl. MIGLO: MPG gründet erste Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel* 2/91, 11–13, 11. Sie konnte aber nicht eingerichtet werden, weil der vorgesehene Leiter aus politischen Gründen nicht angestellt wurde.

Die Gründung einer AG »Umweltrecht« (Halle-Wittenberg; Sponsor: MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) wurde beschlossen; vgl. MIGLO, MPG gründet erste Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel* 2/91, 11–13, 13. Die AG konnte jedoch nicht eingerichtet werden, weil der vorgesehene Leiter aus politischen Gründen nicht angestellt wurde.

\* Der ursprünglich vorgesehene Leiter dieser AG wurde aus politischen Gründen nicht angestellt. Die AG wurde fortan von Alfred Saupe (Kent, Ohio/USA) geleitet.

\*\* 1996 wurde Fischer Leiter einer MPG-Forschungsstelle »Enzymologie der Proteinfaltung«.

\*\*\* Weitergefördert mit Projektmitteln bis Ende 1998.

\*\*\*\* Der ursprünglich vorgesehene Leiter dieser AG wurde aus politischen Gründen nicht angestellt und nahm einen Ruf nach Leeuwen an. Die AG wurde 1993 zum 1.1.1994 mit einer Laufzeit von fünf Jahren neu gegründet.

Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen  
der Max-Planck-Gesellschaft  
in den neuen Bundesländern

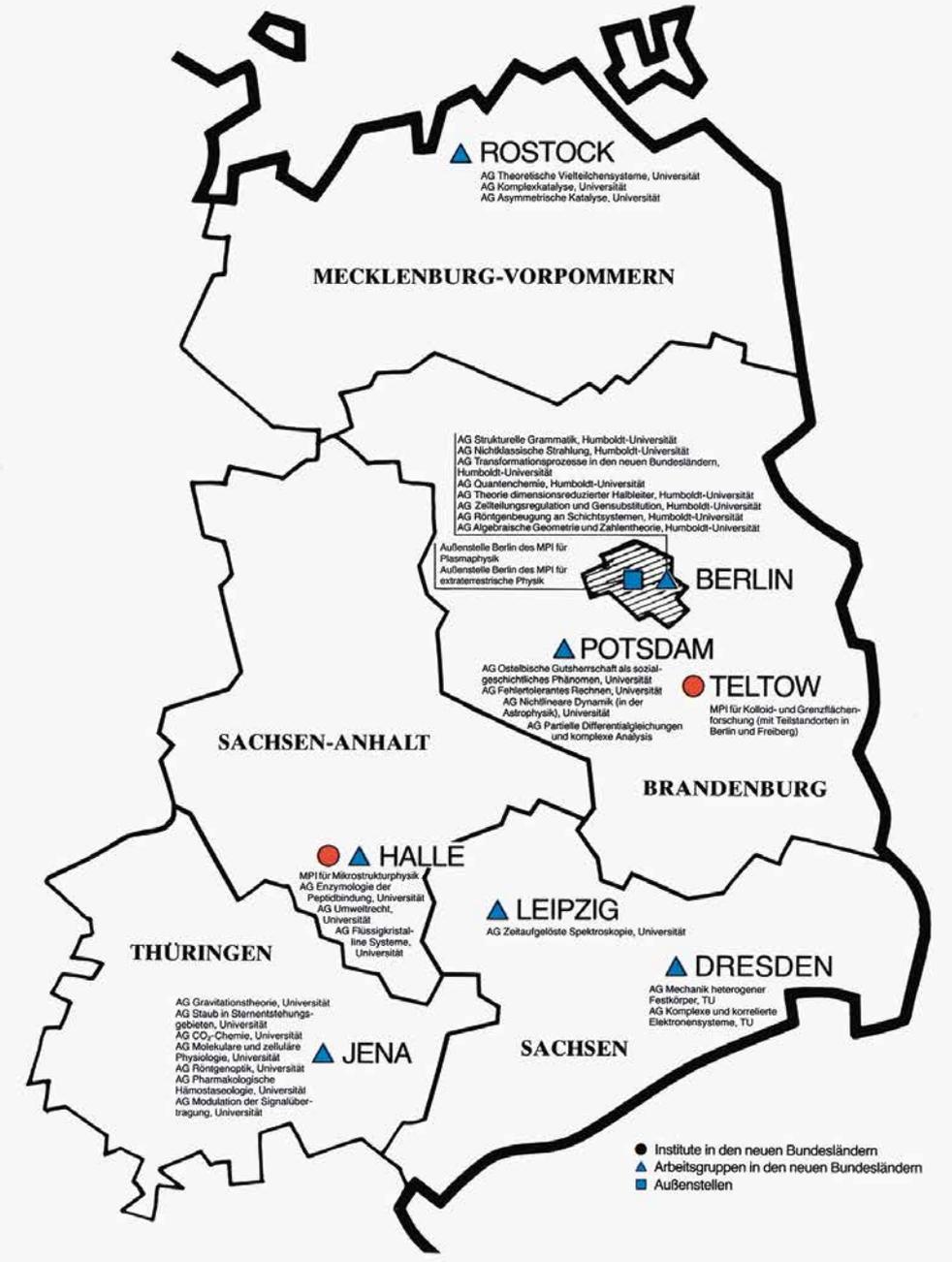


Abbildung 6: Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen der MPG in den NBL. Stand 11.5.1992. Quelle: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft: Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993.

Mittelbau führte, sowie später obendrein mit einschneidenden Etatkürzungen, die weitere Stelleneinsparungen nach sich zogen.<sup>61</sup>

Einen ersten Einblick in die Umsetzungsproblematik erhielt Zacher schon sehr früh in Gesprächen mit Hochschulleitungen und Mitarbeiter\*innen der Ministerien in Jena und Erfurt am 27. und 28. März und in Halle am 7. April 1991.<sup>62</sup> In Jena waren neben dem Rektor Ernst Schmutzer (einem der führenden theoretischen Physiker der DDR) sogar Minister Ulrich Fickel (FDP) mit seinem leitenden Mitarbeiter Klaus Bartholomé anwesend.<sup>63</sup> Zu jener Zeit standen neben der noch ungelösten Raumfrage die Unterschiede im Einzelstatus der AG-Leiter, die allgemeine Vereinbarungen hinsichtlich ihrer personellen Einstufung schwierig machten, und die noch ungeklärte Rolle der Fakultäten bei der akademischen Integration der AGs und AG-Leiter. Zentraler Knackpunkt war aber von Anbeginn an die Forderung der MPG nach einer vertraglichen Festlegung der Übernahme des AG-Personals in die jeweiligen Universitäten nach Ablauf der Fünfjahresfrist. Wie Schmutzer auf Anraten seines westdeutschen Kanzlers festhielt, verstieß diese Forderung gegen die gerade eingeführte bundesdeutsche Anstellungspraxis, nach der keine Verträge mit einer Geltungsdauer über fünf Jahren zu vergeben waren. Dennoch bestand Zacher auf diese Zusicherung, »sonst ginge das Ganze zu Lasten der Max-Planck-Gesellschaft. Dieses Risiko könnten wir nicht nur nicht eingehen. Wir würden es auch nicht eingehen.«<sup>64</sup> Mit diesem Problem sollte die MPG in den folgenden Jahren immer wieder konfrontiert werden. Vom Standpunkt der MPG-Innenpolitik aus betrachtet ist das bereits erwähnte Festhalten an der in der MPG üblichen Vorgehensweise für Neuvorhaben hervorzuheben – trotz des politischen Drucks, hier zügiger voranzuschreiten.<sup>65</sup> Potenziell noch brisanter war jedoch die Frage nach der politischen Integritätsprüfung der AG-Leiter darauf, ob sie in der DDR mit der SED in gehobener Stellung oder mit der Stasi

61 Für einen Überblick siehe Ash: »Wie im Westen so auf Erden«?, 2010, 45–55. Für Einzelbeispiele siehe die in der Einleitung, Anm. 44 zitierte Literatur und die neueren Beiträge in: Jens Blecher und Jürgen John (Hg.): »Hochschulumbau Ost«, 2021.

62 Präsident: Bericht über die von mir am 27. März geführten Gespräche in Jena bzw. die am 28. März geführten Gespräche in Erfurt, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 25–41; ders., Bericht über die am 7. April 1991 geführten Gespräche in Halle, 9. April 1991, ebd., fol. 42–52.

63 Zacher gab seine Eindrücke von diesen und den anderen beteiligten Personen freimütig zum Besten. Bartholomé sei beispielsweise »ein überaus erfreulich präziser, förderlicher, auf exakter Grundlage nach positiven Lösungen suchender Mann. Auf seine Beteiligung sollte bei allen künftigen Gesprächen möglichst geachtet werden.« Rektor Schmutzer sei hingegen »extrem auf den Vorteil der Universität Jena bedacht. Er versucht unablässig, maximal zu nehmen und minimal zu geben. Unter diesem Aspekt [ist er] mit größter Vorsicht zu behandeln!« Präsident: Bericht über die von mir am 27. März geführten Gespräche in Jena, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 27.

64 Ebd., AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 40.

65 Fromm an die (Präsidenten-)Kommission (Neue Bundesländer), 6.5.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 55–56.

gearbeitet hatten, die im Laufe des Jahres 1991 durch die Hochschülerneuerungs-gesetze der NBL verpflichtend wurde (siehe Unterabschnitt 3.4.1).

Ein Jahr später standen diese Probleme noch immer im Raum. Im November 1992 berichtete Zacher, dass »erstens die Fakultäten zunehmend ihre eigenen Vorstellungen bei der Besetzung der Leitungspositionen verwirklichen wollten, [...] [es] zweitens technische Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterbringung gegeben habe und drittens Probleme aufgrund der Überprüfungen der politischen Vergangenheit aufgetreten seien.«<sup>66</sup> Was alles unter »eigenen Vorstellungen« der Fakultäten gemeint sein könnte, zeigen einerseits ein Bericht aus dem September 1992 über die »destruktive Einstellung« der Medizinischen Fakultät in Jena gegenüber den dortigen medizinischen AGs<sup>67</sup> sowie andererseits eine Beschwerde der drei AG-Leiter in Potsdam über die Berufungen ehemaliger Parteifunktionäre – darunter ihrer ehemaligen Vorgesetzten – an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der neuen Universität, deren Einfluss ihrer Meinung nach zur Bildung von »Seilschaften« gegen sie führen könne.<sup>68</sup>

Trotz alledem konnten fast alle AGs bis 1992 sowie eine neue 1993 eingerichtet und in einer Broschüre der MPG über ihre Tätigkeit in den NBL und im *MPG-Spiegel* stolz präsentiert werden (Abb. 7 und 8). Ihre weitere Entwicklung wird im Abschnitt 4.1 behandelt.

### 3.2.2 Die Evaluierungen des WR und die Folgen für die MPG

Im »Kamingespräch« wurde vereinbart, dass die Institute der AdW einer Evaluierung unterzogen werden sollten, die vom WR aus organisiert und durchgeführt werden sollte.<sup>69</sup> Der Verlauf dieses für die Wissenschaftsgeschichte der deutschen Vereinigung zentralen Vorgangs ist andernorts beschrieben worden.<sup>70</sup> In diesem Abschnitt stehen die Rolle der MPG in dieser umfangreichen Umgestaltung wissenschaftlicher Personenkonstellationen und institutionellen Strukturen sowie

66 Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 9.

67 Trepte: Notiz an den Präsidenten und den Generalsekretär, Betr.: Situation unserer medizinischen Arbeitsgruppen an der Universität Jena, 14.9.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 342, fol. 169–171, 170.

68 Gössl an Fromm, 8.2.1993; Trepte, Vermerk: Arbeitsgruppen an der Universität Potsdam, 8.2.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 31, 34–36; Hasenclever: Gespräche in Potsdam am 10. März 1993, 11.3.1993, ebd., fol. 20. Im zuletzt genannten Gespräch hat Forschungsminister Hinrich Enderlein diesen Vorwurf »kategorisch bestritten«.

69 Der Vorschlag kam zwar von der DDR-Seite, namentlich vom MFT, damit griff man aber eine Option auf, die dem Ministerium von der Geschäftsstelle des WR selbst im Juni mitgeteilt worden war. Vgl. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates an das MFT, 18.6.1990, BArch, DF 4/32165.

70 Vgl. hierzu Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, Abschnitt III.2.3. und die dort zitierte Literatur, sowie Heike Amos, *Karrieren ostdeutscher Physikerinnen*, 2020, Kap. VI.



**Abbildung 7:** Joachim Sauer (stehend) und die von ihm geleitete AG »Quantenchemie« an der HU Berlin, 1994. *MPG-Spiegel*, 1/94, 12. Foto: MPG-Archiv Berlin-Dahlem



**Abbildung 8:** AG »CO<sub>2</sub>-Chemie« in Jena mit AG-Leiter Eckhard Dinjus (vorne rechts). Foto: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft: Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993, 29. Foto: MPG-Archiv Berlin-Dahlem

die Folgen davon für die MPG im Fokus. Wie zu zeigen sein wird, legte die MPG hier eine merkwürdige Mischung aus Engagement und Zurückhaltung an den Tag und es kam dabei wie im Prozess der deutschen Vereinigung insgesamt zu nicht vorhergesehenen Ergebnissen.

Die Bildung des Evaluierungsausschusses und die Rekrutierung von acht Arbeitsgruppen, die die Evaluierung der AdW-Institute organisieren und die Einschätzungen zu Empfehlungen bündeln sollten, begann schon während der Verhandlungen zum EV. Wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, trifft dies für die Bildung der »Präsidentenkommission DDR« der MPG ebenfalls zu. Beide Vorgänge benötigten also keinen Startschuss durch den EV, obwohl die Evaluierungen des WR formaliter auf der Grundlage dieses Vertrags geschehen sollten.<sup>71</sup> Wie ebenfalls im vorigen Abschnitt berichtet, waren beide Vorgänge auch personell sowohl auf der Expertenebene als auch auf der Verwaltungsebene durch einen intensiven Austausch miteinander verzahnt.

Ende August 1990 stand der Vorsitz des Evaluierungsausschusses mit dem Marburger Biologen und Mediziner Horst Franz Kern fest. Vorschläge für die Leitung und Besetzung der einzelnen Arbeitsgruppen lagen ebenfalls vor. MPI-Direktoren und MPG-Mitglieder wurden für alle Arbeitsgruppen vorgeschlagen. Namentlich waren es in der AG »Geo- und Kosmoswissenschaften« Klaus Hasselmann (MPI für Meteorologie) und Gerhard Haerendel (MPI für extraterrestrische Physik), in der AG »Biowissenschaften und Medizin« Dieter Oesterheld (MPI für Biochemie), Jozef Schell (MPI für Züchtungsforschung) und Wolf Singer (MPI für Neurophysiologie), in der AG »Chemie« Gerhard Ertl (Fritz-Haber-Institut), in der AG »Geisteswissenschaften« Wolfgang Klein (MPI für Psycholinguistik), in der AG »Mathematik und Informatik« Günter Harder (Auswärtiges Mitglied des MPI für Mathematik), in der AG »Physik« Herbert Walther (MPI für Quantenoptik) (Vorsitz), Alexander Bradshaw (Fritz-Haber-Institut) und Hans-Arwed Weidenmüller (MPI für Kernphysik) sowie in der AG »Wirtschafts- und Sozialwissenschaften« Franz Emmanuel Weinert (MPI für psychologische Forschung).<sup>72</sup> Andere Gremien und Sachverständige sollten bei Bedarf einbezogen werden. Offenbar ging man zumindest von DDR-Seite zu dieser Zeit noch davon aus, dass der Evaluierungsausschuss selbst und auch die Arbeitsgruppen paritätisch besetzt werden würden.<sup>73</sup> Dieser Erwartung erfüllte sich nicht.

71 Das wird festgehalten im Vermerk Montag an Herrmann, Information über die Beratung der Evaluationskommission des Wissenschaftsrates am 21.8.1990, BArch DF 4/32204. Dort ist allerdings noch immer von § 30 EV die Rede. Es sei daran erinnert, dass zu diesem Zeitpunkt weder der Termin des Vertragsabschlusses noch der des Vollzugs der Einheit feststanden.

72 Vermerk Montag an Hermann, 21.8.1990, Anlage 3, BArch DF 4/32204. Die tatsächlichen Listen weichen etwas hiervon ab. Vgl. Liste der wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, die bei Evaluierungs-Kommissionen des Wissenschaftsrates mitwirken, 27.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 182–184.

73 Nominiert für den Evaluierungsausschuss von DDR-Seite waren: Hans-Jürgen Zobel (Rektor der Universität Greifswald, Medizin); Eberhart Köhler (Rektor der TH Ilmenau, Ingenieurwissenschaften); Eberhardt Jobst (TU Chemnitz, Sektion Philosophie und So-

Geprägt war die öffentliche Berichterstattung über diese Evaluierungen von Anbeginn an von einer Zweiteilung zwischen den sachlich, aber positiv gehaltenen Presseerklärungen des WR oder des BMFT einerseits und kritischen Stellungnahmen andererseits, die auf der Verwirrung, Unsicherheit und Existenzangst der betroffenen ostdeutschen Wissenschaftler\*innen basierten.<sup>74</sup> Natürlich war man sich auch im WR bewusst, dass es um die berufliche Zukunft von tausenden Wissenschaftler\*innen ging, doch zur Regelung sozialer Belange waren weder der WR selbst noch seine Geschäftsstelle befugt. Gegen Ende seines ausführlichen Rundschreibens an die Institute der AdW vom 26. Oktober gestand sogar Minister Riesenhuber ein: »Wir alle sind uns darüber klar, dass viele der wissenschaftlichen und der anderen Mitarbeiter [der AdW] über ihre künftigen beruflichen Möglichkeiten besorgt sind. Ich habe hierauf in dieser Zeit eines umfassenden Umbruchs keine einfache Antwort.«<sup>75</sup> Von sozialen Kriterien bei der Evaluierung oder Sozialplänen im Falle von Institutserschließungen war anfangs nicht die Rede; das änderte sich im weiteren Verlauf des Verfahrens. Seitens der AdW-Mitarbeiter\*innen war die Erwartungshaltung wohl durch die langjährige Politik der Regierung Erich Honneckers in der späten DDR unter dem Slogan »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« geprägt, die unter vielem anderen Arbeitsplatzgarantien beinhaltete. Zudem hatten Minister Terpe und AdW-Präsident Klinkmann in einem offenen Brief an die Mitarbeiter\*innen der AdW vom 20. Juli 1990 bezüglich der bevorstehenden Evaluierungen von einem Bemühen ihrerseits um »sozial verträgliche [...] Entscheidungen« gesprochen.<sup>76</sup> In dieser Hinsicht scheinen gegenseitige Missverständnisse dem Verfahren selbst inhärent gewesen zu sein. Sofern die unrealistische Erwartung einer Gesamtübernahme

zialwissenschaften); sowie als Gäste Helmut Bulle von der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft im MBW, AdW-Präsident Horst Klinkmann und Günther Montag von MFT. Montag an Herrmann, 21.8.1990, Anlage 3, BArch DF 4/32204.

- 74 Vgl. zum Beispiel BMFT, Pressemitteilung Nr. 129/90, 23.11.1990: Umgestaltung der Forschungsstrukturen in den neuen Bundesländern kommt voran – erstes Treffen des Bundesforschungsministers mit den Ressortchefs der neuen Länder in Bonn, 1–2. Für kritische Stimmen vgl. unter vielem anderen Sabine Etzold: Soll hier alles plattgemacht werden? Der westdeutsche Wissenschaftsrat begutachtet die ostdeutsche Akademie der Wissenschaften. 25.000 Mitarbeiter bangen um ihre Zukunft. *Die Zeit* 51, 14.12.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 312, fol. 473; Evaluation der Evaluation. 1990, I–XXIV, 25–48; darin: Wolfgang Klein: Auf Brückierung angelegt 4 (1990), XIX–XX; Wolf Lepenies: Wir sind kein besiegt Land. 23.11.1990; sowie später mit Bezug auf die AdW-Institute in Berlin-Buch Hans Schmidt: Verraten und verkauft. Ost-Wissenschaft im Umbruch. *bild der wissenschaft* 5 (1991), 32–35, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 314, fol. 253–256. Für Kritik aus dem Ausland vgl. u. a. Taryn Toro, *Rough justice*, 1991, 20–21.
- 75 Riesenhuber an die Institute der ehemaligen AdW, 26.10.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 200. Inwiefern diese Mitteilung wie gebeten an alle AdW-Mitarbeiter\*innen zirkuliert wurde, ist nicht bekannt.
- 76 Terpe und Klinkmann, Offener Brief an die Mitarbeiter der AdW der DDR, 20.7.1990, BArch, DF 4/32204.

aller qualifizierten Mitarbeiter\*innen bei positiver Beurteilung ihrer Institute bestand, waren herbe Enttäuschungen daher vorprogrammiert.<sup>77</sup>

Die Aufnahme vor Ort war offenbar sehr unterschiedlich; während sich die Mitarbeiter\*innen zumindest einiger AdW-Einrichtungen wie der Weierstraß-Institute für Mathematik durchaus willens zeigten, die Aufgabe und auch mögliche personelle Kürzungen mitzutragen, waren andere hingegen skeptisch und zurückhaltend.<sup>78</sup> Dabei trafen unterschiedliche Wissenschaftskulturen aufeinander. »Wissenschaftliche Leistungsfähigkeit« gab man als »zentrales Kriterium der Evaluation« vor,<sup>79</sup> doch welcher Maßstab hier angelegt werden sollte, war nicht transparent; »international« hieß möglicherweise »bei uns im Westen bekannt und gewohnt«.<sup>80</sup> Während die Betroffenen eine Einschätzung der Qualität ihrer eigenen Arbeit erwarteten, war – wie bereits gesagt – keine Einzelbeurteilung, sondern eine Evaluation von Strukturen vorgesehen; so redete man von vornherein aneinander vorbei.<sup>81</sup>

Zudem wandelte sich das Ziel der Evaluation und damit die Mobilisierung institutioneller Ressourcen während des Vorgehens auf unerwartete Weise. Ursprünglich beabsichtigt waren eine Entscheidung über die Fortführung einzelner Institute, Abteilungen oder Arbeitsgruppen und eine Empfehlung zu deren »Einpassung« in die nunmehr auf die NBL auszudehnende bundesdeutsche Forschungslandschaft gemäß Art. 38 EV. Bereits während der Evaluierung wurde aber klar, dass eine Kompatibilität der Struktur der AdW-Institute »mit dem föderalen Wissenschaftssystem der Bundesrepublik [...] nur in den seltensten Fällen gegeben« war.<sup>82</sup> Daher liefen die Empfehlungen des Evaluierungsverfahrens insgesamt entgegen der Zielrichtung der WR-Empfehlungen vom 6. Juli 1990 auf eine Zuordnung zu bestehenden Einrichtungen der Bundesrepublik hinaus. Weil die mühsam erarbeiteten Konzepte der Betroffenen vor Ort nicht ohne Weiteres mit den bundesrepublikanischen Strukturen zusammenzubringen waren, blieben

77 Vgl. hierzu Dieter Simon: Die Quintessenz, 1992, 29–36.

78 Vgl. Vermerk Dr. Marx 413 an Herrn St über Herren AL, 27.11.1990. Evaluierung von AdW-Institute (Mathematik und Informatik). Eindrücke, Barch B 196/103808. In einem Interview schrieb Helmut Gabriel (FU Berlin), Mitglied des WR und Vorsitzender der AG Physik, die zuweilen stark polemische Kritik am Verfahren in der Öffentlichkeit als »Kolonisierung« vor allem »einem Kreis« der Beteiligten zu, »der den Verlust von Macht und Privilegien zu beklagen hat«; dass vielen Beteiligten die Arbeitslosigkeit bevorstehen könnte, habe aber bei Mitgliedern der Kommission »zu großer seelischen Belastung« geführt und »menschlich doch sehr berührt«. Helmut Gabriel und W. Lahmer: »Mit größtem Einsatz an der Lösung der Probleme mitwirken!«, 1991, 819–822, 821.

79 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme außeruniversitären Forschungseinrichtungen*. Drs. 334/91. Düsseldorf 1991d, 9.

80 Vgl. hierzu Dieter Simon: Evaluationssplitter, 1991b, 398–425; Jens Reich: Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozess, 1991, 29–36; Horst Klinkmann: Absturz in die Zukunft, 1993, 26–37.

81 Vgl. hierzu Dieter E. Zimmer: Sag mir, wo die Forscher sind, 1992, 33.

82 Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Allgemeiner Teil*, 1992, 10.

sie zur Enttäuschung der Betroffenen »meist unberücksichtigt«, obwohl einzelne »Anregungen und Ideen« aufgegriffen wurden.<sup>83</sup>

Als bevorzugte, im Vorfeld sicherlich nicht antizipierte Kompromisslösung kam es zur Empfehlung der Gründung von insgesamt 33 Instituten der »Blauen Liste«, die eine enorme Erweiterung dieses Einrichtungstyps mit sich brachte. Renate Mayntz deutete das schon 1994 als »ein[en] von niemandem intendierten, emergenten Effekt« der Evaluierungen.<sup>84</sup> Dieter Simon unterstreicht die evidente Ironie in einem Interview: Vor der Vereinigung wollte man die Institute der »Blauen Liste« im Westen mit dem Ziel einer Abschaffung dieser Kategorie evaluieren, nun geschah stattdessen deren wundersame Vermehrung.<sup>85</sup> MPG-Präsident Zacher nannte diese unerwartete Entwicklung im Juni 1991 sogar eine Gefahr für die »Forschungsverfassung« der neuen Bundesrepublik.<sup>86</sup>

Wie Zacher im Oktober 1990 vorhergesagt hatte, wurden die positiv evaluierten Einrichtungen zuerst empfohlen, die schwierigen Fälle kamen erst später an die Reihe.<sup>87</sup> Das erste für die MPG relevante Ergebnis war die Empfehlung der »Weiterführung« des vom ehemaligen Leopoldina-Präsidenten Heinz Bethge gegründeten Instituts für Festkörperphysik und Elektromikroskopie in Halle als Institut der MPG.<sup>88</sup> Der Vorschlag wurde offenbar schon vor der zweiten Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12. und 13. März 1991 (an einem Sondertermin) vorbereitet worden; die entsprechende Stellungnahme erschien am 13. März. Hier erwies sich die kollegiale und freundschaftliche Verbindung des MPI-Direktors Herbert Walther, Vorsitzender der AG Physik und Leiter der »Präsidenten-Kommission DDR«, mit Heinz Bethge als überaus vorteilhaft.<sup>89</sup> Allerdings beschrieb der Vermerk zu diesem Vorschlag aus dem BMFT vom 4. März die Haltung der MPG dazu als »noch unentschieden, aber zurückhaltend« und diejenige zu einer vorgeschlagenen Gruppe Planetenforschung am Institut für Kosmosforschung mit rund 22 Mitarbeiter\*innen als »noch unklar« (siehe unten); die Haltung gegenüber einer weiteren Empfehlung zur Gründung eines MPI für Kolloid- und Grenzflächenchemie aus Teilen zweier AdW-Institute mit etwa

83 Ebd. Vgl. Bartz, *Der Wissenschaftsrat*, 2007, 168; Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 180–183.

84 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 205 und Tabelle 6.12, 204.

85 Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon, 5.3.2019. DA GMPG, ID 601048.

86 Hans F. Zacher: Die MPG im Prozeß, 1991, 62–69, 68.

87 Bericht des Präsidenten, Anlage zum Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 2.10.1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, fol. 22 verso. Horst Klinkmann meinte im Interview, nicht ohne Reue, dass er diese Reihenfolge bewusst angelegt habe, um Eindruck zu machen. Mitchell G. Ash: Interview mit Horst Klinkmann, 13.9.2019. DA GMPG, ID 601055.

88 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zum Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle*. Drs. 104/91. Mainz 1991e, 16.

89 Zu dieser Verbindung und den Sorgen Bethges wegen der fehlenden Kompatibilität der AdW-Institute vgl. Bethge an Walther, 4.10.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 296–297.

150 Mitarbeiter\*innen wurde hingegen als »positiv« geschildert, wohl deshalb, weil ein ähnlicher Vorschlag von der CPTS schon befürwortet worden war.<sup>90</sup>

Während eines Treffens mit Riesenhuber in Bonn am 21. April, also mitten im Verfahren, beantwortete Simon die Frage des Ministers danach, ob der Zeitplan einzuhalten war, alle Empfehlungen bis zum Juli fertigzustellen, womit die Umsetzung binnen Jahresfrist möglich wäre, positiv. Er merkte aber an, dass die Annahme der Empfehlungen seitens der MPG »wegen der Entscheidungsprozeduren der MPG im zeitlichen Ablauf schwieriger abschätzbar« sei, doch die relativ geringe Zahl der Beschäftigten »verringert das Problem«.<sup>91</sup> So konnte der Autonomieanspruch der MPG als institutionelle Ressource durch ihren eigenen Umgang mit der Ressource Zeit aufrechterhalten werden.

Die Empfehlungen des WR fielen allerdings nicht immer im Sinne der MPG aus, obwohl MPG-Mitglieder in allen Teilen des Evaluierungsverfahrens eingebunden waren.<sup>92</sup> Zum Beispiel sollte ein positiv evaluierter Teil des ZI für Kosmosforschung der AdW als AG oder Projektgruppe für Planetenforschung der MPG zugeteilt werden. Das Ansinnen wurde jedoch von der zur Beratung eingesetzten Kommission der MPG selbst abgelehnt, was erhebliche Irritation im WR wie im BMFT auslöste.<sup>93</sup>

Auch wenn die MPG bereit war, Empfehlungen des WR anzunehmen, bestand sie darauf, mit diesen autonom umzugehen. Dies galt erst recht für die unerwartete Empfehlung der AG Geisteswissenschaften, sieben geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte (FSPs) aus den zur Schließung empfohlenen geisteswissenschaftlichen AdW-Instituten hervorgehen zu lassen.<sup>94</sup> Die Empfehlung ging auf Vorschläge zur Reform und Neuorientierung der Forschung in den Geisteswissenschaften zurück, die in einer vom BMFT in Auftrag gegebenen Denkschrift im Mai 1990 vorgelegt wurden.<sup>95</sup> Zur Überwindung der nach wie vor individualisierten und monodisziplinären Struktur der Forschung auf diesem Gebiet wurde dort die Gründung »geisteswissenschaftlicher Kollegs« empfohlen,

90 Kaye, Vermerk Sondersitzung des Wissenschaftsrates am 12./13.3.1991 und Vorbesprechung am 8.10.1991 [sic!], 4.3.1991, BArch B 196/103808, Bl. 3–4. Über die Gründung dieser beiden MPIs im Einzelnen siehe unten Abschnitt 3.4.2.

91 Kaye 214, Ergebnisvermerk zum Gespräch Riesenhuber-Simon am 21.4.1991, 25.4.1991, BArch, B 196/103808.

92 Vgl. wieder die aktualisierte Liste der 13 Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, die bei Evaluierungs-Kommissionen des Wissenschaftsrates mitwirkten, 27.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 182–184. Einen besonderen Fall dieser Vernetzung stellt Dieter Simon selbst dar, der MPG-Mitglied und zugleich als Vorsitzender des WR Amtssenator der MPG war.

93 Vgl. z. B. Notiz Eitner re: Schreiben von Prof. Haerendel, MPI für Extraterrestrische Physik vom 11.6.1991, Bezug: Ihre (AL 5) Bitte vom 11.6.1991, BArch, B 196/103808.

94 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme »Biowissenschaften und Medizin«*. Drs. 335/91. Düsseldorf 1991, 68.

95 Wolfgang Frühwald u. a.: *Geisteswissenschaften heute*, 1991, Kap. IV; vgl. auch Wissenschaftsrat: *Stellungnahme Geisteswissenschaften*. Drs. 334/91. Düsseldorf (1991d), 68, 118.

und zwar »als selbstständige, unbefristete Einheiten *innerhalb* einer Universität« mit Orientierung auf einen inter- bzw. zwischendisziplinären Forschungsschwerpunkt hin.<sup>96</sup>

Zur ausführlichen Diskussion und Begründung des vom AG-Leiter Jürgen Kocka eingebrachten und wesentlich modifizierten Vorschlags kam es erst in der vorletzten Sitzung des Evaluierungsausschusses im Juni. Themen der neuen FSPs sollten zeithistorische Studien, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, die Erforschung der europäischen Aufklärung, die Erforschung des modernen Orients, allgemeine Sprachwissenschaft, Sprachtypologie und sprachliche Universalienforschung, Literaturforschung sowie die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas sein.<sup>97</sup> Im bewussten Unterschied zum früheren Vorschlag und zur Sicherung ihrer überregionalen Wirksamkeit sollten diese FSPs nunmehr *an*, aber nicht notwendigerweise *in* Universitäten sein, auch wenn die jeweiligen Leiter\*innen ordentliche Professor\*innen sein sollten.<sup>98</sup> Die FSPs wurden explizit »als ein neuartiges, auf die Dauer angelegtes Instrument der Förderung geisteswissenschaftlicher Forschung konzipiert«<sup>99</sup> und unter anderem auch wegen der Chance einer »Durchmischung« von Forscher\*innen aus Ost und West empfohlen. Schließlich ging es darum, überhaupt zu verhindern, dass die Geisteswissenschaften zu den Verlierern der Einheit würden.<sup>100</sup>

Weil unklar blieb, welcher Trägereinrichtung diese FSPs zuzuweisen sein sollten, griff man in der Stellungnahme des WR zu einer Kannbestimmung: Die administrative Betreuung der FSPs wurde einstweilen der MPG mit der Aufgabe übertragen, bis spätestens 1994 ein Votum zu ihrer Institutionalisierung vorzulegen.<sup>101</sup> Den Vorschlag nahm der in der Ausschusssitzung anwesende Hasenclever, mit dem er nicht vorab besprochen worden war, zögernd an. Im Nachhinein wurde für diesen Zweck analog zur bestehenden, für die Zusammenarbeit der MPG mit Israel gegründeten Minerva-Gesellschaft im September 1991 eine Tochtergesellschaft »zur Förderung wissenschaftlichen Neuvorhaben mbH« gegründet. Der Gründung dieser Gesellschaft gingen Absprachen mit dem BMFT voraus, in deren Verlauf sich Hasenclever versichern ließ, dass das »BMFT auf keinen Fall eine Bundesbeteiligung« anstrebe; angesichts des genannten Termindrucks (Frist 31. Dezember 1991) zählte für das BMFT nur, »dass die vom

96 Frühwald u. a., *Geisteswissenschaften*, 1991, 215, 217. Hervorhebung durch MGA.

97 Über die Zentren im Einzelnen vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 74–114.

98 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 119. Im Original unterstrichen.

99 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 118.

100 Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12./13. Juni 1991 in Köln-Porz, o. D., Bl. 31, BArch B 196/10308. Vgl. vor allem zum letzten Punkt später Jürgen Kocka: Geisteswissenschaftliche Zentren: Die umstrittene Innovation, 122–124; Jürgen Kocka: *Vereinigungskrise*, 1995, 70–73.

101 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 119.

Wissenschaftsrat genannten bzw. zur Übernahme empfohlenen Wissenschaftler ab 1. Januar 1992 einen, sei es auch nur befristeten, Arbeitsvertrag haben«. <sup>102</sup> Ergebnis dieses recht hemdsärmeligen Umgangs mit der Ressource Zeit war, dass die Zukunft der FSPs und damit auch der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter\*innen bis 1995 unklar blieb.

Dass sich die MPG mit der Betreuung dieser neuartigen Einrichtungen vielleicht Chancen eröffnet, aber auch Probleme eingehandelt hatte, wurde sehr bald deutlich. In einer Entschließung des HRK-Plenums vom 4. November 1991 »Zur Neuordnung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern« warf man dem WR eine Falschdarstellung der oben zitierten Denkschrift von Frühwald und anderen vor, die explizit von geisteswissenschaftlichen Kollegs »innerhalb« der Universitäten gesprochen habe. Daher wies die HRK die Empfehlung zurück und forderte Bund und Länder auf, »die entsprechenden Struktur- und Finanzentscheidungen zugunsten der Hochschulen zu treffen«. <sup>103</sup> Diesen strukturkonservativen Standpunkt behielten die HRK und ihre Leitung in den folgenden Jahren streng bei.

In einem Zeitungskommentar zum Thema hieß es, dass diese Einrichtungen »manchem MPGLer als Fremdkörper« gälten. <sup>104</sup> Dieser Auffassung leistete die MPG selbst mit der Gründung der oben erwähnten Tochtergesellschaft Vorschub. <sup>105</sup> So wurden die FSPs zu Einrichtungen eigener Art, die zwar an die MPG angegliedert, aber – entgegen dem von Zacher nur kurz davor für die AGs artikulierten »Institutsprinzip« – weder Institute noch Außenstellen von Instituten waren.

Die daraufhin erfolgte Personalauswahl für die FSPs geschah wegen des genannten Termindrucks in großer Eile im November und Dezember 1991. <sup>106</sup> Im Unterschied zur Auswahl der ersten AG-Leiter ein Jahr vorher gab es eine Stellenausschreibung; dahinter stand diesmal auch kein selbst auferlegter Handlungsdruck, sondern die bereits erwähnte politische Vorgabe, dass die Verträge der AdW-Mitarbeiter mit dem 31. Dezember 1991 enden sollten. Für die ostdeutschen Bewerber\*innen war der Vorgang völlig intransparent; <sup>107</sup> er verlief individualisiert, ohne Berücksichtigung positiv evaluierter Forschungsgruppen,

102 Hasenclever, Vermerk über mein Gespräch in der Abteilung 2 des BMFT (Strub, Knoerich, Zelle) am 8. August 1991 in Bonn, 13.8.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1060, fol. 149.

103 Zur Neuordnung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern. Entschließung des 165. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz vom 4.11.1991, Bl. 3–4. Presseunterlagen der GV der MPG in München, noch nicht verzeichnet.

104 Eberhard Vogt: Träume um Stellen. Zentren für Geisteswissenschaftler der Ex-DDR? *Die Welt*, 22.11.1991, AMPG, Abtl II., Rep. 71, Nr. 316, fot. 232.

105 Aufgrund der Eile bat Zacher den Senat um Zustimmung auf schriftlichem Wege. Zacher an die Senatoren der MPG, 23.10.1991. Materialien der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 125–127.

106 Vgl. hierzu Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 102–103.

107 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Hoffmann, 28.2.2020. DA GMPG, ID 601062.

und die Auswahlkommissionen gingen je nach FSP unterschiedlich vor. Eine politische Überprüfung der Kandidat\*innen wurde in diesem Falle bewusst umschifft (siehe Unterabschnitt 3.2.3).

Nach dem Abschluss der Evaluierungen des WR stellte man verbreitet fest, dass die Pauschalverurteilungen der DDR-Wissenschaft, die noch vor einem Jahr so klar zu sein schienen, unzutreffend waren. Krull formulierte dieses revidierte Urteil in einem umfassenden Überblick mit Verweis auf die inzwischen berückichtigte »Wüste«-Metapher wie folgt:<sup>108</sup>

Entgegen den Vermutungen hat der WR in den Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR keine »Wüste« angetroffen. Es sind mehr als nur Oasen, die – trotz politischer Beschädigungen der Wissenschaft – entstanden sind. Man könnte sogar sagen, dass sich ein insgesamt eindrucksvolles Bild der Wissenschaft abgezeichnet hat. Unten den damals herrschenden Bedingungen des Mangels ist zum Teil Erstaunliches geleistet worden.

Ähnliches formulierte auch Zacher in einem Zeitungsinterview: »Wir haben eine genauere Kenntnis von einer extrem andersartigen Forschungswelt, die sich bis zur Wende unserem Blick fast vollständig entzog.«<sup>109</sup>

Von dieser nunmehr neu bewerteten Ressourcenfülle brachten die Empfehlungen des WR gemessen an der Gesamtzahl der Planstellen, die hier insgesamt zur Neuverteilung anstanden, einen überschaubaren Zuwachs für die MPG. Am Ende des Verfahrens wurden der MPG insgesamt 830 Stellen zugeordnet;<sup>110</sup> das waren genau 10 Prozent der Gesamtzahl von 8300 Stellen, die zu verplanen waren.<sup>111</sup> Auch die Zunahme an institutionellen Ressourcen war relativ klein:<sup>112</sup> zwei Max-Planck-Institute (fortan MPIs genannt), die aus AdW-Instituten gewonnen wurden, die eben genannte Tochtergesellschaft für die FSPs und zwei

108 Wilhelm Krull: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung in den neuen Ländern. *AvH-Magazin* 57 (1991), 31–42, 42. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 315, fot. 215–226, 226. Die »Oasen«-Metapher kam in öffentlichen Kommentaren der Zeit häufig vor: vgl. z. B. Gustav Seibt: Oasen in Sicht. Die Wissenschaft im Test: die Akademie der DDR wurde evaluiert. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.7.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 315, fot. 96–97.

109 Wolfgang Borgmann: »Eine ganz andere Forschungswelt kennengelernt«. Max-Planck-Präsident Hans Zacher äußert sich zur Zukunft der Wissenschaft in Ostdeutschland. *Stuttgarter Zeitung*, 156, 9.7.1991, ebd., fot. 93. Im selben Interview wies Zacher das »Wüsten«-Wort »mit zunehmendem Ärger« von sich, weil er »dies nicht so undifferenziert« gesagt habe.

110 Kaye an Herrn M(inister) über Herrn St(aatssekretär) u. a., Vermerk Ergebnisse der Sitzung des WR zur Evaluierung der Institute der AdW der ehemaligen DDR vom 2. bis 5.7.1991, Tabelle, Bl. 2, BArch B 196/103808.

111 Zur Umsetzung der an die Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages, 16.1.1992, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 146.

112 Vgl. zum Folgenden ebd., fol. 143–147, sowie Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht und Jahresrechnung 1991. Nachrufe*, 1992, 25.

Außenstellen – eine des MPI für Plasmaphysik (IPP) in Berlin und eine des MPI für extraterrestrische Physik in Berlin-Adlershof –, die jeweils für fünf Jahre befristet angelegt waren.<sup>113</sup>

Nach Mayntz war die MPG im Ergebnis des Evaluierungsverfahrens »deutlich unterrepräsentiert«, weil sie »sich bei Übernahmen aus der bestehenden Akademieforschung gezielt zurückgehalten« habe, um eigene Gründungsinitiativen verfolgen zu können.<sup>114</sup> Tatsächlich schrieb Zacher der BLK im August 1991, dass die MPG bereit sei, zusätzliche Aufgaben aufgrund der Empfehlungen des WR zu übernehmen, solange sie »ihre eigenen Planungen für Institutsgründungen [...] in gleicher Weise verfolgen und umsetzen« könne. Anfang Oktober entsprach der Ausschuss Forschungsförderung der BLK diesem Wunsch.<sup>115</sup> Die MPG sollte dieses Muster der Auftragerfüllung nach eigenem Ermessen ihrem gesamten Handeln in den NBL zugrunde legen.

### 3.2.3 Politisches Ost und West: Die Ergänzung des Senats, der Umgang mit politischen Personalprüfungen in den NBL und die Debatte um den Sitz der MPG

Gegen Ende der Phase 1 kamen drei weitere Themen aufs Tapet, die zwar in erster Linie die Innenpolitik der MPG betrafen, aber auch Implikationen für das Verhältnis der MPG zur allgemeinen Politik hatten. In den ersten beiden Situationen ging es um die politische Bestimmung des Wertes von personellen Ressourcen bzw. darum, wer diese Bestimmungen selbst erlässt. In der zuletzt zu besprechenden Situation ging es um die Verlegung der Bundeshauptstadt, also wieder um eine politisch symbolische Tat, und deren Bedeutung für die MPG.

Die Beratungen über die Folgen der deutschen Vereinigung für die Zusammensetzung des Senats zeigen, dass auch in diesem Fall eine flexible Handhabung von institutionellen Praktiken wie auch der Rekrutierung von personellen Ressourcen

113 In der CPTS wurde Kritik darüber geäußert, dass die Entscheidung zur Einrichtung der beiden Außenstellen erst im Dezember 1991, also sehr spät und ohne Rücksprache mit relevanten Experten getroffen worden sei; insbesondere die Gründung der Außenstelle des MPI für extraterrestrische Physik würde »der ursprünglichen Zielsetzung, die Rück-siedlung der Astronomie an die Hochschulen im neuen Bundesgebiet zu fördern«, nicht entsprechen. Hasenclever wies in seiner Antwort darauf hin, »dass die Angelegenheit auch vor dem Hintergrund politischer Zwänge zu entscheiden gewesen« sei. Gemeint war die schon erwähnte im EV festgelegte Frist bis zum 31.12.1991. Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1825, fol. 9 recto und verso.

114 Renate Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 202, 204.

115 Zacher an Dieter Breitenbach (Vorsitzender der BLK), 1.8.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 144, sowie Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1991. Nachrufe*. München 1992, 25.

durch die MPG-Leitung möglich war. Die Auswahl unterlag der Satzungsautonomie der MPG, und Zacher ließ sie sich nicht nehmen.

Im Normalverfahren wurden in klassisch korporatistischer Manier Personen für den Senat entweder kraft Amtes durch Körperschaften wie die Bundes- und Länderregierungen, die BLK, die HRK und die Wirtschaftsverbände oder große Firmen sowie als Wahlsektoren durch die Sektionen der MPG nominiert. In einer Bemerkung zum Vorlauf der Senatssitzung vom März 1991 schrieb Zacher, dass 1993 ein Generationswechsel bevorstehe, da die Hälfte des Senats dann ausscheiden sollte. Spätestens dann sollten Vertreter der NBL für den Senat nominiert werden; er schlug aber vor, den Präsidenten schon jetzt zu ermächtigen, »bis zur Hauptversammlung 1993 einen Minister der NBL als ständigen Gast zu unseren Sitzungen« einzuladen. Das wolle er aber erst tun, »wenn ich mir einen persönlichen Eindruck verschafft habe«. <sup>116</sup> Er bat ebenfalls um Ermächtigung, Vertreter aus der Wissenschaft, namentlich den nunmehrigen Leopoldina-Präsidenten Benno Parthier, sowie einen ostdeutschen Rektor als Gäste einzuladen; auch Letzterer sollte erst nach »persönlichem Eindruck« vorgeschlagen werden. <sup>117</sup> Eine erste Gelegenheit dazu verschaffte er sich, indem er die Wissenschaftsminister der NBL im Dezember nach München einlud.

Für Minister Meyer ist dieses Treffen in »bis heute erheiternde[r] Erinnerung«. Um seine Gäste aus den NBL »in die Geheimnisse bundesdeutscher Wissenschaftspolitik einzuweißen«, schrieb Zacher »vor einer schwarzen Schultafel stehend eigenhändig die uns vielleicht noch nicht geläufigen Abkürzungen wie BLK und DFG daselbst mit einem Stück Schulkreide« an. <sup>118</sup> Als neue ständige Gäste im Senat neben Meyer selbst wurden in der Folge der bereits genannte Benno Parthier, Gerhard Maes, Mathematiker und Rektor der Universität Rostock, begrüßt. <sup>119</sup> Als erstes gewähltes Senatsmitglied aus den NBL erhielt Maes dann ab 1993 mit Anfang der nächsten Wahlperiode Stimmrecht. Meyer blieb zunächst weiterhin als Gast im Senat und gehörte ihm später mit Stimmrecht als gewählter Vertreter der Minister der NBL an. Hinzu kamen bis 1999 insgesamt drei weitere Ostdeutsche: Gerd Schuchardt (SPD), Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Thüringen, Angela Merkel (CDU) als BM für Umwelt und Dagmar Schipanski, ehemals Rektorin der TU Ilmenau und von 1996 bis 1998 WR-Vorsitzende. Andere Senatsmitglieder, die nominell aus den NBL kamen, wie die Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf in Sachsen und Bernhard

116 Bemerkung Zachers: Sprechvorlage Betrifft: Punkt 1 der Tagesordnung nach 1.3. Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Zusammensetzung des Senats. Drehbuch der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP, fol. 221.

117 Ebd., fol. 222.

118 Meyer, *In keiner Schublade*, 2015, 318–319. Meyer beeilt sich hinzuzufügen, dass er danach als Gast beim Senat »wertvolle bundesdeutsche Lehrstunden« erlebt habe.

119 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 8.

Vogel in Thüringen, waren hingegen Westdeutsche, die in den NBL tätig waren. Das war für andere der in den Senat gewählten Mitglieder aus den NBL, beispielsweise für Lothar Späth, ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württembergs und nunmehr als Vorsitzender der Jenoptik GmbH bis 1993 im MPG-Senat, der Fall. So erhielt der ursprünglich auf den Senat der KWG gemünzte Slogan »Die KWG verhandelt mit sich selbst« eine durchaus neue Bedeutung.

Bei allen Initiativen der MPG in den NBL stellte sich die Frage nach der politischen Personalprüfung prospektiver Mitarbeiter aus der ehemaligen DDR. Auch hinsichtlich dieser Frage blieb nach dem Vollzug der staatlichen Einheit mehrere Monate lang unklar, was hier Politik sein sollte. Über die Anstellung von Mitarbeiter\*innen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurde erst im September 1991 eine Vereinbarung unter den zuständigen Ministern der NBL und dem BMFT getroffen. Diese orientierte sich im Wesentlichen an die Kriterien der seit dem Sommer verabschiedeten »Hochschulerneruerungsgesetze«, die ein hohes Parteiamt oder eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit als Ablehnungsgrund vorsahen.<sup>120</sup> Es sei daran erinnert, dass das Stasi-Unterlagengesetz, das die nach seinem ersten Direktor genannte »Gauck-Behörde« etablierte, erst am 14. November 1991 verabschiedet wurde und im Dezember in Kraft trat.

Im Falle der AGs und der auf Empfehlung des WR übernommenen oder neu gegründeten Einrichtungen musste die MPG dieses Problem also vorerst ohne politische Vorgaben und auch ohne eigene Expertise im Hause angehen. Sie war als Verein ohnehin für derartige politische Überprüfungen formalrechtlich nicht zuständig und widmete sich dem Problem eher widerwillig. Minister Riesenhuber und Zacher waren in dieser Frage anfangs der gleichen Meinung, dass ausschließlich wissenschaftliche Qualitätskriterien für die Auswahl ausschlaggebend sein sollten. In einem DPA-Bericht im Dezember 1990 hieß es, Riesenhuber »halte nichts davon, allen Lebensläufen »inquisitorisch nachzugehen«.<sup>121</sup> Im Januar 1991 deutete Fromm eine ähnliche Haltung in einem Schreiben an Zacher, Hasenclever und Walther »persönlich« an, indem sie danach fragte, ob die Auswahl nicht allein nach wissenschaftlicher Qualifikation erfolgen solle und die »politische Vergangenheit« dagegen, den Leitlinien der DFG entsprechend, nur »bei rechtskräftiger Verurteilung wegen Menschenrechtsverletzungen oder bei Entlassung wegen früherer Stasi-Mitarbeit eine Rolle spielen dürfe«.<sup>122</sup> Zu

120 Treffen der Wissenschaftsminister der neuen Länder und Berlins mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie und dem Vorsitzender des WR 19.9.1991 in Dresden, TOP 7.6: Grundsätze für Einstellungen bei gemeinsam von Bund und Ländern geförderten neuen Forschungseinrichtungen im Berlin und den NBL. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 105–113. Zu den Hochschulerneruerungsgesetzen vgl. Mitchell G. Ash: Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess, 1999, 105–135, 111–119, sowie neuerdings Klaus Dicke: Die Rolle der Hochschulgesetze im Hochschulumbau Ost, 2021, 147–156.

121 Forschungs-Umbau in Ex-DDR begonnen. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 49, 3.12.1990, 8–9, 9, AMPG, II Abt., Rep. 71, Nr. 312, fot. 443–444.

122 Fromm an Zacher, Hasenclever und Walther »persönlich«, 10.1.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 179–180. Für Fromm war dies »eine rhetorische Frage«, die sie nur

diesem Zeitpunkt waren die »Hochschulerneruerungsgesetze« der NBL, die solche politische Personalprüfungen verpflichtend vorschreiben sollten, noch nicht einmal entworfen, geschweige denn verabschiedet worden.

Im Falle der AG-Leiter behalf man sich zunächst mit einer gründlichen Überprüfung der Formalien und »informalen Anfragen bei vertrauenswürdigen Kollegen«,<sup>123</sup> wie Zacher auf eine kritische Nachfrage von Hans-Olaf Henkel (Vorsitzender der Geschäftsführung von IBM Deutschland) im Senat antwortete. Henkel hatte vor »Akzeptanzproblemen« gewarnt und tatsächlich beschwerten sich jüngere Wissenschaftler\*innen darüber, dass SED-Funktionäre wieder hochkommen und dadurch die eigenen Chancen geringer würden.<sup>124</sup> Noch im März 1992 sprach sich der VR trotzdem gegen eine Regelnachfrage bei der Auswahl von AG-Leitern aus und empfahl, bei Hinweisen auf Parteiämter oder Stasi-Zusammenarbeit »ein flexibles, dem Einzelfall gerecht werdendes Vorgehen zu wählen – auch um langfristige Verstimmungen zu vermeiden«. <sup>125</sup> Im September 1992 modifizierte das Präsidium das aus seiner Sicht »bewährte Verfahren« wie folgt:<sup>126</sup>

1. Für alle Arbeitsgruppenleiter soll unverändert eine Gauck-Anfrage erfolgen.
2. Wenn die Universität keine Bedenken erhebt, soll vonseiten der MPG keine weitere politische Integritätskontrolle erfolgen.
3. Bei einem negativen Urteil der Universität behält sich die MPG Einzelfallprüfungen und Einzelfalllösungen vor, die jedoch im Einvernehmen mit der Universität erfolgen sollen.

In der Praxis gab die MPG das Problem in zwei Richtungen weiter: im Falle der AG-Leiter und ihrer Mitarbeiter\*innen an die Universitäten und im Falle der FSPs und MPIs an die anzustellenden Mitarbeiter\*innen selbst.

Die Überlassung der Überprüfung der politischen Vergangenheit der AG-Leiter an die an den Universitäten dafür zuständigen Ausschüsse führte mehrfach zu Problemen bei der Umsetzung der AGs. Von ursprünglich 29 AG-Leitern sind bislang 3 Fälle von Ablehnungen aufgrund hoher Parteiämter oder Stasi-Mitarbeit bekannt, also circa 10 Prozent; dieses Ergebnis ist mit demjenigen für die Hochschulen im Allgemeinen kompatibel.<sup>127</sup> In einem Fall in Halle fand man einen

stellte, weil einige Mitglieder der BMS eine Einbeziehung der politischen Biographien von Kandidat\*innen prinzipiell ablehnten.

123 Vgl. Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 24–25.

124 Hellmut Fischmeister, MPI für Mikrostrukturphysik (in Gründung) an Zacher, 16.10.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 20–21.

125 Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 6.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 21–22.

126 Protokoll über die Präsidiumssitzung am 23.9.1992 in München, TOP 3. Neue Bundesländer 3.1. Stand der Umsetzung des AG-Programms, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 342, fol. 44.

127 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Hochschulelitenwechsel, 2021.

Nachfolger; in einem anderen in Jena wurde die AG 1993 durch eine neue AG unter westdeutscher Leitung ersetzt.<sup>128</sup> Weil eine weitere AG nicht eingerichtet werden konnte, reduzierte sich die Gesamtzahl der AGs auf 28 (vgl. Tab. 1). Ein Sonderfall war der Physiker Wolfgang Pompe an der TU Dresden, der nach langem universitätsinternen Zögern im Dezember 1994 ohne »Integritätsprüfung« als C4-Professor für Materialwissenschaft und Nanotechnik vom Minister berufen wurde.<sup>129</sup>

Bei den Einrichtungen, die auf Empfehlung des WR übernommen oder neu gegründet wurden, versuchte die GV im Herbst 1991 eine gemeinsame Lösung zu schaffen, und zwar wie berichtet unter Zeitdruck, weil die Verträge der Mitarbeiter aus den AdW-Instituten zum 31. Dezember 1991 endeten. Zur selben Zeit verlief das Auswahlverfahren für die geisteswissenschaftlichen FSPs. Im Falle des FSP Zeithistorische Studien, der sich mit der Geschichte der DDR befassen sollte, riet das hierfür zuständige Mitglied der »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften«, Fritz Scharpf, Direktor am MPI für Gesellschaftsforschung, nach »eingehender Beratung« mit den beiden anderen Gutachtern Hans Günther Hockerts (München) und Jürgen Kocka (Berlin) trotz der heiklen Materie von einer Überprüfung ab.<sup>130</sup> Unter anderem machte er »verfassungsrechtliche Skrupel« wegen Ungleichbehandlung geltend, weil man sich mit derartigen Fragen nach Überprüfung der wissenschaftlichen Qualifikationen im Westen nicht befasse. Die nicht allzu lange zurückliegende Zeit des »Radikalenerlasses« und der Regelnachfrage beim Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang blieb dabei unerwähnt. Somit wurde in diesem Fall eine Regelnachfrage bewusst unterlassen.

Nachdem die GV eine Regelung für Angestellte an MPIs und MPG-Außenstellen in den NBL entworfen hatte, erhob der Gesamtbetriebsrat (GBR) Einspruch wegen Ungleichbehandlung der FSPs – wohl die erste Intervention des GBR in den NBL. Hasenclever rief die für solche Fälle bestehende Einigungsstelle an und setzte die von dieser Stelle Ende November beschlossene Betriebsvereinbarung Anfang Dezember 1991 um.<sup>131</sup> Diese sah für alle Anstellungen der MPG in den

128 Stand des Aufbaus der Arbeitsgruppen und Institutsaußenstellen. Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 387; Einrichtung einer Arbeitsgruppe »Molekulare und zelluläre Biophysik« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Niederschrift der 160. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 11, sowie die dazugehörigen Materialien, ebd., fol. 168, 170–173

129 Zug, Vermerk: Arbeitsgruppe »Mechanik heterogener Festkörper« an der Technischen Universität Dresden, Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Pompe. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 347, fol. 34–39. Eine solche Ernennung war durch das Hochschulgesetz Sachsens erlaubt. Zum Vorgang im Einzelnen vgl. Rep. 57, Nr. 346, fol. 123–128, insbesondere Wolfgang Pompe an Zacher, 14.9.1994, ebd., fol. 128.

130 Vgl. zum Folgenden: Scharpf an Weinert, 19.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 462.

131 Vgl. zum Folgenden: Kleinschmidt an Hasenclever, 18.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 14–15; Willems, Vermerk: Personalfragebogen für Bewerber aus den neuen Bundesländern, 22.11.1991, ebd., fol. 2–4; Hasenclever an die geschäftsführenden Direk-

NBL eine freiwillige Erklärung mittels Fragebogen vor, ob der\*die Bewerber\*in ein Parteiamt innegehabt oder mit der Stasi zusammengearbeitet hatte; durch ihre Unterschrift sollten die Angestellten zur Kenntnis nehmen, dass Falschangaben Sanktionen nach sich ziehen würden. So schuf man zwar eine arbeitsrechtliche Handhabe für alle Fälle, aber damit ging die MPG sehenden Auges das Risiko ein, ehemalige Parteisekretäre oder gar Mitarbeiter der Staatssicherheit bei sich aufgenommen zu haben, deren spätere Enttarnung der Institution schaden könnte.

Ebenfalls 1991 kam ein weiteres wissenschaftsinnenpolitisches Thema aufs Tapet: die Frage, ob der Sitz der MPG infolge des Beschlusses des Bundestages vom 20. Juni 1991, die deutsche Hauptstadt von Bonn nach Berlin zu verlegen, ebenfalls dorthin ziehen sollte. Das war ein heikles Thema für die MPG-Leitung. Auf der einen Seite standen der hohe politische und kulturelle Symbolwert der Hauptstadt und ihre Nähe zu den NBL, die Traditionsverbindung mit der KWG und der potenzielle Vorteil der Nähe zum Bundestag, wiewohl das für die MPG zuständige BMFT in Bonn verblieb. Hinzu kam der Hinweis von Georg Melchers, emeritierter Direktor am MPI für Biologie, auf Beschlüsse des Senats und der HV aus dem Jahr 1952, die besagten, dass die Verlegung des Vereinssitzes und der GV der MPG von Berlin nach Göttingen nur ein Provisorium und der Sitz der MPG wieder nach Berlin zu verlegen sei, »wenn Berlin die Aufgaben der Bundeshauptstadt übernommen hat«. <sup>132</sup> Auf der anderen Seite standen die große Entfernung der meisten MPIs in den ABL von Berlin und die handfesten Interessen der Mitarbeiter\*innen der GV in München. Die pragmatische, überaus kluge Lösung war, den Vereinssitz der MPG von Göttingen nach Berlin zu verlegen, während die GV in München verblieb; die Lösung ergab sich fast zwanglos, denn es wurde kein ernsthaftes Angebot aus Bonn oder Berlin vorgelegt. <sup>133</sup> Versüßt wurde sie durch das Angebot der bayrischen Regierung, ein wertvolles Grundstück für einen Neubau der GV in München auf dem Marstallgelände gegenüber der Staatskanzlei zur Verfügung zu stellen. <sup>134</sup> Dort arbeitet die GV noch heute.

Die Episode hatte ein Nachspiel, denn in den folgenden Jahren geriet die MPG unter Druck, infolge des Bonn-Berlin-Gesetzes einen Beitrag zum Programm »Wissenschaftsstadt Bonn« zu leisten, das als Kompensierung für die Verlegung der Bundeshauptstadt nach Berlin entworfen wurde. Der bereits 1992 vom BMFT vorgebrachte und im Herbst 1994 erneuerte Vorschlag, unter diesem Vorzeichen

toren und Verwaltungsleiter der Institute und Forschungsstellen der MPG – Rundschreiben 110/1991, 5.12.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 101–102 und die Anlage: Betriebsvereinbarung vom 29.11.1991, fol. 103–104.

132 Melchers an Zacher, 26.2.1992. Materialien der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 13.5.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 114–116.

133 Michael Globig: Beschluss des Senats: Generalverwaltung bleibt in München. *MPG-Spiegel* 4 (1992), 17–18, 17.

134 Vgl. Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 19–24 resp. 112–114.

das MPI für Bildungsforschung (MPIB) von Berlin nach Bonn zu verlegen, scheiterte am begründeten Widerstand des Institutsdirektors und Vorsitzenden des WR-MPG Paul Baltes, dem sich der Senat mit einstimmigem Votum anschloss.<sup>135</sup> Das Problem wurde mit der Ansiedlung der 1996 gegründeten, zunächst für die NBL angedachten Projektgruppe »Recht der Gemeinschaftsgüter« in Bonn, aus der 2007 die Gründung des MPI gleichen Namens hervorging, gelöst (vgl. Tab. 3). Mit alledem liegt ein Beispiel der Bedeutung regionalpolitischer Interessen in der Geschichte der MPG vor uns, wie sie auch vor der deutschen Vereinigung sowie auch recht häufig im Verlauf des Vereinigungsprozesses im Westen wie im Osten geltend gemacht wurden.

### 3.2.4 Zwischenfazit

Die Folgen der Arbeit der »Präsidentenkommission DDR« und der Evaluierungen des WR für die vorliegende Analyse lassen sich kurz zusammenfassen: Es handelte sich um einen vernetzten Prozess in dem Sinne, dass Mitglieder der MPG und die MPG-Leitung auf verschiedene Weise in diese institutionelle Auswahl eingebunden waren. Mehrere dieser MPG-Mitglieder waren auch an der personenorientierten Auswahl der AG-Leitungen beteiligt, wie im vorigen Unterabschnitt gezeigt wurde. So konnten längerfristig gesehen mithilfe einer spezifischen, vernetzten Personenkonstellation mehrere zum Teil neue Forschungsprogramme und ihre Koppelung an bzw. ihre Integration in Universitäten ermöglicht werden. Infolge der Evaluierungen durch den WR kamen nun drei weitere Sorten von institutionellen Ressourcen hinzu: vom WR als Fortsetzung positiv evaluierter AdW-Einrichtungen empfohlene MPIs, Außenstellen von MPIs und die neuen, explizit als Innovation empfohlenen geisteswissenschaftlichen FSPs. Die Möglichkeit »induzierter« MPI-Gründungen auf Anregung des WR hatte Zacher schon im Herbst antizipiert, die Außenstellen und vor allem den Vorschlag der FSPs hingegen nicht. In beiden Fällen nutzte die MPG-Leitung ihre Autonomie als institutionelle Ressource, um eine eigene Auswahl aus den Vorschlägen des WR zu treffen und, wenn auch zögernd, die Betreuung der FSPs zu übernehmen. Diese Einrichtungen wie die im vorigen Unterabschnitt besprochenen AGs lagen eigentlich quer zur oben erwähnten, von Zacher formulierten Unterscheidung zwischen »originären«, also aus der MPG kommenden, und »induzierten« Neugründungen, die ja auf MPIs bezogen waren. Zudem lagen die FSPs quer zum von Zacher ansonsten betonten »Institutsprinzip«. Wie die MPG mit der unerwarteten

135 Vgl. hierzu Ziller an Zacher 21.9.1994 und Vermerk Zacher 9.9.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 346, fol. 209–2011; Niederschrift der 138. Sitzung des Senats am 18.11.1994 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP; fol. 9–11; Materialien zur Senatssitzung am 18.11.1994 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP, fol. 196–197.

Komplexität umging, die aus alledem entstand, wird weiter unten an mehreren Stellen zu besprechen sein.

Vorgesehen war auch hier wie im Falle der AG-Gründungen die Ausdehnung der bestehenden Strukturen der MPG auf das Territorium der NBL ohne grundsätzliche Veränderung, allerdings gekoppelt an politische Grundsatzentscheidungen, die noch nicht getätigt waren, und einen Finanzrahmen, der noch nicht gesichert war. Das, was innovativ sein sollte, war es nur bedingt, weil die AGs wie die bisherigen Nachwuchsgruppen formatiert waren und wie diese zeitlich befristet sein sollten, während die Betreuung der ebenfalls befristeten FSPs durch eine eigens für sie gegründete Tochtergesellschaft eine gewisse Distanz vom Kerngeschäft der MPG signalisierte. Das Längerfristige, die danach zu gründenden MPIs, sollte hingegen inhaltlich innovativ und damit epistemisch Neues erforschen, aber institutionell gerade nicht anders als bisher strukturiert sein. Bereits im September 1990 bestand zwischen dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der MPG Konsens dahingehend, »dass bei Projektgruppen-/Institutsgründungen das übliche Beratungs- und Entscheidungsverfahren Anwendung finden müsse«. <sup>136</sup> Wie in den folgenden Abschnitten im Detail zu besprechen sein wird, ging dieser Wunsch nicht immer in Erfüllung.

Zacher reflektierte die eben beschriebenen Wandlungsprozesse schon mitten im Geschehen – kurz vor Bekanntgabe der Empfehlungen des WR – in seiner Rede bei der Festveranstaltung der MPG in Berlin im Juni 1991 mit dem Titel »Die MPG im Prozess der deutschen Vereinigung« <sup>137</sup>. Die symbolische Bedeutung des Ortes hob er gleich zu Beginn hervor, denn es handelte sich um »das erste Treffen der MPG im wiedervereinigten Berlin«. <sup>138</sup> Früh wies Zacher darauf hin, dass die Frage, »in welcher Weise die beiden deutschen Staaten und ihre politischen, sozialen und kulturellen Systeme sich zueinander verhalten sollten, zunächst offen« blieb, und fügte hinzu: »Sie blieb länger offen, als heute den meisten erinnerlich ist.« <sup>139</sup> Jetzt erinnerte er daran: »Wir warnten vor einer Konvergenz«.

Daraufhin lobte Zacher die Konsensbildung und Mitarbeit, die dann folgte: »Wohl nie in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft engagierten sich so viele Wissenschaftler jenseits ihrer eigenen Forschung und so viele Mitarbeiter jenseits ihrer Alltagsarbeit für eine gemeinsame forschungspolitische Aufgabe.« <sup>140</sup> Dabei bezog er die MPG-Kolleg\*innen, die aus dem Osten kamen, mit ein: »Nicht weniger war und ist die kollegiale Sorge für die Wissenschaft in den neuen Bundesländern eine treibende Kraft. Und viele freuten sich, endlich wieder einmal etwas für die alte Heimat tun zu können.« <sup>141</sup> Daran schloss er eine Skizze des Programms der MPG in den NBL unter Hervorhebung des Institutsprinzips

136 Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den künftigen Vizepräsidenten am 14. September 1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 341, fol. 340.

137 Zacher, MPG im Prozess, 1991b, 62–69.

138 Ebd., 64.

139 Ebd., 66.

140 Ebd.

141 Ebd.

an und hob drei Punkte hervor: das informelle Kooperationsprogramm, die 16 bis dahin gegründeten AGs der MPG als Beitrag zur »Normalisierung der universitären Forschung« und die Institute bzw. Projektgruppen, die allerdings zu dieser Zeit noch nicht gegründet waren. Die Empfehlung des WR zur Gründung der FSPs lag noch nicht vor.

In seiner wissenschaftspolitischen Einordnung des Geschehens merkte Zacher die Stärkung des BMFT in der »Vielfalt« der Kräfte und die Expansion der Institute der »Blauen Liste« überaus kritisch an. Im letzteren Fall konstatierte er – nicht ganz zu Unrecht – eine Tendenz, »statt wissenschaftspolitischer Instrumente sozialpolitische Instrumente« einzusetzen, und warnte im Namen der MPG »vor den Gefahren einer – weil die Zeit drängt – ungenügend durchdachten Veränderung des Systems der Forschungsorganisationen«. <sup>142</sup> Hier blieb Zacher beim systemkonservativen Festhalten an der von ihm früher so genannten »Forschungsverfassung« der alten Bundesrepublik. <sup>143</sup>

Ahnungsvoll merkte Zacher an: »Mit Wahrscheinlichkeit ist aber abzusehen, dass wir mehr Vorhaben beschließen können, als uns der Finanz- und Stellenrahmen jemals erlauben wird«. <sup>144</sup> Am Ende seiner Rede kam er wieder auf die Kostenfrage zu sprechen und stellte anhand des Bundeshaushalts, der gerade vor dem Abschluss stand, fest, dass neben den Geisteswissenschaften die Forschung insgesamt »zu den Verlierern« der Einheit zähle. <sup>145</sup> Zumindest auf diesem Gebiet schien ihm die Deutsche Einheit jetzt nur durch Kürzungen im Westen erreichbar zu sein: »Auch in den Ländern hat die deutsche Einheit den Wind gegen die Forschung gedreht«. <sup>146</sup> Genau ein Jahr nach den Weichenstellungen vom Juni und Juli 1990 und noch vor Abschluss der Evaluierungen des WR hatte der MPG-Präsident mehrere der wesentlichsten Wandlungen und Dilemmata der Wissenschaftspolitik in der Folge der deutschen Vereinigung erfasst. In den nächsten Abschnitten werden diese und noch weitere zu besprechen sein.

142 Ebd., 68. Vgl. Uwe Schlicht: Vor übereilten Lösungen gewarnt. Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zum Einigungsprozess. *Der Tagesspiegel*, 8.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 314, fot. 335.

143 Nach Osganian und Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022, 60, sollte die »Allianz« im September 1991 »eine Überführung der AdW-Institute in die Universitäten« favorisiert haben, doch wie oben berichtet waren zu diesem Zeitpunkt mehrere andere Lösungen schon ausgehandelt worden. Der dort zitierte Text von Raimar Lüst erschien erst 1993 und dokumentiert nicht die Haltung der »Allianz« um 1991, sondern die reale Situation von 1993 im Vorfeld der tatsächlich bevorstehenden Etablierung der bereits 1990 gegründeten Arbeitsgemeinschaft der BL-Institute als neue »Säule« der Forschungsförderung: Raimar Lüst: *Blaue Listen*, 1993, 44. Zur Arbeit der AG der BL-Institute vgl. G. Hartmut Altenmüller: *Forschungseinrichtungen Blaue Liste – Zusammenarbeit der Disparaten*. *Spectrum der Wissenschaft* 1993, 114–116. AMPG, II. Abt., Rep. 71, fot. 16–18.

144 Zacher, MPG im Prozess, 1991b, 62–69, 66.

145 Ebd.

146 Ebd.

### 3.3 Phase 2: Die ersten MPI-Gründungen in den NBL 1991–1995

Bereits im Juni 1990, also noch vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, beschloss die MPG die Gründung der MPIs für marine Mikrobiologie in Bremen und für terrestrische Mikrobiologie in Marburg.<sup>147</sup> Damit tat sie wie mit der vorangegangenen Gründung des MPI für Informatik in Saarbrücken erste Schritte aus der intern so wahrgenommenen Stagnation der 1980er Jahre, wobei im Falle Bremens wie Saarbrückens die Interessen von Bundesländern, die noch kein MPI vorzuweisen hatten, eine gewichtige Rolle in der Entscheidungsfindung spielten. In diesem Vorgehen sah man sich durch den »5×5-Beschluss« vom Dezember 1989 bestärkt, zumindest gab man das nachträglich an.

Mit der deutschen Vereinigung stand nun die Chance eines noch größeren institutionellen wie epistemischen Ressourcenzuwachses der MPG im Raum, und sie wurde genutzt. Tabelle 2 fasst die ersten neun zwischen 1991 und 1995 beschlossenen MPI-Gründungen nach Sektionen zusammen.<sup>148</sup> Wie aus der Tabelle indirekt ablesbar ist, wurde diese Phase zwischen Juni 1992 und März 1993 durch die erste Finanzkrise der MPG teilweise unterbrochen. Erst nach der Überwindung der Finanzkrise im März 1993 wurden die letzten Institutsgründungen der ersten Welle beschlossen und alle weiteren umgesetzt.

Im Folgenden werden diese Institutsneugründungen jedoch nicht in der chronologischen Folge der Gründungsbeschlüsse, sondern systematisch nach ihren unterschiedlichen Entstehungszusammenhängen besprochen, und es wird eine epistemische Zuordnung der in ihnen verkörperten Ansätze versucht. Zentrale Fragestellung dabei wird sein, inwiefern bestehende Forschungsansätze oder -themen der MPG fortgesetzt oder ergänzt wurden und die MPG die Chance der Vereinigung nutzte, um wissenschaftliches Neuland zu betreten. Dabei wird nicht disziplingeschichtlich im tradierten Sinn, sondern anhand des im Forschungsprogramm zur Geschichte der MPG produktiv entwickelten Clusterbegriffs vorgegangen.<sup>149</sup> Wie in der Einleitung erläutert, sind Cluster keine Disziplinen, sondern informelle themen- oder methodenverwandte inter- und transdisziplinäre Zusammenschlüsse forschungspragmatischer Art. Sie können innerhalb einer Sektion oder zwischen den Sektionen bestehen und sind auch ohne institutionelle

147 Vgl. Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 17–23, sowie die dazugehörigen Materialien, ebd., fol. 125–127 resp. 153–155.

148 An dieser Stelle können aus Platzgründen die Gründungsgeschichten der neuen MPIs nur skizziert werden. Detailliertere Darstellungen befinden sich in Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, Abschnitte III.3.2.2. und III.4.3.2., sowie in Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*.

149 Zum Clusterbegriff vgl. Kocka, Reinhardt, Renn und Schmaltz (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft*, in Vorbereitung, Kapitel III.

**Tabelle 2:** MPI-Gründungen in den Neuen Bundesländern 1991–1995 nach Sektionen, mit Folgeberufungen bis 2002

Sektion	Institut (MPI)	Standort, Gründungsbeschluss	Direktor*innen	Eröffnungsjahr und Neubau
BMS	Infektionsbiologie	Berlin, 30.3.1992 (formales Gründungsdatum Oktober 1993)	Stefan H. E. Kaufmann (Ulm) (1993); Thomas F. Meyer (Heidelberg) (1994)	1994; Neubau August 2000
BMS	Molekulare Pflanzenphysiologie	Potsdam 30.3.1992 (formales Gründungsdatum 1.1.1994)	Lothar Willmitzer (Berlin) (1992); Mark Stitt (Heidelberg) (2000)	Juli 1999, Golm bei Potsdam
BMS	Neuropsychologische Forschung (BMS und GWS)	Leipzig 19.11.1993 (formales Gründungsdatum 1.10.1994)	Angela D. Friederici (Berlin) (1993); Detlev Yves von Cramon (München) (1993)	1994; Neubau Oktober 1998
CPTS	Mikrostrukturphysik	Halle/Saale, 22.11.1991 mit Wirkung am 1.1.1992	Ulrich M. Gösele (Durham) (1992); Johannes Heydenreich (Halle) (1992); Jürgen Kirschner (Berlin) (1992); Patrick Bruno (Paris) (1998)	1992; Neubau Dezember 1998
CPTS	Kolloid- und Grenzflächenforschung	Teltow und Berlin-Adlershof, 1.1.1992	Markus Antonietti (Marburg) (1992); Reinhard Lipowsky (Jülich) (1992); Helmuth Möwald (Mainz) (1992); Peter Fratzl (Leoben) (2002)	April 1999, Golm bei Potsdam
CPTS	Physik komplexer Systeme	Dresden 20.11.1992 (formale Gründung 1994)	Peter Fulde (Stuttgart) (1993); Jan-Michael Rost (Freiburg i. Br.); (1998); Frank Jülicher (Paris) (2001)	1994; Neubau Juli 1997

Sektion	Institut (MPI)	Standort, Gründungs- beschluss	Direktor*innen	Eröffnungsjahr und Neubau
CPTS	Gravitations- physik	Potsdam 8.6.1994	Jürgen Ehlers (Garching) (1994); Frederick Schutz (Cardiff) (1994); Hermann Nicolai (Hamburg) (1997); Gerhard Huisken (Tübingen) (2001)	1999, Golm bei Potsdam
CPTS	IPP Teilinstitut Greifswald	Greifswald 11.10.1994	Jürgen Nührenberg (Garching) (1997); Friedrich Wagner (Garching) (1999); Thomas Klinger (Greifswald) (2000)	Neubau Mai 2000
GWS	Erforschung von Wirtschafts- systemen	Jena 4.6.1992	Manfred E. Streit (Freiburg i. Br.) (1993); Ulrich Witt (Freiburg i. Br.) (1995); Werner Güth (Berlin) (2001); David Audretsch (Bloomington) (2002)	1993; Neubau Juni 1997
GWS	Wissenschafts- geschichte	Berlin, 19.3.1993, Umsetzung 1995	Jürgen Renn (Boston) (1993); Lorraine Daston (Chicago) (1994); Hans-Jörg Rheinberger (Salzburg) (1995)	1995; Neubau 2006

*Quellen:* Eigene Zusammenstellung aus: *MPG-Jahrbuch*, *MPG-Jahresberichten* und *Senatsprotokollen* sowie *Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München: Generalverwaltung der MPG 2003.

Verankerung anhand des Zitationsverhaltens ihrer Mitglieder und anderer Kriterien identifizierbar. Sie sind also nachträgliche Konstrukte der Wissenschaftshistoriografie, die sich aber durchaus verifizieren lassen und für ein Verständnis der epistemischen Ebene der MPG-Geschichte als nützlich erwiesen haben.

Bezüglich der personellen Ressourcen wird dabei den Fragen nachzugehen sein, inwiefern Wissenschaftler\*innen aus der früheren DDR eine bedeutende Rolle bei der Gründung der neuen MPIs spielten, wie viele ostdeutsche Forscher\*innen unter welchen Umständen in die neu gegründeten MPIs aufgenommen wurden sowie ob und inwiefern Wissenschaftler\*innen aus den NBL als Ressourcen für die Realisierung westdeutscher Projekte mobilisiert wurden.

Bezüglich der institutionellen Ressourcen wird die bereits erwähnte Frage des Umgangs mit unerwarteter Komplexität im Mittelpunkt stehen. Selbst in normalen Zeiten war die Gründung einer Einrichtung der MPG eine Art *Assemblage*, das heißt eine komplexe Zusammenfügung von Personenkonstellationen mit institutionellen und diskursiven Komponenten. Erste Anregungen einzelner oder mehrerer MPG-Mitglieder wurden in den Sektionen eingehend beraten und im positiven Fall Gründungskommissionen, oft unter Einbeziehung auswärtiger Experten, eingesetzt, die daraufhin Tagungen oder andere Veranstaltungen organisierten, um den Stand der Forschung zum jeweiligen Thema in Erfahrung zu bringen und mögliche Leitungspersonen kennenzulernen. Nach weiteren Beratungen in den Kommissionen wurden dann Gutachten zum Konzept bzw. zu ausgewählten Leitungspersonen eingeholt, gefolgt von weiteren Beratungen in den Sektionen und im positiven Fall Gründungs- und Berufungsbeschlüssen im Senat. Formelle und informelle Konsultationen in der Fachwelt sowie mit der GV begleiteten alle dieser Schritte; im Idealfall sollten mögliche Kritikpunkte schon vor den letzten beiden Schritten besprochen und ausgeräumt werden. Wie sich zeigen wird, kamen Vorschläge, die man für chancenlos hielt, gar nicht erst zur Entscheidung. An einem solchen komplexen, zeitraubenden Verfahren als Garant der Qualitätssicherung auch in politischen Umbruchzeiten festzuhalten, während die allgemeine Politik auf möglichst rasches Vorgehen drängte, war selbst eine wissenschaftspolitische Festlegung. Während es in vielen Fällen gelang, das vertraute Prozedere für Neuvorhaben der MPG umzusetzen, war in anderen Fällen eine zum Teil recht flexible, gelegentlich improvisierte Handhabung institutioneller Praktiken aufgrund politischer Vorgaben notwendig.

Hinsichtlich der diskursiven Ressourcen wird der Blick erstens auf die Überzeugungsstrategien, die zur Durchsetzung der Gründungsbeschlüsse in den Sektionen und im Senat verwendet wurden, und zweitens auf die öffentliche Darstellung der Entwicklung der MPG in den NBL insgesamt zu richten sein. Die zentrale Frage hier wird sein, ob Institutsneugründungen als nachholende Innovationen, das heißt als Übernahme oder inkrementelle Wandlungen bereits international etablierter Ansätze, oder als eigenständige Neuerungen dargestellt wurden.

### 3.3.1 Die vom WR »induzierten« Neugründungen

Wie dargelegt wurden zwei MPI-Gründungen vom WR im Rahmen der Evaluierung der AdW-Institute empfohlen, die Zacher deshalb »induzierte« Neugründungen genannt hat: das aus dem AdW-Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie (IFE) in Halle hervorgegangene MPI für Mikrostrukturphysik und das aus Teilen zweier AdW-Institute zusammengesetzte MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung. Nach den beschlossenen Gründungskonzepten stellten diese Neugründungen Erweiterungen und Ergänzungen bestehender Forschungen an MPIs in den Bereichen Chemie, Physik und Materialforschung dar. Für beide MPIs lagen sowohl die Empfehlungen des WR selbst als auch Konzepte ostdeutscher Wissenschaftler vor.<sup>150</sup> Diese Vorlagen wurden aber im Verlauf der Beratungen durch die Sektionen und die von diesen eingesetzten Kommissionen erheblich modifiziert. So kam die allgemeine Strategie der MPG hinsichtlich der beiden vom WR »induzierten« Institutsneugründungen zur Ausführung, wie Zacher sie am 5. Juni 1991 im VR sowie in der Sitzung der CPTS am selben Tage mit Bezug auf das IFE offenlegte: Man greife die »Anregung« des WR nur auf, »um das neue Institut nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können«.<sup>151</sup>

Die Gründung des *MPI für Mikrostrukturphysik* in Halle ist ein klares Beispiel der Bedeutung von Personenkonstellationen und institutionellen Netzwerkverbindungen sowohl innerhalb der MPG als auch zwischen dieser und anderen Einrichtungen als Ressourcen. Wie bereits erwähnt war Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik und Vorsitzender der »Präsidentenkommission DDR« bzw. »Neue Bundesländer«, mit dem IFE-Gründer und langjährigen Präsidenten der Leopoldina, Heinz Bethge, kollegial und freundschaftlich verbunden. Walther und weitere Mitglieder der CPTS saßen in der zuständigen AG des WR und hatten dadurch selbst Anteil an der schon im März 1991 veröffentlichten positiven Empfehlung des WR, das IFE »als Institut der Max-Planck-Gesellschaft fortzuführen«.<sup>152</sup> Seit Jahren hatte das IFE schon »besonders enge Beziehungen« mit dem MPI für Metallforschung in Stuttgart, dem MPI für Strömungsforschung in Göttingen und dem Fritz-Haber-Institut in Berlin.<sup>153</sup> Das Institut und die Qualität seiner Forschung waren MPG-Mitgliedern also schon zu DDR-Zeiten bekannt. Johannes Heydenreich, der Nachfolger Bethges als Direktor, wurde 1990 sogar auf Vorschlag des MPI für Metallforschung vom Senat zum Auswärtigen Mitglied der MPG ernannt.<sup>154</sup>

150 Vgl. Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 120–122 und 126–127, sowie in Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 842–850, 1080–1087.

151 Niederschrift der 153. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP, fol. 8.

152 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Festkörperphysik*, 1991e,

153 Ebd., 5.

154 Vgl. Materialien zur Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 20.6.1990 in Lübeck-Travemünde, nochmals vorgelegt in den Mate-

Wegen dieser früheren Verbindungen konnten mithilfe eingeholter Stellungnahmen relativ rasch die Forschungsgebiete und mehrere Fragestellungen des IFE in die Arbeit des bereits bestehenden MPG-Forschungsclusters Chemie, Physik und Materialforschung eingebunden und ein Gründungskonzept erarbeitet werden, das »Doppelarbeit« vermeiden sollte. Zacher betonte, dass »die Fortschreibung des bisherigen Institutsprogramms [...] auf keinen Fall Ziel von Neugründungen sein« könne.<sup>155</sup> Die Umbenennung des Instituts in MPI für Mikrostrukturphysik war ein klares Indiz dieses Vorgehens. Sie hatte aber auch juristische Gründe: Man sprach nicht mehr von einer »Weiterführung« des IFE, wie sie vom WR empfohlen worden war, sondern von einer Neugründung, weil eine »Betriebsübernahme« die arbeitsrechtliche Verpflichtung mit sich gebracht hätte, alle Mitarbeiter des IFE zu übernehmen.<sup>156</sup>

Das hieß allerdings nicht, dass das neue Konzept ohne ostdeutschen Input entwickelt wurde. Heydenreich war mit an der Entwicklung des Gründungskonzepts des neuen MPI beteiligt. Während die IFE-Mitarbeiter Fragestellungen zu niedrig dimensionierten Systemen, Festkörperstrukturen im Nanometerbereich und mikrostrukturell konstruierten Werkstoffen bearbeiten sowie methodische Arbeiten zur Elektronenmikroskopie und Geräteentwicklung in einem weitestgehend auf Kontinuität ausgerichteten Forschungsprogramm durchführen wollten, sah das neue Gründungskonzept jedoch einen »die Stoffklassen übergreifenden Forschungsansatz auf der Basis der Korrelation zwischen Eigenschaften und Realstruktur (Defektstruktur)« vor. Mit der am IFE vorhandenen »Expertise in der Methodik der Elektronenmikroskopie und in der Phänomenologie der Strukturbildung dünner Schichten« seien in Halle »sehr gute Voraussetzungen für die Inangriffnahme der angesprochenen Probleme gegeben«. Der neue Konzepttext von Gerhard Ertl (Direktor am Fritz-Haber-Institut), Helmut Fischmeister, Manfred Rühle (beide Direktoren am Institut für Werkstoffwissenschaft des MPI für Metallforschung) und Heydenreich stützte sich somit »auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und auf die Vorstellungen, die die Leitung und die Mitarbeiter des IFE erarbeitet hatten, sowie auf Ratschläge angesehener Fachkollegen innerhalb und außerhalb der MPG. Er greift wichtige Elemente aus der großen Tradition des IFE auf und versucht, sie zum Träger neuer Arbeitsrichtungen im Kontext der MPG zu machen.«<sup>157</sup>

rialien zur Sitzung derselben Sektion vom 7.2.1992 in Heidelberg, GMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1825, fol. 51; Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, Bl. 29 und die dazugehörigen Materialien, AMPG, II. Abt., Rep. 60, fol. 34 resp. 208–210.

155 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 11 verso.

156 Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 6.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 22.

157 Anlage: Ertl, Fischmeister, Heydenreich, Rühle: Konzept, 13.8.91. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 116.

Anders als das IFE sollte das neue MPI in drei Abteilungen gegliedert werden, zwei experimentelle Abteilungen und eine eigenständige Theorieabteilung, die allesamt durch Neuberufungen besetzt werden sollten, wobei die Experimentatoren möglichst gleichzeitig berufen werden sollten und die Leitung der theoretischen Abteilung später besetzt werden.<sup>158</sup> Die beiden zur Berufung vorgeschlagenen neuen Direktoren am Institut – Ulrich M. Gösele (Durham, North Carolina/USA) und Jürgen Kirschner (FU Berlin)<sup>159</sup> – waren MPG-sozialisierte Forscher. Im Falle Göseles, der ab 1975 als Stipendiat und dann bis zu seiner Habilitation 1985 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPI für Metallforschung in Stuttgart gearbeitet hatte und im selben Jahr an die Duke University berufen worden war, scheint die Chance wahrgenommen worden zu sein, ihn nach Deutschland zurückzuholen. Man begründete den Vorschlag aber inhaltlich im Sinne der von Zacher formulierten Kriterien: Gösele könne »sowohl die derzeit am Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie laufenden Forschungsarbeiten über Fehlstellen in Halbleitern theoretisch und experimentell in neuer Form weiterführen [...] als auch für die neu aufzubauenden Forschungsarbeiten an Dünnschichtsystemen wichtige experimentelle und theoretische Impulse geben«.<sup>160</sup>

Kirschner hatte seine Dissertation in der Zeit von 1971 bis 1974 am MPI für Plasmaphysik in Garching angefertigt und es in den 1980er Jahren mit grundlegenden Arbeiten zur Wechselwirkung vom Spin polarisierter Elektronen mit Festkörperoberflächen und dünnen Schichten zu einer international führenden Stellung gebracht. Weil er mit Elektronenmikroskopie zu arbeiten verstand, werde Kirschner »das auf einem der traditionsreichen Forschungsgebiete des Instituts in Halle vorhandene Potential in optimaler Weise nutzen und zu neuen, international herausragenden Entwicklungen führen können«.<sup>161</sup>

Aufgrund der durch den EV mit dem 31. Dezember 1991 politisch festgelegten Frist für Personalübernahmen aus AdW-Instituten griff man abschließend zu einer starken Modifizierung der gewöhnlichen Prozedere für MPI-Gründungen. Im Juni fasste der Senat einen später von Zacher so genannten »Rahmenbeschluss« zur Institutsgründung und ermächtigte ihn, die bereits genannten Autoren des neuen Institutskonzepts Ertl, Fischmeister, Heydenreich und Rühle als provisorische Leitung einzusetzen, die ab September ein Konzept für die Personalauswahl aus dem IFE erarbeiten und diese bis zum 31. Dezember 1991

158 Ebd.

159 Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 140–144.

160 Laudatio Ulrich Gösele, Materialien zur Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol.306.

161 Laudatio Jürgen Kirschner, ebd., fol. 308. Offenbar war Kirschner von Anfang an als künftiger Direktor im Spiel. Sein Name wurde von Bradshaw in seinem Begleitschreiben zur Stellungnahme des Fritz-Haber-Instituts im Mai genannt, aber in der Stellungnahme selbst wohl mit Bedacht fortgelassen. Bradshaw an Zacher 5.5.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 101.



**Abbildung 9:** MPG-Präsident Zacher mit Mitgliedern der provisorischen Leitung beim Festakt zur Eröffnung des MPI für Mikrostrukturphysik in Halle/Saale, 9.1.1992. Von links: Helmut Fischmeister, Zacher, Johannes Heydenreich, Manfred Rühle. *MPG-Spiegel* 1/92, 17. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

vornehmen sollte, was sie auch tat.<sup>162</sup> Parallel dazu beschloss man die eigentliche Institutsgründung »im Anschluss« an den Juni-Beschluss und die Berufung Kirschners und Göseles im November.<sup>163</sup> Die Eröffnung geschah im Rahmen eines Festakts unter Anwesenheit des zuständigen Landesministers Rolf Flick am 9. Januar 1992 (Abb. 9).

Neben Kirschner und Gösele sollte Heydenreich ebenfalls zum Direktor am Institut berufen werden, weil er als ehemaliger Leiter des IFE »eine Integrationsfigur für das Hallenser Institut darstelle« und weil »seine ausgezeichneten Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Elektronenmikroskopie dem Aufbau des Instituts« bis zu seiner Emeritierung »in etwa vier Jahren zugut gekommen« sollten; die Berufung geschah aus formalen Gründen jedoch erst 1992.<sup>164</sup> Heydenreich

162 Vgl. Niederschrift der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 154.VP, fol. 8–9.

163 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 31–32.

164 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 37. Auf Anfrage zur Situation Heydenreichs erklärte Fischmeister in der Sektionssitzung vom Oktober 1991, die Verzögerung seiner Berufung habe rein formale

sollte bis 1995 der einzige MPI-Direktor bleiben, der in der ehemaligen DDR als Wissenschaftler tätig gewesen war. Nach seiner Pensionierung wurde die von ihm geleitete Abteilung in diejenige Göseles integriert.

Im Unterschied zum IFE handelte es sich im Falle der Gründung eines *MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung* nicht um die Umgestaltung eines bestehenden AdW-Instituts, sondern um eine Neugründung unter Mobilisierung von Personal aus mehreren AdW-Instituten. Dieses war auch das einzige MPI, dessen Neugründung aus der Initiative eines ostdeutschen Wissenschaftlers hervorging. Die Initiative stammte von Burkart Philipp, seit 1990 wieder Direktor am Institut für Polymerenchemie [sic!] »Erich Correns« der AdW in Teltow-Seehof,<sup>165</sup> der im November 1990, also während des Evaluierungsverfahrens des WR, ein detailliertes Konzept an seinen Fachkollegen Gerhard Wegner, Direktor am MPI für Polymerforschung in Mainz und Vorsitzender der CPTS, schickte.

Wegner gab das Konzept an Weidenmüller, Mitglied der »Präsidentenkommission DDR« – wie sie damals noch hieß –, umgehend weiter und betonte den strategischen Vorzug des Konzepts; dieses »hebt nicht auf den Erhalt einer der Einrichtungen der ehemaligen AdW ab, [...] sondern schlägt den Aufbau eines Instituts mit einer neuen Zielsetzung vor«, nämlich »die Verbindung der Kolloidchemie mit der Erforschung der Physik und Chemie von Grenzflächen biologischer Art und von synthetischen Stoffen anorganischer und organischer Natur in Kontakt mit flüssigen Medien« – Arbeitsgebiete, »die einerseits zukunftsweisend sind, andererseits in der alten Bundesrepublik fast ganz vernachlässigt wurden«.<sup>166</sup> Weil es sich um ein genuin interdisziplinäres Gebiet handele, »in dem unter anderem Physikochemiker, Experimentalphysiker, Biochemiker und Theoretische Physiker zusammenarbeiten müssen, dürfte es schwer, wenn nicht unmöglich sein, das Forschungsdefizit durch Einrichtungen an Hochschulen zu beheben«.<sup>167</sup> Außerdem verfüge die MPG noch über kein Institut in diesem Bereich.

Mit diesen Ausführungen mobilisierte Wegner schon früh im Vereinigungsprozess diskursive Ressourcen, die in den Begründungen von MPI-Gründungen immer wieder bemüht werden sollten: den Hinweis auf Forschungsdefizite in der Bundesrepublik und den Bedarf, anderweitig etablierte Innovationen nachzuholen, das Subsidiaritätsprinzip und den Hinweis auf die potenzielle praktische

Gründe – bei seiner Ernennung zum Auswärtigen Mitglied des MPI für Metallforschung seien Gutachten nicht eingeholt worden, dies müsse nun nachgeholt werden. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 11.

165 Philipp war von 1969 bis 1981 Direktor am Institut gewesen, bis er aus politischen Gründen 1981 abgesetzt wurde; er soll auf Druck der Mitarbeiter\*innen 1990 wiederingesetzt worden sein. [https://de.wikipedia.org/wiki/Burkart\\_Philipp](https://de.wikipedia.org/wiki/Burkart_Philipp). Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020.

166 Wegner an Weidenmüller, 20.11.1990. Materialien zur Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 97 recto. Zum Folgenden vgl. ebd., fol. 97 verso.

167 Ebd. Die Korrespondenz und das Konzept befinden sich auch in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

Bedeutung der vorgeschlagenen Grundlagenforschung. Noch fehlten die Namen potenzieller Direktoren, also Repräsentanten des Harnack-Prinzips.

Die PK »neue Bundesländer« befürwortete die Einsetzung einer Kommission und damit den Beginn eines Gründungsvorgangs durch die zuständige CPTS;<sup>168</sup> im Konzepttext der Sektion vom 23. Oktober 1991 wich man dann vom ursprünglichen Vorschlag Burkhart Philipps im Sinne der oben zitierten Vorgaben Zachers ab.<sup>169</sup> Philipp hatte den Stärken der betreffenden AdW-Einrichtungen entsprechend sechs empirisch ausgerichtete Abteilungen vorgeschlagen: disperse Systeme, Grenzflächen und Grenzschichten, lösliche Adsorptionsschichten, Mono- und Multischichten/Langmuir-Blodgett-Schichten (darin Nachweis und theoretische Beschreibung von Keimbildungs- und Wachstumsphänomenen), Strukturbildung und -wandlung, Tenside und Polyelektrolyte.<sup>170</sup> Das neue Konzept wies vier Abteilungen auf: eine theoretische mit Schwerpunkt auf der »Theorie flüssiger assoziierender Mischungen (>complex fluids<) und ihrer Grenzflächen«, die im ursprünglichen Konzept nicht vorgesehen war, und drei empirische, eine für die Untersuchung der Struktur und Dynamik von Kolloiden mit physikalischen Methoden, eine für die »Untersuchung spezieller physikalischer Eigenschaften kolloider Systeme wie z. B. elektrische, optische und rheologische Eigenschaften« und eine für die »Synthese hochreiner Modellsubstanzen«, deren Leitung die anderen Abteilungen auch durch »präparative Arbeiten« unterstützen sollte.<sup>171</sup>

Insofern positionierte man das neue Konzept stärker im Sinne einer inter- oder gar transdisziplinären Ausrichtung im Cluster Chemie und Physik und weniger in Richtung der einzeldisziplinären chemischen Forschung.<sup>172</sup> Die Kommission betonte jedoch, dass die inhaltlichen Aspekte nur einen Vorschlag darstellten, da die Forschungsgagenden die künftigen Direktor\*innen bestimmen sollten. So war man vorbereitet, positiv zu reagieren, als sich die Empfehlungen des WR vom 5. Juli für das Gebiet der Chemie für die Gründung eines MPI für Kolloidchemie und Grenzflächenforschung aussprachen.<sup>173</sup> Es sei kurz darauf hingewiesen, dass

168 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 10.

169 Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung in einem der neuen Bundesländer. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 123–126. Zum Vergleich: Memorandum zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung, ohne Autor (B. Philipp), o.D. Materialien zum Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 98 recto – 101 verso.

170 Memorandum, ebd. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 101 recto und verso.

171 Empfehlung, ebd., Bl. 2–3. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 124–125.

172 Niederschrift der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 23.10.1991 in Heidelberg, Bl. 18. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 13.

173 Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen Chemie*, 1992.

Gerhard Ertl vom Fritz-Haber-Institut Mitglied der von der CPTS eingesetzten Kommission und auch der für diese Empfehlung zuständigen AG des WR war.

Aufgrund der bereits erwähnten durch den EV mit dem 31. Dezember 1991 politisch festgelegten Frist für Personalübernahmen aus AdW-Instituten griff man auch hier zu einer starken Modifizierung der gewöhnlichen Prozedere für MPI-Gründungen. Die beiden Neugründungen und im Falle des MPI für Mikrostrukturphysik wie berichtet auch die Berufungen der Direktoren wurden vom Senat im Eilverfahren im November 1991 beschlossen; zugleich wurde für beide MPIs eine »provisorische Leitung« eingesetzt, die die Personalauswahl bis zum 31. Dezember 1991 vornehmen sollte, was auch geschah.<sup>174</sup> Im Falle des MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung nahm sich die provisorische Leitung, bestehend aus Manfred Kahlweit (Direktor am MPI für biophysikalische Chemie), Karl Ludwig Kompa (Direktor am MPI für Quantenoptik) und Hans-Wolfgang Spieß (Direktor am MPI für Polymerforschung), nach der Auswahl unter den ostdeutschen Mitarbeiter\*innen etwas Zeit für die Leitungssuche. Im November 1992 beschloss der Senat die Berufung von drei relativ jungen Forschern: Markus Antonietti (Marburg, Kolloidchemie), Reinhard Lipowsky (Jülich, Theorie) und Helmuth Möwald (Mainz, Grenzflächenforschung) als neue Direktoren; sie traten im Herbst 1993 an.<sup>175</sup> Zur Begründung des Berufungsvorschlags hieß es in der vorangegangenen Sektionssitzung, unter den Mitarbeiter\*innen seien »derzeit nicht die Kräfte vorhanden, die von sich aus eine zukunftsorientierte Forschungslinie einschlagen könnten«; die kommissarische Leitung habe sich daher »sehr bewusst für jüngere Wissenschaftler entschieden, die nach Abschluss der Aufbauarbeiten noch die Möglichkeit hätten, dem Institut ein eigenes wissenschaftliches Profil zu geben«.<sup>176</sup> Nach erheblichen Komplikationen bei der Standortsuche entstand ein Neubau im Rahmen eines schon 1994 lancierten »Max-Planck-Campus« in Golm bei Potsdam, der aber erst 1999 bezogen wurde. Bis dahin blieb das Institut über zwei Standorte, einer in Teltow und ein anderer in Berlin-Adlershof, verteilt.

Bei alledem handelte es sich um einen höchst unkonventionellen, gar improvisatorischen Umgang mit den Ressourcen Personal und institutionellen Praktiken infolge der politisch festgelegten Knappheit der Ressource Zeit. Die Bestimmung des Gründungsdatums beider MPIs mit dem 1. Januar 1992 und die jeweiligen Entscheidungen für eine Neugründung mit eigens formuliertem Konzept machte die Bahn zumindest prinzipiell frei für eine »durchmischte« Auswahl, also die

174 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 31–32. Vgl. Niederschrift der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 9–10.

175 Niederschrift der 132. Senatssitzung am 20.11.1992 in Herrenberg bei Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol.33; *Max-Planck Jahresbericht* 1992, 35. Antonietti, der jüngste der drei, wurde recht bald zum öffentlichen Vortrag bei der Festversammlung eingeladen: vgl. Markus Antonietti: Funktionale Kolloide, 1995, 71–84.

176 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.10.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1827, fol. 19.

Anstellung von Mitarbeiter\*innen aus den AdW-Einrichtungen und neuen aus dem Westen.

An beiden neuen MPIs kam es aber zu einer starken Verkleinerung der früheren Stellenausstattung. Selbst die äußerst positive Stellungnahme des WR über das IFE empfahl eine Orientierung an die Größe vergleichbarer MPIs und schätzte die »langfristig« zu erreichende Stellenzahl mit »etwa 100 Planstellen« ein, davon 60 für Wissenschaftler\*innen; das bedeutete eine erhebliche Reduzierung gegenüber der bisherigen Mitarbeiterzahl von 178, davon 90 Wissenschaftler\*innen.<sup>177</sup> Die große Mehrheit der 115 am MPI für Mikrostrukturphysik angestellten Mitarbeiter\*innen, davon 54 Wissenschaftler\*innen, wurden wie vom WR empfohlen aus dem IFE übernommen; dies war sogar für 48 der 58 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter\*innen der Fall,<sup>178</sup> was für die Qualität ihrer Arbeit und der von ihnen bedienten Gerätschaften spricht. Im Gespräch mit Heydenreich, Bethge und den Abteilungsleitern des Instituts im IFE hatte Zacher schon am 7. April deutlich gemacht, dass die MPG das IFE keinesfalls zur Gänze übernehmen konnte, weil dann keine Stellen mehr für andere MPI-Gründungen verblieben; das rief nach seinem Bericht zum Teil »schmerzliche Reaktionen« und »Verständnisprobleme« hervor.<sup>179</sup> Angesichts der darauffolgenden starken Reduzierung des Personalstands im Vergleich zu DDR-Zeiten scheint der Eindruck entstanden zu sein, dass die MPG ihre eigenen Interessen auf Kosten einer international renommierten und vom WR positiv evaluierten DDR-Einrichtung durchgesetzt habe. Ob die IFE-Mitarbeiter\*innen tatsächlich eine komplette Übernahme in Festanstellungen ohne Entlassungen erwarteten, obwohl Zacher der IFE-Leitung von vornherein signalisiert hatte, dass dies nicht möglich sein würde, ist unklar.<sup>180</sup>

Im Falle des MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung war der Einschnitt noch viel tiefer. Der WR empfahl ebenfalls ein MPI im Umfang von 100 Stellen, davon 50 für Wissenschaftler\*innen, deren »Potenziale« aus drei verschiedenen Instituten der AdW zu gewinnen sein sollten.<sup>181</sup> Von den circa 500 Wissenschaft-

177 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme Festkörperphysik*, 1991e, 18. Für die genauere Angabe siehe die Tabelle »Empfehlungen des Wissenschaftsrates, bezogen auf die Max-Planck-Gesellschaft«, 23.7.1991, abgedruckt in: Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 108–109.

178 Peter Ebert und Dirk Hartung, *Die Max-Planck-Gesellschaft*, 1995, 2. Drei Jahre später war die Zahl der Mitarbeiter\*innen auf 143 angewachsen; davon waren 85 Wissenschaftler\*innen, von diesen waren 19 unbefristet und 32 befristet aus der AdW übernommen und 32 befristet aus den ABL.

179 Zacher, Gespräch am IFE Halle, 7. April 1991, Bl. 10–11. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 51–52. Zacher erwog intern sogar die Frage, ob das IFE als Abteilung des FHI oder des MPI für Metallforschung oder ob es stattdessen in mehrere Abteilungen »gespalten« werden solle, die dann jeweils dem einen oder dem anderen Institut zuzuordnen seien, ebd., fol. 51.

180 Für eine differenzierte, aber streckenweise herablassende Einschätzung der ostdeutschen Mitarbeiter\*innen am MPI für Mikrostrukturphysik von einem der neuen Direktoren vgl. Jürgen Kirschner: *Go, Trabi, go*, 1997.

181 Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen Chemie*, 1992, 121.

lerstellen an den AdW-Einrichtungen, aus denen die »Potenziale« des neuen Instituts laut der Empfehlungen des WR gewonnen werden sollten, wurden 48, also circa 10 Prozent, dem neuen MPI zugewiesen, von insgesamt 1300 Mitarbeiterstellen waren es 118, also noch weniger als 10 Prozent; von den 55 Nichtwissenschaftler\*innen wurden hingegen alle unbefristet übernommen.<sup>182</sup> Burkhard Philipp, der ostdeutsche Autor des Erstkonzepts, der das Pensionsalter schon erreicht hatte, wurde deshalb nicht übernommen, aber er diente dem neuen MPI als Berater. Was mit den übrigen AdW-Mitarbeiter\*innen geschehen ist, harret einer Erforschung.<sup>183</sup>

Zusammenfassend war an beiden MPIs eine Ost-West-»Durchmischung« wie nirgends sonst gegeben, sie betrug sogar circa 50:50, wenn man die befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen einbezieht. Gemessen an der vorgesehenen Größe der MPIs war die Anzahl der übernommenen ostdeutschen Mitarbeiter\*innen relativ hoch; gemessen an den Übernahmeerwartungen ihrer Mitarbeiter\*innen war sie aber enttäuschend gering. Im Endeffekt wurden die Übernommenen weniger zwecks Fortsetzung ihrer bisherigen Arbeit und mehr als Ressourcen für die Realisierung westdeutscher Forschungsprogramme mobilisiert. Immerhin schrieb man im Falle des MPI für Mikrostrukturphysik von einer »teilweisen« Fortsetzung der »Tradition« des IFE.<sup>184</sup> Im Bericht zum MPI für Kolloiden- und Grenzflächenforschung 1994 war von der Zusammenführung zweier »Forschungskulturen« (der älteren ostdeutschen und der jüngeren westdeutschen Forscher) ausführlich die Rede.<sup>185</sup>

Das 1994 gegründete *MPI für Gravitationsphysik* kann trotz des späten Gründungsdatums auch als »induzierte« Neugründung gelten, weil der WR bereits 1991 der MPG die »Federführung« bei der Erarbeitung eines Konzepts für ein solches Institut verbunden mit dem Namen Albert Einsteins übertrug.<sup>186</sup> Im Unterschied zu den MPIs für Mikrostrukturphysik und Kolloid- und Grenzflächenforschung wurden ostdeutsche Forscher in diesem Fall nicht übernommen. Vielmehr wurde die Schließung des von Hans-Jürgen Treder, dem prominentesten theoretischen Physiker der DDR, geleiteten Einstein-Laboratoriums für theoretische Physik der AdW empfohlen, weil dieses »von der fachlichen Zusammensetzung und Größe her« nicht in der Lage sei, die anstehenden Probleme der

182 Ebert und Hartung, *Die Max-Planck-Gesellschaft*, 1995, 2. Es handelte sich um die Bereiche Grenzflächenaktive Stoffe und Makromolekulare Chemie des ZIOC, den Bereich Kolloidchemie des ZIPC und das IfP in Teltow-Seehof. Vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Chemie*, 1992, 125.

183 Zur Analyse der chemischen Institute der AdW im Evaluierungsprozess vgl. Wolf, *Steamroller*, 1994, 189–232; Wolf, *Organisationsschicksale*, 1996.

184 Vgl. MPI für Mikrostrukturphysik. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.), *MPG Jahrbuch 1994*, 479–484, 479.

185 Vgl. MPI für Kolloiden- und Grenzflächenforschung, ebd., 441–450, 449. Was damit im Einzelnen gemeint war, kann hier aus Platzgründen nicht besprochen werden.

186 Zur Gründungsgeschichte dieses MPI im Detail siehe Ash, *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 211–218. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 602–611.

theoretischen Physik und deren wissenschaftshistorischen und -theoretischen Dimensionen anzugehen.<sup>187</sup>

Faktisch empfahl der WR die Trennung der beiden Hauptteile des Arbeitsprogramms des Einstein-Laboratoriums. Der wissenschafts- und erkenntnistheoretische Teil wurde dem FSP für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte anempfohlen. Im Falle der theoretisch-physikalischen Aufgaben sah der WR die »geometrische Deutung physikalischer Grundgesetze« als aktuelle Forschungsaufgabe in Deutschland »institutionell schwach vertreten« an und empfahl hierfür die Gründung eines Einstein-Instituts für Gravitationsphysik, »das der physikalischen und mathematischen Erforschung der Gravitation im weitesten Sinne gewidmet ist«. <sup>188</sup> Somit mobilisierte man den symbolträchtigen Namen Einstein als wertvolle diskursive Ressource bzw. als symbolisches Kapital für neue Zwecke.

Auch hier war eine Personenkonstellation – genauer eine Person – im Spiel. Jürgen Ehlers, seit 1971 Direktor am MPI für Physik und Astrophysik, seit 1991 im selben Amt am MPI für Astrophysik in Garching und ein international anerkannter Experte für die Allgemeine Relativitätstheorie, war Mitglied der für Physik zuständigen AG des WR. Bereits Ende 1990 hatte er sich für die Einrichtung der MPG-AG »Gravitationstheorie« in Jena unter der Leitung Gernot Neugebauers eingesetzt. Die Vermutung liegt nah, dass ein MPI mit dieser Ausrichtung von vornherein seine Idee war. Im Kreis der Vizepräsidenten der MPG hielt man im Dezember 1991 fest, dass Ehlers eine Lösung in Richtung eines MPI wollte und darin »bestärkt« werden sollte. Der seit dem Sommer bestehende Plan des brandenburgischen Ministers Hinrich Enderlein, eine eigene Gründungskommission einzusetzen, sollte deshalb »abgeblockt« werden.<sup>189</sup> Anfang 1992 übernahm Ehlers die vom WR empfohlene Federführung im Auftrag Zachers.<sup>190</sup>

Die von Ehlers mobilisierte internationale Expertengruppe bestätigte in einem Memorandum die große Lücke zwischen der schwachen Stellung des Gebietes in Deutschland und dessen weitaus stärkeren Förderung in den USA und beurteilte die Lage als »deplorable not only from the point of view of research in physics,

187 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme Physik*, 1991b, 223; Mechthild Küpper: Kant, Einstein und die Evaluierer. Das Einstein-Laboratorium in Babelsberg und seine letzte Tagung. *Der Tagesspiegel*, 31.8.1991, AMPG, Rep. 71, Nr. 315, fot. 313.

188 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Physik*, 1991b, 87. Nach Hubert Gönner (Göttingen) legten er und Friedrich Hehl (Köln) ein von ihnen im Februar 1991 entwickeltes Konzept für ein »International Einstein Center« dem WR bereits im April vor, das für die schwache Situation der universitären Forschung im Bereich der Relativitätstheorie ebenfalls Abhilfe schaffen sollte. Elemente aus diesem Konzept sollen in die WR-Empfehlung aufgenommen worden sein. Hubert Gönner: *Some Remarks*, 2016, 3–5.

189 Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 18. Dezember 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 341, fol. 4–5.

190 Fromm, Vorlage für Herrn Wegner zur Sitzung am 7.2.1992 in Heidelberg, 3.2.1992. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1825, fol. 49. Vgl. der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.7.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 5, 14–15.

but also from the point of view of physics teaching at universities«. <sup>191</sup> Zudem bemühte man die Historie als diskursive Ressource: Das Defizit sei »not surprising«, schließlich wurde die Arbeit auf diesem Gebiet »essentially abolished after 1933«, obwohl (oder gerade weil) es von Einstein erarbeitet worden sei; demnach biete »[t]he re-unification of Germany and the ensuing reorganisation of science [...] the – presumably for the foreseeable future *unique* – opportunity to correct a serious deficit in basic research in this country«. <sup>192</sup>

Alledem folgte lange wenig, vielleicht wegen des im Juni 1992 beschlossenen Stopps für die Umsetzung von Neugründungen in den NBL bis zur Klärung der Finanzierung, aber möglicherweise auch wegen unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der »Garchinger Familie« von MPIs. <sup>193</sup> Zur Klärung gehörte anscheinend die Herbeiführung einer Entscheidung der Fragen, wo sich das Institutsgebäude befinden und wer den Neubau bezahlen sollte. 1994 entstand wie berichtet die Idee eines »Max-Planck-Campus« in Golm nahe Potsdam, an dem das Institut gemeinsam mit dem MPI Kolloid- und Grenzflächenforschung und dem MPI für molekulare Pflanzenphysiologie untergebracht werden sollte – vorausgesetzt, dass das Land im Falle der Institutsgründung die Finanzierung des Institutsgebäudes übernahm. <sup>194</sup>

Doch der wichtigste Grund für die Verzögerung hatte mit dem Harnack-Prinzip zu tun. Im Bericht der von der Sektion eingesetzten Kommission ist von »ausgezeichnet gewählten« Forschungsschwerpunkten und auch davon die Rede, »dass für diese Aufgabe herausragende Forscherpersönlichkeiten zur Verfügung stünden,« <sup>195</sup> doch es ließ sich eine solche erst 1994 gewinnen (siehe unten). Hinzu kam, dass Ehlers selbst bereits wenige Jahre vor der Emeritierung stand und wohl

191 Memorandum on the Founding of an »Albert-Einstein-Institute für Gravitationsphysik«, Bl. 3. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalische-Technische Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.10.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1827, fol. 95 recto. Zur Gruppe gehörten neben Ehlers selbst Thibault Damour (Institut des Hautes Etudes Scientifiques, Bures-sur-Yvette); Ernst Schmutzer (Rektor der Universität Jena und Vertreter der theoretischen Physik, der in der »Präsidentenkommission DDR« als Gast mitgewirkt hatte) und Norbert Straumann (Institut für Theoretische Physik ETH Zürich).

192 Ebd., fol. 95 verso. Hervorhebung im Original.

193 Gönner spekuliert in diese Richtung, allerdings ohne Belege: »The internal discussions within the Max-Planck-Society were lengthy and less than unanimous«. Some Remarks, 2016, 7.

194 Niederschrift der 160. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 18. In den mittelfristigen Haushaltsplan 1994–1998 sollte an der betreffenden Stelle für das MPI für Gravitationsphysik eine Fußnote in den Text eingefügt werden: »Die MPG erwartet, dass die Baumaßnahme vom Sitzland Brandenburg finanziert wird.« Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 15 verso. Hervorhebung im Original.

195 Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 8.6.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1832, fol. 35 verso.

nicht nach Potsdam ziehen würde. Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen kam es trotzdem im Juni 1994; Zacher wies dabei ausdrücklich darauf hin, dass mit der Entscheidung für den Raum Potsdam aufgrund der Empfehlungen des WR eine »regionale Unausgewogenheit« entstanden sei und dass »eine entsprechende Unterstützung durch das Land Brandenburg« erwartet werde.<sup>196</sup>

Neben der Reputation von Jürgen Ehlers mobilisierte man im Berichts- und Empfehlungstext hochtrabende diskursive Ressourcen. Es sollte nunmehr um nichts Geringeres als die Mitarbeit an einem einheitlichen physikalischen Weltbild gehen.<sup>197</sup> Das revidierte Institutskonzept sah inhaltliche Schwerpunkte in den physikalischen Grundlagen und mathematischen Methoden der Allgemeinen Relativitätstheorie und der »beobachtungsorientierten Gravitationstheorie« vor.<sup>198</sup> Die Bezeichnung der dritten Abteilung trug nunmehr dem Arbeitsgebiet von Bernard Frederick Schutz Rechnung, der dann neben Ehlers als Direktor am Institut berufen wurde. Schutz war ein amerikanischer Physiker, der seit 1974 am University College of Wales in Cardiff lehrte;<sup>199</sup> seine Forschungsschwerpunkte – Instabilitäten und Schwingungen von Sternen und Schwarzen Löchern, insbesondere die Dynamik astrophysikalischer Wellen, die Gravitationswellen erzeugen, besonders während der Endstadien von Doppelsternsystemen aus Neutronensternen – waren in der Tat einschlägig.

Auffallend bei alledem ist die distanzierte Haltung zur empirischen Gravitationsforschung im Institutskonzept, die nicht explizit ausgeschlossen, aber auch nicht zum Ziel des MPI erklärt wurde. Die Chance der Beteiligung an einem internationalen Großprojekt zum Nachweis der Existenz von Gravitationswellen und dem Bau eines entsprechend dimensionierten Detektors in Hannover griff man Anfang der 1990er Jahre nicht auf. Ob dies aufgrund einer fehlenden Einigung der Kostenträger (mehr als zwei Drittel der veranschlagten Gesamtsumme von 150 Millionen DM wären vom BMFT aufzubringen gewesen, das sich auf die Raumfahrtforschung als Priorität festgelegt hatte) oder wegen einer Entscheidung der Physiker\*innen selbst für einen Weg der kleineren Schritte nach der Absage des Superconducting Super Collider in den USA geschah, bedarf der weiteren Forschung.<sup>200</sup> Ein Teilinstitut für empirische Gravitationsforschung wurde erst

196 Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 9.6.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 12 verso – 13 recto. Im Protokoll und im *MPG-Jahresbericht* 1994, 33–34, steht als Ortsangabe »im Raum Potsdam«, weil der genaue Standort noch immer nicht feststand.

197 Zum Folgenden vgl. Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8.6.1994 in Göttingen. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162.VP, fol. 146–150.

198 MPI für Gravitationsphysik (Potsdam). In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG Jahrbuch* 1995, 422.

199 Laudatio Bernard Schutz. Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 9.6.1994 in Göttingen. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 288 recto und verso.

200 Zur ersten Interpretation vgl. Thomas A. Friedrich: Auf der Suche nach Raum, Zeit und Geld. *VDI Nachrichten* 26. April 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 314, fot. 164–165; zur zweiten vgl. Luisa Bonolis and Juan Andrés León: *Gravitational-Wave Research*, 2020,

2002 in Hannover gegründet und Carsten Danzmann (ehemals Garching) für dessen Leitung berufen. Bereits Ende 1998 war Ehlers ausgeschieden; 2001 berief man als seinen Nachfolger Gerhard Huisken (Tübingen), einen Mathematiker mit einem Schwerpunkt in der Allgemeinen Relativitätstheorie (vgl. Tab. 2).<sup>201</sup>

Eine MPI-Gründung aus eigener Initiative, die indirekt aus Empfehlungen des WR hervorging, war die des *MPI für Wissenschaftsgeschichte*. Diese war die einzige Neugründung in dieser Zeit, die mit der Betreuung der geisteswissenschaftlichen FSPs durch die MPG zusammenhing. Sie ging jedoch nicht aus dem FSP für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte hervor, wie häufig behauptet wird: Vielmehr nahm man die Gründung des FSP zum Anlass, ein neues MPI aus eigener Initiative zu schaffen.<sup>202</sup>

Gleich nach der Einrichtung der neuen FSPs richtete Zacher die Frage an die GWS, ob sich aus den nunmehr »vorläufig eingerichteten«, von der »Gesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH« betreuten FSPs (jetzt geisteswissenschaftlichen Zentren (GWZs) genannt) neue MPIs ergäben.<sup>203</sup> Die im Januar 1992 hierfür eingerichtete Kommission »Neue Initiativen in geisteswissenschaftlichen Themenbereichen« stand nach dem Bericht des Vorsitzenden Fritz Scharpf vor einer »dreifachen Begründungslast«: Neben den üblichen Kriterien für MPI-Neugründungen sei »das Kriterium der Subsidiarität nicht nur gegenüber den Universitäten, sondern auch gegenüber den lockerer organisierten Zentren« zu beachten gewesen. Im Bewusstsein dessen empfahl die Kommission, sich auf zwei Möglichkeiten zu beschränken: europäische Aufklärungsforschung und Wissenschaftsgeschichte. Für beide Themen setzte die Sektion daraufhin Kommissionen ein, für die anderen FSPs wurde »die Organisation in universitätsnahen Forschungszentren für angemessen gehalten.«<sup>204</sup> Zacher stimmte der Auswahl zu, meinte aber, die Wissenschaftsgeschichte dürfe »nicht als Wissenschaftstheorie, im Sinne einer Forschungsethik, missverstanden werden.«<sup>205</sup> In einer Zeit, in der Gentechnologie und Tierschutz im Vordergrund der öffentlichen Wissenschaftskritik standen, war das ein wichtiger Fingerzeig.

Die Entscheidung, sich auf die Wissenschaftsgeschichte allein zu konzentrieren, hatte allerdings eher wissenschaftsinnenpolitische Gründe. Nach der Auffas-

285–361, 63. Für die weitere von Bonolis und León geäußerte Vermutung, dass es zu einer strategischen Entscheidung der MPG-Leitung gegen dieses Großprojekt zugunsten der Gründung kleinerer MPIs in den NBL kam, hat sich noch kein Beleg finden lassen.

201 Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 607.

202 Zur Gründungsgeschichte dieses MPI im Detail siehe Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 191–203, sowie Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1668–1676. Allerdings ist die dort (1669) angeführte Beschreibung dieses MPI als »eine Weiterführung [des FSP] in modifizierter Form« unrichtig, wie sogleich nachzuweisen sein wird.

203 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1492, fol. 7–8.

204 Ebd., Bl. 3, fol. 7.

205 Ebd., Bl. 6, fol. 10.

sung von Mayntz lag die Innovationschance hier nicht bei einer normativ orientierten Wissenschaftstheorie, die an den Universitäten schon reichlich vorhanden sei, und auch nicht bei einer positivistischen, biografisch orientierten Wissenschaftsgeschichte, sondern bei dem Versuch, der Entstehung und Rezeption wissenschaftlicher Grundbegriffe empirisch nachzugehen. Zusammen mit der »stärker gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung« ihres eigenen MPI könne ein wissenschaftshistorisches MPI »das empirische Fundament für eine Theorie der Wissenschaftsentwicklung« erarbeiten.<sup>206</sup> Die von Mayntz formulierte Idee eines »wissenschaftshistorische[n] Forschungsprogramms in theoretischer Absicht«<sup>207</sup> wurde zur zentralen diskursiven Ressource im Gründungsprozess.

Die Gründungskommission unter dem Vorsitz Otto Gerhard Oexles vom MPI für Geschichte bezog Expertise aus den USA und Großbritannien ein und beriet sich auch mit Experten in Deutschland wie der Leitung des Wissenschaftskollegs zu Berlin.<sup>208</sup> Wie Oexle der GWS berichtete, sollte »ein systematisch angeleiteter, Natur- und Kulturwissenschaften integrierender Forschungsansatz« gefördert werden, »der bislang in der BRD nicht vorhanden sei«; für die Leitung eines solchen MPI kämen wohl nur »ausländische Wissenschaftler« infrage.<sup>209</sup> Im Senat wurde das Konzept unter dem Vorzeichen »historische Epistemologie« vorgestellt,<sup>210</sup> wobei diese Richtung zweierlei umfasste: die »Geschichte kognitiver Prozesse des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns« anhand fundamentaler Kategorien wie »Experiment«, »Beweis«, »Kausalität«, »Objektivität« und Denkformen wie »Determinismus« und »Probabilismus«, wie sie von Lorraine Daston und Gerd Gigerenzer (Chicago) sowie Lorenz Krüger (Göttingen) betrieben wurden,<sup>211</sup> sowie auch die wissenshistorisch ausgerichteten Forschungen zum Zusammenhang zwischen Kultur und Kognition an der von Wolfgang Edelstein

206 Ebd., Bl. 1, fol. 5.

207 Ebd., Bl. 2, fol. 6.

208 Otto Gerhard Oexle: Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, 19.1.1993. Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 259–260.

209 TOP 5 – Kommission für Wissenschaftsgeschichte, Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 13.5.1992 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 12–13.

210 In der Kommissionssitzung stellte Oexle diese Wendung als das am besten geeignete »integrierende Konzept für das geplante Institut« dar. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 3.2.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1496, fol. 15. Die Bezeichnung scheint aus der Kommissionsarbeit hervorgegangen zu sein und war jedenfalls bis dahin von den vorgeschlagenen Direktor\*innen als Bezeichnung des jeweils eigenen Ansatzes nicht verwendet worden. Infolgedessen und auch in Anbetracht der folgenden Ausführungen erscheint die Behauptung in Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1669, das MPI sei »von Lorenz Krüger konzipiert« worden, vereinfachend.

211 Lorraine Daston und Peter Galison: *The Image of Objectivity*, 1992, 81–128; Gerd Gigerenzer u. a.: *The Empire of Chance*, 1990.

geleiteten Abteilung des MPI für Bildungsforschung.<sup>212</sup> Krüger sollte wegen seiner Expertise in Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte, belegt durch Publikationen zur von ihm so bezeichneten »probabilistischen Revolution«, sowie wegen seiner »effizienten wie taktvollen« Leitung des GWZ als Spiritus Rector und Integrationsgestalt des MPI dienen; damit sei er »im Inland konkurrenzlos«.<sup>213</sup> Jürgen Renn berief man als ausgebildeten Physiker und Philosophen, als Experten für Einstein und Galileo und als Vertreter einer »kognitivistischen« Richtung,<sup>214</sup> die ins Gesamtkonzept gut passe, sowie als Pionier der Einführung neuer Technologien in die wissenschaftshistorische Quellenarbeit.

Einziger Kritikpunkt in der Senatssitzung war das Fehlen von Perspektiven aus der Geschichte der Biologie. Nach dem unerwarteten Tod Krügers im September 1994 konnte dieses Manko durch die Berufung Hans-Jörg Rheinbergers als dritter Vertreter einer »Historischen Epistemologie« 1995 behoben werden, wenngleich er diesen Terminus damals noch nicht verwendete und seine Arbeit sich eher auf die Tradition von Gaston Bachelard und Georges Canguilhem bezog.<sup>215</sup> Die Standortsuche wurde wie so oft durch regionalpolitische Erwägungen geleitet. Im Konzept wurde Berlin unter anderem wegen des wissenschaftlichen Umfelds an erster Stelle genannt,<sup>216</sup> doch wie im Falle des MPI für Infektionsbiologie musste das Institut in Ostberlin stehen. Nach einer längeren Suche konnten Räume in der Botschaft der Tschechischen Republik in der Wilhelmstraße im Bezirk Mitte gemietet werden, die nach Auszug der Slowaken infolge der Trennung der Tschechoslowakei frei geworden waren.<sup>217</sup>

Der Autor der vorliegenden Analyse, der sich in dieser Zeit in Berlin aufhielt, kann aus eigenem Erleben berichten, dass in der deutschen Fachwelt der Ansatz einer »historischen Epistemologie« anfangs nicht verstanden und das Programm einer Wissenschaftsgeschichte »in theoretischer Absicht« mit Befremden aufgenommen wurde. Wie Jürgen Renn im Interview berichtet, kam es sogar zu polemischen Angriffen in der Presse, weil die MPG mit dieser eher »philosophischen« Neugründung die moralische Verpflichtung zur Erforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus versäumt habe.<sup>218</sup> Die Annäherung

212 Vgl. <https://www.mprl-series.mpg.de/proceedings/11/index.html>. Zuletzt aufgerufen am 27.2.2023. Mit Dank an Jürgen Renn für diesen Hinweis.

213 Oexle, Bericht und Empfehlungen. Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 268.

214 Renn hatte Edelstein während seiner Arbeit als Leiter einer ihm vom Berliner Senat bewilligten »Albert-Einstein-Forschungsstelle« näher kennengelernt, die am MPI für Bildungsforschung angesiedelt wurde, an der seine langjährigen Weggefährten Peter Damerow und Wolfgang Lefebvre ebenfalls mitarbeiteten.

215 Hans-Jörg Rheinberger: *Historische Epistemologie*, 2007.

216 Oexle, Bericht und Empfehlungen. Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 268.

217 Mitchell G. Ash: Interview mit Lorraine Daston. 29.2.2020. DA GMPG, ID 601063.

218 Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn, 2.6.2020. DA GMPG, ID 601067. Vgl. Elke Schmitter: Einstein nicht unter uns, 1995.

zwischen dem neuen MPI und der universitär etablierten Wissenschafts-, Technik- und Medizingeschichte in Berlin dauerte länger an.<sup>219</sup>

Kommen wir nun zum ursprünglichen Anreiz für diese Gründungsinitiative zurück, namentlich zur Mobilisierung personeller Ressourcen aus den NBL. In seinem Bericht vor dem Senat im März 1992 hatten Scharpf wie auch Mayntz in ihrer Themenskizze auf die »sehr qualifizierten Forschergruppen« aus der ehemaligen DDR und damit auf die Möglichkeit verwiesen, »Potenziale« aus dem Osten einzubinden.<sup>220</sup> Aber die Gründungskommission bezog weder die Mitglieder des fachlich nahestehenden FSP Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsphilosophie noch ihr parallel entworfenes Konzept in ihre Beratungen ein.<sup>221</sup> Von der Ausschreibung der Mitarbeiterstellen am MPI erfuhren sie nach eigenem Bekunden aus den Medien.<sup>222</sup> Dennoch wurden insgesamt 7 der 15 Mitarbeiter\*innen des FSP in das neu gegründete MPI übernommen,<sup>223</sup> obwohl ihre Ansätze und Arbeitsschwerpunkte oft bestenfalls einen indirekten Bezug zu dessen programmatischen Ausrichtung aufwiesen. Jürgen Renn setzte sich für die Einbeziehung möglichst vieler Kolleg\*innen aus der ehemaligen DDR in das neue Institut ein, weil er damit die Hoffnung auf ein Programm verband, das Traditionen aus dem Osten und Westen integrieren würde; dies ließ sich jedoch nur teilweise erfüllen.<sup>224</sup>

Zusammen mit den MPIs für Geschichte und Rechtsgeschichte sowie der Bibliotheca Hertziana war mit dieser Neugründung die Möglichkeit der Bildung eines historischen Clusters der MPG gegeben, dazu kam es trotz Einzelkooperationen jedoch nicht. Wegen des Ansatzes einer »historischen Epistemologie« und der eher nach Wissensgebieten als nach engen Disziplingeschichten gegliederten Abteilungsstruktur stellt dieses MPI eine der wenigen Neugründungen dieser Zeit dar, die als genuine Innovation ebenfalls im internationalen Zusammenhang betrachtet werden kann, auch wenn die kulturwissenschaftliche Wende in der Wissenschaftsgeschichte bereits etabliert war.

219 Mitchell G. Ash: Interview mit Lorraine Daston, 29.2.2020. DA GMPG, ID 601063.

220 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 30.3.1992 in München. Bl. 18. AMPG, II. Abt., Nr. 130.SP, fol. 25.

221 Vgl. Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Hoffmann, 28.2.2020. DA GMPG, ID 601062. Dass FSP-Mitglieder in diese Beratungen nicht einbezogen wurden, bestätigt der damalige stellvertretende Leiter des FSP Hans-Peter Krüger; persönliche Mitteilung (E-Mail) an Mitchell G. Ash, 1.7.2020.

222 Wolfgang Küttler an Zacher, 12.4.1994. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893, fol. 68–70.

223 Tabelle 1: Mitarbeiter am FSP WG und WT von 1992–1995 – Privatbesitz Dieter Hoffmann. Mit Dank an Dieter Hoffmann für die Überlassung einer Kopie.

224 Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn, 2.6.2020. DA GMPG, ID 601067; Jürgen Renn, persönliche Mitteilung (E-Mail) an Mitchell G. Ash, 27.6.2020.

### 3.3.2 Institutsgründungen aus eigener Initiative: Die Vereinigung als Chance

#### 3.3.2.1 Weiterentwicklung bestehender Cluster

Als Fortsetzungen, Ergänzungen oder Weiterentwicklungen bestehender Cluster und Forschungsschwerpunkte der MPG können drei Neugründungen der frühen 1990er Jahre genannt werden: das MPI für Infektionsbiologie in Berlin (Cluster Biomedizin und Molekularbiologie), das MPI für Molekulare Pflanzenphysiologie in Potsdam/Golm (Cluster Molekularbiologie) und das erst im November 1993 beschlossene MPI für Neuropsychologische Forschung in Leipzig (Cluster Neurowissenschaften und Biomedizin).

Die Gründung eines *MPI für Infektionsbiologie* wurde von Thomas Trautner, Direktor am MPI für molekulare Genetik, schon im August 1988 vorgeschlagen und im Februar 1989 der BMS zur Stellungnahme übergeben. Noch im März 1990 beurteilte man die Initiative in der GV als konstruktive Weiterentwicklung und Zusammenführung der an der infektionsbiologischen Grundlagenforschung beteiligten und in der Max-Planck-Gesellschaft »seit langem etablierten« Disziplinen – Molekularbiologie, Biochemie, Zellbiologie und Immunologie – »zu einem neuen, auf die Aufklärung der Biologie des Infektionsablaufes gerichteten Forschungsansatz[es]« und daher als »ein weiteres Element des kontinuierlichen Erneuerungsprozesses an den Instituten«. <sup>225</sup> Im vorbereitenden Vermerk zur Senatssitzung im Juni 1990 hieß es, die Kommission habe die Neugründung »als seltene wissenschaftliche Chance begriffen, ein sowohl für die Grundlagenforschung als auch praktisch-medizinisch wichtiges Gebiet, das in Deutschland jahrzehntelang vernachlässigt worden sei, angemessen bearbeiten zu können«. <sup>226</sup>

Doch im selben Monat wurden die Weichen zur Vereinigung im Wissenschaftsbereich gestellt (siehe Kapitel 2), mit deren Folgen sich die MPG nun monatelang vorrangig befasste. Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen für dieses neue MPI durch den Senat kam es vermutlich deshalb erst im Juni 1992. <sup>227</sup> Dabei wurden fachliche und wissenschaftspolitische Elemente miteinander verbunden.

225 Mittelfristige Finanzplanung. Materialien zur 149. Sitzung des Verwaltungsrates vom 14.3.1990 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 149.VP, fol. 98.

226 Vermerk (Fromm) zum TOP 1.2.1., Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, 5.6.1990. Drehbuch zur Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 247–248. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 693–707.

227 Inzwischen war der vorgesehene Gründungsdirektor, Stefan H.E. Kaufmann, verständlicherweise ungeduldig geworden, zumal er einen Ruf an die Universität Düsseldorf und einen an das Zentrum für molekulare Biologie in Heidelberg wegen der bevorstehenden MPI-Berufung abgelehnt hatte. Mitchell G. Ash: Interview mit Stefan H.E. Kaufmann, 30.4.2020, DA GMPG, ID 601071; Stefan H.E. Kaufmann, persönliche Kommunikation (E-Mail) mit Mitchell G. Ash, 22.6.2020.

Bereits in der BMS-Sitzung im Februar hielt man, nachdem gefragt worden war, ob es sinnvoll sei, die Gründung mit nur einem Direktor vorzuschlagen, fest, dass dies doch »eine politische Entscheidung« sei: »Angesichts der bestehenden Option zur Aufnahme von Forschungsvorhaben in den neuen Bundesländern gelte es nun, das Projekt durch die treffenden Entscheidungen voranzubringen.«<sup>228</sup>

Im vorgelegten Konzept stellte man die gesundheitspolitische Relevanz des Themas gleich zu Beginn heraus: Infektionskrankheiten machten weltweit 33 Prozent und in Entwicklungsländern sogar circa 45 Prozent der Todesursachen aus, solche Krankheiten seien aber auch in Industrieländern präsent.<sup>229</sup> Die Infektionsbiologie schilderte man dann als multidisziplinäres Forschungsgebiet mit Implikationen für die biologische Grundlagenforschung und auch die klinische Arbeit, auf dem in Deutschland ein Defizit vorliege. An diesem MPI sollten zunächst im Sinne des Gründungsdirektors Stefan H. E. Kaufmann Wechselwirkungen zwischen Wirt und bakteriellem Erreger als »komplexes Ökosystem« untersucht werden.<sup>230</sup> Kaufmann war in der MPG kein Unbekannter, denn er hatte von 1982 bis 1987 am MPI für Immunbiologie in Freiburg gearbeitet, bevor er zur Universität Ulm wechselte.<sup>231</sup>

Nachdem er ein »Experimentalsystem« entwickelt hatte, das er in einem Modell der Infektion und der Abwehr von fakultativ intrazellulären Erregern bei *Listeria monocytogenes* in der Maus aufgebaut und auf weitere Infektionskrankheiten wie Lepra und Tuberkulose angewendet hatte, war von ihm das Gebiet der Infektionsimmunologie in seiner ganzen Breite untersucht worden. Der »Name von Herrn Kaufmann ist demgemäß international synonym mit der deutschen Infektionsimmunologie.«<sup>232</sup>

In der Senatssitzung selbst setzte Klaus Hahlbrock, Direktor am MPI für Züchtungsforschung, traditionelle diskursive Ressourcen für MPI-Gründungen

228 Zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992 in Heidelberg. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1661, fol. 6 verso.

229 Vgl. zum Folgenden Anlage 1: Empfehlungen zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Infektionsbiologie, o. D. Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 157–158.

230 Empfehlungen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 162. Zum Folgenden vgl. Laudatio Stefan H. E. Kaufmann, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 170–172.

231 Im Interview beschrieb Kaufmann den Freiburger MPI-Direktor Klaus Eichmann als streng, aber gerecht Beurteilenden, der seine scharfen, kritischen Fragen in Kolloquien als »eine Art Prüfung« gehandhabt habe; wer damit klug umgehen können und sich nicht aus der Fassung bringen lassen, sei als Kollege besonders anerkannt worden. Mitchell G. Ash: Interview mit Stefan H. E. Kaufmann, 30.4.2020, DA GMPG, ID 601071.

232 Laudatio Stefan H. E. Kaufmann, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 171. Im eben zitierten Interview betonte Kaufmann, dass er Erreger wie Antigene als »moving targets« untersucht habe; der Ausbau des »Experimentalsystems« basierte seiner Erinnerung nach auf »Serendipity«, nicht nur auf vorheriger Planung.

ein: Mit ihren beiden Neugründungsvorschlägen (zum MPI für molekulare Pflanzenphysiologie, siehe unten) habe sich die Sektion »auf Gebiete mit besonderem Nachhol- und Innovationsbedarf konzentriert, die zudem hohe gesellschaftliche Relevanz hätten«. In beiden Themenbereichen hatte die rasante Entwicklung der molekularbiologischen Forschung neue Zugangsmöglichkeiten zu Themen und damit inner- und interdisziplinäre Verbindungen ermöglicht, »die grundsätzlich neu und für die Max-Planck- Gesellschaft innovativ seien«;<sup>233</sup> die Institutsgründung wurde am 13. März einstimmig beschlossen.

Doch nun trat wieder eine politisch verursachte Verzögerung ein, denn die zweite Lesung zum Berufungsbeschluss Stefan Kaufmanns (wie auch Lothar Willmitzers als Direktor am MPI für molekulare Pflanzenphysiologie und Johannes Heydenreichs am MPI für Mikrostrukturphysik) fiel mit dem Senatsbeschluss vom selben Tag zusammen, Institutsgründungen in den NBL erst nach der Sicherstellung der Finanzierung umzusetzen.<sup>234</sup> Im November empfahl der VR, die Gründung des MPI für Infektionsbiologie trotz der angespannten Finanzlage mit Priorität umzusetzen, weil deren Beratung noch vor der deutschen Vereinigung begonnen worden sei und der Gründung »ein besonders hohes Maß an wissenschaftlicher Wünschbarkeit zukomme«.<sup>235</sup> Die Gründung wurde nach Kaufmanns Rufannahme 1993 offiziell vollzogen. Im folgenden Jahr wurde Thomas F. Meyer (Direktor und Leiter der Abteilung Infektionsbiologie am MPI für Biologie in Tübingen) zum Direktor am Institut und zum Leiter der Abteilung Molekularbiologie berufen. Damit erhielt das MPI eine doppelte Orientierung an die Cluster Biomedizin und Molekularbiologie gesichert.

Der Berliner Wissenschaftssenator Manfred Ehrhardt hatte das Interesse seines Landes an diesem wie mehreren anderen MPIs schon im Mai 1992 kundgetan. Nachdem ihm Zacher deutlich gemacht hatte, dass ein Standort im Osten Berlins für die Förderung wichtig sei, bemühten sich Ehrhardt und seine Mitarbeiter\*innen erfolgreich um einen Standort nahe der Charité; der dafür vorgesehene Neubau wurde allerdings erst 1996 begonnen und 2000 bezogen. In der Zwischenzeit wurde das Institut in Räumen der Charité provisorisch untergebracht.<sup>236</sup>

233 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 27–28; zum Gründungsbeschluss vgl. ebd., AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 30.

234 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 18–19. Zacher ließ den Senat wissen, dass er Kaufmann und Willmitzer über die Lage informiert und deren Vorstellungen in die Planung einbezogen habe.

235 Niederschrift der 157. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19.11.1992 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 157.VP.

236 Ehrhardt an Zacher, 17.5.1992; Zacher an Ehrhardt, 19.6.1992; Zacher an Ehrhardt, 7.12.1992; Ehrhardt an Zacher, 19.1.1993, alles in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 199–203, fol. 216–218, fol. 213–215, fol. 204–206. 3 Millionen DM wurden im Haushalt für 1993 schon veranschlagt. Haushaltsplan 1993, Entwurf. Stand 5.5.1992. Materialien der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 173. Im Interview sagte Kaufmann, dass dieser Standort seiner Präferenz entsprochen

Zum Cluster Molekularbiologie gehörte auch die ebenfalls 1992 beschlossene Gründung des *MPI für Molekulare Pflanzenphysiologie*. Der Vorschlag zur Gründung des Instituts wurde Ende 1990 von Hans Saeder, Direktor am MPI für Züchtungsforschung, in Antwort auf den Aufruf Zachers vom 26. Oktober eingereicht und von der BMS positiv aufgenommen, »zumal er aus der Autonomie der Max-Planck-Gesellschaft heraus entwickelt und nicht von außen an sie herangetragen worden« war.<sup>237</sup> Im Konzepttext legte Saeder das Hauptgewicht auf das zentrale MPG-Kriterium Innovativität, doch in diesem Falle verband man dieses indirekt mit der wissenschaftspolitisch brisanten Debatte um die Gentechnik. Ziel des neuen MPI sollte sein, Gentechnik mit pflanzenphysiologischen und biochemischen Methoden zu verbinden und dadurch »Wasser-, Minerale- und Stoffflüsse und Wachstumsvorgänge an der intakten Pflanze zu analysieren«. Gentechnische Methoden sollten also im Einklang mit dem weltweiten Trend zur Molekularisierung der Lebenswissenschaften zum Motor der Grundlagenforschung werden. Konkret sollte die Arbeit des neuen MPI auf die »Untersuchung der Biosynthese, Verteilung und Wirkung niedermolekularer Stoffe, sowie hochmolekularer Inhaltsstoffe mit Speicher- oder Strukturfunktion ausgerichtet sein« und das alles mit Experimenten an lebendigen Pflanzen verbinden. In Deutschland sei dieses Forschungsfeld »nur wenig entwickelt«. Die potenzielle gesellschaftliche Relevanz schien wegen der Nähe zur Zuchtpflanzenforschung klar zu sein.

Als Gründungsdirektor schlug Saeder Lothar Willmitzer vor, mit dem er das Konzept offenkundig abgesprochen hatte. Willmitzer war seit 1986 Direktor am Institut für Genbiologische Forschung (IGF) in Berlin, doch zuvor war er von 1979 bis 1985 als Mitarbeiter und von 1985 bis 1986 als Nachwuchsgruppenleiter am MPI für Züchtungsforschung tätig gewesen.<sup>238</sup> Auch hier ist wie im Falle des MPI für Infektionsbiologie die MPG-interne Strategie der Fortsetzung bzw. Ergänzung bereits etablierter Forschungsprogramme unter der Leitung von MPG-erfahrenen Wissenschaftlern erkennbar.

Als Standort hätte Halle wegen des Schwerpunkts im Bereich Pflanzenbiologie an der Universität und den zwei ehemaligen fachnahen AdW-Instituten für

habe, obwohl es mehrere andere Möglichkeiten gegeben habe. Für die Verzögerungen des Baubeginns machte er die grundsätzliche Überforderung der Berliner Senatsbauverwaltung und dann große Schwierigkeiten am Baugrund verantwortlich. Interview mit Stefan H. E. Kaufmann, 30.4.2020, DA GMPG, ID 601071.

237 Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 5.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1659, fol. 22. Zum Folgenden vgl. Heinz Saeder: Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Molekulare Pflanzenphysiologie, o.D. Materialien der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1661, fol. 65–74. Siehe auch MPI für molekulare Pflanzenphysiologie (Golm b. Potsdam). In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1994, 257, sowie Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1159–1166.

238 Laudatio Lothar Willmitzer, Materialien der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1661, fol. 75–77.

Biochemie der Pflanzen in Halle und für Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gattersleben infrage kommen können. Im Konzept bevorzugt wurde jedoch Potsdam wegen der bevorstehenden Universitätsgründung, der Nähe zu den Dahlemer Instituten und der leichteren Erreichbarkeit für internationale Gäste. Im Senat fügte der Sektionsvorsitzende Hahlbrock Regionalpolitisches ein wenig unbeholfen an: Das neue MPI könne mit den beiden nunmehr vom WR empfohlenen »Blaue-Liste«-Instituten in Halle ein »grünes Dreieck« bilden.<sup>239</sup> Leopoldina-Präsident Parthier, vormals Abteilungsleiter am AdW-Institut für Biochemie der Pflanzen in Halle, beglückwünschte die MPG zu ihrem Berufungsvorschlag, und der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt »kündigte an, dass er dem Vorschlag zustimmen werde, auch wenn wegen des Ausscheidens von Herrn Willmitzer aus dem IGF in Berlin eine kritische Situation für diese Einrichtung entstehen werde«.<sup>240</sup>

Auch in diesem Fall stellten die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse erst einen vorläufigen Abschluss im Prozess der Zusammenstellung eines Ressourcenensembles dar, denn es ergaben sich Komplikationen bei der Standortsuche und auch bei der Besetzung weiterer Direktorenposten. 1994 entstand die Idee eines »Max-Planck-Campus« in Golm nahe Potsdam, an dem das Institut gemeinsam mit dem MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung und dem MPI für Gravitationsphysik untergebracht werden sollte.<sup>241</sup> Das Großprojekt wurde realisiert, aber erst 1999 bezogen. Für die Zwischenzeit bot Senator Ehrhardt die konstruktive Lösung an, dass das MPI Räume des IGF bis zur Fertigstellung des eigenen Neubaus benutzte.<sup>242</sup> Zudem wurden Gegner der Gentechnik auch in Brandenburg aktiv, die Freilandexperimente des MPI an Kartoffeln teilweise zerstörten.<sup>243</sup> Last, but not least lehnte der 1993 berufene zweite Institutsdirektor Elmar Weiler den Ruf aus Sorge um das »wissenschaftliche Umfeld« und auch deshalb ab, weil er »in Bochum mehr Planstellen zur Verfügung« hatte.<sup>244</sup> Damit zeigte sich, dass das Prestige der MPG als immaterielle Ressource für die Gewinnung erstrangiger Forscher\*innen nicht ausreichte, wenn andere materielle oder immaterielle Komponenten des Angebots für unzureichend gehalten wurden. Erst nachdem das MPI in Golm eingezogen war, wurde Mark Stitt (Heidelberg), Experte für die Regulierung und Vernetzung biochemischer Stoffwechselwege, als Direktor der Abteilung »Metabolische Netzwerke« neben Willmitzer berufen.

239 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 30–31.

240 Ebd., fol. 31.

241 Vgl. z. B. Krull, Vermerk für den Generalsekretär. Geplanter Institutsneubau für das MPI für Gravitationsphysik in Golm bei Potsdam, 7.3.1994. Materialien der 136. Sitzung des Senats am 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 384.

242 Ehrhardt an Zacher, 24.2.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 60–61

243 Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1159–1166, 1161.

244 TOP 6.1. Stand der Berufungsverhandlungen. Materialien der 138. Sitzung des Senats vom 18.11.1994 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP, fol. 220; vgl. *MPG-Jahresbericht* 1994, 141.

Die Gründung des *MPI für neuropsychologische Forschung* begann als Vorschlag einer Projektgruppe, der schon auf der ersten Liste der Neugründungsideen in der Folge des Rundschreibens von Zacher im Dezember 1990 stand.<sup>245</sup> Initiator war Wolfgang Prinz, Direktor am MPI für psychologische Forschung in München, der das Projekt engagiert vorantrieb. Relativ früh verstärkte er den Vorstoß zu einem MPI-Vorschlag, der allerdings nicht sogleich realisiert wurde. Zwei Schwierigkeiten trugen zur Verzögerung bei: die Suche nach einer geeigneten Vorgangsweise für die Beratung eines interdisziplinären Neuvorhabens und die politisch verursachte Finanzkrise der MPG. Diese Institutsneugründung kann also als Beispiel der Problematik wie auch des Erfolges dienen, innovative Interdisziplinarität, hier die Weiterentwicklung des Clusters Neurowissenschaften in Verbindung mit der Biomedizin, innerhalb der MPG selbst durchzusetzen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es, das interdisziplinäre Projekt, noch immer als Projektgruppe eingestuft, in einer von der BMS und der GWS beschickten, gemeinsamen Kommission bearbeiten zu lassen, die im Oktober 1991 eingerichtet wurde.<sup>246</sup> Der Vorschlag wurde fortan von einer Allianz getragen, der neben Prinz zwei Kollegen aus der BMS, Willem J. M. Levelt (Direktor am MPI für Psycholinguistik) und Wolf Singer (Direktor am MPI für Hirnforschung), angehörten.

Als Ziel der Neugründung formulierte man im vorgelegten Konzept, nunmehr für ein MPI, die Erforschung der Konnexen normaler wie pathologischer kognitiver Vorgänge und physiologischer Prozesse im menschlichen Hirn durch die Verbindung von experimenteller und klinischer Kognitionsforschung mit zeitlich wie räumlich hochauflösenden bildgebenden Verfahren.<sup>247</sup> Die Realisierbarkeit dieser Zielsetzung begründete man mit einer gegenseitigen Annäherung der Neurologie, der klinischen Neuropsychologie und der experimentellen Kognitionspsychologie, die man neuerdings »kognitive Neuropsychologie« zu nennen begonnen hatte, sowie mit der Behauptung, man könne jetzt mit den neuen bildgebenden Verfahren Hirnvorgänge »in Echtzeit« beobachten.<sup>248</sup> Dadurch eröffne sich die Chance, »experimentelle und klinische Forschung so eng und so produktiv miteinander zu verbinden, wie dies bisher noch in keinem anderen

245 Materialien der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in München und Anlage 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 130.

246 Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1491, fol. 19–20. Baltes hielt es in der Diskussion für »außerordentlich wichtig zu gewährleisten, dass die geplante Projektgruppe in beiden Sektionen ihren Sitz habe«. Willem Levelt nannte das von ihm mit geleitete MPI für Psycholinguistik als Beispiel gut funktionierender intersektioneller Zusammenarbeit. Ebd., Bl. 16, fol. 21.

247 MPI für neuropsychologische Forschung (Leipzig), *MPG-Jahrbuch* 1995, 259–260. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1114–1119.

248 Bericht und Empfehlungen der gemeinsamen Kommission beider Sektionen zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für neuropsychologische Forschung. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 255.

Bereich der Psychologie erreicht werden konnte«. <sup>249</sup> Man setzte also nicht allein auf den gemeinsamen Gebrauch neuester Geräte und Techniken durch zwei Disziplinen, sondern vor allem auf die Behauptung, dass der lang gehegte Traum, das Gehirn bei der Arbeit unmittelbar beobachten zu können, endlich in Erfüllung gegangen sei. <sup>250</sup>

Als Direktor\*innen nominiert wurden die Neuropsychologin Angela D. Friederici und der Neuroanatom und Psychiater Detlev von Cramon. Beide hatten schon an MPIs gearbeitet. Von Cramon war zwischen 1968 und 1984 in verschiedenen Funktionen am Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München tätig gewesen, zuletzt als Leiter der neuropsychologischen Abteilung (1979–1984); seitdem war er Leiter der neuropsychologischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses München-Bogenhausen. <sup>251</sup> Eine Zusammenarbeit mit Psycholog\*innen war durch gemeinsame Publikationen belegt. Seine internationale Reputation lag jedoch in seinen weltweit anerkannten Kenntnissen der Neuroanatomie begründet, »insbesondere was die Vernetzung von Hirnarealen und ihre vaskuläre Versorgung angeht«. Dieses Spezialwissen stellte für die Forschung des Instituts nach der Auffassung der Kommission »ein besonders wertvolles Kapital« dar. <sup>252</sup>

Auch im Falle Angela Friedericis (Abb. 10) lag ein MPG-Hintergrund vor. <sup>253</sup> Zwischen 1974 und 1987 war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Rheinischen Landeslinik für Sprachgestörte in Bonn und am MPI für Psycholinguistik in Nijmegen tätig gewesen. <sup>254</sup> Darüber hinaus hatte sie neben ihren vielfältigen internationalen Kontakten gemeinsam mit Wolf Singer ein DFG-Projekt über »Kognitive Entwicklung bei Neugeborenen. Psychologie und Neurologie der Sprachentwicklung« im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms »Kognition und Gehirn« 1988 bewilligt bekommen. <sup>255</sup> Ihr zentrales Forschungsthema war damals und blieb fortan die Funktionsanalyse von Prozessen des Sprachverstehens unter Einbeziehung klinischer und experimenteller Methoden. Im Interview beschrieb Friederici die MPI-Berufung als »einen Traum«; vom neuroanatomischen »Tutorium« mit Cramon habe sie viel gelernt. <sup>256</sup>

Trotz dieser an sich positiven Voraussetzungen war die Durchsetzung des Gründungsbeschlusses im Herbst 1993 nicht einfach. Weil der Kommissions-

249 Ebd.

250 Für eine kritische Historisierung dieser Hoffnung siehe Michael I. Hagner: *Mind Reading*, *Brain Mirror*, 2007, 287–303.

251 Laudatio Detlev Yves von Cramon. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 265–267.

252 Ebd., fol. 267.

253 Vgl. zum Folgenden Laudatio Angela D. Friederici. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 272–274.

254 Dabei meinte sie selbst im Interview, dass sie dort »weitgehend alleine« gearbeitet habe. Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici, 26.2.2020. DA GMPG, ID 601060.

255 Lebenslauf Angela D. Friederici. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 277.

256 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici, 26.2.2020. DA GMPG, ID 601060.



**Abbildung 10:** Angela D. Friederici, Gründungsdirektorin am MPI für neuropsychologische Forschung in Leipzig. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

bericht bis zum Termin der Sektionssitzungen noch nicht fertig war, wurde wieder einmal ein kreativer Umgang mit institutionellen Praktiken notwendig. Prinz fasste die Gründe für eine Gründungsempfehlung in einem ausführlichen mündlichen Bericht zusammen und schlug vor, die Gründungsempfehlung noch vor der abschließenden Kommissionssitzung im schriftlichen Verfahren durchzuführen, damit der Gründungsbeschluss in der Novembersitzung des Senats abgestimmt werden könnte,<sup>257</sup> dem Eilverfahren stimmte die Sektion zu aufgrund des bereits erwähnten, vom Sektionsvorsitzenden in derselben Sitzung berichteten Drucks des neuen Ministers Paul Krüger, möglichst rasch neue MPIs in den NBL zu gründen.

In der kurzen Präsentation und Diskussion des Konzepts vor der Abstimmung im Senat am 19. November kam ein neues wissenschaftspolitisch relevantes Überzeugungselement zur Assemblage hinzu. So wies Uli Schwarz, Direktor am

257 Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 248

MPI für Entwicklungsbiologie, darauf hin, dass aufgrund der Fortschritte in der Entwicklung bildgebender diagnostischer Verfahren die Aktivitäten des Gehirns jetzt »nicht-invasiv und ›online«, also z. B. während der Bearbeitung von Aufgaben – beobachtet werden« könnten. »So biete sich die Möglichkeit zu ethisch verantwortbaren Untersuchungen von Zusammenhängen zwischen mentalen Vorgängen und ihren hirnbioologischen Grundlagen.«<sup>258</sup>

Bei der Standortsuche kam es zur Konkurrenz um MPIs in den NBL sowie zu der Anregung, Gründungsbeschlüsse aufgrund der Wünsche der NBL mit konkreten Standortempfehlungen zu versehen. Die Kommission hörte die Repräsentanten von fünf möglichen Institutsstandorten in den NBL an; neben Leipzig waren es Greifswald, Jena, Magdeburg und Rostock.<sup>259</sup> Eine Subkommission führte im Auftrag der Kommission im August 1993 Gespräche in Leipzig durch.<sup>260</sup> So wurde dieses MPI eine Zeit lang zu einer Art Konter im Auktionshandeln um MPIs in den NBL (vgl. hierzu Unterabschnitt 3.4.2). Rostock hatte ja auch eine Klinik anzubieten und war zeitweilig im Spiel.<sup>261</sup> Die Initiator\*innen hatten Leipzig aber von vornherein favorisiert, und sie erhielten Unterstützung von Minister Meyer und Rektor Cornelius Weiss, die konkrete Angebote mehrfach unterbreiteten. Wegen des Vorhandenseins einer medizinischen Fakultät und eines »ausgebautes Psychologisches Instituts«, und weil mit »einer funktionstüchtigen Infrastruktur und ebenso mit der nötigen Kooperationsbereitschaft vonseiten der Universität zu rechnen« sei machte Leipzig das Rennen.<sup>262</sup> Zu diesem Ressourcenensemble gehörten jedoch kaum ostdeutsche Wissenschaftler\*innen. Friederici erinnert sich an einen Mitarbeiter aus den NBL, der wegen seiner Kompetenz im Umgang mit NMR- und anderen Geräten angestellt worden sei.<sup>263</sup>

258 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 30.

259 Anhörung von Repräsentanten möglicher Standorte. Materialien der 160. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 150. Ebenfalls in: Materialien zur Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1993 in Heidelberg. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 63. Details dieser Vorbringungen scheinen nicht protokolliert worden zu sein.

260 BMS und GWS: Bericht und Empfehlungen der gemeinsamen Kommission beider Sektionen zur Gründung eines MPI für neuropsychologische Forschung, 27.10.1993. Materialien zur Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 53.

261 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici, 26.2.2020. DA GMPG, ID 601060.

262 Kommissionsbericht, Bl. 9. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 259.

263 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici, 26.2.2020. DA GMPG, ID 601060.

### 3.3.2.2 Wissenschaftliches Neuland für die MPG

Mit den Gründungen des MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme und des MPI für Physik komplexer Systeme betrat die MPG Forschungsgebiete, die für sie Neuland waren.

Die Gründungsgeschichte des *MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme* gleicht aus mehreren Gründen einer Odyssee. Es handelte sich um eine genuin politische Gründungsinitiative, die allerdings nicht von einer allgemeinpolitischen Instanz vorangetrieben wurde, sondern von Ernst-Joachim Mestmäker, Direktor am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg und damals Vizepräsident der MPG, der ein vereinigungspolitisch relevantes Programm mit wissenschaftspolitischen Mitteln durchsetzen wollte.

Schon im Juni 1990 brachte Mestmäker die »Anregung, an eine Initiative auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften zu denken«, im Rahmen eines allgemeinen Meinungsaustauschs über solche Möglichkeiten ein; sie wurde laut Protokoll »positiv aufgenommen«. <sup>264</sup> Der Vorschlag stand im Dezember 1990 auf der Empfehlungsliste der zentralen Sektionskommission und wurde im darauffolgenden Bericht in der Senatssitzung im März 1991 mit Priorität genannt. <sup>265</sup> Helmut Schmidt, Ehrenmitglied des Senats, meinte dazu, dass hier »ein erheblicher Nachholbedarf bestehe«, doch war er nicht überzeugt, dass dies eine Aufgabe der MPG sein sollte. <sup>266</sup>

Mitte 1991 brachte Mestmäker einen »Vermerk zur Gründung eines MPI auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften« über die GWS mit einer politiknahen Begründung ein, die geeignet schien, derartiger Skepsis zu begegnen: Laut vorgelegtem Konzept sollte sich dieses MPI mit der Erforschung einer doppelten Transformation – vom sowjetischen Vielvölkerstaat in einzelnen Nationalstaaten im Osten und von nationalstaatlich erfassten Volkswirtschaften zur Europäischen Gemeinschaft im Westen – befassen. <sup>267</sup> »Ein solches Institut würde der besonderen Lage in den Neuen Bundesländern und in Osteuropa in besonderer Weise Rechnung tragen«, aber auch breitere Relevanz für sich beanspruchen können. <sup>268</sup>

264 Niederschrift der 150. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP, fol. 10.

265 Empfehlungen zur Einleitung von Beratungen über die Gründung von Projektgruppen und Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern. Materialien der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 130.

266 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 22–23.

267 Zur Gründungsgeschichte im Detail siehe Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext* 2020, 146–153.

268 Ernst-Joachim Mestmäker, Vermerk zur Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften, o.D., Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490, fol. 100.

Fragen nach der Transformation und Integration von Wirtschaftssystemen seien »bislang nur unzulänglich erforscht«, aber von grundsätzlicher Bedeutung für die Theorie der Wirtschaftsordnungen sowie auch für das Verhältnis von Staat und Markt im Allgemeinen und hätten an »politische[r] Dringlichkeit gewonnen«. <sup>269</sup>

Dieses MPI könnte zumindest prinzipiell als Teil eines neuen Clusters in den Sozialwissenschaften angesehen werden. Dem entgegen stand die Empfehlung der Gründungskommission, mono- statt inter- oder multidisziplinär vorzugehen. Anstatt des naheliegenden Gedankens, angesichts des gesamtgesellschaftlichen Charakters des Transformationsprozesses Ansätze aus anderen Sozialwissenschaften wie der Politikwissenschaft oder der empirischen Sozialforschung mit ins Konzept aufzunehmen, befürwortete die Kommission einen Weg, der die Vielfalt der thematischen und theoretischen Zugänge innerhalb des Faches berücksichtigen sollte.

Des Weiteren kam eine fachpolitische Dimension hinzu. Mestmäker war Jurist und kein Ökonom, doch vertrat er wie sein Freiburger Lehrer Franz Böhm eine Version des ordoliberalen Denkens, nach der freie Märkte am besten funktionierten, wenn sie in einen institutionellen und legalen, am ehesten supranationalen Rahmen eingeeht würden; daher sein Interesse für die Arbeit der EU. <sup>270</sup> Womöglich sah Mestmäker die Gründung des neuen MPI als eine Chance, diese Version ordoliberalen Denkens gegen die Sozialdemokratie und die Keynesianer, aber auch gegen traditionelle marktwirtschaftliche Konstruktionen des Neoliberalismus durchzusetzen.

Als Direktoren empfahlen die Kommission und anschließend die GWS-Sektion Alfred Schüller (Marburg), Experte für Ordnungstheorie mit Schwerpunkt sozialistische Wirtschaftsordnungen, Manfred E. Streit (Freiburg i. Br.), Experte für Wirtschaftspolitik mit besonderer Betonung der Theorie der Institutionen und der Evolutionstheorie und Vertreter des informationstheoretischen Ansatzes Friedrich von Hayeks, sowie Hans-Werner Sinn (München), breit aufgestellter Experte für Finanzwissenschaft. Alle drei hätten, so das Argument, schon über einschlägigen Fragen von unterschiedlichen Gesichtspunkten aus zu arbeiten begonnen. Dabei stach das Buch von Gerlinde und Hans-Werner Sinn *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung* (1991) hervor, die bis dahin und auch lange danach umfassendste und scharfsinnigste Analyse und Kritik der wirtschaftspolitischen Dimension der deutschen Vereinigung. <sup>271</sup>

Strategisch wichtig an dem von den drei Kollegen gemeinsam formulierten Konzept war die Mobilisierung politischer und wissenschaftspolitischer Diskurselemente, die in der Form bei keiner anderen MPI-Gründung in dieser Zeit

269 Ebd., fol. 101 und 103.

270 Quinn Slobodian, *Globalists*, 2018, 208–209.

271 Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn: *Kaltstart*, 1991. Die starke Wirkung der Argumente des Buches waren selbst 20 Jahre später daran erkennbar, dass sie die Folie der abweichenden Deutung von Karl-Heinz Paqué: *Die Bilanz*, 2009, abgaben.

vorkamen.<sup>272</sup> Gleich zu Beginn hoben Schüller, Streit und Sinn den welthistorischen Moment der doppelten Transformation, den Fall des kommunistischen Systems und die parallele Bewegung zur verstärkten europäischen Integration, hervor.<sup>273</sup> Trotz des transnationalen Charakters dieser Transformationsprozesse vertraten die Autoren aber nun die wissenschaftspatriotisch klingende Auffassung, dass »das Potential für die Füllung der Wissenslücke in Deutschland in hohem Maße vorhanden« sei wegen der hier vertretenen Traditionen ordnungstheoretischer und staatswirtschaftlicher Forschung; gerade »diese Traditionen könnten einen Startvorteil bei der wissenschaftlichen Bewältigung der aktuellen systemtheoretischen Herausforderungen bedeuten«, womit man die Chance habe, »eine internationale Spitzenposition im Bereich der Grundlagenforschung zu erreichen«.<sup>274</sup>

Neben dieser für die MPG ungewöhnlichen Version des Defizitdiskurses fehlte der auch aus anderen MPI-Gründungen dieser Zeit bekannte regionalpolitische Aspekt nicht. Insbesondere »die Universitäten der neuen Bundesländer könnten wesentliche Forschungsimpulse in einem Fach erfahren, dessen Entwicklung zu DDR-Zeiten wie kaum ein anderes durch die kommunistische Ideologie fehlgeleitet und behindert worden war«.<sup>275</sup> Auch solche Argumente stellten eine spezifische Wendung des üblichen Defizitdiskurses dar. Hier sollte kein Defizit der deutschen gegenüber der internationalen Spitzenforschung beseitigt, sondern eines der ehemaligen DDR durch die Übertragung von etablierten Forschungstraditionen der ABL behoben werden. Gleichzeitig sollten gerade diese westdeutschen Traditionen eine Erweiterung erfahren, unter anderem durch die Berücksichtigung des traditionell unterschiedlichen Verständnisses der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft unter den beteiligten Vertragsparteien der Europäischen Gemeinschaft.<sup>276</sup>

Im Gründungsgeschehen explizit betont wurde aber die Chance einer Mobilisierung wissenschaftlicher Ressourcen für allgemein- und wissenschaftspolitische Ziele. In der schriftlichen Vorlage für die VR-Sitzung am 3. Juni 1992 und der darauffolgenden Senatssitzung hob Mestmäker dementsprechend das eben genannte Argument der Kommission hervor, dass »die Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften in den neuen Bundesländern aus wissenschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Gründen

272 Zum Folgenden vgl. Schüller, Sinn und Streit: Max-Planck-Institut für wirtschaftswissenschaftliche Systemforschung (Transformation und Integration von Wirtschaftsordnungen). Materialien zur Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 13.5.1992 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 86–98.

273 Vgl. zum Folgenden ebd., fol. 86.

274 Schüller, Sinn und Streit: Max-Planck-Institut für wirtschaftswissenschaftliche Systemforschung, Bl.1, Materialien zur Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 13.5.1992 in Köln. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 86.

275 Ebd., fol. 87.

276 Ebd., fol. 97.

besonders dringlich« sei.<sup>277</sup> In der mündlichen Präsentation in der Senatssitzung kehrte er hingegen eher fachliche Überlegungen im Sinne des MPG-Kriteriums der Innovativität hervor. Demnach sei das neue MPI geeignet, ein grundlegendes Manko der neoklassischen Wohlfahrtsökonomie zu beheben, denn diese »unterscheide makroökonomische Vorgänge, ohne dabei auf die institutionellen Bedingungen des Wirtschaftsprozesses explizit einzugehen«.<sup>278</sup> Vom Verhältnis von Staat und Markt als zentrale Fragestellung der politischen Ökonomie war keine Rede mehr. In der Diskussion fragte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vordenker Peter Glotz trotzdem scharf danach, »ob es nicht schon genügend auf der neoliberalen Wirtschaftstheorie aufbauende Forschungsinstitute gebe und das vorgesehene Max-Planck-Institut nicht ein weiteres dieser Art werde«.<sup>279</sup> Mestmäker ließ sich nicht auf diese Debatte ein. Das einstimmige Votum des Senats (mit einer Enthaltung) fiel jedoch am Tage des Gründungs- und Umsetzungsstopps.

Darauf folgte Kapitel zwei der Odyssee: die Standortsuche. Angebote kamen von mehreren Orten in den NBL. Der Standort Dresden, der von den drei zu berufenen Direktoren zunächst bevorzugt worden war, schied trotz der Bemühungen des Ministers Meyer durch eine negative Entscheidung des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf aus.<sup>280</sup> Stattdessen erhielten Jena und damit auch das Land Thüringen ein erstes MPI, das am 1. September 1993 eröffnet wurde.<sup>281</sup> In der Zwischenzeit hatten aber zwei der drei berufenen Direktoren, Schüller und Sinn, ihre Berufungen abgelehnt, Schüller aus persönlichen Gründen und Sinn, weil er Jena als Standort nicht für geeignet hielt.<sup>282</sup> In seinem Bericht hierzu stellte Zacher diese Episode als »ein signifikantes Beispiel für das Spannungsverhältnis

277 Mestmäker, Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften, 24. April 1992. Materialien der 156. Sitzung des Verwaltungsrates vom 3.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 156, fol. 428.

278 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 26–27.

279 Ebd., fol. 28.

280 Die Ablehnung Biedenkopfs folgte einem langen Interview mit Sinn, der laut Augenzeuge Minister Meyer nicht zu begreifen schien, dass die Entscheidung noch nicht gefallen war, und sich zunehmend in Verhandlungskonkreta verfiel. Hans Joachim Meyer, persönliche Mitteilung (E-Mail) an Mitchell G. Ash, 2.4.2021. Mit Dank an Herrn Meyer für die Zitierlaubnis.

281 Zur Bewerbung Jenas gehörte unter anderem ein aufwendiges Neubaukonzept, das auf Kosten der Jenoptik erstellt wurde. Vgl. Vermerk Dr. Marsch, Betr. Gespräche des Präsidenten mit Dr. Bernhard Vogel, am 23.2.1993 in Erfurt, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 99–102; Realisierungskonzept Mehrzweckgebäude, Max-Planck-Gesellschaft Institut für Wirtschaftswissenschaften Jena Stoystraße 3, 14.12.1992. Ebd., fol. 170–185.

282 Vgl. hierzu Hans-Werner Sinn: *Auf der Suche*, 2018, 672. Dort heißt es, der zuständige Dekan habe ihm zunächst einen schönen Altbau in der Jenaer Innenstadt gezeigt, bei einem späteren Besuch jedoch ein anderes, schlechter gelegenes angepriesen, weil das erste, eine Klinik, doch nicht geräumt werden konnte. Die eben genannten Neubaupläne werden hier nicht erwähnt.

zwischen ›Harnack-Prinzip‹ und wissenschaftspolitisch gebotener Rücksichtnahme auf das Interesse an einer ausgewogenen regionalen Verteilung von Max-Planck-Instituten« dar.<sup>283</sup> Streit trat zur Eröffnung am 1. September 1993 in Jena allein an und behielt das Gründungskonzept einer politisch relevanten ökonomischen Grundlagenforschung bei. Doch wegen seiner bald danach einsetzenden, lang andauernden Krankheit war das ursprüngliche Vorhaben praktisch nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Berufung Ulrich Witts (Freiburg i. Br.), eines Vertreters der evolutionären Ökonomik, als zweiter Direktor im folgenden Jahr und die darauffolgenden Berufungen von Werner Güth (Berlin), Experte für evolutionäre Spieltheorie, 2001 und David Audretsch (Bloomington), Experte für Innovationsforschung, 2002 brachten eine starke Profiländerung des Instituts mit sich, die wenig mit dem Gründungsgedanken zu tun hatte.<sup>284</sup>

Das *MPI für Physik komplexer Systeme* ging aus theoretischen Überlegungen zur nichtlinearen Dynamik im Cluster Chemie, Physik und Materialwissenschaft hervor.<sup>285</sup> Der Anstoß hierzu kam aber indirekt von Zacher selbst. Nachdem er ein Referat von Ernst-August Müller, Direktor am MPI für Strömungsforschung in Göttingen, Anfang Oktober 1990 über die Arbeit seiner Abteilung im Bereich der nichtlinearen dynamischen Systeme gehört hatte, bat Zacher diesen um eine Darstellung des Forschungsstands. Darin pries Müller dieses Themenfeld als »eines der großen, noch ungelösten Probleme der Makrophysik« mit Relevanz für das Wetter, biologische Systeme oder das ihm selbst naheliegende Thema der Turbulenz. Die Untersuchung von einfachen nichtintegralen Systemen und der hierfür notwendige Übergang von kleinen zu großen Zahlen haben bereits »ganz neue Gesetzmäßigkeiten« hervorgebracht, für die »immer neue Anwendungen und Beispiele gefunden« würden.<sup>286</sup> Die Stellungnahme gab Zacher an Weidenmüller, Mitglied der »Präsidentenkommission DDR« (wie sie damals noch hieß) »unter dem Vorbehalt meiner fachlichen Inkompetenz« mit der Frage weiter, »ob aus diesem Bereich etwas für die Neugründungen in der früheren DDR in Betracht kommen könnte«.<sup>287</sup>

Das daraufhin von Weidenmüller verfasste knappe Memorandum mit dem Vorschlag zur Gründung eines MPI für »nichtlineare Dynamik« betonte das vorrangige Kriterium der Innovativität, in dem das Thema inhaltlich wie methodisch Brücken schlage zwischen »Teilgebieten der Physik, die bisher teilweise wenig

283 Zacher, Bericht des Präsidenten. Niederschrift der 134. Sitzung des Senats vom 17.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP, fol. 9.

284 Die »sich vom ursprünglichen Gründungskonzept entfernende Forschungsprofil« wird bestätigt und befürwortet in den Ausführungen zur Berufung von David B. Audretsch: Materialien der Sitzung des Senats am 23.11. in Düsseldorf, TOP 7.3.1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 320. Zur Weiterentwicklung des Instituts vgl. Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1663–1667.

285 Vgl. Ash, Die MPG im Kontext, 140–146 sowie Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 378–385.

286 Müller an Zacher, 9.11.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 393.

287 Zacher an Weidenmüller, 19.11.1990. Ebd., fol. 391.

miteinander zu tun zu haben schien[en]«. <sup>288</sup> Das Defizitargument fehlte nicht: In den USA gebe es Zentren an mehreren Standorten, die übergreifend arbeiteten, aber es »fehlt ein solches Zentrum in der Bundesrepublik und vielleicht in Europa«. <sup>289</sup>

Zur Umsetzung schlug Weidenmüller »ein reines Theorieinstitut« nach dem Modell des MPI für Mathematik in Bonn mit einer kleinen Kerngruppe vor Ort und einem großen Gästeprogramm vor: »Ein solches Institut könnte relativ schnell entstehen und würde nicht die erheblichen Investitionen brauchen, die für experimentelle Institute nötig sind«. Am Schluss nahm er eine Abgrenzung vor, die in der Folge immer wieder Thema werden sollte: »Fragetellungen aus den Biowissenschaften erfordern andere Kontakte, andere Personen und liegen außerhalb des hier beschriebenen Vorschlags.« <sup>290</sup>

Allerdings verlief die Mobilisierung institutioneller und personeller Ressourcen, hier die Herstellung des Konsenses innerhalb der CPTS und die Suche nach Direktoren, in diesem Fall nicht so glatt wie bei anderen Neugründungen. <sup>291</sup> Bedenken erhob man in der Sektion wegen mangelnder Kohärenz des Themas und des Fehlens experimenteller Ansätze. Trotzdem wurde eine Kommission unter dem Titel »Max-Planck-Institut für Nichtlineare Dynamik und Statistische Physik« eingerichtet. Die Beratungen der Kommission drehten sich weniger um Inhalte als darum, wer die Institutsleitung übernehmen sollte. Nachdem Siegfried Grossmann, Professor in Marburg und Kommissionsmitglied, nach reiflicher Überlegung absagte, sprang Peter Fulde, der wie erwähnt bereits amtierende Direktor am MPI für Festkörperphysik in Stuttgart war, als Gründungsdirektor ein (Abb. 11). In seinen Erinnerungen heißt es dazu: »Es war bekannt, dass ich ursprünglich aus Ostdeutschland kam und dass ich den Aufbau einer leistungsstarken Wissenschaftslandschaft in den Neuen Bundesländern als gesamtdeutsche Pflicht ansah.« <sup>292</sup>

Allerdings fand Fulde die Bezeichnung nichtlineare Dynamik »nicht angemessen« und schlug den Namen Physik komplexer Systeme vor: »Das war allgemein genug und ließ entsprechend Spielraum für verschiedene Aktivitäten«. <sup>293</sup> Vom Standpunkt der MPG-Innenpolitik mag zudem von Vorteil gewesen sein, dass das Wort »Physik« im neuen Namen die von Anfang an beabsichtigte Abgrenzung

288 Memorandum zur möglichen Neugründung eines Max-Planck-Instituts für Nichtlineare Dynamik in einem der neuen Bundesländer, o. D. Mit handschriftlichem Eintrag: »verfasst von Weidenmüller«. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin, Bl. 1. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 93.

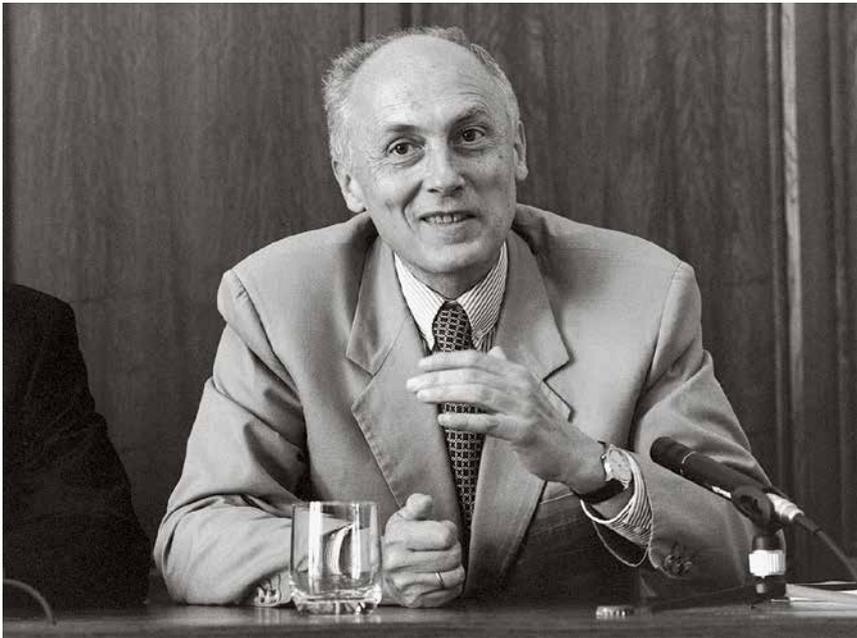
289 Ebd., Bl. 2, fol. 94.

290 Ebd., Bl. 3, fol. 95.

291 Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalische-Technische Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5.6.1991 in Berlin, Bl. 15–16. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 10–11.

292 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 188.

293 Ebd., 189.



**Abbildung 11:** Peter Fulde: Ehemals Direktor am MPI für Metallforschung in Stuttgart, ab Juni 1993 Gründungsdirektor am MPI für Physik komplexe Systeme in Dresden. *MPG-Spiegel* 4/93, 19. *MPG-Spiegel* 4/93, 19. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

vom damals noch aktuellen Vorschlag aus der BMS zur Gründung eines MPI für Theoretische Biologie deutlicher machte.

Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen kam es allerdings erst im November wegen des mehrfach erwähnten Berufungs- und Umsetzungsstopps im Juni. Im hierfür von der CPTS vorgelegten Konzept rekurrierte man auf das Memorandum Weidenmüllers und ergänzte dieses um einen wissenschaftspolitischen Aspekt.<sup>294</sup> Demnach seien komplexe Systeme »gekennzeichnet durch irreguläre Bewegungen in Zeit und Raum, wobei kleine Ursachen oft große Wirkungen zeigen«. Es handele sich »um einen wichtigen Themenbereich der theoretischen Physik, der weltweit eine große und wachsende Rolle spielt« und in dem »viele Gebiete der Physik und benachbarter Disziplinen integriert sind«. <sup>295</sup> Wissenschaftspolitisch betrachtet sei »die Offenheit des Instituts nach außen« von Vorteil; so könne das MPI »in besonderer Weise stimulierende Wirkung in der

294 Vgl. zum Folgenden Materialien zum TOP 3: Gründung eines Max-Planck-Instituts für Physik Komplexer Systeme und Berufung Peter Fuldes als Direktor am Institut, Materialien der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 161–163.

295 Ebd., fol. 162.

sich neu strukturierenden Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern entfalten«. Das Harnack-Prinzip war in diesem Fall einfach zu erfüllen, schließlich war Fulde schon seit mehreren Jahren MPI-Direktor. Deshalb stand bereits in der Tagesordnung der Senatssitzung, in der die Gründung beschlossen wurde, dass für diesen Berufungsbeschluss nur eine Lesung nötig sei.<sup>296</sup>

Die Laudatio auf Fulde hob die »außerordentliche Breite« seiner Forschungen sowie seine durch viele gemeinsame Publikationen dokumentierte Bereitschaft, mit jüngeren Forscher\*innen zusammenzuarbeiten, außerdem sein vielfältiges Engagement im Wissenschaftsbetrieb und insbesondere seine Persönlichkeit hervor: »Seine gewinnende Art, seine Offenheit, Wärme und Fähigkeit, sich und andere zu begeistern, werden für die Aufbauphase und für die Verwirklichung der vorgesehenen Arbeitsweise des Instituts wesentlich sein.«<sup>297</sup> Dass er aus der ehemaligen DDR kam und während des Physikstudiums in den Westen gegangen war, stand ohnehin im vorliegenden Lebenslauf.<sup>298</sup>

Die Überzeugungsarbeit für diese Gründung begann mit der öffentlichen Festrede Hans Weidenmüllers bei der Hauptversammlung in Dresden im Juni mit dem Titel »Komplexe Systeme in der Physik«, die als eine Art Werbung für dieses Thema verstanden werden kann.<sup>299</sup> Fulde beschrieb die Rede im Nachhinein als »eine Art Vorankündigung« des Gründungsbeschlusses, obwohl »der künftige Standort« des Instituts »damals noch unklar war.«<sup>300</sup>

In der Senatssitzung selbst mobilisierte der Sektionsvorsitzende Wegner gezielt einen auf Nichtphysiker ausgerichteten Popularisierungsdiskurs.<sup>301</sup> So nannte er die Lawine, die am Berg durch einen kleinen Stein ausgelöst wird und im Tal alles verschlingt, als wohlbekanntes Beispiel dafür, dass kleine Ursachen sehr große Wirkungen zeitigen könnten. Die theoretische Physik wolle erkennen, welche Gesetzmäßigkeiten solchen Phänomenen zugrunde lägen, die sich dem vertrauten, linearen Denken entzögen und nicht nur bei Naturkatastrophen aufträten,

296 Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 4.

297 Laudatio Peter Fulde, Materialien der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 173.

298 Lebenslauf Peter Fulde, ebd., fol. 174.

299 Hans A. Weidenmüller: *Komplexe Systeme in der Physik*, 1992, 23–33.

300 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 187. Der Vortragstext Weidenmüllers endete mit einer persönlichen Bemerkung, die hier relevant ist: »Dort, wo Sie sitzen, habe ich als Schüler vor über 40 Jahren manchen Abend verbracht. Damals war das Schauspielhaus Heimstatt sowohl der Oper als auch der Schauspielbühne und der Konzerte der Staatskapelle. Als Überlebende in einer brutal zerstörten Stadt, in der Schule mit den Betissen kommunistischer Doktrin gefüttert, habe ich hier eine andere Welt kennen und lieben gelernt. Es bewegt mich sehr, dass ich heute in dieser Stadt und von dieser Bühne zu Ihnen sprechen darf. Ich danke Ihnen.« Hans Weidenmüller: *Komplexe Systeme in der Physik*. Typoskript. Materialien zur 43. Ordentlichen Hauptversammlung in Dresden, 2.–5.6.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 351, fol. 107.

301 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 25–27.

sondern in vielen Bereichen wie etwa »bei der Photoanregung einzelner Atome oder Moleküle, im starken Laserlicht, in Neutronenstrahlen, als Turbulenzen in Strömungen und bei Phänomenen im Kosmos« zu beobachten seien. Das bereits genannte Defizit gegenüber der USA wurde wieder einmal bemüht. Einleitend wies Zacher auf den im Juni für Neugründungen in den NBL beschlossenen Finanzierungsvorbehalt hin, was vielleicht für die Bevorzugung weniger teurer Neugründungen sprechen sollte. Der Beschluss fiel einstimmig mit einer Enthaltung aus.

Die darauffolgende Standortsuche wurde durch die Finanzkrise der MPG und die bereits zu dieser Zeit laufenden Verhandlungen zwischen München und den NBL-Regierungen, in denen Standort- und Finanzierungsthemen miteinander verwoben waren, verkompliziert. Für Fulde fiel die Entscheidung für Dresden (und gegen Leipzig) vor allem wegen der Kooperationschancen mit der dortigen TU »relativ klar aus«. <sup>302</sup> Minister Meyer setzte sich dafür im Juni mit einem Angebot zur teilweisen Deckung der voraussichtlichen Baukosten aus dem Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) des Bundes und zur Unterstützung von »vollen Kooperationsrechten« mit der TU im Rahmen einer Honorarprofessur behetzt ein. <sup>303</sup>

Die Zustimmung der allgemeinen Politik, hier der AG »DFG-MPG« der BLK, kam dieses Mal sehr rasch, ebenfalls im Juni 1993, allerdings mit einem Vorbehalt der Vertretung Thüringens, die ihre Forderung nach einem ausgewogenen Standortskonzept der MPG noch nicht als erfüllt ansah. <sup>304</sup> Die Berufung Fuldes wurde infolge der Finanzkrise noch im März 1993 als noch nicht ausgesprochen geführt. <sup>305</sup> Das Umberufungsangebot erhielt Fulde erst im Mai, nachdem der finanzielle Engpass der MPG vorbei zu sein schien; er nahm die Berufung sofort am 1. Juni 1993 an – bevor der Standort Dresden mithilfe des Angebots von Minister Meyer über die BLK besiegelt wurde – und trat bereits am 1. Juli als Direktor an. <sup>306</sup> Der Plan, bald einen zweiten Direktor zu berufen, erlitt einen herben Rückschlag durch den Unfalltod des dafür vorgesehenen Dieter Wintgen

302 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 190.

303 Meyer an Zacher, 8.6.1993. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 85–87.

304 Manfred Betz, Vermerk, Ausschuss Forschungsförderung. Für die MPG wichtige Ergebnisse der Sitzung von 25. Mai 1993 in Potsdam, 26.5.1993. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.06.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 210.

305 Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 36.

306 Fulde an Zacher, 1.6.1993, Vorlauf und Nachlauf der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829, fol. 71. Vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829, fol. 10; Gespräche des Generalsekretärs mit Minister Meyer über die Vorhaben der Max-Planck-Gesellschaft in Sachsen am 24.5.1993 in Dresden, ebd., fol. 72–73; Materialien der 134. Sitzung des Senats vom 17.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP, fol. 56–57.

im August 1994. Daraufhin stimmte Zacher dem Vorschlag Fuldes zu, alle Kräfte in den Neubau zu stecken und auf selbstständige Nachwuchsgruppen zu setzen.<sup>307</sup> Die Berufung von Jan-Michael Rost (Freiburg i. Br.) als zweiter Direktor folgte aber relativ bald 1998.<sup>308</sup>

### 3.3.2.3 Nicht realisierte Neugründungen

Wie eingangs dargelegt, geht es in dieser Studie um die Neuverhandlung der Möglichkeiten wissenschaftlicher Forschung in politischen Umbruchzeiten. Eine Möglichkeit, diese Perspektive zu schärfen, besteht darin, nicht allein die erfolgreichen MPI-Neugründungen, sondern auch jene Neuvorhaben, die nicht realisiert wurden, wenigstens kurz in den Blick zu nehmen. Im Folgenden werden zwei solche Neuvorhaben besprochen: theoretische Biologie und Erforschung der europäischen Aufklärung. Beide Vorhaben wurden in öffentlichen Darstellungen und Berichten der MPG jahrelang als geplante MPI-Gründungen geführt und dann fallen gelassen, weil es an einem oder mehreren der immer wieder betonten MPG-internen Kriterien für eine MPI-Gründung fehlte. Anhand dieser Beispiele wurden MPG-innenpolitische Grenzen der ansonsten erfolgreichen Expansionsstrategie der MPG in den NBL sichtbar.

Der Vorschlag eines *MPI für theoretische Biologie* stand auf der Empfehlungsliste der BMS bereits Ende 1990, allerdings mit zweiter Priorität.<sup>309</sup> Initiator des Vorschlags war Manfred Eigen, Direktor am MPI für physikalische Chemie und Spektroskopie und Chemienobelpreisträger. Im Gespräch mit den Vizepräsidenten skizzierte Zacher im Juli 1991 die Pläne Eigens, seine Arbeiten zur molekularen Evolution im Rahmen eines neuen MPI in den NBL fortzusetzen. Neben der grundsätzlichen Frage, ob eine Neugründung für einen Emeritus zulässig sei, stellte sich auch in diesem Fall die Frage nach der Zuordnung zu einer Sektion, da Eigen das Vorhaben nicht in der fachlich zuständigen BMS, sondern in der eigenen CPTS ansiedeln wollte. Thomas Trautner stufte das Thema als »Max-Planck-gemäß«, aber konzeptionell noch nicht ausgereift ein und hatte Vorbehalte gegen potenzielle Anwendungen im biotechnologischen Bereich. Konsens fand der Vorschlag, das Projekt an der BMS mit »Diskussionsverbindungen zur CPT-Sektion« anzusiedeln.<sup>310</sup>

307 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 200–201; Mitchell G. Ash: Interview mit Peter Fulde. Dresden 28.2.2020. DA GMPG, ID 601061.

308 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats vom 26.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 12 verso.

309 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, Anlage 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 130.

310 Ebersold, Besprechung über den Institutsgründungsvorschlag »Theoretische Biologie« von Prof. Eigen, Göttingen vom 26.7.1991, 29.7.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 341, fol. 92–93.

Eine gemeinsame Kommission der beiden Sektionen wurde tatsächlich unter der Leitung des damaligen stellvertretenden BMS-Vorsitzenden Hahlbrock eingerichtet. Dieser berichtete im März 1993, dass die Kommission ein erfolgreiches Symposium zum Thema im Dezember 1992 ausgerichtet habe, um einen Überblick über »das Reservoir an berufbaren Wissenschaftlern« zu gewinnen. Die Schwerpunkte sollten nun Neurobiologie, Evolutions- und Entwicklungsbiologie und molekulare Dynamik sein, es sei »ein konkretes Konzept jedoch bisher noch nicht vorbereitet worden«. <sup>311</sup> Dabei ließ man im Unklaren, wer für die Erstellung eines solchen Konzepts außer Eigen selbst eintreten sollte.

In der Junisitzung der CPTS informierte Eigen die Kolleg\*innen mündlich über seine Fassung des Gründungskonzepts, die sich von der der Kommission unterschied. <sup>312</sup> Demnach mache die Molekularbiologie einen »Paradigmenwechsel« durch und benötige »die Einbeziehung der Theorie«, um weiterzukommen. Wie im Falle der nichtlinearen Dynamik sollten auch hier grundlegende theoretische Fragestellungen wie die Entstehung genetischer Information oder die Unterschiede zwischen belebten und unbelebten Systemen verfolgt werden. Als geeigneter Standort komme »in Anbetracht der politischen Vorgaben«, Neugründungen in den NBL vorzunehmen, Jena in Betracht. Gegen den Einwand, dass die theoretische Biologie noch an keiner deutschen Universität vertreten sei, antwortete Eigen, es solle »Anliegen der MPG sein, hier die Pionierleistung zu erbringen«, zumal geeignete Personen für die Leitung vorhanden seien. Der Sektionsvorsitzende Gerhard Wegner machte jedoch klar, dass sich die Sektion erst dann mit diesem Thema wieder befassen werde, wenn ein Konzept vorliege.

Als weiteres Hemmnis erwies sich die Frage der Vernetzung dieses Vorhabens mit der Arbeit des MPI für Physik komplexer Systeme, das, wie bereits gezeigt, von Anfang an von biologischen Fragestellungen getrennt gehalten werden sollte. Peter Fulde meinte, »für jede Zusammenarbeit offen« zu sein, wies aber auf die »recht deutlichen« inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden Projekten hin. <sup>313</sup> Zum Bedauern Eigens kam es wohl vor allem wegen dieser unterschiedlichen inhaltlichen Prioritäten nicht zu einer Koordination der beiden Initiativen. <sup>314</sup>

311 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen-Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 2. März 1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1828, fol. 16 verso-17 recto.

312 Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen-Sektion des wissenschaftlichen Rates am 16 Juni 1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829, fol. 22-23.

313 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalischen-Technischen-Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 2. März 1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1828, fol. 17. Im Senat begegnete man diesbezüglichen Fragen mit dem Hinweis darauf, dass Fulde an dieser intersektionellen Kommission beteiligt sei. Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 26.

314 Dass dies auf inhaltliche Differenzen zurückging, ist dem Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des wissenschaftlichen Rates am 6.3.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1826, fol. 15 recto, zu entnehmen.

Das Vorhaben wurde im Jahresbericht 1993 unter »Beratung weiterer Gründungsvorhaben« erwähnt,<sup>315</sup> im Jahresbericht 1994 aber nicht mehr genannt. Ob es zu einem Negativbeschluss der Sektion kam oder man das Projekt leise fallen ließ, ist noch unklar. Was in diesem Falle anscheinend fehlte, war die fokussierte institutionelle Arbeit, die es gekostet hätte, den theoretisch brillanten Vorstoß Manfred Eigens mit einem ausgearbeiteten Konzept sowie einem durchargumentierten Personalvorschlag zu untermauern.

Im Falle der Aufklärungsforschung sollte im Unterschied zum MPI für Wissenschaftsgeschichte ein MPI aus einem der geisteswissenschaftlichen FSPs tatsächlich hervorgehen. Wie bereits berichtet, hatte die im Januar 1992 eingesetzte Kommission der GWS die Aufklärungsforschung neben der Wissenschaftsgeschichte als Kandidatin für ein Gründungsverfahren empfohlen.<sup>316</sup> Ein erstes Konzept legte Michael Stolleis, Direktor am MPI für Rechtsgeschichte, in der GWS-Sitzung im Mai vor. Abweichend von der Empfehlung des WR schlug er vor, »Pietismus« durch »Aufklärungstheologie« zu ersetzen und damit die enge Anbindung an die bestehende, positiv evaluierte Pietismusforschung in Halle etwas zu lockern.<sup>317</sup> »Allgemeine Übereinstimmung« bestand des Weiteren darin, dass die voridealistische Philosophie vernachlässigt werde und als Betätigungsfeld für die Mitarbeiter\*innen des FSP »Erforschung der europäischen Aufklärung« geeignet sei.<sup>318</sup>

Bis März 1993 hatte sich die Situation offenbar geändert. In der Sitzung des VR berichtete Weinert, dass die Beratungen der Kommission »stagnierten und es fraglich sei, ob eine Empfehlung zustande kommen werde.«<sup>319</sup> An einem solchen Institut müssten »Forscher aus den Disziplinen Religionswissenschaften, Philosophie und Wissenschaftssoziologie vertreten sein [...], wobei der Schwerpunkt im Bereich Philosophie liegen sollte«. Doch gerade in diesem Bereich tat sich die Kommission schwer, eine für die Leitung geeignete Persönlichkeit zu finden. Als Alternative erwog sie »die Besetzung der zentralen Direktorenstelle mit einem Kulturhistoriker«; aber der französische Wissenschaftler, den man für »besonders geeignet« hielt, nahm die ihm angebotene Aufgabe nicht an. Weil diese Absage das angedachte Institutskonzept infrage gestellt habe, beschloss die Kommission daraufhin, das Projekt ad acta zu legen.<sup>320</sup> Die Idee eines Instituts mit mehreren

315 *MPG-Jahresbericht* 1993, 30.

316 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1492, fol. 7.

317 Zur WR-Empfehlung vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 87–90.

318 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 13.5.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 13.

319 Niederschrift der 158. Sitzung des Verwaltungsrates der Max-Planck-Gesellschaft am 18.3.1993 in Frankfurt/Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 8. Vgl. zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 18.10.1993 in Heidelberg, Bl. 7. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 248.

320 Stand des Aufbaus von Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, September 1993. Materialien der 135. Sitzung des Senats am 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 213, Fn. 2.

Abteilungen und Direktor\*innen scheint in diesem Fall – wieder im Unterschied zum MPI für Wissenschaftsgeschichte – nicht erwogen worden zu sein. Zur Gründung eines Forschungszentrums europäische Aufklärung in Potsdam auf der Grundlage des 1992 eingerichteten FSP kam es trotzdem 1996, doch wurde es 2007 infolge negativer Evaluierungen wieder geschlossen.

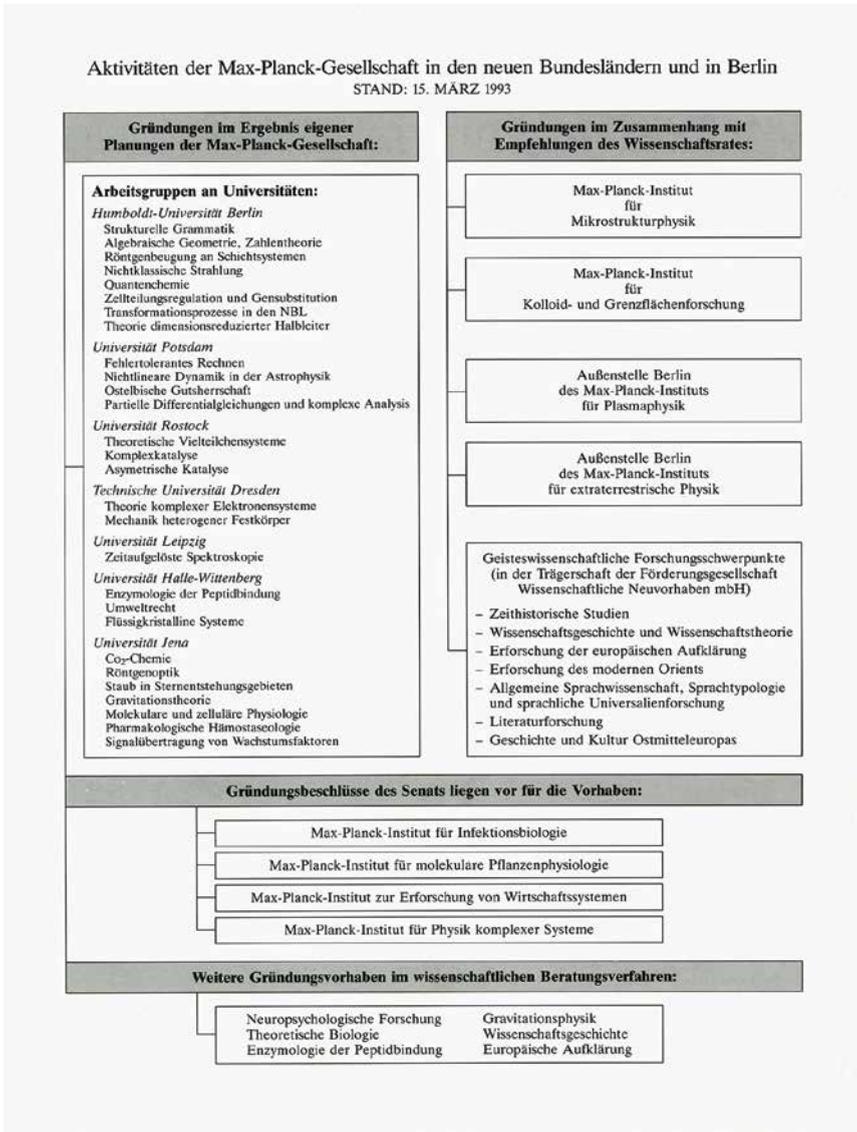
In diesen beiden Fällen sind Grenzen der ansonsten erfolgreichen Expansionsstrategie der MPG der Auftragserfüllung nach eigenem Ermessen zu erkennen. Der offen gegenüber allen politischen Instanzen vorgetragene Wunsch der MPG-Leitung, dass die MPG selbst bestimme, wie die Chancen einer Expansion in die NBL zu nutzen seien und wie sie mit den Empfehlungen des WR umgehen wolle, trug das Risiko des Scheiterns bereits in sich. In Fällen wie diesen kam es gar nicht erst zu den politisch bedingten Schwierigkeiten im Umgang mit den Ressourcen Geld oder Infrastruktur, die im Rahmen der beschlossenen MPI-Gründungen eine wichtige Rolle spielten.

### 3.3.3 Zwischenfazit

Obwohl mehrere der hier genannten MPI-Neugründungen in der NBL auf der ersten Vorschlagsliste vom Dezember 1990 standen, kann von der Verwirklichung eines vorab in der Zentrale entworfenen Plans nur zum Teil die Rede sein. »Eigene Initiative« bedeutete vielmehr ein Bottom-up-Verfahren, betrieben vom Einsatz motivierter MPG-Mitglieder, die es verstanden, das komplexe Prozedere der MPG für Neuvorhaben geschickt zu handhaben. Immer wieder wurden in den Sektionen Abstriche von tradierten Standards für Neuvorhaben vorgenommen oder hingenommen. Zum Beispiel wurden Gründungsbeschlüsse mit nur einem Berufungsvorschlag mit Verweis auf das politische Gesamtprojekt akzeptiert.

Bei fast allen MPI-Neugründungen in dieser Phase dominierte im Begründungsdiskurs die Rhetorik einer nachholenden Innovation; gemeint ist das Hinaufziehen eines in Deutschland bislang mangelhaft oder gar nicht institutionalisierten Themenfeldes zur internationalen Spitzenforschung. Als Direktor\*innen berief man häufig Kolleg\*innen, die man aus früheren Tätigkeiten an MPIs kannte oder die wie Peter Fulde, Jürgen Ehlers und Thomas F. Meyer bereits MPI-Mitglieder waren. Vom Profil der MPG aus betrachtet dominierten zumindest in dieser Phase Ergänzungen bestehender Cluster, doch in den Fällen der Wissenschaftsgeschichte, der Physik komplexer Systeme und der Erforschung der Wirtschaftssysteme sind deutliche Profilerweiterungen festzustellen.

Zu den immer wieder mobilisierten diskursiven Ressourcen dieser Phase gehörten die offiziellen öffentlichen Darstellungen der Expansion, bei denen allerdings ein bemerkenswerter subtiler Wandel festzustellen ist. Schon 1990 war zwar in internen Vermerken sowie in Mitteilungen an die Gremien von kurz- und längerfristigen Schritten die Rede, doch zu einer einheitlichen, von allen Beteiligten mitgetragenen Kommunikationsstrategie scheint es erst 1993 gekommen zu sein.



**Abbildung 12:** Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und in Berlin. Stand: 15.3.1993. Mit geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten. Quelle: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft: Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993, 45 verso.

Die oben stehende Grafik (Abb. 12) aus der bereits zitierten »Zwischenbilanz« der Aktivitäten der MPG in den NBL zeigt ein umfassendes Bild der Situation im März 1993. Dort unterschied man Einrichtungen, die aus den Empfehlungen des WR hervorgegangen waren, und solche, die aus Eigeninitiativen der MPG entstanden waren. Erst später im selben Jahr, namentlich im Jahresbericht 1993, der 1994 erschien, unterschied man zwischen einem »Sofortprogramm«, bestehend aus den befristeten AGs und den ebenfalls befristeten, nunmehr so genannten geisteswissenschaftlichen Zentren ohne die inzwischen abgeschlossenen Einzelkooperationen, und einem »Langzeitprogramm« – den MPI-Neugründungen.<sup>321</sup> Fortan wurde dieses Muster zur Richtschnur der Selbstdarstellung der Tätigkeit der MPG in den NBL.

In der GV wie im Präsidium der MPG war man mit der außergewöhnlichen Mobilisierung personeller und institutioneller Ressourcen, die in dieser Phase – man könnte sie wohl »Gründerzeit« nennen – geschehen war, sehr zufrieden. Eine erste Rückschau in den Materialien zur VR-Sitzung im März 1992 ist im Rahmen dieser Analyse insbesondere wegen der Sprache, in der sie gehalten war, aufschlussreich:

Nimmt man das Potential der Arbeitsgruppen zusammen, entspricht es dem von drei oder auch vier Max-Planck-Instituten mittlerer Größe. Tatsächlich aber waren achtundzwanzig Gründungsprozesse, achtundzwanzig Berufungsverfahren und Verhandlungen über achtundzwanzig Kooperationsverträge mit Universitäten zum Erfolg zu führen; dass daneben noch zwei neue Max-Planck-Institute unter höchstem Zeitdruck errichtet, die Empfehlung des Wissenschaftsrates zu den geisteswissenschaftlichen Zentren umgesetzt und schließlich acht »originäre« Gründungsvorhaben in Kommissionen vorbereitet werden konnten, berechtigt zu der Feststellung, dass insbesondere die Wissenschaftler der Gesellschaft hier eine ganz außerordentliche Aufgabe mit einem persönlichen Einsatz bewältigt haben, den man nur als vorbildlich bezeichnen kann.<sup>322</sup>

Bei alledem sollte mitgedacht werden, dass das Personal der GV der MPG im ersten Jahr der Vereinigung zunächst keine Ergänzung erfuhr. Damit mussten dieselben Personen ihre bisherige Arbeit und auch die Aufbauarbeit der MPG in den NBL – eine »Explosion unserer Geschäfte«,<sup>323</sup> wie Zacher sie einmal nannte – tragen. Im November 1991 wurden »nach langwierigen Verhandlungen« mit den Zuwendungsgebern und dem bayrischen Obersten Rechnungshof 20 zusätzliche Planstellen für die GV bewilligt, sie waren allerdings nur bis 1996 befristet.<sup>324</sup>

321 Vgl. hierzu *MPG-Jahresbericht* 1993, 31.

322 Bericht zu TOP 2 – Förderungsmaßnahmen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. Materialien zur 155. Sitzung des Verwaltungsrates vom 12.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP, fol. 62.

323 Tonbandaufzeichnungen über die 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 603.

324 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt. Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 18.

An dieser Stelle sei noch einmal an die wissenschaftshistorische Kernfrage dieser Analyse erinnert, ob die deutsche Vereinigung in dieser Phase wie auch später in erster Linie für die politisch notwendige Unterbringung positiv evaluierter ostdeutscher Wissenschaftler\*innen als Gelegenheit zur Durchsetzung von schon vor der Vereinigung bestehenden Vorstellungen, als Chance zur Realisierung genuin neuer Ansätze bzw. zum Nachholen anderweitig erfolgreicher Innovationen mobilisiert wurde. Für jede dieser Interpretationsmöglichkeiten gibt es Indizien im jeweiligen Einzelfall, aber keine greift im Allgemeinen.

Im Falle der AGs und der FSPs bzw. GWZs ging es in der Tat auch um die Übernahme einer kleinen Anzahl positiv evaluierter ostdeutscher Wissenschaftler\*innen, die ihrerseits von MPG-Mitgliedern (im Falle der GWZs unter Heranziehung externer Berater\*innen) aus einem viel größeren Pool der AdW-Mitarbeiter\*innen ausgewählt wurden. Darüber hinaus ging es um die von den AG-Leitern ausgewählten Mitarbeiter\*innen und deren zumindest zeitweilige Integration an den Hochschulen der NBL. Das alles ließ sich mit Abstrichen – aus den oben genannten politischen Gründen und mit kaum vermeidbaren Schwierigkeiten institutioneller und anderer Art – in der Tat positiv an. Wie erfolgreich man am Ende der jeweils gesetzten Frist war, wird am Schluss dieser Studie zu bilanzieren sein.

Im Falle des längerfristigen Engagements der MPG, namentlich der Institutsneugründungen, scheint hingegen nach den bisherigen Ausführungen deutlich geworden zu sein, dass die Übernahme ostdeutscher Forscher\*innen nur dort, wo dies politisch notwendig erschien, also in den beiden »induzierten« Neugründungen, und selbst dann in relativ begrenztem Umfang geschah. Außerdem fand das alles bis 1995 mit nur einer Ausnahme (Johannes Heydenreich) unter westdeutscher oder ausländischer Leitung statt. Die Forschungsansätze, an die man anknüpfen wollte, kamen im Wesentlichen aus dem westlichen Ausland, vornehmlich aus den USA, und sollten überwiegend in den NBL realisiert werden.

Man darf bei alledem nicht aus den Augen verlieren, dass gleichzeitig auch andere Themen behandelt wurden, beispielsweise europapolitische Fragen und die Diskussion über ein Engagement der MPG im östlichen Europa. Durch diese Parallelverläufe war eine transnationale Dimension in der Arbeit der MPG eigentlich schon immer präsent. In der Senatssitzung am 22. November 1991 wurde die Frage nach der Gewichtung dieser Engagements kurz aufgeworfen. Nach einer eingehenden Beratung mit skeptischen Bemerkungen des anwesenden Ministers Riesenhuber, der auf die bestehenden umfangreichen Programme des DAAD und der Humboldt-Stiftung hinwies und eine Projektförderung empfahl,<sup>325</sup> und von Helmut Schmidt, der wegen der Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen in Osteuropa von einem Engagement dort ganz ab- und einer Konzentrierung auf die NBL zuriet, beschloss Zacher, das Engagement der MPG in Osteuropa trotz der

325 Ebd., fol. 19. Genau das schlug Zacher einen Monat später in einem Brief an Riesenhuber vor. Siehe unten.

Bedenken Schmidts fortzusetzen.<sup>326</sup> Doch nur einen Monat später informierte Zacher Riesenhuber, dass dies mit Eigenmitteln der MPG nicht mehr aufrechterhalten sei, weshalb er nun doch eine Projektförderung vorschlug.<sup>327</sup> Warum dieser plötzliche Wandel eintrat, ist Thema des folgenden Abschnitts.

### 3.4 Phase 3: Die erste Finanzkrise und ihre Überwindung (1991–1993)

Die Realisierung der eben beschriebenen MPI-Neugründungen in den NBL war keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr hing sie vom Ausgang der Finanzkrise der deutschen Vereinigung ab, die sich 1991 anzukündigen begann. Wie nunmehr zu zeigen ist, war die Expansion der MPG in die NBL erst auf der Grundlage des im März 1993 beschlossenen »Solidarpakts des Bundes und der Länder« möglich, der die Finanzierung des politischen Projekts »Aufbau Ost« neu regelte.

#### 3.4.1 Die Finanzkrisen der deutschen Vereinigung und der MPG

Bekanntlich erwiesen sich die zu Wahlkampfzwecken propagierten optimistischen Annahmen über die Finanzierbarkeit der deutschen Vereinigung nach dem Konjunkturabsturz in den NBL als falsch; Andreas Rödder spricht von »fundamentalen Fehleinschätzungen auf allen Seiten«, mit denen die Deutsche Einheit in Angriff genommen worden sei.<sup>328</sup> Schon mit der Bekanntgabe des Haushaltsentwurfes der Bundesregierung für 1992 und der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes für die Jahre 1992 bis 1996 im Juli 1991 wurde deutlich, dass die deutsche Vereinigung doch nicht wie anfangs angenommen durch »eine Kombination aus Erträgen aus der Privatisierung des Vermögens (früher: ›Volkseigentum‹) der DDR [...] und den segensreichen Kräften eines zweiten ›Wirtschaftswunders‹« sowie des kurzfristig angelegten Fonds Deutsche Einheit zu begleichen sein würden.<sup>329</sup>

Anzeichen eines bevorstehenden Verteilungskampfes auch in der Forschungspolitik des Bundes waren bereits im Sommer 1991 bei den Ressortverhandlungen

326 Ebd., fol. 22–23.

327 Zacher an Riesenhuber, 13.12.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 79–82.

328 Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 363. Zur Debatte darüber, welche Fehleinschätzungen dabei ausschlaggebend waren, vgl. Gerhard A. Ritter: *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007a; Gerhard A. Ritter: *Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz*, 2009, 537–552; und Karl-Heinz Paqué: *Die Bilanz*, 2009, Kap. 1 und Abs. 2.1.

329 Oliver Schwinn: *Die Finanzierung der deutschen Einheit*, 1997, 8, 236.

zum Haushalt 1992 zu erkennen.<sup>330</sup> Zwar standen für das BMFT im endgültigen Entwurf des Bundeshaushalts statt ursprünglich 8,4 nunmehr 9,252 Milliarden DM, ein Plus von 9,7 Prozent gegenüber 1991, doch reichte der Zuwachs nicht annähernd an denjenigen für andere Ressorts heran.<sup>331</sup> Zudem waren die zusätzlichen Mittel laut eines DPA-Berichtes nicht für die ABL, sondern die NBL vorgesehen.<sup>332</sup> Damit wurde klar, dass auch im Etat des BMFT Kürzungen im Westen unvermeidlich sein würden, wollte man die Kosten der Vereinigung stemmen. Eine politisch gesteuerte Neubestimmung der Ressourcen Zeit und Geld war geschehen, deren Folgen für die Wissenschaftspolitik und daher für die Handlungsmöglichkeiten der MPG in beiden Teilen Deutschlands als Ergebnis zäher Verhandlungen zu begreifen sind.

Die Folgen dieser veränderten Finanzlage für die MPG waren vorerst unklar. Es stellten sich zwei Fragen: (1) ob und wie der bereits erwähnte, im Dezember 1989 von Bund und Ländern gefasste Beschluss, die Mittel für die DFG und die MPG über die nächsten fünf Jahren um jeweils 5 Prozent zu steigern (»5×5-Beschluss«), trotz der grundlegend gewandelten Finanzlage noch zu halten war, zumal hohe Tarifabschlüsse im Westen diese Mittel ohnehin faktisch aufgebraucht hatten;<sup>333</sup> (2) ob und wie Verteilungskämpfe innerhalb der MPG in dieser Situation zu vermeiden waren.

Im Hinblick auf Frage (1) offenbarte sich die Ratlosigkeit auch der allgemeinen Politik im November 1991, als sich in der Senatssitzung eine im Nachhinein fast peinlich zu lesende Diskussion unter Beteiligung Riesenhubers selbst darüber entfaltete, ob mit dem »5×5-Beschluss« ein nominelles oder reales Budgetwachstum gemeint gewesen sei.<sup>334</sup> Zacher selbst stellte in der Senatssitzung vom 30. März 1992 fest, dass die MPG bei den bereits erwähnten Gründungen der MPIs für marine und terrestrische Mikrobiologie 1990 von der Annahme eines realen Budgetzuwachses ausgegangen sei und sich damit »selbst noch einmal überfordert« habe.<sup>335</sup> Im Oktober 1991 hatte Hasenclever in einer Sektionssitzung schon klargestellt, dass Umschichtungen innerhalb des MPG-Haushalts von den ABL in

330 Hajo Keppner, Schwere Haushaltszeiten für den Forschungsminister angebrochen. *dpa – Dienst für Kulturpolitik*, 22/1991, 5–6. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 314, fot. 281–282.

331 Der erste gesamtdeutsche Haushalt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 313, fot. 343; Richard Sietmann: Down to the Bone. East German Science Gets Cut. *Science* 1.3.1991, ebd., fot. 344–345.

332 Streit um knappes Forschungs-Geld – Großforschung soll sparen. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 27 (1991), AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 315, fot. 13.

333 Schon in der Senatssitzung im März 1990 wies Senatsmitglied Birgit Breuel (damals noch Finanzministerin Niedersachsens) darauf hin, dass die Steigerung der Personalkosten durch Tarifabschlüsse und die Inflation den Budgetzuwachs von 5 Prozent »fast abgeschmolzen« habe. Niederschrift der 124. Sitzung des Senats vom 15.3.1990 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP, fol. 21.

334 Vgl. Stenographische Notizen zur 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 661–667.

335 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats am 13.3.1992 in München, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 12–13.

die NBL deshalb nicht möglich seien, weil man schließlich drei MPI-Gründungen in den ABL »noch vor der Vereinigung« beschlossen habe, »deren Aufbau jetzt vollzogen werden müsse«.<sup>336</sup>

In seinem Bericht in der Senatssitzung vom November 1991 stellte Hasenclever unverblümt fest: »Die Situation des Betriebs-Haushalts 1991 ist sehr kritisch«. Weil die Tarifsteigerungen über 5 Prozent hinausliefen, bestehe eine Deckungslücke vor allem im Personalhaushalt, die im Rahmen des Gesamthaushalts nicht im vollen Umfang ausgeglichen werden könne.<sup>337</sup> Wenig später schrieb GV-Mitarbeiter Manfred Betz in einem Vermerk zur Vorbereitung der nächsten Sitzung der AG »DFG-MPG« am 14. Januar 1992 von einem »strukturellen Defizit im Haushalt der MPG«.<sup>338</sup> Zur Begleichung dieses Defizits dürften die für die NBL bewilligten, aber wegen der oben genannten Verzögerungen in der Umsetzung der AGs noch nicht abberufenen Mittel nicht herangezogen werden, weil diese aus einem anderen Budgettopf kamen und daher »zurückgemeldet« werden mussten. Die Erlaubnis dazu, diese Mittel ins folgende Haushaltsjahr zu übertragen, holte Hasenclever vom BMF schon nach, aber das war nicht für jedes Jahr zu garantieren. Es sei daran erinnert, dass die Haushaltsführung im öffentlichen Sektor zu dieser Zeit nach den Grundsätzen der Kameralistik verlief. Von Globalbudgets war noch nicht die Rede.

Die Gabelung der Wege der MPG – Expansion in die NBL, Schrumpfung in den ABL –, die ihre weitere Geschichte im Prozess der deutschen Vereinigung prägen sollte, hatte sich in der Tat bereits abzuzeichnen begonnen, obwohl sie erst 1993 formalisiert werden sollte. Schon im März 1991 hatte Zacher wegen Engpässe in der Besoldung, der Geräteausstattung und der Bausanierung ein Neudenken der Politik der MPG in den ABL für »unumgänglich« gehalten; »Es bleibe wohl nur der Weg, die zunehmenden Schwierigkeiten durch stärkere Konzentration zu lösen, d. h. Forschungsrichtungen aufzugeben, um Innovationen zu ermöglichen«.<sup>339</sup> Die von Hasenclever in derselben Senatssitzung vorgelegte mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1991 bis 1995 sah unterschiedliche Anstiegsraten der Zuwendungen von Bund und Ländern von 5,8 Prozent, real von 2 Prozent im Jahresdurchschnitt »im bisherigen Förderungsgebiet« und 8,1 Prozent in den NBL vor.<sup>340</sup>

336 Neben den beiden eben genannten MPIs zählte Hasenclever das MPI für Informatik in Saarbrücken hinzu. Vgl. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1491, fol. 12–13.

337 Vermerk zum TOP 4: Bericht des Generalsekretärs, TOP 4.1 Vollzug des Haushalts 1991. Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft 1991, o. D., Materialien zur 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 539.

338 Betz, Vermerk zur Sitzung der AG DFG/MPG am 14.1.92. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 30–32.

339 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 12–13.

340 Punkt 3.2 der Tagesordnung: Mittelfristige Finanzplanung der Max-Planck-Gesellschaft für die Jahre 1991 bis 1995. Materialien zur Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 244–245.

Damit schien klarzuwerden, dass der »5×5-Beschluss« von 1989 nunmehr nur für die ABL gelten sollte und real nur schwer zu halten sein würde, während die Förderungen in den NBL dank der bewilligten Sondermittel des Bundes schneller steigen sollten. Um alledem Rechnung zu tragen, wurden von 1992 bis 1996 die Haushaltspläne der MPG in Teilhaushalte für die ABL und die NBL gegliedert.

Die Implikationen dieser Entwicklung für die Frage (2), also für den Zusammenhalt der MPG im neuen politischen Kontext, sprach Zacher in seinem Bericht vor der CPTS im Oktober 1991 deutlich aus. Weil das Leben der MPG sich derzeit infolge der politischen Ereignisse in verschiedenen Kontexten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten vollzogen habe, komme es demnach zu Entwicklungen, »die einzelnen Mitglieder, aber auch die Mitarbeiter die Max-Planck-Gesellschaft auf sehr unterschiedliche Weise erlebten«:

Die Erfahrungshorizonte drifteten innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft in einer Weise auseinander, wie das wohl in der Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft noch nie der Fall gewesen sei. Es zeichneten sich schon entsprechende Dissoziationschäden ab. Nicht nur eine allgemeine Solidarität innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft werde schwieriger. Größer noch sei die Gefahr, dass das aktuelle Meinen und Handeln der Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft von zu unterschiedlichen Erfahrungen her gespeist werde.<sup>341</sup>

Am Schluss warnte er – natürlich ohne Namen zu nennen – »eindringlich davor, die autonome Selbstbestimmung [der MPG-Mitglieder sowie der MPG insgesamt] durch unmittelbares Herantreten an die Politik oder durch die Bildung voreiliger Koalitionen zu gefährden«.<sup>342</sup>

Dass die institutionelle Ressource Autonomie durch die Verknappung der Ressource Geld tangiert wurde, sprach man im Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung im Februar 1992 deutlich an. Im Vermerk der GV dazu hieß es zu den potenziellen Folgen des »strukturellen Haushaltsdefizits« in den ABL, die MPG müsse »Spielraum für wissenschaftliche Erneuerung zunehmend im Rahmen eines stagnierenden Haushalts gewinnen«.<sup>343</sup> Dass man darauf mit der Schließung von Abteilungen nach der Emeritierung ihrer Leiter reagieren könne, sei »einerseits eine außergewöhnliche Stärke der Max-Planck-Gesellschaft«; klar war andererseits aber auch, dass »Schließungen in einer Größenordnung von 10 bis 15 Abteilungen [...] die Kraft überfordert« hätte »und selbst dann noch nichts für das eigentliche Ziel wissenschaftlicher Erneuerung gewonnen wäre«.<sup>344</sup> Vielmehr sei die »Gefahr einer Erstarrung des Systems der

341 Anlage zum Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 23.10.1991 in Heidelberg. Bericht des Präsidenten, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 21 recto.

342 Ebd., fol. 23 recto.

343 Beratungen in der 23. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungs-Politik und Forschungs-Planung vom 18.2.1992. Materialien zur 155. Sitzung des Verwaltungsrates vom 12.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP, fol. 56, 58.

344 Ebd., fol. 57.

gemeinsamen Finanzierung« gegeben mit der Folge, dass »ein primär auf die Wahrung von Besitzständen gerichtetes Denken der Länder es zusätzlich erschwert, einen solchen Spielraum überhaupt noch zu haben«. <sup>345</sup>

Frage (2) kam in der eben genannten Senatssitzung vom 30. März 1992 ebenfalls hoch in Gestalt einer offenen Debatte darüber, ob Innovation im Osten auf Kosten der ABL, konkret zuungunsten der im Juni 1990 beschlossenen Neugründungen in Bremen und Marburg, geschehe oder geschehen solle. <sup>346</sup> Zu den Mehrkosten für diese MPis gesellte sich nun auch ein ungeplanter Mehrbedarf in den NBL. Wie Zacher berichtete: Die Erfahrungen mit den ersten Neugründungen zeigten insbesondere der allgemeinen Politik, dass »der Investitionsbedarf weit über den Annahmen« liege; diese berücksichtigen

nicht den dringenden Bedarf für die Anschaffung moderner Geräte, für eine Verbesserung der Infrastruktur und für die Sanierung der Bausubstanz, ganz abgesehen von der Notwendigkeit, Wohnraum bereitzustellen. Um jene Forschungslandschaft zu schaffen, die den vielen Bekundungen entsprechend zum Blühen gebracht werden sollte, seien Innovation und Renovationen im großen Umfang nötig. <sup>347</sup>

Die MPG sah sich also »zu schmerzlichen Reduktionen« in den ABL genötigt und erhalte »trotzdem für Einrichtungen in den neuen Ländern nicht die nötigen Mittel zu einem wirklich guten Aufbau. [...] Es drohe die Gefahr, dass die Forschung in Deutschland in ihrem Gesamtniveau – Ost wie West – abgesenkt werde.« <sup>348</sup>

Hier lag eine Verknotung der allgemeinen Politik mit der Innenpolitik der MPG vor. In der Junisitzung des Senats malte Helmut Schmidt die allgemeinpolitische Lage drastisch aus: Die »Riesenüberweisung« des Bundes an die NBL in Höhe von 180 Milliarden DM pro Jahr habe eine Krise der öffentlichen Haushalte herbeigeführt. Diese Situation erfordere von allen im Westen und so auch von der Wissenschaft Verzicht, denn die Neugründungen in den NBL seien zu priorisieren:

Man könne deshalb nicht von einer Krise der Wissenschaft, auch nicht von einer speziellen Krise der Max-Planck-Gesellschaft reden, sondern es handle sich um eine hoffentlich und wahrscheinlich vorübergehende Krise der allgemeinen Finanzierbarkeit aller öffentlichen Aufgaben im vereinigten Deutschland. <sup>349</sup>

Der anwesende Staatssekretar im BMF, Peter Klemm, bestätigte diese Sicht mit dem Bericht, dass der Finanzplanungsrat sich am Abend vor der Senatssitzung auf das Ziel geeinigt hatte, »im Laufe der nächsten fünf Jahre die öffentliche Neuver-

345 Ebd., fol. 58.

346 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 12–18.

347 Ebd., fol. 14.

348 Ebd.

349 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 14.

schuldung pro Kopf zu halbieren«; in diesem Gesamtrahmen stelle die Einhaltung des »5×5-Beschlusses« »eine Privilegierung der Max-Planck-Gesellschaft« dar.<sup>350</sup> Damit wurde klar, wie eine allgemeinpolitische Entscheidung die Verfügbarkeit der Ressource Geld verengte. In diesem Kontext lag es nahe, den relativ geringeren Budgetzuwachs des BMFT im Vergleich zu anderen Ressorts als Ergebnis einer Prioritätenentscheidung zu interpretieren. FhG-Chef Syrbe vertrat genau diese Ansicht in der Senatssitzung von März 1992. Klemm trat dieser Deutung erwartungsgemäß entgegen, während die Wissenschaftsministerin Nordrhein-Westfalens und Vorsitzende der BLK Anke Brunn wie der ehemalige Forschungsminister und Ehrensensator Hans Leussink die konrazyklische Sicht vertraten, dass man gerade in schlechten Zeiten mehr in die Forschung investieren solle.<sup>351</sup> Für Brunn ging es um nichts weniger als den politischen Stellenwert der Spitzenforschung.

In dieser Situation sahen Zacher wie Hasenclever die sich ohnehin schon anbahnende Notwendigkeit, getrennte Teilhaushalte für die ABL und die NBL zu führen, weil sie aus unterschiedlichen Bundestöpfen stammten. Maßgeblich waren aber auch MPG-innenpolitische Gründen, um »auch innerhalb der Gesellschaft [zwischen] Wissenschaftsentwicklung und Verteilungskampf« zu unterscheiden, aber auch um das starke Engagement der MPG-Mitglieder aus den ABL in den NBL weiterhin aufrechtzuerhalten; ansonsten kämen sie unter Umständen in die schiefe Lage, »Verteilungsentscheidungen gegen sich selbst« zu tätigen.<sup>352</sup>

In der Folge beschloss der Senat am 4. Juni 1992 auf Empfehlung Zachers, Institutsgründungen in den NBL generell »nur in Abhängigkeit von den zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten zu vollziehen«.<sup>353</sup> Ausgenommen wurden die Berufungen, die zur Gründung der MPIs für Mikrostrukturphysik und Kolloid- und Grenzflächenforschung notwendig wurden. Das hieß konkret, dass neben dem kleinen und daher nicht sonderlich teuren MPI für Physik komplexer Systeme (Gründungsbeschluss) aber sonst nur zwei der bislang drei vorgeschlagenen Neugründungen – das MPI für Infektionsbiologie und das MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme – zu diesem Zeitpunkt tatsächlich

350 Ebd., fol. 16.

351 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 16–17. Klaus Pinkau sah sich in einem Brief an Hans-Olaf Henkel in seiner Ansicht bestätigt, dass das Budget des BMFT »gerade um den Ostteil eingebrochen« sei. Pinkau an Henkel, 14.7.1992. Materialien zur 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 105.

352 Notizen zur Vorbereitung des Berichtes des Präsidenten, Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fot. 6. Unterstreichung im Original.

353 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 18–19. Vgl. *MPG-Jahresbericht 1992*, 22.

umgesetzt wurden.<sup>354</sup> Gegen diesen Senatsbeschluss trat der Berliner Wissenschaftssenator Manfred Erhardt ein, der meinte, die MPG stehe damit nur sich selbst im Wege. Er plädierte dafür, die vorliegenden Gründungsbeschlüsse umzusetzen und sich »die Finanzierung mit allen Mitteln zu erstreiten«.<sup>355</sup> Zacher blieb jedoch bei seiner Haltung; »bis zu seiner Abwahl« wolle er »ein Institut erst dann ins Werk setzen, wenn es auch wirklich finanziert werden könne«.<sup>356</sup> Die Realisierung des längerfristigen Engagements der MPG in den NBL schien bedroht zu sein, bevor sie überhaupt begonnen hatte.

### 3.4.2 Die Reaktion der MPG-Leitung: (Versuchte) Mobilisierung der allgemeinen Politik

Um diese Bedrohung abzuwenden, sprach Zacher die allgemeine Politik auf mehreren Wegen direkt an, und zwar mündlich vom Podium der Festversammlung in Dresden aus, ebenfalls im Juni 1992, sowie über Rundschreiben an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder im Mai und August 1992. Im ersten Rundbrief an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der ABL vom 14. Mai 1992, den der Senat im Juni »zustimmend zur Kenntnis« nahm, nannte er die Leistungsfähigkeit der MPG in den ABL »eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sie ihre Aufgaben in den neuen Bundesländern erfüllen kann«.<sup>357</sup> Konkret stellte er drei Forderungen: (1) die Zusage der Länder, sich der vorliegenden Zusage des Bundes anzuschließen, Tarifsteigerungen über 3 Prozent zusätzlich zur 5-Prozent-Steigerung des MPG-Haushalts für 1993 und 1994 zu bewilligen, (2) das bereits vorgelegte »Sonderprogramm Bau« für 1993 bis 1997 in Höhe von circa 190 Millionen DM zu fördern und (3) die Stellen zu bewilligen, die die MPG für die neuen, in den ABL gegründeten Institute benötigt. Darauf gab es vorerst keine Reaktion.

In seiner Rede vor der Festversammlung in Dresden am 5. Juni 1992 (Abb. 13) wiederholte Zacher in der Öffentlichkeit das Verhandlungsangebot an die Zuwendungsgeber aus dem Rundbrief vom 14. Mai, hier als »Kompromiss« beschrieben, verbunden mit dem kaum verhohlenen Vorwurf an diese, die wissenschaftspolitische Landschaft bewusst »strukturell gespalten« zu belassen und damit gegen den EV zu verstoßen.<sup>358</sup> In der geschlossenen Hauptversammlung wies Hasenclever darauf hin, dass das BMFT überhaupt im Haushalt 1991 (neben dem

354 Michael Globig, Senatssitzung in Stuttgart, 1992, 20.

355 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 11.

356 Ebd., fol. 18.

357 Vgl. Zacher, Gemeinsamer Brief: an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der alten Länder und Berlin, 14.5.1992. Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 134–138.

358 Hans F. Zacher, Die deutsche Forschung lebt von der Pluralität, 1992a, 63–69, 68.



Abbildung 13: MPG-Präsident Hans F. Zacher am Rednerpult bei der Festversammlung am 5.6.1992 in Dresden. *MPG-Spiegel* 2/92, 19. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundeskanzleramt) die niedrigste Zuwachsrate aufwies, und schloss daraus: »Offensichtlich soll dieses Ressort – nach dem derzeitigen Planungsstand – die Mittel, die für die erweiterten Ausgaben erforderlich wären, nicht zusätzlich erhalten, sondern im Förderbereich der westlichen BLs einsparen«; offenbar sei die Forschung »im System der Lobby nicht ausreichend repräsentiert«.<sup>359</sup>

Im Rundbrief an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten aller Bundesländer vom 3. August schrieb Zacher erstmals, wörtlich, von einem »erst rascher, dann langsamer sich erweiternden Finanzierungskorridor«, der zwecks Planungssicherheit und Flexibilität in Reaktion auf noch nicht absehbare Erfordernisse zu gewähren sei. Insgesamt forderte er für 1993 23,7 Millionen DM, für 1994 rund 80 Millionen DM und darauffolgend bis 1996 90 Millionen DM pro

359 Ergebnisprotokoll der 43. ordentlichen geschlossenen Hauptversammlung im Rahmen der Jahresversammlung am 4.6.1992 in Dresden. Anlage 2: TOP 3, Bericht des Generalsekretärs, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 316, fol. 27. Damit bestätigte Hasenclever die bereits zitierten politischen Einschätzungen des FhG-Präsidenten Syrbe und des IPP-Direktors Pinkau, dass das Budget des BMFT in den Worten Pinkaus »um den Ostteil eingebrochen« sei.

Jahr, das waren insgesamt 250 zusätzliche Planstellen, wohl wissend, dass dies über das »Jährlichkeitsprinzip« der Haushaltsführung hinausgehe.<sup>360</sup> Eine Antwort darauf vom Staatssekretär im BKA Anton Pfeiffer kam erst am 17. November und verwies lediglich auf den vom Bundeskabinett bewilligten »angemessenen Finanzrahmen«.<sup>361</sup>

Wirksam wurde erst ein dritter Rundbrief am 16. November 1992, jetzt an die Regierungschefs der NBL allein, in dem Zacher sie um Gespräche »auf höchster Ebene« bat, um im Rahmen der für Dezember geplanten Konferenz der Ministerpräsidenten der NBL auf den Bundeskanzler einzuwirken.<sup>362</sup> Damit versuchte er, die Regierungschefs und die zuständigen Minister\*innen der NBL als Alliierte im Kampf um das Erweiterungsprogramm der MPG einzuspannen. Demnach würde die mittelfristige Finanzplanung des Bundes nur zwei anstatt der geplanten 10 MPI-Neugründungen in den NBL bis 1997 ermöglichen und »den Spielraum der Max-Planck-Gesellschaft für Institutsgründungen im östlichen Teil Deutschlands auf ein wissenschaftspolitisch nicht zu rechtfertigenden Minimum reduzieren«; ohne erhebliche zusätzliche Mittel und die Gewährung eines Finanzkorridors zur Planungssicherheit wäre die MPG »außerstande, ihren Beitrag zur Einheit der Forschungslandschaft in Ost und West zu leisten«.<sup>363</sup>

Gespräche zwischen der MPG-Leitung und den zuständigen NBL-Politiker\*innen fanden zwischen Ende Januar und Anfang März 1993 tatsächlich statt.<sup>364</sup> Jedes Mal waren der jeweilige Ministerpräsident und der\*die zuständige Minister\*in anwesend, bis auf Mecklenburg-Vorpommern, wo die Leiterin der Staatskanzlei die Gesprächspartnerin war.<sup>365</sup> Insofern war die beabsichtigte Mobilisierung gelungen, aber die Reaktionen fielen ambivalent aus. Die Landespolitiker\*innen erklärten sich bereit, sich beim Bundeskanzler für das Anliegen

360 Zacher, Gemeinsamer Brief an den Bundeskanzler und Regierungschefs, 3.8.1992, Materialien der Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 4.6.1992 in Dresden. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 44–49, fol. 49.

361 Trepte: Vermerk für den Präsidenten, Betr.: Ihr Gespräch am 10. Februar mit Herrn Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler sowie künftige Gespräche mit den Ministerpräsidenten der neuen Länder, 5.2.1993. AMPG, Rep. 57, Nr. 573, fol. 87.

362 Zacher an Vogel, 16.11.1992. AMPG, II. Abt. Rep. 57, Nr. 573, fol. 121–124.

363 Ebd., fol. 121.

364 Die Ergebnisvermerke zu diesen Gesprächen werden hier in chronologischer Folge angeführt: Vermerk Hasenclever, Gespräch mit Ministerpräsident Münch am 20. Januar 1993 in Magdeburg, 22.1.1993. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 426–428; Vermerk Hasenclever an Präsidenten und Stabsreferat B., Gespräch mit der Leiterin der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 29. Januar 1993, 1.2.1993, ebd., fol. 362–365; Vermerk, Hasenclever an Stabsreferat B und den Präsidenten: Gespräch mit Ministerpräsident Biedenkopf am 16.2.1993 in Dresden, ebd., fol. 270–271; Vermerk Dr. Marsch: Gespräche des Präsidenten mit dem Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, Herrn Dr. Bernhard Vogel, am 23.2.1993 in Erfurt, ebd., fol. 99–102; Vermerk Hasenclever: Gespräche in Potsdam (mit Enderlein und Stolpe) am 10.3.1993, 11.3.1993, ebd., fol. 17–20.

365 Vermerk Hasenclever, 29.1.1993, ebd., fol. 362. Die Gesprächsatmosphäre sei »erleichtert« worden durch die Bekanntschaft Zachers und der Gesprächspartnerin aus der gemeinsamen Studienzeit in München.

der MPG einzusetzen,<sup>366</sup> doch sahen sie sich nicht in der Lage, ohne zusätzliche Mittel, die wohl nur vom Bund kommen könnten, konkret zu handeln. Immerhin berichtete Trepte im März 1993, dass nach den Gesprächen der Ministerpräsidenten mit BK Kohl im Dezember eine Erhöhung der Mittel für die NBL im Rahmen eines Nachtragshaushalts in Aussicht gestellt worden sei.<sup>367</sup> Tatsächlich war weit mehr im Spiel, denn die Verhandlungen zum »Solidarpakt des Bundes und der Länder«, in denen es um die Weiterfinanzierung der deutschen Einheit überhaupt gehen sollte, standen am 11./12. März unmittelbar bevor. Biedenkopf hatte in einem Interview Anfang Februar dazu gemeint: »Wenn wir scheitern, dann ist das die Abdankung der politischen Klasse.«<sup>368</sup>

Parallel zu alledem verliefen seit dem Sommer 1992 Verhandlungen in den NBL um die Standorte der bereits beschlossenen bzw. der zur Gründung gedachten MPIs frei nach dem Motto »Wer bietet mehr?«. Dieser Aspekt der Suche nach wissenschaftspolitischen Allianzen erwies sich als ein Feilschen um räumliche Ressourcen und institutionelle Anbindungen, ein klassisches Geben und Nehmen also, das zuweilen recht krasse Formen annahm.<sup>369</sup> Nimmt man beide Taktiken, die Rundbriefe an die Ministerpräsidenten und die von dem zuständigen Mitarbeiter der GV Andreas Trepte (Abb. 14) organisierten Verhandlungen in den Landeshauptstädten der NBL, zusammen in den Blick, wird deutlich, dass es sich um eine zweigleisige Strategie handelte, in der die MPG auf der einen Seite als fordernder Bittsteller und auf der anderen als Anbieter auftrat.

Zwei zentrale Punkte sollen an dieser Stelle betont werden: Erstens wurde Interesse an bestimmten, weniger kostspieligen Instituten wie denen für Wirtschaftswissenschaften, theoretische Biologie (die damals noch im Spiel war) oder Physik komplexer Systeme von vielen, bisweilen sogar allen NBL vorgebracht.<sup>370</sup> Zweitens waren in dieser überaus fluiden Situation das Durchsetzungsvermögen der Minister im internen Spiel der jeweiligen Landesregierungen und nicht zuletzt die Bereitschaft der jeweiligen Ministerpräsidenten zum Mitbieten verschieden.

Hervorzuheben sind dabei die Bemühungen Sachsens und Brandenburgs, die offenbar auf Wissenschaft und Forschung als Standortvorteile ihrer Länder setzten. Der sächsische Wissenschaftsminister Meyer, der regelmäßig an den MPG-Senatssitzungen als Gast teilnahm, brachte schon im Frühjahr 1992 und

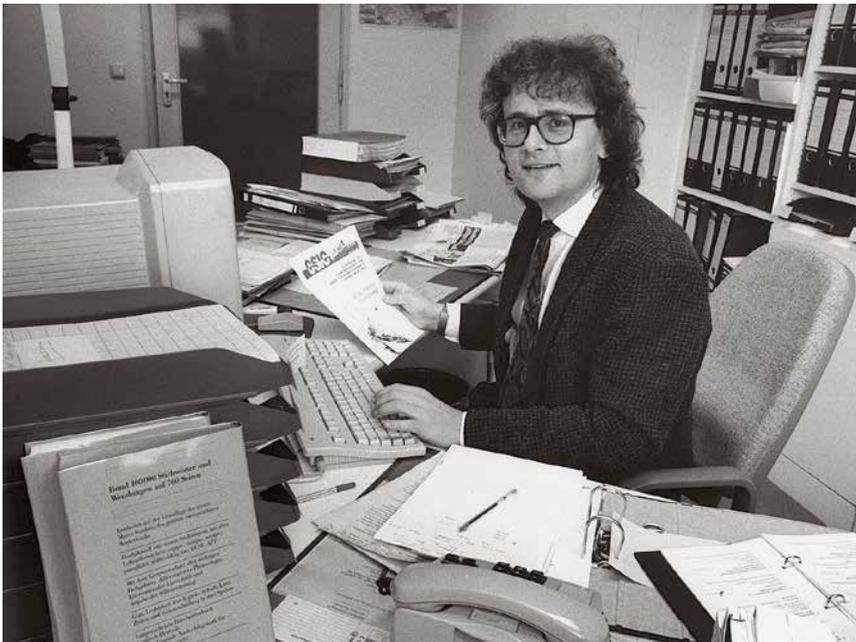
366 Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf tat dies schon vorher. Biedenkopf an Zacher, 30.11.1992. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 309–310.

367 Trepte, Vermerk an den Präsidenten und den Generalsekretär, 8.3.1993. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 22–29.

368 Albert Funk: »Wenn wir scheitern, dann ist es die Abdankung der politischen Klasse«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.2.1993.

369 Vgl. hierzu im Detail Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 182–185.

370 Trepte legte sogar eine Übersichtstabelle an, damit man sich im Gestrüpp der Angebote zurechtfinden konnte. Tabelle: Optionen für Standorte der gegründeten Max-Planck-Institute, Stand: 9.2.1993. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 57.



**Abbildung 14:** Andreas Trepte, ab 1992 für die NBL der zuständige Mitarbeiter der GV, hier am Arbeitstisch, organisierte die Verhandlungen der MPG-Leitung mit den NBL. *MPG-Spiegel* 5/93, 32. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

danach wiederholt sein starkes Interesse an mehreren MPIs sowie am Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, einem der FSPs, zum Ausdruck.<sup>371</sup> Im November 1992 berichtete er Zacher von positiven Ergebnissen der Verhandlungen mit dem BMFT und betonte noch einmal sein »nachdrückliches Interesse an Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft im Freistaat Sachsen«.<sup>372</sup> Das Ergebnis dieser Haltung fiel im Ganzen positiv aus, allerdings mit einem Abstrich: Wie berichtet kamen das MPI für Physik komplexer Systeme nach Dresden und das MPI für Neuropsychologische Forschung nach Leipzig, aber nach der für alle anderen Beteiligten überraschenden Ablehnung des Ministerpräsidenten Biedenkopf musste man das MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme nach Jena abgeben. In den folgenden Jahren sollten mehrere weitere MPIs in Sachsen gegründet werden.

371 Wirtschaftswissenschaften: Meyer an Zacher, 7.4.1992. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 281–284; Nichtlineare Dynamik am selben Tage: Meyer an Zacher, 7.4.1992, ebd., fol. 288–291; Kolloid- und Grenzflächenforschung ebenfalls am selben Tage, ebd., fol. 292–293.

372 Meyer an Zacher, 16.11.1992. Materialien zur 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 58–59.

Im Falle Brandenburgs trug die Zusammenarbeit des Ministerpräsidenten Stolpe (SPD) und des Wissenschaftsministers Enderlein (FDP) in den frühen 1990er Jahren Früchte. Bereits im Juni 1992 teilte Enderlein das Interesse seines Landes am MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung mit.<sup>373</sup> Nach einigem Hin und Her wurde ein Neubau im Rahmen eines 1994 lancierten »Max-Planck-Campus« in Golm bei Potsdam im September 1996 angefangen, in den dieser und die MPIs für Molekulare Pflanzenphysiologie und Gravitationsphysik endlich 1999 einzogen;<sup>374</sup> der FSP für Zeithistorische Studien wurde 1993 in einem renovierten Altbau in Potsdam selbst eingerichtet. Die geplante begleitende Übersiedelung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam nach Golm wurde vom WR 1997 befürwortet, verzögerte sich jedoch wegen Finanzengpässe.

Weniger stark tat sich Mecklenburg-Vorpommern hervor. Zwar brachte die zuständige Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur Jugend und Sport, Steffi Schnoor, bei der Eröffnungsfeier für zwei AGs der MPG an der Universität Rostock im Dezember 1992 die Hoffnung zum Ausdruck, das Land möge bald ein »richtiges« MPI beherbergen.<sup>375</sup> Eine entsprechende Empfehlung Hasenclevers, das neu gegründete MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung in Rostock anzusiedeln, scheiterte jedoch an der zögerlichen Haltung des Finanzministers wie des Ministerpräsidenten Bernd Seite<sup>376</sup> sowie schließlich »sowohl am Sozialwiderstand des Personals wie auch an anzuerkennenden Argumenten der leitenden Wissenschaftler«, wie Zacher in seiner Sitzung mit der Leiterin der Staatskanzlei am 29. Januar 1993 berichtete.<sup>377</sup> Die Position Seites sollte sich im folgenden Jahr in Bezug auf die Ansiedelung eines Teilinstituts des IPP in Greifswald umkehren.

Derweil liefen die üblichen Bund-Länder-Verhandlungen parallel weiter, mit dem Ergebnis, dass das Sonderprogramm Bau bereits im September 1992 von den Regierungschefs der Länder abgelehnt wurde.<sup>378</sup>

373 Vgl. schon Enderlein an Wegner, 1.11.1991. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, 39–40; Enderlein an Zacher, 15.6.1992. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 46–48; Stolpe an Zacher, 24.2.1993. Ebd., fol. 50–51.

374 Vgl. u. a. Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 606–607.

375 Weinert, Aktennotiz an Zacher, 3.12.1992, ebd., fol. 399–400. Es sei mit erwähnt, dass die Eröffnungsfeier selbst und die damit zusammenhängenden Bemühungen um die Berufung der beiden AG-Leiter erst dann zustande kamen, als diese sich mit ihrer Behandlung vor Ort unzufrieden zeigten und auswärtige Angebote vorlagen. Zu den Hintergründen vgl. Dr. Deppe, Vermerk Arbeitsgruppen Dr. Rosenthal und Dr. Selke in Rostock, 19.8.1992. Ebd., fol. 385–392.

376 Seite an Maes, 4.12.1992, weitergereicht an Hasenclever, ebd., fol. 397.

377 Hasenclever, Vermerk an den Präsidenten, 1.2.1993, ebd., fol. 364. Im Vermerk hieß es dazu: »Diese Information wurde mit Bedauern, aber offensichtlich auch mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung entgegengenommen.«

378 Feststellung des Haushalts-Plans 1993, Materialien zur 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 143.

### 3.4.3 Die Überwindung der Krise im März 1993

Mitten im Geschehen, am 19. Januar 1993, kam der MPG mit dem Abgang Riesenhubers aus dem Bundeskabinett ein langjähriger Gesprächspartner abhandeln.<sup>379</sup> Ersetzt wurde er am 21. Januar 1993 durch Matthias Wissmann, der bis dahin zehn Jahre lang wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und noch nicht durch großes Interesse für die Forschungspolitik aufgefallen war. Er blieb nur fünf Monate im Amt, doch waren es für die MPG wichtige Monate.

Schon am 11. Februar, also recht bald nach dessen Amtsantritt, traf sich Zacher mit Wissmann und musste als Ergebnis einen »offenen Dissens« feststellen.<sup>380</sup> Das Angebot des Ministeriums lag unterhalb der Minimalvorstellungen der MPG, zudem kamen Forderungen nach einem Standortkonzept. Der Grundsatzbeschluss des MPG-Senats im November, dass eine gleichwertige Vertretung der MPG in den NBL wie in den ABL zu erzielen, die ausgewogene regionale Verteilung der zu gründenden MPIs aber erst am Ende des Gründungsprogramms festzustellen sei, fand das Verständnis Wissmanns und des langjährigen Staatssekretärs Ziller, »aber das Haus hat offenbar nichts verstanden«. In der darauffolgenden Senatssitzung im März sprach Zacher den anwesenden Minister direkt mit der Bitte an, »möglichst bald die finanziellen Spielräume zu benennen, in deren Rahmen die MPG ihre Gründungsvorhaben verwirklichen könne«.<sup>381</sup> In der Diskussion hielt Wissmann wieder fest, dass »harte Prioritätsentscheidungen notwendig« seien; zwar werde er sich für eine »Erweiterung« des Korridors einsetzen, viel sei aber nicht zu erwarten. Zacher betonte, dass angesichts der seit 1972 bestehenden realen Stagnation im MPG-Haushalt »ernsthafte Reduktionen im Westen unausweichlich« seien.<sup>382</sup>

Just dann, am 11. und 12. März 1993, bahnte sich mit dem Abschluss des erwähnten »Solidarpakts des Bundes und der Länder« ein Weg zur Überwindung der Krise an. Als Teil dieses Pakets wurde eine Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit um 3,704 Milliarden DM als Übergangslösung für 1993 und um 10,7 Milliarden DM für 1994 bis zur Aufnahme der NBL in den Länderfinanzausgleich

379 Nach öffentlicher Auslegung hatte dies mit der Amtsführung Riesenhubers wenig zu tun. Vielmehr ging es um das Länderproporz im Kabinett, denn mit dem Ausscheiden Wolfgang Schäubles musste jemand aus Baden-Württemberg hinein. Vgl. u. a. Thomas Fröhlich, Ein Opfer der regionalen Arithmetik. Heinz Riesenhuber muss gehen, weil er nicht aus Baden-Württemberg kommt. *Süddeutsche Zeitung*, 20.1.1993. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 321, fot. 42.

380 Zum Folgenden vgl. Zacher, Vermerk, Betr.: Gespräch mit Minister Wissmann am 11. Februar 1993, 15.2.1992 [sic!], AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 14–15.

381 Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 11.

382 Ebd., fol. 15–16.

1995 beschlossen.<sup>383</sup> Mit dieser deutlich verbesserten Finanzausstattung für die NBL schien auch der Rahmen für den von der MPG geforderten »Finanzkorridor« gegeben zu sein.

Tatsächlich revidierte das BMFT im März 1993 seine mittelfristigen Planungsansätze für die MPG nach oben; Minister Wissmann akzeptierte die neuen Zahlen und gab an, diese gegenüber dem BMF so zu vertreten.<sup>384</sup> So wurde Licht am Ende des Tunnels sichtbar, nachdem man in den Worten Hasenclevers »wegen der fehlenden Planungssicherheit etwa ein Jahr verloren« hatte.<sup>385</sup> Die bis dahin aufgeschobenen Umsetzungen der Gründungsbeschlüsse in den NBL wurden nunmehr vollzogen und die weiteren MPI-Gründungen der ersten Welle beschlossen. Mangels schriftlicher Freigabe der Mittel durch das BMF verhielt sich die MPG laut Hasenclever einfach so, »als ob ihr der erforderliche Finanzrahmen auch formell bereits zugesagt worden sei«. <sup>386</sup> Damit schien eine für die MPG positive Lösung tatsächlich zwischen der MPG-Leitung und der allgemeinen Politik direkt verhandelt worden zu sein.

Das ging aber nicht reibungslos vonstatten. In der nächsten Sitzung der AG »DFG-MPG« der BLK im Mai 1993 forderte die Vertretung des Landes Thüringen von der MPG ein konkretes »Standortkonzept«, ansonsten würde keine Zustimmung mehr für Neugründungen in anderen NBL möglich sein. Mecklenburg-Vorpommern schloss sich dem an.<sup>387</sup> Diese Drohung erhielt sogleich kräftige Unterstützung der allgemeinen Politik.

383 Oliver Schwinn: *Die Finanzierung der deutschen Einheit*, 1997, 171–172, Tabelle 4.13.

384 Vermerk (fm = Fromm) für die Präsidiumssitzung am 17. März. Umsetzung von Gründungsbeschlüssen für Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern und Standortfestlegungen, 16.3.1993. Materialien zur 158. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 58–64.

385 TOP 6: Haushalts-Angelegenheiten. Zur Reduzierung der Bedarfsanmeldung für die NBL. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, 2. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 205.

386 Ebd.

387 Betz, Vermerk, Ausschuss Forschungsförderung. Für die MPG wichtige Ergebnisse der Sitzung von 25. Mai 1993 in Potsdam, 26.5.1993. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 210. Hasenclever ließ es sich nicht nehmen, dem Vertreter Thüringens Bartolomé zu sagen, dass er diese Erklärung »nach dem ausführlich und harmonisch verlaufenen Gespräch mit Staatssekretär Färber am 1. April 1993 in Erfurt unverständlich« gefunden habe. Dies mag auf Unstimmigkeiten innerhalb der Länderverwaltungen oder auf einen Strategiewechsel der Landesregierung hindeuten.

### 3.5 Phase 4: Neue Weichenstellungen und die Folgen (1993–1996)

Nach der vorläufigen Lösung der Finanzkrise kam es in direkter Folge des Amtsantrittes des Ostdeutschen Paul Krüger als Chef des BMFT am 13. Mai 1993 zu einem energischen Vorstoß der allgemeinen Politik, die zu einer zweiten MPI-Gründungswelle in den NBL führte. Der Umgang der MPG-Leitung damit war ein völlig anderer als im Sommer 1990 oder im Falle der Finanzkrise von 1992. In diesem Abschnitt soll diese Trendwende umrissen und in den darauffolgenden Abschnitten sowie in Kapitel 4 sollen die Folgen derselben verdeutlicht werden.

Spätestens in dieser Phase wird die Gabelung der Wege im Osten und im Westen, die sich schon 1991 anzudeuten und 1992 anzubahnen begonnen hatte – eine einmalige Expansion der MPG in den NBL und eine als »Konzentrationsprogramm« schöngeredete Schrumpfung in den ABL –, zum Teil des Planungsprozesses und damit der Innenpolitik der MPG. Das bedeutete aber keinesfalls eine Abkoppelung der MPG von der allgemeinen Politik, denn die Gründungswelle wurde vom Bund über das politische Großprojekt »Aufschwung Ost« ermöglicht, während eine Konzentrierung in den ABL im Kontext des fast gleichnamigen »Konsolidierungsprogramms« der Bundesregierung (FKP) unausweichlich wurde. Man könnte dies eine Art doppelte Normalisierung nennen, wenn sie nicht unter direktem politischen Druck forciert worden wäre.

#### 3.5.1 Gründungswelle Ost, »Konzentration« West – Die Gabelung der Wege wird unter dem Druck der allgemeinen Politik formalisiert (1993–1994)

Die Wissenschafts- und Forschungspolitik standen in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 1993 und im Jahr 1994 im Zeichen des im Mai 1993 angetretenen neuen Bundesministers für Forschung und Technologie Paul Krüger, der aus Mecklenburg-Vorpommern kam und somit der erste Ostdeutsche in diesem Amt war (Abb. 15). Als Weggefährte seines Landsmanns Günter Krause über die Ost-CDU in den Bundestag gekommen, wurde er nun ironischerweise gerade wegen des durch mehrere Skandale erzwungenen Abgangs von Krause – zur eigenen Überraschung und ohne in Wissenschaftskreisen besonders bekannt zu sein – ins Kabinett geholt.<sup>388</sup> Eine zentrale Stoßrichtung seiner Politik, die Forderung nach

388 Mathias Zschaler: Zupackend und prinzipienfest. *Der Tagesspiegel*, 9.5.1993. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 323, fot. 62. Wie Herbert Walther einem amerikanischen Reporter sagte: »I really have never heard of him in any scientific context.« Peter Aldhoven: Yet another science minister for Germany. *Science* 260 (1993). Ebd., Bl. 164.



Abbildung 15: MPG-Präsident Zacher und BM Paul Krüger (CDU) bei der Begrüßung zur Festversammlung am 18.6.1993 in Trier. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

einer verstärkten Wirtschaftsnähe der Forschungspolitik, wird im folgenden Abschnitt genauer beleuchtet.

Die Rolle Krügers in dieser Phase der MPG-Geschichte war jedoch nicht auf dieses eine Thema beschränkt, denn er agierte auch sonst als Anwalt der NBL und insbesondere seines Heimatlandes. In seiner (von der Präsentation her missglückten)<sup>389</sup> Rede bei der Festversammlung im Juni 1993, also erst einen Monat nach seinem Amtsantritt, forderte Krüger die MPG ausgerechnet in Trier, im tiefsten Westen der Republik, unmissverständlich dazu auf, »den zügigen Aufbau weiterer Institute« in den NBL voranzutreiben.<sup>390</sup>

Bei dieser öffentlichen Forderung blieb es nicht. Wie Zacher an die Vorsitzenden aller drei Sektionen im September schrieb:

Noch unter dem Eindruck meines Gesprächs mit Herrn Bundesminister Krüger am 7. Juni habe ich Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Sektion in Trier darüber berichtet, dass die politischen Erwartungen an das Ausmaß und an die Dynamik des Engagements

389 Peter Fulde sprach später von »einer total verpatzten Rede, was zum Teil daran lag, dass er seine Konzeptzettel alle vertauscht hatte«, Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 187.

390 Paul Krüger: *Leistungsfähigkeit und Vielfalt*, 1993, 74–79, 78.

der M.P.G. in den neuen Ländern eine nach meiner Wahrnehmung neue Dimension erreicht haben. Man kann dies als Belastungsprobe empfinden, es eröffnet aber auch Chancen.<sup>391</sup>

Im Oktober 1993 berichteten Hasenclever, GWS-Vorsitzender Scharpf und MPG-Vizepräsident Weinert in den Sektionen übereinstimmend, dass die MPG »*starkem Druck vonseiten des BMFT und der Öffentlichkeit ausgesetzt* [sei], Institutsgründungen in den neuen Bundesländern zügig voranzutreiben. Für die Notwendigkeit einer gründlichen Planung werde kaum Verständnis aufgebracht.«<sup>392</sup>

In seiner Rede vor dem Wissenschaftlichen Rat im Februar 1994 mit dem bezeichnenden Titel »Bewährungsprobe für unser Forschungssystem« erklärte Zacher das strukturelle Missverständnis, das der Haltung Krügers und anderer seiner Auffassung nach zugrunde lag.<sup>393</sup> Demnach wollten der Bund und vor allem die NBL vorab schon ein klares »Standortkonzept« sehen, damit MPIs als »Kristallisationskerne« von »Standorten« fungieren könnten. Diese Forderung schränke aber den Handlungsspielraum der MPG über Gebühr ein; sie bestehe darauf, die Standorte »ihrer« Institute mit ihren jeweiligen Verhandlungspartnern (den Landes- und Ortsregierungen und den vorgesehenen Direktor\*innen MGA) selbst festzulegen und die faire regionale Verteilung in den NBL erst am Ende der Neugründungsserie feststellen zu lassen. Ganz unverantwortlich für dieses vermeintliche – womöglich eher politisch gewollte – Missverständnis war die MPG nicht, schließlich hatte man doch schon 1990 von den AGs als »Kristallisationskernen« für die Wiederbelebung der Grundlagenforschung an den Universitäten gesprochen.

Trotz ihres Interesses daran, die Standorte ihrer Institute mit ihren jeweiligen Verhandlungspartnern nach der Qualität des bereits vorhandenen oder zu projektierenden wissenschaftlichen Umfelds selbst festzulegen, setzte die MPG-Leitung dem Druck der allgemeinen Politik keinen Widerstand entgegen, sondern fügte sich ihm mit einer neuen Welle von Institutsgründungsbeschlüssen.<sup>394</sup> Dabei warf man die bis dahin geltenden Prozedere für Neuvorhaben über den Haufen. Nach-

391 Zacher an die Vorsitzenden der Sektionen des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, 6.9.1993. Materialien zur Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 16–19.

392 Bemerkung Weinerts, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 246 verso–247 recto. Hervorhebung durch MGA. Ähnlich Scharpf, ebd., und Hasenclever, Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1666, fol. 5.

393 Hans F. Zacher: Bewährungsprobe für unser Forschungssystem, 1994, 52–61, 52, 61.

394 Im Präsidium kam man allerdings schon im Juli 1993 überein, »nicht von einer zweiten Gründungswelle, sondern von einem Kontinuum von Planung und Gründung und Gründung der Aufbauaktivitäten [...] zu sprechen«. Ebersold: Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 19.07.1993. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 344, fol. 307.

dem Zacher im eben zitierten Rundschreiben um Ergebnisse bis November bzw. spätestens bis zum Jahresende gebeten hatte, wurden Listen von Gründungsideen mit bislang undenkbarer Geschwindigkeit mittels eilig organisierter Perspektivengespräche um die und in den Sektionssitzungen erarbeitet. Dabei ging jede Sektion anders vor, häufig nannte man das ganz offen »Brainstorming«. <sup>395</sup> Die BMS versuchte als einzige Sektion, ihre Vorschläge in mehreren Projekten zu bündeln, und ließ jedes Projektbündel von einem Sektionsmitglied in der Diskussion vertreten. Bis zum März 1994 lagen insgesamt 15 neue Vorschläge und Änderungen bestehender Vorhaben vor, von denen sieben zwischen 1995 und 1998 tatsächlich als MPG-Einrichtungen realisiert wurden. Der Druck zur Eile färbte ein Stück weit auch auf die letzten in die Wege geleiteten Institutsneugründungen der ersten Welle ab. So wurde die Gründungsempfehlung des MPI für Neuropsychologische Forschung wie (im Unterabschnitt 3.3.2.1) berichtet im November 1993 durch die BMS unter Verweis auf die »äußeren Rahmenbedingungen« beschleunigt. <sup>396</sup>

Den Rahmen für diese Aktion stellte zugleich die eigentliche Antwort der MPG auf diese Herausforderung der allgemeinen Politik dar: der ebenfalls im November 1993 verabschiedete Senatsbeschluss mit dem Ziel, die MPG in den NBL so stark vertreten zu sehen wie in den ABL. Konkret bedeutete das, »bis zum Ende des Jahrzehnts in den neuen Ländern voraussichtlich 18 – je nach Größe der einzelnen Institute zwischen 15 und 20 – Institute zu errichten«. <sup>397</sup> Genau diese Zahl der Institutsneugründungen hatte Zacher schon im Juni 1991 als angestrebtes, »erst in einigen Jahren zu erreichendes Endziel« genannt. <sup>398</sup> Weil man die bereits beschlossenen Neugründungen mitzählte, ging es faktisch um die Gründung von circa neun weiteren MPIs.

In seiner Einführung des Plans räumte Zacher ein, dass nun die Frage angebracht sei, »ob eine solche Vergrößerung der Max-Planck-Gesellschaft nicht ihr Wesen zu sehr verändere«, doch angesichts der Erwartung des »sie tragenden Gemeinwesens« habe man zwar »Bedenken, letztlich aber keine Wahl«. <sup>399</sup> In der Diskussion hielt der Berliner Wissenschaftssenator Manfred Ehrhardt lobend fest, dass mit diesem Beschluss die Politik der MPG »Expansion in den neuen Ländern, Konzentration in den alten Ländern« endgültig klargestellt sei. <sup>400</sup> Wie

395 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829, fol. 33.

396 Uli Schwarz an die Mitglieder und Gäste der Biologisch-Medizinischen Sektion, 22.10.1993. Materialien zur Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 3.11.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1667, fol. 6.

397 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 28; vgl. *MPG-Jahresbericht* 1993, 33.

398 Eberhard Vogt: Max-Planck-Institute auch in Ostdeutschland, *Die Welt*, 4.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 314, fot. 309.

399 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 24. Hervorhebung durch MGA.

400 Ebd., fol. 27.

es im Jahresbericht mit bemerkenswerter Offenheit hieß, werde daher bis zum Ende des Jahrzehnts »jede einzelne Neugründung wie eine Bevorzugung des gerade betroffenen Landes wirken«. <sup>401</sup> Hinsichtlich der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik war das ein klares Signal, dass die MPG trotz allen Reibereien auf dem nunmehr gefassten Grundsatzbeschluss beharren und die eigenen Spielräume maximieren wollte.

Ganz ohne Dissens unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern lief das alles nicht. In der BMS-Sitzung vom 1. und 2. Februar 1994 hieß es beispielsweise,

die Aussicht, eine Vielzahl neuer Institute in den neuen Ländern gründen zu können, habe in der Sektion offenbar nicht nur positive Empfindungen, sondern auch ein gewisses Unbehagen hervorgerufen. Es erhebe sich die Frage, ob die Max-Planck-Gesellschaft die vor ihr liegende Aufgabe auf der Grundlage ihrer bestehenden Strukturen angehen und damit das Harnack-Prinzip bis ins 21. Jahrhundert festschreiben solle. <sup>402</sup>

Stattdessen regte man an, »die gleichzeitige Neugründungswelle in den NBL und die Emeritierungswelle in den ABL für strukturelle Erneuerung zu nutzen und erst auf dieser Grundlage Neugründungen zu machen«. Demgegenüber plädierte der anwesende Zacher vehement dafür, beide Ziele parallel im Auge zu behalten.

Für die weitere Expansion der MPG in die NBL schien die Finanzierungsgrundlage infolge des im März verhandelten Solidarpakts endlich geklärt zu sein. Im Jahresbericht 1994 hieß es, dass die Zuwendungen für die Institutsgründungen dort um satte 31 Prozent gegenüber der Summe für 1994 steigen sollten, während eine Steigerung der Anteilsfinanzierung für die ABL um lediglich 8,1 Prozent vorgesehen war. Bund und Länder hatten demnach die Anforderung der MPG »in vollem Umfang« erfüllt. <sup>403</sup>

In den ABL blieb allerdings das strukturelle Defizit weiterhin bestehen. Bereits im März 1991 hatte Zacher darauf hingewiesen, dass es deshalb »unumgänglich« werde, »die zukünftige Politik der MPG neu zu überdenken«. Konkret schlug er damals vor, das Problem »durch stärkere Konzentration zu lösen, das heißt, Forschungseinrichtungen aufzugeben, um Innovation zu ermöglichen«. Bei MPIs mit mehreren anstehenden Berufungen infolge der kommenden Emeritierungswelle regte er an, Stammkommissionen zu bilden, um Perspektiven zu entwickeln und dabei zu prüfen, »wie viele Nachfolgeberufungen sich ein Institut überhaupt leisten könne«. <sup>404</sup> Seitdem hatte Hasenclever wie berichtet versucht, dem Defizit im Haushaltsteil für die ABL vorerst mit konventionellen Maßnahmen wie internen Umschichtungen, Anträgen an die Zuwendungsgeber auf Ummeldungen

401 *MPG-Jahresbericht* 1993, 29.

402 Für die folgenden Zitate vgl. Zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 1./2. Februar 1994 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1668, fol. 8–9.

403 *MPG-Jahresbericht* 1994, 68.

404 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 8.3.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 12–13.

nicht ausgegebener Summen im Haushaltsplan des Folgejahres und schließlich 1992 einer allgemeinen Stellenkürzung für jedes MPI um 1,4 Prozent beizukommen. Nach der ersten Finanzkrise stand im Sommer 1993 eine Zeit lang die Frage im Raum, ob der »5×5-Beschluss« von 1989 weiterhin gelten sollte. Nach »einer dramatischen Phase von Gesprächen und Verhandlungen mit den Zuwendungsgebern« wurde ein Zuwachs entlang des Beschlusses für 1994 und 1995 nur unter der Voraussetzung gewährt, dass das MPI für Kohlenforschung aus dem allgemeinen Haushalt der MPG und ohne die bislang gewährte Zusatzförderung finanziert werde.<sup>405</sup>

Nun begann die GV die Weichen in Richtung einer gezielten Steuerung zu stellen. 1993 richtete man für die MPG in den ABL ein neues Planungsverfahren ein, das eine frühzeitige Bedarfsmeldung für Ergänzungsberufungen und eine Einigung in den Sektionen nach den folgenden Grundsätzen vorsah: für jede Berufung eine Nichtnachfolge, Prioritätensetzungen unter den Vorschlägen für neue Initiativen und Abteilungsschließungen im Falle von Emeritierungen ohne Nachfolge.<sup>406</sup> Das Ganze sollte als konsultatives Vorgehen gehandhabt werden, das eine frühzeitige Abstimmung mit den Institutsleitungen und eine verstärkte zentrale Steuerung miteinander verbinden sollte – »eine Vorgangsweise, die den Konsens mit den betroffenen Instituten sucht und zu Akzeptanz möglichst auch dort führt, wo schmerzhaftes Opfer gefordert werden müssen«, um »Schaden für das Binnenverhältnis der Institute« nach Möglichkeit zu vermeiden.<sup>407</sup> Dieses Verfahren kam dem sehr nahe, was heute an deutschen und amerikanischen Universitäten Entwicklungsplanung genannt wird, wenngleich das Wort selbst erst Jahre später dafür verwendet wurde.

Das Konzept wurde in der Senatssitzung im März 1994 unter dem Titel »Zur Entwicklung der Max-Planck-Institute im Förderungsbereich der alten Bundesländer – Konzepte und Verfahren zur Konzentration von Ressourcen« vorgestellt.<sup>408</sup> Im Protokoll der Sitzung hieß es:

Präsidium und Generalverwaltung seien zu der Überzeugung gekommen, dass eine langfristige wirksame Korrektur der Haushaltsstruktur nicht über schematische Einsparungsmaßnahmen zu erreichen sei, zumal ein solches Vorgehen nur Widerstandskräfte vermehrt hätte. Da der Ansatzpunkt für wesentliche Veränderungen im Berufungsgeschehen liege, finde nunmehr bei jedem Berufungsvorschlag eine komparative

405 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 33. Ironischerweise konnte der MPG-Haushalt für 1993 wie berichtet nur aufgrund von unerwarteten Lizenzeinnahmen aus eben diesem Institut ausgeglichen bilanzieren. Ebd., Bl. 25, fol. 32.

406 Zacher, Bewährungsprobe, 1994, 52–61; *MPG-Jahresbericht* 1993, 37–38. Im *MPG-Jahresbericht*, 37, lautete die Zielvorgabe, bis zum Ende des Jahrzehnts »nur für jeweils drei von vier anstehenden Emeritierungen eine Ergänzungsberufung« vorzusehen.

407 *MPG-Jahresbericht* 1993, 37.

408 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 14 verso.

Ressourcenprüfung mit dem Ziel statt, festzustellen, welche Konsequenzen der Einsatz der für die vorgeschlagene Berufung notwendigen Mittel für die Gesellschaft im Ganzen hätte.<sup>409</sup>

Just in dem Moment also, als der Engpass der Bundesfinanzen insgesamt mit einem »Föderalen Konsolidierungsprogramm« überwunden werden sollte,<sup>410</sup> wurde ein fast ebenso genanntes »Konzentrierungsprogramm« für die MPis in den ABL entworfen. Vorerst ging es dabei im Wesentlichen um Abteilungsschließungen, aber nun wurden die Strukturwandlungen, die schon in den 1980er Jahren angesichts der bereits damals sichtbaren Emeritierungswelle angedacht waren, aufgrund exogener Faktoren tatsächlich realisiert. So konnte in diesem Fall die Bundespolitik als Ressource zur Durchsetzung von seit Langem anerkannten MPG-innenpolitischen Notwendigkeiten mobilisiert werden. Vom Standpunkt einer Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik her handelte es sich um einen Nachvollzug der Haushaltskonsolidierungspolitik der Bundesregierung im Kleinen.

In derselben Senatssitzung wurden erste Ergebnisse des neuen Programms berichtet. In der Zwischenzeit seien 24 solcher Verfahren durchgeführt und die daraus resultierenden Einsparungsmaßnahmen mit dem jeweiligen Institut erörtert worden. In 15 Fällen sei Konsens erzielt worden, in den übrigen werde noch diskutiert. In eineinhalb Jahren habe die MPG auf diese Weise mehr als 20 Abteilungen zur Disposition gestellt und die Lage des Apparatefonds habe sich im Zuge des Konzentrationsprogramms entspannt.<sup>411</sup> Dass das alles kaum ohne Widerstände vor sich gehen konnte, zeigt der mehrjährige Kampf um die Zukunft des Gmelin-Instituts für anorganische Chemie und Grenzgebiete in Frankfurt am Main, der zahlreiche Stellungnahmen des GBR nach sich zog und ungemein viel Raum in den Senatssitzungen und deren Protokollen einnahm.<sup>412</sup>

Auf der Basis des Grundsatzbeschlusses vom November 1993 und der vorangegangenen Perspektivendiskussionen lagen im März 1994, wie oben berichtet, 15 neue Vorschläge und Änderungen bestehender Vorhaben vor; für weitere 7 Institutskonzepte hatten sich noch keine Kommissionen gebildet.<sup>413</sup> Ausführ-

409 Ebd., fol. 14–15.

410 Vgl. hierzu Ritter: *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007a, 356–359.

411 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 14 verso; vgl. *MPG-Jahresbericht* 1993, 39.

412 Vgl. zum Beispiel Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 9.6.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137. SP, fol. 15–18 verso. Zum weiteren harten Kampf um das Gmelin-Institut und zu dessen endgültiger Schließung siehe Abschnitt 4.2.

413 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 11. Vgl. die Materialien zum TOP 3.2 derselben Senatssitzung, fol. 290–316, sowie (mit kleinen Abweichungen der Projektbezeichnungen) *MPG-Jahresbericht* 1994, 37–38. Die Frage danach, welche dieser Vorschläge tatsächlich realisiert wurden und welche nicht, wird im Abschnitt 4.1 ausführlich behandelt; siehe die dort stehende Tabelle 3.



**Abbildung 16:** Zwei an den Gesprächen beteiligte Minister der NBL: Hans Joachim Meyer (CDU, links), letzter Bildungsminister der DDR und erster Minister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, ab 1991 regelmäßiger Gast bei den Sitzungen des Senats der MPG. *MPG-Spiegel* 3/94, 39. Gerd Schuchardt (SPD, rechts), Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Thüringen, 1994–1999 Senatsmitglied der MPG. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

liche Konzepte für diese Vorschläge gab es noch nicht, aber die einmalige Größenordnung dieses ehrgeizigen Planungsvorhabens war für alle Beteiligten klar.

Ein Novum in der bisherigen Geschichte der MPG überhaupt war, dass all diese Schritte nunmehr in regelmäßigem Dialog mit den zuständigen Ressortleiter\*innen der NBL erfolgten (Abb. 16). Die Gespräche begannen 1993 und wurden am 7. und 8. April 1994 in München fortgesetzt. Dort wurden die Minister\*innen unter anderem über die eben beschriebenen Zukunftspläne für MPI-Gründungen in den NBL und insbesondere über den Wunsch der MPG, »ihre Planungen in Offenheit gegenüber den Ländern zu entwerfen und in Zusammenarbeit mit ihnen zu verwirklichen«, sowie über die »gemeinsame[n] Bemühungen um eine angemessene Gestaltung der Standortbedingungen« informiert.<sup>414</sup> Minister Meyer sprach hier wohlwollend von der Chance einer »Identität stiftenden

414 Trepte, Vermerk zum Arbeitstreffen mit den Wissenschaftsministern der neuen Länder am 7. und 8. April 1994 in München. Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 9.6.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP; fol. 208–211; vgl. Trepte: Auf Einladung des Präsidenten, 1994, 43.

Kooperation«. <sup>415</sup> Mit alledem sollte die Knüpfung von Allianzen mit der Politik in den NBL fortan nicht mehr reaktiv, sondern auf Initiative der MPG und systematischer vorgenommen werden.

Begann jetzt nach dieser doppelten Weichenstellung, wie eingangs angedeutet, eine Phase der verzweigten Normalisierung der institutionellen Arbeit der MPG? Wohl kaum! Vielmehr kam es in mehreren Fällen während dieser Phase weiterhin zu Spannungen, in deren Zusammenhang sich die MPG und die allgemeine Politik auch direkt auf Bundesebene begegneten. In den folgenden Unterabschnitten werden drei solche Konfliktsituationen besprochen, von denen zwei in direktem und eine in indirektem Zusammenhang mit der Positionierung der MPG in den NBL standen: die Wiederbelebung der Debatte um den »Standort Deutschland«, die Gründung eines IPP-Teilinstituts in Greifswald und die Krise der geisteswissenschaftlichen FSPs (jetzt Zentren, also GWZs genannt). Wie zu zeigen sein wird, waren jedoch die jeweiligen Wechselwirkungen von Wissenschaft und Politik sowie auch die Zusammensetzungen der jeweiligen Player unterschiedlich.

### 3.5.2 Die »Standort-Deutschland«-Debatte erreicht die MPG

Die Spannung zwischen Wirtschafts- und Wissenschafts- bzw. Forschungspolitik war natürlich kein neues Thema, sondern eine Konstante in der neueren deutschen Geschichte insgesamt. In einem diesbezüglichen Beitrag im *MPG-Jahresbericht* 1993 hieß es, dass man gegenüber dem Begriff »Standort Deutschland« »inzwischen leicht eine gewisse Müdigkeit verspüren mag«. <sup>416</sup> Beispielsweise hatte das BMFT 1992 ein Paper zum Thema »Industriestandort und Grundlagenforschung« publiziert. <sup>417</sup> In dem Versuch, die Konjunktur in beiden Teilen Deutschlands, aber nicht zuletzt in den NBL, wiederzubeleben, kam diese altbekannte Debatte noch einmal aufs Tapet, obwohl (oder vielleicht gerade weil) es in komplexen Nationalwirtschaften wie der deutschen eigentlich keinen Sinn hatte, vom ganzen Land als einen einheitlichen »Standort« zu reden. <sup>418</sup>

Dabei handelte es sich nicht um einen regionalen oder nationalen, sondern um einen internationalen Trend. Wie der nunmehr vom WR zur MPG-GV gewechselte Wilhelm Krull in einer amerikanischen Fachzeitschrift feststellte, war der Anteil der marktorientierten Forschung an den Forschungsausgaben der alten Bundesrepublik insgesamt zwischen 1982 und 1992 tatsächlich gesunken, während der Anteil der Grundlagenforschung im selben Zeitraum gestiegen war. Nun übten die Interessenvertretungen der Wirtschaft und der Industrie zuneh-

415 Meyer: Für eine Identität-stiftende Kooperation, 1994, 39–44.

416 *MPG-Jahresbericht* 1993, 52.

417 BMFT: Der Industriestandort Deutschland, 1992, 23–25.

418 Zum Kontext der »Standortdebatte« in den 1990er Jahren vgl. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007a, Kap. 12; Wencke Meteling: Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung, 2014, 289–315.

mend Druck zugunsten einer Umkehrung des Trends aus. Herbert Henzler, Chef des deutschen Büros von McKinsey, habe nach neuen Qualitätskriterien gerufen: Nicht mehr Nobelpreise, Publikationszahlen oder Zitationsindices, sondern die tatsächliche Nützlichkeit der Forschungsergebnisse für Industrie und Gesellschaft sollten ausschlaggebend sein.<sup>419</sup>

Im Kontext der deutschen Vereinigung erhielt das Thema jetzt mit einem Blick auf eine längerfristige Umstellung der deutschen Wirtschaft insgesamt angesichts der Globalisierung im Allgemeinen und insbesondere der Konkurrenz aus Japan zusätzlichen Auftrieb. Dabei sollte in den NBL im Unterschied zu den ABL bewusst eine kontrazyklische Politik betrieben werden, denn eine Forcierung der »Standort-Deutschland«-Debatte konnte auch als Chance für den Osten gesehen werden. Wie Thomas Hanke in einem Artikel in der *Zeit* zum Jahresanfang 1993 vorausahnte: »Die Diskussion über den Standort Deutschland wird mit neuer Heftigkeit und veränderten Fronten geführt werden. Die im Zeichen der Liberalisierung angetretene Bundesregierung schwenkt um zu massiven Staatseingriffen, um im Osten zu retten, was zu retten ist.«<sup>420</sup>

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung wollte Minister Krüger spielen; als Ingenieur lag es für ihn nahe, eine verstärkte Ausrichtung der Förderung auf anwendungsorientierte Forschung zu forcieren.<sup>421</sup> Seine Amtsübernahme im Mai 1993 stellte nicht den Beginn dieser Auseinandersetzung dar, aber sie brachte eine Zuspitzung der Debatte wie auch einen auf dieser Ebene erstmaligen direkten Konnex mit den NBL mit sich.<sup>422</sup> So forderte er die MPG in seiner bereits zitierten Rede bei der Festversammlung in Trier explizit dazu auf, »angesichts der Aufgaben im Zuge der Vereinigung Deutschlands« ihre Einzigartigkeit als Hort der Grundlagenforschung neu zu denken und von sich aus eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Industrie zu suchen.<sup>423</sup> Weil Forschung »Teil der Gesellschaft« sei und »ihre wesentlichen Impulse« aus der Gesellschaft erhalte, so

419 Wilhelm Krull: Beyond Unification 1994a, 5–6. Mit Dank an Wilhelm Krull für die freundliche Überlassung eines Exemplars.

420 Thomas Hanke: Auf rascher Talfahrt, 1993.

421 BMFT Pressemitteilung, 9.11.1993: »F & E-intensive Branchen waren Wachstumsmotor der 80er Jahre ...« Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 252–256. BMFT-Bericht: »Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Bundesregierung. Zur Intensivierung des Dialogs zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat zu Forschung, Technologie und Innovation«, 22.2.1994. Ebd., fol. 263–269.

422 Interessanterweise schrieb Krüger an Riesenhuber schon 1991 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern zum Thema Regionalisierung der Forschung, »mit dem Ziel einer Homogenisierung der Forschungslandschaft in den NBL«. Dort kritisierte er, dass »die Zurückhaltung des WR, konkrete Empfehlungen für die Umsetzung bzw. Neuansiedlung von FE in den NBL zu geben, einen wirkungsvollen Ausgleich der entstandenen Forschungsdisproportionen behindert« habe, und beschwerte sich über die Behandlung von AdW-Einrichtungen in seinem Land. Krüger an Riesenhuber 14.6.1991, BArch B 196/103808.

423 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 75–76.

Krüger, sei es in Zeiten der gegenwärtigen Konjunkturkrise und gerade dort, »wo Wissenschaft mit hohem Einsatz öffentlicher Mittel gefördert wird«, gerechtfertigt zu fragen, »inwieweit neues Wissen und neue Technologien in konkrete Produkte und Verfahren umgesetzt werden können, die der Gesellschaft und dem Gemeinwohl dienen«. <sup>424</sup> Auf spätere Kritik, er habe »mit der hochgerühmten Grundlagenforschung eigentlich wenig im Sinn«, antwortete Krüger in einem Interview salopp, dass das gar nicht stimme, vielmehr wolle er nur, »dass von der Grundlagenforschung aus der angewandten Forschung auch einmal ein Anstoß gegeben wird«, und beabsichtige, gegen »Verkrustungen« und »Subventionsbestände« im westdeutschen Forschungsbetrieb« anzugehen. <sup>425</sup>

Es ging hier um nichts weniger als die diskursive Wertigkeit des Topos »Grundlagenforschung«, also um den Kern des Selbstbildes der MPG insgesamt und damit auch um den Autonomieanspruch der Institution. <sup>426</sup> In der Sprache des in diesem Buche verwendeten Ansatzes sollte die MPG nach der Forderung Krügers und anderer stärker darum bemüht sein, die immateriellen Ressourcen Grundlagenwissen und Prestige in materielle Ressourcen, also käufliche Produkte, umtauschen zu helfen. Auf diesen politischen Druck antwortete Zacher auf mehreren Wegen mit bekannten Argumenten. Seine eigene Grußadresse in Trier, die er eigentlich vor der Ansprache Krügers hielt, klang so, als hätte er die Ausführungen Krügers schon gelesen. Dort bezeichnete er »die Forderung nach Produktnähe« als Gefahr für die Grundlagenforschung und hielt dem entgegen: »Forschung ist Selbstzweck und Mittel zum Zweck«. Den vollen Dienst an den Menschen und der Gesellschaft könne sie »nur in dieser polaren Ganzheit leisten. Wird Forschung nur noch als Mittel zum Zweck betrieben, so wird sie auch diesen Dienst immer weniger leisten können.« <sup>427</sup> Krüger entgegnete in der eigenen Rede, »dass meines Erachtens Grundlagenforschung und angewandte Forschung nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander gegenseitig bedingen«; außerdem könne die Grundlagenforschung selbst »ohne neue Technik auf vielen Gebieten kaum Fortschritte erzielen«. <sup>428</sup>

Der Konflikt zwischen der Förderung exzellenter Wissenschaft als vermeintlich alleinigem Ziel der MPG und den vielfältigen Erwartungen anderer Sektoren war Kernthema des Berichts von Zacher in der Senatssitzung im November 1993, in dem er sich auf das allgemeinpolitische Parkett wagte. <sup>429</sup> Die gegenwärtige Krise werde als »Innovationskrise« dargestellt; zeitgleich reduziere man die Ausgaben für angewandte Forschung und »erwartet, dass die Grundlagenforschung

424 Ebd., 75.

425 Zit. n. Joachim Fritz-Vannahme, Knapp bei Kasse, 1993.

426 Zur Bedeutung der Selbstzuschreibung »Grundlagenforschung« in der frühen Geschichte der MPG vgl. Carola Sachse: Grundlagenforschung, 2015, 243–268.

427 Hans F. Zacher: Herausforderungen und Antworten, 1993a, 79–85, 84.

428 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 76.

429 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 10–11.

reduziert oder zumindest programmorientiert auf ›gemeinsam beschlossene und arbeitsteilig zu verwirklichende‹ Ziele ausgerichtet werde«, was tendenziell zu einer »Reduktion der industriellen Forschung bei gleichzeitiger ›Einberufung der Grundlagenforschung als Landsturm« führe. Dass daraus für das Überleben der Wirtschaft wenig zu holen sei, zeige der geringe Anteil des Haushalts der MPG von 1,8 Prozent an den Gesamtausgaben für FuE in Deutschland.<sup>430</sup>

Weitaus schärfer und mit Termini, die direkt aus der Politik kamen, fiel die Warnung Zachers davor aus, »das marktwirtschaftliche oder doch quasi-marktwirtschaftliche Zusammenspiel aufzuheben, Demokratie durch Diktatur und Markt durch Dirigismus zu ersetzen«, beispielsweise durch einen »Technologierat«, der in autoritärer kollektiver Zwecksetzung die marktanaloge Vielfalt der Forschung eindämmen würde«. Seiner Meinung nach wäre das »eine Gefahr für die Zukunft von Wissenschaft *und* Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland«. <sup>431</sup> Die Verständigung zwischen den beiden Bereichen müsse wie bisher »über Personen stattfinden«. Die frühere Rede von einer »Forschungsverfassung« ersetzte Zacher an dieser Stelle mit einer leicht gewandelten Marktmetaphorik und der Befürwortung des aus den Sitzungen der »Allianz« vertrauten Regiments der kollegialen Absprachen.

Wenige Monate später, im Februar 1994, trat genau das, wovor Zacher eben gewarnt hatte, ein; mit der Gründung eines »Rates für Forschung, Technologie und Innovation« unter der persönlichen Leitung des Bundeskanzlers wurde die Koppelung von Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik zur Chefsache. Staatsminister Pfeiffer vom BKA lud Zacher bzw. die MPG nicht höflich zur Teilnahme ein, sondern forderte ihn dazu förmlich auf.<sup>432</sup>

In diesem Kontext war es verständlich, dass die erste Senatssitzung des Jahres am 11. März 1994 voll im Zeichen der »Standort-Deutschland«-Debatte stand. Es fügte sich, dass sie im Hauptquartier von Daimler-Benz nahe Stuttgart stattfand. Zacher verzichtete sogar auf einen allgemeinen Bericht, um mit einem eigenen Referat mit dem Titel »Grundlagenforschung in Kooperation mit der Industrie«

430 Vgl. hierzu *MPG-Jahresbericht* 1993, 52: »Über diese Quantität muss man sich im Klaren sein, wenn man ersichtlich fordert, gerade Einsparungen bei diesen Budgets seien geeignet, das wirtschaftliche Überleben zu sichern.« Dort wurde auch das hinlänglich bekannte Argument der Umwegrentabilität bemüht: »Grundlagenforschung ist wohl etwas vom ›Rentabelsten«, was ein Forschungssystem anlegen kann.« Ebd., 53.

431 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 11. Hervorhebung im Original.

432 Pfeiffer an Karl-Heinz Hoffmann (Vorsitzender des WR), 1.3.1994. Materialien der Niederschrift der 136. Senatssitzung am 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 259–260. Vgl. die gemeinsame Presseerklärung von Pfeiffer und Krüger, 24.2.1994, ebd., fol. 262–262 sowie Anlage 2: »Technologierat beschlossen«, *Handelsblatt* 25, 26.2.1994, ebd., fol. 257; Anlage 3: BMFT: Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Bundesregierung zur Intensivierung des Dialogs zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat zu Forschung, Technologie und Innovation, 22.2.1994, ebd., fol. 263–269.

die Diskussion auf das Thema zu lenken.<sup>433</sup> Nachdem Zacher seine ausführliche Stellungnahme vorgetragen hatte, bemühte sich der anwesende Minister Krüger um Klarstellung. Er erkannte zwar »die hervorragenden Leistungen der Grundlagenforschung, insbesondere de[n] Beitrag der Max-Planck-Gesellschaft« an, meinte jedoch, dass »erhebliche Defizite in der Umsetzung von Erkenntnissen« bestünden. Sein eigentliches Anliegen sei es, diese »Umsetzung zu verbessern, ohne dabei die Forschung in ihrer Freiheit zu beeinträchtigen«. Er plädierte für »die stärkere, wohl differenzierte Durchdringung der Bereiche ›Forschung‹ und ›Anwendung‹«. <sup>434</sup> Als Beispiel einer erfolgreichen Umsetzung nannte er das IPP in Garching, mit dessen Direktor Klaus Pinkau er ohnehin im Gespräch war (siehe Unterabschnitt 3.5.3). Interessanterweise gab er hier bekannt, dass er »kein Verfechter« des nunmehr ins Leben gerufenen Technologierates sei; er habe sich aber »dafür eingesetzt, dass dieses Gremium beim BK angesiedelt werde, weil er diesem die Kompetenz zumesse, über Grundsatzfragen und Rahmenbedingungen nachzudenken und daraus entstehende Lösungsansätze umzusetzen«. <sup>435</sup>

Edzard Reuter, damals Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, in dessen Haus das Gespräch stattfand, wies anschließend auf den »gewaltigen Legitimationsdruck« hin, unter dem die öffentlich finanzierte Forschung »in Zeiten wie diesen« stehe. <sup>436</sup> Genau als Ressourcen für eine verbesserte öffentliche Kommunikation wurden zwei Dokumente schon am 3. März, also zwei Tage nach dem Erhalt der Aufforderung aus dem BKA zur Teilnahme am »Rat für Forschung und Technologie«, auf den Tisch des Präsidenten gelegt: ein ausführlicher Vermerk von Wilhelm Krull zum Themenkomplex »Standortdebatte« mit ersten Ergebnissen einer Umfrage zur Problemlösungskompetenz in der MPG<sup>437</sup> und eine von Michael Globig, dem Leiter des Pressereferats der MPG, zusammengestellte Liste ausgewählter »Beispiele für Beratungs-, Anwendungs- und Vorsorgekompetenz als Ergebnis der Grundlagenforschung in Max-Planck-Instituten«. <sup>438</sup> Vermutlich waren Zacher diese Dokumente bei der Vorbereitung des oben genannten Referats für die Senatssitzung, also als diskursive Ressourcen im Wortsinne, dienlich.

433 Für die Diskussion vgl. Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, 2 verso – 12 verso. Die Stellungnahme Zachers, »Grundlagenforschung und Kooperation mit der Industrie« vom 22.2.1994, wurde auf Wunsch von Kurt Biedenkopf und dem Gastgeber Edzard Reuter als Anlage 1 der Protokollniederschrift gesondert publiziert, ebd., fol. 23–28 bzw. 228–244.

434 Ebd., fol. 5 verso.

435 Ebd., fol. 6 recto, verso.

436 Ebd., fol. 7 recto.

437 Krull an Zacher, Vermerk zum Themenkomplex Standortdebatte, neue Anforderungen an eine Forschungs- und Technologiepolitik, 3.3.1994. Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 247–250.

438 Globig, Vermerk und Auswertung: »Ausgewählte Beispiele für Beratungs-, Anwendungs- und Vorsorgekompetenz der Grundlagenforschung in MPis«, 3.3.1994. Ebd., fol. 273–277. Diese Liste enthielt Beispiele aus allen drei Sektionen, darunter rechtswissenschaftliche und medizinische Beratungsleistungen, die mit der Industrie oder der wirtschaftsnahen Forschung wenig zu tun hatten.

Ein konkretes politisches Ergebnis dieser inhaltlich interessanten Auseinandersetzung, die offenkundige Kontinuitäten zu heutigen Debatten aufweist, war allerdings nicht auf Anhieb vernehmbar. Die Debatte lief auch nach dem Abtritt Krügers Ende 1994 ohne wesentliche Änderung weiter. Aus dieser Episode scheint auch für die MPG wenig Neues gefolgert worden zu sein. Die eben genannten Dokumente wiesen nach, dass es trotz des öffentlichen Bekenntnisses zur Grundlagenforschung viele anwendungsorientierten Projekte und Verbindungen zur Wirtschaft an MPIs gab.<sup>439</sup> Ausgerechnet im Haushaltsjahr 1993 hatte die MPG, wie oben berichtet, nur dank unerwarteter Lizenzeinnahmen aus dem MPI für Kohlenforschung ausgeglichen bilanzieren können.<sup>440</sup> In den folgenden Jahren bemühte sich die MPG verstärkt um die öffentliche Darstellung der vielfachen Anwendungsbezüge ihrer Forschungen.<sup>441</sup> Im Ausschuss für Biologie beim Rat für Forschung und Technologie saß unter vielem anderen Zachers Nachfolger als MPG-Präsident Hubert Markl.<sup>442</sup> Eine gewisse Agenda-Setting-Rolle in dieser Hinsicht scheint er tatsächlich gespielt zu haben.

### 3.5.3 Transnationale und europäische Dimensionen – Die Gründung des IPP-Teilinstituts in Greifswald

Auf diese Gründungsgeschichte soll hier ausführlicher eingegangen werden, weil sie die Verzahnung regionalpolitischer, nationaler und transnationaler Dimensionen in Verbindung mit der Positionierung der MPG in den NBL sowie die Bevorzugung der NBL als Ressource im wissenschaftspolitischen Spiel insgesamt sichtbar werden lässt. Das Projekt wurde zwar von Krüger als Beispiel einer erfolgreichen Umsetzung seiner wirtschaftsorientierten Forderungen zitiert, es steht jedoch für eine andere Art Standortpolitik, weil es sich nicht um Industrieforschung oder marktfähige Produkte, sondern eher um ein Prestige verheißendes Forschungsinstrument handelte.

Eine zentrale Rolle in dieser Episode kam weniger einem institutionellen Akteur als vielmehr wieder einmal einer Person zu. Es war Klaus Pinkau, seit 1981 wissenschaftlicher Direktor des IPP und seit 1991 Vorsitzender des WR der

439 Vgl. z. B. Von wegen zweckfrei. Das Max-Planck-Institut für Metallforschung sucht die Herausforderung der Praxis (Interview mit Fritz Aldinger, MPI für Metallforschung), *bild der wissenschaft* 11 (1994). AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 330, fot. 246–247.

440 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München, Bl. 25. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 32.

441 Vgl. z. B. Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, *Wissen für das 21. Jahrhundert. MPG-Spiegel*, Sonderheft 1996.

442 Vgl. Rat für Forschung, Technologie und Entwicklung. *Wissenschaftsmanagement* 4 (1995). AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 333, fot. 527; Pressemitteilung, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 136/97. 23. April 1997. Rat für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler: Biowissenschaften – Weichen für die Zukunft stellen. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 340, fot. 163–165, 165.

MPG, der es verstand, die sich neu formierende europäische Forschungspolitik, die ja auch regionale Standorte berücksichtigen wollte, und den Druck aus dem BMFT nach einer Umverteilung der Neugründungen der MPG in den NBL in Richtung Mecklenburg-Vorpommern mit den Interessen seines Instituts an der Finanzierung eines neuen Forschungsreaktors mit bemerkenswertem Geschick zusammenzubringen.

Die europäische Dimension des Projekts war schon dadurch gegeben, dass das IPP seit den 1960er Jahren von EURATOM gefördert worden war; die Bewegung hin zu einer europäischen Forschungspolitik in den 1990er Jahren tat ein Übriges dazu. Pinkau berichtete in der CPTS-Sitzung sowie in der Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsförderung und Forschungspolitik im Oktober, dass der Ausbau der Fusionsforschung im Zusammenhang mit dem 4. Rahmenprogramm der EU mit einer »angemessenen« Beteiligung der NBL über die projektierte Außenstelle in Greifswald vonstattengehen sollte, woraufhin die Sektion mit Befürwortung des anwesenden Präsidenten eine Kommission einsetzte.<sup>443</sup> Zacher konnte dieser Initiative wohl schwer widerstehen, verhiess sie doch eine gewichtige Kompensierung für seine eigenen, nicht erfolgreichen Versuche, das deutsche Forschungsförderungswesen in Brüssel schmackhaft zu machen.<sup>444</sup>

Das IPP war am Vereinigungsgeschehen bereits durch die Gründung einer Außenstelle in Berlin-Adlershof (als Ergebnis der WR-Evaluierung) beteiligt.<sup>445</sup> Nun trat Pinkau in den Gremien der MPG für etwas anderes ein: Eine neue Forschungsreaktoranlage des Typs Stellarator mit dem Namen »Wendelstein 7-X«, der als Nachfolger des damals in Garching laufenden Reaktors des Typs Tokamak vorgesehen war, sollte nicht mehr dort, sondern in Lubmin nahe Greifswald gebaut und dort eine neue Außenstelle des IPP um diesen herum eingerichtet werden. Wissenschaftlich gesehen handelte es sich um zwei Wege zum Traum eines kontrollierten Fusionsexperiments. Der Vorteil des Stellarators war unter anderem, dass mit dieser Technik ein nahezu kontinuierlicher Betrieb des Reaktors gewährleistet war, während der Tokamak mit Pulsen arbeitete. In internationaler Perspektive ging es darum, die Position Deutschlands in der Konkurrenz um die westeuropäische Beteiligung am Projekt eines internationalen Thermonuklearen Reaktors (ITER) zu stärken. Im Kontext der Wissenschaftspolitik während der deutschen Vereinigung bedeutete dieser Vorschlag einen Quantensprung, handelte es sich doch um die Verlegung eines bereits projektierten Großgeräts und damit einen der Kernbestandteile des Garchinger Forschungsprogramms in die NBL.

443 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion am 19.10.1993 in Heidelberg, Bl. 8–10. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1830, fol. 11 verso – 12 recto. Vgl. Materialien der 160. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19.10.1993 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 61.VP, fol. 102.

444 Vgl. hierzu Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023 und Abschnitt 4.3.2 dieser Monografie.

445 Michael Globig: MPG-Vorträge in den neuen Bundesländern, *MPG-Spiegel* 4/92, 35–37, 36–37.

Mit alledem wurde ein Zusammenhang zwischen der standortfokussierten Politik Krügers, die wir bereits kennengelernt haben, und der Strategie der MPG in den NBL schon zu Beginn seiner Amtszeit hergestellt werden, obwohl ein direkter wirtschaftlicher Nutzen im Falle der Fusionsforschung wohl kaum behauptet werden konnte. Möglicherweise genügte dem Minister ein großtechnisches Gerät der Sonderklasse als politisches Zeichen für sein Land und den Osten insgesamt, dessen Aufbau ja von sich aus für neue Arbeitsplätze sorgen müsse. Die Aussicht auf erhebliche Fördermittel der EU waren wohl auch verlockend. Dass oder wie Klaus Pinkau diesen Plan dem Minister zugesteckt hatte – wie vermutet werden kann –, ist den vorliegenden Quellen nicht direkt zu entnehmen. Die Befürwortung Krügers und damit die Chance, die nötigen Bundesmitteln für den Reaktorbau in Anspruch zu nehmen, gewann Pinkau offenbar unter der Bedingung, dass der Standort in Mecklenburg-Vorpommern zu sein habe.<sup>446</sup> Dass Lubmin zwar über einen Hafen verfügte, aber ansonsten verkehrsgünstig lag, war offenbar von zweitrangiger Bedeutung.

Klar war jedoch, dass die Unterstützung Krügers allein nicht ausreichen würde, um ein solches Großprojekt durchzusetzen. So begann ein komplexes forschungspolitisches Spiel auf mehreren Ebenen und mit mehreren Beteiligten, in dem der »Wendelstein 7-X«, genauer dessen Idee, zu einem Konter wurde.

Eine Vernetzung von europäischer und deutscher Forschungspolitik war ein wesentlicher Aspekt des ministerialen Vorstoßes. In einem aufschlussreichen Vermerk für den MPG-Präsidenten vom 6. Oktober 1993 hielt Krull fest, Krüger werde bereits im Herbst »Sondierungen für ein europäisches Fusionsprogramm aufnehmen, um im Frühjahr 1994 zu ersten Beschlüssen zu kommen«, weil er »möglichst alle Entscheidungen während der deutschen EG-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte 1994 fällen« möchte.<sup>447</sup> Derselbe Vermerk verdeutlichte aber auch andere forschungsinnenpolitisch wichtigen Aspekte. Das Vorhaben musste Personaltransfers in großem Stil mit sich bringen; Pinkau habe im September schon Gespräche mit dem Bundesminister und dem bayerischen Ministerpräsidenten geführt, Letzterer habe eine Verlagerung von Kapazitäten nach Greifswald »akzeptiert«. <sup>448</sup> Das eigene Konzeptpapier des IPP zum Projekt, das Krull vorlag, ging auf diesen Aspekt besonders ein und hob hervor, »dass der Aufbau eines zusätzlichen Fusions-Forschungsstandorts Greifswald in der gegenwärtigen

446 Krull, Vermerk für den Präsidenten: Bericht des Präsidenten über geplante Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern – Strukturüberlegungen des IPP zur Fusionsforschung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder, 6.10.1993, Materialien zur 160. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München, Bl. 3. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 108.

447 Ebd.

448 Ebd. In einem späteren Vermerk Krulls heißt es, dass »knapp ein Viertel der derzeit rund 840 Planstellen dem Standort Garching verlorengehen« könnte. Krull, Notiz für den Präsidenten zur Vorbereitung des Gesprächs mit Minister Zehetmair, 24.2.1994. Materialien zur Niederschrift des 136. Sitzung des Senats am 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 328.

Phase der Fusionsforschung nicht von innen heraus zu begründen ist. Er muss politisch gewollt sein, um die zusätzlichen Kosten- und Personalprobleme zu rechtfertigen.«<sup>449</sup>

Dass das alles Folgen für die bis dahin stabile Verteilung der Forschungsförderung der GFEs haben könnte, war auch klar. Im Vermerk Krulls hieß es dazu, dass für das IPP »die Errichtung eines Arbeitsbereichs in Greifswald nur denkbar« sei, »wenn zugleich die Gesamtpersonalkapazität des Instituts um circa 100 erhöht wird, weshalb der im Zusammenhang mit der Überprüfung der GFEs gefasste ›Deckelungsbeschluss‹ für das IPP aufgehoben werden müsste«. Folglich »darf nicht übersehen werden, dass der Aufbau eines Fusionsstandortes Greifswald langfristig mit negativen Konsequenzen für Jülich verbunden ist.«<sup>450</sup>

Pinkau scheint Himmel und Erde bewegt zu haben, um seinen Plan durchzusetzen. Dazu gehörte auch, zwei IPP-Direktoren zu überzeugen, nach Greifswald zu gehen und die Zustimmung der nicht finanzstarken Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns für eine Anteilsfinanzierung zu gewinnen. Last, but not least zog Pinkau mit der Hilfe von Mitarbeiter\*innen in Garching die Fäden im Hintergrund, um den notwendigen Beschluss des MPG-Senats herbeizuführen. So gab er Zacher in einem Brief vom 22. Februar den Rat, die Tatsache, dass »manche interessierte Parteien im Sitzungsraum (Bundesforschungsminister Krüger, der bayerische Staatsminister Zehetmair, Prof. Treusch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der GFE)« anwesend sein würden, zu nutzen, die politische Debatte um das Projekt gleich bei dessen Vorstellung in der Märzsession laufen zu lassen, damit der Beschluss im Juni »als Routine« durchgehen könne.<sup>451</sup> Zur gründlichen Vorbereitung beider Sitzungen schickte er mehrere »Sprechzettel« mit Formulierungsvorschlägen, Landkarten und Diagrammen gleich mit.<sup>452</sup>

In der Senatssitzung am 11. März referierte Pinkau alle Aspekte des Vorhabens selbst ausführlich und machte unmissverständlich klar, warum dieses Projekt gerade jetzt behandelt werden musste.<sup>453</sup> Das zweistufige Genehmigungsverfahren auf europäischer Ebene gab den zeitlichen Rahmen vor. Die grundsätzliche Entscheidung einer Aufnahme in die europäische Förderung sei am 22./23. März, also in zwei Wochen zu erwarten. Der zweite Schritt beinhalte »die detaillierte Kostenprüfung«, bis zu deren Beginn im Mai »die prinzipielle Finanzierungszusage des Bundes vorliegen« müsse. Auch in diesem Fall kam also wie schon am Beginn des Vereinigungsprozesses die Ressource Zeit, genauer eine selbst für vereinigungs-

449 Krull, Vermerk für den Präsidenten. Materialien zur 160. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 107–108.

450 Ebd., fol. 107.

451 Zum Folgenden vgl. Pinkau an Zacher, 22.2.1994. Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 319–320.

452 Pinkau, Unterlage für die Senatssitzung, ebd., fol. 322–324.

453 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 12.

politisch erprobte Leute ungewöhnliche Knappheit derselben, zum Tragen. Die regionalpolitische Dimension vergaß Pinkau nicht: So habe das IPP »bereits mit dem Ministerpräsidenten, der Kultusministerin und dem Oppositionsführer in Mecklenburg-Vorpommern über die Realisierung des Projekts beraten«.

In der sich anschließenden Diskussion spielte Europa allerdings keine Rolle. Vielmehr blieben die Beteiligten, darunter Krüger selbst, die BLK-Präsidentin Tidick und der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt, beim regionalpolitischen Klein-Klein. Dabei agierte Krüger offen als Anwalt Mecklenburg-Vorpommerns und nicht des Bundes.<sup>454</sup> Nur Tidick wagte es, es mit dem Minister direkt aufzunehmen. Als Krüger den Standort Greifswald und auch die Verlegung der Berliner Außenstelle des IPP dorthin mit der Benachteiligung dieser Region zu DDR-Zeiten zu begründen versuchte, entgegnete Tidick, dass die Benachteiligung des Nachbarlandes ebenso unstrittig sei wie die ihres eigenen Landes Schleswig-Holstein vor der Vereinigung. Wohl stichhaltiger war ihre Frage danach, »ob ein so hohes und zur Hälfte national zu finanzierendes Projekt angesichts der andernorts vorhandenen Infrastruktur [...] vertretbar sei«. Pinkau schlug sich tapfer und stellte fest, dass es sich nicht um Infrastruktur, sondern um »Projektkosten für ein im europäischen Verbund sehr hoch bewertetes Projekt handle«. Sein Plan ging auf: Wieder nach sorgfältiger Regie gelang der Gründungsbeschluss (mit der Stimmenthaltung Tidicks) am 7. Juni 1994, nachdem die Zusage des Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns Seite im April und die (mit Auflagen versehene) Zustimmung des BMFT kurz vor der Sitzung eintrafen. Der Vertragsabschluss zwischen der MPG und dem Land Mecklenburg-Vorpommern folgte im Juli.

Damit war die Angelegenheit aber keinesfalls zu Ende. Mit dem Abtritt des Ministers Krüger im November 1994 war dem Vorhaben ein wichtiger Alliierter verlorengegangen, weshalb die von Pinkau sorgfältig zusammengesetzte Allianz von Wissenschaft und allgemeiner Politik von Neuem zu erarbeiten war. Politische Probleme stellten sich auf mehreren Ebenen. Krügers Nachfolger Jürgen Rüttgers nahm Ende 1995 wegen des zurückgehenden amerikanischen Engagements im ITER-Programm und aufgrund von Hinweisen, dass die Zusage der EU-Mitfinanzierung mit neuen Auflagen versehen werden könnte, eine zögerliche Haltung zur Mitfinanzierungszusage des Bundes an.<sup>455</sup> Verwicklungen mit der IPP-Außenstelle in Berlin, die sich schon früher angebahnt hatten, kamen hinzu. Dem dortigen aus Garching eingesetzten Leiter Gerd Fussmann, der an die HU Berlin berufen werden sollte, widerstrebte die Verlegung der Außenstelle nach Greifswald, weil damit seiner Meinung nach die Arbeit der Einrichtung »um Jahre zurückgeworfen« wäre, zumal schon Kooperationen mit Berliner Ein-

454 Ebd., fol. 12–13.

455 Gieraths, Vermerk für den Herrn Präsidenten betreffend die finanzielle Situation der IPP-Außenstelle Greifswald, 13.11.1995, Materialien der 141. Sitzung des Senats vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 219–221.

richtungen begonnen worden waren.<sup>456</sup> Senator Ehrhardt favorisierte deshalb die Wandlung der Außenstelle in ein »An-Institut« der HU und sah keine Aussicht auf eine Beteiligung des Landes Berlin an einer »gestreckten Abwicklung« der Außenstelle.<sup>457</sup> Demgegenüber befürwortete der VR die von Pinkau bevorzugte Verlegung nach Greifswald unter der Auflage, dass »sowohl gesellschaftsrechtlich wie auch arbeitsrechtlich sichergestellt« sei, dass die Einrichtung spätestens 2007 – also mit der Emeritierung Fussmanns – »zuverlässig endet«.<sup>458</sup>

Neben den europäischen, nationalen und Berliner Dimensionen kamen auch noch Schwierigkeiten bei der Ausführung der Aufbaupläne sowie Proteste vor Ort zum Tragen.<sup>459</sup> Die Einfädung von drei gemeinsamen Berufungen am Teilinstitut und an der Fakultät für Physik in Greifswald verlief im Falle des Reaktortheoretikers Jürgen Nührenberg nicht reibungslos, doch kam dieser Vorgang mit der Berufung des langjährigen IPP-Kuratoriumsmitglieds Fritz Wagner nach Greifswald 1999 (der dann bis 2007 Sprecher des Teilinstituts wurde) und von Thomas Klinger 2000 (Jahrgang 1965, seit 1999 C3-Professor in Greifswald, davor Sprecher des Max-Planck-International Research School »Bounded Plasmas«) zu einem erfolgreichen Abschluss.<sup>460</sup>

Dass der Stellarator einen bedeutenden Fortschritt auf diesem Forschungsgebiet markiert, ist unbestritten, aber der Neubau in Greifswald wurde erst 2000 übergeben und der »Wendelstein AS« erst 2002 stillgelegt, um dem »Wendelstein 7-X« Platz zu machen, der aber erst 2015 in Betrieb ging.<sup>461</sup> Auf der Webseite des IPP liest man jedoch und auch zu Recht, dass das Teilinstitut 1994 »eröffnet« wurde.<sup>462</sup> Zum 25. Gründungsjubiläum 2019 wurde das Datum des oben ge-

456 Krull, Vermerk zur Berufung Gerd Fussmanns, 22.6.1993. Materialien der 141. Sitzung des Senats vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 269–270.

457 Ehrhardt an Pinkau, 9.11.1995, ebd., fol. 215–216.

458 VR-Beschluss am 16.11.1995, ebd., fol. 211.

459 Arne Welker: Mit Luftballons gegen Greifswalds Wendelstein. Kernfusionsprojekt sorgt weiter für Streit und Ängste in Region. *Nordkurier* (Neubrandenburg), 30.5.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 340, fot. 546.

460 Zur Berufung Nührenbergs vgl. Niederschrift der 142. Sitzung des Senats in Berlin, 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 17 recto und verso. Zur Berufung Thomas Klingers vgl. Materialien zum TOP 12.2.2 für die 156. Sitzung des Senats am 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 685 recto – 687 verso. Die Berufung Klingers kann durchaus als Beleg für den Erfolg der Max Planck International Research Schools gelten (siehe unten Abschnitt 4.3.2).

461 pro-physik.de: 25 Jahre IPP Greifswald. Weltweit größter Stellarator Wendelstein 7-X demonstriert in Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeit des Fusionsdauerbetriebs, 26.7.2019. <https://www.pro-physik.de/nachrichten/25-jahre-ipp-greifswald>. Zuletzt aufgerufen am 6.2.2020; Isabella Milch: Fusionsanlage Wendelstein 7-AS stillgelegt – Bilanz einer Erfolgsgeschichte. Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, 5.8.2002. [https://www.ipp.mpg.de/ippcms/de/presse/archiv/06\\_02\\_pi](https://www.ipp.mpg.de/ippcms/de/presse/archiv/06_02_pi). Zuletzt aufgerufen am 6.2.2020.

462 Vgl. BMFT Pressemitteilung Nr. 124/94, 11.10.94: Fusionsstandort Greifswald – Eröffnung des Instituts für Plasmaphysik in Greifswald, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 330 (Nr. 39/94), fot. 136–137.

nannten Rahmenvertrags zwischen der MPG und dem Land Mecklenburg-Vorpommern als Gründungsdatum angegeben.<sup>463</sup>

### 3.5.4 Die Krise der geisteswissenschaftlichen Zentren und die Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien

Weniger mit Minister Krüger, aber sehr wohl mit der Wissenschaftspolitik der deutschen Vereinigung zu tun hatte die Krise der geisteswissenschaftlichen Forschungszentren.<sup>464</sup> Die Gründungs- und Weiterentwicklungsgeschichten der einzelnen Zentren können hier aus Platzgründen nicht behandelt werden.<sup>465</sup> Stattdessen wird im Folgenden die überaus kontroverse wissenschaftsinnenpolitische Auseinandersetzung um die Zentren und ihre Zukunft als Beispiel für die unerwarteten Herausforderungen besprochen, die sich aus der deutschen Vereinigung für das bundesrepublikanische Hochschul- und Wissenschaftssystem und auch für die MPG als Teil dieses Systems ergaben. Als Beispiel für eine Zuspitzung des Kampfes um diese Innovation wird dabei die Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien behandelt, die sich auch in der Öffentlichkeit abspielte und deshalb für eine kurze Zeit die Aufmerksamkeit des BKA auf sich zog. Insgesamt ging es hier um einen konfliktreichen Umgang mit institutionellen Ressourcen, in dessen Rahmen die ausgewählten ostdeutschen Wissenschaftler\*innen an den GWZs, um deren Erhalt für die Wissenschaft es ursprünglich ging, ungewollt zu Konkern in einem wissenschaftspolitischen Spiel wurden.<sup>466</sup> Für die MPG ging es zunächst um die Erfüllung der vom WR auferlegten Verpflichtung, Empfehlungen für die Zukunft der Zentren zu erarbeiten, und danach eher um einen Ausstieg in Würde aus dieser Verbindung.

Die Frage der institutionellen Zuordnung dieser Zentren war von Anfang an schwierig. Wie bereits (im Unterabschnitt 3.2.2) berichtet, kam die MPG der Aufgabe der administrativen Betreuung der Zentren (damals FSP genannt) durch die Gründung einer »Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Neu-

463 Max-Planck-Institut für Plasmaphysik: Geschichte des IPP. <https://www.ipp.mpg.de/9982/geschichte>. Zuletzt aufgerufen am 6.2.2020.

464 Die Bezeichnung »Geisteswissenschaftliche Forschungszentren« (GWZs) wurde für diese Einrichtungen in Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d gebraucht. In anderen Unterlagen – auch solchen der MPG und der Einrichtungen selbst – wurden sie »Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte« genannt. Der Einfachheit halber – und auch deshalb, weil noch eine dritte Bezeichnung als »Kollegs« in die Diskussion gebracht wurde – wird im Folgenden die Bezeichnung »Zentren« und das Kürzel GWZs weitestgehend beibehalten.

465 Vgl. hierzu u. a. Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992*, 1992.

466 Ein klares Beispiel hierfür, der Forschungsschwerpunkt bzw. das Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, wurde bereits im Zusammenhang mit der Gründungsgeschichte des MPI für Wissenschaftsgeschichte kurz besprochen.

vorhaben mbH« nach. Die Leitung dieser Tochtergesellschaft wurde Wieland Keinath, einem Mitarbeiter der GV, übertragen, dessen Verwaltungskompetenz und geradliniger Arbeitsstil später allseits gelobt wurden.<sup>467</sup> Dass die Zentren als potenzielle Ressourcen für neue MPI-Konzepte geprüft wurden und wie aus diesen Beratungen das MPI für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG) hervorging, während die Gründungskommission für ein MPI zur Erforschung der europäischen Aufklärung erfolglos blieb, wurde ebenfalls schon dargelegt. Wegen der Gründung des MPIWG wurde das Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie nicht fortgeführt; ab 1995 blieben also von den ursprünglichen sieben noch sechs GWZs übrig.

Mit der Ausarbeitung der vom WR geforderten Empfehlungen für die Zukunft der Zentren beauftragte Zacher dieselbe »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften«, die unter der Leitung des Vizepräsidenten Weinert schon für die Organisation und Personalauswahl der FSPs verantwortlich gewesen war. Weil die Empfehlungen des WR für die GWZs eine Befristung bis Ende 1994 vorsahen, legte die Kommission dem Senat ihre Empfehlungen im März 1993 vor. Damit kam diese Angelegenheit mitten in der ersten Finanzkrise der MPG zur Sprache.

Daraufhin wurde der Senat der MPG wieder einmal zum Ort einer harten wissenschaftsinnenpolitischen Debatte mit prominenter Beteiligung. Die Stellungnahmen kreisten wie auch in anderen Foren um zwei Fragen: (1) ob die Zentren *an den* oder *in die* Universitäten integriert werden sollten, was eine Struktur-, aber auch eine Finanzierungsfrage war; (2) ob die GWZs den Universitäten einzeln anzugliedern oder als eigenständiger Verbund außerhalb der Universitäten fortzuführen sein sollten.<sup>468</sup> Während der sächsische Minister Meyer sich gegen eine »Abwanderung der Forschung aus den Universitäten« aussprach und der HRK-Präsident Erichsen wie stets die Zentren für eine gegen die Universitäten gerichtete Initiative hielt,<sup>469</sup> warnte Senator Ehrhardt davor, »die innovative Idee des Wissenschaftsrates durch den Versuch einer nicht finanzierbaren uneingeschränkten Integration in die Hochschulen« zu vernichten.<sup>470</sup> Bei alledem legte die MPG-Leitung eine bemerkenswert distanzierte Haltung an den Tag: In seinem Bericht betonte Zacher, dass seine Idealplanung die Zentren mit einschloss, »nicht weil die Gesellschaft die Zentren behalten wolle, sondern weil sie das Risiko nicht eingehen könne, dass am Ende für die Zentren keine Mittel zur Verfügung stünden«.<sup>471</sup> Damit deutete er den späteren Ausstieg der MPG schon an.

467 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici, 26.2.2020. DA GMPG, ID 601060; Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Kocka, 4.4.2019. DA GMPG, ID 601053.

468 Die GWZ-Leiter lehnten die Vereinslösung zunächst ab. Vgl. Ergebnisprotokoll zur Besprechung des Vorsitzenden der Präsidentenkommission, Herrn Prof. Weinert, mit den kommissarischen Leitern der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte am 26.4.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 44.

469 Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19.3.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 19.

470 Ebd., fol. 20.

471 Ebd., fol. 12.

Nach dieser Debatte wurden die Empfehlungen der PK überarbeitet; die überarbeitete Fassung wurde nach einer nochmaligen Debatte im Senat im Juni 1993 an den WR weitergereicht. Danach setzte der WR wie üblich eine AG ein, aber die »Empfehlungen zur Förderung der Geisteswissenschaftlichen Zentren« erschienen erst im November 1994.<sup>472</sup> Mit der Verschiebung im zeitlichen Verlauf aufgrund der Uneinigkeit im WR kam die Frage nach der Flexibilität der Ressource Zeit wieder ins Spiel, denn die Dienstverträge der GWZ-Mitarbeiter\*innen sollten im Dezember 1994 enden. Zur Krise kam es im März 1994, als unklar zu werden begann, ob der WR noch in diesem Jahr zu einer endgültigen Stellungnahme finden würde. In seiner Sitzung im März nannte der VR dies »eine Zumutung« und stellte die Möglichkeit einer Verlängerung der Betreuung durch die MPG um ein Jahr in Aussicht, allerdings mit der Auflage, dass »eine dauernde Förderung geisteswissenschaftlicher Forschungszentren *nicht* als Aufgabe der Max-Planck-Gesellschaft gesehen werde«, weil diese Aufgabe eines breiteren institutionellen Rahmens bedürfe; stattdessen sollte vom WR »eine Frist für den endgültigen Beschluss festgelegt« und den GWZs eine Perspektive gegeben werden.<sup>473</sup> Damit stellte man klar, dass die MPG als naturwissenschaftlich dominierte Ressourcenkonstellation wie bisher erhalten bleiben und keine Übernahme der Mitarbeiter\*innen der GWZs durch die MPG vorgesehen werden sollte. Das Angebot einer Verlängerung der Betreuung der GWZs bis Ende 1995 wurde tatsächlich formalisiert und von der BLK im April 1994 angenommen.<sup>474</sup>

Im späteren Frühjahr 1994 schien sich eine Lösung abzuzeichnen. So berichtete der WR-Vorsitzende Gerhard Neuweiler an Zacher im Mai, dass es zu einer »gemeinsamen Position« der DFG, der HRK und der MPG gekommen sei, nachdem er in einer ausführlichen Diskussion mit dem DFG-Präsidenten Frühwald (ein Germanist und Mitautor des ursprünglichen Konzepts) von dessen Bereitschaft erfahren hatte, den GWZs durch ein »neues Förderinstrument« zu helfen. Das Modell sah eine Grundausstattung der GWZs vom jeweiligen Land, kw-Stellen für die Mitarbeiter\*innen und einen Ergänzungsbetrag, der in einem SFB-ähnlichen Verfahren durch die DFG nach der üblichen Begutachtung zu vergeben sein sollte, vor. Genau diese Lösung sollte später institutionalisiert werden, doch vom Bund kam noch kein Angebot zur Mitfinanzierung.<sup>475</sup> Also ging auch im folgenden Jahr das Hickhack zwischen Bund und Ländern um die Weiterfinanzierung der Zentren weiter. Derweil erschienen kritische Kommentare

472 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zu den geisteswissenschaftlichen Forschungszentren*, 1994. Woran die Verzögerung dieser Stellungnahme gelegen haben mochte, ist unklar.

473 Protokoll der 161. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.3.1994 in Stuttgart-Vaihingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 6 verso. Hervorhebung im Original.

474 *MPG-Jahresbericht* 1994, 32.

475 Neuweiler an Zacher, 6.5.1994, Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 9.6.1994 in Göttingen. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 230–231. Nebenbei sei angemerkt, dass sich alle Beteiligten, einschließlich Neuweiler und Frühwald, in München befanden, was die genannten Absprachen womöglich erleichtert hatte.

entlang der schon im Einheitsjahr formulierten Warnung dagegen, die Geisteswissenschaften zu den Verlierern der Einheit werden zu lassen.<sup>476</sup>

Mitten in diesem Gerangel platzte der Skandal um das Zentrum für Zeithistorische Studien in Potsdam. Auch wenn die Geschichte dieser Einrichtung in verschiedener Hinsicht einmalig gewesen ist, bleibt sie als Beispiel für die spezifische Verflechtung institutioneller und politisch-diskursiver Ressourcen, die hier zum Tragen kam, relevant. Das Zentrum wurde seit seiner Gründung von Jürgen Kocka kommissarisch geleitet, der dessen Konzept auch maßgeblich entworfen hatte. Wie bereits berichtet, hatte er als Berater der PK Geisteswissenschaften auch Anteil an der Auswahl der Mitarbeiter\*innen des Zentrums. Die »Utopie«, wie er das Konzept später nannte, war, einen Ort zu schaffen, an dem ost- und westdeutsche Historiker\*innen und auch zeithistorisch arbeitende Forscher\*innen aus anderen Disziplinen mit ausländischen Gästen zusammenarbeiten oder zumindest ins Gespräch kommen könnten.<sup>477</sup> Die institutionellen und finanziellen Ressourcen der GWZs und damit indirekt der MPG sollten zur Realisierung dieses innovativen Konzepts mobilisiert werden.

Die Mitarbeiter\*innen wurden überwiegend aus den abgewickelten geisteswissenschaftlichen Instituten der AdW rekrutiert; darunter waren Historiker\*innen, aber auch Wirtschafts- und Technikhistoriker\*innen, eine Soziologin und Kulturwissenschaftler\*innen. Die projektierte Ost-West-»Durchmischung« ließ sich erst langsam an; auf westdeutscher Seite gesellte sich zu Kocka bald Christoph Kleßmann, einer der führenden bundesdeutschen Experten zur Geschichte der DDR, der 1992 zum Professor in Potsdam berufen wurde. Unter den ausländischen Gastwissenschaftler\*innen waren renommierte Historiker wie Konrad Jarausch und Charles Maier aus den USA.<sup>478</sup> Die Übersiedlung nach Potsdam wurde vom brandenburgischen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur Enderlein tatkräftig unterstützt, der um die neu gegründete Universität Potsdam außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter auch Einrichtungen der MPG, ansiedeln wollte.

Bis 1994 war die Produktivität des Konzepts durch einschlägige Publikationen deutlich geworden.<sup>479</sup> Mit der Vorstellung einer »durchherrschten Gesellschaft« versuchte Kocka in einem kurzen Text eine Alternative zum wertbeladenen Be-

476 Vgl. hierzu Dieter E. Zimmer, Erst mal auflösen, dann weitersehen, 1994, 51.

477 Vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 75–82; Forschungsschwerpunkt zeithistorische Studien. In: *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*, 36, 17–18, 24–25. Zur Bezeichnung »Utopie« siehe Krijn Thijs: *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 445; zur Idee des FSP als Begegnungsort unterschiedlicher Erfahrungen vgl. Thijs, *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 434. Zur öffentlichen Darstellung des Konzepts vgl. Karl-Heinz Janßen: *Experten für Diktaturvergleich*, 1993.

478 Der Autor des vorliegenden Buches, damals Professor an der University of Iowa, war 1992 als Gastforscher kurz am Zentrum tätig.

479 Vgl. u. a. Jürgen Kocka (Hg.): *Historische DDR-Forschung*, 1993a sowie die Beiträge in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr: *Sozialgeschichte der DDR*, 1994.

griff des »Unrechtsstaates« einzuführen und damit zu einer Sozialgeschichte der DDR beizutragen, die die scheinbare Stabilität der Diktatur nicht allein durch die Anwesenheit sowjetischer Truppen und die Allgegenwart der Stasi zu erklären trachtete.<sup>480</sup> Das Konzept des GWZ schien aufzugehen. In einem positiven Zeitungsbericht über die Arbeitsatmosphäre am Zentrum hieß es: »Mit Macht beginnt die Kollektivwerdung einer buntscheckigen Gruppe«; das koste zwar eine Menge Zeit neben der eigentlichen Forschungsarbeit, aber es sei für Kocka »ein Herzensanliegen«, dass die Mitarbeiter\*innen sich regelmäßig treffen und zu einer Gruppe werden.<sup>481</sup>

Im Unterschied zu den anderen GWZs war dieses Zentrum jedoch von Anfang an wegen der heftigen Konkurrenz um die Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR kontrovers beurteilt worden.<sup>482</sup> Dabei ging es niemals allein um Ideen und Forschungsansätze, also um diskursive Ressourcen, sondern auch um institutionelle Vormachtstellungen und Fördermittel sowie um personelle Ressourcen, das heißt um die Frage, wer über solche Themen eigentlich arbeiten sollte.<sup>483</sup>

Genau diese Frage stellte der 1990 gegründete Unabhängige Historikerverband (UHV) mit aller Schärfe. Leitende Mitglieder des UHV, die in der DDR-Zeit während ihres Studiums relegiert oder behindert worden waren, machten das Potsdamer Zentrum wegen der Beteiligung bekannter DDR-Historiker\*innen zur Zielscheibe der Polemik. Titel in der *FAZ* wie »Inquisitoren auf der Faultierfarm« oder »Der Bielefelder Weg« machten die Zielrichtung schon deutlich.<sup>484</sup> Der zweitgenannte Titel sollte die Bielefelder Schule der Sozialgeschichte, die von Kocka mit geprägt wurde, mit der ehemals orthodoxen Parteilinie in der Kulturpolitik (»Bitterfelder Weg«) verbinden. Kocka trat ebenfalls in der *FAZ* für das GWZ-Konzept ein und wehrte sich vehement gegen den Vorwurf des UHV, dass in der Vorwendezeit entstandene »Seilschaften« zwischen westdeutschen Historiker\*innen und ehemals etablierten DDR-Wissenschaftler\*innen hinter dem Zentrum stünden.<sup>485</sup> Flankierend zu alledem fragte der konservative Bonner Ordinarius Konrad Reppen im März 1994 bezeichnenderweise in der Zeitung des Bundes »Freiheit der Wissenschaft« danach, ob eine Einrichtung wie das

480 Jürgen Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft, 1994, 547–553.

481 Mechthild Küpper: DDR-Zeitgeschichte mit Potsdamer Adresse, 1993.

482 Vgl. hierzu u. v. a. schon Christoph Kleßmann und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, 1996, 3–14.

483 Zur Analyse dieser geschichtspolitischen Auseinandersetzung vgl. schon Mitchell G. Ash: Geschichtskulturen, Geschichtswissenschaft, 1998, 283–304; sowie neuerdings Thijs, Geschichte im Umbruch, 2016, 386–448, 434–448, und Krijn Thijs: Der Unabhängige Historiker-Verband, 2018, 653–680.

484 Armin Mitter und Stefan Wolle: Der Bielefelder Weg, 1993; Armin Mitter und Stefan Wolle: Inquisitoren auf der Faultierfarm, 1993.

485 Jürgen Kocka: Auch Wissenschaftler können lernen, 1993b, 31; Jürgen Kocka: Infamer Seilschafts-Vorwurf, 1993c, 2. Auch Mitarbeiter\*innen des GWZ meldeten sich zu Wort mit Erfahrungsberichten über die Kompromisse, die zu einer Historikerexistenz in der DDR gehörten. Vgl. Peter Hübner: Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt, 1993, 36.

Zentrum, für die »1991 einiges sprechen mochte, überhaupt noch in die wissenschaftspolitische Landschaft von 1994 passt«,<sup>486</sup> zumal es mittlerweile eine Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte in Potsdam und etliche zeithistorische Lehrstühle an den ostdeutschen Universitäten gebe.

Die Kampagne erreichte einen Höhepunkt im Juli 1994, als ein Mitarbeiter am Zentrum, Olaf Groehler, ehemaliger Vizedirektor des ZI für Geschichte der AdW und ein auch im Westen geschätzter Historiker, durch eine Flugblattaktion auf einer öffentlichen Tagung über Widerstand im Nationalsozialismus und nach 1945 im Potsdamer Landtag als IM des MfS seit den 1950er Jahren enttarnt wurde.<sup>487</sup> Die Nachricht kam sofort in die Tagespresse.<sup>488</sup> Damit rächte sich die Unterlassung einer verpflichtenden Überprüfung der ostdeutschen GWZ-Mitarbeiter\*innen auf etwaige leitende Positionen in der SED oder Stasi-Mitarbeit. Als befristete Angestellte einer GmbH mussten die Mitarbeiter\*innen der GWZs lediglich mit ihrer Unterschrift attestieren, dass sie nicht für das MfS gearbeitet hatten und sie sich bewusst seien, dass eine Falschaussage Folgen nach sich ziehen könnte.<sup>489</sup> Groehler wurde wegen der von ihm eingestanden Falschaussage auf seinem Fragebogen gemäß des im Dezember 1991 festgelegten Prozedere »aus wichtigem Grund« gekündigt.<sup>490</sup> Kocka nannte die Entlassung Groehlers eine seiner schwersten Niederlagen im Vereinigungsgeschehen.<sup>491</sup>

Diese Episode wurde bis in die allgemeine Politik registriert, weil man sich im BKA zu dieser Zeit mit dem Streit um die Zukunft der GWZs befasste. In einem Vermerk von Ende Oktober 1994 fasste der zuständige Ministerialrat Heidorn vom BKA die Positionen zusammen: Nach der Meinung des BMF sollte diese Initiative in den Geisteswissenschaften nicht zum Präzedenzfall für eine Bundesfinanzierung auf Dauer werden. Das BMFT sah wie der WR hingegen die Chance, »hier eine neue Spalte der Bund-Länder-Förderung zu erhalten«, auf die man solche Zentren im Westen »später umstellen könnte«. Staatsminister Pfeiffer vom BKA, Bundestagsabgeordnete Dorothee Willms (CDU) und Wissenschaftler\*innen aus der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hingegen

486 Konrad Reppen: Wer soll unsere Zeitgeschichte erforschen? 1994. Auch in: AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 87–88.

487 Zum Text des Flugblatts vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Dr. Annin Mitter, Dr. Stefan Wolle. Erklärung. Potsdam, den 24. Juni 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 86. Vgl. Martin Sabrow: Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989, 2003, 114–137, 135, und Thijs, Der Unabhängige Historikerverband, 2018, 653–680, 678. Der Autor dieses Buches war Zeuge dieser Flugblattaktion.

488 Manfred Robers: Stasi-IM und Stolpe-Mitarbeiter warb um West-Historiker. *Die Welt am Sonntag*, 10.7.1994, BArch, B 136/101527, Bl. 112.

489 In einem Brief an Weinert vom 24.3.1994 sprach Kocka von einer »freiwilligen« Anfrage bei der Gauck-Behörde. Vgl. Thijs, *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 443.

490 Zum Kündigungsvorgang vgl. u. a. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893, fol. 84–85. Groehler klagte erfolgreich gegen seine Kündigung, anscheinend ohne Folgen für das Zentrum. Zur Haltung der MPG dazu vgl. Vermerk Keinath, 11.5.1995 und Notiz Keinath an Hasenclever, 24.5.1995. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 348, fol. 343–346.

491 Thijs, *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 444.

»sympathisieren mit der Haltung des BMF insbesondere weil das Potsdamer Zentrum zeithistorische Studien in seiner wissenschaftlichen Ausrichtung und in seiner personellen Besetzung problematisch erscheint«. <sup>492</sup> Heidorn dachte »eine separate Lösung« für Potsdam an, die »eine Mindestsicherheit gibt, dass keine einseitige ideologische Ausrichtung erfolgt«, während die anderen fünf Zentren in der vom WR empfohlenen oder einer anderen Konfiguration von Bund und Ländern zu fördern wären. Dieser Vorschlag wurde offenbar nicht aufgegriffen, aber dass er überhaupt erwogen wurde, zeigt, wie schwierig die Situation zu werden drohte.

Auch nachdem sich die Lage nach der Entlassung Groehlers etwas beruhigt hatte, gingen die ziemlich verzwickten Verhandlungen um die Zukunft der GWZs weiter. Im November 1994 empfahl der WR das neue Instrument der DFG bundesweit, also nicht als Sonderinstrument für die GWZs oder die NBL, <sup>493</sup> aber das BMF trug die nötigen Mehrausgaben für die DFG nicht mit. Doch hielt Heidorn in einem zusammenfassenden Vermerk fest: »Für die bestehenden sechs FSP in den NBL konnte die Linie des BMFT durchgesetzt werden«; die Länder sollten den Kern (etwa ein Drittel) finanzieren. Während Staatssekretär Ziller »sich beim BMF um eine zeitlich befristete und degressive Anschubfinanzierung für die DFG« bemühen werde, lehnte er eine Fortführung der MPG-Finanzierung der Zentren über 1995 hinaus ab. <sup>494</sup> Also kam es nicht zu einer neuen bundesweiten Förderungsschiene für die Geisteswissenschaften; das mühsam verhandelte Mischfinanzierungsmodell blieb eine Sonderlösung für die GWZs. Das Zentrum zeithistorische Studien und die anderen GWZs bis auf das 2007 geschlossene Zentrum für Aufklärungsforschung bestehen noch heute als Institute der Leibniz-Gemeinschaft.

Ab 1996 endete die formale Betreuung der Zentren durch die MPG. In den Jahren, in denen die Zentren von der MPG betreut wurden, setzte sich die MPG, vor allem Vizepräsident Weinert, für sie bei den mitentscheidenden Instanzen sehr ein. Damit trug sie dazu bei, dass die mittelfristige Lösung gefunden wurde, die das Überleben der Zentren ermöglicht hat. Doch letzten Endes waren die FSPs/GWZs für die MPG vom Anfang an eher Fremdkörper, die sie auch organisatorisch auf Distanz hielt und aus dem sie holte, was nach Meinung der GWS zu holen war. Eine Erweiterung der Tätigkeit der MPG in den Geisteswissenschaften über die Gründung des MPIWG hinaus geschah erst 2001 durch die Übernahme des Kunsthistorischen Instituts in Florenz, die als völlig ungeplantes Geschenk der Bundesregierung zustande kam (vgl. hierzu Unterabschnitt 4.5.1).

492 Heidorn an Frau Gruppenleiterin 33, 28.10.1994. Zur Unterrichtung, BArch, B136/101527, Bl. 131–132.

493 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Forschungszentren*, 1994a.

494 Hocks an Herrn Staatssekretär, 14.11.1994: Vermerk zur Sitzung des Wissenschaftsrats am 9.–11.1994. Zusammenfassung der Ergebnisse, BArch, B 136/101527 (w.o.), Bl. 136–137. Unterstreichung durch den Empfänger.

### 3.5.5 Reflexivität oder Begleitforschung?

Am Ende der in diesem Kapitel entworfenen Phasenlehre soll nun ein weiterer Ressourcentyp kurz angesprochen werden: Reflexivität, hier der Einsatz diskursiver Ressourcen zur Bewusstwerdung des Vereinigungsprozesses im Verlauf desselben. Die wissenschaftliche Reflexion über die deutsche Vereinigung begann wie die politische Reflexion sofort während der Ereignisse selbst und wurde zu einer ständigen Begleiterscheinung des Prozesses. Dies gilt selbstredend auch für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Neben vielen oft interessengetriebenen Polemiken wurde wissenschaftliche Reflexion häufig als Instrument der Kritik eingesetzt; später kam eine explizit historische Dimension hinzu, in der die eigenen Erinnerung als Hilfe zur Ehrenrettung oder zur differenzierenden Auseinandersetzung mit der Wissenschaft in der DDR zum Einsatz kam.<sup>495</sup> Können wir nun auch von der Entstehung neuer wissenschaftlicher Ansätze durch eine Reflexion der eigenen Erfahrung des politischen Umbruchs sprechen?

Beispiele eines solchen Wissenschaftswandels durch Reflexivität gibt es aus anderen politischen Umbruchzeiten; man denke nur an die Vertriebenen der Nazizeit wie Theodor W. Adorno, Kurt Lewin, Hannah Arendt, Marie Jahoda und viele mehr, die das Nachdenken über die Niederlage der Linken und die eigene politische und rassistische Verfolgung zum Anlass nahmen, neue Ansätze zur Erforschung des Antisemitismus, des Autoritarismus und der totalitären Herrschaft zu entwickeln.<sup>496</sup> Im Fall der deutschen Vereinigung liegen Beispiele einer spezifischen Variante dieser Reflexion vor – des Einsatzes methodischer Ressourcen aus der jeweils eigenen Disziplin zur Analyse des Geschehens. Nahelegend ist es, dass vieles davon aus den Sozialwissenschaften und der Philosophie kommt; Namen ostdeutscher Forscher wie des Soziologen Wolfgang Engler und des Philosophen Hans-Peter Krüger mögen für andere stehen;<sup>497</sup> Krüger war zeitweilig Mitarbeiter und dann kommissarischer Leiter am FSP (GWZ) Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, bevor er als einer der sehr wenigen ostdeutschen Philosophen einen Ruf nach Potsdam erhielt. Auch wissenschaftshistorische Reflexionen gab es recht früh, zum Beispiel das kurze Schlusskapitel im Überblicksband Gerhard A. Ritters über die Geschichte der Großforschung in Deutschland, in dem er die Folgen der Vereinigung für diesen Sektor bereits 1992 zu behandeln wagte.<sup>498</sup> Als Beispiele sozialwissenschaftlicher Reflexionen der Wandlungen des Hochschul- bzw. des Wissenschaftssystems im Verlauf derselben mögen die Beiträge des westdeutschen Soziologen Wolfgang Schluchter

495 Vgl. hierzu u. v. a. Klein, *Drinne und draußen*, 2000 und die autobiografischen Texte aus mehreren Disziplinen in Guntolf Herzberg und Klaus Meier (Hg.) *Karrieremuster*, 1992.

496 Vgl. Mitchell G. Ash: *Learning from Persecution*, 2005, 271–294.

497 Hans-Peter Krüger: *Demission der Helden*, 1992; ders., *Perspektivenwechsel*, 1993; Wolfgang Engler: *Die ungewollte Moderne*, 1995.

498 Gerhard A. Ritter: *Großforschung und Staat in Deutschland*, 1992, Kap. 8.

und der Ostdeutschen Werner Meske und Hansgünter Meyer genannt werden.<sup>499</sup> Die Liste lässt sich verlängern, aber eine systematische wissenschaftshistorische Untersuchung solcher Reflexionsleistungen fehlt bislang.

Die MPG förderte eine Reflexion der durch den Fall des Kommunismus in Gang gesetzten Prozesse mit der 1991 eingerichteten AG »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« unter der Leitung Helmut Wiesenthals an der HU Berlin.<sup>500</sup> Diese Initiative nahm Anteil an der rapide entstandenen Konjunktur der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, die bald den Beinamen »Transitologie« erhielt. Das ganze Genre könnte man als Beispiel für die Selbstbeobachtung einer Gesellschaft im Sinne Niklas Luhmanns verstehen, doch nach Luhmann ist eine derartige Selbstbeobachtung keine gesonderte Tätigkeit der Wissenschaften, sondern konstitutiv für das Soziale schlechthin.<sup>501</sup> Stattdessen ging es wohl meist um eine an »social problems« orientierte Begleitforschung, von der Luhmann wenig hielt, weil er darin keine grundlegenden Beiträge zu einer allgemeinen Gesellschaftstheorie sah. Eine systematisch erforschte Selbstreflexion der Tätigkeit der MPG in den NBL scheint weder damals noch später vorgelegt worden zu sein.

Im Folgenden sollen einige Arbeiten aus dem MPI für Gesellschaftsforschung als Beispiele einer sozialwissenschaftlichen Begleitforschung besprochen werden, in denen die wissenschaftspolitischen Dimensionen des Prozesses der deutschen Vereinigung direkt thematisiert wurden.<sup>502</sup> Der beachtliche Erkenntnisgewinn dieser Beiträge ist unstrittig; einige von ihnen werden noch heute in Analysen des Vereinigungsprozesses, auch in der vorliegenden Studie, zitiert. In diesem Abschnitt geht es aber weniger um eine nachträgliche Qualitätseinschätzung als um eine wissenschaftshistorische Analyse der Bedingungen der Möglichkeit dieser Forschung, also der dahinterstehenden Mobilisierung institutioneller, personeller und diskursiver Ressourcen.

Das MPI für Gesellschaftsforschung (MPIGF) wurde 1984 infolge einer von Arianne Leendertz so genannten »Politik der Entpolitisierung« gegründet.<sup>503</sup> Gemeint ist wohl eine Entideologisierung, denn jetzt sollte nach der Schließung des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg eine Umorientierung von großen Entwürfen zur Umgestaltung der sozialen Welt schlechthin hin zur genauen Analyse der institutionellen

499 Schluchter: *Neubeginn durch Anpassung?* 1996; Werner Meske: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems*, 1993; Hansgünter Meyer: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland*, 1993.

500 Vgl. Helmut Wiesenthal (Hg.): *Einheit als Privileg*, 1996; Andreas Pickel und Helmut Wiesenthal: *The Grand Experiment*, 1998.

501 Niklas Luhmann: *Soziale Systeme*, 1984.

502 Für einen Gesamtüberblick zur Institutsgeschichte siehe Fabian Link: *Soziologie und Politologie*, 2022.

503 Ariane Leendertz: Die Politik der Entpolitisierung, 2015, 287–306. Eine etwas andere Auffassung des Forschungsprogramms des MPIGF aus der Sicht der Fachhistorie vertritt Link: *Soziologie und Politologie*, Abs. 3.1–3.2.

Verhältnisse in bestimmten Politikbereichen stattfinden, also von Wissenschaft als Zielgeberin der allgemeinen Politik hin zu »policy« als Gegenstand der Forschung, ohne dass am Institut selbst »policy studies« betrieben werden sollten. Wie Leendertz schreibt, sollte die Arbeit am MPI »an Elementen der gesellschaftlichen Binnenstruktur ansetzen, und zwar an solchen, die Einblicke in die internen Systemdynamiken ermöglichten«. Dabei sollte das längerfristige Ziel weniger die Überprüfung von aus der allgemeinen Gesellschaftstheorie gewonnenen Hypothesen als eine »empirisch fundierte Gesellschaftstheorie« sein.<sup>504</sup>

Das Timing des Engagements dieses MPI in diesem Themenfeld hätte kaum präzisiert sein können. Ausgerechnet in der Senatssitzung vom 15. März 1990 präsentierte Renate Mayntz, Direktorin am Institut, einen Bericht über die dortige Arbeit, der vom anwesenden Minister Riesenhuber »sehr dankbar« aufgenommen wurde: »Denn – wie Sie sagen – es gibt hier wenig Forschung über die Forschung«.<sup>505</sup> Riesenhuber wünschte sich dabei eine »Durchdringung der Instrumente«; Mayntz betonte aber, dass die Institutsarbeit »reine Grundlagenforschung« sei, und wies den Vorschlag des FhG-Präsidenten Syrbe für eine Vergleichsstudie der Forschungssysteme BRD–DDR mit der Bemerkung ab, die Aufgabe sei zwar reizvoll, doch fehle es an Personal.<sup>506</sup> Im Juli 1990, nach dem »Kamingespräch« und dem Amtsantritt Zachers, schenkten ihm Mayntz und ihr Mitdirektor Fritz Scharpf das Buch »Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem« mit folgender Widmung: »Lieber Herr Z., selbst wenn Sie kaum etwas oder unmittelbar Nützliches daraus lernen mögen, könnte dies Buch aus unserer Werkstatt Sie interessieren, befasst es sich doch mit (einem Teil) der Welt, in der Sie jetzt als MPG-Präsident agieren«.<sup>507</sup> Das Buch stammte von zwei Mitarbeitern am Institut, Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank, und stellte eine grundlegende soziologische Analyse des Forschungssystems der alten Bundesrepublik dar.<sup>508</sup>

Sowohl der Auftritt von Mayntz im Senat als auch das Buchgeschenk an Zacher waren von heute aus betrachtet klare Akte der Positionierung des MPIGF im Vereinigungsprozess, obwohl der Bezug darauf in diesen Zusammenhängen nur sehr verklausuliert artikuliert wurde. Während das MPIGF als geeignete Instanz zur forschenden Reflexion der Wissenschaftspolitik überhaupt und damit implizit auch des Vereinigungsprozesses auf diesem Gebiet präsentiert wurde, erhielt Zacher von der Leitung eben dieses MPI gleich zu Beginn der Arbeit der »Präsidentenkommission DDR« – in dem auch Mayntz Mitglied war – ein Instrument zur reflektierten Handhabung des bevorstehenden Engagements der MPG in eben

504 Leendertz: Die Politik der Entpolitisierung, 2015, 303.

505 Stenografische Notizen der 124. Sitzung des Senats vom 15.3.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP, fol. 428.

506 Ebd., fol. 429.

507 Mayntz und Scharpf an Zacher, o. D. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 41, fol. 91.

508 Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem*, 1990, 444; vgl. ergänzend hierzu auch die am MPI erarbeitete Dissertation von Stucke, *Institutionalisierung der Forschungspolitik*, 1993.



**Abbildung 17:** Renate Mayntz, Direktorin am MPIGF Köln, beim Vortrag an der TU Chemnitz zum Thema »Moderne Naturwissenschaft und Gesellschaftsverständnis. Was können die Sozialwissenschaften von den Naturwissenschaften lernen?«, 25. Mai 1992. *MPG-Spiegel* 4/92, 35. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

diesem Vereinigungsprozess. Zacher bedankte sich für das Büchergeschenk am 27. Juli wie folgt: »In einer Zeit, in der ich noch mehr und grundsätzlicher über die Probleme des Forschungssystems nachzudenken habe, ist es mir eine sehr willkommene Hilfe.«<sup>509</sup>

Über umfangreiche konzeptionelle, methodologische, personelle wie materielle Ressourcen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Vereinigungsprozess verfügte das Kölner MPI von Anfang an. Nun bestand die einmalige Gelegenheit, von dieser Grundlage ausgehend das Forschungssystem der ehemaligen DDR und insbesondere die AdW in Augenschein zu nehmen und den Umgang dieses Institutionenkomplexes mit dem Mauerfall, dem Ende der DDR und mit der Evaluierung durch den WR zu untersuchen. Das Unternehmen leitete Mayntz selbst (Abb. 17) mit der Unterstützung mehrerer Mitarbeiter\*innen am Institut, darunter Schimank und der Doktorand Hans-Georg Wolf. Mittlerweile war sie selbst, wie oben berichtet, als Mitglied der »Präsidentenkommission DDR« und später in vielen weiteren Gremien eine derjenigen, die am aktivsten an der Arbeit der MPG im Vereinigungsprozess beteiligt waren.

509 Zacher an Mayntz und Scharpf, 27.7.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 41, fol. 90.

Der Ressourcenerwerb für dieses Projekt ging weit über die hauseigenen Möglichkeiten des Instituts hinaus. Schon Anfang September 1990 – also noch kurz vor dem Vollzug der staatlichen Einheit und gleichzeitig mit dem Beginn der Evaluierung der AdW-Institute durch den WR – schrieb Mayntz an den AdW-Präsidenten Klinkmann, machte ihm ihr »derzeitiges Interesse für den derzeitigen Umstrukturierungsprozess der AdW« bekannt und bat ihn um ein Zwei-Stunden-Gespräch sowie um »alle Unterlagen [...], die Sie mir in Sachen Umstrukturierung der AdW zugänglich machen können und wollen«. <sup>510</sup> Daraufhin ließ Klinkmann eine Sammlung aller Dokumentationen im Hause seit dem 2. Juli – dem ersten Tag des »Kamingesprächs« – zusammenstellen und Mayntz zuschicken. Ein weiterer Brief Klinkmanns vom 11. November deutet darauf hin, dass die Kooperation in freundschaftlicher Atmosphäre weiterging. <sup>511</sup> Die Zusammenarbeit mit dem WR lief offenbar noch intensiver. Wie Dieter Simon im Interview berichtet, wollte Mayntz »überall sein, an jeder Sitzung als Beobachterin teilnehmen; das ging natürlich nicht«. <sup>512</sup> Eine umfangreiche Dokumentensammlung von dort und anderen Einrichtungen entstand, eine Datenbank zu den AdW-Instituten und deren Konzepten für die WR-Evaluierung wurde angelegt und Interviews mit Beteiligten wurden während der zu analysierenden Vorgänge geführt. Unterlagen aus dem WR selbst wie auch des BMFT, die sonst niemandem außerhalb dieser Einrichtungen zugänglich waren, kamen hinzu. <sup>513</sup> Was aus dieser umfangreichen Ressourcenmobilisierung resultierte, kann an dieser Stelle nur kurz resümiert werden.

Es handelte sich dabei um eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Prozess vom Standpunkt des von Mayntz auch anderweitig vertretenen »akteurzentrierten Institutionalismus« aus. <sup>514</sup> Demnach wurden Institutionen zumindest metaphorisch wie Individuen gehandhabt, ohne ihnen Subjektivität zuzuschreiben. Einzelpersonen kommen zwar vor, aber fast immer nur als Funktionsträger ihrer jeweiligen Einrichtungen. Vom »Forschungssystem« ist zwar immer wieder die Rede, der Ansatz war jedoch alles andere als eine Anwendung der Systemtheorie Luhmanns. Zentrales Spannungsmoment im vorliegenden Fall war, dass die grundsätzliche Stabilität des sozialen Teilsystems der Forschung und Forschungsförderung der alten Bundesrepublik, wie es im oben erwähnten Werk von Hohn und Schimank beschrieben wurde, nach dem Mauerfall nicht ohne Weiteres vorauszusetzen zu sein schien. So genügte es nicht, danach zu fragen, wie die

510 Mayntz an Klinkmann 3.9.1990. ABBAW, VA 15688.

511 Klinkmann an Mayntz, 24.10.1990, 11.11.1990. ABBAW, VA 15688. Vgl. Mitchell G. Ash: Interview mit Horst Klinkmann, 13.9.2019. DA GMPG, ID 601055.

512 Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon, 5.3.2019. DA GMPG, ID 601048.

513 Vgl. die Liste der in der Datenbank erfassten AdW-Institute in: Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 12–13. Der Inhalt der Dokumentensammlung wird im Band leider nicht im Einzelnen bibliografisch erfasst, obwohl er mit Hinweisen auf diese durchsetzt ist.

514 Vgl. hierzu Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf: *Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus*, 1995, 39–72.

institutionellen »Akteure« im System miteinander umgingen, wie die Stabilität des sozialen Teilsystems (wieder) hergestellt und aufrechterhalten wurde oder die Arbeit innerhalb des Bestehenden zu »optimieren« sei, wie Hohn und Schimank es getan hatten und anfangs anscheinend auch weiterhin tun wollten.<sup>515</sup> Vielmehr schien das Teilsystem selbst jedenfalls eine Zeit lang durch die politischen Auseinandersetzungen zur deutschen Vereinigung zur Disposition zu stehen. Für die empirische Gesellschaftsforschung bot der Vereinigungsprozess somit die große Chance, sowohl den »policy process« im Umgang mit dieser Herausforderung als auch die Umsetzung der erreichten Antworten darauf zu analysieren.

1992 legte Mayntz einen ersten kurzen Ergebnisbericht vor, der zunächst die Zeit vom Mauerfall bis zum EV in den Fokus nahm.<sup>516</sup> Der Bericht fiel durchaus im Sinne der oben genannten Institutslinie aus. Auch im Bereich der Wissenschaftspolitik sei während der deutschen Vereinigung ein gezielter Institutionenwandel geschehen, der »steuerungstheoretische Fragen« aufwerfe.<sup>517</sup> Das alte System der Forschung der alten Bundesrepublik habe »einen variablen, aber teilweise sehr hohen Grad staatlich konzederter Selbstorganisation« aufgewiesen, »ein strategisches Gleichgewicht ist jedoch etwas anderes als ein institutioneller Konsens«.<sup>518</sup> Die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten stellte für dieses Teilsystem eine große Herausforderung dar. Ein radikaler Wandel war ohnehin angezeigt, denn mit der AdW der DDR lag ein »systemfremdes Element« vor, dessen Erhalt oder Auflösung zur Debatte stand. Die zentrale Frage der Studie lautete daher, ob der Prozess zu Innovationen oder zum Erhalt des Status quo geführt habe.

Mayntz analysierte den »policy process« hier nach dem in der amerikanischen Politikwissenschaft damals aktuellen Modell des »agenda setting« in drei Phasen entlang der politischen Ereignisgeschichte. Die Phasenaufteilung erwies sich als Vorteil, denn erst nachdem die erste Phase, in der die Frage nach einer »Kompatibilität« der beiden Forschungssysteme noch zur Diskussion stand, ergebnislos verlaufen war, nahmen die bundesdeutschen Akteure, allen voran das BMFT, im Juni 1990 eine von Mayntz so genannte »Aufgleichungsperspektive« ein; demnach habe erst diese Perspektive die AdW zum »Problem« werden lassen. Dabei hätten sich unter den Akteuren nur der WR und das BMFT gezielt mit »Fragen des institutionellen Wandels« befasst. Das von Mayntz so bezeichnete »Verhandlungssystem« war daher in der ersten Phase »exekutivlastig und relativ klein«.<sup>519</sup> Eine grundsätzliche Asymmetrie ergab sich aber daraus, dass die AdW von Januar bis Juni 1990 in hohem Maße mit sich selbst beschäftigt war und sich dadurch weitestgehend aus dem Spiel nahm, während das MFT der DDR für sie eigentlich

515 Uwe Schimank, *Etatistische Praxis und Adressatenmodell*, 1991. Dieser Aufsatz erschien zwar wie mehrere Texte der ostdeutschen Reformer in der Zeitschrift *Forum Wissenschaft*, erwähnt die deutsche Vereinigung aber mit keinem Wort.

516 Mayntz, *Die außeruniversitäre Forschung*, 1992, 64–82.

517 Ebd., 64.

518 Ebd., 66.

519 Ebd., 70, 72.

nicht zuständig war und ohnehin unter der Leitung eines SPD-Mitglieds stand, dessen Partei im Bundestag in der Opposition war und das daher als Alliiertes im Verhandlungssystem ausschied.

Überraschend für damalige Leser\*innen mag ein zentraler Befund dieses Aufsatzes gewesen sein, dass noch im Juni 1990 drei Optionen für die »Lösung« des »Problems« der AdW offenstanden: Erhaltung, Transformation (Übernahme von AdW-Instituten durch oder Übergabe von Teilen derselben an BRD-Einrichtungen) oder Auflösung. Allerdings schied die Erhaltungsoption (wie auch in Kapitel 2 dieses Buchs gezeigt wird) aus verfassungsrechtlichen Gründen aus – worüber sich die ostdeutschen Beteiligten offenbar nicht ganz im Klaren waren –, aber auch deshalb, weil die AdW-Leitung »politisch kompromittiert« zu sein schien. Somit stellte sich die Frage, »wie sich ein Abbau ohne Zerstörung und ein Bewahren ohne die Perpetuierung alter Strukturen und eine kompromittierte Funktionselite bewerkstelligen« ließe. Schließlich fiel die Entscheidung für die Auflösung aus einem recht einfachen Grund: Eine Transformation der AdW und eine Übernahme mehrerer ihrer Einrichtungen hätten Neuverhandlungen der RV Forschungsförderung von 1975 nach sich gezogen, der FhG wie der MPG einen »neuen Konkurrenten beschert« und damit das etablierte Muster der institutionellen Arbeitsteilung »gestört«. <sup>520</sup> In der Folge dieser Verhandlungen und der nunmehr im »Kamingespräch« von allen bundesdeutschen Akteuren gemeinsam getragenen Entscheidung zur Auflösung des Forschungsverbands der AdW ist diese seit den 1980er Jahren etablierte Arbeitsteilung unter den wissenschaftspolitischen Akteuren der Bundesrepublik erstmals »normativ bejaht« worden. <sup>521</sup> Von heute aus gesehen spricht diese Analyse zwar dafür, dass Konkurrenzvermeidung im Spiel war, aber sie spricht auch gegen die simple »Kolonisierungsthese«, die viele Verlierer dieses Prozesses bis heute vertreten, weil der Konsens nicht von vornherein feststand, sondern Ergebnis von Verhandlungen unter den bundesdeutschen Akteure war.

In der sehr kurzen Besprechung der darauffolgenden Phase der Umsetzung des EV fiel eine interessante Bemerkung zur Rolle der MPG. Diese verhielt sich nach Mayntz wie alle anderen bundesdeutschen Beteiligten »identitätskonform« im Sinne ihrer Rolle im bisherigen System. Zwar erhielt die MPG jetzt durch die Auflösung der AdW enorme Wachstumschancen »auf dem Präsentierteller« serviert, zeigte sich aber weniger am Wachstum als an der Bewahrung ihrer Autonomie interessiert, denn sie wollte alles »nach eigenen Plänen und Verfahren entwickelt« haben. <sup>522</sup> Die vorliegende historische Analyse bestätigt diese Interpretation anhand der internen Quellen nachdrücklich.

Die zwei Jahre später vorgelegte Monografie *Deutsche Forschung im Einigungsprozess* (1994) behandelte nunmehr den Transformationsprozess insgesamt bis hin zur Umsetzung der Empfehlungen des WR. Sie wird als klare und sehr detail-

520 Ebd., 75. Die Ausführungen im Abschnitt 2.2 dieses Bandes belegen diese These.

521 Ebd., 76.

522 Ebd., 77.

lierte Übersichtsdarstellung und Analyse bis heute mit Recht zitiert. Im selben Jahr erschienen ein von Mayntz herausgegebener Sammelband über die Universitäten im Transformationsprozess<sup>523</sup> sowie ein von den MPIGF-Mitarbeitern Andreas Stucke und Schimank betreuter Band auf Englisch mit dem bestechenden Titel *Coping with Trouble*.<sup>524</sup> Dieser enthielt neben Studien aus anderen Ländern auch Kapitel von Mayntz zum Ende der AdW und von Wolf über die chemischen AdW-Institute.<sup>525</sup> An dieser Stelle soll lediglich die Monografie von Mayntz (1994) kurz mit Blick vor allem auf jene Aspekte der Analyse, die für die vorliegende Studie am relevantesten erscheinen, besprochen werden. Es sind derer sechs:

(1) Im Hinblick auf die Fragestellung der Studie behielt Mayntz die Institutslinie des »policy process research« als analytische Ressource weiterhin bei; es sollte darum gehen, ob der Transformationsprozess der AdW geplant oder planbar war oder es sich um »learning by doing« gehandelt habe.<sup>526</sup> Des Weiteren ging es um die Frage, ob der Prozess im Endeffekt als »Lösung eines Systemproblems«, wie er im »Leviathan«-Aufsatz dargestellt wurde, oder als ein »garbage can process«, sprich eine nicht intendierte Folge von nicht steuerbaren Vorgängen, zu begreifen sei.<sup>527</sup>

(2) Im Hinblick auf die Methodik der Studie gab Mayntz offen zu, dass diese »nicht von Hypothesen geleitet« war. Das zwang sie zu einem »gewissen Eklektizismus« hinsichtlich der Einzeldeutungen und zu einem idiografischen Vorgehen, mithin zu einer Annäherung an die Geschichtswissenschaft.<sup>528</sup> Die eben genannten, im ersten Kapitel der Studie getätigten Fingerzeige auf politikwissenschaftliche Ansätze zum »policy process« spielten im weiteren Verlauf der Studie eine untergeordnete Rolle. Den Quellenzugang betreffend gestand Mayntz eine gewisse »West-Bias« ein, wie eine Historikerin es auch getan hätte.<sup>529</sup>

(3) Dementsprechend wurde die Analyse nunmehr in fünf statt der 1992 genannten drei Phasen aufgerollt. Nach den drei Phasen bis zum EV aus dem früheren Text folgten zwei weitere Phasen mit den Evaluierungen des WR und der Umsetzung der Empfehlungen. Die Behandlung des Ganzen als Prozess erlaubte Mayntz, den Faktor Zeit, die damit verbundenen Verschiebungen und radikalen Wandlungen der politischen Verhältnisse und die sich aus alledem ergebenden Kontingenzzmomente in die Analyse einzubauen, anstatt diese als Störungen zu behandeln und über sie hinwegzugehen.

523 Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, 1994b.

524 Schimank und Stucke, *Coping with Trouble*, 1994.

525 Ebd. Wolf beschrieb seinen Beitrag als Skizze seiner zwei Jahre später abgeschlossenen Dissertation über die Strategien der AdW-Institute im Bereich der Chemie. Hans-Georg Wolf an Krull, 29.7.1993; Krull an Schimank, 20.9.1994; Krull an Mayntz, 20.9.1994. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 469, fol. 1, 3, 41.

526 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 17.

527 Ebd., 20.

528 Ebd., 23–24.

529 Ebd., 29.

(4) Soziologisch interessant war der Umgang mit dem Begriff des »Verhandlungssystems« – verstanden als die jeweilige Zusammensetzung der Akteure –, der jetzt zum konzeptionellen Aufhänger der ganzen Analyse wurde, zumindest für die Zeit bis zur Verabschiedung der WR-Empfehlungen im Juli 1991.<sup>530</sup> Für die Phase der Umsetzung der WR-Empfehlungen schien der Begriff nicht mehr nötig zu sein, denn hier hielt die für die Abwicklung der Verträge der AdW-Mitarbeiter\*innen gegründete KAI e. V. das Heft in der Hand.<sup>531</sup> Verhandelt wurde schon, aber nicht mehr über Grundsätzliches und auch nicht in einer Gruppe mehrerer gleichgewichtiger »Akteure«. Nachdem die AdW erst Ende Juni mit der »amtsführenden« Bestätigung der neuen Leitung just in dem Moment handlungsfähig wurde, »als sich das ›Window of Opportunity‹ für sie bereits wieder schloss«,<sup>532</sup> kam es wegen der unterschiedlichen Eigeninteressen der Beteiligten zu keiner Solidargemeinschaft und deshalb zu keinen Kampfmaßnahmen um den Erhalt der AdW, sondern eher zu einer »Lähmung«.<sup>533</sup>

(5) Im Ergebnis beschrieb Mayntz diesen Transformationsprozess als ein »eher inkrementalistisches Konstruktionsverfahren«, weil ein Zielkonzept für die zu realisierende Gesamtstruktur gefehlt habe.<sup>534</sup> Man wollte zwar »keinesfalls eine Kopie« des bundesdeutschen Forschungssystems erstellen, aber »nur ein Teil der Veränderungen lässt sich [...] als gewollte Innovation bezeichnen« – schließlich war Innovation »kein eigenständiges Ziel des Wissenschaftsrats«.<sup>535</sup> Gleichwohl kam es zu einem starken Strukturwandel, namentlich zur Vermehrung der »Blaue-Liste«-Einrichtungen, die Mayntz wie oben schon festgehalten als »ein[en] von niemandem intendierten, emergenten Effekt« deutete.<sup>536</sup> Hinzu kamen andere punktuelle Wandlungen wie zum Beispiel die Gründung des Max-Delbrück-Centrums für molekulare Medizin in Berlin-Buch als eine neue GFE, die Forcierung der Umwelt- und Ökosystemforschung (die ohnehin auf der Agenda des Ministeriums stand) oder die von der MPG betreuten GWZs.<sup>537</sup> Wie Mayntz betonte, waren mehrere dieser innovativen Versuche allerdings als befristete Zwischenlösungen und eben nicht als intendierten Wandel gedacht.

Wie oben bereits dargelegt wurde, beschrieb Mayntz die MPG im Mix als »deutlich unterrepräsentiert«, weil diese »sich bei Übernahmen aus der bestehenden Akademieforschung gezielt zurückgehalten« habe, um eigene Gründungs-

530 Trotz seiner Bedeutung für die Analyse blieb der Begriff »Verhandlungssystem« hier minimal definiert. Eine detailliertere Klärung und Ausweitung dieses Begriffs holte Mayntz in ihrem Hauptvortrag bei der Festversammlung der MPG im folgenden Jahr nach: Renate Mayntz: Gesellschaftliche Modernisierung, 1995, 57–70.

531 Vgl. hierzu KAI-AdW: *KAI e. V.* 1995.

532 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 78.

533 Ebd., 80. Inwiefern die Betroffenen Mitarbeiter\*innen der AdW-Institute diese distanzierte Zustandsbeschreibung für sich angenommen haben, wurde im Buch nur kurz besprochen.

534 Ebd., 196.

535 Ebd., 207.

536 Ebd., 205.

537 Ebd., 208–209.

initiativen verfolgen zu können.<sup>538</sup> Insofern belegte auch dieses Beispiel den allgemeinen Befund: Hinter dem »Imperativ der institutionellen Angleichung« spiegle die »Feinstruktur« des neuen AUF-Sektors in den NBL »(1) die Intentionen bestimmter handlungsfähiger korporativer Akteure, (2) Unterschiede in der Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Interessen und (3) den gemeinsamen Wunsch aller Beteiligten wider, *machbare* Lösungen zu finden.«<sup>539</sup>

(6) Zum Abschluss hielt Mayntz fest, dass es sich bei alledem doch nicht um einen »garbage can process«, aber ebenso wenig um einen planbaren Vorgang gehandelt habe. Das Gesamtergebnis sei »relativ anspruchslos (konservativ)« gewesen, weil »dezidierte Advokaten institutioneller Innovation« fehlten.<sup>540</sup> Am Ende also konstatierte Mayntz »einen Fall relativ erfolgreicher Steuerung«, obwohl das Endergebnis so nicht im Voraus geplant und »in jeder Phase von einem anders strukturierten Akteurssystem getragen wurde.«<sup>541</sup> Schließlich zeigten die ordnungspolitischen Vorgaben der Vereinigung und die Status-quo-Wünsche der Akteure »in die gleiche Richtung.«<sup>542</sup> Die Spielräume, die es gab, wurden aber nur teilweise wahrgenommen.

Im Unterschied zu dieser kühlen Prozessanalyse implizierte schon der Titel des oben erwähnten Bandes von Schimank und Stucke, *Coping with Trouble*, eine etwas andere Deutung des Geschehens: Konfrontiert mit »extreme political trouble«, reagierten die forschungspolitischen Akteure demnach allenthalben mit Coping-Strategien. Während sich die ostdeutschen Akteure vergeblich um die Rettung des eigenen Forschungssystems bemühten, versuchten die bundesdeutschen Akteure mit Macht alles möglichst schnell und ohne grundlegende Änderungen des im Westen Bestehenden über die Bühne zu bringen, doch schufen sie faktisch durch improvisierte Lösungen eine Wandlung eben dieses Systems.<sup>543</sup>

Aus diesen Studien scheint kein reflexiver Hinweis auf die MPG selbst abgeleitet worden zu sein. Stattdessen hielt Mayntz 1994 einen kurzen Vortrag über die Folgen des Vereinigungsprozesses für die Wissenschaftspolitik in der neuen Bundesrepublik.<sup>544</sup> Neben ihrer differenzierten Schilderung des Umgangs mit dem Hochschul- und Wissenschaftssystem der DDR stand eine interessante Beobachtung über den Wandel in der Wissenschaftspolitik, die nicht geschah. Man habe demnach 1990/1991 »vielfach einen Zentralisierungsschub gefürchtet«; dieser geschah jedoch nicht, weil die KMK »gewissermaßen als föderalistischer Wachhund alle vermeintlichen Ansätze zu einer Kompetenzerweiterung [des Bundes] ›verbellt‹ hat«.

538 Ebd., 202, 204.

539 Ebd., 204. Hervorhebung im Original.

540 Ebd., 273. Der Einsatz Jürgen Kockas für die GWZs blieb an dieser Stelle unerwähnt.

541 Ebd., 272.

542 Ebd., 278.

543 Für den Terminus »extreme political trouble« vgl. Uwe Schimank und Andreas Stucke: *Coping with Trouble*, 1994, 7–34, 28.

544 Zum Folgenden vgl. Renate Mayntz: *Das deutsche Wissenschaftssystem*, 1994, 2–3.

Wissenschaftshistorisch betrachtet handelte es sich bei den Arbeiten des MPIFG um einen opportunen Zugriff zur Untermauerung und Weiterentwicklung des am Institut bereits vorliegenden Ansatzes des »akteurszentrierten Institutionalismus«. Dabei sind bis dahin unbekannte Personenkonstellationen mobilisiert worden, darunter die Hilfe des AdW-Präsidenten Klinkmann bei der Materialbeschaffung. Auf Methodenebene relevant ist die Einbindung von Mayntz selbst in das Geschehen als Mitglied der »Präsidentenkommission DDR« und mehrerer weiterer Kommissionen, insbesondere der Geisteswissenschaftlichen Sektion der MPG, sowie als Beteiligte im Evaluierungsverfahren des WR auf dem Gebiet der Wissenschaftsforschung. Interessant ist auch die Verwobenheit der Analysierenden mit den handelnden Akteuren durch Interviews sowie ihre kollegialen Verbindungen mit weiteren Akteuren wie Krull, die sie ihrerseits als Beitragsautoren für andere Sammelbände aus ihrem Institut einbezog.<sup>545</sup>

In ihren Arbeiten über die AdW erwähnte Mayntz sich selbst gelegentlich als »teilnehmenden Beobachter«,<sup>546</sup> ohne viele Worte über die Vor- und Nachteile einer solchen Rolle zu verlieren. Im Interview sah sie sich durchaus in der Lage, die Analyse eines Prozesses von der Beteiligung der eigenen Person am selben Vorgang zu trennen: »Ich sah darin kein moralisches Problem, und sehe auch heute keines.« Auch sah und sieht sie in dieser doppelten Rolle kein methodisches Problem; schließlich sei sie als Chemikerin ausgebildet worden und habe »trennen gelernt«.<sup>547</sup>

In diesem Fall wurden die Forschungschancen, die der Vereinigungsprozess auch für die empirische Wissenschaftsforschung bot, im großen Stil wahrgenommen. Mithilfe einer Mobilisierung der finanziellen und personellen Ressourcen des MPIFG, darunter nicht zuletzt der Selbstmobilisierung der Mitdirektorin des Instituts als privilegierter Akteurin mitsamt der methodischen Flexibilität, die ihr dank ihrer Stellung zu Gebote stand, konnten Ergebnisse erarbeitet werden, die Wesentliches zum Verständnis des Vereinigungsprozesses in der Wissenschaftspolitik und auch zur Stärkung des am Institut ohnehin verfolgten Ansatzes eines »akteurszentrierten Institutionalismus« beitrugen. Mit historischer Distanz betrachtet handelte es sich dabei um eine epistemische Aneignung des Vereinigungsprozesses als Ressource für die eigene Forschung, die mit der institutionellen Expansion der MPG parallel verlief.

545 Vgl. z. B. Krull an Mayntz, 28.4.1994; Mayntz an Krull, 20.7.1994. Korrespondenz betreffend Wilhelm Krull: Im Osten wie im Westen – nichts Neues? 1994b. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 469 (Handakte Krull), fol. 6, 28–29.

546 Beispielsweise Mayntz, *Die außeruniversitäre Forschung*, 1992, 64–82, 76.

547 Mitchell G. Ash: Interview mit Renate Mayntz, 23.9.2018, DA GMPG, ID 601064.

### 3.6 Zwischenfazit Kapitel 2 und 3

Mehrere Amtswechsel vom Ende des Jahres 1994 bis in das Jahr 1995 hinein markierten den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der MPG schon vor dem Ende der Amtszeit Zachers. Die Reihe begann auf Regierungsebene im November 1994 mit dem Wechsel im Ministeramt von Paul Krüger zu Jürgen Rüttgers und der Bildung des aus den früheren Bildungs- und Forschungsministerien zusammengeschlossenen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, das bald den hochtrabenden Beinamen »Zukunftsministerium« erhielt.<sup>548</sup> Ab März 1995 wurde Rüttgers MPG-Senatsmitglied, doch kam er weit seltener zu den Sitzungen, als Riesenhuber, Wissmann oder Krüger es vor ihm getan hatten; stattdessen wurde vereinbart, den zuständigen Staatssekretär Fritz Schaumann als ständigen Gast in den Senat aufzunehmen.<sup>549</sup>

Die Reihe setzte sich innerhalb der MPG mit den im März 1995 vom VR autorisierten und im Juni 1995 vom Senat zustimmend zur Kenntnis genommenen »Regelungen zur Unterstützung des Präsidenten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und zu seiner Vertretung« fort. Dies sollte eine »Entlastung der Spitze« bringen, die wegen der Vergrößerung der MPG infolge der deutschen Vereinigung für unbedingt notwendig gehalten wurde.<sup>550</sup> Sie sah unter anderem die Möglichkeit einer ständigen Vertretung des Präsidenten durch eine Vizepräsidentin bzw. einen Vizepräsidenten des betreffenden Fachgebiets vor. Dem ging eine ausführliche Diskussion anderer Leitungsmodelle, vornehmlich aus den USA (Stichwort »Dean-« oder »Provost-« Modell), voraus. Zacher nannte diese Regelungen im Senat »eine relativ konservative Lösung«, mit der immerhin »sowohl die zentrale Verantwortung des Präsidenten als auch die Autonomie der Sektionen erhalten blieben«. <sup>551</sup> Auch in diesem Fall kam die MPG wie sonst ohne Satzungsreform aus.

548 Fachmann fürs Futur. Der Bonner Aufsteiger Jürgen Rüttgers verblüfft seine Umgebung mit Vielseitigkeit. *Der Spiegel* 47, 21.11.1994. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 330, fot. 357.

549 Zacher dankte Rüttgers in der eben genannten Sitzung dafür, dem Senat angehören zu wollen. Niederschrift der 139. Sitzung des Senats vom 24.3.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP, fol. 5 recto. Zur Verabredung, Schaumann als ständiger Gast in den Senat aufzunehmen, vgl. Bartikowski an Buschbeck, 25.1.1995; Rüttgers an Zacher, 16.2.1995. BArch B 196/156203.

550 Niederschrift der 164. Sitzung des Verwaltungsrates am 23.3.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 164.VP, fol. 4; Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP; fol. 9–10; Text der Regelungen in: Materialien der 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 106–107. Zum Terminus »Entlastung der Spitze«, vgl. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG am 3.2.1994 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1499, fol. 9.

551 Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 9 verso.



**Abbildung 18:** Barbara Bludau, von 1995 bis 2011 Generalsekretärin der MPG, Pressefoto um 1995. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

In diesem Zusammenhang fiel die in der Einleitung zitierte Bemerkung Zachers, die Satzung der MPG habe eine »monarchische« Struktur, die für den Präsidenten faktisch eine Verpflichtung zur ständigen Präsenz bedeute. Die Bedeutung dieser Aussage und des Problems einer Überbelastung des Präsidenten hatten sich schon gezeigt, als Zacher wegen schwerer Herzkrankheit im Sommer 2003 fehlen musste, weshalb die Amtszeit des GS Hasenclever über den Pensionierungstermin hinaus verlängert wurde.

An die aufgeschobene Pensionierung Hasenclevers Ende Oktober 1995 knüpfte sich der Dienstantritt seiner Nachfolgerin Barbara Bludau, seit 1994 Staatsrätin für Wissenschaft des Landes Hamburg, am 1. September an<sup>552</sup> (Abb. 18). Die

552 Materialien zur 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 203. Zu Barbara Bludau, vgl. MPG-Presseinformation, 28.3.1995 in: Materialien zur 139. Sitzung des Senats vom 24.3.1995 in Berlin, fol. 110–111. Im Brief Zachers an die Senatsmitglieder, 9.3.1995. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP, hieß es, die Amtszeit Hasenclevers war wegen der schweren (Herz-)Krankheit Zachers im Sommer 1993 zunächst um ein Jahr bis zum Juli 1995 und danach noch einmal verlängert worden, um den Übergang zu erleichtern.

Rekrutierung Bludaus lief recht dramatisch ab. Wie sie im Interview berichtet, war der Berliner Senator Ehrhardt für dieses Amt vorgesehen, der sich stattdessen kurzfristig entschied, die Stelle des Generalsekretärs des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft anzunehmen. Bludau erfuhr von der nunmehr offenen Position vom ehemaligen MPG-Präsidenten Raimar Lüst, mit dem sie gut bekannt war. Die notwendigen Vorstellungsgespräche wurden als Sondersitzungen des VR in einem Konferenzraum am Münchener Flughafen abgehalten, deren Protokolle scheinbar nicht erhalten sind.<sup>553</sup>

Wohl am wichtigsten von alledem war die Wahl Hubert Markls zum MPG-Präsidenten ebenfalls im Sommer 1995, die den Beginn einer neuen Ära in verschiedener Hinsicht signalisierte, auch wenn er das Amt erst im Juni 1996 übernahm. Die Wahl Markls wird am Anfang des nächsten Kapitels besprochen.

Als eine Art Übersicht der inzwischen mobilisierten institutionellen Ressourcen der MPG in den NBL und auch als diskursive Ressource zur Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit mag sich das folgende Schaubild (Abb. 19) verstehen lassen:

In diesem Format präsentierte die MPG eine Bilanz ihrer Tätigkeit in den NBL bis Ende 1995. Die im Jahresbericht 1993 eingeführte Unterscheidung zwischen einem »Sofortprogramm« von befristeten Maßnahmen inklusive der AGs und Außenstellen, diesmal aber ohne die GWZs, weil das Ende ihrer Förderung anstand, und einem »Langzeitprogramm«, bestehend aus MPI-Gründungen, behielt man hier als strukturierendes Prinzip der Selbstdarstellung bei. Die eigentliche Botschaft des Schaubildes lautete jedoch, dass die MPG nun mit Instituten oder Teilinstituten in allen NBL Präsenz zeigte. Zudem wurden hier mehrere der in den Jahren 1993/1994 projektierten, aber noch nicht beschlossenen Institutsneugründungen ebenfalls angeführt, wohl um zu zeigen, dass es in eben diese Richtung weitergehe. Weil diese zweite Welle der Institutsneugründungen erst während der Präsidentschaft Markls zu Ende ging, wird sie im folgenden Kapitel abgehandelt.

Die Aktivitäten der MPG in den NBL während der Amtszeit Zachers stellten im breiteren Kontext gesehen einen relativ kleinen Ausschnitt im überaus komplexen Vereinigungsgeschehen in den Wissenschaften dar, selbst dann, wenn der Blick allein auf die außeruniversitäre Forschung beschränkt bleibt. Nach einer umfassenden Zusammenstellung der BLK aus dem Jahr 1993 (Stichtag 1. Juni) gab es insgesamt 134 AUFES in den NBL, davon waren 34 Einrichtungen der MPG. Allerdings gab es ebenfalls 34 Einrichtungen der »Blauen Liste« und weitaus mehr Personal war an diesen sowie an den wenigen GFES als an den vielen kleinen AGs der MPG angestellt.<sup>554</sup> Auch innerhalb der MPG machten die Ausgaben für ihre Aktivitäten in den NBL 1991 circa 10 Prozent des Gesamthaushaltes der MPG aus. Bis 1994 hatte sich das Bild zu ändern begonnen: Laut BLK-Beschluss vom September 1994 betragen die Ausgaben der MPG für ihre Aktivitäten in den NBL mit 201.909.900 DM nunmehr circa 16,8 Prozent der Gesamtförderungen

553 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 3.6.2022. DA GMPG, ID 601097.

554 Eigene Zählung aus Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Geschäftsstelle: *Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen*, 1993.

## Jahresbericht 1995

<b>Forschungsförderung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins seit 1991 Stand: 1. Januar 1996</b>	
<b>Aufbau von befristeten Einrichtungen (Sofortprogramm)*</b>	<b>Aufbau von Instituten (Langzeitprogramm)</b>
<b>Arbeitsgruppen an Universitäten</b>	<b>Bestehende Institute</b>
<p><i>Humboldt-Universität Berlin</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Algebraische Geometrie und Zahlentheorie</li> <li>- Strukturelle Grammatik</li> <li>- Theorie dimensionsreduzierter Halbleiter</li> <li>- Quantenchemie</li> <li>- Röntgenbeugung an Schichtsystemen</li> <li>- Nichtklassische Strahlung</li> <li>- Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern</li> <li>- Zellteilungsregulation und Gensubstitution</li> </ul> <p><i>Universität Potsdam</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Partielle Differentialgleichungen und komplexe Analysis</li> <li>- Nichtlineare Dynamik</li> <li>- Ostelbische Gutsherrschaft als sozialgeschichtliches Phänomen</li> <li>- Fehlertolerantes Rechnen</li> </ul> <p><i>Universität Rostock</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Asymmetrische Katalyse</li> <li>- Komplexkatalyse</li> <li>- Theoretische Vielteilchenphysik</li> </ul> <p><i>Technische Universität Dresden</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Theorie komplexer und korrelierter Elektronensysteme</li> <li>- Mechanik heterogener Festkörper</li> </ul> <p><i>Universität Leipzig</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zeitaufgelöste Spektroskopie</li> </ul> <p><i>Universität Halle-Wittenberg</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Flüssigkristalline Systeme</li> <li>- Enzymologie der Peptidbindung</li> </ul> <p><i>Universität Jena</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Molekulare und zelluläre Biophysik</li> <li>- CO<sub>2</sub>-Chemie</li> <li>- Gravitationstheorie</li> <li>- Pharmakologische Hämostaseologie</li> <li>- Röntgenoptik</li> <li>- Staub in Sternentstehungsgebieten</li> <li>- Molekulare Zellbiologie</li> </ul>	<p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik Halle/Sachsen-Anhalt</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung Golm/Brandenburg</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme Dresden/Sachsen</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen Jena/Thüringen</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie Berlin</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie Golm/Brandenburg</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung Leipzig/Sachsen</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik Golm/Brandenburg</p>
	<b>Institute in Gründung</b>
	<p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für chemische Physik fester Stoffe Dresden/Sachsen</p> <p style="text-align: center;">Teilinstitut des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften Leipzig/Sachsen</p> <p style="text-align: center;">Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock/Mecklenburg-Vorpommern</p>
<b>Außenstellen</b>	<b>Vorhaben im wissenschaftlichen Beratungsverfahren</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Außenstelle Berlin des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik</li> <li>- Außenstelle Berlin des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anthropologie</li> <li>- chemische Kommunikation in Ökosystemen</li> <li>- Dynamik komplexer technischer Systeme</li> <li>- Ethnologie</li> <li>- Genetik, molekulare Zellbiologie, Faltung und gezielter Abbau von Makromolekülen</li> <li>- Laborastrophysik - Interstellare Materie</li> <li>- Optik</li> <li>- Studium globaler biogeochemischer Kreisläufe</li> </ul>

\* Die sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte - von 1992 bis 1995 von der "Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH", einer Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft, eingerichtet und betreut - wurden zum 1. Januar 1996 in neue Trägervereine übergeführt.

**Abbildung 19:** Forschungsförderung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins. Stand: 1. Januar 1996. Quelle: *MPG-Jahresbericht 1995*, 35

des Bundes und der Länder (1.202.218.600 DM).<sup>555</sup> Dieser Anteil sollte sich in den Folgejahren wegen des Aufbaus der neu gegründeten Institute in den NBL weiter vergrößern.

Mit alledem stellte das Jahr der staatlichen Vereinigung tatsächlich eine Epochenchwelle für die Geschichte der MPG dar. Noch bevor die Option einer »Konvergenz« der beiden Forschungssysteme mit expliziter Befürwortung der MPG-Leitung vom Tisch war, entfaltete die MPG in der DDR eine bemerkenswerte Eigentätigkeit durch die Förderung von Kooperationen einzelner MPIs mit Instituten der AdW ohne Einbeziehung der AdW-Leitung. Mit der Amtsübernahme Zachers erreichte diese Tätigkeit eine neue Dimension noch vor der staatlichen Vereinigung durch die Beratungen der »Präsidentenkommission DDR«, die nach der Vereinigung zunächst zur Gründung von AGs der MPG an den Universitäten der NBL führte. Natürlich waren auch die anderen Forschungs- und Forschungsförderungsträger der bisherigen Bundesrepublik auf jeweils eigene Weisen aktiv.<sup>556</sup> Der Unterschied zur Rolle anderer forschungspolitischen Akteure der Zeit lag in der Vielfältigkeit des Engagements der MPG: Anstatt vertraute Formate in den NBL sofort einzupflanzen, wie die FhG es tat und Minister Riesenhuber zu wünschen schien, entschied sich die MPG-Leitung anfangs für befristete, aber institutionell innovative Initiativen und konzentrierte sich bald danach auf die Gründung neuer MPIs. Das schon 1996 sichtbare Ergebnis war eine Mobilisierung der allgemeinen Politik im Bund wie auch der Länderregierungen der NBL als Ressourcen für eine einmalige Expansion der MPG.

Bei den befristeten Einrichtungen und auch bei den Institutsgründungen handelte es sich sowohl um vom WR in folge der Evaluierung der AdW-Institute empfohlene, an die MPG herangetragene als auch um eigene Initiativen. Dass diese komplexe Strategie nicht ohne Schwierigkeiten realisiert wurde, dürfte aus den vorangegangenen Ausführungen deutlich geworden sein. Unerwartete Feedbackeffekte bis hin zu zahlreichen Abteilungsschließungen und einer Neugestaltung der Berufungsvorgänge in den ABL, die vielfach zu inhaltlichen Neuorientierungen führten, blieben nicht aus.<sup>557</sup> Schon am Ende dieses Zeitraumes war die MPG trotz ihrer Bemühungen um Beibehaltung gewohnter institutioneller Praktiken in den Worten Zachers selbst auf dem Weg, eine »in ihrem Wesen veränderte Gesellschaft« zu werden.

Inwiefern das Präsidium oder die GV der MPG eine gezielte Mobilisierung der allgemeinen Politik als Ressource für eigenes strategisches Handeln in diesem Ausmaß bereits 1990 klar ins Auge gefasst und sich von vornherein darauf ausgerichtet hätte, ist nicht ganz klar. Punktuelle Hinweise auf die erhoffte Gründung

555 Materialien zur 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 128–130.

556 Vgl. Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999 sowie Trischler und Hoffmann, Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive, 2015, 25–33.

557 Vgl. hierzu den Beitrag: Neuorientierung bestehender Institute 1990–1994. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1995, 31–55.

von bis zu 20 MPIs über mehrere Jahre gibt es, beschlossen wurde dies jedoch erst im November 1993. Für die früheren Jahre ist ein eher pragmatisches Vorgehen anhand einer Auswahl unter den von der Politik gesetzten Möglichkeiten festzustellen, verbunden mit gezielten Eigeninitiativen. Bald drehte sich der kausale Pfeil aber um, als es ab 1995 zu einer in ihrem Umfang und vor allem in ihrer Geschwindigkeit ungeplanten zweiten Welle neuer Institutsgründungen in den NBL als direkte Antwort auf Druck aus der allgemeinen Politik kam. Parallel dazu nutzte die MPG-Leitung denselben Druck, um eine länger angedachte Reform der Berufungspolitik im Sinne einer gezielten Entwicklungsplanung und der damit zusammenhängenden Kürzungen in den ABL umzusetzen.<sup>558</sup> So gesehen agierte die MPG in dieser Zeit sowohl als autonome Nutznießerin von Opportunitäten als auch in gewisser Hinsicht als Reagierende auf politischen Druck.

Im Hinblick auf die Mobilisierung personeller Ressourcen aus der ehemaligen DDR ist bei alledem eine ganz wesentliche Unterscheidung festzuhalten: Im Falle der befristeten Einrichtungen wie der AGs an den Universitäten, den geisteswissenschaftlichen Forschungszentren oder den Außenstellen bundesdeutscher MPIs in den NBL war diese Mobilisierung beachtlich. Eine längerfristige Aufnahme ostdeutscher Wissenschaftler\*innen in nennenswerter Zahl geschah hingegen nur an den beiden vom WR empfohlenen MPI-Neugründungen sowie im Falle der Anstellung von sieben FSP-Mitarbeiter\*innen durch das MPI für Wissenschaftsgeschichte. Das war kein Zufall, sondern Strategie. Als der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe Zacher in einem Gespräch am 10. März 1993 auf die geringe Anzahl ostdeutscher Institutsdirektoren in den NBL ansprach, hat Zacher ihm laut Vermerk »sehr deutlich gemacht, dass gerade in der Anfangsphase auf Spitzenwissenschaftler\*innen aus den alten Bundesländern und dem westlichen Ausland nicht verzichtet werden kann«; Chancen für eine Durchmischung sah er eher, wenn solche Leitungen die MPIs für »Nachwuchs aus den neuen Bundesländern besonders interessant machen« würden.<sup>559</sup>

Als Zwischenfazit sollen die bisher erzielten Ergebnisse dieser Analyse aus dem Blickwinkel des in der Einleitung skizzierten Ressourcenansatzes kurz zusammengefasst werden, zunächst im Allgemeinen hinsichtlich der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik im vorliegenden Fall und dann etwas präziser nach den eingangs genannten Ressourcentypen Zeit und Geld.

Fragt man danach, inwiefern und in welchem Sinne eine Wechselwirkung von Wissenschaft und Politik in diesem Fall feststellbar ist, liegt auf den ersten Blick eine radikale Asymmetrie vor: Das Spiel der allgemeinen Politik, genauer die deutsche Vereinigung überhaupt in ihrem improvisierten Charakter, scheint fast zur Gänze ohne Rücksichtnahme auf oder Einflussnahme aus der Wissenschaft als Institution oder als Diskurs abgelaufen zu sein. Das Angebot einer Wirt-

558 Vgl. hierzu ausführlich: Neuorientierung bestehender Institute.

559 Hasenclever, Vermerk: Gespräche in Potsdam am 10. März 1993, 11.3.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 17.

schafts- und Sozialunion wurde im Februar 1990 sogar unter Missachtung der geballten bundesdeutschen Wirtschaftsexpertise unterbreitet, und die weiteren darauffolgenden politischen Entscheidungen zur Beschleunigung der Vereinigung als Beitritt scheinen ohne Input der organisierten Wissenschaft gefallen zu sein. Auch nach dem Vollzug der staatlichen Vereinigung im Herbst 1990 legten die Wissenschaftsorganisationen ein grundsätzlich reaktives Verhalten an den Tag, und zwar selbst dann, als es 1994 im Rahmen der »Standort-Deutschland-Debatte« forschungspolitische Fragen bis zum Bundeskanzler selbst geschafft zu haben schienen.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn wir den Blick von »politics« als Kampf um die Macht im Staate und die allgemeinen Ziele des Staates zur »policy«, also zur Politik als staatlichem Handeln, wechseln. Der Vorstoß der DFG im Januar 1990, Anträge aus der DDR unter Federführung bundesdeutscher Wissenschaftler\*innen zuzulassen, wurde mit dem BMFT und sogar mit Minister Riesenhuber selbst zumindest punktuell koordiniert. Der Versuch, einen »brain drain« der Forscher\*innen aus der DDR zu vermeiden, der diesen Schritt motivierte, war eine wissenschaftspolitische Variante der allgemeinpolitischen Linie der Bundesregierung, die den Slogan »Gebt uns die DM oder wir kommen zu ihr!« mit dem Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion beantwortete. Der »Husarenritt« (O-Ton Zacher) des Ministers Riesenhuber bei der Pressekonferenz zum »Kamingespräch« am 3. Juli 1990, der den Anstoß zur Auflösung des Forschungsverbundes der AdW und zur Erweiterung des bundesdeutschen Forschungs- und Forschungsförderungssystems auf das »Beitrittsgebiet« geben sollte, war mit den ostdeutschen Verhandlungspartner\*innen aber nachweislich nicht abgesprochen worden. Die dort ausgesprochene Bitte beider Staatsminister um eine Evaluierung der AdW-Institute durch den WR wurde im Vorfeld von dessen Geschäftsstelle selbst geschickt eingefädelt. Wie gezeigt wurde, ging den Weichenstellungen in diese Richtung im späten Juni 1990 ein zähes Ringen um Konsens unter den Mitgliedern der »Allianz« und auch zwischen diesen und Minister Riesenhuber voraus. Dies widerspricht bis heute verbreiteten Vorstellungen der deutschen Vereinigung als eine bewusst geplante »Kolonisierung« des Ostens durch den Westen.

Nach der Unterzeichnung des EV, dem formalen Vollzug der deutschen Vereinigung im Bereich der Wissenschaftspolitik durch den Abschluss der zweiten Bund-Länder-Vereinbarung (»Möllemann II«) am 2. Oktober 1990 und der Ausweitung der Gültigkeit der RV Forschungsförderung auf die NBL im Dezember kam es zu überaus vielschichtigen Verhandlungen zwischen Wissenschaft und allgemeiner Politik um die faktische Ausgestaltung dieser Vereinbarungen, sprich um die Realisierung der zahlreichen Initiativen in diesem »policy«-Bereich, die sich in mehreren Phasen entfalteten. Wie sich diese Verhandlungen in der MPG mit welchen Beteiligten in unterschiedlichen konkreten Kontexten während der Amtszeit Zachers gestalteten und umgestalteten, wurde im vorigen Kapitel entlang vier überlappender Phasen nachzuzeichnen versucht.

War die deutsche Vereinigung, nachdem sie vollzogen wurde, für die MPG in dieser Zeit eine disruptive Episode, nach deren »Bewältigung« man zur alten

Tagesordnung übergang, oder doch eine Chance für Neues? Die Antwort auf diese Frage fällt deutlich aus: Abgesehen von den Gründungsbeschlüssen von 1990 in Bremen und Marburg fand die Expansion der MPG in den 1990er Jahren ausschließlich in den NBL statt, und zwar in einem Ausmaß und einer Geschwindigkeit, die in den 1980er Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Es sei daran erinnert, dass man in der Amtszeit Heinz Staabs stolz darauf war, trotz budgetärer Stagnation drei neue MPIs gegründet zu haben. In der darauffolgenden Amtszeit Zachers fielen inklusive der beiden Außenstellen insgesamt zwölf Gründungsbeschlüsse, davon zehn MPI-Neugründungen.

Mit alledem hat die MPG im Endeffekt die allgemeine Politik, genauer: den auch in anderen Politikbereichen vorhandenen politischen Willen zum Projekt »Aufbau Ost« im großen Stil als Ressource für das eigene Handeln mobilisiert. Der Weg dorthin war allerdings weder einfach noch geradlinig, und es kam dazu erst nach spannungsreichen Verhandlungen und Debatten, die zuweilen sogar im Senat der MPG geführt wurden, und eingehenden Gesprächen mit Vertreter\*innen des Bundes und der NBL, die bis dahin trotz ihrer Bekenntnisse zur Bedeutung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung andere Prioritäten gesetzt hatten. Wie gezeigt wurde, kam es aber auch zu einer Beschleunigung der ohnehin begonnenen Initiativen der MPG sowie zu einer stark vermehrten, in allen Sektionen gezielt organisierten Konzipierung neuer Institutsgründungen in den NBL in den Jahren 1993 und 1994. Wie gezeigt wurde, geschah dies auf direkten Druck des BMFT und dessen neuen Ministers Krüger, der aus Mecklenburg-Vorpommern stammte und in dieser Angelegenheit wie im Falle des Teilinstituts des IPP in Greifswald als Anwalt der NBL und als Agent des eigenen Bundeslandes agierte. Daher muss ein Primat der Politik beim Timing und bei der Beschaffenheit von Wissenschaftswandlungen im vorliegenden Fall festgehalten werden. Das gilt natürlich für die Vereinigung selbst wie für deren wissenschaftspolitische Ausgestaltung. Derweil beanspruchte die MPG die Entscheidung über die Forschungsgegenstände, Methoden und das Leitungspersonal der entstehenden neuen Institute in relativer Autonomie für sich, frei nach dem von Zacher artikulierten Muster einer »Auftragserfüllung nach eigenem Ermessen«.

Die MPG hielt ihren Autonomieanspruch auch durch ihr Festhalten an bestehenden Strukturen und Praktiken aufrecht. So behielt sie vor und auch nach den schnell getroffenen Themenwahlen 1993/1994 ihre gewohnte und für bewährt gehaltene Gründungs- und Berufungsprozedere mit der Begründung bei, dass nur so die Qualitätsstandards einer Einrichtung der Spitzenforschung gesichert werden könnten. In konkreten Fällen war eine gewisse Flexibilität in der Handhabung dieser für »bewährt« gehaltenen institutionellen Praktiken durchaus möglich, vor allem dann, wenn die politische Lage schnelle Beschlüsse erforderlich erscheinen ließ. Zu einer behutsamen Reform der Leitungsstrukturen war man auch bereit, um die Mehrbelastung des Präsidenten infolge des schnellen Wachstums der MPG im Prozess der Vereinigung bewältigen zu können, doch zu einer Satzungsänderung kam es nicht, unter anderem auch deshalb, wie Balcar und Renn schreiben, »um Bund und Ländern keine Interventionsmöglichkeiten

zu eröffnen«. <sup>560</sup> Die kleinere FhG konnte Institute schneller gründen und erwies sich zumindest anfangs aufgrund ihrer schlankeren Entscheidungsfindungsstrukturen als wendiger, betrieb ihre Initiativen aber auch im Rahmen ihrer bestehenden Satzung. <sup>561</sup>

Nach dem Vollzug der staatlichen Einheit erhielten die für Forschung zuständigen Minister\*innen der NBL juristisch durch die eben erwähnte Ausdehnung des Geltungsbereichs der RV Forschungsförderung, finanziell durch die vorläufige Aufhebung des Finanzausgleichs der Bundesländer und die ihnen zugewiesenen Bundesmittel aus dem Fonds Deutsche Einheit sowie institutionell durch die damit zusammenhängenden BLK-Beschlüsse Handlungsspielräume struktureller Natur. Erst in diesem Rahmen kam die Ressource Geld zur Entfaltung. Mithilfe massiver Transferleistungen aus dem Bundeshaushalt eröffneten sich damit Chancen für Innovationen durch die MPG. Diese Chancen wurden vorerst durch die Gründung der AGs an den Universitäten (Phase 1) und danach durch die Annahme der an die MPG vom WR herangetragenen Betreuung der GWZs (Phase 2) genutzt. Diese institutionellen Innovationen wurden aber bewusst befristet, während die längerfristig bedeutenderen Institutsgründungen (beginnend ebenfalls in Phase 2) eher im inhaltlichen als im institutionellen Sinne zumindest nachholend innovativ sein sollten.

Die Befristung der institutionell innovativen AGs und GWZs betreffend erwies sich die Ressource Zeit in der Folge als variabler, als sie Ende 1991 infolge der Bestimmungen des EV im Falle der ersten Institutsgründungen sein durfte. Im Falle der Gründungen der beiden vom WR empfohlenen MPIs und auch der Tochtergesellschaft »zur Förderung wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH« als Trägerin der GWZs improvisierte man aus arbeitsrechtlichen Gründen gewisse Modifizierungen der in der MPG gewöhnlichen Gründungs- und Berufungsvorgänge, um die Gründungen pünktlich zum 1. Januar 1992 vollziehen und damit jeden Anschein einer Übernahme früherer AdW-Institute vermeiden zu können. Später konnten sowohl die Förderung der AGs als auch die Betreuung der GWZs vielleicht widerwillig, aber doch über die ursprünglich vorgesehenen Fristen hinaus – im Falle der AGs sogar bis in die späten 1990er Jahre hinein – verlängert werden.

Die Ressource Geld betreffend ist auch eine Verschiebung zu beobachten. Dass eine derartige Mobilisierung der allgemeinen Politik in den NBL nur mit Sondermitteln zu bewerkstelligen sei und daher ohne Rückwirkung auf den westlichen Teil der MPG bleiben möge, war eine explizit formulierte und dann lang gehegte Wunschvorstellung der MPG-Leitung, die auch andere institutionelle Akteure der Wissenschaftspolitik zunächst teilten. Es kam bald anders, denn neben der Expansion der MPG in die NBL, die nach überaus zähen Verhandlungen trotz der Finanzkrise des Bundes gelang, kam es zum »Konzentrationsprogramm« der MPG in den ABL. Die 1991 bundespolitisch beschlossene Trennung der

560 Balcar und Renn, Governance der MPG im Wandel.

561 Vgl. hierzu nochmals Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 196–203.

Haushalte Ost und West blieb auch in der MPG bis 1998 erhalten; von einer direkten Kompensierung der Erweiterung in den NBL durch Kürzungen in den ABL redete man deshalb nicht, weil die beiden Teilhaushalte aus verschiedenen Quellen kamen, aber genauso wurde das alles in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Dass der Name dieses MPG-Programms fast gleich lautete wie das parallel eingeleitete Budgetverschlinkungsprogramm im Bundeshaushalt war wohl kein Zufall, auch wenn innerhalb der MPG bereits 1990 von einer »Konsolidierung« die Rede war. Auch in den ABL wurden also die allgemeine Politik, hier vor allem die zunächst durch den Konjunkturereinbruch 1991/1992 und danach durch die Haushaltskürzungen des Bundes von der MPG-Leitung als Hebel mobilisiert, um interne Strukturreformen durchzusetzen, deren Notwendigkeit vor der Vereinigung schon erkannt worden waren.

Im Kontext der Finanzkrise des Bundes ab 1992, die auch einen Engpass im Haushalt der MPG mit sich brachte, hatte die MPG-Leitung mit insgesamt drei Rundbriefen an die Regierungschefs zunächst des Bundes und der ABL, dann an alle Regierungschefs und schließlich an die Regierungschefs und Minister der NBL versucht, der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und allgemeiner Politik eine neue Form zu geben. Politisch wirksam wurde erst der dritte Rundbrief, weil diesem eine gezielte Offensive mit direkten Gesprächen zwischen der MPG-Leitung und den Regierungsspitzen der NBL folgte. Erst mit dieser Lobbyaktion, die sich mit anderen Verhandlungen zwischen der MPG-Leitung und der Politik um Standorte der ersten MPIs verzahnte, scheint die Sache der MPG ins Rollen gekommen zu sein. Dies wurde nicht zuletzt durch den gezielten Hinweis der MPG-Seite auf die herannahende Einbeziehung der NBL in den Finanzausgleich und die dadurch gegebene Gefahr von Ost-West-Transfers, die es zu vermeiden galt, begünstigt. Offenbar hatten die Bewilligung eines »Finanzkorridors« für die nächsten zwei Jahre und die damit einhergehende Neuberechnung der Fördersummen des BMFT der MPG im März 1993 die Umsetzung der zum Teil bereits im Senat beschlossenen Institutgründungen in den NBL tatsächlich ermöglicht. Die hierfür gewährte Ausnahme vom »Jährlichkeitsprinzip« der Haushaltsführung war keine unbedeutende Leistung im noch bestehenden Zeitalter der Kameralistik. Diese zunächst als kurzfristiger Kompromiss gedachte Lösung sollte in den folgenden Jahren dauerhaft werden.

Fragen wir also, wo Politik in diesem Fall zu verorten war, dann lautet die Antwort wohl: fast zur Gänze im Bereich der »policy«. Gelegentlich spielte die allgemeine Politik als politische Gesinnung oder Werterhaltung in diesem Prozess sehr wohl eine Rolle, zum Beispiel bei den Weichenstellungen im Juni 1990, als direkte Verweise auf Kerneigenschaften des SED-Staates als Argumente gegen eine »Konvergenz« der Wissenschaftssysteme mobilisiert wurden, sowie im Falle der Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien in Potsdam in den Jahren 1993/1994, als es darum zu gehen schien, wer die Geschichte der DDR schreiben soll und darf. Die allgemeine Politik spielte ebenfalls eine wichtige Rolle, als es um die politische Überprüfung der Mitarbeiter\*innen der MPG-Einrichtungen in den NBL ging. Trotz Einspruchs des GBR wurde eine Regelung

für die außeruniversitären Einrichtungen und damit für die MPG durchgesetzt, die sich aber von der gesetzlich geregelten Pflichtprüfung an den Universitäten wesentlich unterschied.

Ansonsten herrschte Wissenschaftspolitik in Wechselwirkung mit anderen Politikbereichen wie der Wirtschaftspolitik vor, hier zugespitzt im Rahmen der »Standardortdebatte«. Die ebenfalls vorhandene Spannung zwischen Wissenschafts- und Sozialpolitik nahm im Vereinigungsprozess im Rahmen der Evaluierungen des WR und für die MPG bei der Unterbringung positiv evaluierter AdW-Mitarbeiter\*innen eine ungewöhnliche Form an. Im Handeln der MPG in den NBL spielten sozialpolitische Erwägungen der konventionellen Sorte allerdings anscheinend eine nachgeordnete Rolle, als es um die Übernahme von AdW-Mitarbeiter\*innen an neu gegründete MPIs in den NBL ging. In den Vordergrund rückte diese Dimension erst dann, als die Zukunft der GWZs auf dem Spiel stand.

Kommen wir nun zu der Frage nach dem Verhältnis von Struktur- und Ereignisgeschichte im vorliegenden Fall. Dass zwischen diesen beiden Dimensionen kein notwendiger Gegensatz bestand, weil konkrete Verknüpfungen vorliegen, wurde bereits in der Einleitung festgehalten und dürfte nach dem Gesagten klar sein. Allerdings gilt dies nicht für alle Dimensionen der Strukturgeschichte. Die zentralen Indizien einer zunehmend wissenschaftskritischen Öffentlichkeit wie die Tierschutz- und Gentechnikdebatten liefen scheinbar unverändert weiter ohne direkten Bezug zum Vereinigungsprozess. Und die akuten MPG-internen Strukturfragen der 1980er Jahre – die innovationshemmende Zunahme unbefristeter Mitarbeiter\*innen, wie die Nachwuchs-, Stipendiaten- und vor allem die Frauenförderungsfrage – wurden durch die Vereinigungszeit hindurch vorerst mitgeschleppt und intern nicht gelöst. Bezüglich der Frauenfrage änderte sich dies erst, nachdem mit der Verabschiedung des Frauenförderungsgesetzes 1994 konkrete Maßnahmen zur Realisierung des Gleichstellungsgebotes Gesetzeskraft erlangt hatten und die MPG sich deshalb zum Handeln gezwungen sah.<sup>562</sup>

Ein Spannungsmoment im Verhältnis von Struktur- und Ereignisgeschichte ist im Bereich der institutionellen Praktiken der MPG festzustellen. Von einem bewussten Festhalten an gewohnten institutionellen Praktiken trotz starken politischen Drucks ist schon vielfach die Rede gewesen. Innovative institutionelle Lösungen wie die AGs an den Universitäten und die GWZs wurden zwar sehr wohl entwickelt und auch weitgehend realisiert, aber eher im Osten als im Westen. Dort waren sie jedoch befristet, wie stets betont wurde, und sie blieben es auch dann, nachdem sich die ursprünglichen Fristen nicht halten ließen. Damit wurde eine sehr alte Tradition im deutschen Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb bewusst fortgesetzt: So wurden epistemisch oder institutionell innovative Initiativen wie die AGs an den Universitäten und die GWZs vorerst am Rande und mit Befristung eingerichtet, um sowohl die dominanten Strukturen der Hochschul- und

562 Vgl. hierzu detailliert Birgit Kolboske: *Hierarchien*, 2023, Abschnitt 4.4, insbesondere 413–414.

Forschungslandschaft der Bundesrepublik insgesamt als auch die bestehenden Strukturen der MPG möglichst unverändert aufrechtzuerhalten und Neues in den NBL nach bewährtem Muster einzurichten.

Das für solche Prozesse häufig gebrauchte Schlagwort »Pfadabhängigkeit« blendet im vorliegenden Fall das wesentliche Faktum aus, dass es sich keineswegs um eine wie selbstverständlich gehandhabte, fast automatische Fortsetzung gewohnter Wege analog zum physikalischen Trägheitsgesetz handelte – man fragt ja einen sich fortbewegenden Körper auch nicht, ob er weiterhin in dieselbe Richtung fliegen will oder nicht –, sondern vielmehr um ein bewusstes Festhalten an bestehenden Strukturen und dann um eine intendierte Reform der internen Prozedere. Die MPG stand mit diesem Verhalten gewiss nicht allein. Ein Beispiel für das bewusste Festhalten am Gewohnten auch außerhalb der MPG ist der Verzicht auf die vom WR Anfang Juli 1990 empfohlene flächendeckende Evaluierung der Forschungseinrichtungen und Hochschulen der bisherigen Bundesrepublik. Wie Dieter Simon im Interview in der ihm eigenen Art sagte: »Als wir dem Minister sagten, nachdem die Evaluierung im Osten zu Ende war, dass es nun an der Zeit für eine Evaluierung im Westen wäre, hat er gesagt ›das lassen wir nun mal‹.«<sup>563</sup> In Bezug auf die Hochschulen hat Wolfgang Schluchter Ähnliches festgestellt.<sup>564</sup> Einem derartigen, politisch gewollten Verhalten ist mit dem Terminus »Pfadabhängigkeit« nicht beizukommen. Wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird, kam es trotzdem aufgrund einer Verschärfung des Konsolidierungsprogramms der Bundesregierung in den späteren 1990er Jahren zu einer verbreiteten und verstärkten Evaluierung von Forschungseinrichtungen, nicht zuletzt auch in der MPG, die in gewisser Hinsicht sehr wohl als eine Folge der Vereinigungskrise zu begreifen ist.

Spätestens mit der Finanzkrise von 1991/1992 war deutlich geworden, dass die Erweiterung der MPG in die NBL Folgen für die MPG-Einrichtungen in den ABL haben würde. Wie gravierend diese Folgen sein sollten, sollte gleich zu Beginn der Amtszeit Hubert Markls deutlich werden.

563 Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon, 5.3.2019. DA GMPG, ID 601048. Zum späteren Nachhall dieser Entscheidung im Rahmen der »Systemevaluierung« des deutschen Wissenschaftssystems in den späten 1990er Jahren siehe unten, Abschnitt 4.3.1.

564 Schluchter, *Neubeginn durch Anpassung*, 1996.

## 4. Die Präsidentschaft Hubert Markls 1996 bis 2002 – Abschluss des »Aufbau Ost«, Kürzungen in den ABL und Hinwendung zu einer neuen Gesamtstrategie im Zeichen der »Systemevaluation«

Mit der Wahl Hubert Markls zum MPG-Präsidenten im Sommer 1995 ging die MPG neue Wege. Zwar stellte dies eine Rückkehr zur Leitung der MPG durch einen Naturwissenschaftler und damit eine Abkehr vom »Experiment« der Präsidentschaft eines Geisteswissenschaftlers dar. Sie war aber ein Schritt ins Neuland in dem Sinne, dass Markl als erster und bislang auch letzter MPG-Präsident kein Mitglied der MPG gewesen war. Die unter der Leitung des Vizepräsidenten Eberhard von Kuenheim eingesetzte Vorbereitungskommission schlug ihn vor allem deshalb vor, weil er aus seiner Zeit als DFG-Präsident während der Weichenstellungen zur deutschen Vereinigung sowie als erster Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften von 1993 bis 1995 als führungsstarke, im öffentlichen Auftreten erfahrene Leitungsperson bekannt war; als ständiger Gast im MPG-Senat von 1986 bis 1991 kannte er die MPG wiederum von innen.<sup>1</sup> Auch in der Handhabung institutioneller Praktiken wurden jetzt neue Wege beschritten. Markl war gerade zum Rektor seiner eigenen Universität Konstanz gewählt worden, als er gefragt wurde, ob er nicht lieber MPG-Präsident werden wolle. Nachdem der Senat den Wahlvorgang um mehrere Wochen vorgezogen hatte, trat er von der Rektorenwahl zurück.<sup>2</sup>

Portraits von Markl in den Medien um die Zeit seiner Amtsübernahme betonen seine steile Karriere, sein freundliches Auftreten und sogar die Drahtbrille, die den Anschein »ewiger Jugend« erwecke<sup>3</sup> (vgl. Abb. 20). Im Interview deutet Barbara Bludau an, dass von Kuehnheim auf die Idee kam, Markl als Nichtmitglied vorzuschlagen, weil er keine Rücksicht auf interne Loyalitäten nehmen

1 Eberhard von Kuenheim: Bericht der Senatskommission zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der MPG für die Amtszeit 1996 bis 2002 vom 4.7.1995, AMPG, Abt. II., Rep. 1, Nr. 432, fol. 19–22, 20.

2 Zur Schilderung dieses außergewöhnlichen Wahlgangs, vgl. Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 5 verso – 8 verso, sowie Jaromír Balcar, Die MPG zwischen »Aufbau Ost« und Globalisierung, in Vorbereitung.

3 Siegmund Kopitzki, Pointenreicher Pilzsammler. *Der Tagesspiegel*, 11.8.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 333, fot. 345.

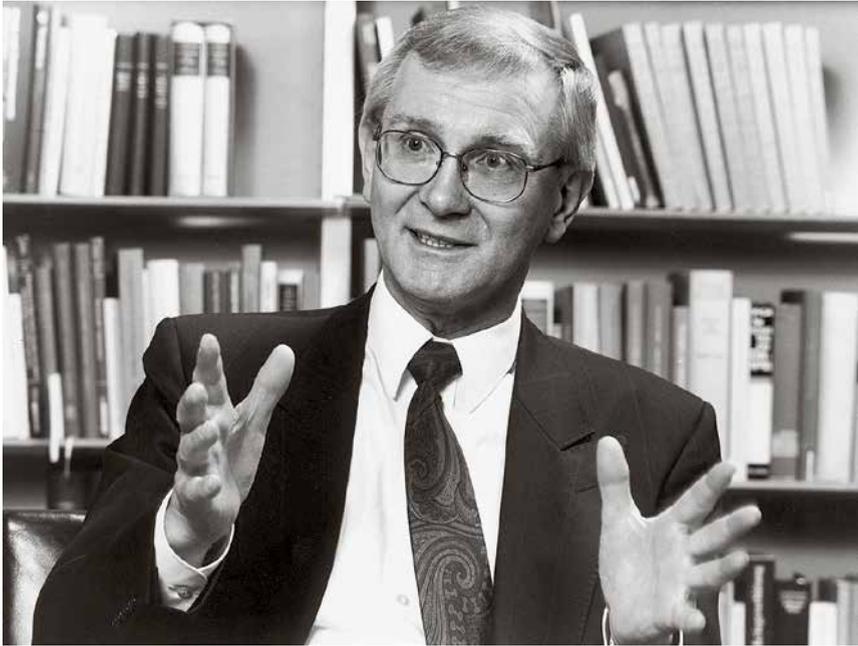


Abbildung 20: Hubert Markl – Präsident der MPG 1996–2002. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

müsse und deshalb eher in der Lage sein werde, die bevorstehenden harten Kürzungen durchzusetzen.<sup>4</sup>

In seiner kurzen Ansprache im Senat zur Wahlannahme am 17. November 1995 machte Markl selbst auf die eben genannten Neuheiten aufmerksam und fügte hinzu, dass es »nicht seine Absicht« sei, »seinen Vorgängern so ähnlich wie möglich zu werden«; vielmehr werde »nicht alles beim Alten bleiben können«, wenn die MPG ihre Stellung als weltweit führende Einrichtung der Spitzenforschung halten wolle.<sup>5</sup> Wie er sein Amt zu führen gedachte, brachte Markl dann in seiner Antrittsrede bei der Festversammlung im Juni 1996 öffentlich zum Ausdruck, als er anhand der in der Satzung bestimmten Rechte und Pflichten des MPG-Präsidenten von »Gestaltungsfreiheit« sprach.<sup>6</sup>

Übergreifendes Thema dieses langen Kapitels mit mehreren Abschnitten sind die Wandlungen der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik in der MPG in der Amtszeit Markls. Wie sich zeigen wird, war Markl im Umgang mit der

4 Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 3.6.2022. DA GMPG ID 601097.

5 Niederschrift der 141. Sitzung des Senats vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 5 recto.

6 Hubert Markl: Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft, 1996, 27–43, 30. Hervorhebung im Original.

allgemeinen Politik keinesfalls konfliktscheu, doch im Unterschied zu Zacher, der stets als Anwalt seiner Institution handelte, agierte er häufig auch als Partner der allgemeinen Politik in dem Bestreben, das deutsche Forschungssystem und mit ihm auch die MPG nach neoliberalen Grundsätzen zu reformieren. Klare Signale in diese Richtung sandte er bereits in den Interviews und Texten, die im Vorlauf zu seiner Amtsübernahme erschienen.

Beispielsweise stand im Titel seines Vortrags vor dem Landeskuratorium Hamburg/Schleswig-Holstein des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft im September 1995 die provokante Überschrift »Selten Konquistadoren, aber gute Kolonisatoren«. <sup>7</sup> Das sollte keine Stellungnahme in dem Konflikt darüber, ob es sich bei der deutschen Vereinigung um eine »Kolonisierung« des Ostens durch den Westen gehandelt habe, sondern eine Umschreibung des Habitus der deutschen Forschung überhaupt sein: »Wir sind heute leider seltener die wissenschaftlichen oder technischen Eroberer neuer Geistes- oder Produktwelten, aber wir sind ziemlich gut darin, in den neu entdeckten Territorien gründliche Erschließungsarbeit zu leisten: selten Konquistadoren, aber gute Kolonisatoren.« <sup>8</sup> Deutschland liege in punkto wissenschaftlicher Produktivität weltweit zwar stets an dritter Stelle hinter den USA und Japan, aber der Rückstand zur Spitze sei zuletzt größer geworden: »Diesen Rückstand aufzuholen und wieder eng zur Spitzengruppe aufzuschließen, muss deshalb ein vorrangiges Ziel des politischen und wirtschaftlichen Handelns sein.« <sup>9</sup> Dass dieser Text in der Zeitschrift *Wirtschaft und Wissenschaft* erschien, war bezeichnend; die Verschränkung wirtschafts- und wissenschaftspolitischer Positionen blieb für Markls Position als MPG-Präsident fortan prägend.

Im Folgenden wird im Unterschied zu Kapitel 3 kein Phasenverlauf aufgerollt, weil die zentralen, strategisch orientierten Tätigkeiten der Amtszeit Markls weitgehend parallel zueinander verliefen. Es waren derer fünf: (1) die Fortsetzung und Abschließung der Erweiterung der MPG in die NBL, verbunden mit (2) verstärkten Kürzungen in den ABL, die 1996/1997 erstmalig in Institutsschließungen mündeten, (3) eine Evaluierung der MPG und ihrer Institute neben einer vom Bund angestoßenen »Systemevaluierung« der DFG und der MPG, beides unter dem Vorzeichen einer neoliberalen Wissenschaftspolitik, (4) eine Verstärkung der internationalen Tätigkeit der MPG und nicht zuletzt (5) eine eingehende Auseinandersetzung mit der Geschichte der KWG im Nationalsozialismus. Weil die Handlungsstränge (1) und (2) unmittelbar im Zusammenhang mit dem Prozess der deutschen Vereinigung standen, wird sich die Analyse auf diese konzentrieren.

7 Hubert Markl: Selten Konquistadoren, aber gute Kolonisatoren. Zustand und Zukunft der Wissenschaft im wiedervereinigten Deutschland und im sich vereinigenden Europa. *Wirtschaft und Wissenschaft* 4 (1995), AMPG, Abt. II, Rep. 71, Nr. 334, fot. 468–479.

8 Ebd., fot. 471, 472. Zacher hatte schon 1991 auf diese Tendenz zu »kleiner Innovation« statt »großer Innovation« mit Bezug auf die MPG hingewiesen: Zacher, Rede des Präsidenten vor dem Wissenschaftlichen Rat, 8.2.1991. Auszug im *MPG-Spiegel*, 2/91, 27–29, 29.

9 Markl: Selten Konquistadoren, fot. 471.

## 4.1 Fortsetzung und Abschluss der Erweiterung in die NBL

In der Amtszeit Markls wurden die befristeten Initiativen der ersten Vereinigungsjahre – die AGs an den Universitäten, die beiden Außenstellen von MPIs und die Betreuung der FSPs/GWZs – weiter gefördert. Der verschlungene Weg zum Ausstieg aus der Betreuung der geisteswissenschaftlichen Zentren wurde im Abschnitt 3.5 behandelt. In einem kurzen Unterabschnitt werden nun die Weiterentwicklung und der Abschluss der Förderung der AGs an den Universitäten besprochen, und zwar als Ressourcenmobilisierung in dem Sinne, dass die Universitäten der NBL mithilfe dieses Programms nach anfänglichen Schwierigkeiten erstklassige Wissenschaftler\*innen erhielten und zum größten Teil integrierten. Ermöglicht wurde dies mitten in der zweiten Finanzkrise der MPG und trotz der noch krisenhafteren Finanzlage der Universitäten zu dieser Zeit mithilfe einer Mobilisierung finanzieller Ressourcen, sprich durch Projektförderungen der MPG und damit indirekt aus den Mitteln des »Aufbau Ost«. Ebenfalls aus dieser Quelle gefördert, aber von weitaus größerer Tragweite und Wirkungsdauer waren die Institutsneugründungen der zweiten Welle, die 1993 von der allgemeinen Politik angestoßen wurde, aber erst 1995 begannen; diese soll im zweiten, längeren Unterabschnitt besprochen werden.

### 4.1.1 Aufbau und Abschluss der AGs an den Universitäten

Nach den bereits beschriebenen anfänglichen Unklarheiten und Startschwierigkeiten schien dieses Programm im August 1993 auf Kurs zu sein. Wie der zuständige GV-Mitarbeiter Trepte berichtete, waren bis dahin schon 17 der damals 28 AG-Leiter auf Professuren berufen worden, während fünf weitere Berufungsverfahren »ohne erkennbare Probleme« am Laufen waren. Fünf »Problemfälle«, jeder mit verschiedenen Gründen, blieben noch übrig.<sup>10</sup> Bis 1994 hatten 23 AG-Leiter Rufe auf C-3 oder C-4-Professuren erhalten.<sup>11</sup>

Aus den jährlichen Berichten der AGs und Interviews mit damaligen AG-Leitern geht hervor, dass personale wie epistemische Ressourcengewinne für die Universitäten aus diesem Programm ohne Zweifel geschahen. Joachim Sauer berichtet

10 Vermerk Trepte: Arbeitsgruppen an Universitäten in den neuen Bundesländern. Berufung der Arbeitsgruppenleiter (Stand: 18. August 1993), AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 344, fol. 281–285, insbesondere fol. 285: Fazit für 28 Arbeitsgruppen. Über einen der genannten »Problemfälle« siehe unten.

11 Trepte, Vermerk: Stand der Berufungsverfahren der Leiter der MPG-Arbeitsgruppen an den Universitäten der Neuen Bundesländer und Berlins, o. D. Materialien zur 45. Hauptversammlung in Göttingen, 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 362, fol. 93–95.

im Interview, dass in seinem Fall die Arbeit der AG »Quantenchemie« im Institut für Chemie der HU Berlin positiv verlaufen sei, nachdem das Platzproblem gelöst worden sei; die MPG sei mit der Personalausstattung der AG-Mitarbeiter »sehr hilfreich« gewesen. Nach seiner Berufung zum C4-Professor 1993 war er selbst Mitglied der Struktur- und Berufungskommission seiner Fakultät; die Ausstattung seines Lehrstuhls sei »besser gewesen als die mancher quantenchemischen Professur in der BRD«. <sup>12</sup> Auch Thomas Henning berichtet Positives über seinen bereits 1992 erfolgten Ruf auf eine C-3-Professur und die größtenteils erfolgreiche Integration der Mitarbeiter der von ihm geleiteten AG »Physik und Chemie des interstellaren Staubes in Sternentstehungsgebieten« in Jena. <sup>13</sup>

Doch trotz der personalen Ressourcengewinne für die Universitäten und der Forschungserfolge der AGs verlief nicht alles problemlos. In einem umfassenden Bericht nach einem Treffen mit den AG-Leitern im Oktober 1993 verdeutlichte Trepte die noch verbleibenden administrativen Schwierigkeiten auf mehreren Ebenen. <sup>14</sup> Insbesondere gestalteten sich die Beziehungen der AG-Leiter zu den jeweils zuständigen Ministerien und ihren gastgebenden Universitäten unterschiedlich. Verkomplizierend dabei war das für die Gründung der AGs grundlegende »Institutsprinzip«, weshalb sich die jeweilige Zuständigkeit der Institutsbetreuung der GV für die Arbeitsgruppen nach den jeweils als Sponsoren tätigen MPIs richtete: »Im Ergebnis sind im Schnitt für vier Arbeitsgruppen an ein und derselben Universität häufig drei Institutsbetreuungen zuständig.« <sup>15</sup> Das Thema spielte neben der noch ausstehenden Vertragsregelungen für die von der MPG modernisierten Räumlichkeiten und die Übergabe der Geräte und Möbel an die Universitäten auch bei der Integration der AG-Mitarbeiter\*innen eine Rolle. Nach diesem Bericht machte man sich in der GV bereits zu diesem Zeitpunkt Gedanken über eine Projektförderung der Arbeitsgruppen nach 1996, obwohl Treptes Vorgesetzter Edmund Marsch sich im September 1993 noch streng gegen eine Verlängerung dieser Verträge verwahrt hatte. <sup>16</sup>

Im Mai 1995 berichtete Hasenclever in einer Sitzung des Präsidiums über Gespräche mit den zuständigen Ministern aller NBL außer Mecklenburg-Vorpom-

12 Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer, 29.4.2020. DA GMPG ID 601066.

13 Ebd. und Mitchell G. Ash: Interview mit Thomas Henning, 29.8.2022, DAGMPG ID 601104. Über ein planetologisches Projekt des AG-Mitarbeiters Jürgen Blum vgl. Andreas Fuchs: Aus Staubkorn wird Planet. *Allgemeine Zeitung* (Bad Kreuznach), 14.12.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 339, fot. 47.

14 Vgl. zum Folgenden: Trepte, Treffen mit den Leitern der Arbeitsgruppen der MPG an Universitäten der neuen Bundesländer am 11./12. Oktober 1993 in München, 19.10.1993. Auswertung der Diskussion, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 345, fol. 248–251.

15 Ebd. Vgl. hierzu Niederschrift der 142. Sitzung des Senats in Berlin vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 142.SP, fol. 6 verso. Dort berichtet auch Zacher, dass sich die AGs »in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich gestalten und teilweise Anlass zu großen Sorgen geben«, doch ging er aus Zeitgründen nicht näher darauf ein.

16 Vermerk Marsch, Betrifft: Arbeitsgruppen in den NBL, 17.9.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 344. fol. 23–24.

mern und gab sich ebenfalls positiv: »Die Arbeitsgruppen werden allgemein als großer Erfolg bewertet. In keinem Fall gäbe es unlösbare Probleme.«<sup>17</sup> Gleichwohl musste er doch ein wesentliches Problem berichten: »Die wenigsten Länder hätten genügend Stellen reserviert für die Überleitung« der Mitarbeiter der AG-Leiter. Deshalb werde die MPG wohl »für einen befristeten Zeitraum Stellen an den Universitäten« für diese mit Projektmitteln finanzieren müssen; dies müsse jedoch in den Überleitungsverträgen explizit geregelt sein. Das Präsidium stimmte dem zu, hielt aber eine qualitative Begutachtung der Projektförderanträge auf DFG-Niveau für nötig.

Im März 1996, ein Jahr vor dem geplanten Ende der Förderung seitens der MPG, stellte Trepte jedoch fest, dass »die Situation an den Hochschulen sich drastisch verschlechtert habe. Dafür sei der Erfolg der MPG mit ca. 50 % Übernahmen positiv zu sehen; dies wäre nicht so gekommen, ohne frühzeitige Ankündigung der Projektförderung.«<sup>18</sup> Wie genau diese Projektmittel zu verwalten sein sollten, stand noch zur Debatte. Die noch bevorstehenden Verhandlungen mit den Betriebsräten der Universitäten würden wegen der Finanzlage nicht einfach sein, trotzdem zog er eine durchaus positive Bilanz: Von den insgesamt 231 angestellten Mitarbeiter\*innen würden »voraussichtlich 147 auf Stellen der Universitäten eingestellt ( $\frac{2}{3}$ )« und voraussichtlich 75 (rund ein Drittel) über die Projektförderung finanziert. »Insgesamt ist aus heutiger Sicht mit keinen sozialen Notfällen bei der Integration der Arbeitsgruppen zu rechnen. Diese dürfte damit wissenschaftlich wie sozial erfolgreich verlaufen.«<sup>19</sup>

Endlich kam es am 26. Februar 1997 zur feierlichen Verabschiedung der AGs in Jena (Abb. 21). Im Senatsprotokoll notierte man das Ereignis und merkte an, »dass die Rektoren mehrfach ihren Dank für das gewonnene Forschungspotential, das zum Beispiel bei der Einwerbung von Drittmitteln – sei es aus der Wirtschaft, von der DFG oder von der EU – sehr erfolgreich sei«; Markl dankte noch einmal »Bund und Ländern für die Finanzierung der Arbeitsgruppen mit mehr als 200 Mio. DM.«<sup>20</sup> In seiner Festrede zum Anlass gestand Markl sogar ein, erst im Laufe des Programms gelernt zu haben, »wieviel Spitzenforschung an den Universitäten« der DDR geleistet worden sei.<sup>21</sup> Hierfür spricht auch, dass mehrere AG-Leiter (insgesamt fünf) nicht von der AdW, sondern von ostdeutschen

17 Vgl. zum Folgenden Protokoll der Sitzung des Präsidiums vom 30. Mai 1995, 8.6.1995, TOP 4.1. Integration der Arbeitsgruppen. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 348, fol. 278–279.

18 Trepte, Vermerk für das Präsidium, 21.3.1996: Stand der Integration der MPG-Arbeitsgruppen – geordnet nach Bundesländern. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 350, fol. 48–63, 63.

19 Trepte, Vermerk Stand der Überführung der Arbeitsgruppen in den neuen Ländern, 14.6.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 352, fol. 116–118, 118.

20 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, BL. 2. AMPG, II. Abt., Rep. 60, 145.SP, fol. 5 verso. Aus dem Senat nahmen die Staatssekretär Schaumann und Minister Schuchardt teil.

21 Hubert Markl, »Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen«, 1997b, 29–34, 31.



**Abbildung 21:** Markl mit AG-Leitern (von links) Michael Strauss, Helmut Eschrig und Manfred Bierwisch bei der Verabschiedung der AGs am 26. Februar 1997. *MPG-Spiegel* 2/97, 30. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Universitäten rekrutiert worden waren.<sup>22</sup> Erinnern wir uns daran, wie überzeugt man sich im Vereinigungsjahr gab, dass die Grundlagenforschung der DDR von den Instituten der AdW an die Universitäten »zurückzuführen« sei, scheint die ironische Feststellung unausweichlich zu sein, dass dieses überaus erfolgreiche Programm der MPG aufgrund einer falschen Annahme entstanden war. Wenige Jahre später sollten die AGs als Konzeptionshilfe für eine strukturelle Reform der Beziehungen der MPG und die Universitäten, die Max-Planck-Research Schools, dienlich sein (siehe Unterabschnitt 4.5.2).

#### 4.1.2 Die zweite Welle der Institutsneugründungen

Aufgrund des starken Drucks aus dem BMFT, neue MPIs in den NBL schneller zu gründen, begann man wie berichtet in den Sektionen im Sommer 1993 Vorschläge für Neuvorhaben der MPG in großer Zahl eilends zusammenzutragen. Mit dieser präzedenzlosen Mobilisierung von Ideen und Personenkonstellationen innerhalb der MPG und der damit einhergehenden Umstellung des Planungsverfahrens für Neuvorhaben erhielt die Expansion der MPG in die NBL einen

22 Eigene Zählung aufgrund der biografischen Angaben in den Nominierungsunterlagen.

kräftigen, politisch verursachten Schub. Im März 1994 lagen insgesamt 15 neue Vorschläge und Änderungen bestehender Vorhaben vor. Nach Sektionen handelte es sich um die folgenden Projekte (vgl. Tab. 3):<sup>23</sup>

1. Projekte der BMS: Zellbiologie (drei Institute, je eines für Genetik, für molekulare Zellbiologie und für Faltung und gezielten Abbau von Makromolekülen); molekulare Pathologie und Seneszenzforschung; Biologie und Anthropologie (sektionsübergreifend); chemische Kommunikation in Ökosystemen;
2. Projekte der CPTS: Geophysik/Geologie; Mathematik: theoretische Analysis; angewandte Optik; Erforschung des Sonnensystems/Laborastrophysik (zum Beispiel Physik des interstellaren Mediums); atmosphärische Kreisläufe;
3. Projekte der GWS: demografische Forschung; Ethnologie; Recht der Gemeinschaftsgüter (vormals Umweltrecht).

Ausführliche Konzepte lagen für diese Vorschläge zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Die zuständigen Mitarbeiter\*innen der GV wiesen einerseits auch darauf hin, dass die Zahl der Gründungsvorschläge »deutlich höher liegt als die der aus heutiger Sicht tatsächlich in Aussicht zu nehmenden Institutsgründungen. Das Risiko des Scheiterns einzelner Projekte ist damit von vornherein in die Überlegungen einbezogen.«<sup>24</sup> Andererseits wollte man das Verfahren auch für spätere vielversprechende Vorschläge offen halten. Das enorme Arbeitspensum, das diese Gründungswelle nach sich ziehen musste, wurde in einem späteren Vermerk lapidar erfasst: »Natürlich ist der Weg dieser Beratungen vor allem mit Terminproblemen gepflastert.«<sup>25</sup> Dabei sollten die Gründungsvorgänge formaler wie in der alten Bundesrepublik verlaufen, was die Reihenfolge der Schritte betraf, aber mit flexibleren Rahmenvorgaben, häufigerem Verzicht auf Mikroplanung und weniger umständlicher Bearbeitung.

Tatsächlich wurden von den insgesamt 18 Einrichtungen der MPG, die ab 1992 in den NBL gegründet wurden, 12 (10 MPIs, das Teilinstitut des IPP in Greifswald und die Forschungsstelle »Enzymologie der Proteinfaltung«) bis zum Ende der Amtszeit Zachers und weitere 6 MPIs bis 1998, also in der Amtszeit Markls, realisiert. Bezieht man die letzten Neugründungen der Amtszeit Zachers mit ein, wie es im Folgenden geschehen wird, und zählt man die Projektgruppe »Recht der Gemeinschaftsgüter« nicht mehr dazu, weil sie in Bonn gegründet wurde, standen von den nunmehr zehn Neugründungen der zweiten Welle sieben auf der eben angeführten Liste. Also wurde in etwa die Hälfte der damaligen Neu-

23 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 13. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 11 recto. Vgl. die ausführlichen Materialien zum TOP 3.2 derselben Senatssitzung, fol. 31, 290–292, 294–316. Siehe auch (mit kleinen Abweichungen der Projektbezeichnungen) *MPG-Jahresbericht* 1994, 37–38.

24 Ebd., fol. 291.

25 Vermerk: Stand der Beratungen der Neuvorhaben-Kommissionen. Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 9.6.1994 in Göttingen. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 202.

**Tabelle 3:** 1993/1994 projektierte und ab 1995 realisierte Gründungen\* von Einrichtungen der MPG nach Sektionen, mit Neu- und Folgeberufungen bis 2002

Projektiert 1993–1994	Davon 1995 bis 2002 beschlossen (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau)	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Weitere Gründungen bis 2002 (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau)	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Nach 2002 beschlossen (Standort, Gründungs- datum)
BMS					
Zellbiologie (1) Genetik					
Zellbiologie (2) Molekulare Zellbiologie	Molekulare Zellbiologie und Genetik (Dresden, 7.3.1997); Neubau 2001	Wieland Huttner (Heidelberg); Anthony Hymn (Cambridge/Heidelberg); Kai Simons (Heidelberg); Marino Zerial (Heidelberg); Jonathan Howard (Seattle) (1999)			
Zellbiologie (3) Faltung und gezielter Abbau von Makromolekülen			Forschungsstelle Enzymologie der Proteinfaltung (Halle/ Saale, 20.6.1996)	Gunter S. Fischer (Halle/Saale) (1996) (MPG-Mitglied 2001)	

Projektiert 1993–1994	Davon 1995 bis 2002 beschlossen (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Weitere Gründungen bis 2002 (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau)	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Nach 2002 beschlossen (Standort, Gründungs- datum)
Molekulare Pathologie und Seneszenzforschung	(Zurückgelegt Juni 1995)				MPI für Biologie des Alters (Köln, 2008)
Biologie und Anthropologie (mit GWS)	Evolutionäre Anthropologie (Leipzig, 7.3.1997 (mit GWS)	Christophe Boesch (Basel); Bernard Comrie (Los Angeles); Svante Pääbo (München); Michael Tomasello (Atlanta)			
CPTS					
Mathematik – Theoretische Analysis	Mathematik in den Naturwissenschaften (Leipzig, 22.6.1995); Anmietung Oktober 1996	Eberhard Zeidler (Leipzig); Jürgen Jost (Bochum); Stefan Müller (Zürich); Wolfgang Hackbusch (Kiel) (1998)	Chemische Physik fester Stoffe (Dresden, 24.3.1995); Neubau 2000	Frank Steglich (Darmstadt) (1998); Rüdiger Kniep (Darmstadt) (1998); Yuri Grin (Darmstadt) (2000)	

Projektiert 1993–1994	Davon 1995 bis 2002 beschlossen (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau)	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Weitere Gründungen bis 2002 (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau)	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Nach 2002 beschlossenen (Standort, Gründungs- datum)
Chemische Kommunikation in Ökosystemen	Chemische Ökologie (Jena, 15.3.1996)	Wilhelm Boland (Bonn); Ian Baldwin (Buffalo); Jonathan Gershenson (Pullman); Thomas Mitchell-Olds (Missoula); David G. Heckel (Melbourne) (2001)	Dynamik komplexer technischer Systeme (Magdeburg, 20.6.1996)	Ernst-Dieter Gilles (Stuttgart); Udo Reichl (Magde- burg) (2000); Kai Sundmacher (Magdeburg) (2001); Andreas Seidel- Morgenstern (Magde- burg) (2002)	
Atmosphärische Kreisläufe	Erforschung globaler biogeochemischer Kreisläufe (Jena, 22.11.1996) (ab 1997 MPI für Biogeochemie)	I. Colin Prentice (Lund); David Schimmel (Boulder) (bis 2001); Ernst-Detlef Schulze (Bayreuth); Martin Heimann (Jena) (2003)			
Erforschung des Sonnensystems/ Laborastrophysik	Umstellung des MPI für Aeronomie in Katlenburg-Lindau (1997)				MPI für Sonnen- systemforschung (2004, seit 2014 in Göttingen)

Projektiert 1993–1994	Davon 1995 bis 2002 beschlossen (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Weitere Gründungen bis 2002 (Standort, Gründungsbeschluss; Neubau)	Direktor*innen (Berufungsdatum bis 2002)	Nach 2002 beschlossen (Standort, Gründungs- datum)
Angewandte Optik					MPI für Physik des Lichts (Erlangen, 2004)
Geophysik/Geologie	(Zurückgelegt Juni 1995)				
GWS					
Demografische Forschung	Demografische Forschung (Rostock, 17.11.1995)	James Walton Vaupel (Odense); Jan Hoem (Stockholm) (1999)			
Ethnologie/ Anthropologie	Ethnologische Forschung (Halle/Saale, 25.6.1998)	Christopher Hann (Kent/Berlin); Günther Schlee (Bielefeld)			
Recht der Gemeinschaftsgüter (vormals Umweltrecht)	Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter (Bonn, 1996)				MPI Recht der Gemein- schaftsgüter (Bonn, 2007)

*Quellen:* Eigene Zusammenstellung aus Senatsprotokollen und *MPG-Jahrbuch* sowie: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München: Generalverwaltung der MPG 2003.

gründungsvorschläge realisiert, zum Teil mit modifizierten Namen. Zwei weitere MPG-Einrichtungen wurden aufgrund getrennter Initiativen gegründet.

Parallel zu alledem gingen die Gründungsprozesse der ersten Welle mit Ergänzungsberufungen, Neubauten und dergleichen Vorgängen weiter. Die weiteren Berufungen sind in Tabelle 2 angeführt worden. Die Probleme waren oft die bekannten, dort schon genannten Schwierigkeiten bei der Standortsuche und Verzögerungen beim Genehmigungsverfahren in der BLK, beim Erwerb von Grundstücken oder Neubauten wie zum Beispiel desjenigen des Max-Planck-Campus in Golm bei Potsdam. Auch arbeitsrechtliche Fragen kamen vor, obwohl es sich jetzt nicht mehr um die Übernahme von Forscher\*innen aus der früheren DDR handelte. Schwerwiegender waren die Rufabsagen, denn die darauffolgenden Ergänzungsberufungen führten zuweilen zu Profiländerungen, beispielsweise im Falle des MPI für die Erforschung der Wirtschaftssysteme in Jena.

Im Endergebnis wurde trotz alledem das im Senatsbeschluss vom November 1993 gesetzte Ziel einer gleich starken Präsenz der MPG in den NBL wie in den ABL mit der Gründung des MPI für ethnologische Forschung (später MPI for Social Anthropology) 1998 tatsächlich erreicht. Wie Tabelle 3 zeigt, war die Liste der bis dahin gegründeten MPIs aber nicht identisch mit der Liste der 1993 vorgenommenen Neuvorhaben.

Wie im Abschnitt 3.3 für die bis 1995 gegründeten MPIs werden im Folgenden die Entstehungsgeschichten, die inhaltlichen Schwerpunkte und die diskursiven Überzeugungsstrategien der von 1995 bis 1998 beschlossenen Neugründungen kurz besprochen. Dabei werden auch diese Institutsneugründungen wie diejenigen der ersten Gründungswelle nicht in der chronologischen Folge der Gründungsbeschlüsse, sondern systematisch entlang der zentralen Fragestellung behandelt, um zu zeigen, inwiefern bestehende Forschungsansätze oder -themen der MPG fortgesetzt oder ergänzt wurden sowie die MPG die Chance der Vereinigung nutzte, um wissenschaftliches Neuland zu betreten. Wie zu zeigen sein wird, handelte es sich auch bei der zweiten Welle der Neugründungen bei allem Beschleunigungsdruck am Anfang um Mobilisierungen von Personenkonstellationen und institutionellen *Assemblageverfahren*, wie sie in der ersten Gründungswelle zu beobachten waren – allerdings mit einem bedeutenden Unterschied. In dieser Runde lagen mehrere inter- und transdisziplinäre Konzepte vor, weshalb intersektionelle Berufungskommissionen häufiger nötig waren, von denen einige reibungslos und andere konfliktreicher bearbeitet wurden. Abschließend sollen die gewichtige Rolle der Regionalpolitik bei der Standortauswahl und auch die Frage der Ost-West-»Durchmischung« kurz zur Sprache kommen.

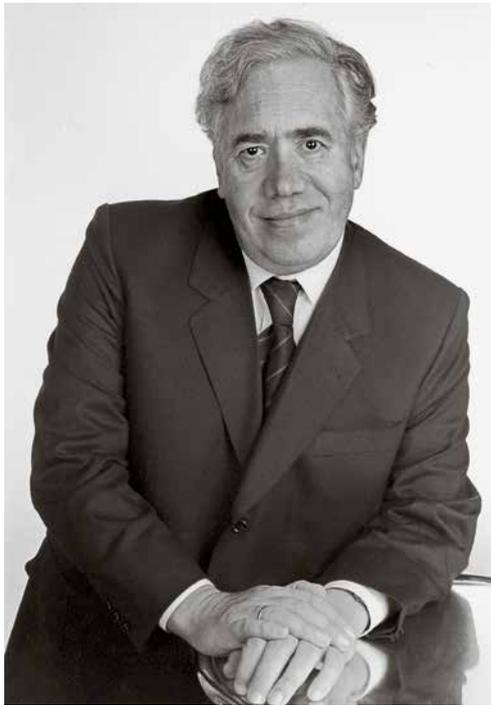
#### 4.1.2.1 Fortsetzungen und Verstärkungen bestehender Cluster

Die erste Neugründung der zweiten Welle war die des *MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften*. Die Empfehlung dazu kam von einem ostdeutschen Wissenschaftler, dem AG-Leiter Bert-Wolfgang Schulze (Potsdam, ehemals Karl-Weierstraß-Institut der AdW).<sup>26</sup> Aufgabe des Instituts sollte es sein, einerseits »naturwissenschaftliche Fragestellungen in die Mathematik zu integrieren« sowie andererseits den »Dialog zwischen Mathematikern und Naturwissenschaftlern gezielt« zu fördern.<sup>27</sup> Das Programm war also dem Cluster Mathematik zuzuordnen, aber als Brücke zwischen den Disziplinen positioniert. Die Angewandte Mathematik sollte »auf einem hohen Niveau betrieben«, und es sollten »Standards gesetzt« werden.<sup>28</sup> Dabei verstand man unter »Angewandter Mathematik« eher Anwendungen der Mathematik in anderen Wissenschaften als in wirtschaftlichen Zusammenhängen.

Die Aufgabenstellung des Instituts sollte komplementär zu den Zielsetzungen des MPI für Mathematik in Bonn sowie den neu gegründeten MPIs für Informatik in Saarbrücken, für Physik komplexer Systeme in Dresden und für Gravitationsphysik in Potsdam sein. Während sich das MPI Bonn an das Mathematical Science Research Institute in Berkeley anlehnte, sollte das neue MPI mit dem Institute for Mathematics and its Applications in Minneapolis vergleichbar sein; also handelte es sich auch hier um eine nachholende Innovation. Wie das MPI für Physik komplexer Systeme war das schlanke Organisationsmodell mit wenigen unbefristeten Mitarbeiter\*innen und vielen Gastaufenthalten an dasjenige des Bonner MPI angelehnt, was man als wissenschaftlich wie finanziell vorteilhaft herausstrich.

Gründungsdirektor war Eberhard Zeidler aus Leipzig, womit das MPI zum zweiten mit ostdeutscher Leitung wurde (Abb. 22). Lange vor dem Ende der DDR war Zeidler in den USA sowie am MPI in Bonn Gast gewesen, wo er seit 1983 die internationalen Arbeitstagungen jährlich besucht hatte. Um den Wert Zeidlers als Ressource in diesem Zusammenhang festzulegen und vielleicht auch kritischen Fragen wegen der Berufung eines »Reisekadets« vorzubeugen, hielt man im Laudiotext zu ihm Politisches explizit fest:

- 26 Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Mathematik in den Naturwissenschaften. Materialien für die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 21.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1835, fol. 146–152.
- 27 Stand des Aufbaus und weitere Planung von Forschungseinrichtungen in den NBL und im Ostteil Berlins. *MPG-Jahresbericht* 1995, 25–37, 29. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 942–950.
- 28 Vgl. vom Folgenden die eben zitierte Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Mathematik in den Naturwissenschaften. Materialien für die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft am 21.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1835, fol. 147 recto und verso.



**Abbildung 22:** Eberhard Zeidler, Direktor am MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften in Leipzig 1996–2007. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Herr Zeidler hat zu Zeiten der DDR nie mit dem Regime paktiert. Trotzdem gehörte er zu den führenden, wissenschaftlich aktiven Mathematikern der DDR, der mit dafür gesorgt hat, dass Leipzig ein international anerkanntes Zentrum mathematischer Forschung blieb. Man brachte ihm im Osten und im Westen großes Vertrauen entgegen. Man konnte stets offen mit ihm reden. Nach der Wende hat er viel für die Universität Leipzig geleistet, insbesondere in Integritäts- und Berufungsausschüssen. Auch im Westen wurde er sofort in wissenschaftliche Beiräte berufen und als Gutachter eingesetzt (z. B. bei DFG und Humboldt-Stiftung und in einem Gutachtergremium bei der EU). Auch in den Beiräten wurde seine offene Art, seine inhaltliche Klugheit und Integrität hoch anerkannt.<sup>29</sup>

Inhaltlich betrachtet sollte sein fünfbändiges, fundamentales Werk über »Non-linear Functional Analysis and its Applications« belegen, dass Zeidler neue Entwicklungen in große Zusammenhänge einordnen« könne. Weil seine Forschungen »sowohl im Bereich der analytischen als auch der geometrischen Methoden« lagen, sei er mit seinem »Weitblick und seiner integrierenden Kraft« dazu geeig-

29 Laudatio Eberhard Zeidler. Ebd., fol. 159 verso.

net, »den zügigen Aufbau des Instituts voranzutreiben, für die Wechselwirkung zwischen den drei erwähnten Säulen [zu] sorgen, das Gastforscherprogramm zu koordinieren und dem Institut internationale Ausstrahlung, gerade auch nach Osteuropa zu geben«. <sup>30</sup>

Jürgen Jost (Bochum), der für mehrere Forschungsarbeiten im Bereich der Wechselwirkungen zwischen Analysis, Geometrie und Physik profiliert war, wurde für den Schwerpunkt der »geometrischen Methoden« nominiert; den Leibniz-Preis hatte er 1993 erhalten. <sup>31</sup> Für den Bereich »analytische Methoden« vorgesehen war Stefan Müller (Freiburg im Breisgau), der »trotz seines jugendlichen Alters (33) bereits außerordentlich hohes internationales Ansehen« besitze, weil seine Arbeiten dazu beitragen, »eine neue Richtung mathematischer Forschung zu entwickeln, die man mit mathematischer Materialwissenschaft umreißen kann«. Soziales und kulturelles Kapital in einem verband die Nominierung Jürgen Mosers als auswärtiges Mitglied, der wegen seiner fundamentalen Beiträge zur Analysis als »einer der bedeutendsten Mathematiker unserer Zeit« galt.

Als Dienort Zeidlers war Leipzig wohl zum Standort des MPI prädestiniert. Der Gründungsbeschluss im Senat fiel schon am Tage nach der Sektionssitzung. <sup>32</sup> Den Ausschuss Forschungsförderung der BLK passierte der Vorschlag bereits im November, alle Berufungen wurden bis Anfang 1996 angenommen, und die Eröffnung fand im September desselben Jahres statt. <sup>33</sup> Die öffentliche Rezeption war ebenfalls positiv. <sup>34</sup> Zwei Jahre später wurde das Gründungskonzept realisiert und die geplante, aber vorerst zurückgestellte vierte Direktorenstelle für »wissenschaftliches Rechnen« mit Wolfgang Hackbusch, Kiel, besetzt, einem »führenden Numeriker« <sup>35</sup>, dessen Veröffentlichungen über Mehrgitterverfahren dem Senat als »weltweit anerkannt« beschrieben wurden; der Leibniz-Preis war ihm 1994 zuerkannt worden. <sup>36</sup> Die weiteren Neugründungen verliefen selten so glatt.

Auch die Anregung zur Gründung des *MPI für chemische Physik fester Stoffe* kam von einem ostdeutschen Wissenschaftler, dem AG-Leiter Helmut Eschrig (Dresden). Das neue Institut sollte »die Synthese und Analytik neuer Festkör-

30 Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Mathematik in den Naturwissenschaften. Ebd., fol. 150 recto.

31 Ebd., fol. 150 verso. Zum Folgenden vgl. ebd., fol. 150 recto und verso.

32 Protokoll der 140. Senatssitzung vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60. 140. SP, fol.15 recto und verso.

33 Materialien zur 141. Sitzung des Senats der MPG vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60. 140.SP.

34 Jeanne Rubner: Geistige Höhenflüge auf grüner Tafel. Wie das neue Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften: Brücken für Physiker und Biologen schaffen will. *Süddeutsche Zeitung*, 27.2.1997. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 339, fot. 462–463.

35 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-physikalisch-technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft vom 24.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1845, fol. 23.

36 Materialien zur 149. Senatssitzung vom 25.6.1998 in Weimar. AMPG, II. Abt., Rep. 60, 149. SP, fol. 355.

per mit der experimentellen Erfassung ihrer Eigenschaften unter Anwendung der Methoden der Chemie und der Physik« vereinen. Konkret ging es um die Untersuchung von neuen »intermetallischen Verbindungen«, bei denen neuartige Formen von Magnetismus, Supraleitungen, Halbleiterrückenbildungen und Metall-Halbleiter-Übergängen auftreten.<sup>37</sup> Epistemisch ist dieses MPI demnach wie das MPI für Mikrostrukturphysik als Erweiterung des Clusters Chemie, Physik und Materialwissenschaften einzuordnen.

In der Senatssitzung erläuterte Gerd Buschhorn die vorgesehene, besonders enge Verbindung von Chemie und Physik am MPI.<sup>38</sup> Ansonsten begründete man diesen Vorschlag mithilfe des bekannten Defizitdiskurses. Die chemische Physik sei »ein modernes, vor allem in den angelsächsischen Ländern« etabliertes Feld, das in Deutschland »Nachholbedarf« habe, der an Universitäten wegen der dafür nötigen längerfristigen Forschungsprogramme und der erforderlichen engen Zusammenarbeit von anorganischer Chemie und Physik nicht möglich sei. In dem vorgeschlagenen Institut sollten »ternäre Verbindungen« von Metallen oder metallischen Elementen untersucht werden, die »exotische« Eigenschaften wie Supraleitung, Magnetismus oder Kombinationen von beidem aufwiesen.<sup>39</sup> Als Standort wurde Dresden, der Arbeitsort Eschrigs, offenbar von vornherein wegen der Kooperationsmöglichkeiten mit ihm selbst, mit der dortigen TU sowie mit dem MPI für Physik komplexer Systeme angedacht. Letzteres erwies sich als praktisch, denn sonst hätte das neue MPI eine eigene theoretische Abteilung gründen müssen.<sup>40</sup>

Als Gründungsdirektoren wurden Frank Steglich (TH Darmstadt), ein gebürtiger Dresdener, und Reinhard Nesper (ETH Zürich) berufen.<sup>41</sup> Steglich galt als »einer der renommierten Festkörperphysiker in Deutschland mit hohem wissenschaftlichen Ansehen auch im Ausland«, unter anderem durch die Entdeckung der Schwer-Fermionen-Supraleitung; Nesper war als »führender Vertreter der anorganischen Chemie in der jüngeren Generation« bekannt. Im Protokoll der einschlägigen CPTS-Sitzung hieß es, Steglich sei schon einmal für

37 Stand des Aufbaus und weitere Planung von Forschungseinrichtungen in den NBL und im Ostteil Berlins. *MPG-Jahresbericht* 1995, 25–37, 27. Vgl. Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 357–364.

38 Niederschrift der 139. Senatssitzung vom 24.3.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 139. SP, 15 verso – 16 verso.

39 Vgl. Materialien zur 139. Senatssitzung vom 24.3.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 139. SP, fol. 174–176 sowie Anlage 2: Konzept zur wissenschaftlichen Zielsetzung und Struktur des Instituts, fol. 178–184.

40 Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Chemische Physik fester Stoffe, I. Bericht der Kommission mit Konzept, Ressourcenanforderungen und Überlegungen zum Standort Dresden. Materialien für die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 9.2.1995 in Heidelberg. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1834, fol. 111–125, zum Standort vgl. fol. 124.

41 Niederschrift der 139. Senatssitzung vom 24.3.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 139. SP, fol. 16 recto.

ein MPI erwogen worden, aber der Vorschlag sei aus externen Gründen zurückgesetzt worden und werde jetzt wiederaufgenommen.<sup>42</sup> Steglich nahm den Ruf zum Oktober 1996 an, Nesper lehnte ihn hingegen »aus familiären Gründen« ab.<sup>43</sup> Trotzdem nahm das Institut seine Arbeit unter der Leitung Steglichs in Darmstadt auf.<sup>44</sup> Die Kommission wurde wieder eingesetzt und schlug Rüdiger Kniep (ebenfalls Darmstadt), ein profilierter anorganischer Chemiker, zur Berufung vor, der trotz Einwände wegen seines Alters im November 1997 aufgrund der Dringlichkeit berufen wurde.<sup>45</sup> Dem deutlichen Hinweis im Senat darauf, sich bei weiteren Berufungen um jüngere Forscher zu bemühen, entsprach man im März 2001 mit der Berufung von Yuri Grin, der seit April 1998 am Institut als Forschungsgruppenleiter im Bereich anorganische Chemie tätig war und dessen Schwerpunkt auf dem Gebiet intermetallischer Verbindungen lag.<sup>46</sup> Eschrig selbst wurde in der Zwischenzeit im März 2000 zum auswärtigen Mitglied des Instituts berufen.<sup>47</sup>

Die *Forschungsstelle »Enzymologie der Proteinfaltung«* in Halle war schon Anfang 1991 als Projektgruppe »Dynamik der Proteinfaltung« unter der Leitung Gunter S. Fischers vom MPI für Biochemie vorgeschlagen worden.<sup>48</sup> Stattdessen wurde aber eine AG »Enzymologie der Peptidbindung« an der Universität Halle unter der Mitwirkung des MPI für Biochemie in Martinsried gegründet (vgl. Tab. 1), um Fischer möglichst schnell geeignete Arbeitsbedingungen zu verschaffen.<sup>49</sup> 1984 hatte er die Enzymklasse der Prolyl-Isomerase entdeckt, welche die schnelle Faltung von Polypeptidketten zu biologisch aktiven Proteinen ermöglicht – ein Vorgang, der von essenzieller Bedeutung für die Organisation der lebenden Zelle ist.<sup>50</sup> Die vielfach zitierten Arbeiten dazu machten Fischer inter-

42 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 9.2.1995 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1834, fol. 54–56.

43 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 19.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1838, fol. 14, 17–18.

44 Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 358.

45 Niederschrift der 147. Sitzung des Senats in München vom 14.11.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 147.SP, fol. 15.

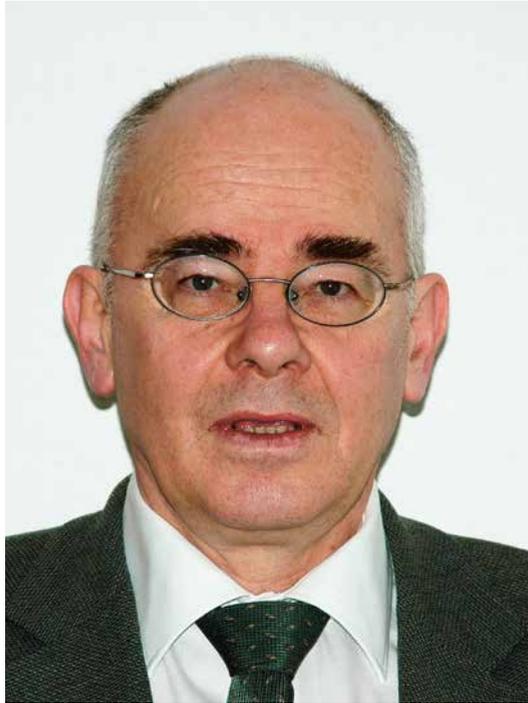
46 Materialien für die 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, TOP 12.2.1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 156.SP, fol. 682–683 recto und verso.

47 Materialien für die 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz, TOP 8.2.6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 154.SP, fol. 375–376.

48 Anlage 2: Empfehlungen zur Einleitung von Beratungen über die Gründung von Projektgruppen und Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern. Materialien zur 127. Senatssitzung vom 8.3.1991 in Frankfurt a. M., AMPG, II. Abt., Rep. 60, 127.SP, fol. 130.

49 Punkt 2.1 der Tagesordnung: Einrichtung einer Arbeitsgruppe »Enzymologie der Peptidbindung« der Max-Planck-Gesellschaft an der Universität Halle-Wittenberg. Materialien zur 127. Senatssitzung vom 8.3.1991 in Frankfurt a. M., AMPG, II. Abt., Rep. 60, 127.SP, fol. 132–135.

50 Niederschrift der 143. Sitzung des Senats in Saarbrücken, 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 143.SP, fol. 10.



**Abbildung 23:** Gunter S. Fischer, AG-Leiter 1991–1996, dann Direktor der Forschungsstelle »Enzymologie der Proteinfaltung« in Halle/Saale 1997–2012. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

national bekannt, obwohl er nach eigenen Angaben von 1967 bis 1989 mit einem »Reiseverbot für das nichtsozialistische Ausland« belegt war.<sup>51</sup>

Bereits 1992 wurde Fischer (Abb. 23) zum C4-Professor für molekulare Biochemie in Halle ernannt; 1993 erhielt er den Leibniz-Preis und wurde zum Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften berufen sowie zum Mitglied der Leopoldina gewählt. Aber die künftige Integrierung der von ihm geleiteten AG an der Universität blieb ungewiss. Zacher sah sich in der Pflicht, Fischer noch während seiner Amtszeit Sicherheit zu geben; mit der Gründung der Forschungsstelle 1996 übernahm die MPG die Stelle und die Ausstattung Fischers und gab damit der Universität die Mittel für eine anderweitige Besetzung der Professur frei.<sup>52</sup> Ehrensensator Benno Hess stufte Fischer in der

51 Lebenslauf Gunter S. Fischer. Materialien für die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des wissenschaftlichen Rates vom 19. Juni 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1675, fol. 49.

52 Niederschrift der 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 143.SP, fol. 10 recto und verso.

betreffenden Senatssitzung als »geeigneten Nachfolger« für den Peptidforscher Theodor Wieland am MPI für medizinische Forschung in Heidelberg ein und bat den Senat, »dieses außerordentlich zukunftssträchtige Arbeitsgebiet nicht aus den Augen zu verlieren.«<sup>53</sup>

In der Folge geschah jedoch genau dies, denn das Forschungsgebiet Fischers wurde nunmehr in die Überlegungen zur Gründung des MPI für Zellbiologie und Genetik nicht mehr einbezogen (siehe unten). Mit der von Zacher vorgeschlagenen Lösung konnte Fischer auch – entgegen der Annahme der Sektion – noch nicht als Mitglied der MPG aufgenommen werden; der Ruf wurde erst 1999 nachgeholt.<sup>54</sup> Nach der Pensionierung Johannes Heydenreichs am MPI für Mikrostrukturphysik 1995 waren diese MPG-Forschungsstelle und das MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften die einzigen MPG-Einrichtungen in den NBL, die in dieser Zeit unter ostdeutscher Leitung standen. 2002 kam mit der vorgezogenen Berufung von Andreas Seidel-Morgenstern als Direktor am MPI für Dynamik komplexer technischer Systeme in Magdeburg eine dritte hinzu (siehe unten).

Arbeitsschwerpunkt des *MPI für chemische Ökologie* war »die Analyse der funktionalen Basis evolutiver Prozesse, die zur Entstehung, Erhaltung und Veränderung von Ökosystemen und Organismen führen«, die mithilfe eines interdisziplinären Ansatzes von Ökologie, Biochemie, Populationsgenetik und analytischer und organischer Chemie am Beispiel der Wechselwirkung von Pflanzen mit ihren Schädlingen durchgeführt werden sollte.<sup>55</sup> Dieses MPI stellte eine Ausweitung des Clusters »grüne Biologie« durch ökologische Thesen dar; die Relevanz für den Agrarsektor wurde immer wieder betont, aber selten spezifiziert. Wegen der chemischen Dimension wurden das Konzept und die Berufungsvorschläge sektionsübergreifend beraten, wobei die Initiative nicht von der CPTS, sondern von der BMS ausging.

Entsprechend dem in dieser Sektion gepflegten Modus der Perspektiven Diskussion wurde die Gründungsidee im Februar 1994 zunächst als Einzelprojekt unter dem Titel »chemische Kommunikation in Ökosystemen« näher dargestellt.<sup>56</sup> Peter Hausen (Direktor am MPI für Virusforschung) beschrieb die »chemische Ökologie« als einen wichtigen Bereich der Ökologie, der grundlegende Erkenntnisse zu einer Vielzahl wissenschaftlicher Fragestellungen beinhalte. Das Gebiet

53 Ebd., Bl. 12, fol. 10 verso. Tatsächlich war Wieland bereits 1995 verstorben.

54 Niederschrift der 153. Sitzung des Senats vom 19.11.1999 in Ludwigshafen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 153.SP, fol. 14 verso; zur Rufannahme vorbehaltlich der 2. Lesung vgl. Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 154.SP, fol. 17.

55 Max-Planck-Institut für chemische Ökologie (Jena). In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1999, 325–333, 325. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1120–1126.

56 Zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 1./2.2.1994 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1668, fol. 8.

eigne sich für die MPG, weil es in hohem Maß interdisziplinäre Zusammenarbeit erfordere.<sup>57</sup>

Wegen der Schwierigkeiten, geeignete Persönlichkeiten für die Leitung zu finden, kam es allerdings erst im Februar 1996 zum Gründungsvorschlag in der Sektion sowie im März im Senat, der nunmehr unter dem Titel »chemische Ökologie« vorgelegt wurde.<sup>58</sup> Bis auf Wilhelm Boland (Bonn) waren alle nominierten Direktoren – Ian Baldwin, Jonathan Gershenzon and Thomas Mitchell-Olds – in den USA tätig. Im von ihnen allen ausgearbeiteten Konzept schlugen sie im Wesentlichen vor, sich auf die chemische Vermittlung der Wechselwirkungen von Pflanzen und herbivoren Insekten zu fokussieren. Die Hervorhebung der Bedeutung der chemischen Ökologie für mikroevolutionäre Prozesse sei »a great departure from what is classically considered to be chemical ecology«; durch eine Verbindung ihrer jeweiligen Expertisen in der Ökologie (Baldwin), der Populationsgenetik und der evolutionären Genetik (Mitchell-Olds), der Biochemie der Pflanzen und Molekularbiologie (Gershenzon) sowie eventuell der Entomologie sollte es möglich sein, »to uniquely address the functional basis of forces in microevolution shaping chemically mediated ecological interactions«.<sup>59</sup>

Skepsis kam in der Sektion auf wegen des hohen Alters des Forschungsgebietes, der potenziellen Duplizierung der Arbeit eines neuen Instituts der »Blauen Liste« in Halle und des weniger starken Impacts der Publikationen von zwei der nominierten Direktoren auf. Der letzte Einwand hing auch mit der Entscheidung zusammen, statt wie bei MPI-Neugründungen üblich auf etablierte Forscher in diesem Fall »bei der Gründung des Instituts eher auf junge aufstrebende Wissenschaftler zu setzen, die noch am Anfang ihrer Karriere stehen, und dabei ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen«.<sup>60</sup> Die Abstriche vom Harnack-Prinzip wurde mit einem Verweis auf das genau abgestimmte Konzept begründet, weswegen keiner der Kandidaten verzichtbar sei.

Im Senat strich Uli Schwarz die Chance heraus, dass das interdisziplinäre Institut »weltweite Bedeutung für die ökologische Forschung haben« und »auch ein hohes Anwendungspotenzial für die Landwirtschaft bieten« werde.<sup>61</sup> Der anwesende Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, drückte seine Freude über den vorgesehenen Standort in Jena aus als Beitrag zur gleichen regionalen Verteilung von MPG-Einrichtungen in den NBL. Darauf entgegnete Schwarz,

57 Ebd.

58 TOP 3.2 Gründung eines Max-Planck-Instituts für chemische Ökologie in Jena. Materialien zur 142. Sitzung des Senats vom 15.3.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 120–122.

59 Functional basis of evolutionary forces shaping chemically-mediated ecological Interactions. Materialien für die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft vom 8. und 9.2.1996 in Heidelberg, TOP 3.2, Anlage 1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 126–127 recto und verso.

60 Ebd., fol. 132

61 Niederschrift der 142. Sitzung des Senats vom 15.3.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 7 verso – 8 recto.

»dass die Standortentscheidung nicht aus Proporzüberlegungen, sondern auf der Grundlage des in Jena vorhandenen bzw. entstehenden wissenschaftlichen Umfelds getroffen worden sei.«<sup>62</sup>

Das MPI wurde offiziell am 1. September 1996 gegründet und ab 1997 in einem Provisorium bei der Carl Zeiss Jena GmbH untergebracht; ein Neubau auf einem eigens für dieses MPI und das MPI für Biogeochemie errichteten Campus wurde im November 2001 bezogen.<sup>63</sup> Die anfangs noch vakante Direktorenstelle im Bereich der Entomologie wurde ebenfalls im November 2001 mit David G. Heckel (Melbourne) besetzt.<sup>64</sup> Sein Forschungsschwerpunkt war die Entschlüsselung des Genoms von Lepidoptera, insbesondere die Untersuchung der Multigenfamilien, die an der Insektizidresistenz des Baumwollschädling *Helicovera armigera* beteiligt sind; er hatte kurz davor als Entdecker des ersten resistenzvermittelnden Gens gegen das Toxin von *Bacillus thuringiensis* Ansehen erworben. Seine Berufung verstärkte den Anspruch des neuen Instituts darauf, praxisrelevante Grundlagenforschung zu betreiben.

Ziel des *MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik* sollte es sein »zu verstehen, wie grundlegende zelluläre Mechanismen, die in einzelligen Modellsystemen entschlüsselt worden sind, in mehrzelligen Organismen so modifiziert werden, dass verschiedene Zelltypen entstehen, und wie sich diese zu Geweben organisieren.«<sup>65</sup> Hier wie im Falle des zuvor gegründeten MPI für molekulare Pflanzenphysiologie kann von einer Fortsetzung und Erweiterung des Clusters molekulare Lebenswissenschaften gesprochen werden. Am Anfang standen drei Gründungsvorschläge unter der Rubrik Zellbiologie: Zellbiologie und Genetik, molekulare Zellbiologie sowie Zellbiologie – Faltung und gezielter Abbau von Makromolekülen zur Diskussion (vgl. Tab. 3). Nach der Präsentation dieser drei Vorschläge im bereits erwähnten Projektformat der BMS berichtete Günther Gerisch (Direktor am MPI für Biochemie in Martinsried), dass man zu der Auffassung gelangt sei, »dass die drei Gebiete sich zwar überlappten, zugleich aber jedes für sich die Schaffung eines eigenen Instituts rechtfertige.«<sup>66</sup>

62 Ebd., Bl. 7, fol. 8 recto. Der Gründungsbeschluss geschah jedoch unter Vorbehalt, weil, wie Zacher erklärte, die Finanzierung der Bauinvestitionen in den neuen Ländern noch nicht gesichert sei.

63 Max-Planck-Institut für chemische Ökologie (Jena). In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.) *MPG-Jahrbuch* 2002, 298.

64 Zur Berufung Heckels vgl. Materialien der 159. Sitzung des Senats vom 23. November 2001 in Düsseldorf, TOP 7.1.1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 159.SP, fol. 391–392.

65 Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie und Genetik (Dresden). In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1999, 407–409, 407. Vgl. Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1683–1692.

66 Zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion vom 3.11.1993 in Heidelberg – außerordentliche Sitzung, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1667, 4 verso; zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 1./2.2.1994 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1668, fol. 7 verso – 8 recto.

Weil das Forschungsfeld sich international in dynamischer Entwicklung befand, könnte die Frage zugespitzt lauten: Innovation, Mainstreaming oder Empire-Building? Als kontrovers erwies sich dabei der Umgang mit institutionellen Ressourcen, hier der schon bestehenden Genetik und der molekularbiologischen Forschung am MPI für medizinische Forschung, dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) und dem European Molecular Biology Laboratory (EMBL), alle in Heidelberg. Die darauffolgende Diskussion in der Sektion konzentrierte sich wohl deshalb auf die MPG-innenpolitische Frage, »ob es richtig ist, für die neuen Länder Institutsgründungen mit Themen zu überlegen, die in der Max-Planck-Gesellschaft bereits in verschiedenen Instituten vertreten sind.«<sup>67</sup>

Die Entscheidung fiel zugunsten des Empire Building und der Stärkung bereits international laufenden Trends innerhalb der MPG. Nachdem für Gunter S. Fischer, der im ursprünglichen Konzept als künftiger Abteilungsleiter des angehenden MPI mitgeführt wurde, eine MPG-Forschungsstelle gegründet und Stefan Jentsch als Leiter der Abteilung für molekulare Zellbiologie am MPI für Biochemie in Martinsried berufen worden war, blieb die Verbindung von molekularer Zellbiologie und Genetik als beste Neugründungschance übrig.<sup>68</sup> Die Symbolik des Medizinnobelpreises, der an Christiane Nüsslein-Volhard (Direktorin am MPI für Entwicklungsbiologie) 1995 verliehen wurde, war als diskursive Ressource zugunsten einer Neugründung im Bereich der Genetik kaum zu unterschätzen, zumal sie selbst am Gründungsgeschehen beteiligt war (Abb. 24).

Nach einer längeren Suche nach geeigneten Leitungskräften kam es im Oktober 1996 zum Vorschlag einer MPI-Gründung mit vier Arbeitsschwerpunkten: Zellteilung, Organellenstruktur, Membranenverkehr und Zellpolarität. Ein fünfter Schwerpunkt Genetik und Gewebeformung sollte nachträglich eingerichtet werden. Als Gründungsdirektoren wurden Wieland B. Huttner, Anthony A. Hyman, Kai L. Simons und Mario Zerial vorgeschlagen; alle waren am EMBL tätig. Primus inter Pares und Exemplar des Harnack-Prinzips war Kai L. Simons, den man als »eine der herausragenden Führungsfiguren der Zellbiologie in der Welt« pries.<sup>69</sup> Für die MPG neu, am EMBL jedoch Usus war der Vorschlag, bis zu zehn »junior groups« einzurichten, die aus den Mitteln der Direktoren zu finanzieren sein sollten. Merkwürdigerweise enthielt die Liste der nominierten Kandidaten keine/n Genetiker\*in, und die Autor\*innen des Konzepts gestanden »eine gewisse

67 Zum Folgenden vgl. ebd., fol. 9.

68 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1676, fol. 8.

69 Anlage 4: Laudatio Kai L. Simons. Materialien zur 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 125. Bei Huttner war ein MPG-Hintergrund gegeben, denn er hatte einen Post-Doc am MPI für experimentelle Medizin und war danach Nachwuchsgruppenleiter am MPI für Psychiatrie. Ebd., fol. 120. Im Interview bestätigte Anthony Hyman, dass Simmons nach Vorschlag Huttters als »the attractor« fungierte; als 35-jähriger, »young Turk« sah er sich selbst als dessen »Protegé«. Mitchell G. Ash: Interview mit Anthony Hyman, 25.5.2022. DA GMPG ID 601098.



**Abbildung 24:** Christiane Nüsslein-Volhard, Direktorin am MPI für Entwicklungsbiologie und Medizinnobelpreisträgerin 1995, nahm an den Beratungen über Institutsneugründungen in den NBL engagiert teil. Foto (1989): Archiv der MPG Berlin-Dahlem

fachliche Überlappung« ein. Trotzdem meinten sie, die Voraussetzungen »für den Aufbau eines internationalen Center of Excellence in den neuen Bundesländern, dessen Ausstrahlung über den unmittelbaren Standort hinausreicht«<sup>70</sup> geschaffen zu haben. Dementsprechend hieß es in der Senatssitzung, das vorgeschlagene MPI werde »von seiner Größe, seiner Ausstrahlung und seiner wissenschaftlichen Qualität her weltweit mit den besten Instituten seiner Art [...] konkurrieren können«.<sup>71</sup>

Weil dieser Gründungsvorgang fast gleichzeitig mit der äußerst kontroversen Debatte um die Schließung von Instituten in den ABL, hier des MPI für Zellbiologie in Ladenburg, geschah, kam es in der Senatssitzung zum Konflikt zwischen wissenschafts- und sozialpolitischen Standpunkten.<sup>72</sup> Alle vorgesehenen Direktoren waren zwar aus Heidelberg, aber keiner war in Ladenburg tätig. GBR-Vorsitzender Kleinschmidt fand es daher »irritierend«, dass man ein MPI

70 Ebd., fol. 8 recto und verso.

71 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 145.SP, fol. 7 verso – 8 recto.

72 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7. März 1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 8 recto und verso.

für Zellbiologie schließe und dessen Belegschaft ohne Perspektive hinterlasse und gleichzeitig ein neues MPI im selben Themenfeld in den NBL gründe. Demgegenüber sprach sich Markl dafür aus, die Gründungen in den NBL unabhängig von den Schließungsmaßnahmen in den ABL zu behandeln, zumal die hierfür erforderlichen Stellen von den Förderungsträgern zusätzlich zugewiesen würden und nicht für andere Zwecke verwendet werden könnten.

Auf Fragen anderer Beteiligter nach der Zukunft der zellbiologischen Forschung am EMBL versicherte Markl, dass dort keine Gefahr drohe, weil das Institut von befristeten Projekten lebe und der Generaldirektor, Fotis Kafatos, die Chance der frei werdenden Positionen für Innovationen nützen werde. Der ehemalige MPG-Präsident Staab, nunmehr emeritierter Direktor am MPI für medizinische Forschung, versicherte, dass die zellbiologische Forschung an anderen Instituten in Heidelberg »noch immer stark vertreten« sei; nach dem frühen Tod des Direktors Hans-Georg Schweiger sei aber »deutlich geworden«, dass das Ladenburger Institut »auf lange Sicht nicht weitergeführt werden könne«.

Hinsichtlich der Standortfrage betonte man im Senat noch einmal, dass sich die vier vorgeschlagenen Direktoren wegen des attraktiven Umfelds für ein international ausgerichtetes Forschungsinstitut und die Kooperationsmöglichkeiten mit der Technischen Universität Dresden im Bereich der Biotechnologie »nachdrücklich für Dresden ausgesprochen hatten«. In den Materialien zur Sitzung ging die Leitung der TU Dresden so weit, »die Widmung der vier Professuren zwischen der Fachrichtung »Biologie« der TU Dresden und dem Max-Planck-Institut abzustimmen und die Direktoren des Instituts an der Arbeit der Berufungskommissionen zu beteiligen«. <sup>73</sup>

Das MPI wurde in den Arbeitsräumen Hutters in Heidelberg 1998 eröffnet, wobei die Arbeit zunächst dort, in Göttingen und Berlin-Buch aufgenommen wurde; der Neubau in Dresden wurde im Januar 2001 bezogen. <sup>74</sup> Weil die Kommission das ursprünglich für die fünfte Direktorenstelle vorgesehene Fach Genetik mit den zahlreichen »junior groups« am Institut für »hinreichend etabliert« hielt, schlug diese nach Absprache mit den anderen Direktoren eine Erweiterung des Forschungsprogramms des MPI in Richtung Biophysik vor. Hierfür nominierte sie Jonathan Howard (Seattle), der »wesentliche Beiträge zum Verständnis darüber geliefert habe, wie zelluläre Motor-Proteine die durch ATP-Hydrolyse gewonnene chemische Energie in mechanische Arbeit umwandeln«. <sup>75</sup> Die Berufung Howards wurde unmittelbar danach im Senat beschlossen; seine Rufannahme erfolgte zum 1. Januar 2000. <sup>76</sup>

73 Materialien zur 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 106, 108–109.

74 Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie und Genetik (Dresden). *MPG-Jahrbuch* 2002, 376; Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 1684.

75 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 9.6.1999 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1684.

76 Niederschrift der 154. Senatssitzung vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 17.

#### 4.1.2.2 Wissenschaftliches Neuland für die MPG

Aufgabe des *MPI für demografische Forschung* war Grundlagenforschung zu Prozessen der Fertilität, der Mortalität und der Migration; konkret sollten »soziale und biologische Determinanten ansteigender Lebenserwartungen und zunehmender Langlebigkeit«, das Verhältnis von »Fertilität und Milieudynamik im heutigen Europa« sowie historische Zusammenhänge von Bevölkerungsprozessen untersucht werden.<sup>77</sup> Epistemisch betrachtet hätte dieses MPI zusammen mit dem MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme in Jena und dem MPIGF in Köln zum Kern eines Clusters politikrelevanter Sozialwissenschaften werden können, dies geschah jedoch nicht. Auf der Ebene diskursiver Ressourcen spielte schon die Namensgebung des Instituts, in diesem Falle wegen der Hypothek der rassistischen Bevölkerungslehre im Nationalsozialismus, eine wichtige Rolle; die Bezeichnung »demografische Forschung« war offenbar unverfänglicher als der deutsche Terminus »Bevölkerungswissenschaft«.

Schon im November 1990 hatte Zacher in einem Schreiben an den damaligen Vorsitzenden der GWS, Hein Kötz, angeregt, die Bevölkerungswissenschaften als Gegenstand einer Projektgruppe oder MPI-Gründung »im Beitrittsgebiet« in Erwägung zu ziehen.<sup>78</sup> Darin formulierte er Begründungen für einen solchen Schritt, die 1993 wieder aufgegriffen wurden, darunter die hohe Relevanz der Thematik (»Bevölkerungsverteilung und Bevölkerungsentwicklung gehören zu den wichtigsten Problemen der Welt von heute«), die »Fülle interdisziplinärer Bezüge« und die Präferenz, »dass das Institut in sich selbst geschlossen demografisch angelegt werden sollte«, damit interdisziplinäre Kooperationen von dieser Basis aus möglich, aber »nicht institutionell angelegt sein« könnten.

Im ersten Brainstorming der GWS im Juni 1993 konstatierte Karl Ulrich Mayer (MPI für Bildungsforschung) einen inhaltlichen Nachholbedarf in punkto Bevölkerungsforschung: »Demographie in ihrer reinen Form sei obsolet geworden und müsse sich daher öffnen.«<sup>79</sup> In der darauffolgenden Sektionssitzung erhielt die Demografie mit Abstand den ersten Platz auf der Prioritätenliste der anzuwendenden Neugründungen.<sup>80</sup> Die im Februar 1994 unter dem Vorsitz Mayers eingesetzte Kommission sah ihre Einschätzung des defizitären Stands der demografischen Forschung in Deutschland durch die konsultierten Experten bestätigt. »Unterschiedliche Nuancen« habe es allerdings »bei der Frage gegeben, wie ris-

77 Stand des Aufbaus und weitere Planung, 1995, 30–31; Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Rostock). *MPG-Jahrbuch* 1997, 673. Zum Weiteren vgl. Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 371–377.

78 Vgl. zum folgenden Zacher an Kötz, 13.11.1990. Materialien zum Protokoll der Perspektivendiskussion der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.6.1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 3–4, fol. 12–13.

79 Ebd., fol. 250.

80 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 252.

kant politikt nahe Fragestellungen, wie etwa der Bereich ›Migration‹ für ein solches Institut wären.«<sup>81</sup> Das Warnsignal wurde in den weiteren Beratungen beachtet.

Bei der Präsentation der Gründungsempfehlung in der Sektions Sitzung im Oktober 1995 wies Mayer explizit auf »die Belastung der demografischen Disziplin durch deren rassistische Ausrichtung im NS« hin, die eine Befassung mit der Geschichte des Faches notwendig werden lasse.<sup>82</sup> Um jegliche, auch implizite Berührung mit der NS-Vergangenheit zu umschiffen, nahm die Kommission die Erforschung von Bevölkerungsprozessen in Osteuropa nicht mehr als regionalen Schwerpunkt auf. Den Verzicht auf die Migrationsforschung im Programm vorschlag begründete Mayer jetzt wissenschaftlich; das Forschungsfeld sei »äußerst heterogen« und daher »schwerlich als ein Kernbereich des Instituts vorstellbar«.<sup>83</sup>

Der Bericht und die Empfehlung der Sektionskommission erwähnten das alles nicht mehr. Stattdessen betonte man neben dem institutionellen Nachholbedarf in Deutschland auch die potenzielle politische Relevanz von Forschungen über das Sinken der Geburtenrate oder den Bevölkerungsrückgang in Europa. Mit einer Schwerpunktsetzung auf formale Demografie könnten »wesentliche Defizite im Bereich der wissenschaftlichen Institutionalisierung der Demographie in Deutschland behoben werden« und »mit einer langfristigen Bündelung von Ressourcen an einem herausragenden Max-Planck-Institut diesem Forschungsgebiet erhebliche neue Impulse geben«.<sup>84</sup>

Als Gründungsdirektor empfahl die Kommission James Vaupel, Professor für Epidemiologie und Demografie an der Medizinischen Fakultät der Universität Odense, der seit der zweiten Sitzung kooptiertes Kommissionsmitglied war. Vaupel wurde vor allem wegen seiner internationalen Vernetzungen und seiner Expertise in der Mortalitätsforschung, die einen Schwerpunkt der Institutsarbeit bilden sollte, vorgeschlagen. In einem weiteren Schritt sollten unter seiner Mitwirkung zwei weitere Direktoren berufen werden, von denen mindestens einer aus dem deutschen Sprachraum kommen sollte.<sup>85</sup> Damit war dies einer von mehreren Gründungsvorschlägen in den NBL mit vorerst nur einem Direktor. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf begrüßte die Institutsgründung, warnte aber vor einer Ideologisierung des Themas in Richtung »NS-Verdacht«.

81 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 8.6.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1500, fol. 26.

82 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 19.10.1995 in Berlin-Dahlem, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1504, fol. 27.

83 Ebd.

84 Niederschrift der 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, fol. 13 verso–14 verso; Materialien zur 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, TOP 3.2, Gründung eines MPI für demografische Forschung, fol. 37–38; Anlage 1, Bericht und Empfehlung der Sektionskommission, fol. 39–47. Alles AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP.

85 Laudatio und C. V. für James Vaupel, ebd., fol. 45–49 verso. Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Demographische Forschung, ebd., fol. 46 verso.

Im Unterschied zu anderen Neugründungen in den NBL war die Standortfrage zu diesem Zeitpunkt noch nicht geregelt worden. Infrage kamen Halle, Rostock und Frankfurt an der Oder. Wie Zacher im Oktober an die nunmehr zuständige Ministerin Regine Marquardt (SPD) schrieb, galt Rostock »vom Anfang an und immer wieder als bevorzugter Standort«, doch der Ort habe »auch deutliche Defizite erkennen« lassen. Daher nannte Zacher mehrere Bedingungen dafür, dass er Rostock als Standort empfehle: die Einrichtung eines Diplomstudiengangs für Demografie und zwei Professuren mit entsprechender Ausstattung an der Universität; die Entwicklung fremdsprachiger Schulen für die Kinder der voraussichtlich mehrheitlich ausländischen Institutsmitarbeiter\*innen und die belastungsfreie Bereitstellung des für den Neubau schon ins Auge gefassten Grundstücks in der Nähe der Universität.<sup>86</sup> Die Reaktion der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns fiel diesmal positiver als in früheren Jahren aus. In der Sitzung selbst wurde berichtet: Marquardt »sichert [die] Gründung eines Diplomstudiengangs Bevölkerungswissenschaft und zwei Ordinariate in Rostock zu, mit Unterstützung des Ministerpräsidenten Bernd Seite.«<sup>87</sup> Unklar blieb es vorerst, ob die zwei Ordinariate nicht doch zumindest teilweise aus dem Universitätshaushalt kommen müssten,<sup>88</sup> weshalb der Standort Rostock »vorbehaltlich der abschließenden Klärung der sachlichen Voraussetzungen« festgelegt wurde.<sup>89</sup>

Vaupel nahm den Ruf sehr schnell an,<sup>90</sup> aber die nächsten Schritte verliefen zäh. Die Aufnahme in die Forschungsförderung wurde aufgrund der noch nicht geklärten Standortfrage verschoben<sup>91</sup> und mit der Besetzung der zweiten Direktorenstelle ging es nicht gleich voran. Stattdessen wurden drei befristete

86 Fromm, Vermerk dem Präsidenten, 16.11.1995, Materialien zur 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, fol. 52–53; Zacher an Marquardt, 23.10.1995. Ebd., fol. 57–59. Alles AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP. Im Vermerk dazu hieß es, der Brief sei »inhaltlich« mit Rektor Maes und dem Kanzler der Universität abgestimmt und im Wortlaut von Mayer gebilligt. Fromm, Vermerk für den Herrn Präsidenten. Vorbereitung Besuch in Fft.-Oder, 12.10.1995, ebd., fol. 61–64.

87 Niederschrift der 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol.18. Vgl. hierzu Fax der Kultur-Ministerin Mecklenburg-Vorpommerns, Regine Marquardt, an Zacher, 15.11.1995 und Minister-Präsident Bernd Seite an Marquardt, 14.11.1995. Materialien zur 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, fol. 57–58 resp. 59.

88 Fromm, Vermerk für den Präsidenten, Betr.: Punkt 3.2 der Tagesordnung der 141. Senatssitzung vom 17.11.1995: Gründung eines Max-Planck-Instituts für demographische Forschung hier: Vorschlag zur Erweiterung der Beschlussfassung des Senats auf die Festlegung des Standortes *Rostock*, 16.11.1995. Materialien zur 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, fol. 53.

89 Niederschrift der 141. Senatssitzung des Senates vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 13 verso-14 recto.

90 Niederschrift der 143. Sitzung des Senats vom 20.06.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 15.

91 Materialien zur 141. Senatssitzung vom 17.11.1995 in München, fol. 11–12: Ergänzender Bericht zu TOP 4.2, Feststellung des Haushalts, 17.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 177–178.

Nachwuchsgruppen zu den Bereichen Soziale Dynamik und Fertilität, Ätiologie und analytische Strategie sowie mathematisch-statistische Methoden in der Demografie und des Weiteren eine C3-Stelle für den Bereich der Theorie eingerichtet.<sup>92</sup> Die Eröffnung des MPI geschah mit Vaupel allein am 1. Oktober 1996. Die Ergänzungsberufung von Jan Michael Hoem, seit 1981 Leiter der von ihm gegründeten demografischen Abteilung der Universität Stockholm, der schon im Juni 1995 als Mitglied der Gründungskommission kooptiert worden war, fand trotz Bedenken in der Sektion wegen seines Alters im März 1999 statt; er nahm seine Tätigkeit in Rostock im Oktober 1999 auf.<sup>93</sup> Neben der Abteilung »Altern, Langlebigkeit und Mortalität« (Vaupel) wurde für Hoem die Abteilung »Fertilität, Familiendynamik und Bevölkerungsentwicklung« eingerichtet. Ein Neubau sollte im November 2002 bezogen werden.<sup>94</sup>

Wohl unter den ehrgeizigsten war das Ziel des *MPI für evolutionäre Anthropologie in Leipzig*, mit dem man sich der »Geschichte der Menschheit« annahm. Diese sollte mithilfe vergleichender Analysen der »Verschiedenheit von Genen, Kulturen, kognitiven Fähigkeiten, Sprachen und sozialen Systemen vergangener und gegenwärtiger menschlicher Populationen sowie von Gruppen von Menschen nahe verwandten Primaten« untersucht werden.<sup>95</sup> Eine Zuordnung zu einem einzigen bestehenden MPG-Cluster ist in diesem Fall nicht möglich, vielmehr handelte es sich um einen multidisziplinären Ansatz mit transdisziplinärem Potenzial. Wie im Falle des MPI für neuropsychologische Forschung war auf der Ebene der institutionellen Ressourcen eine Zusammenarbeit der BMS und der GWS angesagt, doch in diesem Falle verlief die Kooperation weitaus schwieriger als im vorherigen. Ansprüche beider Sektionen auf inhaltliche Teilhabe und damit auf Mitsprache bei der Direktorenauswahl wurden bald bemerkbar. Faktisch lief der Gründungsprozess in drei Phasen ab: (1) Sammlung erster Vorschläge aus beiden Sektionen, unterbrochen durch die Einsetzung einer Präsidentenkommission Anthropologie/Ethnologie, (2) die eigentliche Gründungsphase und (3) der sich anschließende Konflikt zwischen den neuen MPI-Direktoren und der GWS um die Weiterentwicklung des Instituts.

Ziel der PK Anthropologie/Ethnologie sollte sein, infolge der bereits beschlossenen Schließung der von Irenäus Eibl-Eibesfeldt geleiteten Forschungsstelle für Humanethnologie einen möglichst breiten Überblick über den internationalen Forschungsstand zu gewinnen und Empfehlungen daraus abzuleiten. Schon in dieser Phase berichtete Weinert im Vizepräsidentenkreis die Befürchtungen einiger

92 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 19.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1506, fol. 28–29.

93 Niederschrift der 151. Senatssitzung vom 5.3.1999 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 151.SP. Vgl. Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Rostock). *MPG-Jahrbuch* 2000, 781–788, 785.

94 Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Rostock). *MPG-Jahrbuch* 2002, 723–729, 724.

95 Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie (Leipzig). *MPG-Jahrbuch* 1999, 755–766, 755. Vgl. Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 468–474.

GWS-Mitglieder, »dass die Präsidentenkommission sich auf humanbiologische Fragestellungen kapriziere und das Vorhaben damit als Thema der Geisteswissenschaftlichen Sektion im Vorhinein ausscheide«; Zacher und Trautner stellten klar, »dass dies nie die Absicht gewesen sei.«<sup>96</sup>

Die PK schloss ihre Arbeit 1995 mit der überaus ambitionierten Empfehlung, natur-, sozial- und geisteswissenschaftliche Zugänge zur Anthropologie in einem Institut zusammenzufassen. Daraufhin machte man sich in der BMS daran, ein Institutskonzept in Richtung »biologische Anthropologie« zu entwickeln, an dem auch Mitglieder der GWS Anteil haben sollten. Das Ergebnis war ein innovatives Konzept mit drei Zentren, einem für genetische und linguistische Evolution (Historical Anthropology), einem für Kognitionsentwicklung beim Menschen (Development of Human Cognition) und einem für soziale und kulturelle Evolution (Anthropology of Social Systems), jedes mit einer doppelten Leitung aus den Natur- und den Geisteswissenschaften.<sup>97</sup> Wie es im Konzept nunmehr hieß: »The institute would be the first of its kind in the world.« Verbunden durch »a common link to the theory and principles of genetic and cultural evolution« sollte das Institut ein Team führender Forscher\*innen zusammenbringen, »whose work is aimed at understanding the ›co-evolution‹ of genes, culture, communication, and social systems among human populations and selected primates.«<sup>98</sup>

Die Tragfähigkeit dieses überaus ambitionierten Konzepts hing offenkundig von den zu berufenden Personen ab. Im Februar 1997 empfahl man dementsprechend die Berufung von fünf Direktoren: für das Zentrum für genetische und linguistische Evolution den Zellbiologen und Genetiker Svante Pääbo, ein Begründer der Ancient-DNA-Forschung, und den Linguisten Bernard Comrie, einen Experten für Sprachtypologie, für das Zentrum für Kognitionsentwicklung den Ethologen Christophe Boesch, einen Primatenfeldforscher, und den vergleichenden Psychologen Michael Tomasello, Experte für die Ontogenese der Kognition beim Menschen und Menschenaffen, sowie für das Zentrum für soziale und kulturelle Evolution William Durham, einen Experten für die Kulturevolution schriftunkundiger nichtwestlicher Gesellschaften. Die sechste Stelle ließ man vorerst unbesetzt.<sup>99</sup> Wer hier das Harnack-Prinzip erfüllen sollte, schein klar zu sein.

96 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 8.12.1993 in Bonn, 16.12.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 345, fol. 183–197, fol. 185.

97 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft vom 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1676, fol. 7.

98 Proposal for a Max-Planck-Institute for Evolutionary Anthropology (Max-Planck-Institut für Anthropologie). Materialien für die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion vom 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1676, fol. 32. Siehe auch Materialien für die Sitzung der GWS vom 18. Oktober 1996 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1507, fol. 82.

99 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biomedizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18. Oktober 1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1676, fol. 7 verso.

In einem späteren Portrait des Instituts sagte der Oxford-Genetiker und Leiter des Gutachterausschusses, Sir Walter Bodmer, dass Pääbo »would be the leader who would bring in the others«. <sup>100</sup> Im selben Artikel wird ein Mitarbeiter mit der Auffassung »halb scherzend« zitiert: »The Max Planck thinks that Svante is going to win the Nobel Prize, and the rest of us are here to be his playmates«. <sup>101</sup> 21 Jahre später ist diese angedeutete Vorhersage mit der Verleihung des Nobelpreises für Medizin oder Physiologie an Pääbo im Oktober 2022 in Erfüllung gegangen.

Auf der Ebene der diskursiven Ressourcen war schon die Namensgebung Thema. Die vergangenheitspolitische Hypothek des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik war nicht in Vergessenheit geraten, aber der Terminus »anthropology« war für amerikanische Wissenschaftler weniger problematisch. <sup>102</sup> Eine Rolle in der Entscheidung für den Namen »evolutionäre Anthropologie« spielte »die Überlegung, das Institut auch durch seinen Namen von der unseligen Tradition des KWG-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik abzugrenzen«. <sup>103</sup> Um die Distanzierung noch stärker zu zeigen, schlug Willem Levelt vom MPI für Psycholinguistik vor, das Institut in die GWS zu integrieren. <sup>104</sup>

In Zusammenhang mit den gerade laufenden Schließungsdiskussionen (siehe unten) wurde jedoch auch gefragt, ob so viele C4-Stellen nötig seien. Dem hielt man entgegen: »Die Chance, jetzt 5 hervorragende und kooperationsbereite Wissenschaftler zu gewinnen, sei einzigartig und dürfe nicht verspielt werden«; außerdem »sei sowohl für die biologische als auch für die geisteswissenschaftliche Seite eine kritische Masse erforderlich, um nicht ein reduziertes Spezialinstitut entstehen zu lassen«. <sup>105</sup> Die Gründung des Instituts wurde im Senat am 7. März 1997 beschlossen. <sup>106</sup> Markl betonte dabei, dass eine Zuordnung zur GWS bevorzugt werde, um deutlich zu machen, dass kein »Biologismus« vorherrsche. <sup>107</sup> Erst in der darauffolgenden Senatssitzung beschloss man trotz der Unterstützung des Rektors und Senatsmitglieds Maes für Rostock Leipzig als Standort, weil dieser

100 Michael Balter: *Max Planck's Meeting of the Anthropological Minds*, 2001, 1246–1249, 1246.

101 Ebd., 1248.

102 Im Interview erinnert sich Michael Tomasello, dass sich Durham für die Beibehaltung des Wortes Anthropologie im Namen stark gemacht habe, obwohl keiner der vorgesehenen Direktoren im Fach ausgebildet worden sei: »We need to rehabilitate« die Anthropologie in deutschen Augen »and educate« die Kritiker darin, dass das Fach jetzt anders aufgestellt sei. Mitchell G. Ash: Interview mit Michael Tomasello, 19.5.2022. DA GMPG ID 601099.

103 Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 2.2.1997 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1508, fol. 41.

104 Ebd., fol. 42.

105 Ebd.

106 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 9 recto und verso.

107 Ebd., fol. 9 recto.

»die meisten Verbindungen mit dem universitären Umfeld eröffne, und zwar auch über die Landesgrenze hinweg zur Universität Halle-Wittenberg«. <sup>108</sup>

Auch hier spielte die Schließungskontroverse hinein. <sup>109</sup> In der Senatssitzung im März argumentierte der bayerische Minister Zehetmair offen politisch, »es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass ein Institut in den alten Ländern geschlossen werde [hier: das MPI für Verhaltensphysiologie in Seewiesen], um ein neues in den neuen Ländern zu gründen«. Markl gestand ein, dass der Seewiesener Direktor Wolfgang Wickler in die Entwicklung des Gründungskonzepts eingebunden war, hielt aber eine Verbindung primatologischer mit humananthropologischer Forschung in Seewiesen für nicht realisierbar. Im Übrigen hielt er fest, dass »die Chance, innovative Kombinationen von Disziplinen in neuen Instituten zusammenzufassen, [...] die MPG der deutschen Wiedervereinigung« verdanke; deshalb bestehe keine direkte Verbindung zwischen der Gründung dort und der Schließung da.

Damit war der Gründungsprozess aber noch lange nicht zu Ende. Nachdem ausgerechnet Durham, der für das Konzept im Wesentlichen verantwortlich gewesen war, sich aus persönlichen Gründen dafür entschieden hatte, in Stanford zu bleiben, <sup>110</sup> begann eine dritte Phase, in der nunmehr zwei Direktoren für das dritte Zentrum zu suchen waren und die Frage des Zusammenwirkens der Natur- und Sozial- und Geisteswissenschaften wieder im Raum stand. Nach mehreren Sitzungen einigte man sich im Februar 2000 einstimmig auf Robert Andrew Foley (Cambridge), einen multidisziplinär forschenden Experten für evolutionäre Anthropologie, dessen Berufung am 10. März im Senat beschlossen wurde, <sup>111</sup> der den Ruf aber bald aus privaten Gründen ablehnte. Daraufhin entwickelte sich ein jahrelanger Konflikt um das Profil des dritten Zentrums zwischen den nunmehr vier in Leipzig ansässigen Direktoren, die mit einem eigenen biologisch ausgerichteten Konzept und spezifischen Namen aufwarteten, und »dem Willen der Gründerväter des Instituts«, die nach Prinz die Sozialwissenschaften als ausschließlichen Schwerpunkt des Zentrums vorgesehen hatten. <sup>112</sup> Eine

108 Niederschrift der 146. Sitzung des Senats vom 5.6.1997 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 146.SP, fol. 9. Im Interview erinnert sich Michael Tomasello daran, dass er zwar an den Besuchen der anderen Standorte nicht beteiligt, nach seiner Ankunft als Erster in Leipzig aber von der Weltläufigkeit der Stadt angenehm überrascht war. Mitchell G. Ash: Interview mit Michael Tomasello, 19.5.2022. DA GMPG ID 601099.

109 Zum Folgenden vgl. ebd., fol. 9 recto und verso.

110 Nach den eben zitierten Erinnerungen Michael Tomasellos habe Durhams Ehefrau ihm gesagt: »You can go, but I'm staying in Palo Alto«; Bernard Comrie habe aber gependelt. Ebd.

111 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des wissenschaftlichen Rates vom 10.2.2000 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1517, fol. 20–21. Vgl. Materialien für die 154. Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft vom 10.3.2000 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 382–384.

112 Vgl. u. a. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 20.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1521, fol. 21. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen

Lösung fand sich offenbar nicht, aber dies tat der Produktivität des MPI keinen Abbruch. Breite Beachtung über die Fachöffentlichkeit hinaus haben die Primatenforschung Tomasellos und seine Verbindung derselben mit philosophischen Fragestellungen gefunden.<sup>113</sup> Mit der Kooperation des Leipziger Zoologischen Gartens entstand ein Laborbau für diese Arbeit auf dem Zoogelände, der mit einem großen Fenster nach vorn ausgestattet ist, durch das Besucher\*innen des Tiergartens den Forscher\*innen bei der Arbeit zusehen können.

Ebenso ehrgeizig wie das Ziel des MPI für evolutionäre Anthropologie war das der Arbeit am *MPI für die Erforschung globaler biogeochemischer Kreisläufe*, das ab November 1997 MPI für Biogeochemie hieß. Es ging um nichts Geringeres als die »Erforschung von langfristigen Wechselwirkungen zwischen Biosphäre, Atmosphäre, Geosphäre und den Ozeanen«.<sup>114</sup> Dabei sollte unter anderem »die Rolle dieser Wechselwirkungen für die Steuerung des Klimas der Erde in einer Zeit zunehmender anthropogener Einflüsse« quantitativ untersucht werden.<sup>115</sup> Auch hier wurde wegen der interdisziplinären Ausrichtung der geplanten Arbeit eine Kommission mit Mitgliedern aus der CPTS und der BMS gebildet, und zwar dadurch, dass drei Mitglieder aus der BMS einer bereits bestehenden Kommission der CPTS beitraten. Wie Gregor Lax dargelegt hat, war die epistemische Weichenstellung in Richtung der Bildung eines Clusters Erdsystemforschung mit der Berufung Paul Crutzens an das MPI für Chemie 1980 und der Entdeckung des Ozonlochs 1985 schon geschehen.<sup>116</sup> Nun wurde die deutsche Vereinigung als Chance zur Mobilisierung institutioneller Ressourcen im großen Stil genutzt, wodurch das neue Institut zum Lokus einer Profilwandlung von der seit den 1980er Jahren etablierten atmosphärischen Chemie hin zur Biogeochemie und zum Kern des Clusters Erdsystemforschung innerhalb der MPG wurde. Wissenshistorisch betrachtet ging es hier wie beim MPI für Zellbiologie und Genetik um ein internationales »Mainstreaming«, das jedoch auf dem innovativen Wege einer Verbindung paleoklimatologischer Forschung mit der Modellierung globaler geochemischer Kreisläufe in der Gegenwart geschah.

Rates vom 14.10.1999 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1516, fol. 14–15. Im Interview äußert sich Tomasello sehr kritisch gegen Christopher Hann, der mittlerweile als Direktor am MPI für ethnologische Forschung GWS-Sektionsmitglied geworden war: »He ruined our whole search. We didn't know they had such an anti-science approach«. Offenbar war die Abneigung gegenseitig; im Interview nennt Hann die Leipziger Kollegen »card-carrying Darwinists«. Mitchell G. Ash: Interview mit Christopher Hann, 19.5.2022. DA GMPG ID 601100.

113 Tomasello schrieb allerdings laut eigener Aussage sein vielbeachtetes Buch *Social Origins of Human Cognition* zwischen Juni und September 1998 nieder, als er noch allein in Leipzig war. Mitchell G. Ash: Interview mit Michael Tomasello, 19.5.2022. DA GMPG ID 601099.

114 Max-Planck-Institut für Biogeochemie (Jena). *MPG-Jahrbuch* 1999, 455–463, 456. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 225–232.

115 Ebd.

116 Zum Folgenden vgl. im Detail Gregor Lax: *Wissenschaft*, 2020, 70–84.



**Abbildung 25:** Chemienobelpreisträger (1995) Paul J. Crutzen, Mitinitiator des MPI für Biochemie. *MPG-Spiegel* 2/98, 17. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Unter den im November 1993 angesammelten Projektvorschlägen der CPTS war ein Konzeptpapier von Paul Crutzen zur Gründung eines MPI »für die Modellierung atmo-bio-geochemischer Kreisläufe (»Global System Modeling«)<sup>117</sup> (Abb. 25). Das Papier wurde von einem kleinen Kreis am Max-Planck-Institut für Meteorologie (MPIM), darunter Hartmut Graßl und Martin Heimann, zum Vorschlag eines MPI zum »Studium der globalen biogeochemischen Kreisläufe« im Detail ausgearbeitet. Daraufhin wurde eine Kommission von der CPTS unter dem Vorsitz vom MPIM-Direktor Lennart Bengtson im Februar 1994 eingesetzt. Nach der im Juni 1994 vorgelegten Konzeptidee sollte sich das MPI mit zwei Fragenkomplexen befassen: einerseits »die dynamische Anpassung von Ökosystemen an die atmosphärischen und marinen Randbedingungen und deren Rückwirkung auf die chemische Zusammensetzung der Atmosphäre« und andererseits »die paläoklimatologische Untersuchung der großskaligen atmosphärischen Kreisläufe, insbesondere der biogeochemischen Prozesse«.<sup>118</sup> Erst nachdem diese Frage-

117 Zum folgenden vgl. Lax, ebd., 72.

118 Anhang zum Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion vom 8.6.1994: Vorschläge für Neugründungen in den neuen Bundesländern – Projektvorschlag »Atmosphärische Kreisläufe«. Bericht des Vorsitzenden der Kommission, Professor Dr. L. Bengtsson, über den Stand der Beratungen am 8.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1832, fol. 30.

stellungen feststanden, kam im Juni 1995 durch den erwähnten Beitritt dreier Mitglieder aus der BMS eine intersektionelle Kommission zustande.<sup>119</sup>

Das überarbeitete Konzept fand die »einhellige« Befürwortung der konsultierten Experten,<sup>120</sup> woraufhin die Kommission sich im Herbst 1995 anschickte, das Konzept mit Personen zusammenzuführen. Im Februar 1996 lag der CPTS ein von Ernst-Detlef Schultze (Bayreuth) und Heimann ausgearbeitetes Konzept vor.<sup>121</sup> Schultze, der für die Erarbeitung einer Kohlenstoffbilanz für Wälder bekannt war, hatte sich schon seit den 1980er Jahren an Gesprächen über die Gründung eines MPI für Ökologie beteiligt; nach eigenem Bekunden hatte er nach Aufforderung der Kommission eine Version des nun vorliegenden MPI-Konzepts ein Jahr früher bereits erarbeitet.<sup>122</sup>

Nach diesem Konzept war die Vitalität des neuen Forschungsfelds durch hochkarätige Publikationen in Journalen wie *Nature* nachweisbar, doch hemmten mehrere Faktoren die Realisierung dieses Potenzials: Einerseits standen die Bedürfnisse der Erforschung globaler biogeochemischer Zyklen im Widerspruch zur institutionellen Struktur der Universitäten, es fehlten die notwendige längerfristige Förderung und die »day-to-day connexion with observational and experimental research«; andererseits bestand eine starke Disziplingrenze zwischen den »Quaternary scientists«, die sich mit »terrestrial palaeorecords« befassten, und der Gemeinde der »global climate and biogeochemical modellers«. In dieser Situation könnte ein »independent institute for the study of global biogeochemical cycles, free from both the disciplinary barriers and the short-term, application oriented funding limitations that currently constrain progress« große Fortschritte erzielen.

Eine nochmals überarbeitete Fassung des Konzepts legte man der CPTS im Juni 1996 vor. Neben Schultze waren Ian Colin Prentice (Professor für Pflanzenökologie in Lund, Experte für Globalumweltssystemanalyse mit Schwerpunkt im Zusammenhang von Klima und Vegetation) und David Schimel (National Institute for Atmospheric Research, Boulder, Colorado, ein Experte für die Modellierung der Beziehungen von Atmosphärenchemie und terrestrischer Ökologie) rekrutiert worden. In derselben Sitzung empfahl die CPTS die Institutsgründung mit höchster Priorität,<sup>123</sup> doch wegen der noch nicht geklärten Standortfrage wurde diese Empfehlung dem Senat erst in der Novembersitzung zur Entscheidung vorgelegt. Markl entschied, den Gründungsbeschluss sogleich herbeiführen zu

119 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biomedizinischen Sektion des wissenschaftlichen Rates vom 21.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1672, fol. 13–14.

120 Ebd.

121 Vgl. zum Folgenden Proposal for the foundation of a MPI for the study of global geochemical cycles. Materialien für die Sitzung der CPTS am 8./9. Februar 1996 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1837, fol. 85–89.

122 Detlev Schultze: Vorwort – die Urzeit, 2007, 3–5.

123 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion vom 19.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II, Rep. 62, Nr. 1838, fol. 11.

lassen und alle anderen Gründungsanträge bis in den März 1997 zu verschieben, um für die anstehende Debatte um die Institutsschließungen Zeit zu schaffen und weil er es für notwendig hielt, die noch anstehenden letzten Gründungsentscheidungen in den NBL »einer gesamthaften Betrachtung und einer Würdigung wissenschaftspolitischer, regionalpolitischer und haushaltspolitischer Aspekte zu unterziehen«. <sup>124</sup>

In der Vorlage für den Senat betonte man wieder die idealen Kooperationsmöglichkeiten innerhalb der MPG, zum einen mit den eingangs genannten Instituten für Meteorologie und für Chemie, zum anderen mit den Instituten für marine und für terrestrische Mikrobiologie sowie für Limnologie. <sup>125</sup> Tatsächlich wurde die Gründung durch Mitglieder eben dieser MPIs mit genau solchen Kooperationsmöglichkeiten im Sinn sorgfältig vorbereitet: <sup>126</sup> Das epistemische Potenzial umschrieb man jetzt mit dem Verweis auf das Fehlen einer umfassenden Theorie über die Abläufe in Ökosystemen; so werde das geplante MPI »eine führende Rolle bei der Entwicklung einer großskaligen Ökosystemtheorie spielen« und dadurch »ein weltweit einmaliges Potential für die Umweltforschung entstehen« lassen: »Es gibt derzeit keine vergleichbare Einrichtung in Europa. Auch in den USA wurden bislang nur wenige Initiativen in dieser Richtung gestartet.« <sup>127</sup>

Zum Hintergrund dieser Aussage gehörte die Stellungnahme des WR zur Lage der Umweltforschung in Deutschland, die der MPG gerade wegen des großen Umfangs und der langen Dauer von Projekten in diesem Felde eine große Rolle auf diesem Gebiet zugeschrieben hatte. <sup>128</sup> Den Standort Jena begründete man schlüssig mit der räumlichen Nähe zum im Aufbau befindlichen MPI für chemische Ökologie, mit dem zusammen man einen Campus am Beutenberg bauen wollte. So könnte an einem Ort »das Spektrum der ökologischen Forschung von molekularen Größenskalen bis hin zur Dimension globaler Stoffkreisläufe auf höchstem wissenschaftlichem Niveau abgedeckt« werden. <sup>129</sup> Die Verleihung des Chemienobelpreises für 1995 an Paul J. Crutzen trug wohl das Ihre zur Überzeugungskraft des Gründungsvorschlags bei. Sein öffentlicher Vortrag bei der

124 Ebersold Notiz: Entscheidungsabläufe für weitere Neugründungsvorhaben in den neuen Bundesländern, 19.9.1996. Materialien zur Niederschrift der 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 289.

125 Beschlussvorlage für den Senat, ebd., fol. 291–293.

126 Vgl. hierzu im Detail Lax: *Wissenschaft*, 70–84. Im Interview bejahte David Schimel die enge Zusammenarbeit mit dem MPIC (Crutzens Institut) und dem MPIM, sah jedoch keine äquivalenten Einbindungen der MPIs für Limnologie oder Terrestrische Mikrobiologie. Mitchell G. Ash: Interview mit David Schimel, 31.5.2022. DA GMPG ID 601101.

127 Beschlussvorlage für den Senat. Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, Abt. II, Rep. 60, 144.SP, fol. 292. Zur Bedeutung der Skalierung in der Geschichte der Klimaforschung vgl. Deborah R. Coen: *Climate in Motion*, 2018.

128 Vgl. hierzu Lax, *Wissenschaft*, 80–81.

129 Vgl. Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1839, fol. 10.

Festversammlung der MPG in Bremen im Juni 1997 mag als publikumswirksamer Abschluss des Gründungsvorgangs betrachtet werden.<sup>130</sup>

Nach dem einstimmigen Gründungsbeschluss im November 1996 nahmen alle vorgesehenen Direktoren den Ruf zum 1. September 1997 an.<sup>131</sup> Gleich danach befürwortete die CPTS auf Antrag des Direktorenkollegiums die Umbenennung des MPI in »Max-Planck-Institut für Biogeochemie«, um »dem Institut einen prägnanten Namen zu geben«.<sup>132</sup>

Allerdings folgte dieser vielversprechenden Gründung ein unschönes Nachspiel am gewünschten Standort. In einem geharnischten Brief an den Jenaer Oberbürgermeister Peter Röhlinger vom 7. November 2001 schilderte Schimel, damals Geschäftsführender Direktor am Institut, drastische Vorfälle verbaler und tätlicher fremdenfeindlicher und sexueller Angriffe gegen seine Frau, die Mitarbeiterin am Institut war, und ihre gemeinsamen Töchter. Weil seine Familie daraufhin unverrichteter Dinge das Land verließ, sah sich Schimel

zunehmend gezwungen, zur Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit zwischen USA und Deutschland zu pendeln. Im Ergebnis dieser Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit werde ich eventuell meine Stelle als Direktor und Professor des Institutes aufgeben. Den durch diese Ereignisse zugefügten Schaden kann man nicht mehr rückgängig machen. Ich hoffe aber, dass die Stadt Ihre diesbezügliche Politik ernsthaft überdenken wird.<sup>133</sup>

In der Tat kehrte Schimel auf seine frühere Stelle in Colorado zurück, woraufhin ihm der Status eines Auswärtigen Mitglieds des MPI am 8. März 2002 zuerkannt wurde.<sup>134</sup> Im Interview sagte Schimel, dass er ohnehin nicht viel länger geblieben wäre: »The three directors could not have been more ill assorted. [We were] Three nearly ideally complementary scientists and three incompatible human beings.« Mindestens ein Gutachten habe davor gewarnt, aber die Kommission war »already committed to the concept and were too far along«. Das Konzept sei aufgegangen, aber erst in der zweiten Generation.<sup>135</sup>

Zum Nachfolger Schimels wurde der AG-Leiter am Institut und Mitautor des Institutskonzepts Martin Heimann berufen.<sup>136</sup> Die wissenschaftliche Weiterarbeit am Institut ließ sich nicht streng nach Abteilungen fassen, sondern wurde in

130 Paul J. Crutzen, Die Beobachtung atmosphärisch-chemischer Veränderungen, 1997, 51–71.

131 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion vom 15.–16.10.1997 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1843, fol. 13 verso.

132 Ebd. Der Senat nahm die Namensänderung am 14.11.1997 zustimmend zur Kenntnis. Niederschrift der 147. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 13.

133 Schimel an Röhlinger, 7.11.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 309, fol. 77. Im Interview berichtet Schimel, dass MPG-Präsident Markl ihn bat, diesen Brief zu schreiben. Mitchell G. Ash: Interview mit David Schimel, 19.5.2022. DA GMPG ID 601101.

134 TOP 9.2.7, Berufungsvorlage für den Senat. Materialien zur Niederschrift der 160. Sitzung des Senats vom 8.3.2002 in Jena, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 160.SP, fol. 248–249.

135 Mitchell G. Ash: Interview mit David Schimel, 19.5.2022. DA GMPG ID 601101.

136 Protokoll der Senatssitzung vom 5.6.2003, zit. n. Lax, *Wissenschaft*, 79.

sieben selbstständigen Forschungsgruppen organisiert.<sup>137</sup> Übergreifende Themenfeldern 2002 waren (1) Theorie und Modellentwicklung, (2) globale Datensynthese und -analyse und (3) Freilandbeobachtung und -experimente, darunter die Bemessung der Kohlenstoffkonzentration über Land mithilfe eines flugzeuggesteuerten Netzwerks.

Die Gründung des *MPI für Dynamik komplexer technischer Systeme* 1996 war Ergebnis einer Initiative aus der CPTS, die noch nicht auf den Vorschlagslisten von 1993 stand. Es handelte sich um das erste MPI in den Ingenieurwissenschaften, weshalb es einem der bestehenden Cluster nicht ohne Weiteres zuzuordnen ist. Schwerpunkt der Arbeit an diesem MPI sollte unter anderem Netzwerk- und Systemtheorie für verfahrenstechnische und biologische Prozesse sein.<sup>138</sup> Gründungsdirektor war Ernst-Dieter Gilles, Professor für Verfahrenstechnik in Stuttgart, um dessen Forschung und Vorschläge das Konzept offenbar gebaut wurde.

In seiner Präsentation des Konzepts in der CPTS hob der Kommissionsvorsitzende Fritz Aldinger (Direktor am MPI für Metallforschung) hervor, dass sich in den Ingenieurwissenschaften »eine Schwerpunktverschiebung [...] hin zu den naturwissenschaftlichen Grundlagen« vollziehe.<sup>139</sup> Ziel des Instituts sei daher »die Verknüpfung naturwissenschaftlicher Grundlagen mit system- und informationstheoretischen Methoden zur ganzheitlichen Modellierung komplexer technischer Systeme«. Neben »chemische, thermische und mechanische Inhalte« sollten die »Zukunftstechnologien« Umweltverfahrenstechnik und Bioprozesstechnik treten. Die Aufgabe sei wissenschaftlich »sehr anspruchsvoll«; es handle sich aber auch um »ein zukunftsträchtiges Gebiet mit hoher Wertschöpfung für die Industrie«. Zweifeln an der Bedeutung der Verfahrenstechnik oder dem Grundlagencharakter des Themas begegneten Aldinger, Ertl und Fulde in der Diskussion mit positiven Stellungnahmen.

Um das Kriterium der Subsidiarität zu erfüllen, war die Nähe zu einer Technischen Universität mit einer Verfahrenstechnischen und einer Biologischen Fakultät Voraussetzung, außerdem sollten ein leistungsfähiges Rechnernetz und ein zentrales Technikum – die als zentrale Einrichtungen zu führen sein sollten – schon vorhanden sein. Demnach wurden Magdeburg wegen der dortigen TU und Halle in Erwägung gezogen.<sup>140</sup> Dem Harnack-Prinzip dachte man offenbar mit Gilles genügt zu haben, dem »das Format einer Integrationsfigur bescheinigt wird«; ihm zur Seite stellte man zunächst Wolfgang Marquardt (Professor für Prozesstechnik an der RWTH Aachen), der »Kontinuität im Aufbau und in der

137 Vgl. zum Folgenden Max-Planck-Institut für Biogeochemie (Jena). *MPG-Jahrbuch* 2002, 421–428.

138 Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme (Magdeburg). *MPG-Jahrbuch* 1998, 453–454. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 378–385.

139 Zum Folgenden vgl. Projektvorschlag »Dynamik komplexer technischer Systeme«. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 8.2.1996 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1674, fol. 92–96.

140 Ebd., fol. 93.

Arbeit des Instituts gewährleisten« sollte. Nachdem die Sektion Gutachten zu den vorgeschlagenen Direktoren schnell eingeholt hatte, setzte sie den Vorschlag bereits im Juni auf ihrer Prioritätenliste an die zweite Stelle hinter dem Studium biogeochemischer Kreisläufe.<sup>141</sup>

Daraufhin ergänzte man die Tagesordnung der folgenden Senatssitzung eigens um diesen Gründungsbeschluss, weil der nunmehr feststehende Standort Magdeburg in Sachsen-Anhalt lag und mit diesem Schritt »die letzte große Unausgewogenheit in der Verteilung unter den neuen Ländern beseitigt würde«.<sup>142</sup> So erwies sich die Ressource Zeit wieder einmal als politisch fungibel, diesmal nicht als Hemmnis, sondern als Beschleuniger einer Institutsgründung. Das Potenzial eines technischen MPI für Allianzen mit der Wirtschaft erkannte man sofort; mehrere Prominente im Senat wie Raimar Lüst und Dieter Kind, der selbst Ingenieur war, drückten die Hoffnung aus, »dass die deutsche Industrie auch bei der Finanzierung der Investitionen für das Institut in Magdeburg helfen werde«. Buschhorn wies darauf hin, dass zwei Industrievertreter in die Beratungen einbezogen seien. Sie »hätten großes Interesse an einer Zusammenarbeit erkennen lassen«.<sup>143</sup>

Solche Hoffnungen erhielten bald einen Dämpfer, weil Marquardt den Ruf ablehnte,<sup>144</sup> wie in der Sektion berichtet wurde, »aus Sorge, die an dieses Projekt geknüpften Erwartungen nicht erfüllen zu können«; außerdem habe sich die RWTH Aachen »sehr darum bemüht«, ihn zu halten.<sup>145</sup> Trotzdem ging der Gründungsprozess mit Gilles allein weiter, man behalf sich mit der Berufung von Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitgliedern aus Stuttgart und Magdeburg. Letzterer war Andreas Seidel-Morgenstern (Abb. 26), der seit 1995 Professor für chemische Verfahrenstechnik in Magdeburg war und aus den NBL stammte, sich aber bald nach der Vereinigung an der TU Berlin habilitiert und schon vorher ein Jahr lang in den USA geforscht hatte.<sup>146</sup> In dessen Fall gab man sich in der Sektion mit einem »kleinen Begutachtungsverfahren« zufrieden, weil die auswärtigen Experten attestierten, dass Seidel-Morgenstern in Bezug auf die Erforschung der physikalisch-chemischen Grundlagen der Prozesstechnik zur Spitzengruppe zähle.<sup>147</sup>

141 Ebd.

142 Niederschrift der 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 11.

143 Ebd., fol. 11 recto und verso.

144 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 19 verso.

145 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 5./6.2.1997 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1841, fol. 10.

146 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 15./16.10.1997 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1844, fol. 12 verso.

147 Ebd. Seidel-Morgenstern schreibt seine schnelle Karriere der soliden Erstausbildung in Merseburg, der unkomplizierten Hilfsbereitschaft eines älteren Kollegen an der TU Berlin und wohl auch der eigenen Initiative zu. Mitchell G. Ash: Interview mit Andreas Seidel-Morgenstern, 6.7.2022. DA GMFG ID 601103.



**Abbildung 26:** Andreas Seidel-Morgenstern, Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied der MPG seit 1998, Direktor am MPI für Dynamik technischer Systeme in Magdeburg seit 2002. Fotos: Archiv der MPG, Berlin-Dahlem

Die erhoffte »Brückenfunktion« zur Universität kam schnell zustande: Ertl betonte, dass sich »Seidel-Morgenstern aktiv am Institutsaufbau beteiligen und in gewissem Rahmen auch Zugriff auf die Ressourcen des Instituts erhalten« würde. »Im Gegenzug werde die Universität Magdeburg, die an der Neugründung äußerst interessiert sei, zwei Lehrstühle auf entsprechenden Gebieten neu einrichten.«<sup>148</sup>

Trotzdem gestaltete sich die Direktorensuche schwierig. Gilles, der zunächst nur gastweise in Magdeburg amtierte, berichtete im Februar 1998 eingehend über die vorhersehbaren Probleme: Jüngere Ingenieure, die später in Betracht kommen könnten, wechselten »üblicherweise unmittelbar nach der Promotion von der Universität zur Industrie«, wo »ihre Veröffentlichungsmöglichkeiten wesentlich eingeschränkt seien«.<sup>149</sup>

148 Ebd. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass gerade die Verfahrenstechnik in der DDR eines der wissenschaftlichen Positivposten gewesen war: vgl. Wolfgang Fratzscher und Klaus-Peter Meinecke: *Verfahrenstechnik*, 1998, 361–434.

149 Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion vom 27.2.1998 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1844, fol. 16 recto und verso.

Erst zwischen 2000 und 2002 wurden die übrigen zwei der drei ursprünglich vorgesehenen Direktorenstellen besetzt, und zwar mit Udo Reichl (Stuttgart, ein Schüler von Gilles) in Verbindung mit einer C4-Professur in Magdeburg und Kai Sundmacher (seit 1999 Professor für Systemverfahrenstechnik in Magdeburg, davor Leiter einer Forschungsgruppe am MPI).<sup>150</sup> Schließlich stimmte die Sektion im November 2001 der Berufung von Seidel-Morgenstern als Direktor mit der expliziten Absicht zu, die Nachfolge von Gilles vorzeitig zu regeln.<sup>151</sup> So wurde er zum dritten ostdeutschen MPI-Direktor in den NBL überhaupt.

Die letzte Neugründung in dieser Reihe war die des *MPI für Ethnologische Forschung* (später: MPI für Sozialanthropologie). Dessen Themenfeld war die vergleichende Untersuchung der friedlichen und gewaltsamen Interaktion zwischen Ethnien und Staaten sowie von Eigentumsbeziehungen in Afrika und Eurasien. Gegenwartspolitisch relevant war die These, dass »aktuelle Konfliktlagen in den postsozialistischen Ländern ebenso wie in der postkolonialen Welt [...] nur durch gleichzeitige Betrachtung beider Perspektiven erklärbar« seien.<sup>152</sup> Damit ist auch diese Neugründung dem potenziellen, aber nicht realisierten Cluster politikrelevanter Sozialwissenschaften zuzuschreiben. In diesem Fall gelang die *Assemblage* institutioneller, personeller und diskursiver Ressourcen nicht ohne Komplikationen, vor allem wegen Wandlungen der allgemeinpolitischen Situation.

Die Gründung dieses MPI ging wie bei demjenigen für evolutionäre Anthropologie aus den Beratungen der bereits erwähnten, von Zacher eingesetzten Präsidentenkommission Anthropologie (später: Anthropologie und Ethnologie) hervor. In der PK waren mit Baltés, Kaiser, Klein, Prinz, Scharpf und Weinert auch Mitglieder der GWS vertreten. Die Entscheidung der GWS über die Einsetzung einer eigenen Kommission für die Ethnologie wurde auf Wunsch Zachers bis zum Ende der Arbeit der PK vertagt.<sup>153</sup> Nach Abschluss der Arbeit der PK und deren Empfehlung der Gründung eines »Brückeninstituts« für Anthropologie mit sehr

150 Ad Reichl vgl. Niederschrift der 154. Senatssitzung vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 16 verso. Ad Sundmacher vgl. Niederschrift der 157. Senatssitzung vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 15 recto.

151 Niederschrift der 159. Senatssitzung vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 14; Berufungsvorlage für den Senat, TOP 7.2.4, Materialien zur 159. Senatssitzung, Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 412–414.

152 Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung (Halle). *MPG-Jahrbuch* 2000, 789–800, 789. Siehe auch Henning und Kazemi (Hg.): *Handbuch*, 461–467.

153 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 3.2.1994 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1499, fol. 16–17. Immerhin wurde der GWS berichtet, dass der Kommissionsvorsitzende, Sir Walter Bodmer, Wert darauf gelegt habe, »die geisteswissenschaftlichen Themenfelder mit im Rahmen der Präsidentenkommission zu behandeln«. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 8.6.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1500, fol. 28.

breitem Fokus (siehe oben), beschloss die GWS, die Ethnologie-Gründung in einer eigenen Kommission weiterzuverfolgen.<sup>154</sup>

Auch hier wie im Falle des MPI für evolutionäre Anthropologie befand man sich auf mehrfach vermintem Gelände. Als in der GWS danach gefragt wurde, warum das Projekt einen Sinn habe, wenn alle Direktoren aus dem Ausland rekrutiert werden müssten, antwortete der Kommissionsvorsitzende Wolfgang Klein (Direktor am MPI für Psycholinguistik) lapidar: Dort fänden die Innovationen statt, an Forschungssubstanz in Deutschland könne man wegen der »Diskreditierung des Faches durch die Rassenforschung im Nationalsozialismus« nicht anknüpfen.<sup>155</sup> Ebenfalls kontrovers diskutiert wurde die Frage nach dem Status der Ethnologie als Disziplin. Noch im Februar 1996 sprach man von einer Skepsis in der Kommission darüber, »ob die Ethnologie derzeit in theoretischer Hinsicht für die Gründung eines Max-Planck-Instituts geeignet sei«; das Fach »erfreue sich zwar derzeit großen Interesses, jedoch befinde es sich gleichzeitig in einer konzeptionellen Umbruchsituation. Dies sei wiederum Risiko und Chance zugleich.«<sup>156</sup> Im Oktober hatte die Kommission zwei geeignete Wissenschaftler im Visier; ein von diesen beiden erarbeitetes Institutskonzept eines »Max-Planck-Instituts für Ethnologie und interethnische Beziehungen« mit Abteilungen zu den Bereichen »Beziehungen von Ethnien und kleineren Gruppen sozialer Identität« und »Besitz und Eigentum unter ethnischer Perspektive« wurde von der Kommission positiv und dann von der Sektion mit »großer Unterstützung« aufgenommen.<sup>157</sup>

Allerdings waren zu dieser Zeit die Realisierungschancen des MPI aus finanziellen und zeitlichen Gründen fraglich. Die finanzielle Seite betreffend meinte Vizepräsident Weinert, dass Neugründungen in den NBL in einer Größenordnung von insgesamt 12 Abteilungen möglich seien, während die derzeit in der Beratung befindlichen Projekte 17 Abteilungen umfassten; eine MPI-Gründung sei also »im geplanten Rahmen kaum möglich«.<sup>158</sup> Auch die Ressource Zeit wurde knapp: Sektionsvorsitzender Eser erklärte, dass Berufungsempfehlungen bis zur Februarsitzung des Senats 1997 eingereicht werden müssten, um eine Umsetzungschance zu haben.

Zum Gründungsbeschluss kam es dennoch erst 1998, unter anderem deshalb, weil die Begutachtung der beiden Kandidaten »ein sehr gemischtes Bild« ergab.<sup>159</sup> Hinzu kam eine Verschärfung der schon bestehenden finanziellen Unsicherheit.

154 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 8.2.1995 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1502, fol. 19–20.

155 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1507, fol. 29.

156 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 8.2.1996 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1505, fol. 20.

157 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1507, fol. 30.

158 Ebd., fol. 22–23.

159 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 6.2.1997 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1508, fol. 44–45.

Gegen die Empfehlungen und Beschlüsse aller zuständigen Instanzen empfahl der Haushaltsausschuss des Bundestages eine Reduktion des Budgetzuwachs der MPG im Haushalt 1998 von 5 auf 3,9 Prozent (siehe Unterabschnitt 4.5.4); Markl reagierte mit dem Willen, administrativ möglichst viel auszugleichen und die Planung des Neuvorhabens fortzuführen.<sup>160</sup> Weil das Konzept überarbeitet und sehr positiv begutachtet worden war, wollte die Kommission das Projekt nicht aufgeben. Deshalb sprach sich die Sektion dafür aus, das bereits geplante Kolloquium mit den beiden Kandidaten im Dezember 1997 abzuhalten. Das gewohnte Prozedere für Neuvorhaben der MPG wurde also diesmal als Ressource eingesetzt, um etwas zu retten.

Nach Abhaltung des Kolloquiums mit positivem Ergebnis und der erneuten Einholung von Gutachten kam es im Juni 1998 endlich zur Gründungsempfehlung der Sektion.<sup>161</sup> In seiner Begründung betonte Klein die drei klassischen Kriterien für MPI-Neugründungen: Innovativität, Subsidiarität und Harnack-Prinzip. So vermindere der im überarbeiteten Konzept formulierte komparative Ansatz das Risiko, »dass die jeweilige Forschung auf eine Region eingeengt« werde. Weil die interethnische Forschung eine zentrale Rolle spiele, sei eine Komplementarität des Institutskonzepts zur universitär betriebenen Ethnologie gegeben. Dem vergleichenden Forschungsansatz sollte auch durch die Organisationsform des Instituts mit wenigen Dauerstellen sowie vielen Gastwissenschaftler\*innen und Kooperationsprojekten Rechnung getragen werden. Last, but not least sei es mit Christopher Hann und Günther Schlee gelungen, zwei angesehene, in der Feldforschung sehr erfahrene Ethnologen zu gewinnen, die im Bereich interethnischer Forschung arbeiteten. Dabei ergänzten sie sich auf zwei Wegen: Während Schlee seinen Schwerpunkt in Afrika habe und mehr als klassischer Ethnologe zu betrachten sei, arbeite Hann zu Osteuropa (Polen und Ungarn) und sei stärker theoretisch ausgerichtet.<sup>162</sup> Weil der Präsident im Senat die Realisierungschancen für ein ethnologisches Institut nach einem Vorgespräch mit der BLK positiv eingeschätzt hatte, befürwortete die Sektion den Vorschlag mit großer Mehrheit.

Der Gründungsbeschluss wurde in der darauffolgenden Junisitzung des Senats vollzogen, obwohl die Standortfrage noch nicht geklärt war.<sup>163</sup> Zur Realisierbar-

160 Niederschrift der 147. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 6 verso.

161 Vgl. zum Folgenden Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 24. Juni 1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1512, fol. 17–18.

162 Im Interview berichtet Hann, dass Schlee sich mehr für »the institutional side of things« interessiert habe als er; deshalb und weil sein Deutsch noch nicht so weit war, habe Schlee »far more work than I did on the proposal« getan. Zudem sei Schlee durch seine Bekanntheit mit den Arbeiten des Entwicklungssoziologen Georg Elwert auch theoretisch versiert. Mitchell G. Ash: Interview mit Christopher Hann, 19.5.2022. DA GMPG ID 601100.

163 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 9 recto und verso. Vgl. Materialien zur Senatssitzung, inklusive Endbericht der Kommission, Institutskonzept, Laudationes und CVs, Ebd., fol. 190–203.

keit dieser letzten Neugründung in den NBL versicherte Markl, »dass die Umsetzung des Gründungsbeschlusses wie geplant durchgeführt würde«, wenn der Zuwachs im Bundeshaushalt »so ausfiele, wie es die Regierungschefs der Länder gefordert hätten«. Die AG »DFG-MPG« der BLK habe dem Ausschuss Forschungsförderung die Zustimmung zur Aufnahme des MPI in die Forschungsförderung »bereits grundsätzlich empfohlen«, aber die endgültige Zustimmung könne »erst in Kenntnis des Standortes getroffen werden«. <sup>164</sup> Die Entscheidung zwischen Rostock und Halle fiel im Oktober 1998 zugunsten von Halle, und zwar aufgrund der dort »ungleich besseren Voraussetzungen für eine erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit« als in Rostock. <sup>165</sup>

Das MPI nahm seine Tätigkeit im Mai 1999, also noch vor dem Gründungsbeschluss im Juni, auf; der Neubau wurde Ende 2001 bezogen, dessen Einweihung fand im Rahmen der Hauptversammlung im Juni 2002 statt. Als »Vorläufer der dritten Abteilung« wurde im Juni 2000 die Projektgruppe Rechtspluralismus unter der Leitung von Franz von Benda-Beckmann und Keebet von Benda-Beckmann am Institut eingerichtet. <sup>166</sup> Als Nachweis der potenziellen politischen Relevanz der Institutsarbeit konnte im MPG-Jahrbuch 2002 ein aktuelles Projekt zur Dekollektivierung der Landwirtschaft in Bulgarien und der Ukraine mit einem überraschenden Befund angeführt werden: »Trotz großen politischen Drucks« von nationaler wie internationaler Seite habe »die Privatisierung nicht in dem erhofften Maße zu unternehmerischer Landwirtschaft geführt. Stattdessen gibt es eine Rückkehr zu einer traditionelleren Form der Landwirtschaft (>peasantization<)«. <sup>167</sup>

### 4.1.3 Zwischenfazit

Aus alledem ergibt sich das Bild einer mit Ausnahmen relativ geradlinigen Realisierung der 1993 formulierten Prioritäten ergänzt durch Initiativen einzelner MPG-Mitglieder. Die Kommissionen zu den Themen der molekularen

164 Klein erhielt von der GV sehr ausführliche Auskünfte über die in Erwägung gezogenen Standorte, inklusive Angaben zu den Schulen: Ebersold an Klein, 10.6.1998: Informationen zu den Standortvorschlägen Rostock, Halle/Saale, Erfurt, Leipzig. Ebd., fol. 205–242.

165 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion vom 15.10.1998 in Berlin, AMPG, II. Abt. Rep. 62, Nr. 1513, fol. 4–5. Im Interview erinnerte sich Christopher Hann, dass das MPI in Halle von der Universitätsleitung und privaten Sponsoren willkommen geheißen wurde. Rektor Michael Krechel habe »marvelous sympathy from the beginning« gezeigt und versprochen, zwei Professuren im Sinne des MPI nachzubesetzen und eine neue Professur in diese Richtung einzurichten. Der Ministerpräsident Niedersachsens Reinhard Höppner (SPD) unterstützte dieses Angebot. Der Kanzler »was helpful with practical matters like advice on where to put the kids in school«. Mitchell G. Ash: Interview mit Christopher Hann, 19.5.2022. DA GMPG ID 601100.

166 Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung (Halle a. d. S.). In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 2002, 731–738, 732.

167 Ebd., 737.

Pathologie/Seneszenzforschung und Geophysik/Geologie legten ihre Mandate bereits im Juni 1995 nieder, weil sie eine Institutsgründung nicht für realisierbar hielten.<sup>168</sup> Vorerst nicht, dafür aber in späteren Jahren realisiert wurden drei andere Vorschläge von 1993: Das vorgeschlagene MPI für die Erforschung des Sonnensystems wurde 2004 in Göttingen, das für molekulare Pathologie und Seneszenzforschung als MPI für Biologie des Alterns 2008 in Köln und das für angewandte Optik (entstanden aus einer 2004 gegründeten Max-Planck-Forschungsgruppe) als MPI für die Physik des Lichts 2009 in Erlangen gegründet. Somit wurden insgesamt 10 der 14 im Jahr 1993 vorgeschlagenen MPIs auf kurz oder lang tatsächlich gegründet, doch bei 3 von ihnen geschah dies erst, nachdem das politische Imperativ zur Auswahl eines Standorts in den NBL nicht mehr galt.

Eine Einrichtung, die auf der Liste der Gründungsvorschläge von März 1994 stand, ist hier nicht behandelt worden. Die Gründung eines MPI zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern (ehemals Umweltrecht) wurde 1994 tatsächlich beschlossen, dessen Aufnahme in die institutionelle Forschungsförderung wurde jedoch durch die AG »DFG-MPG« der BLK 1995 aus noch ungeklärten Gründen verschoben.<sup>169</sup> Die Einrichtung wurde daraufhin wie berichtet als Projektgruppe 1996 in Bonn, also nicht in den NBL, im Zusammenhang mit dem politischen Projekt »Wissenschaftsstadt Bonn« gegründet (siehe Unterabschnitt 3.2.3); die Gründung als MPI erfolgte 2007 ebenfalls dort. Wegen dieser Umstände kann auch diese Geschichte durchaus als Teil des Prozesses der deutschen Vereinigung begriffen werden.

Summa summarum kam es durch diese Neugründungen zu einer beachtlichen Erweiterung des Forschungsprofils der MPG. Im Unterschied zur ersten Gründungswelle in den NBL von 1990 bis 1995 hielten sich in dieser Welle die Weiterentwicklung bestehender Cluster und Schritte ins Neuland (für die MPG) die Waage. Zusammengenommen kamen beachtliche Profilerweiterungen zustande, insbesondere in der Erdsystem- und der Umweltforschung, der evolutionären Anthropologie und den Sozialwissenschaften.

Die regionale Verteilung dieser Neugründungen dürfte jedoch nicht unbedingt im Sinne des damaligen Anstoßgebers Paul Krüger ausgefallen sein, denn nur eines der von 1995 bis 1998 neu gegründeten MPIs, das für demografische Forschung, wurde in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Dafür wählte man für fünf der Institutsneugründungen der zweiten Welle Standorte in Sachsen. Der seit 1993 bestehende politische Druck zugunsten Thüringens wurde durch die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 7. März 1996 noch verstärkt. Dort bat man die MPG explizit darum, »bei der Gründung weiterer Max-Planck-Institute besonders Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen

168 Materialien zur 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 9 recto und verso.

169 Ergänzender Bericht zu TOP 4.2, Feststellung des Haushalts, 17.11.1995. Materialien der 141. Sitzung des Senats vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 177–178.

zu berücksichtigen«, und sah vor, »ein Institut in Thüringen alsbald – möglichst zum 1. Januar 1997 – in die institutionelle Förderung der MPG aufzunehmen«. <sup>170</sup> Dass zwei MPI-Gründungen in Jena just in diesem Jahr beschlossen wurden, fällt auf, auch wenn der CPTS-Vorsitzende Uli Schwarz im Senat wie berichtet betonte, dass im Falle des MPI für chemische Ökologie die Standortentscheidung für Jena wegen des dort entstehenden wissenschaftlichen Umfelds und nicht aus Proporzüberlegungen geschehen sei. <sup>171</sup>

Als Zeichen einer punktuellen Integration ostdeutscher Wissenschaftler in die Arbeit der MPG in den NBL mag gelten, dass zwei dieser Neugründungen, die des MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften und die des MPI für chemische Physik fester Stoffe, von ostdeutschen Wissenschaftlern vorgeschlagen wurden. Von den Direktoren der ab 1995 gegründeten Einrichtungen der MPG kamen jedoch wie berichtet nur drei aus dem Osten. Laut Einschätzung eines GBR-Mitglieds waren aber »30–50 % der Mitarbeiter« an den neu gegründeten MPIs in den NBL aus den ABL; »der Anteil der Wissenschaftler dürfte dabei sicher noch höher sein«. <sup>172</sup>

Auch nur zwei ostdeutsche Wissenschaftler\*innen wurden MPI-Direktor\*innen in den ABL: Berufen wurden Sibylle Günter, eine in Rostock ausgebildete Physikerin, 1998 als Gruppenleiterin (C3) und 2000 als Direktorin am IPP Garching und Thomas Henning aus Jena als Direktor am MPI für Astronomie 2001 (Abb. 27). Hinzu kamen zwei Ostdeutsche, die als Auswärtige Wissenschaftliche Mitglieder von MPIs in den ADL berufen wurden: der AG-Leiter Gerhard Röpke (Rostock) als Auswärtiges Mitglied des MPI für Kernphysik im November 1998 und der AG-Leiter Jan Peters (Potsdam) am MPI für Geschichte 1996.

Weitaus stärker war der Anteil von Berufungen aus dem Ausland in die NBL. In einem Grundsatzbeitrag zum Thema Internationalisierung der MPG hieß es dazu: »In den neu gegründeten Instituten in den neuen Bundesländern ist die Ausländerquote unter den Institutsdirektoren mit 40 % deutlich höher als im gesamten Bundesgebiet.« <sup>173</sup> Darin machte sich die von Markl verstärkte Erweiterung der internationalen Tätigkeit der MPG insgesamt bemerkbar (siehe Unterabschnitt 4.3.2).

Zu Beginn dieses Kapitels war von einer Gabelung der Wege – forcierte Neugründungen in den NBL und »Konzentrationsprogramm« in den ABL – die Rede. Dass dies nicht ohne Konflikte geschehen konnte, wurde bereits angedeutet,

170 Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 7.3.1996 in Berlin. Vorläufiges Ergebnisprotokoll. Materialien zur 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, TOP 8, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 154.

171 Niederschrift der 142. Sitzung des Senats vom 15.3.1996 in Berlin, AMPG, Abt. II, Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 8.

172 Peter Ebert: Neue Institute – alte Hüte? 1997, 1–4, 1.

173 Aspekte der Forschungspolitik und Forschungsplanung. *MPG-Jahrbuch* 1997, 37–47, 43. Wie diese Angabe zustande kam, wird dort nicht angegeben. Für abweichende Angaben für diese Quote aus den Jahren 2002 und 2003 siehe Unterabschnitt 5.2.2.



**Abbildung 27:** Die beiden bis 2002 berufenen ostdeutschen MPI-Direktor\*innen in den ABL: Thomas Henning (MPI für Astronomie in Heidelberg, links). Foto: © Hardy Müller/MPG. Sybille Günter (IPP Garching, rechts). Foto: © Axel Griesch/MPG

schließlich standen viele bisher für selbstverständlich gehaltenen institutionellen Ressourcenkonstellationen zur Disposition. Im folgenden Abschnitt wenden wir uns der Zuspitzung dieser Konflikte zu.

## 4.2 Die zweite Finanzkrise und der Schritt zu Institutsschließungen 1996/1997

Mit dem Schritt zu Institutsschließungen in den ABL kam vieles zusammen. Wegen einschneidender Maßnahmen der allgemeinen Politik, die einer zweiten Finanzkrise gleichkamen, wurde ein bislang vermiedener Konflikt innerhalb der MPG unausweichlich. Und mit der allgemeinen Politik selbst kam diesmal zunächst keine Zusammenarbeit, sondern ein Spiel von Druck und Gegendruck zustande.

Äußerer Anlass war die im Juni 1995 beschlossene Fortführung des FKP. Angesichts niedrigen Wirtschaftswachstums und Steuereinnahmen bei fortgesetzt hohen Transferzahlungen in die NBL, aber vor allem wegen der bevorstehenden

Europäischen Währungsunion und der damit zusammenhängenden Notwendigkeit, die im Maastricht-Vertrag vorgeschriebenen Begrenzung der Neuverschuldung um 3 Prozent des BIP einzuhalten, kam es im Herbst 1996 zu einem neuen Sparpaket der Bundesregierung.<sup>174</sup> Dieses sah unter anderem vor, 1,5 Prozent aller Stellen im öffentlichen Dienst einzusparen.<sup>175</sup>

Das alles hatte auch für die Wissenschaftspolitik Folgen. Der Haushalt des 1994 unter »Zukunftsminister« Rüttgers (CDU) zusammengeführten Ministeriums für Bildung, Forschung und Technologie (BMBF) hatte sich vorerst gar nicht geändert. 1995 betrug er mit 15,514 Milliarden DM 2 Prozent mehr als im Vorjahr, laut des Haushaltsentwurfs für 1996 sollte er um magere 0,6 Prozent weiter steigen.<sup>176</sup> Doch schon im November 1995 begannen die Sparmaßnahmen des Bundes zu wirken; nach einer DPA-Meldung fehlten schon im Mai 1996 nunmehr 700 Millionen DM im Haushalt.<sup>177</sup> Im »Chefgespräch« zum »Stellendefizit« mit Finanzminister Weigel wurden Rüttgers 15 Milliarden DM als »Plafond« zugebilligt; das war ein Minus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.<sup>178</sup> Damit sollte laut einer Pressemitteilung des Ministeriums am 11. Juli 1996 der Haushalt 1997 ungefähr wieder dort landen, wo er 1994 gewesen war.<sup>179</sup> Aber wegen des eben genannten neuen Sparpakets kam eine »Notauflage« von 166 Millionen DM dem BMBF zu.<sup>180</sup> Nach einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* war damit der Anteil der Bildung und Forschung am Gesamthaushalt des Bundes von 4,5 Prozent zu Beginn der Amtszeit von Helmut Kohl 1982 auf weniger als 3,5 Prozent gesunken: »So schwindet das Vertrauen in die Zukunft – und einen Minister.«<sup>181</sup>

Rüttgers und in der Folge auch Markl gaben die Haushaltskürzungen allerdings asymmetrisch an die MPG weiter. Weil der »5×5-Beschluss« noch galt, sollten die DFG und die MPG gegen den Spartrend weiterhin 5 Prozent Zuwachs erhalten, weit mehr als die 1,3 Prozent Plus der Fraunhofer-Gesellschaft.<sup>182</sup> Gedacht war dies jedoch als Teil des politischen Großprojekts »Aufbau Ost«. Weil Markl dies mittrug, sollten die an die MPG weitergegebenen Haushaltskürzungen im Wesentlichen in den ABL wirksam werden. Das galt auch für die Forderung des Ministeriums, statt einheitlich um 1 bzw. 1,5 Prozent nunmehr 2 Prozent ein-

174 Hubert Kleinert: *Das vereinigte Deutschland*, 2021, 95.

175 BGBl. 1996 Nr. 66, § 25 (1), Bl. 1799.

176 Die Summe für 1995 ist die vom Bundestag beschlossene. Vgl. Haushaltsausschuss: »Zukunftsetat« von 15,514 Mrd. Mark. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 7, 13.2.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 331, fot. 269.

177 Karl-Heinz Reith: Haushalt '97: Für Rüttgers wird es eng. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 19, 6.5.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 336, fot. 214–215.

178 Haushalt 97: Auch Rüttgers muss kräftig sparen. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 28, 8.7.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 337, fot. 56.

179 BMB Pressemitteilung, 11.7.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 337, fot. 108.

180 Haushalt '97; Rüttgers muss mehr sparen als Ruhe. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 46, 11.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 320.

181 Ohne Zukunft. *Frankfurter Rundschau*, 12.11.1996, ebd., fot. 322.

182 Patricia Kahn, German Research Budget: Less Money, but Much Needed Reform. *Science* 273, 19.7.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 337, fot. 212.

zusparen; konkret bedeutete das, dass eine große Anzahl von Stellen nicht nur nicht nachbesetzt, sondern »abgegeben«, also aus dem MPG-Haushalt endgültig entfernt und dem Bundesetat zurückgegeben werden sollte. Mit ihrem eigenen Konzentrationsprogramm von 1994 war es zur Grundlage der MPG-Innenpolitik in den ABL geworden, das strukturelle Haushaltsdefizit der ABL-Institute durch die Aufgabe bestehender Einrichtungen, im Normalfall durch Abteilungsschließungen nach der Emeritierung ihrer Leiter, anzugehen, um Stellen für Innovation zu gewinnen. Eigentlich war geplant, das Kürzungsziel auf der Grundlage einer Evaluierung aller MPIs und damit auf wissenschaftsinnenpolitisch haltbarem Wege zu erreichen. Mit der Ankündigung Rüttgers' in einem Gespräch mit Zacher am 16. März 1996, dass die Bundesregierung das FKP bis 2000 und vielleicht darüber hinaus zu verlängern beabsichtige,<sup>183</sup> sah sich die MPG-Leitung dazu gezwungen, Entscheidungen vor jeder Evaluierung zu treffen.

Zacher hatte Institutionsschließungen vermieden, mit der Ausnahme des Gmelin-Instituts für Anorganische Chemie, dessen Schließung nach jahrelangen Auseinandersetzungen am 15. März 1996 in erster Lesung für den Fall beschlossen wurde, dass eine geplante Privatisierung nicht gelingen sollte.<sup>184</sup> Jede Phase dieser Beratungen war vom erbitterten Widerstand des GBR begleitet worden. Den Schritt zu mehrfachen Institutsschließungen bauten Markl daher in seiner Festrede bei der Jahresversammlung am 20. Juni 1996 und Zacher in der letzten von ihm selbst geleiteten Senatssitzung am gleichen Tage sorgfältig vor. Bei der Festversammlung befürwortete Markl ausdrücklich die Sanierung der öffentlichen Haushalte: Die Wissenschaft könne nicht ungeschoren bleiben, »wenn unsere Gesellschaft Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht zu bringen hat«.<sup>185</sup> Mit dieser Haltung machte sich Markl die eben genannte allgemeinpolitische Entscheidung, der Einnahmenkrise mit Sparmaßnahmen zu begegnen, zu eigen.

Entsprechend seiner bereits zitierten, in derselben Rede dargelegten Amtsauffassung (Stichwort »Gestaltungsfreiheit«) äußerte Markl den Wunsch, Abteilungs- oder Institutsschließungen, falls sie notwendig werden sollten, »in Eigenregie« zu entscheiden, und bat auch um Verständnis der Länder dafür, dass regionalpolitische Gesichtspunkte dabei »hintangestellt werden«.<sup>186</sup> Bereits mit der Vorankündigung seiner Aktion stilisierte sich Markl also selbst zur Verkörperung der Autonomie der MPG im Umgang mit den Forderungen der allgemeinen Politik. Das schien mit der Haltung Zachers gegenüber den Empfehlungen des WR 1991 zu korrespondieren, als er von einer Aufgabenerfüllung »nach eigener

183 Vgl. hierzu Zacher an Rüttgers, 8.5.1996. Materialien zur 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 139–144.

184 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.3.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol.16 verso – 17 verso.

185 Hubert Markl: Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft, 1996, 27–43, 40.

186 Ebd., 41–42. Es sei angemerkt, dass die vielen Betriebsschließungen und Entlassungen im Osten auch »sozial verträglich« vonstattengehen sollten. Nun zog diese Sprache auch im Westen ein.

Auffassung« sprach. Wie zu sehen sein wird, nahmen aber diesmal nicht alle Beteiligten aus der allgemeinen Politik diese Haltung kritiklos hin.

Eine derartige Haltung implizierte auch eine gewisse Konfliktbereitschaft Markls innerhalb der MPG. Am Ende eines Interviews im Dezember 1995 hatte Markl eingestanden, dass die konsensorientierte politische Kultur der Bundesrepublik nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss sei: »Vielleicht haben wir im Konsens finden des Guten zu viel getan.«<sup>187</sup> In seiner Antrittsrede sandte er dieselbe Botschaft auf anderem Wege; mitten in seinen überaus freundlichen Dankesworten an Zacher machte er den bevorstehenden Unterschied im Habitus klar:

Ich möchte meinen, dass sich die hohe Wertschätzung, die Sie bei den Mitgliedern und Mitarbeitern der Max-Planck-Gesellschaft schon jetzt genießen, nur noch weiter steigern kann, wenn diese Ihren Nachfolger erst einmal näher kennenlernen. Denn viel Gemütlichkeit kann ich wohl leider nicht versprechen.<sup>188</sup>

Alison Abbott schrieb dazu in der Zeitschrift *Nature*: »Markl is already steeled for a fight, both with the government and, if necessary, Max Planck researchers«, die mit seiner Entscheidung, den Aufbau in den NBL gegen Kürzungen zu schützen, nicht einverstanden waren.<sup>189</sup>

In der Senatssitzung am Vormittag des 20. Juni, an der Markl als Gast teilnahm, gab Zacher interne Berechnungen zum Besten, nach denen die MPG, sollte das FKP wie angedroht bis 2000 weiterlaufen, 11 Prozent ihrer Stellen (= 765 Stellen) verlieren werde, und malte den Teufel an die Wand: Das aktuelle »Stellendefizit« entsprach in etwa 17 bzw. 21 Abteilungen oder 4–6 bzw. 5–7 Instituten mittlerer Größe, je nachdem, ob 1999 oder 2000 als Endpunkt der Berechnung genommen werde.<sup>190</sup> Er bemühte sich darum, die Verantwortung für die Folgen solcher drastischen Kürzungen Rüttgers persönlich anzulasten; dem Minister habe er bereits klargemacht, dass Schließungsentscheidungen ohne vorherige Evaluierung »nicht mehr wissenschaftlich induziert« seien.<sup>191</sup>

Um dem Präsidium und der GV Zeit zur weiteren Entscheidungsfindung und zur Vorbereitung der nächsten Schritte zu geben, verkündete Zacher im Einvernehmen mit Markl ein »Berufungseinleitungsmoratorium« bis zur nächsten Senatssitzung. Markl unterstütze diesen Schritt auch als wissenschaftspolitisches

187 »Ein Signal der Befreiung«. Hubert Markl, designierter Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, über Eliten, Gründer und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. *Wirtschaftswoche*, 21.12.1996, 44–46, 46, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 335, fot. 6–8.

188 Markl, *Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 29.

189 Alison Abbott: New Max Planck chief may face a baptism of fire. *Nature*, 6.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 336, fot. 511.

190 Niederschrift der 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 6 verso.

191 Ebd., fol. 7 recto. Hervorhebung im Original. Vgl. Zacher an Rüttgers, 8.5.1996. Materialien zur 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 143.

Signal, dass »es vor allem mit Hilfe der Länder einen Verhandlungsspielraum geben und die Stellenablieferungsverpflichtung die Max-Planck-Gesellschaft nicht in voller Härte treffen werde«.<sup>192</sup> In der Diskussion hatte Anke Brunn (SPD), Ministerin für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen, eine verstärkte Unterstützung für die Ziele der MPG im Bund angemahnt, nachdem die Länder für eine Verlängerung der jährlichen Erhöhung des MPG-Budgets um 5 Prozent über vier Jahre (»5x4-Regelung«) schon im Oktober 1995 eingetreten waren.<sup>193</sup> Dass beide MPG-Präsidenten die Hoffnung hegten, mit diesem (im Senat natürlich geschickt geleugneten) Gegendruck die Bundesregierung dazu bringen zu können, von ihrer Kürzungsabsicht noch abzusehen oder wenigstens für die MPG eine Ausnahme einzuwilligen, sollte bald klarwerden.

Ein anderes Signal, eines des vorauseilenden Gehorsams, setzte man jedoch schon in derselben Senatssitzung mit dem Beschluss zur Schließung des MPI für Zellbiologie in Ladenburg bei Heidelberg.<sup>194</sup> Zur Begründung führte Heinz Staab an, nach dem Tode des Direktors Hans-Georg Schweiger sei es nicht gelungen, eine seiner Arbeitsrichtung entsprechende Nachfolge zu finden; die von ihm geleitete Abteilung sollte daher sofort geschlossen, die von Peter Traub geleitete Abteilung bis zu seiner Emeritierung 2003 weitergeführt und das Institut dann geschlossen werden. Als Bernhard Vogel im Senat fragte, wieso dieser Akt so früh gesetzt werde, antwortete der BMS-Vorsitzende Schwarz, dass die Mitarbeiter um Klartext gebeten hätten, um die Zeit für die Suche nach anderweitiger Arbeit zu nutzen. Als Günther Stock (Schering AG), aus der Industrie kommend, fragte, wieso die Schließung nicht gleich geschehe, verwies Zacher auf den Dienstvertrag Traubs; man sei ihm gegenüber in der Pflicht. Bereits anhand dieses Beispiels wurde also am Beginn des Weges deutlich, dass sich die MPG-Leitung bereits auf Institutsschließungen festgelegt hatte, aber auch, dass derartige Schritte sofortige Ressourcengewinne nur bedingt erbringen würden.

Derweil liefen in der GV interne Beratungen darüber, welche weiteren MPIs nach welchen Kriterien zur Schließung vorzuschlagen sein könnten. Diese komplex angelegte Bewertung personeller und institutioneller Ressourcen mag am ehesten als eine Vorarbeit zur MPG-innenpolitischen Debatte in den Sektionen zu verstehen sein (siehe unten). Die Beratungen verliefen offenbar von der GV zum Präsidenten ohne Einbeziehung der jeweils betroffenen Institute oder Sektionen, und die Kriterien scheinen sich mit der Zeit gewandelt zu haben. So wurden anfangs MPIs mit »finanziell besonders belastenden« Baumaßnahmen aufgelistet; später standen neben bevorstehenden Emeritierungen auch Sachkriterien wie das Subsidiaritätsprinzip (Duplizierung anderweitiger Forschungen), mögliche Zusammenführungen von Instituten und regionalpolitische Überlegungen im

192 Niederschrift der 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 7 verso.

193 Ebd., fol. 8 verso.

194 Ebd., fol. 15 verso.

Blickfeld.<sup>195</sup> In einem an Markl persönlich gerichteten Vermerk nannte Bernd Ebersold diese Aspekte präzise »wissenschaftsbasierte administrative Kriterien« im Unterschied zu »wissenschaftlichen Bewertungskriterien« und unterzog 18 MPG-Einrichtungen wegen der baldigen Ausscheidung ihrer Direktoren einer ausgewogenen Betrachtung. Dabei griff das Kriterium Subsidiarität »nur in wenigen Fällen«, aber ihm erschien die Notwendigkeit eines Instituts für Geschichte im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft »keineswegs zwingend«.<sup>196</sup>

Den vorläufigen Abschluss dieses Vorgangs bildete die Präsidiumssitzung am 4. Oktober, in der Markl einen »Katalog der Kriterien« vorgab, in dem neben Subsidiarität, »Nachfolgeproblemen« und Emeritierungen sieben weitere, je nach Einzelfall unterschiedlich zu gewichtende Items standen.<sup>197</sup> Das Kriterium der wissenschaftlichen Qualität spielte dabei nur insofern eine Rolle, als bei Nachfolgeproblemen das Vorliegen eines überzeugenden Zukunftskonzepts zu prüfen war und »ein vielversprechendes, hoch produktives MPI mit entsprechenden Begutachtungsergebnissen nicht geschlossen werden« dürfe. Dass das regionalpolitische Kriterium wirksam sein könnte, zeigte die Nichtaufnahme des in der Sitzung aufgrund bevorstehender Emeritierungen genannten MPIM in Hamburg »aufgrund der regionalpolitischen Problematik und der Bedeutung des Instituts in Klima- und Umweltfragen«. Die Mitte November eingereichten Stellungnahmen der Institutionsbetreuung zeigen, dass selbst die Institute, die am Ende dieser Beratungen standen, den Kriterien im Katalog nicht immer entsprachen.<sup>198</sup>

Im Wissenschaftlichen Rat wurden das Vorgehen Markls bei der Auswahl der zu schließenden MPIs und insbesondere die erst nachträgliche Einbeziehung der betroffenen Institute und Sektionen als »Befehl-und-Gehorsam«-Prozedere scharf kritisiert; der ehemalige MPG-Präsident Lüst hielt diese Vorgehensweise jedoch für satzungskonform. Markl rechtfertigte dies mit dem Wunsch, Konflikte im Vorfeld innerhalb der Sektionen zu vermeiden, und zeigte sich für alternative Vorschläge offen; allerdings sollten diese den »gleichen Kürzungsumfang« aufweisen.<sup>199</sup>

195 Vgl. Dr. Dah(rendorf): Bewertungskriterien, 5.7.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 262. Eine Liste solcher Institute lag schon Mitte April vor: Hardo Braun an den GS, 17.4.1996, ebd., fol. 263–268.

196 Vermerk Ebersold an den Präsidenten persönlich, 25.9.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 313–323, 315, 318.

197 Vgl. zum Folgenden Protokoll der Präsidiums-Sitzung vom 4.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 66–70.

198 Fromm: Stellungnahme der Institutsbetreuung zu der vorgesehenen Schließung des Max-Planck-Instituts für Verhaltensphysiologie in Seewiesen, 20.11.1996. Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 237–239; Basler: Vermerk: Max-Planck-Institut für Biologie/Standort Tübingen. Zum geplanten Schließungsbeschluss vom 18.11.1996, ebd., fol. 241–244; Meinecke: Entwurf des Vermerks Stellungnahme der Institutsbetreuung, 24.10.1996 und ders., Notiz für den Präsidenten (betr. MPI für Aeronomie), 19.11.1996, sowie ders.: Stellungnahme wg. der Schließungen in Niedersachsen. Alles ebd., fol. 249, 250–255.

199 Ergebnisprotokoll über die 59. Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft vom 17.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, WR.59.

Trotz dieser Kritik stimmten die Vizepräsidenten zu, dem Senat und den Sektionen vier MPIs »als realistisches Einsparpotenzial« zur Schließung vorzuschlagen: das MPI für Biologie in Tübingen (62 Stellen), das MPI für Verhaltensphysiologie in Seewesen (ohne die Abteilung von Eberhard Gwinner in Andechs und die Vogelwarte Radolfzell; 74 Stellen), das MPI für Aeronomie in Katleinberg-Lindau (85 Stellen) und das MPI für Geschichte in Göttingen (36 Stellen), also insgesamt 257 Stellen. Hinzu kamen sechs Institute (fünf MPIs und die Bibliotheca Hertziana), in denen Abteilungsschließungen mit insgesamt 250–260 Stellen zu erwägen waren. Das MPI für Geschichte scheint trotz der kleinen Stellenzahl und der Tatsache, dass die Emeritierungen der beiden Direktoren erst 2006 anstanden, wegen des Subsidiaritätsprinzips und auch deshalb aufgenommen worden zu sein, damit alle drei Sektionen vertreten waren.<sup>200</sup>

Die Absicht des Präsidiums, vier Institute und zehn Arbeitsbereiche zu schließen, wurde entgegen der früheren Ankündigung nicht zum Termin der folgenden Senatssitzung, sondern am 21. Oktober 1996, also fast genau einen Monat davor, mit einer Presseerklärung der breiten Öffentlichkeit und parallel dazu in einem Rundschreiben Markls an alle Mitglieder und ständigen Gäste des Senats bekanntgegeben.<sup>201</sup> Im Rundschreiben an den Senat stellte Markl klar, dass Institutsschließungen nicht jetzt, sondern zunächst in den Sektionen zu beraten und dann erst im Senat zu beschließen waren. In der Presseerklärung wurden die Verlängerung des Konsolidierungsprogramms des Bundes bis 2000 und die damit zusammenhängenden Stellenabgabeforderungen als Anlass dieses Schrittes genannt und drei der zehn im Katalog genannten Auswahlkriterien betont: das Subsidiaritätsprinzip, »in näherer Zukunft« bevorstehende Emeritierungen und »auch teilweise die derzeitig ungleiche Verteilung von Instituten auf die alten Bundesländer«.<sup>202</sup> Besonders hervorgehoben wurde, dass die Schließung eines Instituts »nicht aus Gründen mangelnder wissenschaftlicher Qualität oder wegen fehlender Zukunftsperspektiven in der Forschung« empfohlen werde, sondern allein wegen des Zwangs zu Personalstellenkürzungen in den alten Bundesländern im Rahmen der angekündigten Fortführung des FKP.<sup>203</sup> Erwartungsgemäß tat diese Klarstellung der Empörung vor Ort über die Entwertung institutioneller Ressourcen keinen Abbruch.

200 Vgl. hierzu: Geplante Institutsschließungen. Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 194 bzw. 232. Aus dem MPI für Aeronomie waren 90 Stellen zur Überführung an die in die Deutsche Anstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) vorgesehen; siehe unten.

201 Presseerklärung zu Stellenkürzungen bei der Max-Planck-Gesellschaft und den daraus folgenden Maßnahmen, 21.10.1996; Markl an die Mitglieder und Ständigen Gäste des Senats der Max-Planck-Gesellschaft, 21.10.1996, beides in: Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München. AMPG, Abt. II, Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 275–278 resp. fol. 257–258.

202 Presseerklärung, AMPG, Abt. II, Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 276.

203 Ebd.

War diese Zuspitzung mit Knalleffekt nötig? Wie die Schließung des MPI für Zellbiologie im Juni und Zacher in seinem Schreiben an Rüttgers im Mai schon angedeutet hatten, handelte es sich ohnehin nicht um sofortig wirksame oder vollständige Schließungen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Mitteilung der Absicht, alle diese Institutsschließungen trotz ihrer sehr unterschiedlichen Situationen auf einmal in die Wege zu leiten, als politische Taktik zu begreifen war, die jedenfalls in der Öffentlichkeit, wo sie wirken sollte, eine große Symbolkraft entfaltete. In seiner Präsentation dieses Vorhabens vor dem Wissenschaftlichen Rat hatte Markl schon gesagt, eine offizielle Stellungnahme sei »nicht zuletzt deshalb erforderlich, weil nur auf diese Weise Druck auf die Politik ausgeübt werden könne«. <sup>204</sup> Im Gespräch mit der Korrespondentin von *Nature* formulierte Markl sein politisches Ziel explizit: »[T]he best chance of the institutes' survival is for politicians to be sufficiently moved by the seriousness of the situation to exempt the society as a whole from the federal consolidation programme.« <sup>205</sup>

Mit der Presseerklärung verließen Markl und mit ihm die MPG das gewohnte Feld des diskreten Dialogs mit der allgemeinen Politik und traten eine öffentliche Auseinandersetzung los, die an mehreren Orten und in mehreren Formaten parallel zueinander verlief. Das war ein Spiel mit relativ hohem Einsatz. Für die MPG-Leitung ging es darum, diskursive Ressourcen und symbolisches Kapital, hier das Prestige der MPG, im großen Stil zu mobilisieren, um eine Verminderung institutioneller Ressourcen zu verhindern oder zu reduzieren und die Autonomie des Präsidiums und der GV innerhalb der MPG aufrechtzuerhalten. Für die allgemeine Politik ging es hingegen um die Durchsetzung der eigenen Machtposition gegenüber der MPG: So legte Rüttgers eine Justamenthaltung an den Tag, die nach dem Schritt Markls in die Öffentlichkeit wohl kaum zu vermeiden war. Während einer Rede im Bundestag zum Thema »Innovationspolitik und Informationstechnologien« am 14. November hielt Rüttgers kein Blatt vor dem Mund. <sup>206</sup>

Ich finde es mehr als bedenklich – ich sage das hier, damit es auch außerhalb dieses Hauses gehört wird –, dass eine Institution wie die Max-Planck-Gesellschaft, die über viele Jahre nicht genügend getan hat, um ihre Institute, die Zukunftsthemen und die Qualitätsmaßstäbe dem internationalen Standard anzupassen, jetzt kommt, nachdem es brennt und etwas geschehen muss, und sagt: Das ist deshalb so, weil die Bundesregierung nicht genügend Geld zur Verfügung gestellt hat. Die Wahrheit ist, dass schon seit langem die neuen Institute in den neuen Bundesländern gegründet sein müssten, wie es versprochen war. Und wofür auch das Geld zur Verfügung gestellt wurde. Wahr ist auch, dass die Max-Planck-Gesellschaft trotz aller Restriktionen im nächsten Jahr 5 Prozent

204 Ergebnisprotokoll über die Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft vom 17.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, WR.59.

205 Alison Abbott, Max-Planck-Institute »could still be saved from closure«. *Nature* 383, 24.10.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 256.

206 Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Max-Planck-Gesellschaft hat geschlafen. *Das Parlament* 48–49, 22.11.1996, ebd., fol. 468.

mehr Geld bekommt, während wir anderswo kürzen. Ich finde, unter diesen Umständen mit dem Finger auf die Bundesregierung zu zeigen ist schlichtweg nicht in Ordnung.

Die Kürzungen in den ABL betreffend gab es nach Rüttgers demnach keinen Grund, eine Ausnahme für die MPG zu machen, zumal das »Fraunhofer-Institut [sic!] und die Großforschungszentren [sic!]« auch kürzen müssten. Die publizierte Überschrift des Redeauszugs lautete: »Max-Planck-Gesellschaft hat geschlafen«.

Markl selbst antwortete Rüttgers einen Monat später im selben Organ *Das Parlament* und zeigte sich um Sachlichkeit bemüht:<sup>207</sup> »Die MPG zeigt nicht mit dem Finger auf die Bundesregierung«, sondern sei dem FKP unterworfen. »Die MPG hat nicht geschlafen«, sondern vierzehn neue MPIs, eine Forschungsstelle und ein Teilinstitut in den NBL geschaffen und habe mit dem von Bund und Ländern gewährten Mittelzuwachs auch noch drei neue MPIs in den ABL gegründet und ausgestattet. Zum Schluss wagte es Markl, ausgerechnet die »lautstarke und weltweite Kritik von Öffentlichkeit und Fachwelt« nach der Ankündigung der Schließungsvorschläge als Nachweis dafür anzuführen, »wie wenig es zutrifft, dass die MPG ihre Institute dem internationalen Standard anzupassen versäumt hat«. Damit reklamierte er sogar die laufenden Proteste gegen seine Entscheidung als Ressource für eine Taktik, deren Erfolgsaussichten Rüttgers soeben vermindert hatte.

Die Reaktionen der überregionalen deutschen wie auch der ausländischen Presse konzentrierten sich auf das MPI in Seewiesen, das im öffentlichen Bewusstsein noch immer mit dem Namen Konrad Lorenz verbunden war, und das MPI für Geschichte in Göttingen.<sup>208</sup> In solchen Blättern wurden die Schließungen nicht abgelehnt, sondern unter anderem als eine Art nachholende Gerechtigkeit wahrgenommen: Nach den Abwicklungen im Osten sollten endlich Schließungen auch im Westen geschehen. Damit verband man eine schon länger zurückliegende Kritik an »ewigen Direktoren«, die abgehobene Themen in einem Zustand der »Luxusverwahrlosung« bearbeiten würden.<sup>209</sup> Hinzu kam eine ebenfalls be-

207 Zum Folgenden vgl. Hubert Markl, Debattenbeitrag Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers, »Max-Planck-Gesellschaft hat geschlafen« (Nr. 48–49). *Das Parlament* 51, 13.12.1996, ebd., fol. 617.

208 Werden vier Max-Planck-Institute geschlossen? *Die Welt*, 24.10.1996. <https://www.welt.de/print-welt/article56980/Werden-etc>. Zuletzt aufgerufen am 8.5.2021. Vor der Schließung. Max-Planck-Institut in Göttingen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 247, 23.10.1996, 39. [https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ\\_F19961023URMax](https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ_F19961023URMax). Zuletzt aufgerufen am 8.5.2021. Zu den internationalen Reaktionen vgl. Germany stunned by institute closures. *Nature* 383, 17.10.1996, GVMPG\_BC\_248104, fot. 302; Max Planck to Shutter Institutes? *Science* 274, 25.10.1996, ebd., fol. 261; Lee Elliot Major, Walking the Planck. *The Guardian Higher Education Supplement*, 26.11.1996, ebd., fot. 148.

209 Vgl. hierzu z. B. Joachim Fritz-Vannahme: Gespräch an der Baustelle. Forschung in Deutschland: über ewige Direktoren und junge Forscher, Erfindermut und Luxusverwahrlosung, *Die Zeit* 49, 29.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 511–514. Konrad Adam hatte diese Argumentationslinie in einem vielbeachteten Artikel bereits 1991 kreiert: Konrad Adam: Morsche Kähne, 1991, 33.

kannte, sarkastisch gewendete Metaphorik als Spitze gegen die Proteste; man verlange hier so etwas wie »Artenschutz für alles, was forscht und lehrt«. <sup>210</sup>

Auf regionaler Ebene lagen naturgemäß Sorgen wegen der möglichen lokalen Folgen von Institutsschließungen näher. Am 17. Oktober, also vier Tage vor der Presseerklärung der MPG, legte Helga Schuchardt (parteilos), die Wissenschaftsministerin Niedersachsens, mit einer eigenen Presseaussendung zugunsten des MPI in Lindau und des MPI für Geschichte los: In Lindau versicherte sie den MPI-Mitarbeiter\*innen, dass sie »alle Hebel in Bewegung setzen würde, um diese Entscheidung rückgängig zu machen«, nicht zuletzt deshalb, weil das MPI für Aeronomie dort »der größte Arbeitgeber und mit 30 Ausbildungsplätzen auch der größte Ausbildungsbetrieb« sei. <sup>211</sup> Im November 1996 wurden im Vorfeld der MPG-Senatssitzung Demonstrationen abgehalten, in Göttingen gegen die Schließung des MPI für Geschichte und in Lindau im Harz gegen die (Teil-)Schließung des MPI für Aeronomie; den Höhepunkt bildete eine gemeinsame Demonstration von Mitarbeiter\*innen aus beiden Instituten in Göttingen am 17. November mit über 600 Teilnehmer\*innen <sup>212</sup> (vgl. Abb. 28).

Die Proteste waren wirksam: Am 15. November fasste der Niedersächsische Landtag einen einstimmigen Beschluss gegen die MPI-Schließungen in diesem Bundesland. <sup>213</sup> Im Juni 1997 folgte nach einer regelrechten Kampagne des Institutsdirektors Wickler (siehe unten) und lokalen Protesten ein Beschluss des Bayerischen Landtages gegen die Schließung des MPI in Seewiesen, infolgedessen Zehetmair Markl den Vorschlag unterbreitete, eine Teilschließung in Erwägung zu ziehen. <sup>214</sup>

Es spricht Bände über die damalige Außenwahrnehmung der MPG, dass es in den zahlreichen Zeitungsberichten und Stellungnahmen zum Thema, die in der eigens dafür angelegten Pressemappe der GV abgelegt wurden, relativ selten um

210 Konrad Adam: Artenschutz für alles, was forscht und lehrt? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fol. 436; vergl. ders.: Donnergröll. Wie schließt man ein MPI? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.11.1996, ebd., fol. 357.

211 Presseinformation: Helga Schuchardt: Max-Planck-Institute dürfen nicht geschlossen werden, 17.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 210. Vgl. MPG. Harte Schuchardt-Kritik an Max-Planck-Entscheidung. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 43, 21.10.1996, GVMPG\_BC\_248104, fol. 294.

212 Vgl. hierzu z. B.: Protestwelle gegen Schließungspläne. *Northeimer neueste Nachrichten*, 29.10.1996, GVMPG\_BC\_248104, fol. 255; Mit Demo und Kundgebung in Göttingen. *Harz-Kurier*, 14.11.1996, ebd., fol. 215; Uni-Präsident macht mächtig Mut. Demo in Göttingen: Prominente Redner fordern Erhalt der Max-Planck-Institute. *Hallo Göttingen*, 17.11.1996, ebd., fol. 201; Über 500 Wissenschaftler gingen auf die Straße, *Northeimer neueste Nachrichten*, 17.11.1996 (1996a), ebd., fol. 201; Viele Stimmen gegen Schließung des MPI (für Geschichte). *Die Welt* (Kulturteil), 19.11.1996, ebd., fol. 187; Alison Abbott, Aeronomics Institute leads Protests against Closures. *Nature* 26.11.1996, ebd., fol. 117.

213 Landtag kämpft einmütig um Max-Planck-Institute. *Hannoversche allgemeine Zeitung*, 16.11.1996, GVMPG\_BC\_248104, fol. 210.

214 Zum Beschluss des Bayerischen Landtags vgl. Zehetmair an Markl, 23.6.1997, AMPG, Abt. II., Rep. 57, Nr. 1310, fol. 132–133. Über die Aktivitäten Wicklers siehe unten.



**Abbildung 28:** Gemeinsame Protestdemonstration von Mitarbeiter\*innen des MPI für Aeronomie in Katlenburg-Lindau und des MPI für Geschichte in Göttingen, 17.11.1996. Quelle: Christoph Papenheim: Die Protestrakete blieb am Boden, *Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)*, Ausgabe Niedersachsen, 18.11.1996 (1996b), GVMPG\_BC\_248104. Mit Reproduktionserlaubnis des Autors und Fotografen

epistemische Fragen und überwiegend um die Bedeutung des jeweiligen MPI im regionalpolitischen oder im wirtschaftlichen Zusammenhang, also um die MPG als Ressource für den Arbeitsmarkt ging. Die internationale Bedeutung der jeweils betriebenen Wissenschaft wurde zwar betont, aber die Inhalte derselben wurden eher mit allgemein bekannten Stichworten angetippt. Ausnahmen gab es: So wurde in einer Kultursendung von Radio Niedersachsen immerhin darauf hingewiesen, dass im Falle einer Schließung des MPI für Aeronomie »Deutschland künftig von der Auswertung der Weltraummissionen – zum Beispiel zum Mars – ausgeschlossen werde. In Katlenburg-Lindau wurde die sensible Kamera-Elek-

tronik entwickelt, mit der auch der Jahrhundert-Komet Halley aus allernächster Nähe beobachtet wurde.«<sup>215</sup> Ein Bericht in der *Neuen Züricher Zeitung* über das MPI für Geschichte stellte klar, dass die dortigen Direktoren und Mitarbeiter\*innen »ihre Aufgabe als kulturwissenschaftliche Grundlagenforschung, von der alle historischen und Nachbarwissenschaften profitieren können« verstünden; vermutet wurde dort, dass man in der MPG-Zentrale »wenig Verständnis« für die Bedeutung der Arbeit des MPI habe.<sup>216</sup> Darüber, worauf dieses fehlende Verständnis zurückzuführen sein mochte, wurde dort nicht eingegangen.

Neben zahlreichen Protestschreiben aus verschiedenen Federn, die Markl nach einem Standardmuster beantwortete,<sup>217</sup> und Solidaritätserklärungen aus dem In- und Ausland kamen direkt an Markl gerichtete Forderungen von berufener politischer Seite, beispielsweise von Ursula Engelen-Kefer, Senatsmitglied und Stellvertretende DGB-Vorsitzende.<sup>218</sup> Engelen-Kefer vermochte ohne umfassende Evaluierung nicht nachzuvollziehen, warum gerade diese Institute geschlossen werden sollten, und stellte außerdem fest, dass dieser Schritt mit den betreffenden Betriebsräten noch nicht besprochen worden sei. Edelgard Bulmahn, Sprecherin für Bildung und Forschung der SPD-Fraktion im Bundestag, informierte Markl Anfang November darüber, dass sie einen Antrag beim Bundestagsausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung einbringen wolle, die MPG aus dem allgemeinen Stellenabbau und ihren Stellenplan aus dem Bundeshaushalt auszunehmen und ihr »die nötige Flexibilität bei der Ausgestaltung des eigenen Haushaltsplans zu gewähren«, weil die Schließung von exzellenten Instituten »wissenschaftspolitisch nicht vertretbar« sei.<sup>219</sup> Ihre Hoffnung darauf, dass sich die CDU/CSU-Fraktion dem Antrag anschließen werde, erwies sich jedoch als unbegründet; der Antrag wurde ohne Aussprache abgelehnt.<sup>220</sup>

Am wirksamsten mögen zwei andere Interventionen der allgemeinen Politik gewesen sein. Der Ministerpräsident Niedersachsens, Gerhard Schröder (SPD), in dessen Bundesland sich wie berichtet zwei der vier zur Schließung vorgesehenen MPIs, das für Aeronomie und das für Geschichte, befanden, bat Markl explizit

215 NDR 1 – Radio Niedersachsen – Kulturspiegel-Redaktion. »Kulturspiegel« am 23.10.1996. Redaktion und Moderation: Dirk Liebenow, GVMPG\_BC\_248104, fot. 272.

216 Thomas Maissen, Provinzialisierung der Geschichtswissenschaft. Wird das Göttinger Max-Planck-Institut geschlossen? NZZ (internationale Ausgabe), 25.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 258.

217 Zum Aufbau des Formbriefes vgl. Dr. B. (Manfred Betz) an v. Kuehnheim, 8.11.1996. Materialien zur Niederschrift der 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 282.

218 Engelen-Kefer an Markl, 11.11.1996 und 18.11.1996, ebd., fol. 279, 280. Vgl. auch die auf die Kritik Engelen-Kefers bezogene Stellungnahme von Johannes Rau in: Niederschrift der 145. Senatsitzung am 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 12 verso.

219 Bulmahn an Markl, 7.11.1996. Materialien zur Niederschrift der 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 201–202.

220 Marsch: Notiz für Herrn Markl zum Brief von Frau Bulmahn, MdB, vom 7.11.1996, 14.11.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 250.

darum, die Diskussion im Senat zu diesen Schließungen zu vertagen: »Ich widersetze mich selbstverständlich nicht notwendigen Umschichtungsprozessen innerhalb der MPG, kann aber nicht hinnehmen, dass dabei andere als wissenschaftliche Qualitätskriterien von ausschlaggebender Bedeutung sind.«<sup>221</sup> Außerdem seien die Mitarbeiter der betroffenen Institute »zu Recht empört darüber, dass die Kürzungsvorschläge formuliert worden sind, ohne dass sie gehört worden sind«. Darüber hinaus würde durch die Schließung des international bedeutenden Instituts für Geschichte »für die geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung [...] ein völlig falsches Signal gesetzt«.

Parallel dazu schrieb der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Erwin Teufel (CDU), ebenfalls an Markl aus Protest gegen die Schließung von zwei MPIs in seinem Bundesland, das für Biologie in Tübingen und das für Zellbiologie in Ladenburg bei Heidelberg.<sup>222</sup> Teufel sah die langjährige Unterstützung der MPG durch sein Bundesland schlecht belohnt und wies darauf hin, dass die von ihm eben befürwortete Erhöhung der Sitzlandquote Mehrkosten in Millionenhöhe für das Land verursachen würde, Geld, das den Hochschulen hätte zugutekommen können. Dass die Mittelzuwächse der MPG ausschließlich in den Osten fließen sollten, sei in dieser Situation »nicht mehr plausibel zu machen«.<sup>223</sup>

Beide Politiker beließen es aber nicht beim regionalpolitischen Protest, sondern griffen nach härteren Bandagen. Teufel drohte bei weitergehenden Schließungsmaßnahmen mit einem Entzug der Unterstützung des Landes für die Max-Planck-Gesellschaft.<sup>224</sup> Schroeder wurde konkreter und gab bekannt, dass er das Thema für das für Ende November vorgesehene Sondergespräch der Regierungschefs wie auch zum regulären Bund-Länder-Gespräch beim Bundeskanzler angemeldet habe. Wenn das Konzept des Bundes in der vorgesehenen Zeit umgesetzt werde, werde sich Niedersachsen an die Verlängerung des »4×5-Beschlusses« »nicht mehr gebunden« sehen, »weil dieser Beschluss auf einer anderen Geschäftsgrundlage gefasst worden ist«.<sup>225</sup> Wie diese Drohungen im Spiel von Druck und Gegendruck einzuordnen sein sollten, blieb unklar, waren sie doch sowohl gegen die MPG als auch gegen die Bundesregierung gerichtet. Aus einem Vermerk von Markl selbst zum daraufhin einberufenen Treffen mit Schroeder und Ministerin Schuchardt geht hervor, dass Schroeder sich zur Freude Markls

221 Zum Folgenden vgl. Schröder an Markl, 22.10.1996 und 19.11.1996, ebd., fol. 234, 235. Diese Briefe werden in Schöttler, *Das Max-Planck-Institut für Geschichte*, nicht erwähnt. Zum Druck auf Schröder aus Göttingen vgl. Schroeder gefragt. *Göttinger Tagblatt*, 23.10.1996. GVMPG\_BC\_248104, fot. 271.

222 Teufel an Markl, 13.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 204–206.

223 Ebd., fol. 205. Vgl. hierzu Baden-Württemberg stimmt höherer Sitzlandquote zu. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 40, 30.09.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 9.

224 Teufel an Markl, 13.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 206.

225 Schroeder an Markl, 19.11.1996. Materialien zur Niederschrift der 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 235. Dass die Absicht Schroeders öffentlich bekannt war, zeigt: »Gute Institute« werden Opfer des Sparzwangs. *Göttinger Tagblatt*, 24.10.1996, GVMPG\_BC\_248104, fot. 269.

mit einem Brief an alle Länderchefs dafür aussprechen wolle, sich im nächsten Gespräch beim Bundeskanzler im Dezember für eine Herausnahme der DFG und der MPG vom FKP einzusetzen, indem beiden Einrichtungen einen Globalhaushalt gewährt werde; hinsichtlich der Erfolgsaussichten sei er selbst allerdings skeptisch.<sup>226</sup>

Der Unterstützung der ganzen Aktion im MPG-Senat nicht zuträglich war es, dass es sich in Wirklichkeit ohnehin nicht um vollständige oder sofortige Schließungen handelte, wie Markl dort schon andeutete. Wie oben berichtet, sollte die bereits im Juni 1996 beschlossene Schließung des MPI für Zellbiologie in Ladenburg erst mit der Emeritierung von Peter Traub im Jahre 2003 wirksam werden; Ähnliches galt für das MPI für Biologie.<sup>227</sup> Zudem standen bis auf das Gmelin-Institut ohnehin durchweg kleinere MPIs auf der Liste, weshalb auch die dargebotene finanzpolitische Begründung manchen Beteiligten nicht einleuchten wollte. Minister Zehetmair warf in der Senatssitzung im März 1997 ein, solche Maßnahmen »nicht nur mit den erforderlichen Stelleneinsparungen zu begründen, sondern redlicherweise auch zu sagen, wenn die Glanzzeiten einer Forschungseinrichtung vorüber seien«.<sup>228</sup>

Ebenfalls problematisch für die Innenpolitik der MPG war der West-Ost-Dissens, der sich in der Debatte im Senat im November 1996 offenbarte. Dort kämpfte GBR-Vorsitzender Kleinschmidt mit allerlei Argumenten gegen die Schließungen selbst, aber auch dafür, diese erst nach der Ausverhandlung von Sozialplänen umzusetzen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.<sup>229</sup> Dem hielt der Rostocker Rektor Maes mit einer von ihm ungewohnten Härte die völlig andere Situation im Osten entgegen; »er wünschte, ihm hätten diese rechtlichen Möglichkeiten offen gestanden, als das Personal der Universität Rostock vor wenigen Jahren auf ein Drittel reduziert worden sei« und »3.000 Mitarbeiter ohne Sozialpläne verabschiedet worden seien«.<sup>230</sup>

Trotz der oben berichteten Proteste und Interventionen nahm der Senat den Schließungsvorschlag Markls am 22. November 1996 zur Kenntnis und »bestärkte den Präsidenten nachhaltig darin, die für diese Einsparungsmaßnahmen erforderlichen Beschlüsse des Senats nach satzungsgemäßer Beratung in den

226 Markl, Vermerk über das Gespräch des Präsidenten mit Ministerpräsident G. Schröder und Frau Minister H. Schuchardt, am 11. Dezember 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 241–243.

227 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 143. Sitzung des Senats vom 20.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 14 verso. Im Falle des MPI für Biologie sollten zwei der vier Abteilungen mit der Emeritierung ihrer Leiter erst 2003 bzw. 2004 geschlossen werden. Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 15 verso.

228 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 7 verso.

229 Willenserklärung des Präsidiums der MPG zur Schließung von vier Max-Planck-Instituten, 23.10.1996, ebd., fol. 11 verso.

230 Ebd., fol. 14 verso.

dafür zuständigen Gremien vorzubereiten«. <sup>231</sup> Darauf folgte eine Fortsetzung der MPG-innenpolitischen Auseinandersetzungen bis hin zu den Stellungnahmen der Sektionen ab dem Januar und der eigentlichen Entscheidungsrunde im Senat im März 1997. Die Auswirkungen von alledem innerhalb der MPG waren verheerend. Wie sich der Vorstoß Markls MPG-innenpolitisch auswirkte, soll anhand von drei der vier Schließungsvorschläge kurz skizziert werden. <sup>232</sup>

Im Falle des MPI für Geschichte schenkten sich Markl und die beiden Direktoren Otto Gerhard Oexle und Hartmut Lehmann nichts. <sup>233</sup> Die Direktoren wurden erst zwei Tage vor der Presseerklärung und der Fachbeirat überhaupt nicht vorab über die Schließungsabsicht informiert; beim sofort geforderten Gesprächstermin soll Markl ihren Protest als »übliches Gejammere« abgetan haben. <sup>234</sup> Oexle denunzierte Markl daraufhin in einem Brief als »Sozialdarwinist« und in einem anderen als »Positivist, Machtmenschen, Zyniker und Darwinist«. <sup>235</sup> Lehmann nannte die Entscheidung im Berliner *Tagesspiegel* ein »verheerendes Signal«, <sup>236</sup> und der deutsche Historikerverband reihte sich mit einer Stellungnahme unter den Protestierenden ein. <sup>237</sup> Peter Schöttler schreibt, dass die von Oexle und den Mitarbeiter\*innen des Instituts veranlassten Protestaktionen und Solidaritätserklärungen aus vielen Ländern den Senat zur Rücknahme der Institutsschlie-

231 Niederschrift der 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 14 verso.

232 Im Falle des MPI für Biologie akzeptierte die BMS bzw. deren Vorsitzenden mit Bedauern die Schließungsempfehlung. Sitzung der biologisch-medizinischen Sektion am 6.2.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1677, fol. 10–11. Die hierfür eingesetzte Kommission sah sich von der Zentrale überrollt, hielt jedoch die Schließung von Abteilungen oder Instituten für wissenschaftspolitisch »unvermeidbar« und weigerte sich, in eine Diskussion darüber einzutreten, ob nicht eher andere MPIs zu schließen wären. Vgl. Stellungnahme der Kommission »MPI für Biologie/MPI für Entwicklungsbiologie« zur beabsichtigten Schließung des MPI für Biologie, ebd., fol. 48. Die Wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts hielten »die Schließung eines Instituts aus verwaltungstechnischen Gründen mit dem Selbstverständnis der MPG für unvereinbar«. Vgl. Anlage 4: Gemeinsame Erklärung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Biologie zur beabsichtigten Schließung ihres Instituts, ebd., fol. 40.

233 Zum MPI für Geschichte vgl. Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte*, 2020, 110–118, 111–112. Schöttler nimmt in diesem Abschnitt seiner ansonsten verdienstvollen Arbeit die wohl ausschlaggebenden allgemein- und wissenschaftspolitischen Zusammenhänge dieser Episode kaum zur Kenntnis und gesteht dabei ein, eher die Sicht der ihm bekannten Institutsmitarbeiter\*innen wiederzugeben.

234 Schöttler, *Das Max-Planck-Institut für Geschichte*, 110–118, 111.

235 Ebd., 112–113, Fn. 472.

236 Hartmut Lehmann, Verheerendes Signal. *Der Tagesspiegel*, 28.10.1996, GVMPG\_BC\_248104, fot. 257.

237 Ulrich Raulff: Ein Kampf um Göttingen. Historiker aus aller Welt im Gefecht für das MPI. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 417; Matthias Arning: Markl soll Schließung stoppen. Historikerverband warnt vor Ende für Max-Planck-Institut. *Frankfurter Rundschau*, 11.11.1996. Ebd., fot. 358.

ßung im Frühjahr 1997 bewegt hätten.<sup>238</sup> Faktisch kam es jedoch niemals zu einem Schließungsbeschluss. Die Rücknahme des Schließungsvorschlags wurde eigentlich ermöglicht durch die »einmütige« Ablehnung der Schließung des MPI durch die GWS und die darauffolgenden Stelleneinsparungen innerhalb der Sektion, nachdem Markl bereits im Oktober angedeutet hatte, dass er eine solche Lösung akzeptieren würde; dabei verlor das MPI selbst zehn Stellen.<sup>239</sup> Möglicherweise spielte die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU), zu deren Wahlkreis Göttingen gehörte, auch eine Rolle bei der Lösungsfindung. Jedenfalls behauptete sie, dass der Vorschlag interner Stelleneinsparungen von ihr gestammt habe; der Vermerk zum Gespräch von ihr mit Markl bestätigt dies jedoch nicht.<sup>240</sup> Der von Schöttler zutreffend bezeichnete »Warnschuss« wurde damit zwar abgewehrt, aber die Warnung scheint auf längere Sicht wenig genutzt zu haben: Nachdem man sich auf ein gemeinsames Konzept für die Weiterentwicklung des Instituts nach den gleichzeitigen Emeritierungen der beiden Direktoren Oexle und Lehmann nicht hatte einigen können, wurde das Institut 2006 endgültig geschlossen.

Naheliegender mag der Vorschlag, das MPI für Verhaltensphysiologie in Seewiesen zu schließen, wegen der 1999 bevorstehenden Emeritierung des Direktors Wickler gewesen sein. Kontrovers in der Öffentlichkeit hingegen war die Frage danach, ob ein überzeugendes Zukunftskonzept vorlag oder man vielmehr noch an den Ideen der Institutsgründer, allen voran Konrad Lorenz, hing.<sup>241</sup> In Wirklichkeit hatte der Senat die Schließung von zwei Abteilungen am Institut schon 1990 beschlossen, um für die 1993 anstehende Neuberufung in der Nachfolge

238 Für diese Interpretation vgl. Schöttler, *Das Max-Planck-Institut für Geschichte*, 114. Allerdings wird dort kein Beleg hierfür zitiert.

239 Vgl. Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 10 verso. Zur Ablehnung der Schließung durch die GWS vgl. Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zu den Schließungsvorschlägen des Präsidenten – Beschluss der GWS vom 6.2.1997. Anlage zum Protokoll der GWS-Sitzung vom 6.2.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1508, fol. 17; auch in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 330. Zur früheren Andeutung Markls vgl. Willenserklärung des Präsidiums der MPG zur Schließung von vier Max-Planck-Instituten, 23.10.1996. Materialien zur 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 10. Siehe auch Konrad Adam, Sparen, gründen. Senat und Max-Planck-Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.3.1997, Nr. 59, 39. [https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ\\_F19970311](https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ_F19970311). Zuletzt aufgerufen am 8.5.2021.

240 Hoffnung für Max-Planck-Institut aus Bonn. Süßmuth: »Es ist zu früh fürs Totenglockchen«. Hannover neue Presse, 27.11.1996, GVMPG\_BC\_248104, fot. 123; Süßmuth. Bestand jetzt gesichert. Oldenburger Volkszeitung, 8.3.1997. Ebd., fot. 64. Vgl. Markl, Vermerk zu Gesprächen mit Engelen-Kefer u. a., 18.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 11–14, hier: Gespräch mit Frau Süßmuth, fol. 13–14.

241 Vgl. hierzu Jeanne Rubner: Konrad Lorenz's schwieriges Erbe. Warum es für Insider nicht überraschend ist, dass das Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie geschlossen werden soll. *Süddeutsche Zeitung*, 14.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 409–411 und der Leserbrief des Seewiesener Doktoranden Wolfgang Govmann dagegen am 14.12.1996, ebd., fot. 624.

des Neuroethologen Franz Huber positioniert zu sein.<sup>242</sup> Ebersold verwies bereits im September einerseits auf Schwierigkeiten bei eben dieser Nachfolge, die Beendigung einer Arbeitsgruppe nach der Emeritierung von Karl Ernst Kaißling sowie »die Schwächen des Standortes Seewiesen«, andererseits darauf, dass »auch immer wieder Überlegungen für einen grundsätzlichen Neuanfang angestellt« worden seien.<sup>243</sup> Wickler schrieb ausführlich an Markl mit inhaltlichen Argumenten gegen die angeführten Schließungsbegründungen<sup>244</sup> und noch einmal gegen einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*, in dem behauptet werde, »dass das Institut über Jahre hinweg kein überzeugendes Zukunftskonzept anbieten konnte«, obwohl in der Presseerklärung gestanden habe, dass kein Institut aus inhaltlichen Gründen geschlossen werde: »Eine der beiden Versionen muss falsch sein. Da der Fachbeirat vom Zukunftskonzept überzeugt war, bleibt überdies unklar, wer nicht überzeugt war.«<sup>245</sup>

Trotzdem nahmen die von der BMS eingesetzte Kommission und daraufhin auch die Sektion selbst die Schließungsempfehlung »mit großem Bedauern zur Kenntnis« und sahen sich aus formalen Gründen außerstande, der Empfehlung eine Alternative entgegenzusetzen; sie befürworteten aber »mit großem Nachdruck den Erhalt« der ornithologisch orientierten, von Eberhard Gwinner geleiteten Abteilung in Andechs und der damit verbundenen Vogelwarte Radolfzell.<sup>246</sup> Wickler kämpfte gemeinsam mit seinem Betriebsratsvorsitzenden beherzt gegen die Schließung weiter, unter anderem mit einem Brief an Minister Rüttgers und Staatssekretär Schaumann Ende Februar 1997, jedoch ohne Erfolg.<sup>247</sup> Auch nachdem der Senat die Schließung in erster Lesung am 3. März 1997 beschlossen hatte, versuchte man, die anderen Teile des MPI als »Gemeinschaftsinstitut der biologischen Fakultäten der bayerischen Universitäten« weiterzuführen. Das ließ sich jedoch trotz der Unterstützung des Münchener Zoologen und ehemaligen Vorsitzenden des WR Gerhard Neuweiler und des Ministers Zehetmair sowie des ernsthaften Engagements von Markl selbst wegen der Ablehnung der angesprochenen Rektoren nicht verwirklichen.<sup>248</sup>

Wegen der komplexen Struktur des Instituts kam es zu einem komplizierten Ende: Mit Senatsbeschluss von 17. November 1997 wurde das Institut selbst zwar mit der Emeritierung Wicklers zum November 1999 geschlossen, Wickler aber als Kommissarische Leitung des Instituts »in Liquidation« bis 2001 ernannt, die Abteilungen von Eberhard Gwinner in Andechs und Peter Berthold in Radolfzell

242 Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 17, sowie die Materialien hierzu fol. 120–122.

243 Vermerk Ebersold an den Präsidenten persönlich, 25.9.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 318.

244 Wickler an Markl, 14.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 418–419.

245 Wickler an Markl, 26.11.1996. Ebd., fol. 412.

246 Stellungnahme der Kommission »Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie« zur beabsichtigten Schließung des Instituts, o. D., AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 333.

247 Vgl. Schaumann an Wickler, 1.4.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 198.

248 Vgl. Markl an Zehetmair, 30.5.1997, ebd., fol. 195–197.

wurden bis zu ihren Emeritierungen 2003 bzw. 2004 weitergeführt und dann geschlossen. Parallel dazu beschloss der Senat die Gründung einer selbstständigen Forschungsstelle für Ornithologie in Radolfzell unter der Leitung Bertholds.<sup>249</sup> In diesen Fällen arbeitete der GBR konstruktiv mit.

Der Kampf um das MPI für Aeronomie lag anders. Wegen der bevorstehenden Ausscheidung von zwei der vier Direktoren, Tor Hagfors Ende 1997 und Ian Axford Anfang 1998, stand die Frage nach einer eventuellen Neuausrichtung des Instituts ohnehin im Raum. Eine Stammkommission war deswegen von der Sektion eingesetzt worden, deren Arbeit wurde 1995 aber kräftig aufgemischt durch den Versuch Gerhard Haerendels, unter dem Vorzeichen »Sonnenphysik« seinen Arbeitsbereich am MPI für Extraterrestrische Physik in Garching, dessen bald auslaufende Außenstelle in Berlin-Adlershof und eine Gruppe aus dem MPI für Astronomie in Heidelberg nach Lindau zu verlegen. Nach längeren Verhandlungen, in denen sich Zacher mit einem Kompromissangebot einschaltete, scheint Hagfors diesen kaum verhüllten Übernaheversuch freundlich, aber bestimmt abgewehrt zu haben.<sup>250</sup>

Vielleicht überrascht es somit nicht, dass Kampfmaßnahmen sofort nach Bekanntgabe des Schließungsvorschlags in die Wege geleitet wurden. So teilte Edmund Marsch Markl schon am 30. Oktober 1996 mit, »dass die Direktoren des MPI für Aeronomie über 700 Kollegen aufgefordert haben, sich an den Präsidenten der MPG zu wenden. Auch der Betriebsrat des Instituts wird über 130 Personen und Institutionen zusätzlich anschreiben.«<sup>251</sup> Über die darauffolgenden Demonstrationen in Lindau Mitte November wurde oben berichtet. Die eben genannte Stammkommission war zu dieser Zeit gerade dabei, Empfehlungen im Bereich der Planetologie zusammenzustellen, und sah ihre Arbeit nun ein zweites Mal durchkreuzt.<sup>252</sup>

Markl hingegen hielt eine Verlagerung von Teilen des MPI für Aeronomie in die Deutsche Anstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) für sinnvoll. Dieser Vorschlag stieß jedoch in der Sektion auf Ablehnung, weil ein solcher Schritt »einen Einbruch in die Raumfahrtforschung zur Folge haben würde«; die DLR sei zwar für den technologischen Teil derselben hervorragend ausgerüstet, biete aber »keinen geeigneten Rahmen für die Grundlagenforschung in diesem Bereich«. In der Sektion führte man die laufende Beteiligung des MPI in Projekten der ESA

249 Niederschrift der 147. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 9 verso, 10 recto und verso.

250 Vgl. hierzu Gerhard Haerendel, »Reform- und Konsolidierungsprogramm ›Sonnenphysik‹«, 30.10.1995; Hagfors an Meinecke 8.11.1995; Haerendel an Buschorn 15.11.1995; Haerendel an Zacher 15.11.1995; Meinecke, Vermerk betr. Zukunft des MPI für Aeronomie, 20.11.1995; Meinecke an Hagfors 20.11.1995. Alles in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 349, fol. 39–55.

251 StGS (Marsch), Vermerk an Präs. und GS, 30.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 253.

252 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18.10.1996 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1839, fol. 15.

und der DARA, also europäische Kooperationsprojekte, sowie nicht zuletzt das gerade in der Entscheidungsphase stehende »ROSETTA-Projekt« im Bereich der Kometenforschung als Belege der Produktivität an; Letzteres sei ohne das MPI überhaupt »zum Scheitern verurteilt«. <sup>253</sup> Aus der DLR wurden aus demselben Grund der Arbeitsteilung ebenfalls Ablehnungssignale vernommen. <sup>254</sup>

Das Thema einer inhaltlichen Neuausrichtung des MPI für Aeronomie wie der Schließungsbeschluss des Senats überhaupt wurden in einer Sondersitzung der CPTS im Dezember 1996 stundenlang erörtert. <sup>255</sup> Offensichtlich hatten die Sektionsmitglieder es nötig, die Gründe des Schritts zu MPI-Schließungen ausführlich und gemeinsam nachzuvollziehen, bevor sie über die Folgen für einzelne Institute konkret reden konnten. Ein entscheidender Schritt kam aber einer internen Entscheidungsfindung zuvor, denn die Integration der verbleibenden zwei Abteilungen des MPI für Aeronomie in die DLR scheiterte ohnehin daran, »dass die DLR die Bedingungen für eine fruchtbare Weiterarbeit des Restinstituts auf dem Gebiet der Planeten- und Sonnenphysik nicht garantieren könne«. <sup>256</sup> Daraufhin kam es zu einer Teilschließung des Instituts mit einer Reduzierung des Personalbestands um fast die Hälfte auf nunmehr 90 Planstellen. <sup>257</sup> Auch in diesem Fall arbeitete der GBR konstruktiv mit. Als die Nachfolge Axforde wieder zur Sprache kam, meinte Markl, dass erst dann, wenn die Nachfolge feststehe, zu klären sein werde, ob Sonnen- oder Planetensystemforschung am Institut erforscht werde. Obwohl ein Brief zahlreicher jüngerer Institutsmitarbeiter\*innen an Markl gegen die Institutsschließung schon frühzeitig auf das Zukunftspotenzial der Sonnensystemforschung hingewiesen hatte, <sup>258</sup> wurde ein neues MPI für Sonnensystemforschung erst zehn Jahre später gegründet.

Zacher hatte Rüttgers schon im Mai 1996 vor den wirtschaftlichen Kosten sowie der »Vernichtung wissenschaftlichen Potentials und den daraus entstandenen sozialen Problemen« einer Schließung mehrerer MPIs gewarnt. <sup>259</sup> Markl, der wie berichtet zur Zeit seiner Wahl kein Mitglied der MPG gewesen war, war vielleicht eher als sein Vorgänger bereit, diesen risikoreichen Schritt zu wagen. Er war sich wohl auch bewusst, dass dieser Schritt in der Öffentlichkeit Proteste hervorrufen würde, die kaum steuerbar sein würden. Ob er die Breite und Lautstärke der

253 Ebd. Meinecke, Vermerk: Stellungnahme der Institutsbetreuung zu den vorgesehenen Schließungen in Niedersachsen (Entwurf), 24.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 469–474.

254 H. Rosenhauer an Markl, 18.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 386–387.

255 Protokoll der Sondersitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 16.12.1996 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1840.

256 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 10.

257 Ebd., Bl. 25, fol. 17 recto. Vgl. Gründen und Schließen. *DUZ* 7, 4.4.1997. GVMPG\_BC\_248104, fot. 5; Schneller Aufbau in Ostdeutschland. *VDI-Nachrichten*, 4.4.1997, Nr. 14. Ebd., fot. 3.

258 Norbert Krupp u. v. a an Markl, 9.11.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 388–389.

259 Zacher an Rüttgers, 8.5.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 229–234, 231.

Proteste oder die Intervention der allgemeinen Politik auf derart hoher Ebene erwartet hatte, ist unklar. Mit der Kritik an seinem »Sparkurs der harten Hand«<sup>260</sup> und insbesondere den Versuchen von vielen Seiten, auf einzelne Schließungsentscheidungen Einfluss zu nehmen, rechnete er aber in seiner Festrede bei der Hauptversammlung in Bremen im Juni 1997 mit einer Schärfe und in einem Ton ab, die in diesem Forum bis dahin noch niemals vorgekommen war. Deshalb soll der betreffende Passus hier in extenso wiedergegeben werden:<sup>261</sup>

Alle Beteiligten konnten in den letzten Monaten viel lernen: Über die hohe Wertschätzung, die unsere Institute nicht nur bei sich selbst, sondern auch in der weltweiten, keineswegs nur wissenschaftlichen, Öffentlichkeit genießen. Über die bis an die Grenzen des Schicklichen gehende Geschicklichkeit mancher Institute, ihre Unentbehrlichkeit durch Briefkampagnen und Unterschriftensammlungen zu belegen. Über den untauglichen Versuch selbst prominenter, aber durchaus unzuständiger Politiker, Druck auf die Entscheidungen des Präsidenten einer unabhängigen wissenschaftlichen Organisation auszuüben – und über die noch viel bemerkenswertere Zurückhaltung anderer, durchaus zuständiger Politiker, aus Respekt vor den Befugnissen der Entscheidungsgremien einer solchen Organisation. Viel war zu lernen über die Begeisterung von Max-Planck-Wissenschaftlern für ihre Wissenschaft und teilweise auch für sich selbst; zu lernen über den manchmal fast schon unverschämt geäußerten Anspruch von Fachgesellschaften, Max-Planck-Institute wie ein Besitzstand zu behandeln. Auch manch selbstgerechte Larmoyanz, disziplinarer Territorialgeist und ungezügelter St.-Florians-Gesinnung haben mich beeindruckt, genauso wie zum Teil geradezu selbstschädigende Abqualifizierung universitärer Forschung durch eben deren Vertreter – beeindruckt hat mich das alles schon, freilich manchmal anders als wohl beabsichtigt.

Das Presseecho auf diese Kollegenschelte fiel überraschend ruhig aus. In den Unterlagen der Pressestelle der MPG liegen dazu jedenfalls nur zwei Artikel vor, die sich bei näherem Hinsehen als fast der gleiche Text erweisen, der vom selben Autor in zwei verschiedenen Zeitungen publiziert wurde.<sup>262</sup> Interessanter mag das in einer anderen Zeitung zitierte Gespräch mit Vizepräsidenten Hahlbrock in Bremen gewesen sein:

Viele Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) würde es ohne das »Wunder der Vereinigung« bis heute nicht geben. So aber hätte verwirklicht werden können, was in Westdeutschland wegen der begrenzten Haushaltsmittel nicht möglich war. [...] Alle Welt um uns herum muss sparen. *Das bringt die MPG nicht um.*<sup>263</sup>

260 Hubert Markl, *Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 1997a, 13–36, 33. Vgl. derselbe Text im *MPG-Spiegel* 4, 1997, 70–83, 79.

261 Vgl. zum Folgenden ebd., 31–32 und *MPG-Spiegel* 4, 1997, 70–83, 79–80.

262 Eckhard Stengel: Hubert Markl rüffelt seine Kritiker. *Frankfurter Rundschau*, 7.6.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 340, fot. 473; ders.: Max-Planck-Präsident tadelt seine Kritiker. *Stuttgarter Zeitung*, 7.6.1997, ebd., fot. 541.

263 Vera Jansen: Erst durch Vereinigung neue Grundlagenforschung möglich. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 25, 16.6.1997, ebd., fot. 539. Hervorhebung durch MGA.

Als Fazit dieser bemerkenswerten Episode sind vier Punkte festzuhalten:

(1) Im komplexen Kampf um institutionelle und personelle Ressourcen mit mehreren Beteiligten wurden weder die Ziele der allgemeinen Politik noch diejenigen der MPG vollständig erreicht, sondern Kompromisse erzielt: Das Institut für Geschichte wurde doch nicht geschlossen, im Falle des MPI für Aeronomie kam es lediglich zu einer Teilschließung und aus dem MPI für Verhaltensphysiologie konnte ein Teil weitergeführt werden, allerdings nicht mehr unter diesem Namen. Also wurde nur eines der vier ursprünglich angeführten MPIs, das für Biologie, tatsächlich aufgelöst. Damit blieb die Gesamtzahl der durch Schließungen von Instituten und Arbeitsbereichen sowie über den Ausstattungsvergleich eingesparten Stellen mit 345 (Stand: 16.5.1997) um etwa ein Drittel hinter dem ursprünglichen Ziel von 520 Stellen zurück.<sup>264</sup>

(2) Es handelte sich um eine einmalige Aktion, die an die allgemeine Öffentlichkeit und über diese an die allgemeine Politik gerichtet war, aber auch als Weckruf an die Sektionen und Institute der MPG mit Bedacht inszeniert wurde. Sie sollte sich eigentlich nicht wiederholen – in der Strategielehre heißt es ja, dass man eine ultimative Waffe nur einmal verwenden kann –, doch kam es nur wenige Jahre später infolge einer dritten Finanzkrise wieder zu Institutsschließungen.

(3) Es ging niemals allein um die MPG. Im Januar 1997 publizierten Markl und vier andere Leiter bedeutender AUFES ein »Manifest gegen den Niedergang der Forschung«, in dem sie Wirtschaft und Staat vorwarfen, einem »Diktat der Fiskalpolitik« zu gehorchen und damit »Arm in Arm in die falsche Richtung« zu gehen, und traten für eine kontrazyklische »Investment in Intelligenz und Einfallsreichtum« ein.<sup>265</sup> Bis dahin waren im Senat lediglich ehemalige Minister wie Hans Leussink mit derartigen Argumenten zu vernehmen gewesen. Dass diese Stellungnahme seiner früheren Befürwortung der Sanierung des Bundeshaushalts widersprach, scheint Markl entweder nicht bemerkt oder nicht bekümmert zu haben.

(4) Die Institutsschließungen waren jedoch auch oder womöglich sogar in erster Linie dazu gedacht, die bereits im März erhobene Forderung der MPG-Leitung nach einer Flexibilisierung der Haushaltsführung durchsetzen zu helfen, damit die vom Staat geforderten Stellenrückgaben über mehrere Jahre gestaffelt werden könnten. Diesen Zusammenhang sprach Markl bei der schon zitierten Festrede in Bremen offen aus:

Daher mein dringender Appell an die in Bund und Ländern verantwortlichen Politiker: Wenn Sie uns schon das Föderale Konsolidierungsprogramm, das die Spitzenforschung genauso behandelt wie x-beliebige Behörden und Verwaltungen, nicht ersparen wollen, geben Sie uns bitte die Haushaltsrahmenbedingungen, unter denen wir es so wenig forschungsschädlich und so sozialverträglich wie möglich bewältigen können!<sup>266</sup>

264 Rainer Gastl, Notiz für GS, 16.5.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1309, fol. 1.

265 Wolfgang Frühwald, Wolf Lepenies, Raimar Lüst, Hubert Markl, Dieter Simon: Ein Manifest gegen den Niedergang der Forschung. *Die Zeit* 5, 24.1.1997, 33. Vgl. Joachim Fritz-Vannahme, Will das denn niemand hören? Ebd.

266 Markl, Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft, 30.

Der Staatssekretär im BMBF Schaumann hatte in der Senatsitzung im März 1997 schon darauf hingewiesen, dass das Konzept der MPG für die Stellenrückgaben »auf der Basis einer mutmaßlichen Flexibilisierung des Haushalts vorzulegen« sei, »damit zu gegebener Zeit in möglichst unbürokratischer Weise Lösungen erarbeitet werden können«.<sup>267</sup> Aufgrund dieser Aussage wurde der Senatsbeschluss nicht mehr als Forderung, sondern als ein an die Politik gerichteter Wunsch in diesem Sinne neu formuliert.<sup>268</sup> So kam es in diesem einen Punkt zum Dialog mit der allgemeinen Politik. In der oben erwähnten Debatte mit Rüttgers im Bundestag im November mahnte Bulmahn die Umsetzung der Haushaltsflexibilisierung an und erhielt dafür sogar Beifall von der CDU/CSU-Fraktion.<sup>269</sup> Die gewünschte Flexibilisierung wurde ein Jahr später im November 1997 tatsächlich gewährt und ab dem Haushaltsjahr 1999 wirksam.

### 4.3 Die Hinwendung zur Gesamtstrategie

Die Bedeutung der eben besprochenen Episode war keineswegs auf die MPG allein begrenzt, denn sie zeigte, dass die Osterweiterung des bundesdeutschen Wissenschaftssystems nicht zum Nulltarif möglich, sondern vielmehr – wie das politische Großprojekt »Aufbau Ost« insgesamt – mit hohen finanziellen Kosten und politischen Konflikten in den ABL verbunden war. Diese Konflikte standen wiederum im Zusammenhang mit der noch breiteren Frage nach der Stellung des vereinigten Deutschlands in Europa und darüber hinaus. Schnell setzte sich seinerzeit die Diagnose durch, dass das nunmehr nach Osten ausgedehnte »Modell Deutschland« in allen Politikbereichen mit einer doppelten Herausforderung – der »Vereinigungskrise«<sup>270</sup> und der »Globalisierung«<sup>271</sup> – konfrontiert sei. Der Umgang mit diesen Herausforderungen wurde aber mitunter auch durch eine verbreitete Hinwendung zu einer Haltung mitbestimmt, die unter dem Namen Neoliberalismus tradiert wurde (und noch wird); diese begann zwar vor dem Mauerfall, erfuhr aber durch den im Westen verbreiteten Triumphalismus nach dem Ende des Kalten Krieges einen kräftigen Aufwind – nicht nur im vereinigten Deutschland.<sup>272</sup>

267 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 15 recto.

268 Ebd.

269 Auszug aus dem Plenarprotokoll (13/138) der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn vom 14.11.1996 zum Thema »Innovationspolitik und Informationstechnologien«, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fot. 515.

270 Vgl. Jürgen Kocka: *Vereinigungskrise*, 1995.

271 Zur Entstehung und Durchsetzung der Rede von der Globalisierung, vgl. Olaf Bach: *Die Erfindung der Globalisierung*, 2013.

272 Was genau mit der Bezeichnung bzw. dem Label Neoliberalismus gemeint sein soll, war schon damals und ist bis heute umstritten. Vgl. hierzu grundlegend Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem Kontinent*, 2016. Ther ist zuzustimmen, dass der hegemoniale Neolibe-

In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik war diese Trendwende unter anderem durch die Propagierung und teilweise Einführung des New Public Management, eine Umgestaltung der Verwaltung nach dem Muster von Großunternehmen und den damit einhergehenden Ruf nach einer flächendeckenden Evaluierung öffentlich geförderter Einrichtungen gekennzeichnet.<sup>273</sup> Diskursives Zeichen davon war die ständige Wiederholung von Schlagwörtern wie »Effizienz«, »Produktivität«, »Wettbewerb« oder »Innovation«, die eine verstärkte Prägung der Forschungs- und Wissenschaftspolitik durch Termini aus der Betriebswirtschaft signalisierten. Dabei meinte »Effizienz« sowohl eine zumindest potenziell messbar erhöhte Produktivität der jeweiligen Einrichtung und der in ihr beschäftigten Personen als auch eine »Verschlankung« des Personalstands und der Entscheidungsprozesse im Betrieb – kurzum: »doing more with less«.<sup>274</sup> Nur mithilfe einer solchen Neuorientierung werde es möglich sein, hieß es immer wieder, die wissenschaftliche wie die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu sichern und dadurch auf die Herausforderung der Globalisierung zu antworten. Mit dem Prozess der deutschen Vereinigung hatte all dies insofern zu tun, als dass in dessen Rahmen bundesdeutsche Strukturwandlungen und Diskurse auf die NBL übertragen wurden. Allerdings blieben die NBL von der Notwendigkeit, mit einer politisch herbeigeführten Finanzknappheit umgehen zu müssen, wegen der massiven Transferleistungen im Rahmen des politischen Großprojekts »Aufbau Ost« zunächst ein Stück weit verschont.

Leendertz schreibt zu Recht, dass es »in der politischen Kommunikation der MPG« mit dem Amtsantritt Markls als Präsident »zu einer deutlichen Zäsur« gekommen sei, »die mit dem Durchbruch neoliberaler Politikkonzepte in der Bundesrepublik und einer Beschleunigung der Globalisierung zusammenfiel«; des Weiteren sieht sie in der Übernahme neoliberaler Terminologie auf diesem Gebiet eine »Ökonomisierung« des Diskurses um die Forschungsförderung.<sup>275</sup> Beispiele dafür wurden im vorigen und werden auch im vorliegenden Abschnitt

ralismus dieser Zeit und danach keinesfalls als einheitliche Doktrin, sondern vielmehr als ein »moving target« (24) aufzufassen sei. Fast paradox erscheint dabei der Siegeszug dieses Ansatzes (oder zumindest des Labels) in Staaten wie der Bundesrepublik – in denen eine Volkswirtschaft ohne staatliche Subventionen damals wie heute undenkbar ist –, obwohl er von Theoretikern wie Friedrich Hayek, wahrlich kein Freund des Staates, in die Welt gesetzt wurde.

273 Zur Einführung und Auswirkung des New Public Management an den Hochschulen in vergleichender Perspektive, vgl. u. v. a. Stefan Lange und Uwe Schimank, *Zwischen Konvergenz und Pfadabhängigkeit*, 2007, 522–548; Margrit Seckelmann: *Evaluation, Projectification, Governance by Numbers*, 2021, 133–142. Nicht zufällig war es, dass just zu dieser Zeit der Begriff einer reflexiven Modernisierung Konjunktur hatte. Vgl. Ulrich Beck, Anthony Giddens und Scott Lash: *Reflexive Modernisierung*, 1996.

274 Zur Analyse solcher Schlagwörter als kulturelle Kodes in diesem Zusammenhang vgl. Ruth Wodak: *Von Wissensbilanzen zu Benchmarking*, 2015, 367–388.

275 Ariane Leendertz: *Die Macht des Wettbewerbs*, 2022, 235–271, 243.

angeführt.<sup>276</sup> Dass dieser auf »Effizienz« ausgerichtete Diskurs reale Wurzeln in dem Zwang hatte, mit den Folgen kurzfristiger finanzieller Engpässe umgehen zu müssen, dürfte klar gewesen sein. Aber die strategischen Ziele des Managers Markl wie die des Ministers Rüttgers gingen über Coping-Strategien weit hinaus; beide sahen gerade in der Finanzknappheit eine Chance, strukturelle wie inhaltliche Prioritäten zu setzen und damit eine Reform des Forschungssystems insgesamt zu forcieren.

In Verbindung mit alledem lief die Debatte um eine Europäisierung der Forschungspolitik sowie um die verstärkte internationale Vernetzung von Forschungsförderungseinrichtungen, die ebenfalls als Antworten auf die Herausforderung der Globalisierung begriffen wurden. Diese Debatte hatte mit der deutschen Vereinigung zu tun, weil das neue Deutschland sich unter anderem auch über seine Einbindung in eine reformierte EU legitimieren sollte. Und sie hing mit der Trendwende zum Neoliberalismus zusammen, weil die »Konvergenzkriterien« des Maastricht-Vertrags von 1992, welche die Stabilität des Euro stützen sollten, ganz allgemein zur Forcierung einer auf »Effizienz« gerichteten Politik beitrugen. Des Weiteren ließ die rasant wachsende Förderungstätigkeit der neuen EU, die vornehmlich auf wirtschaftsnahe Forschung gerichtet war (und ist), eine Neupositionierung von auf Grundlagenforschung orientierten Einrichtungen wie die MPG notwendig erscheinen.

In diesem komplexen Zusammenhang versuchte Markl, parallel zu den Institutsneugründungen in den NBL und trotz (oder gar mithilfe) des Konflikts um die Institutsschließungen in den ABL, Wandlungen innerhalb der MPG insgesamt voranzubringen. Diese dieses Abschnittes ist, dass Markl eine Neuausrichtung der Ressourcenkonstellation MPG durch eine Hinwendung zu einer Gesamtstrategie anstrebte, die mit den strategischen Zielen von Rüttgers durchaus vereinbar war, aber sich zugleich an die von Zacher bereits eingeleiteten Reformen anschloss. Längerfristig betrachtet handelte es sich zumindest dem Ziele nach um die Fortsetzung der Transformation der MPG von einer Ansammlung autonom agierender Forschungsinstitute hin zu einem integrierten, von der Zentrale aus gesteuerten wissenschaftspolitischen Unternehmen.<sup>277</sup> Die neu gegründeten MPIs in den NBL hatten insofern Anteil an diesem Vorgang, als dass sie von vornherein von München aus betreut und zum Teil gesteuert worden waren.

Die Hinwendung zu einer Gesamtstrategie der MPG gestaltete sich in zwei Ausprägungen, die mit dem Umgang der allgemeinen Politik mit den großen Herausforderungen der 1990er Jahre korrespondierten. Im ersten Unterabschnitt wird der Schritt von einer von Zacher begonnenen Reform des Fachbeiratswesens

276 Allerdings greift die Analyse von Leendertz zu kurz, denn sie bezieht sich allein auf öffentliche Diskurse und lässt die Verwaltungsebene und das Spannungsverhältnis zwischen dem Diskurs des NPM und dem an der öffentlichen Verwaltung angelehnten Normaljargon weitestgehend außer Acht.

277 Balcar und Renn, Governance der MPG, in Vorbereitung, sprechen von einer Transformation der MPG »von einer reinen Dachorganisation für diverse Forschungseinrichtungen zu einer integrierten Wissenschaftsgesellschaft«.

hin zu einer Gesamtevaluierung der MPG und ihrer Institute im Rahmen der vom Bund und von den Ländern beauftragten so genannten »Systemevaluation« der DFG und der MPG sowie deren Folgen zu besprechen sein. Im zweiten Unterabschnitt werden die Herausforderung der Globalisierung und der damit zusammenhängende Versuch, die Aktivitäten der MPG auf mehreren Wegen verstärkt zu internationalisieren, behandelt.

#### 4.3.1 Von der Reform des Fachbeiratswesens zur »Systemevaluation«

Eine Evaluierung der MPG und ihrer Institute war schon vor dem Amtsantritt Markls in der Senatssitzung vom November 1995 Thema einer ausführlichen Debatte.<sup>278</sup> Anstoß dazu war ein von Zacher bekanntgegebener BLK-Beschluss vom September: »Bund und Länder streben die Evaluation aller gemeinsam geförderten Forschungseinrichtungen bei Erhalt der Ressourcen für die Forschung und mit Stellentransfermöglichkeit zwischen den Bereichen [...] an.« Die Konferenz der Ministerpräsidenten hatte diese Forderung in ihren grundlegenden Beschluss zur Fortsetzung der »5×5-Prozent-Regelung« zur staatlichen Förderung der DFG und der MPG um weitere vier Jahre aufgenommen – allerdings, wie Zacher spitz anmerkte, »ohne den Zusatz zum Erhalt der Ressourcen und zum Stellentransfer«.<sup>279</sup> Damit hatten die Länderchefs die Fortsetzung des erhöhten Budgets der MPG mit einer Evaluierungsforderung bewusst verknüpft. Dieses Junktim sollte im Zusammenhang mit der Erhöhung des Länderanteils an der Gemeinschaftsfinanzierung der MPG im Januar 1997 wiederholt werden.

Es folgte eine längere Grundsatzdiskussion zum Thema externe Evaluierung von MPIs, welche die schon lang laufende öffentliche Debatte zum Thema Evaluierung ins Haus holte.<sup>280</sup> Allen Beteiligten war klar, dass es um die Autonomie der MPG insgesamt wie auch um die Eigenständigkeit, sprich den Machterhalt der Institutsdirektoren, ging. Zacher stellte fest, dass »eine bereichsspezifische Evaluation [...] in einem gewissen Spannungsverhältnis zur durchgängigen Selbstevaluation der jeweiligen Einrichtungen« stehe, und verwies auf die langjährig eingeübte Evaluationspraxis der MPG, die »vielfältig, komplex und umfassend« sei. Neben der bei Berufungen sehr eingehenden Ex-ante-Evaluierung

278 Niederschrift der 141. Sitzung des Senats vom 17.11.1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 8–10.

279 Ebd., fol. 7 recto.

280 Zum Folgenden vgl. ebd., insbesondere fol. 8 recto und verso. Zur Debatte um die Evaluation vgl. u. v. a. Hans-Martin Barthold: Daumenschrauben für Dozenten. Evaluation soll die Hochschul-Qualität sichern – Doch wer evaluiert wen? *Die Welt*, 18.12.1996, AMPG, Abt. II, Rep. 71, Nr. 339; fot. 33; Editorial: Evaluationen. Mode oder Notwendigkeit? *Wissenschaftsmanagement* 6, November/Dezember 1996, 29, ebd., fot. 341; Fritz Süllwold: Fehler und Fallen. Anmerkungen zur Evaluation von Forschung und Lehre. *Forschung & Lehre* 4, 1997, AMPG, Abt. II, Rep. 71, Nr. 340, fot. 24–27.

und dem Fachbeiratswesen nannte Zacher die Prüfung der Leitungsbefugnis von MPI-Direktor\*innen durch den VR alle sieben Jahre als Elemente dieser Praxis. HRK-Präsident Erichsen meinte hingegen, dass Selbstevaluierungen leicht in »ein selbstreferentielles System« münden könnten, und die anwesenden Politiker Ehrhardt und Biedenkopf warnten angesichts der bekannten Mittelknappheit davor, externe Evaluierungen als »Modeerscheinung« abzutun; vielmehr sollte die MPG das Thema »sehr offensiv« angehen.

Genau dies tat Markl. Seine Absichten formulierte er in seiner bereits zitierten Antrittsrede bei der Festversammlung in Saarbrücken im Juni 1996. Dort trat er für eine flächendeckende, periodische Evaluierung aller MPIs unter dem Vorzeichen Spitzenforschung/Exzellenz ein und machte klar, dass es dabei im Unterschied zum bisherigen MPG-internen Verfahren Gewinner und Verlierer geben sollte. Demnach sollte es möglich sein, »Ressourcen zu stärken«, aber auch »Ressourcen maßvoll zu mindern und dadurch mehr Flexibilität« (das heißt Mittel und Stellen für Neuberufungen) »zu gewinnen«.<sup>281</sup> Mit diesem Programm knüpfte Markl an die Bemühungen seines Amtsvorgängers um eine Reform des Fachbeiratswesens an, aber sein Ziel war höhergesteckt. Die Umverteilung finanzieller und institutioneller Ressourcen innerhalb der MPG, die Zacher im Wesentlichen über die Schließung von Abteilungen nach der Emeritierung oder Pensionierung ihrer Leiter\*innen zustande bringen wollte, sollte nach Markl auch auf dem Wege der Evaluation legitimiert werden.

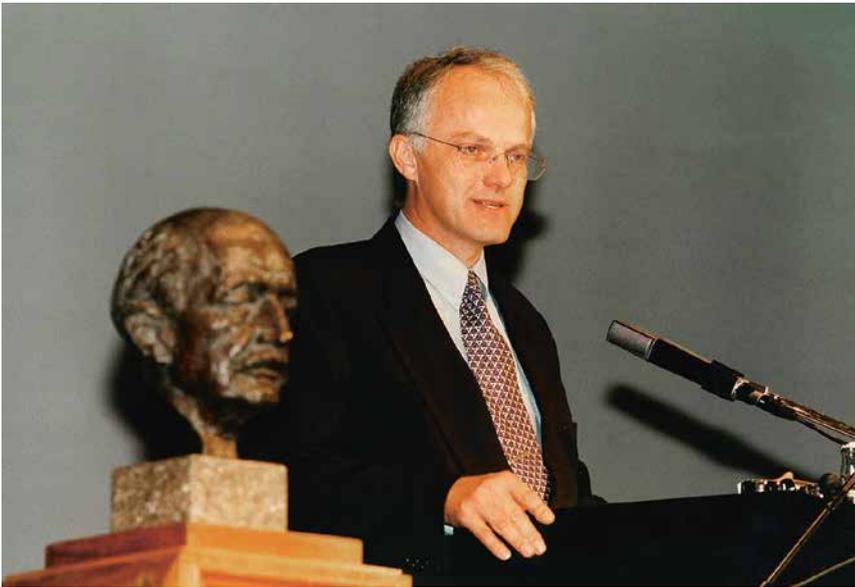
Der Vorstoß Markls fügte sich in die oben erwähnte, zur selben Zeit eingeleitete Trendwende der deutschen Wissenschafts- und Forschungspolitik nahtlos ein. Rüttgers (Abb. 29) hatte Zacher schon im Frühjahr 1996, also noch vor seiner Amtsübernahme und vor den Institutsschließungen, mitgeteilt, dass er die deutsche Forschung insgesamt reformieren wolle, die MPG lasse er aber zunächst »außen vor«, um Markl Zeit zu geben, sich einzuarbeiten.<sup>282</sup> In der Folge kam ein merkwürdiges Parallelspiel zustande: Während Markl sich wie oben berichtet in der Schließungsdebatte mit Rüttgers ohne Scheu anlegte, waren die beiden in Sachen Reform des Forschungssystems eigentlich Partner.

Das Strategiepapier von Rüttgers trug den Titel »Innovationen durch mehr Flexibilität und Wettbewerb. Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft« und enthielt nicht nur im Titel zahlreiche Beispiele der von Leendertz beschriebenen diskursiven Wende zum neoliberalen Jargon.<sup>283</sup>

281 Hubert Markl: *Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 1996, 27–43, 37.

282 Zacher. Vermerk zum Gespräch mit Minister Jürgen Rüttgers, 13.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 350, fol. 19. Freilich scheint die Evaluierungsfrage zu diesem Zeitpunkt für Rüttgers noch keine große Rolle gespielt zu haben. Als Rüttgers gefragt wurde, was er von den Beschlüssen der Regierungschefs zur Evaluation hielt, konnte er sich daran offenbar nur mühsam erinnern, ebd., fol. 24.

283 Zum Folgenden vgl. das Strategiepapier »Innovationen durch mehr Flexibilität und Wettbewerb. Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft« (Tischvorlage). Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 131–139.



**Abbildung 29:** BM Jürgen Rüttgers (CDU) als Grußredner bei der Festversammlung der MPG am 4.6.1997 in Bremen. Foto: Archiv der MPG, Berlin-Dahlem

So hat sich das Bundeskabinett nach Rüttgers am 10. Juli »verständnis, eine Reihe von Maßnahmen« zu »entwickeln, um im Bereich der gemeinsamen Forschungsförderung durch Bund und Länder eine möglichst effiziente und innovationsorientierte Nutzung der Ressourcen zu erreichen, den Wettbewerb im Rahmen erweiterter Flexibilität und Eigenverantwortung zu stärken, die Heranbildung qualifizierten Nachwuchses verstärkt zu fördern sowie die Verfahren der gemeinsamen Förderung zu vereinfachen und zu beschleunigen«.<sup>284</sup>

Worin diese Maßnahmen bestehen sollten, wurde im Papier noch nicht konkretisiert. Der Absatz im Text über die MPG klang zunächst wenig bedrohlich. Dort ist vom eigenen Anspruch der MPG, Centers of Excellence zu schaffen, sowie davon, dass die MPG für die eigene Qualitätsprüfung selbst sorgt, die Rede. In einem Satz stand jedoch ein kodierter Hinweis darauf, was kommen sollte:

Für die Max-Planck-Gesellschaft wurde bereits ein hohes Maß an Flexibilität und Selbstständigkeit erreicht. Der BMBF setzt sich dafür ein, diesen Weg fortzuführen, um das hohe Niveau durch Stärkung der Eigenverantwortlichkeit zu sichern und insbesondere den weiteren Ausbau in den neuen Bundesländern durch größtmögliche Flexibilität zu erleichtern.<sup>285</sup>

284 Ebd., fol. 131.

285 Innovationen durch mehr Flexibilität und Wettbewerb, ebd., fol. 134.

Die Länderkonferenz hatte sich dieser Trendwende mit ihrem bereits erwähnten Evaluationsbeschluss vom Oktober 1996 anzuschließen begonnen. Sie präziserte diese Forderung im Dezember, und zwar in der gleichen Sitzung, in deren Rahmen die Sitzlandanteile der Förderung der MPG wie der Institute der Blauen Liste neu geregelt wurden; so sollten »im kommenden Jahr alle von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen auf ihre Leistungsfähigkeit überprüft werden. Dabei wollen Bund und Länder ihre Forschungsausgaben nicht insgesamt reduzieren, aber die Möglichkeit für neue Schwerpunkte und Stellenverlagerungen schaffen.«<sup>286</sup> So stellte man bewusst einen Konnex zwischen Evaluierung und staatlicher Steuerungspolitik her.

Der BLK-Beschluss vom 17. Februar 1997 ging darüber hinaus und lautete, dass die DFG und die MPG »einer wissenschaftlichen Systemevaluation zu unterziehen« seien.<sup>287</sup> Wilhelm Krull meint wohl zu Recht, dass damit die seinerzeit von Riesenhuber barsch abgelehnte (von Krull seinerzeit mitgeschriebene) Empfehlung des WR von 1990, die deutsche Vereinigung nach der Evaluierung der AdW-Einrichtungen als Chance zur kritischen Sichtung und Prüfung auch des bundesdeutschen Wissenschaftssystems zu nutzen, verspätet, aber »doch noch ein wissenschaftspolitisches Echo« gefunden habe.<sup>288</sup> Die vom WR organisierte flächendeckende Evaluierung der AdW-Institute in den Jahren 1990/1991 hatte die Machbarkeit von derart ambitionierten Evaluierungsvorgänge belegt; gelegentliche Hinweise deuten darauf hin, dass man diesen Präzedenzfall MPG-intern auch so wahrnahm.<sup>289</sup>

Auch die MPG-innenpolitischen Argumente, die Markl im Senat für den Schritt zur flächendeckenden Evaluierung aufbot, bezogen sich zum Teil auf den

286 Länderanteile der Forschungsförderung neu geordnet. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 1/2, 6.1.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 339, fot. 6–7; Forschungsförderung wird neu aufgeteilt. Länder mit mehr Max-Planck-Instituten müssen mehr für den Unterhalt ihrer Forschungseinrichtungen zahlen. *Süddeutsche Zeitung*, 28.12.1996, ebd., fot. 8.

287 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 17 verso. Osganian und Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022, 76, Fn. 330, übernehmen die interessante Behauptung aus der Literatur, dass der Terminus »Systemevaluation« »insbesondere durch die MPG geprägt wurde«. Tatsächlich scheint der Terminus bereits 1996 auf, aber nicht nur wie behauptet in »internen« Dokumenten der MPG, sondern in der gemeinsamen, an die BLK gerichtete Stellungnahme der DFG und MPG zum Thema Evaluation (siehe unten). Daraufhin übernahm die BLK den Begriff »Systemevaluation«, und zwar in dem eben zitierten Beschluss vom 17.2.1997 und nicht erst 1999, wie Osganian und Trischler zu meinen scheinen.

288 Wilhelm Krull und Simone Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation, 2006, 200–235, 204. Zur damaligen Ablehnung von Evaluierungen im Westen durch Riesenhuber vgl. Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5.3.2019. DA GMPG, ID 601048. Zur Fehlwahrnehmung dieser hoffnungsvollen Stellungnahme als »implizites Versprechen« vgl. Marie-Christin Schönstädt: »Eine neue gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt«, 2019, 392–405.

289 Zu den Evaluierungen der AdW-Institute als Präzedenzfall für die Systemevaluation vgl. Krull und Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation, 203.

Prozess der deutschen Vereinigung. So bestand für Markl angesichts des bevorstehenden Endes des Aufbauprogramms in den NBL die »Gefahr, dass in der Gesellschaft der Eindruck entstehe, nach der intensiven Gründungsarbeit auf lange Zeit keine neuen Themen mehr in Angriff nehmen zu können und angesichts der auferlegten Stellenablieferungen sich letztlich in einer Abwärtsspirale zu befinden.«<sup>290</sup> Deshalb wollte er eine »Perspektivendiskussion« anstoßen, die sich aber seiner Auffassung nach nicht wie 1993/1994 auf Neugründungen beschränken sollte. Vielmehr müsse »zunächst in einer Art wissenschaftlicher Bewusstseinsforschung festgestellt werden, wo die MPG in den verschiedenen Wissenschaftsfeldern stehe und welche Richtung ihre Institute aus wissenschaftlicher Sicht einschlagen sollten«; weil Neues »zwischen etablierten Gebieten« entstehe, sei es an der Zeit, »sich selbst immer wieder in Frage zu stellen und neue wissenschaftliche Potentiale zu erkennen.«<sup>291</sup> In solchen Formulierungen kam die reflexive Dimension dieser Reform deutlich zum Vorschein.

Als Antwort auf den Vorgänger zum eben genannten BLK-Beschluss setzte der Intersektionelle Ausschuss des WR-MPG eine Arbeitsgruppe zum Thema »Evaluation« unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des WR-MPG Balthes und Weinerts als Vertreter des Vizepräsidentenkreises ein. Aufgaben der Arbeitsgruppe sollten sein, »die Rolle der MPG im Zusammenspiel mit den anderen Forschungsförderungs-Organisationen zu prüfen und Stellung zu nehmen darüber, ob an der schon abgeschlossenen Selbstevaluierung weitere Reformen nötig seien.«<sup>292</sup> Wieder einmal erwies sich die Ressource Zeit als treibende Kraft des politischen Geschehens. »Aufgrund des großen Zeitdrucks seitens der Politik«, berichtete Balthes später, wurde die AG eingesetzt, ohne eine Bestätigung durch den WR-MPG abzuwarten.<sup>293</sup>

Binnen weniger Monate hatte die AG ihre Arbeit abgeschlossen, eine gemeinsame Stellungnahme mit der DFG erarbeitet und diese der BLK übergeben.<sup>294</sup> Darin unterschied man eine auf ganze Forschungseinrichtungen bezogene »Systemevaluation« von der seit Langem praktizierten auf einzelne Institute oder Projekte bezogenen »Detailevaluation«, bezeichnete die »notwendigen Rahmenbedingungen einer möglichen systemischen Evaluation« mit »Produktivitätsindikatoren«, mahnte die Beachtung disziplinärer Unterschiede an und machte mögliche externe Evaluatoren\*innen namhaft. Man könnte fast sagen, dass die

290 Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 6 recto.

291 Ebd.

292 Niederschrift der 142. Sitzung des Senats vom 15.3.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 6 recto.

293 Ergebnisprotokoll über die 59. Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft vom 17.10.1996 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62 WR.59.

294 Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft an die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, o.D. Materialien für die 144. Sitzung des Senats der MPG vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 150–152.

Vertreter\*innen der DFG und der MPG der BLK die Bedingungen der eigenen Qualitätskontrolle vorgeschlagen hätten.

In einem Brief an die Mitglieder des WR-MPG umriss Markl das politische Tauschgeschäft, das hinter all dem Wirbel um Evaluation stand:<sup>295</sup> Der BLK-Beschluss

zielt klar auf eine verstärkte Evaluation und eine daran anknüpfende erfolgsorientierte Ressourcenallokation. Bei allen politischen Gesprächen, die ich in letzter Zeit geführt habe, ist unmissverständlich deutlich geworden, dass angesichts der immer knapper werdenden Haushaltsmittel die von der MPG geforderte Budgetierung des Haushalts untrennbar gekoppelt sein wird mit der Erwartung, einen optimalen – und d. h. erfolgsorientierten – Einsatz und die Fähigkeit, den Förderungsträgern Rechenschaft darüber abzulegen.

Dabei sei der MPG in Sachen Eigenverantwortung »offensichtlich eine Vorreiterrolle zugedacht; sie soll quasi als ›Testfall‹ dienen«. Tun wir es also nicht selbst, werden andere, »die möglicherweise weniger Kompetenz besitzen oder wenigstens der Forschung ferner stehen, das Projekt in die Hand nehmen«.<sup>296</sup> Hier wie im Falle der Institutsschließungen ging es nach der Einschätzung Markls um den Nachweis, dass die MPG in der Lage sei, die vom Staat verlangten Struktur-reformen wie die von demselben angeforderten Stelleneinsparungen selbst vorzunehmen und damit ihre Autonomie zu verdienen.

Parallel zur Vorbereitung der »Systemevaluation« ging es MPG-intern weiter mit einem noch brisanteren Projekt – der regelmäßigen Evaluierung der Leistungen der Institutsdirektoren der MPG und einer damit verbundenen Neuformulierung der Berufungszusagen. Markl stellte dieses Projekt im Senat als »im Grunde eine Konsequenz der Fortentwicklung des Fachbeiratswesens«, das unter Zacher reformiert worden war, sowie als Ergänzung der ohnehin bestehenden Prüfung in Verbindung mit der Verlängerung der Leitungsbefugnis im VR dar.<sup>297</sup> Tatsächlich hatte der VR 1994 schon beschlossen, eine solche Umverteilung der Forschungsmitteln der MPG »zu erproben«.<sup>298</sup> Dass dieser Schritt Bedenken hervorrufen würde, war vorherzusehen. Schließlich handelte es sich um hochrangige Wissenschaftler\*innen, für die eine hohe Ausstattungsgarantie und eine faktisch uneingeschränkte Autonomie in der Festlegung von Forschungsprogrammen wie in der Personalauswahl zu den Gründen gehört hatten, MPI-Direktor\*in werden zu wollen. Neben vertragsrechtlichen Bedenken (Wie sind Ausstattungen im Berufungsvertrag unbefristet zu garantieren, wenn sie später zurückgefahren

295 Zum Folgenden vgl. Markl an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, 1.10.1997. Materialien für die 149. Sitzung des Senats der MPG vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 259–263, 261.

296 Markl, Brief an die Mitglieder, ebd.

297 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 9 verso.

298 Niederschrift der 161. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.3.1994 in Stuttgart-Vaihingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 6 recto.

werden dürfen?) wurde in der Tat angewendet, dass eine solche Regelung die in der Satzung garantierte Freiheit der Themenwahl eines MPI-Direktors begrenze.<sup>299</sup> In einer Klausursitzung mit den Vizepräsidenten sagte Markl offen, dass diese Maßnahme als eine »maßvolle Einführung eines Wettbewerbs unter den Wissenschaftlern zu verstehen ist.«<sup>300</sup> Zur selben Zeit bekundete die neu umbenannte Helmholtz-Gemeinschaft ihre Bereitschaft, Wettbewerb unter den GFE zuzulassen, allerdings nur im Rahmen eines Strategiefonds, der insgesamt 5 Prozent der Fördersumme ausmachte.<sup>301</sup>

Das alles sollte mit einer umfassenden Reform des Fachbeiratswesens verbunden werden, welche unter anderem eine Neubestimmung der Wahl des FB-Vorstandes, eine Erweiterung der FB-Mitgliedschaft um zusätzliche auswärtige Kolleg\*innen, die Markl »Wächter des Verfahrens« nannte, sowie eine verstärkte Tätigkeit des FB selbst beinhaltete, indem in jeder dritten Sitzung eine Prüfung der Leistungserfolge des jeweiligen MPI in Vorbereitung des VR-Beschlusses abzuhalten sei. Diese Reform wurde zwar im Herbst 1996 angestoßen,<sup>302</sup> aber erst im März 1998 beschlossen. Strukturell betrachtet galt weiterhin wie zum Beispiel bei der Reform der Leitungsebene 1995 der Grundsatz: Alles, aber keine Satzungsänderung! Dementsprechend sollten und wurden die Gremien, die in der Satzung standen, unter Neugestaltung ihrer Tätigkeit und Bedeutung beibehalten.

Der Beschluss, der in der Senatssitzung im Juni 1998 nach komplexen Beratungen und Änderungen in den Gremien zustande kam, hatte es trotzdem in sich: Nach einer Leistungsprüfung alle sechs Jahre sollte der VR auf Vorschlag des Präsidenten die zugesagte Mindestausstattung eines MPI um bis zu 25 Prozent erhöhen oder reduzieren dürfen; eine Reduzierung sollte auch möglich sein, wenn Bund und Länder die Höhe der Finanzierung der MPG insgesamt veränderten.<sup>303</sup>

Ebenfalls im Sinne einer Verbindung der Effizienzsteigerung mit einer Verstärkung der Zentrale auf Kosten der Autonomie der einzelnen Institutsdirektoren ist die in derselben Senatssitzung beschlossene Neuregelung unbefristeter Verträge zu begreifen. Zacher hatte schon mehrfach darauf hingewiesen, dass eine hohe Zahl unbefristeter Mitarbeiter\*innen zum wissenschaftlichen Stillstand an

299 R. K. H. Kinne (MPI für Molekulare Physiologie) an Markl, 19.6.1998. Materialien zur 149. Senatssitzung des Senats vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 154–155.

300 Klausursitzung des Präsidenten mit der Generalsekretärin, dem Stellvertretenden Generalsekretär, den Vizepräsidenten, den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates und der Sektionen und der in den Senat gewählten wissenschaftlichen Mitarbeiter am 5.11.1997. Auszug aus dem Protokoll, ebd., fol. 254.

301 Deutsche Großforschung bereit zum Wettbewerb. Helmholtz legt sich einen (kleinen) »Strategiefonds« und einen Senat zu. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 47, 18.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 338, fol. 375.

302 Vgl. hierzu Vermerk Steins an Herrn Präsidenten: Evaluierung in der MPG: Weitere Optimierung des Fachbeiratswesens, 5.11.1996. Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 159–166 recto.

303 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats der MPG vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 149.SP, fol. 9 verso – 10 recto.

den MPIs führen und die Innovationschancen durch Neuberufungen erheblich hemmen könne. Dem standen die Interessen der Mitarbeiter\*innen an geregelten Lebensverhältnissen und klaren Zukunftsperspektiven gegenüber, die auch im Senat, und zwar nicht nur vom GBR, verfochten wurde. Laut eines Berichts in den Materialien zur Senatssitzung habe sich die Lage »in den letzten Jahren gebessert«, doch lag bei mehreren Instituten der Anteil unbefristet besetzter Stellen noch immer bei über 50 Prozent.<sup>304</sup> Nach einem Austausch bekannter Argumente beschloss der Senat, dass (1) Entfristungen nunmehr nur mit einstimmigem Beschluss des Kollegiums begründet werden, (2) ansonsten und auch dann, wenn mehr als die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen an einem Institut unbefristet beschäftigt werden sollten, solle dies der Zustimmung des fachlich zuständigen Vizepräsidenten bedürfen. Last, but not least (3) sollte jedes Wissenschaftliche Mitglied selbst »dafür Sorge tragen, dass zum Zeitpunkt seiner Emeritierung mindestens die Hälfte der Wissenschaftlerstellen seines Arbeitsbereichs besetzbar ist.«<sup>305</sup>

Als weitere nachhaltige Effizienzsteigerung, die direkt im Zusammenhang mit dem Prozess der deutschen Vereinigung stand, war die von der neuen GS Bludau vorgenommene Neuorganisation der GV im Rahmen der Reform der administrativen Strukturen der MPG insgesamt (»Strukturreformprojekt«) gedacht, die durch einen Lenkungsausschuss beschlossen und anschließend vom VR im April und im Senat im Juni zur Kenntnis genommen wurde.<sup>306</sup> Die Neustrukturierung ging unter anderem aus Vorschlägen der Boston Consulting Group hervor, also handelte es sich von außen betrachtet um eine mustergültige Einführung des NPM auch außerhalb der Hochschulen.<sup>307</sup> Vor dem VR begründete Bludau diesen Schritt rein betriebswirtschaftlich: Es handele sich um eine Neugruppierung der die Institute betreffenden Abteilungen in dem einem/einer Stellvertretenden Generalsekretär\*in unterstellten Bereich, die Zusammenführung der Institutsbetreuungen in einer eigenen, sektionsbezogen gegliederten Abteilung und die Schaffung einer zentralen Ressourcenabteilung. Ziel sei es, »eine deutliche Verringerung der Zahl der Schnittstellen und damit eine Optimierung möglichst vieler Arbeitsabläufe [zu] erreichen«. Den Bezug zum Vereinigungsprozess stellte Bludau im Senat her: Bisher sei die GV an neue Aufgaben nur stückweise angepasst worden. Mit der starken Expansion infolge der deutschen Vereinigung von 60 auf circa 80 Institute war »deutlich geworden, dass die Gesellschaft mit diesen (bislang immer nur fallweise angepassten) Strukturen nicht mehr effizient arbeiten« könne. Die Umstellung sollte bereits am 1. Juli beginnen und unter Nutzung

304 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats der MPG vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt. 149.SP, fol. 10 recto und verso.

305 Ebd., fol. 10 verso.

306 Niederschrift über die 174. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21.4.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 174.VP, fol. 3–4.

307 Im Interview danach gefragt, ob sie ihre Arbeit unter dem Stichwort »New Public Management« betrachte, meinte sie, der Begriff sei ihr »zu hochtrabend«. Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 2.6.2022. DA GMPG ID 601097.

ohnehin anstehender Pensionierungen ohne Kündigungen bis zur Fertigstellung des neuen Gebäudes der GV in zwei Jahren realisiert werden. Markl merkte dazu ahnungsvoll an, dass das alles »nicht ohne Diskussion« gehen werde.<sup>308</sup>

Derweil wurden umfangreiche Unterlagen für die »Systemevaluation« erarbeitet, darunter Antworten auf einen extensiven Fragekatalog des Evaluierungsausschusses über den Aufbau des deutschen Forschungssystems, die Strukturen der AUFE im Allgemeinen und andere Basisinformationen, die wohl der Orientierung der externen Evaluator\*innen dienen sollten, sowie eine umfangreiche Selbstevaluation.<sup>309</sup> Unter den Mitgliedern des international besetzten Evaluationsausschusses waren Kolleg\*innen wie die Wissenschaftsforscherin Helga Nowotny, die von DFG und MPG in ihrem damaligen Bericht vorgeschlagen worden waren. Der MPG-Leitung ebenfalls gut bekannt war der Vorsitzende, Richard Brook, Chief Executive des Engineering and Physical Sciences Research Council, der von 1988 bis 1991 als Direktor am MPI für Metallforschung in Stuttgart tätig gewesen und 1996 auf einem Symposium über die Internationalität der Forschung auf Schloss Ringberg aufgetreten war.<sup>310</sup> Es mag zu weit gehen zu behaupten, dass die MPG mit sich selbst verhandelte, doch stimmig bleibt der Hinweis von Krull und Sommer darauf, dass nicht nur in diesem Falle eine internationale Zusammensetzung des evaluierenden Gremiums und eine Kollektive als Evaluierungsgegenstand dazu tendiert hätten, das jeweilige Urteil zu mildern.<sup>311</sup>

Die Ergebnisse der »Systemevaluation« der DFG und der MPG legte die BLK 1999 im Bericht *Forschungsförderung in Deutschland* vor. Der Kernbefund des Berichtsteils, der die MPG betraf, stand in einem lapidaren Satz: »Die Erneuerungsfähigkeit der MPG kann nicht allein aus den Instituten und Sektionen heraus gesichert werden«; vielmehr bedürfe es, um der »Gefahr eines strukturellen Konservatismus« zu begegnen, einer verstärkten Flexibilität und Strategiefähigkeit, die nur über das Präsidium zu erreichen seien.<sup>312</sup> Der kritische Befund bezüglich des Strukturkonservatismus konnte in der vorliegenden Studie sowohl für das

308 Niederschrift des 146. Sitzung des Senats der MPG vom 5.6.1997 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 146.SP, fol. 8 recto. Vgl. hierzu Balcar und Renn, Governance der MPG im Wandel, in Vorbereitung, Abschnitt 5. Tatsächlich wurde diese Reorganisation in den Instituten nicht begrüßt, weil die Institutsleitungen dadurch ihren unmittelbaren Zugang zum Leitungspersonal der Gesellschaft verloren. Bludau berichtet im Interview, dass die Vereinheitlichung der Institutsbetreuung auch dazu gedacht gewesen sei, die Unterschiede zwischen »Insidern« und weniger gut informierten Institutsleitern zu beenden. Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 2.6.2022. DA GMPG ID 601097.

309 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats der MPG vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 5 verso.

310 Wenn Wissenschaftler über sich selbst spotten. *Süddeutsche Zeitung*, 30.5.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 336, fot. 453.

311 Wilhelm Krull und Simone Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation, 207.

312 BLK: *Forschungsförderung in Deutschland*, 1999, 39, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 152.SP, fol. 256 recto und verso. Hervorhebung durch MGA.

zähe Festhalten an dem überkommenen Prozedere für Neuvorhaben als auch bezüglich der Tendenz zur nachholenden Innovation für die ersten MPI-Gründungen in den NBL bestätigt werden, obwohl man eine durchaus flexible Handhabung dieser Prozedere an den Tag gelegt hatte. Für die zweite Gründungswelle traf dieser Befund hingegen nicht unbedingt zu, wie die radikalen Wandlungen bisheriger Vorgangsweisen 1993/1994 und die zum Teil thematisch innovativen Neugründungen belegen.

Die Folgen der deutschen Vereinigung für die MPG insgesamt wurden im Bericht allerdings nur einmal direkt angesprochen. Durch die Expansion in die NBL seien dem Bericht zufolge »Grenzen der Selbstständigkeit der MPG deutlich« geworden, die sich vor allem durch die Berücksichtigung »regionaler Verteilungsgesichtspunkten« bei der Standortwahl der neuen Institute gezeigt hätten.<sup>313</sup> Dieser Befund traf wohl zu; dass derartige regionalpolitische Rücksichtnahmen aufgrund des bundesdeutschen Föderalismus auch in der alten Bundesrepublik vorgekommen waren, blieb aber unerwähnt.<sup>314</sup>

Ansonsten verlief diese arbeitsreiche Übung für die MPG relativ glimpflich, zumal man schon dabei war, Empfehlungen wie eine Verstärkung der Zentrale, die Flexibilisierung der Berufungszusagen und eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Universitäten umzusetzen. Im Begleittext zum Bericht für den Senat hieß es dementsprechend: »Die Max-Planck-Gesellschaft sieht sich für die Umsetzung der einzelnen Empfehlungen aufgrund bereits eingeleiteten Reformmaßnahmen [...] gut vorbereitet und betont ihre grundsätzliche Bereitschaft, die eigenen Verfahren und Programme fortzuentwickeln.«<sup>315</sup> Unter dem Strich bedeutete dieser Satz faktisch, dass die MPG nun auch diese Aufgabe erledigt habe, wie sie es tun wollte, und damit Eingriffe von außen erfolgreich abgewehrt habe.

Tatsächlich setzte die MPG die begonnene Reform ihres eigenen Evaluierungssystems fort, indem sie von der regemäßigen Evaluierung einzelner MPIs und Direktor\*innen durch die Fachbeiräte zu einer »erweiterten mittelfristigen Evaluation« mehrerer, in »Forschungsfeldern« zusammengefasster MPIs schritt. In einem Bericht dazu nach Abschluss der ersten Begutachtungen im neuen Modus vier Jahre später meinte Brook, der nunmehr in den Senat der MPG gewählt worden war, dass sich dieser Schritt »trotz des großen zeitlichen und organisatorischen Aufwands gelohnt habe und die Bewertungen sehr beeindruckend seien. In den vorliegenden Berichten werde auch deutlich, dass es kein Tabu-Thema gegeben hätte.«<sup>316</sup> Dem stimmte sogar der neue GBR-Vorsitzender Dirk Hartung

313 Ebd., 33–34, fol. 259 recto.

314 Vgl. das im Abschnitt 2.2 berichtete Eintreten Marianne Tidicks zugunsten eines zweiten MPI in Schleswig-Holstein im Grußwort zur Festversammlung in Lübeck-Travemünde im Juni 1990 und die Antwort Heinz Staabs darauf.

315 TOP 3: Systemische Evaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft (Bericht). Materialien zur Sitzung des Senats vom 10.6.1999 in Dortmund. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 152.SP, fol. 235–236 recto.

316 Niederschrift der 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 14 verso.

zu; die Evaluator\*innen seinen »mutig« gewesen, denn sie hätten »nicht nur Aussagen zur Qualität der Forschung getroffen«, sondern auch empfohlen, »dass die Managementqualifikationen einzelner Direktoren systematisch gepflegt werden sollten«. <sup>317</sup>

Im Hinblick auf die damalige Hoffnung der allgemeinen Politik darauf, dass derartige Aktionen eine erhöhte »Effizienz« im Wissenschaftsbetrieb und strategische Umschichtungen, womöglich auch konkrete Ersparnisse bringen würden, liegt ein ironischer Befund vor. Sollte man sich das Ganze wirklich zweckrational gedacht haben, dann waren der große Aufwand und die hohen Kosten der »Systemevaluation« im Falle der MPG jedenfalls kaum gerechtfertigt, zumal sie sich ohnehin auf diesem Pfad befand; so hat ausgerechnet ein neoliberaler Ansatz in ein ökonomisch irrationales Verfahren gemündet. Denkt man solche Verfahren stattdessen kultursoziologisch, wie Barbara Stollberg-Rilinger neuerlich vorgeschlagen hat, dann ergibt sich ein anderer zutreffender, aber ebenfalls ironischer Befund: »Im Evaluierungsgeschehen werden die Regeln der Alltagsökonomie außer Kraft gesetzt; in der demonstrativen Verausgabung von Zeit, Energie und Papier versichern sich die Beteiligten wechselseitig ihrer sozialen Zusammengehörigkeit.« <sup>318</sup>

### 4.3.2 Verstärkte Internationalisierung

Den politischen Kontext dieses Teiles der Strategie Markls bildete die eingangs erwähnte Globalisierungsdebatte. Und wieder war es Rüttgers, der den Ton anzugeben versuchte. In seiner Stellungnahme anlässlich der Vorstellung des Berichts des Bundeskabinetts zur Globalisierung im September 1996 konzentrierte er sich dabei komplett auf FuE-Ausgaben, aber die Überschriften der angepeilten »Maßnahmenpakete« signalisierten eine Richtung, die durchaus auch auf die Forschungspolitik insgesamt übertragbar war: innovative Netzwerke und gemeinsame »Leitprojekte«, Wettbewerb und bewusste Flexibilität in den Forschungseinrichtungen sowie Konzentration der EU-Förderung. <sup>319</sup> Auffallend ist jedoch, dass in diesen Statements die Grundlagenforschung und die MPG kaum vorkamen.

Die Mitglieder der MPG wie die ihrer Vorgängereinrichtung KWG waren schon immer international unterwegs, aber die Wissenschaftsaußenpolitik der MPG als Institution hatte mehrere Wandlungen durchlebt. <sup>320</sup> Zur selben Zeit wie die Umsetzung der »Systemevaluierung« und die parallel eingeführten internen Re-

317 Ebd.

318 Barbara Stollberg-Rilinger: *Evaluation*, 2021, 115–116.

319 BMBF-Pressemitteilung. Rüttgers: Bundesregierung nimmt Herausforderung der Standortkonkurrenz an. Anlässlich der Vorstellung des Kabinettsberichts zur Globalisierung, 2.9.1996, AMPG, II: Abt., Rep. 71, Nr. 337, fot. 368–373. Politisch pointierter: vgl. ders.: Wandert der Wohlstand aus? Es hat keinen Sinn, über die Folgen der Globalisierung zu jammern. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.8.1996, ebd., fot. 320–322.

320 Vgl. hierzu im Detail Carola Sachse: *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023.

formen setzte Markl eine verstärkte Internationalisierung der Perspektiven und Tätigkeiten der MPG bewusst auf die Tagesordnung – und zwar buchstäblich: In den Senatssitzungen überließ er ab 1998 einen Teil des eigenen Berichts der GS, einem\*einer der Vizepräsident\*innen oder anderen MPG-Mitgliedern, die als Beauftragte für Europapolitik, Osteuropa oder China auftraten.<sup>321</sup> Im Perspektivenbeitrag zum Thema im *MPG-Jahrbuch* wurde dieser Schritt mit der inzwischen allenthalben festgestellten Herausforderung der Globalisierung begründet, der »nur durch den aktiven Einsatz neuer Handlungsstrategien erfolgreich begegnet werden« könne.<sup>322</sup> Dieser Teil von Markls Strategie bestand also darin, dass die MPG die ohnehin laufende, zunehmend internationale Vernetzung der Wissenschaften zur Kenntnis nahm, bejahte und sich zu Nutzen machen versuchte.

Die Strategie sollte auf zwei Ebenen umgesetzt werden: derjenigen des Präsidiums und derjenigen der Institute. Auf der Ebene des Präsidiums nahm man sich unter vielem anderen eine verstärkte Vernetzung mit ausländischen Forschungsförderungseinrichtungen wie dem französischen CNRS oder der amerikanischen NSF durch regelmäßige Treffen sowie eine Teilnahme an den Treffen der G7-Forschungsförderungsorganisationen vor, um sich über die Wettbewerbslage besser zu informieren.<sup>323</sup> Hinzu kamen die weitere Pflege der bereits bestehenden Beziehungen mit der Academia Sinica und Besuche im postkommunistischen Osteuropa, zum Beispiel in Polen und der Tschechischen Republik, sowie die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* mit der Russischen Akademie der Wissenschaften in München. Dazu hieß es im Protokoll: »Die Max-Planck-Gesellschaft wolle damit auch deutlich machen, dass die großen Potentiale

321 Vgl. z. B. Überleitung an die Generalsekretärin. Bericht der Generalsekretärin über die USA-Reise vom 21. bis 26. April 1998. Niederschrift der 149. Sitzung des Senats vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 8; Überleitung an die Generalsekretärin: Bericht über die China-Reise vom 13. bis 20. September 1998. Niederschrift der 150. Sitzung des Senats der MPG vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 7 verso; Gespräch mit James Sensenbrenner, Vorsitzender des Forschungsausschusses des US-Kongresses, am 21.2.2000 in München. Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 6 verso; 19. Treffen der Präsidenten der Forschungsförderungsorganisationen der G7/G8-Länder vom 7. bis 9.5.2000 auf Capri/Italien. Niederschrift der 155. Sitzung des Senats vom 8.6.2000 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP, fol. 6 verso; Überleitung an Vizepräsident Prof. Dr. Klaus Hahlbrock: Polen-Reise vom 7. bis 19. Mai 2000. Niederschrift der 155. Sitzung des Senats vom 8.6.2000 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP, fol. 7 recto und verso; Überleitung an den Vizepräsidenten, Prof. Dr. Klaus Hahlbrock: Reise in die Tschechische Republik vom 14. bis 18.1.2001. Niederschrift 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 9 verso.

322 Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre internationale Ausrichtung. *MPG-Jahrbuch* 1997, 37–47, 39.

323 Interessanterweise war für diese Mobilisierung personaler Ressourcen zur verstärkten internationalen Positionierung der MPG das heute allseits bekannte Schlagwort ›Vernetzung‹ noch nicht im Umlauf.

der künftigen gemeinsamen Arbeit in Osteuropa, insbesondere in Russland, lägen und nicht ausgegrenzt werden dürften.«<sup>324</sup>

Aus den Zusammenkünften mit Wissenschaftsmanager\*innen im Ausland ist eine verstärkte Wahrnehmung der Konkurrenz, vor allem aber nicht nur derjenigen der USA, hervorgegangen. So gewann Markl aus dem Treffen der Heads of Research Councils der G7-Länder in Kanada im Mai 1998 den Eindruck, »dass viele Länder (Großbritannien, Japan und die USA) sich verstärkt – auch finanziell – für die Grundlagenforschung engagierten«.<sup>325</sup> Im Rahmen derselben Senatsitzung wurde ein Bericht mit dem Titel »Die Berufungspolitik der MPG im internationalen Wettbewerb« vorgelegt, der Angaben zur Zahl und über die durchaus unterschiedlichen Gründen für Rufabsagen in den 1990er Jahren enthält.<sup>326</sup> Demnach hätten Gehaltssteigerungen und Verbesserungen der sozialen Leistungen in den USA die Schere zu Deutschland weiter geöffnet; bei Berufungen aus dem Ausland müssten »ausnahmslos« Sonderzuschüsse angeboten werden, die nicht immer zufriedenstellend und nur teilweise durch bessere Arbeitsbedingungen auszugleichen waren. Einen kleinen Einblick in den Prozess der deutschen Vereinigung gewährt die folgende Angabe aus diesem Bericht:<sup>327</sup>

Bei Berufungen an Institute in den neuen Bundesländern sind die Erwartungen an das Berufsangebot besonders hoch [...]. Dies wird z. T. begründet mit den – möglicherweise nur vorübergehend – besonders hohen Wohnkosten, und zum Teil wird ein Ausgleich erwartet für die dort geringer eingeschätzte Lebensqualität. Wahrscheinlich spielt dabei auch der politische Druck eine Rolle, dem die MPG zur Gründung der Institute in den neuen Ländern ausgesetzt ist.

Bezüglich des Umgangs mit institutionellen Ressourcen war die Positionierung der MPG im Kontext der Europäisierung der Forschungs- und Wissenschaftspolitik in diesen Jahren von zentraler Bedeutung. Carola Sachse stellt hierzu treffend fest:

Die supranationale Wissenschaftsförderungspolitik der EU im Dienst einer primär ökonomisch orientierten europäischen Integration forderte die MPG in ihrem wissenschaft-

324 Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 9 verso. Zu den späteren Beziehungen mit Russland vgl. ausführlich Lange-Gao: Vermerk betr.: Bericht über einen Besuch in der Russischen Föderation – Gespräche mit verschiedenen Wissenschaftsinstitutionen in Moskau und Vorbereitung der Präsidentenreise im September 1999, 20.11.1998. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 943, fol. 9 verso.

325 Niederschrift der 149. Sitzung des Senats vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 7 recto und verso.

326 TOP 3: Berufungspolitik der Max-Planck-Gesellschaft im internationalen Wettbewerb. Materialien zur 149. Sitzung des Senats vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 8.

327 Ebd., fol. 164.

lichen Selbstverständnis weit mehr heraus, als es ihre verschiedentlichen Einbindungen in die bundesdeutsche Außenwissenschaftspolitik je getan hatten.<sup>328</sup>

Dabei handelte es sich um eine doppelte Transformation einerseits von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union, die ja erst nach der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht so hieß, und andererseits von der MPG infolge der deutschen Vereinigung; demnach lässt sich die Interaktion der beiden Institutionenkomplexe als Koevolution bezeichnen. Ziel des Maastrichter Vertrags war bekanntlich, die europäische Integration zu intensivieren; dies galt auch für die Forschungspolitik. Mehrere MPis erkannten die Chancen sofort und warben beträchtliche Drittmittel aus EG- bzw. EU-Quellen ein. 1993 waren es 39 Institute, die mit 21,2 Millionen DM mehr als doppelt so viel EU-Fördermittel abriefen wie 1990 (10,353 Millionen DM).<sup>329</sup>

Zacher hatte diese Wende sofort als Bedrohung der von ihm im Kontext der deutschen Vereinigung so genannten deutschen »Forschungsverfassung« erkannt. Schon auf der Hauptversammlung 1992 wies er »auf die strukturelle Ungleichheit zwischen der Forschungsförderung in Deutschland und [...] in Europa und auf den ständigen Prozess der Erosion des deutschen Systems durch die europäische Dynamik« hin.<sup>330</sup> Die Bedrohung hatte seiner Meinung nach mehrere Dimensionen: die Dominanz von Projektmitteln, die »wissenschaftsfremden« Kriterien der Mittelvergabe, darunter die ausgeglichene regionale Verteilung und die multilaterale Zusammensetzung von Projektteams, sowie nicht zuletzt die »gewaltige europäische Entscheidungsmechanik« von Kommission, Parlament und Rat, die der »eigenständigen Artikulation der Wissenschaft« keinen Raum biete: Mit alledem schrumpfte die Autonomie der Wissenschaft »weitgehend auf die Wahlfreiheit zusammen, um die Teilhabe an den Programmen anzuschauen oder eben nicht«.<sup>331</sup>

Die im März 1992 angedachte, »im Gespräch mit der DFG abgestimmte« Antwort auf diese Herausforderung richtete sich zunächst »gegen eine Europäisierung von Forschungsträgern« und auf »eine Forschungsförderung mit einem von den Wissenschaftlern in Europa selbstgetragenen Gutachtersystem nach deutschem Vorbild. [...] Dabei soll[te] auch die Europäische Wissenschafts-Stiftung (ESF) eine Chance erhalten, sich in diese Richtung zu entwickeln.«<sup>332</sup> Unter anderem

328 Carola Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023, 196. Zu diesem Themenfeld insgesamt vgl. ebd., Abschnitt 2.5.

329 Vermerk Lange-Gao 3.5.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 489, 96, zit. n. Carola Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, 2023, 181. Sachse merkt dazu an, dass mehr als die Hälfte der Gesamtfördersumme dieses Jahres auf die vier MPis für Meteorologie (20 Projekte; 5,9 Mio. DM), Züchtungsforschung (26 Projekte; 2,3 Mio. DM), Quantenoptik (11 Projekte; 1,9 Mio. DM) und Festkörperforschung (21 Projekte; 1,2 Mio. DM) fielen.

330 Hans F. Zacher: Die Max-Planck-Gesellschaft, 1992, 13–22, 21.

331 Die vorstehenden Zitate aus Zacher, Die Max-Planck-Gesellschaft, ebd.

332 Materialien zur 130. Sitzung des Senats vom 30.3.1992 in München, TOP 1: Bericht des Präsidenten: Überlegungen zur Gestaltung der Grundlagenforschung in Europa, AMPG,

aus diesen Überlegungen ging die Gründung der European Heads of Research Councils (EuroHORCS) im Januar 1993 hervor.

Immerhin kam ein Gespräch mit dem Leiter der für Wissenschaftspolitik zuständigen XII. Abteilung der EU-Kommission, Paolo Fasalla, zustande, woraufhin eine gemeinsam von dieser Abteilung und der MPG finanzierte und von Jochen Frohwein (Direktor am MPI für öffentliches Recht und Völkerrecht) mitorganierte Symposiensreihe auf Schloss Ringberg stattfand, an der Vertreter\*innen der juristischen MPIs, Mitarbeiter\*innen der betreffenden Abteilung der Kommission und Delegierte anderer europäischer Einrichtungen teilnahmen. Schon das Ergebnis des ersten dieser Treffen war für die MPG jedoch beunruhigend. Die anwesenden Vertreter der Kommission und EU-Mitglieder, allen voran Frankreichs, wiesen darauf hin, dass sich die zentralisierten wissenschaftspolitischen Administrationen der Mehrheit der EU-Länder als Gesprächspartner der Kommission eher eigneten als die DFG, das BMFT oder die zuständigen Ministerien der jeweiligen Länderregierungen. Ein Ergebnis dieses verfehlten Dialogs war die von der EU-Kommission unabhängig von den EuroHORCS initiierte Gründung einer European Science and Technology Assembly (ESTA) im Jahr 1994, deren 112 Mitglieder aus Wissenschaft und Wirtschaft die Kommission selbst berief. Diese Parallelarbeit – um nicht zu sagen dieser bürokratische Kleinkrieg – wurde erst mit dem Ende der ESTA 1998 entschieden.

Nachdem sich die Vorstellung Zachers, dass man in Brüssel vom »Bottom-up«-System der föderalen Forschungsförderung in Deutschland vielleicht lernen könne, als realitätsfern erwiesen hatte, entschied sich Markl für eine gezielte Lobbyarbeit. Schließlich handelte es sich bei den Rahmenprogrammen der EU um ein Budgetvolumen von rund 16 Milliarden Euro, ein Mehrfaches des Budgets der MPG. Von diesem Budget sollten Mittel weiterhin eingeworben werden können, aber ohne Eingriffe in die Autonomie der MPG oder ihrer Institute erdulden zu müssen.

Dabei verfuhr Markl genauso, wie es IPP-Direktor Pinkau im Interesse des eigenen Instituts schon seit Jahren gegenüber der EG getan hatte: Er selbst, die seit 1996 tätige GS Blutau und andere designierte Vertreter der MPG wie Pinkau, der im November 1997 vom Senat auf Vorschlag Markls per Akklamation zum »Europabeauftragten« der MPG ernannt wurde,<sup>333</sup> gingen auf hohe Beamte der Kommission oder den zuständigen Kommissar selbst zu und versuchten, rechtzeitig Einfluss auf die Ausrichtung des fünften und auch des sechsten EU-Rahmenprogramms im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung der Grundlagenforschung zu nehmen.<sup>334</sup> Zur Unterstützung dieser Bemühungen vor Ort

II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 377. Laut einer handschriftlichen Notiz wurde dieses Thema in der Sitzung nicht behandelt.

333 Niederschrift der 147. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 7 verso.

334 Vgl. z. B. Europäische Forschungspolitik: Bericht von Prof. Dr. Klaus Pinkau, Europabeauftragter der Max-Planck-Gesellschaft. Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 8 verso–9 recto;

unterhielt die MPG zunächst ein Büro in den Räumen der seit 1990 bestehenden Koordinierungsstelle der Wissenschaftsorganisationen (KOWI) in Brüssel;<sup>335</sup> später bezog sie dort ein eigenes Büro. Parallel zu alledem wurden weiterhin Beziehungen zum ESF in Strasbourg unterhalten, jetzt allerdings ohne Betrachtung dieser Einrichtung als Alternative zur EU.

Das europäische Engagement der MPG brachte zwei Probleme mit sich, die relativ schnell erkannt wurden. Erstens gehörte die MPG nach einer Analyse von Pinkau nun »zwei verschiedenen Wettbewerbszonen an«, der europäischen und der nationalen, und müsse sich entscheiden, welche Zone Priorität haben solle; die Regierungen seien auf vergleichbare Weise mit dem Problem konfrontiert, denn sie seien auf nationaler Ebene »Richter« und auf europäischer Ebene ebenso »Mitbewerber« wie die MPG.<sup>336</sup> Zweitens war bekannt, dass sich die EU-Kommission eher der Förderung wirtschaftsnaher Forschung verschrieben hatte und die Grundlagenforschung, wie auch immer sie definiert werden sollte, damals für eine Sache der Mitgliedsländer hielt. Der allein auf Exzellenz ausgerichtete European Research Council (ERC) wurde erst 2007 gegründet und musste sich auch dann gegenüber dieser Grundhaltung positionieren.<sup>337</sup> GS Bludau setzte sich in Gesprächen unter anderem mit Christian Petermann (Nachfolger Fassalas in der EU-Kommission, Generaldirektion XII) am 22. Juli 1998 und mit Kommissar Philippe Busquin im Dezember 2000 für einen Politikwechsel in diese Richtung ein und legte ihm Konzepte für »zwanzig großvolumige und ausformulierte Projekte, an denen sie [die MPG] sich führend beteiligen könnte«, vor.<sup>338</sup>

Die Hoffnung schien gewesen zu sein, dass mit dem Schritt nach Brüssel wie nach Strasbourg auf längere Sicht ein Mehrwert für die MPG zu erzielen sein würde, der helfen könnte, die Kürzungen des FKP ein Stück weit zu kompensieren. Vergleichbar hierzu setzte sich die in der neuen Schröder-Regierung seit 1998 amtierende Ministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, ausdrück-

TOP 2: EU-Forschungsförderung: Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft. Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 13–14; Niederschrift der 155. Sitzung des Senats vom 8.6.2000 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP, fol. 8 recto und verso.

335 Zum Beschluss zur Beteiligung an dem als Träger des Koordinierungsbüros konzipierten Verein, vgl. Niederschrift der 125. Sitzung des Senats am 6.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 28.

336 Bericht von Prof. Dr. Klaus Pinkau, Europabeauftragter der Max-Planck-Gesellschaft. Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, Bl. 8. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 8.

337 Vgl. Thomas König: *The European Research Council*, 2017.

338 Ad Petermann vgl.: Bludau an Christian Petermann, 22.7.1998, AMPG, II. Abt. Rep. 57, Nr. 942, fol. 71–72. Ad Busquin: Niederschrift der 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, fol. 8 recto. Siehe auch Rüdiger Hesse: Ergebnisvermerk über die Gespräche der Frau Generalsekretärin in der Forschungskommission (DG XII) und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments am 15. und 16.12. in Brüssel und Straßburg, 21.12.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 943, fol. 124–137.

lich dafür ein, dass die »Grundlagenforschung künftig kein Tabu-Thema mehr« sein sollte; sie strebte

einen Paradigmenwechsel an, indem sehr gezielt Felder der Grundlagenforschung bestimmt würden, die dann auch in die europäische Forschungs- und Förderpolitik aufgenommen werden müssten [...], um Ressourcen nicht zu vergeuden und die Potenziale und Kompetenz-Zentren, die gerade in Europa in der Grundlagenforschung vorhanden seien, so weiterentwickeln zu können, dass Europa weltweit konkurrenzfähiger und erkennbarer werde.<sup>339</sup>

Immerhin hieß es später in einem Bericht, dass »die Handschrift der MPG« im Entwurf des 6. Rahmenprogramms von 2001 erkennbar sei.<sup>340</sup> Wie Pinkau es formulierte, habe die MPG dabei

insbesondere die neuen Instrumente der Forschungsförderung befürwortet, wie z. B. die Bildung von Netzwerken der Exzellenz, und auch betont, dass Europa in zunehmendem Maße in die Forschungsinfrastruktur investieren müsse. Außerdem habe sie eine höhere Anerkennung der Grundlagenforschung innerhalb des 6. Rahmenprogramms erreichen können. Der Max-Planck-Gesellschaft sei ferner zugesagt worden, dass das Antragsverfahren entbürokratisiert würde. Hinsichtlich des Gutachterwesens gebe es jedoch noch keine Änderungen.<sup>341</sup>

Auf der Ebene der Institute gehörte es zur Strategie der MPG-Zentrale, die Berufung von Wissenschaftlichen Mitgliedern und Direktoren aus dem Ausland zu unterstützen.<sup>342</sup> Der bereits berichtete hohe Anteil ausländischer Direktor\*innen an den neu gegründeten MPIs in den NBL mag als Zeichen dieser Strategie und auch als Beleg für ihren Erfolg gelten. Das Problem der Gehaltsobergrenze stellte sich als Hemmnis in dieser Hinsicht heraus. Wegen der deutschen am Beamtenrecht orientierten arbeits- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen war die MPG gegen Länder wie die USA oder die Schweiz kaum konkurrenzfähig, wie Markl immer wieder feststellte. Seit längerer Zeit hatte man sich bemüht, dem Problem mit Sonderzuschüssen von Bund und Ländern beizukommen; diese erwiesen sich jedoch zunehmend als unzureichend. Inwiefern eine Neuregelung der Gewährung dieser Mittel oder der im Jahr 1998 mit Mitteln der Alfred-Krupp- und der Zeit-Stiftungen eingerichtete Exzellenzfonds – in den Mittel aus dem Verkauf von Immobilien des privaten Vermögens der MPG fließen sollten – diese Schiefelage kompensieren konnten, ist noch unklar.<sup>343</sup>

339 Niederschrift der 155. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, AMPG II. Abteilung, 155.SP, fol. 8 verso.

340 Niederschrift der 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 8 recto.

341 Niederschrift der 158. Sitzung des Senats vom 21.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 12 verso.

342 Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre internationale Ausrichtung, 1997, 37–47, 40.

343 Zum Exzellenzfonds vgl. Niederschrift der 148. Sitzung des Senats vom 27.3.1998 in Herenberg bei Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 148.SP, fol. 6.

Einen sichtbaren Teil dieser Internationalisierungsstrategie sollten aber auch die anfangs so genannten International Max Planck Graduate Schools darstellen. Dieses Projekt verband zwei Strategieelemente – die Internationalisierung der Tätigkeit der MPG und die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit mit den Universitäten – miteinander. Als er das Programm im Senat vorstellte, betonte Markl von vornherein, dass es nicht als Konkurrenz zu den Universitäten, sondern als Ergänzung der Graduiertenkollegs der DFG gedacht sei. Vielmehr sollte das Ganze im klassischen konsultativ-korporatistischen Stil erarbeitet werden: Das Modell sollte zunächst ausgearbeitet und mit den Präsidenten der DFG und der Hochschulrektorenkonferenz »im Detail« erörtert werden, bevor das Konzept der BLK mit der Bitte um »zustimmende Kenntnisnahme« vorgelegt werde.<sup>344</sup> Er betonte weiter, dass unter den Beteiligten Einvernehmen erzielt worden sei, »nur ein Rahmenmodell auszuarbeiten, und dass die Details von den betreffenden MPIs und Unis ausgearbeitet werden«. Markl signalisierte »großes Interesse« am Programm, »auch in den neuen Ländern«.<sup>345</sup>

Sehr groß dimensioniert war dieses Projekt nicht; seine Kosten mögen eher mit denen der AGs in den NBL als mit den Kosten der Institutsneugründungen vergleichbar sein. Dem Anschein nach lief diese Initiative darauf hinaus, etwas Positives zu tun, was mit relativ knappen Mitteln zu schaffen war. Immerhin wurden bis 2000 International Max Planck Research Schools, wie sie nunmehr hießen, an 15 Universitäten und 15 MPIs eingerichtet; weitere 12 Anträge waren gestellt worden.<sup>346</sup> Die angestrebte Ausländerbeteiligung von 50 Prozent wurde in den ersten Gruppen bei Weitem übertroffen.<sup>347</sup> Das Format erwies sich auch in den folgenden Jahren als attraktiv.

#### 4.4 Die Hinwendung zur Vergangenheitspolitik

In den 1990er Jahren, also just zur Zeit der deutschen Vereinigung, geschah ein Durchbruch zur Aufarbeitung der NS-Zeit auf breiter Front, der eine Wirkung weit über Fachkreise hinaus entfaltete. Dieser Trend begann vor 1989 und war unter anderem Ergebnis eines Generationswechsels im Westen, aber er traf sich nicht nur zeitlich mit der schnellen Hinwendung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Werden beide Stränge zusammengenommen, so könnte von einer umstrittenen Mobilisierung der diskursiven Ressource Vergangenheitsreflexion und

344 Vgl. hierzu Niederschrift der 149. Sitzung des Senats der MPG vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 6 verso,

345 Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 6 verso.

346 Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 7.

347 Niederschrift 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 6 verso – 7 recto.

ihrer großen Bedeutung für die Identitätsfindung der neuen Berliner Republik die Rede sein.<sup>348</sup> Im Kontext dieser vielschichtigen Debatte beteiligte sich die MPG mit der gezielten Hinwendung zur Aufarbeitung der Geschichte der KWG im Nationalsozialismus an einem bereits laufenden Trend und gestaltete diesen mit. Daraus ergaben sich für die Geschichte der Wissenschaften in der Diktatur ein beachtlicher Erkenntnisgewinn und für die MPG so etwas wie ein Etappensieg der historischen Reflexion als öffentlichkeitswirksame diskursive Ressource. Für die Innenpolitik der MPG war das Ergebnis jedoch weniger eindeutig.

Die KWG, genauer der Nimbus ihrer großen Tradition, war in den Diskussionen von MPI-Neugründungen im Senat und in den Sektionen der MPG häufig präsent. Bei aller Betonung der Innovation kamen Zuordnungen zur großen Tradition in mehreren Kontexten, nicht zuletzt in der ständigen Hervorhebung des Harnack-Prinzips als Kriterium für Institutsgründungen, immer wieder vor. Als der Jurist Zacher im Dezember 1989 zum Präsidenten der MPG gewählt wurde, wurde beispielsweise darauf hingewiesen, dass der erste Präsident der KWG, Adolf von Harnack, auch ein Geisteswissenschaftler gewesen sei.<sup>349</sup> Die konkrete Rolle der KWG und die freiwillige Beteiligung vieler ihrer Institute, Direktoren und Mitarbeiter\*innen an Kernprojekten des Nationalsozialismus blieben hingegen jedenfalls im Senat lange ausgespart. Bei einigen Neugründungen in den NBL, beispielsweise des MPI für Evolutionäre Anthropologie oder des MPI für ethnologische Forschung, wurde hingegen eine bewusste Distanzierung von der NS-Vergangenheit dieser Themenfelder in den Beratungen der jeweils relevanten Sektionen für angebracht gehalten.

Eine historische Gesamtreflexion der KWG in kritischer Absicht hatte Staab mit offenen Worten in seiner Rede zum 75-jährigen Jubiläum der Gründung der KWG in der Festversammlung 1986 angemahnt.<sup>350</sup> Ergebnis dieses Anstoßes war ein umfangreicher, von Rudolf Vierhaus (emeritierter Direktor am MPI für Geschichte) und Bernhard vom Brocke herausgegebener Band zur Geschichte der KWG mit dem Obertitel *Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und*

348 Dass diese Identitätsfindung nicht ohne Weiteres gelang, besagt schon die Kapitelüberschrift »Deutsche Einheit, geteilte Vergangenheit« in: Edgar Wolfrum: *Geschichte als Waffe*, 2001, 131–139. Siehe auch Wolfrum, *Die geglättete Demokratie*, 2006, 487.

349 Niederschrift der 123. Sitzung des Senats vom 26.11.1989 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 123.SP, fol.10. Historische Referenzen waren nicht auf die KWG begrenzt; so bemühte Ehrenmitglied Benno Hess die Tradition der Infektionsforschung in Berlin darum, die Lokalisierung des neuen MPI für Infektionsbiologie in der Nähe der Berliner Charité als passend darzustellen. Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.3.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 28.

350 Heinz A. Staab: Kontinuität und Wandel einer Wissenschaftsorganisation, 1986, 15–36, insbesondere 25–28. Die Reaktion älterer MPG-Mitglieder, die selbst im Nationalsozialismus an prominenter Stelle tätig gewesen waren, auf diese Initiative ist durchaus vorstellbar, aber noch nicht erforscht. Nach Auskunft des damaligen persönlichen Referenten Staabs hat Adolf Butenandt Staab am Telefon wenige Tage nach der Hauptversammlung »massiv angegriffen«. Hans-Gerhard Husung, E-Mail an Mitchell G. Ash, 9.2.2021, mit Dank an Herrn Husung für die Zitiererlaubnis.

*Politik*, der 1990 erschien und ein Überblickskapitel zur NS-Zeit sowie einen detaillierten Beitrag zur Nachkriegsgeschichte enthielt.<sup>351</sup> Dies brach mit der traditionellen, auf Eigenlob orientierten Praxis bei Jubiläumsbänden und war ein erster Schritt zu einer vertieften historischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der KWG inklusive ihrer dunklen Jahre. In seiner Rede anlässlich des Begräbnisses von menschlichen Überresten aus dem KWI für Anthropologie am 25. Mai 1990 distanzierte sich Staab dann auch in aller Deutlichkeit von diesen unmenschlichen Experimenten.<sup>352</sup>

Darüber hinausgehende, öffentlich wahrnehmbare Schritte blieben jedoch während der Amtszeit Zachers aus. In den Augen der kritischen Presse wurde mit der Ausrichtung des MPI für Wissenschaftsgeschichte auf eine allgemeine historische Epistemologie die Chance auf eine vertiefende Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte der KWG versäumt.<sup>353</sup> Im Juni 1996 berichtete Vizepräsident Weinert dann in einer Sitzung der GWS von einem geplanten »Forschungsprojekt über die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Zeit«, dessen Planung bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPIs für Geschichte, Rechtsgeschichte und Wissenschaftsgeschichte sowie dem Archiv zur Geschichte der MPG liegen sollte.<sup>354</sup> Dem Präsidium berichtete Weinert im Oktober, dass diese von ihm so genannte informelle »Kommission« seit zwei Jahren bestanden habe; er schlug vor, noch im selben Jahr »eine förmliche Kommission einzurichten«, um das Thema auf der Ebene der Institute, der KWG-Zentrale und der internationalen Beziehungen zu bearbeiten. Dem angedachten »Lenkungs-gremium« sollten die MPI-Direktoren Lehmann, Renn und Weinert selbst sowie ein »internationaler Gelehrter« angehören.<sup>355</sup>

Aus diesem MPG-internen Projekt wurde ein ambitioniertes Forschungsprogramm mit externer Leitung unter dem direkten Patronat des MPG-Präsidenten. Wie Markl im Senat im Juni 1997 bekanntgab, wurden zwei renommierte Historiker, Reinhard Rürup (TU Berlin) und Wolfgang Schieder (Universität zu Köln), die nicht Mitglieder der MPG waren, zur Leitung bestimmt, »um nicht den Eindruck von ›Selbstforschung‹ und Befangenheit zu erwecken«, aber auch deshalb,

351 Helmuth Albrecht und Armin Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*, 1990, 356–406; Manfred Heinemann: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, ebd., 407–467.

352 Heinz A. Staab: Ständige Mahnung zum Bewusstsein ethischer Grundlagen, 1990a, 31–32. Auf die eingehende Untersuchung der vergangenheits- und erinnerungspolitischen Positionierungen der MPG von Florian Schmaltz, die derzeit in Vorbereitung ist, sei an dieser Stelle hingewiesen.

353 Elke Schmitter: Einstein nicht unter uns, 1995.

354 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 19.6.1996 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1506, fol. 23.

355 Sitzungsprotokoll Vizepräsidentenkreis vom 4.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1308, fol. 74.

weil diese Kommission »vor allem mit externen Forschern zusammenzuarbeiten« habe, zumal das Thema ohnehin schon von Wissenschaftler\*innen aus anderen Ländern bearbeitet werde.<sup>356</sup> Mit diesem Schritt wollte Markl die Behandlung dieser Historie mit einer bislang unbekanntem Breite und Intensität, aber auch öffentlichkeitswirksam vorantreiben. Die vergangenheitspolitische Absicht war dabei von vornherein deutlich: Im Senat gab sich Markl mit Zacher überzeugt, »dass die Max-Planck-Gesellschaft in dieser Frage nicht passiv bleiben dürfe, sondern die Aufklärung selbst vorantreiben müsse«. <sup>357</sup> Dass er sich dabei aber auch zumindest eine teilweise Ehrenrettung erhoffte, belegt seine Vorhersage, es werde sich zeigen, »dass es nicht nur bedauerliche Verwicklungen, sondern auch sehr viel Standfestigkeit gegeben habe«. <sup>358</sup> Woran oder an wen er dabei gedacht haben mag, gab er weder im Senat noch später preis; sein Engagement ließ aber auch dann nicht nach, als derartige entlastende Befunde ausblieben.

Die Initiative lag, wie oben angedeutet, genau im Trend der Zeit; ebenfalls 1996 erschien die Pionierarbeit von Hans Mommsen und Manfred Geiger über das Volkswagen-Werk im »Dritten Reich«. <sup>359</sup> Mit dieser Präsidentenkommission unternahm die MPG als erste große Forschungsförderungseinrichtung die Förderung einer Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit. Die DFG folgte mit einem eigenen Großprojekt, das im Jahre 2000 begann, aber nicht so stark auf die NS-Zeit fokussiert war. <sup>360</sup>

Dass dieser Schritt Folgen für lang tradierte diskursive Praktiken innerhalb der MPG haben könnte, wurde bald klar. So erhoben die Direktor\*innen der historischen MPIs im Herbst 1997 unisono Protest dagegen, dass ein Stipendium für biochemische Forschung den Namen des kürzlich verstorbenen, langjährigen Präsidenten und Ehrenmitgliedes der MPG Adolf Butenandt trug. Die drei Direktor\*innen des MPIWG rieten in einem gemeinsamen Brief an Markl dringend von dieser Namensgebung ab und wiesen darauf hin, dass (1) Butenandt Mitglied der NSDAP gewesen sei, dies aber nach 1945 auf Anfrage geleugnet habe, (2) er mehrmals behauptet habe, von den Menschenexperimenten in Auschwitz niemals gehört zu haben, obwohl eine\*r seiner Assistent\*innen dort gearbeitet

356 Niederschrift der 146. Sitzung des Senats vom 5.6.1997 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 146.SP, fol. 7 verso. Zur Distanzwahrung trug unbeabsichtigt bei, dass die beiden Direktoren des MPI für Geschichte, Oexle und Lehmann, ihre Beteiligung an der vorbereitenden AG aufgrund der von Markl vorgeschlagenen Schließung ihres Instituts »ruhen« ließen. Vgl. Materialien zur 144. Sitzung des Senats vom 22.11.1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 122. Nach der Auskunft, die der Autor dieser Zeilen erhielt, als er Gastforscher der Kommission von 1998 bis 2000 war, war man am MPIWG um Distanz zum Projekt bemüht, weil die Wahrnehmung nicht entstehen sollte, dass es sich um ein Projekt des Instituts handele.

357 Niederschrift der 146. Sitzung des Senats vom 5.6.1997 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 146.SP, fol. 7 verso. Weinert hatte diese Motivation in seinen früheren Berichten schon angedeutet.

358 Ebd.

359 Hans Mommsen und Manfred Geiger: *Das Volkswagenwerk*, 1996.

360 Karin Orth: *Geschichte, Fragestellungen und Struktur des Gesamtprojekts*, 2010, 9–16.

habe, und (3) er versucht habe, die Verwicklung des KWI-Direktors Othmar Freiherr von Verschuer »in mörderische Experimente an Gefangenen in Konzentrationslagern zu bestreiten oder mindestens zu verharmlosen.«<sup>361</sup>

Dass dies alles schon international im Gespräch war, belegten sie mit einer Ansprache des Genetikers James D. Watson, die auszugsweise in der *FAZ* erschienen war und in der es sinngemäß hieß, dass man Butenandt nunmehr eher im Zusammenhang mit seiner Rolle bei der Reinwaschung Verschuers als für seine Nobelpreisforschung über die Chemie der Estrogene erinnern werde.<sup>362</sup> Bekanntlich führte Watson damit Forschungspolitisches im Schilde. Seiner Meinung nach war ein Grund für die aktuelle Schwäche der Genetik in Deutschland, dass man sich dort nicht von Forschern getrennt habe, deren Arbeit von den Nazis missbraucht worden war. Es sei endlich an der Zeit, »Hitler hinter uns zu lassen«, um das von Watson selbst in den USA geleitete Humangenomprojekt ohne derartige Belastungen zu Ende zu bringen.<sup>363</sup> In seinem Brief an Markl stieß Oexle in dasselbe Horn; er sprach aber einen anderen wichtigen Aspekt des Zeitgeschehens an:

Inzwischen sind wir, spätestens seit der Mitte der 1980er Jahre, auch in eine neue erinnerungspolitische Epoche eingetreten. Es geht nicht mehr nur um das, was damals vor 1945 geschehen ist, sondern auch um das, was nach 1945 nicht geschehen ist. Es geht also um das Lügen, das Vertuschen, Zurechtrücken und Verschweigen.

Markls Initiative sollte nicht schon wieder durch derartige Praktiken beeinträchtigt werden.<sup>364</sup>

Den mit dieser Initiative notwendig gewordenen öffentlichen Bruch mit traditionellen Jubiläumspraktiken übernahm Markl dann selbst in seiner Festrede zur Fünfzigjahrfeier der MPG in Göttingen am 26. Februar 1998.<sup>365</sup> Schon zu Beginn der Rede brachte er die »Selbstbesinnung zur Identitätsversicherung« und die »Selbstmythologisierung« als generelle Funktionen von Jubiläen zur Sprache.<sup>366</sup> Darauf folgte eine eingehende Kritik der damals gängigen Legendenbildungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die sogar die Behauptung Max Plancks selbst einschloss, die Angestellten der KWG hätten sich »fast durchweg von jeder politischen Tätigkeit ferngehalten«. Demnach habe vielmehr nach Markl »die zeitgeschichtliche Forschung [...] uns seither eines Besseren – das heißt, eines Schlechteren – belehrt und uns nur allzu schmerzlich bewusst gemacht, dass

361 Lorraine Daston, Jürgen Renn und Hans-Jörg Rheinberger an Markl, 29.12.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 941 fol. 62–65.

362 Vgl. James D. Watson: *Leichte Schatten über Berlin*, 1997.

363 Robert Koenig: *Watson urges ›Put Hitler Behind Us‹*. *Science* 276:9 (1997), AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 340, fot. 302.

364 Oexle an Markl, 6.1.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 941, fol. 59–60. Markl reichte diese Stellungnahmen und die dazugehörigen Unterlagen an die Sektionsleiter mit dem Vermerk »streng vertraulich« weiter, offenbar ohne Ergebnis, denn die Butenandt-Stipendien gibt es noch heute.

365 Vgl. zum folgenden Hubert Markl: *Blick zurück, Blick voraus*, 1998a, 5–19.

366 Ebd., 5.

auch Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht nur in kriegswichtige Rüstungsprojekte, sondern auch in das Unrechtshandeln der Nazi-Diktatur verstrickt waren«. <sup>367</sup> Als »besonders beschämend« nannte er das »Versagen der Elite« angesichts ihres fehlenden Protests gegen die Vertreibung ihrer Kolleg\*innen jüdischer Herkunft ab 1933, als ein solcher Protest noch möglich gewesen sei.

Sodann gab Markl die ein Jahr zuvor erfolgte Einrichtung der Präsidentenkommission bekannt, erklärte die »vorbehaltlose Aufklärung« dieser Verstrickungen mit dem NS-Regime zum Gebot wissenschaftlicher Ethik und entschuldigte sich öffentlich für »das, was die MPG gegenüber ihrer Verantwortung für ihre Vorgeschichte im Dritten Reich versäumt haben mag – und sei es nur, dass sie lange Zeit zu wenig zur Aufklärung dieser Vorgeschichte getan hat«. <sup>368</sup> Schon bevor die eigentliche Forschungsarbeit der Präsidentenkommission begonnen hatte, hatte sich Markl damit in die damals noch im Entstehen begriffene, mit gebrochenen Narrativen versehene Erinnerungskultur der neu vereinigten Bundesrepublik eingeschrieben. MPG-innenpolitisch betrachtet war gerade sein Engagement aus zwei Gründen von Vorteil: Erstens kam er, wie oben erwähnt, von außen und hatte damit kein eigenes soziales Kapital zu verlieren; zweitens konnte gerade er als Naturwissenschaftler vom Fach einem Unterfangen Gewicht verleihen, dessen Trägerschaft der Sache nach hauptsächlich aus den Geisteswissenschaften kommen musste.

Wie Markl mit bemerkenswerter Offenheit bekanntgab, lagen die Wurzeln seiner genuin liberalen Haltung in der eigenen Erfahrung. Während eines USA-Aufenthalts in den 1960er Jahren hatte er die Bekanntschaft eines prominenten Biologen gemacht, der der Sohn eines aus Deutschland vertriebenen Mitarbeiters von Fritz Haber gewesen war. Als die Gründung der Kommission bekanntgegeben wurde, schickte der Sohn Markl ein leeres Blatt Briefpapier des damaligen KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie, das der Vater durch alle Stationen seiner Flucht mit sich geführt hatte. Die Tatsache, dass er dessen Namen in dem im Band von Vierhaus und vom Brocke publizierten Verzeichnis der vertriebenen KWG-Mitarbeiter nicht vorfand, stellte Markl als Zeichen dessen dar, was noch zu erforschen sei.

Unter den Gratulanten nach der Rede meldete sich der Historiker Fritz Stern (Columbia University), der selbst als Jugendlicher mit seiner Familie in der NS-Zeit aus Deutschland vertrieben worden war, mit enthusiastischem Lob:

Jedes Wort, jeder Gedanke ist überzeugend. Und nicht nur die so eindrucksvollen Gedanken über das damalige Versagen und das »schamvolle Schweigen wie reuelose Verschweigen,« [nach 1945] sondern alles, was Sie über Vergangenheit und Zukunft sagen, ist so klar geschildert und so wahr. Darf ich Ihnen von Herzen danken? [...] Jedenfalls haben Sie den Historikern ein Vorbild gegeben – auch in der Sprache, wenn ich das hinzufügen darf. <sup>369</sup>

367 Ebd., 6.

368 Ebd., 9.

369 Fritz Stern an Markl, 4.4.1998. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 942, fol. 309.

In der Folge wurde Stern Anfang 2000 Mitglied der Kommission.<sup>370</sup> Bis auf ihn, die beiden Leiter und den Medizinhistoriker Paul Weindling (Oxford Brooks University) waren die anderen Kommissionsmitglieder MPI-Direktoren: Renn und Rheinberger vom MPIWG, Michael Stolleis vom MPI für Rechtsgeschichte sowie Weinert vom MPI für Psychologische Forschung in seiner Eigenschaft als zuständiger Vizepräsident. Damit ergab sich eine andere Personenkonstellation im Vergleich zur vorangegangenen informellen Kommission; die Anzahl von internen und auswärtigen Beteiligten war nun gleich.

Bei einem solchen Projekt konnten öffentliche Kontroversen nicht ausbleiben. Zum komplexen Kampf um die Deutungshoheit über diese Geschichte, mit seinen intergenerationellen wie fach- und allgemeinpolitischen Dimensionen, kam in dieser Zeit die Forderung nach einer öffentlichen Entschuldigung und damit nach einer neuen Art symbolischer Wiedergutmachungsleistung.<sup>371</sup> Dass die Debatte fast obsessiv auf das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik sowie die infamen Menschenexperimente Joseph Mengeles in Auschwitz als negativer Terminus ad quem eines Teufelpakts fixiert war und andere Bezüge der Forschungen an KWIs zu politischen Kernprojekten des NS, beispielsweise zur Rüstungsforschung, in der medialen Darstellung zunächst ausgeblendet wurden, war vorhersehbar. Schließlich stand die Sequenzierung des menschlichen Genoms unmittelbar bevor; die Gentechnikdebatte lief schon lange, und die Verbindung der Menschenversuche Mengeles und anderer zur damals hitzig geführten Debatte über eine Wiederbelebung der Eugenik schien auf der Hand zu liegen.

Mit alledem standen nichts weniger als das Ansehen der MPG und der Symbolkapitalwert der bis dahin für selbstverständlich gehaltenen positiven Bezugnahme auf die große KWG-Tradition auf dem Spiel. Gegenüber den Forderungen in den Medien nach einer »Entschuldigung« der MPG für die Menschenexperimente jener Zeit vertrat Markl im Senat zunächst die Auffassung, dass die Verantwortung der MPG wie auch die seiner eigenen Generation gegenüber den Opfern in der historisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung des Geschehens »und der Schaffung einer völligen Klarheit darüber« bestehe, »unter welchen Bedingungen es zu jenen Verfehlungen gekommen war«.<sup>372</sup> Dies sei allemal besser, als modischen

370 Materialien zur 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, Bl. 74, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 189.

371 Dieser Trend war keinesfalls auf Deutschland begrenzt. Für eine reflektierte Behandlung des Themas Erinnerungspolitik und ihrer nationalen wie globalen Dimensionen mit besonderem Fokus auf die MPG vgl. Carola Sachse: Was bedeutet »Entschuldigung«? 2011, 224–241.

372 Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 10–11 verso. Markl wiederholte diese Position, ergänzt dadurch, »dass die Präsidentenkommission ungehindert und mit voller Unterstützung ihre Aufklärungsarbeit durchführen könne und dass ihre Ergebnisse uneingeschränkt an die Öffentlichkeit gebracht würden«. In: Niederschrift der 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 8. Explizit unterstützend war

Forderungen nach »Entschuldigungen« nachzukommen, obwohl er auch dafür unter bestimmten Umständen offen sei.

Dieselbe Auffassung vertrat er auch in der Öffentlichkeit, namentlich in seiner Antwort auf den bewusst provokant getitelten Artikel »Augen aus Auschwitz« des Journalisten Ernst Klee.<sup>373</sup> Seit den 1990er Jahren hatte Klee Pionierarbeit in der Aufdeckung von Verstrickungen deutscher Mediziner bei der Ermordung der körperlich und geistig Behinderten und der Herausarbeitung von Kontinuitäten nach 1945 geleistet. In der *Zeit* zog er alle Register, indem er die Lieferungen von Blutproben und auch der von Karin Magnussen herauspräparierten Augen von Zwillingen aus der Klinik Joseph Mengeles im Zwangsarbeits- und Tötungslager Auschwitz an das KWIA in Dahlem festhielt und die durchaus berechtigte Frage danach stellte, warum Butenandt Otmar von Verschuer, den damaligen Direktor des KWIA und Doktorvater Mengeles, nach 1945 reinwusch. Mit Verweis auf den Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal zum Gettoaufstand in Warschau forderte er sodann eine persönliche Entschuldigung der MPG an die überlebenden Opfer. Der Text endete sogar mit der rhetorischen Frage: »Wer könnte ihnen in die Augen sehen?« Die gruselige Assoziation dieser Augen mit den »Augen aus Auschwitz« war wohlbedacht.

In seiner Antwort im selben Organ blieb Markl jedoch bei seiner Entscheidung, mit einer Stellungnahme bis zum Ende der historischen Forschung abzuwarten, und vertrat die Auffassung, dass er außerdem zu einer persönlichen Entschuldigung als Nichttäter und als nicht gewählter Vertreter der Wissenschaft ohnehin gar nicht befugt sei. Das letzte Argument stand auf wackeligen Beinen, denn Markl war letztendlich vom Senat als Vertreter der MPG gewählt worden. Implizit warf er Klee dennoch Selbstgerechtigkeit vor, indem er den Text mit »Anmaßung in Demut« betitelte und mit folgendem Satz schloss: »Die Generationen der Nachkommen der Nazizeit müssen gemeinsam die deutsche Schande ertragen. Keiner sollte sich dadurch davon freizustellen suchen, in dem er anderen dabei die Rolle am Pranger zuweist.«<sup>374</sup>

Weniger kontrovers und eher im Sinne der beabsichtigten Verbindung von Geschichtsforschung und öffentlichem Gedenken verliefen die Pressekonferenz am 12. Oktober 2000 zur Präsentation eines ersten Ergebnisberichts der Kommissionsarbeit und die darauffolgende Einweihung eines Mahnmals zum Gedenken an die ermordeten körperlich und geistig Behinderten auf dem Gelände des ehe-

die unsignierte Stellungnahme in *Nature*: Hollow apologies should be avoided, 403:672, 4.2.2000, 613. Materialien zur 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 202.

373 Ernst Klee: Augen aus Auschwitz. *Die Zeit*, 27.1.2000. Materialien zur 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 194–197.

374 Hubert Markl: Anmaßung in Demut. Erst forschen, dann handeln. Eine Erwiderung an Ernst Klee. *Die Zeit* 7, 10.2.2000, ebd., fol. 199. Im Senat legte Markl Wert auf die Feststellung, dass er diese Antwort selbst übernahm und der Presseabteilung nicht überließ.

maligen KWI für Hirnforschung (jetzt Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, MDC) in Berlin-Buch am 14. Oktober.<sup>375</sup> Der Gedenkfeier wohnten neben Markl auch der DFG-Präsident Ernst Ludwig Winnacker und der Leiter des MDC, Detlev Ganten, bei. In seiner Ansprache hielt Markl in Bezug auf den Zwischenbericht der Kommission klar fest:

Es gibt nichts daran zu beschönigen oder zu verschweigen: Direktoren, Wissenschaftler und Mitarbeiter mehrerer biologisch-medizinischer Kaiser-Wilhelm-Institute haben sich in den Dienst eines verbrecherischen Regimes gestellt und menschenrechtswidrige Maßnahmen aktiv gefördert und sogar Nutzen aus den Möglichkeiten einer moralisch »entgrenzten« Wissenschaft für ihre Forschungen gezogen.<sup>376</sup>

Markls Appell an heute tätige Biowissenschaftler\*innen, sich mit diesen Ergebnissen auseinanderzusetzen und menschenrechtliche wie ethische Standards in ihrer Forschung einzuhalten, ging aber noch weiter:

Es ist genauso notwendig, [sich] schon [gegen] den ersten Anfängen von Intoleranz, Fremdenhass und Rassismus, der trotz aller Schrecknisse des genozidalen 20. Jahrhunderts auch heute nur zu oft in der Fratze des Antisemitismus daherkommt, zu wehren und für die elementaren Menschen- und Bürgerrechte aller Menschen in ganz Deutschland einzutreten.<sup>377</sup>

Mit dieser Gedenkfeier erhielt die Arbeit der Präsidentenkommission nun doch eine vereinigungspolitische Dimension, zumal sie auf dem Boden der ehemaligen DDR stattfand und nichts dergleichen an diesem Ort zu DDR-Zeiten geschehen war. Die Rezeption von alledem war wohlwollend, aber nicht ganz unkritisch.<sup>378</sup> So merkte Götz Aly in seinem Kommentar an, dass die MPG- und DFG-Präsi-

375 Zu TOP 1: Bericht des Präsidenten. Bericht über den Fortgang der Arbeiten des Forschungsprogramms »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Tischvorlage. Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 179–241, darin u. a. der extensive Zwischenbericht von Carola Sachse und Benoit Massin, fol. 179–235 und die Pressemitteilung und Presseinformation zur Präsentation desselben vom 13.10.2000, fol. 237–241. Vgl. zusätzlich die Sprechvorlage zu TOP 1, Bericht des Präsidenten, Bericht über den Fortgang der Arbeiten des Forschungsprogramms »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« und über die Einweihung des Mahnmals in Berlin-Buch am 14.10.2000. Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 258–280.

376 Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Hubert Markl anlässlich der Enthüllung des Mahnmals zum Gedenken an Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-maßnahmen Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin Berlin-Buch, 14.10.2000. Ebd., fol. 269–270.

377 Ebd., fol. 270.

378 Vgl. Fritz Friedebold: Die Verbrechen der Biowissenschaftler im NS-Staat. Die Nachfolger erforschen die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.10.2000. Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 156.SP, fol. 242; Bärbel Schubert: Kaiser-Wilhelm-Forscher an NS-Verbrechen beteiligt. *Der Tagesspiegel* 17:200, 13.10.2000, ebd., fol. 243.

denten in ihren Reden die »Bestellung der Hirne« vor der Ermordung der Opfer durch Julius Hallervorden, Direktor des KWI für Hirnforschung, nicht erwähnt hätten, und er fügte hinzu: »Doch Hallervorden handelte nach ethischen Prinzipien. Im professionellen Interesse modifizierte er sie in einem einzigen Punkt. Darin liegt ein durchaus aktuelles Problem. Markl und Winnacker haben es im Namen einer gesinnungsfesten ›Erinnerungskultur‹ wegsimplifiziert.«<sup>379</sup>

Die vergangenheitspolitische Auseinandersetzung erreichte im Juni 2001 mit der Tagung »Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Die Verbindung nach Auschwitz« einen Höhepunkt.<sup>380</sup> Die von der damaligen Projektleiterin Carola Sachse organisierte Tagung im Berliner Harnack-Haus war wohl kein einfaches Unterfangen, brachte sie doch wissenschafts- und medizinhistorische Forschungsberichte über die Geschichte von Experimenten am Menschen, die »rassenhygienische Radikalisierung« im Nationalsozialismus, die Verbindung Mengeles mit dem KWIA, die Verfolgung der medizinischen Verbrechen nach 1945, Berichte aus der Praxis im Umgang mit traumatisierten Opfern und Berichte von Zeitzeugen\*innen, darunter mehrere Opfer der Experimente Mengeles, zusammen. Im Eröffnungssymposium kamen Eva Mozes Kor (Gründerin des Vereins CANDLES »Children of Auschwitz Nazi Deadly Lab Experiments Survivors«) und Jona Laks (Leiterin der von ihr mitgegründeten Organisation der überlebenden Mengele-Zwillinge) zu Wort, die nach längeren Vorverhandlungen einwilligten, mit Markl auf demselben Podium Ansprachen zu halten.<sup>381</sup> In seiner Ansprache tat Markl nun genau das, was er bis dahin vermieden hatte: Er entschuldigte sich nicht mehr nur für die versäumte Auseinandersetzung der MPG mit diesen Taten, sondern auch

für das Leid [...], das den Opfern dieser Verbrechen – den toten wie den überlebenden – im Namen der Wissenschaft angetan wurde. [...] Um Verzeihung bitten eigentlich nur ein Täter. Dennoch bitte ich Sie, die überlebenden Opfer, von Herzen um Verzeihung für die, die dies gleich aus welchen Gründen selbst auszusprechen versäumt haben.<sup>382</sup>

379 Götz Aly, Gut und Böse. *Berliner Zeitung*, Nummer 241, 16.10.2000, 11. Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 156.SP, fol. 244. Zur Frage, ob Hallervorden an der Planung der Tötungsaktionen in der Anstalt Brandenburg-Görden beteiligt war und in diesem Sinne die von ihm später untersuchten Hirne tatsächlich »bestellte«, vgl. Jürgen Pfeiffer: Neuropathologische Forschung an ›Euthanasie-Opfern, 2000, 150–173.

380 Vgl. hierzu Carola Sachse: Menschenversuche in Auschwitz überleben, erinnern, verantworten, 2003b, 7–38.

381 Jona Laks: Erinnerung gegen das Vergessen, 2003, 52–58; Eva Mozes Kor: Heilung von Auschwitz und Mengeles Experimenten, 2003 59–70. Eva Mozes Kor forderte eine Entschuldigung der MPG als Bedingung ihrer Teilnahme; vgl. Sachse, Was bedeutet »Entschuldigung«? 2011, 231.

382 Hubert Markl: Die ehrlichste Art der Entschuldigung ist die Offenlegung der Schuld, 2003, 41–51, 50–51. Für eine ausführliche Analyse dieser Rede, vgl. Sachse, Was bedeutet »Entschuldigung«? 2011, 232–234.



**Abbildung 30:** Begegnung Markls mit Zeitzeug\*innen beim Symposium »Biolwissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten«, 7.6.2001. Vorne links sitzend, von links nach rechts: Mary Wright (Begleiterin von Eva Mozes-Kor), Otto Klein (Überlebender); hinten links sitzend, von links nach rechts: NN, NN; rechts sitzend, von links nach rechts: Shmuel Kriegel (Ehemann von Vera Kriegel), Carola Sachse, Vera Kriegel (Überlebende), Wolfgang Schieder, Eva Mozes-Kor (Überlebende), Jona Laks (Überlebende); hinten stehend, von links nach rechts: Reinhard Rürup, Hubert Markl, Bernd Ebersold, Sabine Feiner (persönliche Referentin Markls), NN (vermutlich Bernd Wirsing, MPG-Pressesprecher), Jochen Frowein. Mit Dank an Carola Sachse und Birgit Kolboske für ihre Hilfe bei der Identifizierung. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Die sich daran anschließende persönliche Begegnung mit den Zeitzeug\*innen (Abb. 30) – von denen nicht alle bereit waren, seine Entschuldigung anzunehmen – gehörte für Markl »zu den schwierigsten, bewegendsten und notwendigsten Erfahrungen seiner Amtszeit als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.«<sup>383</sup>

Im Senat blieb er zwar bei dem Standpunkt, dass die MPG vor allem über die historische Forschungsarbeit aufklären solle, fügte jetzt aber hinzu, dass »eine solche Entschuldigung nur vor Betroffenen ausgesprochen werden« könne. Nun habe er die Gelegenheit gehabt, Opfern dieser Versuche deutlich zu machen, »wie sich die Max-Planck-Gesellschaft zu den Geschehnissen verhalte, und sein tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen.«<sup>384</sup> In der sich anschließenden

383 Niederschrift der 158. Sitzung des Senats vom 21.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 7 verso.

384 Ebd., fol. 8 recto.

Diskussion dankten DFG-Präsident Winnacker und Minister Meyer Markl für diese Aussage.

In der Presse wurde der Gestus Markls ohne genauere Unterscheidungen als »Entschuldigung« der MPG registriert.<sup>385</sup> Ihr Timing war allerdings recht unglücklich, denn gleich danach sprach Markl sich mit Winnacker zugunsten der Forschung mit und an menschlichen Stammzellen aus.<sup>386</sup> Zyniker werteten seinen Auftritt in Dahlem hinter vorgehaltener Hand als eine Art Deckalibi in diesem Zusammenhang. Die lange Debatte im Senat zum Thema begann mit einer Kritik daran, »wie die Forschung mit embryonalen humanen Stammzellen in der Öffentlichkeit – oft mit Absicht – mit den Versuchen an Menschen im Dritten Reich vermischt würde«. <sup>387</sup> Markl betonte, dass dies zwei ganz unterschiedliche Bereiche seien, und kündigte an, das Thema in den Mittelpunkt seiner Festansprache am folgenden Tage zu stellen. Darin führte er aus, dass er »in der unangebrachten Gleichsetzung« der Untaten deutscher Mediziner in der Nazizeit und der gegenwärtigen Präimplantationsdiagnostik oder der Verwendung von Zellkulturen aus Embryonen in der Entwicklung von Therapien gegen schwere Krankheiten »geradezu eine Verharmlosung der Leiden der Opfer« der Nazizeit sehe.<sup>388</sup>

Die Position Markls ging aber auch im Senat nicht ohne Dissens durch. Minister Meyer wollte die beiden Bereiche ebenso wenig vermengen, wies jedoch mit Recht darauf hin,

dass die verbrecherischen Wege, die die rassenbiologische Forschung in der Zeit des Nationalsozialismus genommen habe, gedanklich durch rassehygienische Vorstellungen vorbereitet worden seien, die bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgingen und die später international als zu respektierende wissenschaftliche Überlegungen angesehen worden seien.

Daher erschien es ihm »nicht ungerechtfertigt«, gegenwärtige Entwicklungen daraufhin zu hinterfragen, ob ihnen kein solches Potenzial innewohne. Ohnehin bedurfte es seiner Meinung nach »trotz der Warnung des Präsidenten vor einem Übermaß an Moralismus gerade in einer Zeit, in der die Wertbindung eher gering sei, einer grundlegenden und prinzipiellen ethischen Debatte in der Gesellschaft«. <sup>389</sup>

385 Christine Pruffy: Das Bekenntnis. 50 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes hat sich die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) als Nachfolgeorganisation der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft entschuldigt. *Deutsche Universitätszeitung* (DUZ) 12, 22.6.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 355, fot. 62.

386 Christina Berndt: Geduldprobe für Wissenschaftler. Deutsche Forscher erhoffen eine schnelle gesellschaftliche Entscheidung zu Experimenten mit Embryo-Zellen. *Süddeutsche Zeitung*, 6.7.2001. Ebd., fot. 99.

387 Niederschrift der 158. Sitzung des Senats vom 21.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 7 verso.

388 Vgl. Hubert Markl: Freiheit, Verantwortung, Menschenwürde, 2001, 11–24, 21.

389 Niederschrift der 158. Sitzung des Senats vom 21.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 8 verso.

Aus Platzgründen ist eine detaillierte Schilderung des weiteren Ablaufs und der Ergebnisse der Kommissionsarbeit an dieser Stelle nicht möglich.<sup>390</sup> Die Arbeit der Kommission lief unter der Leitung der Historikerin Doris Kaufmann gut an und ging über die Amtszeit von Markl hinaus weiter. Nachdem Kaufmann einen Ruf nach Bremen 2000 angenommen hatte, übernahm Sachse (vormals Berliner Senatsverwaltung für Frauenförderung) die Leitung bis zu ihrer Berufung nach Wien 2004, wonach Susanne Heim die Leitung in den letzten Jahren innehatte. Der zweibändige Ergebnisbericht der im März 1999 abgehaltenen Eröffnungstagung brachte einen umfassenden Überblick über den Forschungsstand der Wissenschaftsgeschichtsschreibung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im politischen Zusammenhang.<sup>391</sup> Die Projektarbeit konzentrierte sich im Wesentlichen auf die in der Gedenkpolitik im Mittelpunkt stehende »Rassenforschung«, auf die Geschichte der Generalverwaltung, die »Ost-«, »Lebensraums-« und Züchtungsforschung sowie die Rüstungsforschung.<sup>392</sup>

Summa summarum wurde die mit dieser Kommission eröffnete Chance, Grundlegendes zur Erforschung der Wissenschaften im Nationalsozialismus beizutragen und zugleich die Geschichtsschreibung der KWG wie der MPG ein großes Stück weit voranzubringen, wahrgenommen. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit wurden in einer umfangreichen Preprintreihe sowie in einer 17-bändigen Buchreihe dokumentiert.<sup>393</sup> Die Bände der Reihe wurden in Fachkreisen überwiegend positiv rezensiert.<sup>394</sup> Mit einem von Reinhard Rürup und Michael Schüring betreuten Band wurden die Schicksale und Karrieren der aus rassistischen Gründen entlassenen Mitglieder der KWG ausführlich dargestellt und damit neben dem Band über »die Verbindung nach Auschwitz« einem weiteren Teil der vergangenheitspolitischen Aufgabe der Kommission gerecht.<sup>395</sup> Solche Ergebnisse waren ihres Umfangs und ihrer Qualität nach durchaus dazu geeignet, die bis dahin fast ungebrochene Identifizierung der MPG mit der Tradition ihrer Vorgängerin zu modifizieren.

Die Aufnahme der Ergebnisse der Arbeit dieser Präsidentenkommission innerhalb der MPG, insbesondere an den aus der KWG hervorgegangenen MPIs, ließ jedoch zu wünschen übrig.<sup>396</sup> Sachse hält fest, dass jedenfalls bis 2011 »kaum

390 Für weitere Schritte in diese Richtung sei auf die bereits erwähnte Untersuchung von Florian Schmaltz hingewiesen.

391 Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, 2000.

392 Vgl. z. B. Special Issue: Science in the Nazi Regime, 2006; Susanne Heim u. a. (Hg.): *The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism*, 2009.

393 Für eine Besprechung aller Bände der Reihe siehe Mitchell G. Ash: *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, 2010c, 79–118.

394 Vgl. z. B. Matthias Berg: Rezension von Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«*, 2008.

395 Reinhard Rürup unter Mitwirkung von Michael Schüring: *Schicksale und Karrieren*, 2008.

396 Florian Schmaltz und Carola Sachse danke ich für wertvolle Hinweise zu diesem Aspekt der Kommissionsarbeit.

eines der Max-Planck-Institute, dessen NS-Vergangenheit im Rahmen des Forschungsprogramms der MPG durchleuchtet wurde«, sich veranlasst sah, »die der eigenen Geschichte gewidmeten Passagen in seiner Selbstdarstellung, ob Hochglanzbroschüre oder Internettauftritt, zu aktualisieren«. <sup>397</sup> Eine solche Rezeption anzustoßen, wäre eine eigene Aufgabe gewesen, deren Erfüllung sicherlich nicht einfach gewesen wäre (und jetzt noch komplizierter sein könnte), zumal an den naturwissenschaftlichen MPIs selten intrinsisches Interesse an der historischen Forschung bestand (oder besteht). Dem Projekt selbst fehlten die Mittel und das Personal für eine solche Aufgabe. Als erster Schritt in diese Richtung mögen die Interviews mit Mitgliedern der relevanten Institute verstanden werden, die neben Beiträgen von auswärtigen Experten in einen Band über »Denkorte« der KWG und MPG, der zum 100. Jubiläum der Gründung der KWG erschien, aufgenommen wurden. <sup>398</sup> Inwiefern sich die von Sachse geschilderte Situation an den relevanten MPIs zugunsten einer Reflexion oder gar einer gebührenden Erwähnung der eigenen NS-Vergangenheit seitdem geändert haben mag, bedarf der weiteren Forschung.

#### 4.5 Um die Jahrtausendwende und darüber hinaus. Jenseits des »Aufbau Ost«? Nicht ganz!

Am 27. September 1998 ging im neu vereinigten Deutschland die Ära Kohl zu Ende. Nicht allein mit dem Fortgang des Ministers Rüttgers – der die Entwicklung der Forschungspolitik insgesamt und mit dieser auch diejenige der MPG über mehrere Jahre mit zu lenken versucht hatte – und der Ankunft der neuen Ministerin Bulmahn, die der MPG als forschungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag bereits bekannt war, änderte sich die MPG-relevante Personenkonstellation im Bund (Abb. 31). Der möglicherweise zu erwartende Wechsel in der allgemeinen Politik trat zur Überraschung einiger jedoch nicht ein. Vielmehr wurde das von Rüttgers angestoßene Programm von der neuen Ministerin im Wesentlichen fortgesetzt.

Zwar stellte Markl in der Senatssitzung nach den Wahlen am 24. November in Anwesenheit der neuen Ministerin hoffnungsvoll fest, dass sowohl in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen als auch in der Regierungserklärung zum Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung »die Bereitschaft zu erkennen sei, eine Spitzenstellung Deutschlands im Bereich der

397 Sachse: Was bedeutet »Entschuldigung«? 2011, 237.

398 Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.) unter Mitarbeit von Susanne Kiewitz: *Denkorte*, 2010. Vgl. Sachse: Was bedeutet »Entschuldigung«? 2011, 240, Fn. 59. Für eine scharfe Kritik des Bandes vgl. Volker Roelke, »Exzellente« Forschung, 2011. Zu aktuellen Projekten in diesem Bereich vgl. die Rubrik »Über uns – Geschichte – Forschung und Aufarbeitung« auf der Webseite der MPG: <https://www.mpg.de>.



**Abbildung 31:** Markl, BM Edelgard Bulmahn (SPD) und der Ministerpräsident Bayerns Edmund Stoiber (CSU) bei der Festversammlung der MPG am 9.6.2000 in München. *MPG-Jahrbuch* 2000, 17. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

wissenschaftlich-technischen Innovation zu erhalten bzw. zu erlangen und zu diesem Zweck auch die notwendige Förderung für die Forschung sicherstellen zu wollen«. <sup>399</sup> In ihrem folgenden Statement betonte Bulmahn zudem ihren Willen, mit der MPG eng zusammenzuarbeiten, doch stellte sie ebenso klar, dass dies nicht notwendigerweise mehr Geld, sondern eher »größere Entscheidungsspielräume« bedeuten könne. <sup>400</sup> Sie sollte mit dieser vorsichtigen Haltung Recht behalten, denn das jährliche Feilschen um halbe Prozentpunkte und das Ringen um Konsens zwischen Bund und Ländern gingen zunächst weiter. Relevant für diese Studie ist, dass Markl auch noch zu diesem Zeitpunkt unterstrich, dass die MPG »alles tun werde, um den Aufbau Ost plangerecht zum Abschluss zu bringen«. <sup>401</sup> Gemeint war damit der Aufbau der MPIs, der wie oben bereits angedeutet in Wirklichkeit durch die finanziellen Unsicherheiten wie auch durch lokale Hemmnisse mehrere Jahre länger als ursprünglich geplant dauerte.

399 Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 5 verso.

400 Ebd.

401 Niederschrift der 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 6 verso.

Markl nahm den Regierungswechsel zum Anlass, »forschungspolitische Gespräche« mit Amtsträger\*innen aller Parteien auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene systematisch planen und durchführen zu lassen, um sich über allgemeine Fragen der Forschungspolitik auszutauschen und Positionen der MPG zur Sprache zu bringen.<sup>402</sup> Die Reihe, an der auch GS Bludau teilnahm, setzte sich bis über die Jahrtausendwende hinaus fort.<sup>403</sup> Solche Gespräche hatten immer wieder stattgefunden, doch waren sie bis dahin eher anlass- oder themengebunden gewesen. Mit diesem Schritt schien Markl die Beziehungen zwischen der MPG und der allgemeinen Politik stärker formalisieren zu wollen; jedes Gespräch wurde von der GV mit Themenvorschlägen und detaillierten Informationen dazu penibel vorbereitet. Auffallend dabei war, dass die Gesprächsthemen überwiegend gesamtdeutschen Charakter hatten. Insofern standen die »forschungspolitischen Gespräche« unter dem Vorzeichen der oben umrissenen Hinwendung zur Gesamtstrategie der MPG.

Kurz vor dem Regierungswechsel markierte die MPG den Abschluss des »Aufbau Ost« auf verschiedenen Wegen. Mit einer Zeremonie in Jena wurde im September 1997 (wie im Unterabschnitt 4.1.1 berichtet) die Laufzeit der AGs an den Universitäten formal beendet, obgleich drei AGs mit Projektmitteln weiterhin gefördert wurden. Ein Jahr später, im November 1998 und nach der Gründung des MPI für ethnologische Forschung, lag dem Senat der MPG ein kurzer Schlussbericht zum Programm »Aufbau Ost« vor; wie zu erwarten war, stellte er eine Erfolgsgeschichte dar. Weder die angedachten, aber nicht geglückten Institutsgründungen noch das durch die erste Finanzkrise »verlorene« Jahr wurden erwähnt. Den Bericht nahm der Senat zustimmend zur Kenntnis; der anwesende Ministerpräsident Sachsens Biedenkopf dankte der MPG für ihr Engagement in den NBL und wies auf die Bedeutung der MPIs als »Leuchttürme« für die Region hin.<sup>404</sup>

In Wirklichkeit lief der »Aufbau Ost« in den NBL auf Jahre hinaus weiter. Neben der eben erwähnten Weiterförderung von drei AGs an den Universitäten dauerten der physische wie der personelle Aufbau der neuen MPIs länger als geplant oder gewünscht. Zum Beispiel wurde der Neubau des MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik erst am 27. März 2002 in Anwesenheit Schröders und

402 Vgl. u. a. die entsprechenden Vermerke in AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 943, fol. 75–76, 77–78, 101–102, 148, sowie Gieraths: Bericht an die HV, zu TOP 3: Jahresbericht des Präsidenten, Themen für den mündlichen Bericht, hier Forschungspolitische Gespräche. Sachstand 1.5.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1350, fol. 57. Ebenfalls in diesem Sinne war das »Länderoffene Gespräch« am Rande der KMK-Konferenz am 22.10.1998 angelegt. Länderoffenes Gespräch im Rahmen der KMK-Sitzung im Oktober 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 553, fol. 266–273, 284–285, 294–295.

403 Vgl. Überblick. Forschungspolitische Gespräche Präsident Markl/GS Frau Bludau ab Herbst 1998 Forschungspolitische Gespräche Präsident Markl/GS Frau Bludau ab Herbst 1998, 2.8.2000, AMPG, II. Abt. 2, Rep. 57, Nr. 1350, fol. 1–7.

404 Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 9 verso.

Biedenkopfs eingeweiht;<sup>405</sup> das renovierte Haus des MPI für ethnologische Forschung in Halle wurde als letztes erst kurz vor der letzten Hauptversammlung der Amtsperiode Markls 2002 übergeben.<sup>406</sup> Im Folgenden sollen diese zusammen mit ausgewählten anderen Aspekten der weiteren Entwicklung der MPG in dieser Zeit eingehender besprochen werden.

Dabei sollen die beiden ersten Erweiterungen der MPG außerhalb der NBL sowie die anhaltende Debatte über das Verhältnis der MPG zu den Universitäten angesprochen werden. Im zuletzt genannten Fall wurden Folgerungen aus der Erfahrung mit den AGs der MPG an den ostdeutschen Universitäten sichtbar. Themen wie der Tierschutz, die Gentechnik, die Frauenförderung und der Umgang der MPG mit der Aufdeckung der Fälschung von Forschungsergebnissen, die damals sehr wichtig waren und es heute noch sind, bleiben hier allerdings ausgespart, weil in diesen Bereichen kein direkter Bezug zum Prozess der deutschen Vereinigung erkennbar ist.<sup>407</sup> Der Abschnitt schließt mit einer spannungsreichen Gegenüberstellung: Während die Jahrtausendwende für die MPG wie auch den WR als Anlass zu weitreichenden vorausschauenden Stellungnahmen diente, stellte ein neuer Finanzengpass die Realisierbarkeit längerfristiger Zielsetzungen grundsätzlich infrage.

#### 4.5.1 Eine Institutsneugründung und eine Übernahme außerhalb der NBL

Nach dem offiziellen Ende des »Aufbau Ost« wurde Ende der 1990er Jahre damit begonnen, den Blick auf Gründungs- oder Übernahmemöglichkeiten außerhalb der NBL zu richten. Daraus folgten die Gründung des MPI für vaskuläre Biologie in Münster und die Übernahme des Kunsthistorischen Instituts (KHI) in Florenz, beschlossen am 23. März bzw. am 21. Juni 2001. Dabei wichen beide Vorgänge auf jeweils unterschiedliche Weise vom gewohnten Modus für die Gründung von Neuvorhaben der MPG stark ab.

Das *MPI für vaskuläre Biologie* entstand im Kontext der Debatte über die Zukunft der klinischen Forschung in der MPG. Erwägungen in der BMS im Zuge der Beratungen der Stammkommission »MPI für physiologische und klinische Forschung (W. G. Kerckhoff-Institut)« führten zu einer Erweiterung der Zielvorgabe in Richtung eines Gründungsvorhabens in Münster.<sup>408</sup> Das lag nahe, weil

405 Niederschrift der 160. Sitzung des Senats vom 8.3.2002 in Jena, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 160.SP, fol. 5, Fn. 6.

406 Hubert Markl: Den Wandel gestalten, das Bleibende erhalten, 2002, 11–21, 14.

407 Das Thema Frauenförderung wird im Schlusskapitel unter der Rubrik personelle Ressourcen kurz zur Sprache kommen.

408 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 15./16.2.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1689, fol. 8–9.

Dietmar Vestweber, Direktor am MPI, auch als Professor in Münster tätig war. Im Senat betont wurde hingegen der allgemeinere Gedanke, »der Empfehlung der Systemevaluation Rechnung zu tragen, neue Max-Planck-Institute vor allem an Universitätsstandorten anzusiedeln«. <sup>409</sup> Im Senatsausschuss für Forschungsplanung standen regionalpolitische Erwägungen im Vordergrund, als Markl darauf hinwies, dass Nordrhein-Westfalen »seit Jahren zu den Geberländern« der Forschungsförderung gehöre. <sup>410</sup> Im Rahmen der oben erwähnten »forschungspolitischen Gespräche« hatten Ministerpräsident Wolfgang Clement und Staatssekretär Wolfgang Lieb (beide SPD) das Thema einer MPI-Gründung in Münster schon 1999 angesprochen, wobei Lieb den Namen Vestwebers genannt hatte. <sup>411</sup> Damals hatte Markl den Standpunkt vertreten, dass diese Frage erst nach Ende des »Aufbau Ost« aufzugreifen sei.

Das von Vestweber in der BMS vorgestellte Gründungskonzept sah drei Abteilungen vor: eine Abteilung unter seiner eigenen Leitung zur Untersuchung der »Zellbiologie des Endothels« (das ist die innere Zellschicht der Blutgefäße), eine zweite für »vaskuläre Medizin«, für deren Leitung Peter Carmeliet (Leuven/Belgien), ein weltweit anerkannter Experte auf dem Gebiet der Angiogenese (die Neubildung des kardiovaskulären Systems) berufen werden sollte, und eine dritte, die in Kooperation mit der Universität Münster organisiert werden und sich unter anderem mit der Hämatopoese/zellulären Immunologie befassen sollte. <sup>412</sup> Die Zuordnung des MPI zum Cluster Biomedizin scheint klar zu sein; wie im Falle des oben schon behandelten MPI für Infektionsbiologie ging es um biologische Grundlagenforschung mit klinischer Relevanz.

Die Auswahl von Carmeliet wie die von Vestweber, der den Leibniz-Preis 1997 erhalten hatte, entsprach dem Harnack-Prinzip. <sup>413</sup> Für den Standort Münster sprach neben der ohnehin schon gegebenen dortigen Tätigkeit Vestwebers die deutliche Aussage Carmeliets, »dass er sich eine Rufannahme vorstellen könne, aber nur unter der Voraussetzung, dass Münster der Standort des Instituts sei. Eine Tätigkeit in Bad Nauheim wäre für ihn ausgeschlossen.« Markl ergänzte, dass die Universität Münster »zugesagt habe, eine Abteilung des neuen Instituts

409 Niederschrift der 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 11 verso.

410 Zusammenfassende Niederschrift der 4. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsplanung vom 6.11.2000 in München. Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 307–308.

411 Markl: Vermerk zum Gespräch des Präsidenten mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, am 29.1.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 943, fol. 101–102; Bludau: Vermerk zum Gespräch mit Staatssekretär Dr. Lieb in Köln am 26.5.1999, 31.5.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1350, fol. 88–89.

412 Zusammenfassende Niederschrift über die Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des wissenschaftlichen Rates vom 15./16.2.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1689, fol. 9–10.

413 Laudationes Peter Carmeliet und Dietmar Vestweber. Materialien zur 157. Senatssitzung vom 23.6.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr.157.SP, fol. 303–305.

zu tragen«. <sup>414</sup> Zur Aussicht auf Finanzierbarkeit in schwierigen Haushaltszeiten trug die Zusage einer Sonderfinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 25 Millionen DM durch den in der Sitzung anwesenden Ministerpräsidenten Clement bei, »die bereits in den Haushalt des Landes eingestellt seien«. <sup>415</sup> GBR-Chef Hartung trat hingegen für den Erhalt Bad Nauheims ein, für dessen Weiterführung Markl sich ausgesprochen hatte; darauf antwortete Markl mit dem Hinweis, dass sich hier das Land Hessen engagieren müsse.

Noch im selben Jahr lehnte Carmeliet den Ruf an ihn jedoch ab. <sup>416</sup> Vestweber leitete das neue Institut zunächst allein. 2004 wurde Hans R. Schöler, ein Stammzellenforscher, Leiter einer neuen Abteilung für Zell- und Entwicklungsbiologie; seitdem heißt das Institut MPI für molekulare Biomedizin. 2007 wurde mit der Berufung von Ralf H. Adams mit Schwerpunkt Gewebebiologie und Morphogenese die Besetzung der ursprünglich geplanten drei Abteilungen abgeschlossen. <sup>417</sup> Mit alledem ging für die MPG eine Erweiterung institutioneller Ressourcen mit einer Berücksichtigung regionalpolitischer Interessen, diesmal in den ABL, einher.

Im Falle der Übernahme des seit 1896 bestehenden, international renommierten *Kunsthistorischen Instituts Florenz* kehrten sich die bis dahin vorherrschenden Mobilisierungsverhältnisse um, indem das BMBF der MPG ein Institut faktisch schenkte, um eine Empfehlung des WR umzusetzen. Anlass waren die Empfehlungen des WR vom im Jahr 1999 zum Umgang mit den acht damals vom Ministerium geförderten geisteswissenschaftlichen Instituten im Ausland. <sup>418</sup> In diesem Sinne bat der Staatssekretär für Grundsatzfragen im BMBF, Wolf Dieter Dudenhausen, Markl im September 1999 darum, »eine Übernahme des als unselbstständige Bundesanstalt geführten Kunsthistorischen Instituts in Florenz in ihre Trägerschaft zu prüfen«; dabei erklärte sich der Bund bereit, eine mögliche Übernahme in der Weise zu gestalten, »dass dies zur keiner zusätzlichen finanziellen Belastung der Max-Planck-Gesellschaft führen werde«. <sup>419</sup>

Diesem kaum abzulehnenden Angebot folgte die inzwischen bekannte *Assemblage* der Personen- und institutionellen Konstellationen, diesmal jedoch ohne die gewöhnlichen aufwendigen Begutachtungen und auch ohne Personenüberprüfung, weil keine Neugründung, sondern die Übernahme eines bestehenden Instituts mitsamt Direktor anstand. Binnen zwei Monaten, im November 2000,

414 Niederschrift der 157. Senatssitzung vom 23.6.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 11 verso, 12 recto.

415 Ebd., fol. 12 recto.

416 Niederschrift der 159. Senatssitzung vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 15 verso.

417 Vgl. <https://www.mpi-muenster.mpg.de/14708/history>. Zuletzt aufgerufen am 29.5.2022.

418 Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den Geisteswissenschaftlichen Auslandsinstituten. Drs. 4348–1999. Göttingen 12.11.1999.

419 Dudenhausen an Markl, 28.9.2000. Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, ad TOP 3: KHI Florenz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 332 recto–verso.

hatte sich der Senatsausschuss für Forschungsplanung mit der Angelegenheit befasst.<sup>420</sup> Gespräche mit Universitäten und insbesondere mit den Direktor\*innen der Bibliotheca Hertziana, Rom, wurden einbezogen, weil die Empfehlungen des WR »wissenschaftliche Synergieeffekte und eine Stärkung der wissenschaftlichen Präsenz Deutschlands im Ausland« durch Zusammenführung aller Auslandsinstitute in einem gemeinsamen institutionellen Verbund angeregt hatten. Dem Subsidiaritätsprinzip genügte man mit der lapidaren Auskunft, dass die Universitäten sich ein Auslandsinstitut nicht leisten könnten. GS Bludau wollte sich mit dem Vorsitzenden des Vereins zur Förderung des Kunsthistorischen Instituts in Florenz treffen und das Konzept der MPG bei einer Vereinssitzung im Dezember vorstellen. Die Einbeziehung dieser außerstaatlichen Einrichtung war notwendig, weil sie die Eigentümerin der Grundstücke war, auf denen die Schlösser Zuccari und Stroganoff standen, in denen das KHI untergebracht war. GWS-Vorsitzender Frowein berichtete, er habe mit dem Direktor des KHI, Max Seidel, telefoniert, der sich über diese Möglichkeit »sehr erfreut« und für die künftige Institutstruktur »völlig offen« gezeigt habe. Bludau wies allerdings darauf hin, dass die Gebäude in Florenz sehr alt und renovierungsbedürftig seien; deshalb müsse in einem zu erstellenden Übernahmeprotokoll festgehalten werden, dass das BMBF und gegebenenfalls auch der Förderverein des Instituts die Renovierungskosten zu tragen hätten. Markl befürwortete die weitere Prüfung, aber mit dem Hinweis, dass eine Übernahme nur bei »nachweisbarem Forschungswert« anzudenken sei.

Parallel zur Arbeit an der Mobilisierung institutioneller Ressourcen setzte die GWS eine Kommission unter dem Vorsitz Otto Gerhard Oexles ein, um den Vorschlag auf der epistemischen Ebene mit eindeutig positivem Ergebnis zu prüfen.<sup>421</sup> Der Kommissionsbericht lobte die ausgezeichnete Qualität der Arbeiten des KHI und stellte seine Bedeutung in der internationalen kunsthistorischen Forschung – gerade auch im Hinblick auf die Qualität des wissenschaftlichen Nachwuchses – fest. Ferner betonte die Kommission die »komplementäre Passung« der Arbeiten des KHI zu den Forschungen der Bibliotheca Hertziana. Die reale Möglichkeit eines Ausbaus des kunsthistorischen Teils des Clusters Geschichte war damit klar. Allerdings lehnte die Kommission die Vorstellung eines vom WR in Erwägung gezogenen integrativen Instituts zugunsten einer Verbundlösung ab, weil die Vollintegration aufgrund internationaler Vereinbarungen problematisch sei und beide Institute glänzend eingeführte Einrichtungen mit eigenen wissen-

420 Zum Folgenden vgl. Zusammenfassende Niederschrift der 4. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsplanung am 6.11.2000 in München, Materialien zur 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 309.

421 Vgl. zum Folgenden Otto Gerhard Oexle, Bericht und Empfehlung der Kommission »Kunsthistorisches Institut in Florenz«, 8.6.2001; Materialien zur Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates, 20.6.2001; Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates am 20.6.2001 in Berlin, beides AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1521, fol. 17–18 resp. 19.

schaftlichen Profilen seien. Die darauffolgende Empfehlung der Sektion, das KHI als eigenständiges Institut in die MPG überzuleiten und »eine enge Zusammenarbeit zwischen dem KHI und der Bibliotheca Hertziana im Sinne eines Verbundes«<sup>422</sup> zu fördern, machte sich der Senat zu eigen.<sup>423</sup>

Diese überaus zügige Mobilisierung institutioneller Ressourcen komplettierte die Stellungnahme Bulmahns, die kurz vor den Sitzungen der GWS und des Senats eintraf und sehr konkrete Zusagen enthielt: die Aufstockung des Haushalts der MPG um den aktuellen Haushaltsansatz des KHI für das Jahr 2002 mitsamt einer zusätzlichen C4-Stelle neben der C4-Stelle Seidels; darüber hinaus die Übernahme der Kosten für die Baumaßnahmen in Florenz als Sonderfinanzierung des Bundes aus dem Haushalt des BMBF.<sup>424</sup> Diese Zusagen wurden trotz des bald folgenden Haushaltsengpasses des Bundes eingehalten.

#### 4.5.2 Die MPG und die Universitäten – Ewige Rivalität oder Neubeginn?

Wie bereits angemerkt, hatten sich die Hochschulen weitestgehend aus der »Systemevaluation« herausgehalten, vor allem aufgrund des Eigeninteresses der Bundesländer an der Besitzstandswahrung.<sup>425</sup> In Bezug auf diese Thematik berichtete Markl, dass es in der BLK bei aller Zustimmung »auch eine kritische Diskussion, insbesondere über die Wechselwirkung zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und den Universitäten« gebe.<sup>426</sup> Dabei widersprach er der Aussage der Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Ausschusses »Forschungsförderung« der BLK, die in ihrer Stellungnahme vor der Gefahr eines »ruinösen Wettbewerbs« zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und den Universitäten gewarnt habe. Markl dankte Klaus Landfried, seit 1997 Nachfolger Hans Uwe Erichsens als Präsident der HRK, dafür, dass er beim Plenum der HRK im November die Position der MPG in dieser Frage habe präsentieren dürfen und so »mehr Verständnis« habe erreichen können. Gegen den Vorwurf machte Markl geltend, dass die MPG im Schnitt circa 10 Direktoren im Jahr aus deutschen Universitäten berufe, während die deutschen Universitäten circa 600 Berufungsvorgänge jährlich auf den Gebieten vollzögen, in denen die MPG aktiv sei. Ohnehin sei das Budget der ganzen MPG,

422 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 20.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1521, fol. 41 verso.

423 Niederschrift über die 158. Sitzung des Senats vom 21.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 12 verso.

424 Bulmahn an Markl, 13.6.2001. Materialien zur 158. Sitzung des Senats vom 21.6.2001 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 259–260.

425 Vgl. hierzu Krull/Sommer, Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluierung, 2006, 202.

426 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 154.SP, fol. 6.

mit dem sie circa 80 Institute betreibe, »von der Größenordnung einer größeren Universität wie München«. Darüber hinaus gebe es jetzt erfolgreiche Programme wie die Max Planck International Graduate Schools. Die Exzellenz der Forschung deutscher Universitätswissenschaftler, die in der Schweiz oder den USA über Rufe verhandelten, bleibe durch Berufungen an MPis auch dank der Möglichkeit weiterer Kooperationen mit Universitäten für Deutschland erhalten.

Der Stellungnahme Markls fügte DFG-Präsident Winnacker hinzu, dass auch im Senat der DFG über dieses Thema gesprochen wurde.<sup>427</sup> Allerdings könne die Antwort auf die finanzielle und strukturelle Schwäche der Universitäten in Deutschland wohl kaum darin bestehen, »dass die Max-Planck-Gesellschaft daran gehindert werde, in den Wettbewerb zu treten«, sondern nur in »einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten« selbst. Er begrüßte ausdrücklich die Initiativen der MPG zur Intensivierung der Kooperation mit den Universitäten, deren Beispiel zu folgen sein sollte. Markl dankte für die gute Zusammenarbeit.

In derselben Senatssitzung gab Markl die Einrichtung von Max-Planck-Forschungsgruppen an Universitäten bekannt. Erst jetzt, fast vier Jahre nach Verabschiedung der AGs der MPG an den Universitäten der NBL, schien ihre potenzielle Relevanz als Modell für künftige Kooperationen deutlich geworden zu sein. Nachdem die Internationale Kommission zur Systemevaluierung angeregt hatte, dieses Modell fortzuentwickeln, bewilligte der Senat »mit Billigung der Zuwendungsgeber die Einrichtung von Projektgruppen«, um die Forschung auf ausgewählten Gebieten zu leisten und »somit auch zu einer stärkeren Vernetzung von Forschungsaktivitäten zwischen Universitäten und MPG beizutragen«.<sup>428</sup> Wie Markl betonte, war das Ganze jedoch zunächst als Pilotprogramm mit einer Laufzeit von fünf Jahren angedacht, danach sollte über eine dauerhafte Förderung entschieden werden.

Nach den genaueren Erläuterungen Markls wurde deutlich, dass es sich nicht um eine Kopie, sondern um eine Verwandlung des AG-Modells und damit um eine Umgestaltung dieser institutionellen Ressource handelte, die ein gewisses Lernen aus den Schwierigkeiten der vorangegangenen AGs aufwies.<sup>429</sup> Jetzt war klarzustellen, dass »vonseiten der Universitäten ein wirkliches, auf Dauerhaftigkeit angelegtes Engagement bestehen«, dass ein auf eine C4-Stelle berufenes Vollmitglied der entsprechenden Fakultät der Universität an der Projektgruppe beteiligt werden und dass etwas Neues für die Universität dabei sein sollte. Auch wollte man geklärt wissen, »dass das wissenschaftliche Konzept in Wechselwirkung mit der Universität ›Max-Planck-gerecht‹, innovativ und möglichst

427 Ebd., fol. 7 recto.

428 Ebd.

429 Ebd. Vgl. Zusammenfassende Niederschrift der 5. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsplanung vom 22./23.1.2001 in München. Materialien zur 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 231.

disziplinenübergreifend« sei; erst dann sei die MPG bereit, Mittel in erheblichem Umfang einzusetzen. Während die Universität die Infrastruktur bereitstellen müsse, wollte die MPG »die qualitative Betreuung« übernehmen. Dem neuen Evaluierungsregime der MPG entsprechend sollte die Projektgruppe nach zwei Jahren einer Evaluation durch einen Fachbeirat unterzogen werden; nach vier Jahren sollte dann im Rahmen einer umfangreicheren Evaluierung grundsätzlich über die Zukunft der jeweiligen Gruppe nachgedacht werden. Im Normalfall sollte die Gruppe »vollständig in die Universität überführt« werden, doch sollte »eine dauerhafte Einrichtung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft nicht von vorneherein ausgeschlossen« sein.

Das Programm wurde wegen der Haushaltsschwierigkeiten der folgenden Zeit (siehe unten) erst langsam eingeführt. Bis 2002 wurden drei Max-Planck-Forschungsgruppen eingerichtet: für »Optik, Information und Photonik« an der Universität Erlangen, für »Mechanik der Polymere« an der TU Darmstadt und für »Stammzellbiologie und Materialien Gewebsregeneration« an der Universität Ulm.<sup>430</sup> Aus der Forschungsgruppe in Erlangen entstand das schon 2004 gegründete MPI für Physik des Lichts (vgl. Tab. 3).<sup>431</sup>

So interessant und auch vielbeachtet die Schritte der MPG zur Verstärkung der Verbindungen zu den Universitäten waren, blieb die Größenordnung von alledem relativ bescheiden. Laut einem Bericht des Senatsausschusses für Forschungsplanung von 2001 lagen Projektanträge für International Max Planck Research Schools, institutsübergreifende Forschungsinitiativen, Tandemprojekte und Max-Planck-Forschungsgruppen an Universitäten sowie für internationale Aktivitäten in einer Größenordnung von insgesamt ca. 120 Millionen DM vor.<sup>432</sup> Das waren etwas weniger als 10 Prozent der geplanten Gesamtausgaben der MPG für das Jahr 2002.<sup>433</sup> Damit konnte zwar kein fundamentaler Politikwandel bewerkstelligt werden, doch stellten diese Initiativen in Anbetracht der zunehmend problematischen Haushaltssituation eine beachtliche Leistung dar.

430 Sechste Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsplanung vom 5.11.2001 in München, Materialien zur 159. Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 181.

431 Niederschrift über die 160. Sitzung des Senats vom 8.3.2002 in Jena, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 160.SP, fol. 10–11; Niederschrift über die 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 12.

432 Niederschrift über die 159. Sitzung des Senats vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 11 verso.

433 Haushaltsplan 2002. Entwurf. Stand: 5.11.2001. Materialien zur 159. Sitzung des Senats vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 226.

### 4.5.3 Ausblicke 2001: Die Broschüre »MPG 2000+« und die Stellungnahme des WR »Forschungslandschaft Deutschland«

Den vorläufigen Abschluss dieser Phase der Entwicklungspläne und Evaluierungen und zugleich einen Anstoß zu einem kreativen Neubeginn für die MPG sollte die umfangreiche Broschüre *MPG – Forschungsperspektiven 2000+* markieren. Die Erarbeitung der Broschüre begann schon 1996. Das fertige Produkt wurde zunächst für die Hauptversammlung 2000 angekündigt, es erschien aber erst 2001 als Sonderheft des Magazins *MPG-Forschung*.<sup>434</sup> Dort ist von den Entwicklungen in den NBL keine Rede mehr. Vielmehr sprach Markl bei der Präsentation der Broschüre im Senat wie schon 1996 von »einer Art Selbstvergewisserung, die die Grundlage für eine Perspektivendiskussion« bilden sollte.<sup>435</sup>

Den Wunsch nach strategischer Forschungsplanung im Sinne einer »prospektiven« Steuerung hatte der WR 1994 zum Thema eigener Empfehlungen gemacht; in der »Allianz« wurde dieser Vorstoß jedoch als potenzielle Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit mit Argwohn betrachtet.<sup>436</sup> In den Unterlagen zur betreffenden Senatssitzung heißt es:

Die Notwendigkeit, wissenschaftliche Prioritäten und Posterioritäten zu setzen und entsprechend die knappen Ressourcen zuzuweisen, ist dem wissenschaftlichen und organisatorischen Auftrag der MPG immanent. Die in der MPG primär dezentral angelegte Suche nach neuen und künftig bedeutsamen Themen bedarf daher prinzipiell einer komplementären strategischen Forschungsplanung auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzer.<sup>437</sup>

Eine Antwort auf die Frage nach einer Neuprofilierung der MPG insgesamt war aus diesem hybriden Werk aber kaum zu erkennen. Vielmehr handelte es sich um ein buntes Portrait der großen Vielfalt der aktuellen wie angedachten Themenfelder an MPIs, dessen kurze Überschriften im Stil einer PR-Broschüre gehalten waren. Dem Publikationsort nach sollte die Broschüre tatsächlich als ein besonders ambitionierter Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit der MPG wahrgenommen werden.

434 Exemplare auf Deutsch und Englisch sind enthalten in den Materialien zur 155. Sitzung des Senats vom 8.6.2000 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP.

435 Niederschrift der 155. Sitzung des Senats vom 8.6.2000 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP, fol. 10.

436 Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zu einer Prospektion für die Forschung* (Drs. 1545/94). Berlin 1994b. Ein Exemplar lag den Materialien zur 140. Senatssitzung vom 22.6.1995 in Potsdam bei, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 70–92; vgl. Osganian und Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022, 64.

437 TOP 4: Stand der Überlegungen zum Perspektivpapier »MPG 2000 plus«. Materialien zur 149. Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft vom 25.6.1998 in Weimar, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 185 verso.

Auch als Ausblick gedacht, diesmal für die Wissenschaftspolitik insgesamt, war die schon 2000 erschienene Stellungnahme des WR »Forschungslandschaft Deutschland: Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland«. <sup>438</sup> Auch hier ist vom »Aufbau Ost« keine Rede mehr. Bei heutiger Lektüre kommen Lesenden schon die Überschriften fast unheimlich vor, denn die in Stichworten formulierten Erfordernisse (»Stärkung von Anwendungsorientierung und Praxisbezug«, »Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien«) ähneln den in heutigen wissenschaftspolitischen Schriften angeführten ziemlich genau.

Das Papier hielt für die MPG keine bösen Überraschungen bereit. Es zielte durchaus ambitioniert »auf ein Alternativmodell zur derzeitigen institutionellen Struktur«, eine verstärkte Neuausrichtung der bestehenden Einrichtungen auf Anwendungsorientierung und »eine hervorgehobene Rolle staatlicher Programmförderung im Wissenschaftssystem« ab. Doch für die MPG selbst ergaben »sich aus dem Papier keine Hinweise« auf Maßnahmen, die »die Max-Planck-Gesellschaft in ihrer selbstständigen Planung und Handlungsweise unmittelbar einschränken könnten«. Vielmehr wurde die MPG aufgefordert, »den bereits begonnenen Weg [der Kooperation mit den Hochschulen] entschieden fort[zusetzen]«. <sup>439</sup>

Bemerkenswert im Kontext dieser Studie ist es, dass dieser Text neben den Ergebnissen der »Systemevaluation« der DFG und der MPG die nunmehr vorliegenden Gutachten zur 1996 umbenannten Helmholtz-Gemeinschaft und zur 1997 gegründeten Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. mit einbezog. <sup>440</sup> Damit wurde die neue, aus den damaligen Evaluierungen der AdW-Institute des WR hervorgegangene institutionelle Konstellation der außeruniversitären Forschungsförderung im vereinigten Deutschland als etablierte Größe sichtbar. Bereits in der Sitzung der »Allianz« am 6. Juli 1998 stimmten alle Vertreter der Forschungsorganisationen zu, dem Gründungspräsidenten der Gemeinschaft, dem Physiker Ingolf Hertel, »künftig eine Mitgliedschaft in der Allianz anzubieten«. <sup>441</sup> Doch erst drei Jahre später, als er die Stellungnahme des WR im März 2001 zur Kenntnis nahm, sah sich der Senat der MPG veranlasst, der Leibniz-Gemeinschaft als einem »bestandsfähigen Teil des deutschen Wissenschaftssystems« einen Amtssitz im Senat einzugestehen. <sup>442</sup> So lange wirkte

438 Wissenschaftsrat. *Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland*. Drs. 4594/00. Berlin, 7.6.2000.

439 Vermerk zu: TOP 1, Bericht des Präsidenten: Thesen des Wissenschaftsrates zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland. Materialien zur 156. Senatssitzung vom 6.7.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 155.

440 Vgl. hierzu Ariane Brill: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation*, 2018.

441 Protokoll über die Sitzung der Allianz vom 19.6.1998 in Bonn, 6.7.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 947, fol. 133–136, 133. Vgl. Osganian und Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als Akteurin der Allianz*, 2022, 84.

442 Niederschrift der 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 7.

der schon ab 1991 von Zacher, Lüst und anderen MPG-Mitgliedern formulierte Widerwillen gegen diese unerwartete und wohl auch unerwünschte Änderung der »Forschungsverfassung« der neuen Bundesrepublik nach.<sup>443</sup>

#### 4.5.4 Einbruch des Realen: Vom Bruch der »5×4-Vereinbarung« 1997/1998 bis zur Nullrunde der MPG 2001/2002

Der formale Abschluss der AG-Förderung in den NBL Anfang 1997 hätte zeitlich nicht besser passen können, denn im unmittelbaren Anschluss kam es zum Bruch mit der vermeintlich gesicherten »5×4-Vereinbarung« vom vorigen Jahr. Der Zuwachs des Haushalts 1998 um 5 Prozent, der von der BLK bereits empfohlen worden war und sogar das Bundeskabinett passiert hatte, wurde im Bundestag gekippt; stattdessen wurde ein Zuwachs um 3,9 Prozent bewilligt.<sup>444</sup> Im selben Bericht an den Senat gab Markl zwar auch bekannt, dass die BLK die Flexibilisierung der Haushaltsplanung ab dem Haushaltsjahr 1999 endlich bewilligt hatte, doch diese Nachricht musste nun wie ein schwacher Trost gewirkt haben.

Warum es zum Bruch mit der sicher geglaubten »5×4-Vereinbarung« kam, deutet »eine ebenso erstaunliche wie bedenkenerregende Randbemerkung« am Rande einer Veranstaltung der »Allianz« am 30. September 1997 an, die Markl in einem von ihm selbst verfassten Vermerk festhielt. Demnach gab der Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft und MPG-Senator Joachim Treusch Markl Folgendes zu verstehen:

Er sei von Berichterstattern für den HGF-Haushalt im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages aufgefordert worden, öffentlich gegen den 5 %-Zuwachs der MPG aufzutreten, damit sie eine Handhabe hätten, diesen zu kürzen, eine Zumutung, die er abgelehnt habe! Zugleich ließ mich Herr Frühwald wissen, dass nach Mitteilung aus dem BMBF der DFG 5 %-Zuwachs ungefährdet sei, nur der MPG-Zuwachs sei »aus alter Verärgerung der Haushälter über die MPG« in großer Gefahr, da diese hierbei als unbelehrbare »Gesinnungstäter« handelten. Man müsse sich auf Rückstufung auf HGF-/FhG-Niveau einstellen (3 %?).<sup>445</sup>

443 Hans F. Zacher: Die MPG im Prozess der deutschen Einigung, 1991, 62–69, 68; Raimar Lüst: Blaue Listen, 1993, 44. Vgl. hierzu Unterabschnitt 3.2.2 in diesem Band.

444 Niederschrift der 147. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 6 verso. Siehe auch *MPG-Jahrbuch* 1998, 852.

445 Vgl. hierzu Markl, Vermerk über das Gespräch der Präsidenten der Allianz-Organisationen mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, Herbert Mai, am 30.9.1997 in Frankfurt, 17.30 bis 20.30 Uhr, 6.10.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 941, fol. 270–272. Einschub im Original. Mit »HGF« war die Helmholtz-Gemeinschaft gemeint. Was mit der »alten Verärgerung der Haushälter« gemeint sein mag, spricht Barbara Bludau im Interview mit einer Anekdote an: »Ein Abgeordneter im Haushaltsausschuss hat mir 1998 gesagt: ›Frau Bludau, Sie können sich nicht vorstellen, wie zornig ich bin. Ich bin Kommunalbeamter

Offenbar war es mit dem wie selbstverständlich gehandhabten Sonderstatus der MPG unter den außeruniversitären Forschungsförderungseinrichtungen in einer Zeit immerwährender Kürzungen im Bildungs- und Forschungsbereich vorbei.

Wohin die Reise aus der Sicht der Länderfinanzminister\*innen gehen sollte, machte ein Beschluss der Länderfinanzministerkonferenz am 15. April 1999 deutlich.<sup>446</sup> »Nach 10 Jahren forcierten Wachstums« sprachen sie sich dafür aus, »ab dem Haushaltsjahr 2000 wieder zu jährlichen Festlegungen zu kommen«. Demnach sei das Ziel der »weit überproportionalen Haushaltsaufwüchse« erreicht worden, »wobei der Zuwachs im Zusammenhang mit der deutschen Einheit nur einen Bruchteil ausmache«. Für das Haushaltsjahr 2000 gaben die Länderfinanzminister\*innen daher eine Steigerung der Zuwendungen an die MPG und die DFG von lediglich 2 Prozent vor. Der Beschluss war einstimmig, aber die Vertretungen der NBL hielten in einer Protokollerklärung fest, dass sie davon ausgingen, »dass der Beschluss der Finanzministerkonferenz dem Ausbau bestehender und dem Aufbau weiterer MPG-Einrichtungen in den neuen Ländern nicht entgegensteh[e]«.

Ein Signal dafür, dass auch der Bund in diese Richtung tendierte, kam Anfang 2000 in einer BLK-Sitzung, in der es eigentlich um die Folgen der Systemevaluation gehen sollte. Als Markl darauf hinwies, dass »die zeitnahe Umsetzung der Empfehlungen des Berichtes [der Evaluierungskommission] sowohl die mittelfristige Planungssicherheit wie auch angemessene Zuwachsraten« im Budget der MPG erfordere, erklärte ihm der anwesende Staatssekretär Dudenhausen,

dass der Bund mit der Max-Planck-Gesellschaft nicht über eine feste Zuwachsrate [sic!] sondern über ihre Aufgaben und den sich daraus ableitenden Bedarf reden wolle. Im Übrigen kenne er ohnehin keine nachvollziehbare Begründung für die 5 %-Zusage der Vergangenheit und er habe auch nie verstanden, warum DFG und MPG gleich behandelt [sic!] werden müssten.<sup>447</sup>

Der Wandlung in der Haltung der allgemeinen Politik versuchte man in der GV unter anderem durch die Beendigung des Sonderstatus der NBL im Haushaltsplan der MPG zu begegnen. Schon Ende 1998 schlug Manfred Betz von der GV in seinem Vermerk zur mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1999 bis 2003

und mein Haushalt ist so hoch wie das Reisebudget eines Ihrer Könige. Ihm wie anderen ›Haushaltern‹ war es nicht möglich klarzumachen, dass Spitzenforschung internationale Kontakte braucht.« Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 3.6.2022. DA GMPG ID 601097.

446 Für die folgenden Zitate vgl. Finanzministerkonferenz am 15.4.1999 in Bonn, Punkt 7 TO: Nachfolgeregelung des »4 × 5 %-Beschlusses für DFG/MPG. Beratungsergebnis, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1354, fol. 21. Hervorhebungen im Original.

447 Markl und Dudenhausen zit. n. Betz, Vermerk: Sitzung des Ausschusses »Forschungsförderung« am 1.2.2000. Systemevaluation und mittelfristige finanzielle Planungssicherheit, 7.2.2000. Materialien zur 154. Sitzung des Senats vom 10.3.2000 in Mainz-Lerchenberg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 130.

vor, die seit 1992 bestehende getrennte Haushaltsführung für die ABL und die NBL aufzuheben, da es für den zu beantragenden Budgetzuwachs der MPG nach dem formalen Ende der Institutsgründungen in den NBL »einer neuen Argumentation« bedürfe.<sup>448</sup> Es folgte eine Umbenennung der Kategorie »Bedarf neue Länder« in »Teilbedarf Aufbauprogramm Ost«, der nunmehr auf den Aufbau der MPis in den NBL beschränkt sein sollte; der bisherige »Teilbedarf alte Länder« wurde in »Gesamtbedarf ohne Aufbauprogramm Ost« umbenannt.

Anscheinend fruchtete diese diskursive Taktik wenig. Stattdessen stellte sich ein jährliches Spiel ein, in dem die MPG einen realen Zuwachs von 5 Prozent oder mehr beantragte, die Finanzminister der Länder maximal 2 Prozent bewilligen wollten, die Fachminister bei 5 Prozent blieben und die BLK nach zähen Verhandlungen mit Ministerium und Ländern Zuwächse zwischen 3 und 3,9 Prozent beschloss, welche dann wie oben berichtet vor weiteren Kürzungen durch den Haushaltsausschuss des Bundestages keineswegs gefeit waren.<sup>449</sup> Damit schien man eine Zeit lang leben zu können. In der Sitzung vom 23. März 2001 konnte Markl sogar verkünden, dass dem Senat mit 15 Berufungen in erster Lesung »die meisten Berufungsvorschläge in der gesamten Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft zur Beschlussfassung vorlägen«.<sup>450</sup>

Doch über den Berg war die MPG mitnichten. Schon Ende 2000 hatte Markl im Senat von einer Kürzung des Budgetzuwachses von 3,9 auf nunmehr 3 Prozent Zuwachs berichtet und diese Nachricht überaus selbstkritisch kommentiert. Im Unterschied zur MPG hatte die DFG den beantragten Zuwachs erhalten. Auch wenn er den Beitrag der Förderung der DFG zur Stärkung der Universitäten einsehe, meinte Markl, dass »es richtig gewesen wäre, hier nicht auseinander zu driften«; er »betrachte es als eine Niederlage für die Max-Planck-Gesellschaft und ihn als Präsidenten, dass dies so eingetreten sei«.<sup>451</sup> Ab 2002 wollte er gemeinsam mit den Ländern möglichst konkrete Projekte diskutieren, um »überzeugender« zu wirken und »von der zu stark von Prozentsätzen dominierten Diskussion abzugehen«.<sup>452</sup> Der anwesende Ministerpräsident Clement nannte die BLK-Entscheidung »durchaus problematisch«, stellte aber fest, dass die Haushaltslage der Länder derzeit »so kritisch wie seit langem nicht mehr« sei; er riet Markl deshalb davon ab, solche Rückschläge persönlich zu nehmen.<sup>453</sup>

448 Vgl. zum Folgenden Betz, Vermerk zum Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1999–2003, 4.12.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 943, fol. 286–287.

449 Vgl. z. B. Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, sowie Niederschrift der 155. Sitzung des Senats vom 8.6.2000 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 155.SP.

450 Niederschrift der 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 14 verso.

451 Niederschrift der 156. Sitzung des Senats vom 24.11.2000 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 5 verso.

452 Ebd., fol. 6 recto.

453 Ebd., fol. 6 verso.

In der Folge ging das Ringen um Prozentsätze trotzdem weiter und es schloss sich der Kreis zur Finanzkrise der MPG unmittelbar nach der deutschen Vereinigung. So berichtete GS Bludau im November 2001: Weil die Zuwendungsgeber für das Jahr 2002 »einen Haushaltszuwachs von 3,5 % zuzüglich der Kosten für das Kunsthistorische Institut in Florenz bewilligt hätten«, sei an den Instituten »eine pauschale Kürzung der Betriebshaushalte von 1,5 % erforderlich« geworden.<sup>454</sup> Damit hielt die Methode der pauschalen Kürzungen, die Hasenclever bereits 1991 erfolglos verwendet hatte, um mit der damaligen Finanzkrise umzugehen (vgl. Abschnitt 3.4), in die Haushaltsgestaltung wieder Einzug.

Es sollte aber noch schlimmer kommen. Ein Jahr später, kurz nach der knappen Wiederwahl der Rot-Grün-Regierung, berichtete der neu gewählte MPG-Präsident Peter Gruss im Senat, Ministerin Bulmahn habe die Präsidenten und Vorsitzenden der Wissenschaftsorganisationen am 20. November 2002 unterrichtet, »dass die Zuwendungen des Bundes an die Max-Planck-Gesellschaft und auch an die anderen Wissenschaftsorganisationen im Haushaltsjahr 2003 entgegen dem Beschluss der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom 17. Juni 2002 nicht erhöht werden sollten«.<sup>455</sup>

Für die MPG bedeutete diese Mitteilung die erste Nullrunde und damit die erste reale Kürzung seit der Vereinigung.<sup>456</sup> Vor den Wahlen hatte Bulmahn vollmundig Erhöhungen für die Forschung versprochen; nun ging die konsternierte Reaktion der Forschungschefs durch die Medien. Der Titel des ausführlichen Kommentars in der *Zeit*, »Eine Wüste namens Wissenschaft«, legte ironisches Zeugnis der Dauerhaftigkeit eines Topos ab, dessen Ursprung wir schon kennen gelernt haben.<sup>457</sup> Im Senat machte Gruss klar, dass es Konsequenzen geben werde; dabei werde es »keine Tabus geben, insbesondere könnten auch Einschnitte in den neuen Bundesländern möglich sein«.<sup>458</sup> Damit schien Gruss den politischen Sonderstatus des »Aufbau Ost« überhaupt infrage zu stellen – und diesbezüglich war er nicht allein.

Diesmal fanden keine allgemeinpolitischen Debatten in einer Senatssitzung statt, wie dies im Vorfeld der ersten Finanzkrise der MPG geschehen war (vgl. Unterabschnitt 3.4.1). Aber der bayrische Kultusminister Zehetmair nannte den

454 Niederschrift der 159. Sitzung des Senats vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 12 verso.

455 Niederschrift der 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 5 verso.

456 Konrad Adam: Am Kopf kürzen: Nullrunde für deutsche Forschung. Internationale Konkurrenzfähigkeit in Gefahr. *Die Welt*, 4.12.2002; Steffen Schmidt, Nullrunde für Forscher? Max-Planck-Gesellschaft fürchtet Schließung von Instituten. *Neues Deutschland*, 4.12.2002. Beides in: AMPG, II Abt., Rep. 71, Nr. 360, fot. 281, 284.

457 Nina Grunenberg: Eine Wüste namens Wissenschaft. Mehr Geld für die Forschung? Fehl-anzeige. Das Spardiktat beschädigt die deutschen Universitäten. *Die Zeit*, 28.11.2002, ebd., fot. 236–238.

458 Niederschrift der 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 7.

Schritt der Bundesregierung »einen außerordentlichen und bisher einmaligen Vorgang«; seiner Meinung nach habe die BLK damit als konsultative Körperschaft ihren Sinn verloren und könne »aufgelöst werden«. <sup>459</sup> Die Länder würden diese Entscheidung des Bundes nicht widerspruchslos hinnehmen. Der anwesende Staatssekretär Dudenhausen entgegnete, dass der Bundeshaushalt wegen der neuesten Schätzung der Steuereinnahmen neu kalkuliert werden müsse. So sinke der Bundeshaushalt für das Jahr 2003 gegenüber 2002 um 1,8 Prozent. Als Erfolg müsse daher angesehen werden, dass der Etat des BMBF gegenüber 2002 konstant bleibe. Die Forschungsausgaben seien daher zu »überrollen«; man werde das »verkräften« können. <sup>460</sup>

Bewusst provokant wirkte jedoch der sich anschließende Hinweis Dudenhausens darauf,

dass die Steigerung im Haushalt der Max-Planck-Gesellschaft in den letzten vier Jahren 20 % und von 1990 bis 1998 noch erheblich mehr betragen habe. Diese Mittel seien vielfach für den Aufbau Ost verwendet worden, der nun abgeschlossen sei, und könnten nun, da sie erhalten geblieben seien, in den alten Ländern verwendet werden. Ohnehin sei es der Forschung in diesen Jahren »am besten« gegangen. Er erklärte sich bereit, Vorschläge für Kürzungen in anderen Bereichen entgegen zu nehmen [sic!], stellte aber gleichzeitig fest, *dass die Max-Planck-Gesellschaft auf einem sehr hohen Niveau klage*. <sup>461</sup>

Solche wie auch frühere Formulierungen Dudenhausens machten sonnenklar, dass der Bund die Position der Finanzminister der Länder faktisch übernommen hatte. Wird bedacht, dass die Hochschulen zu dieser Zeit unter anderem infolge des Verzichts auf die Studiengebühren wegen massiver Proteste der Studierenden tatsächlich real kürzen mussten, <sup>462</sup> war die Einschätzung des Staatssekretärs trotz des scharfen Tones nicht ganz von der Hand zu weisen.

In seiner Entgegnung hielt Gruss fest, dass nach der Entscheidung des Bundeskabinetts nun strukturelle Anpassungen vorgenommen werden müssten. Es gehe in letzter Konsequenz um den Abbau von mindestens 20 Abteilungen, wenn die Max-Planck-Gesellschaft das Niveau der bestehenden Einrichtungen international konkurrenzfähig halten wolle. <sup>463</sup>

459 Ebd., fol. 7 verso.

460 Ebd. Zu Dudenhausen vgl. den kritischen Kommentar von Konrad Adam: Der fleißige Herr Dudenhausen. Oder wie man sich selbst zum Staatssekretär befördert. *Die Welt*, 26.11.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 360, fot. 287.

461 Niederschrift der 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 7 verso – 8 recto. Hervorhebung von MGA.

462 Vgl. u. v. a. Hochschulen drohen drastische Einschnitte. Finanzierungslücke soll durch Kürzungen bei Geldern aus nicht besetzten Stellen geschlossen werden. *Süddeutsche Zeitung*, 24.22.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 360, fot. 250.

463 Niederschrift der 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 9 recto und verso.

Die Reaktion des VR fiel noch schärfer aus: In derselben Senatssitzung berichtete GS Bludau, dass sich der Verwaltungsrat infolge der Mitteilung der Bundesministerin erstmalig

nicht in der Lage gesehen habe, den Haushaltsplan 2003 aufzustellen und dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen. Er habe sodann die Generalverwaltung beauftragt, für seine nächste Sitzung im März 2003 Vorschläge für den Ausgleich des Haushalts 2003 auszuarbeiten. Damit sei auch die Hoffnung verbunden, dass sich auf politischer Ebene die Rahmenbedingungen noch ändern könnten, aber auch der Auftrag nach innen, sich auf diese Situation einzustellen und über mögliche strukturelle Konsequenzen auch in den Jahren über 2003 hinaus nachzudenken.<sup>464</sup>

Weil die GV damit für den Vollzug des Haushalts ab 2003 »über keinerlei Rechtsgrundlage« verfügen würde, empfahl der VR dem Senat, die Generalverwaltung zu ermächtigen, »bis zur Vorlage eines beschlussfähigen Haushaltsplans 2003« eine faktische Ausgabensperre von bis zu 5 Prozent der Ansätze des Haushalts 2002 zu verfügen.<sup>465</sup> In den folgenden Jahren kam es tatsächlich wieder zu Institutsschließungen, die allerdings weniger medienwirksam inszeniert wurden als diejenigen von 1996.

Über die Implikationen der Kürzungen für die NBL berichtete am detailliertesten ein Artikel in *Nature*:<sup>466</sup> Exemplarisch wurden die Absagen großer Investmentprojekte, darunter eines für das MPI für Biogeochemie in Kooperation mit der Russischen Akademie der Wissenschaften zu bauenden Bemessungsturms in Sibirien oder des Verkaufs einer Einrichtung für magnetische Oberflächenanalyse am MPI für Mikrostrukturphysik in Halle, angeführt. Das Fazit lautete:<sup>467</sup>

The »Aufbau Ost« – the campaign to build up eastern Germany since 1990 – has enabled the MPS to enter new scientific territory. Many of the generously equipped institutes are becoming internationally competitive in fields such as cell biology, genetics, evolutionary anthropology, primate research and plant biology. But that financial largesse is now disappearing. [...] Ten of the new institutes in the east are still without directors, partly because of the difficulties of luring scientific heavyweights to eastern Germany. Some of these positions may remain vacant, says [MPG-Präsident Peter] Gruss.

Besonders einsichtig hinsichtlich des gesamtpolitischen Kontextes war ein ungesegneter Kommentar, wieder in *Nature*:<sup>468</sup>

Germany's current slackness has little to do with a failure of the political system, and a lot to do with mass psychology and a lack of citizens' trust in the country's economic future.

464 Ebd., Bl. 21, fol. 15 recto.

465 Ebd., Senatsbeschluss Bl. 22, fol. 15 verso.

466 Quirin Schiermeier: Funding freeze leaves eastern Germany out in the cold. *Nature*, 5.12.2002. AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 360, fot. 320.

467 Ebd.

468 Coping with a Budget Reversal. *Nature*, 5.12.2002, Vol. 420, Nr. 6915. Ebd., fol. 321.

[...] Ironically, Germany, once a paragon of economic growth and stability, is likely to be sanctioned next year by the European Union (EU) for its failure to meet the Maastricht criteria for stability. Under these circumstances it is less unexpected than some science administrators would like to admit that the government has backed down from a pre-election promise to increase the budgets of Germany's main scientific organizations.

Leider komme diese Entscheidung »at a precarious time for the German research system, which is in the midst of a difficult reform process«; es wäre bedauerlich, wenn Initiativen wie die International Max Planck Research Schools und »a planned investment in high-profile research in eastern Germany« gestoppt werden würden.<sup>469</sup>

Dazu kam es nicht, denn die MPG kam auch durch diesen Finanzengpass. Doch am Schluss dieses Kapitels ist wieder eine Ironie angebracht. Der »Aufbau Ost« in der Forschungsförderungspolitik war für die MPG eine große Chance, die sie, wie zu Beginn dieses Kapitels gezeigt wurde, mit einer einmaligen Welle von Institutsneugründungen auch aufgriff. Mit dem deklarierten Ende des »Aufbau-Ost«-Programms sollte es für die nunmehr in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen vertretene MPG eigentlich zu einem Aufbruch zu neuen wissenschaftlichen Ufern im vereinigten Deutschland kommen. Darauf sollte die bereits besprochene Broschüre »MPG 2000+« hinweisen. Markl, immer der Optimist, hatte dies in seinem Abschiedsvortrag im Juni 2002 auch vorhergesagt, obwohl er eingestand, dass die wachsende Zahl von Neuberufungen einen starken Druck auf die Finanzen mit sich gebracht habe.<sup>470</sup> Ende 2002 schien das Gegenteil eingetreten zu sein, doch der betrübliche Eindruck blieb nicht lange bestehen.

469 Ebd.

470 Markl, Den Wandel gestalten, das Bleibende erhalten, 2002, 16.



## 5. Zusammenfassung

Im Jahre 2003 erschien ein offensichtlich als PR-Broschüre gedachter Bericht mit dem Titel »Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern« mit einem Vorwort des neuen MPG-Präsidenten Peter Gruss, der den offiziellen Abschluss des Programms »Aufbau Ost« in der Öffentlichkeit signalisieren sollte.<sup>1</sup> Natürlich gingen die Arbeit an den neu gegründeten Max-Planck-Einrichtungen in den NBL und damit der Prozess der deutschen Vereinigung im Wissenschaftsbereich wie in der deutschen Gesellschaft insgesamt weiter; die Broschüre selbst nannte mehrere MPI-Neubauten, die noch nicht fertiggestellt waren. Doch mit dem Ende der Amtszeit Markls vier Jahre nach dem letzten Gründungsbeschluss in den NBL konnte von einer beginnenden Normalisierung dort tatsächlich die Rede sein. Deshalb soll an dieser Stelle eine Art Fazit in drei Abschnitten gezogen werden. Im ersten Abschnitt dieses Schlusskapitels werden Befunde der Studie über die Rolle der MPG im Prozess der deutschen Vereinigung als Beispiel einer Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik knapp zusammengefasst. Im zweiten Abschnitt wird eine ausführlichere Analyse der Rollen und Wandlungen der in der Einleitung genannten Ressourcentypen versucht, während im dritten Abschnitt abschließende Bemerkungen formuliert werden.

### 5.1 Zur Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik am Beispiel der MPG

Wie ist also die Rolle der MPG im Prozess der deutschen Vereinigung zu charakterisieren? Allgemeinhistorisch scheint ein Musterbeispiel der Vereinigung als »Übernahme« des Ostens durch den Westen vorzuliegen.<sup>2</sup> Dafür spricht die öffentliche Positionierung der MPG-Leitung gegen jede institutionelle »Konvergenz« der beiden Wissenschaftssysteme im Juni 1990, womit sie sich in Überein-

1 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau*, 2003.

2 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Übernahme*, 2019. In den ersten Jahren des Vereinigungsprozesses war häufig von einer »Kolonisierung« in diesem Sinne die Rede. Im Wissenschaftsbereich stammte diese Rede überwiegend aus den Federn ehemaliger Machthaber im Wissenschaftssystem der DDR, die tatsächlich als Verlierer dastanden und sich gelegentlich sogar mit den ausgeschlossenen Juden der Nazizeit verglichen. Für ein Beispiel vgl. Wolfgang Schuller, *Zwei Kulturen neuen Typs*, 1997, 77. Die Rede von einer »Kolonisierung« übernahmen aber auch westliche und ausländische Kommentator\*innen; vgl. u. v. a. Kristie Mackrakis: *Wissenschaft and Political Unification*, 1992, 72–85.

stimmung mit der Hauptstoßrichtung der bundesrepublikanischen Politik befand. In dieselbe Richtung weist die sehr begrenzte Aufnahme von Ostdeutschen in die Gremien oder als Wissenschaftliche Mitglieder der MPG (siehe Unterabschnitt 5.2.1). In den Selbstdarstellungen der MPG aus dieser Zeit handelte es sich hingegen ohne Einschränkung um eine Erfolgsgeschichte.

Die Expansion der MPG in die NBL war in der Tat ein beispielloser Kraftakt, der nicht nur in der Geschichte der MPG seinesgleichen sucht. Dies gilt für die Arbeitsstunden der GV-Mitarbeiter\*innen wie auch der vielen anderen MPG-Mitglieder, die den Prozess in zahlreichen Gremien mittrugen. Infolge der allgemeinpolitischen Entscheidung für den »Aufbau Ost« wurden zwischen 1991 und 1998 die Gründung von insgesamt 28 AGs an den Universitäten, die Übernahme der administrativen Betreuung zunächst von 7, danach von 6 geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten sowie die Gründung von 20 MPG-Einrichtungen in den NBL, darunter 18 MPIs, ein großes Teilinstitut und eine Forschungsstelle, beschlossen. Vor allem mit den MPI-Gründungen wurde der Senatsbeschluss vom November 1993 vollzogen, der darauf abzielte, dass die MPG ebenso stark im Osten wie im Westen Deutschlands vertreten sein sollte. Vom Standpunkt einer Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik kann damit die erste Hauptthese dieser Studie als bestätigt gelten: Die MPG handelte zwar in Bezug auf die Politik der deutschen Vereinigung anfangs mitgestaltend und danach eher reaktiv, doch letzten Endes nahm sie die Vereinigung als große Chance für sich wahr und verstand es, diese auch umzusetzen. Wie mehrfach gezeigt werden konnte, war sie zugleich Nutznießerin und Ausführende der allgemeinen Politik.

Das zweifellos für die MPG positive Ergebnis kam jedoch nicht kostenlos zustande. Unter den Kostenpunkten ist die bis dahin noch nie da gewesene Anzahl von Abteilungs- und Institutsschließungen bzw. Teilschließungen in den ABL im selben Zeitraum anzuführen. Es kam, wie die zweite Hauptthese dieser Studie besagt, zu einer schon ab 1992 sichtbaren und 1993 offiziell beschlossenen temporären Gabelung der Wege – Expansion im Osten und »Konzentration« im Westen –, die den Prozess der deutschen Vereinigung insgesamt widerspiegelte. Diese Weggabelung bestand mindestens bis zum formalen Ende der getrennten Haushaltsführung 1998, in Wirklichkeit darüber hinaus. Das Ergebnis hielt Markl aber schon im November 1997 – in derselben Sitzung, in der mehrere Institutsschließungen und Teilschließungen in den ABL in die Wege geleitet wurden – wie folgt fest:

Der Präsident betonte, dass mit der Abwicklung des Föderalen Konzentrationsprogramms und mit dem Aufbau von Instituten im Osten *die von politischer Seite geforderten Maßnahmen seitens der Max-Planck-Gesellschaft erfüllt* worden seien. Diese spürbaren Umschichtungen hätten zur Folge gehabt, dass die Max-Planck-Gesellschaft in den alten Ländern um 16 % kleiner geworden und in den neuen Ländern gewachsen sei.<sup>3</sup>

3 Niederschrift der 147. Sitzung des Senats in München vom 14.11.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 8 verso. Hervorhebung durch MGA.

Hier redete Markl so, als hätte die MPG nicht eigenständig gehandelt, sondern eine Aufgabe von der allgemeinen Politik übertragen bekommen. Ähnliches stand im ersten Endbericht zum »Aufbau Ost« von 1998. Dieser Duktus beißt sich kräftig mit den stolzen Erfolgsmeldungen in den Jahresberichten und Presse-erklärungen dieser Zeit.

Möglicherweise verrät der zitierte Tonfall eine gewisse Ambivalenz, die ein- gangs als Teil der zweiten Hauptthese dieser Studie formuliert wurde. Wie im Bericht der internationalen Kommission zur »Systemevaluierung« von 1998 stand, ließ die Ausweitung der MPG in die NBL »Grenzen der Selbstgestaltungsfähigkeit der MPG« deutlich werden.<sup>4</sup> Die Realisierung der anfänglichen Intention wie des 1993 formulierten Grundsatzbeschlusses, bei der Auswahl der zu gründenden Institute und ihrer Standorte nur wissenschaftliche Qualitätskriterien gelten zu lassen und eventuelle regionale Unausgewogenheiten erst am Ende der Grün- dungsserie zu berücksichtigen, wurde recht bald von regionalpolitischen Inter- essen durchkreuzt. In gewisser Hinsicht war das nichts Neues. Bei der Gründung von MPIs haben eigentlich immer regionale Interessen eine Rolle gespielt; diese stehen nicht notwendigerweise im Gegensatz zu wissenschaftlichen Qualitäts- kriterien. Um 1990 konnten beide Kriterien bei MPI-Gründungen im Westen, namentlich in Saarbrücken, Bremen und Marburg, erfüllt werden. Neu war, dass die MPG-Leitung infolge der deutschen Vereinigung mit den Interessen von sechs neuen Bundesländern auf einmal konfrontiert wurde. Im recht ungenierten Auktionshandel mit den zuständigen Behörden der NBL infolge der ersten Fi- nanzkrise 1992/1993 war die MPG-Leitung wie berichtet durchaus imstande, mit dieser Lage frei nach dem Muster »Wer bietet mehr (für welche neuen MPIs)?« geschickt umzugehen.

In den Jahren danach änderte sich diese Situation. Am deutlichsten kam dies im Falle des Teilinstituts des IPP in Greifswald zum Ausdruck, dessen Gründung sogar vom neuen Bundesminister Krüger, dem ersten Ostdeutschen in diesem Amt, unter anderem auch durch persönlichen Einsatz im Senat kräftig unterstützt wurde; dabei agierte er offen als Anwalt seines eigenen Bundeslandes Mecklen- burg-Vorpommern. Dass sich die NBL ihrer politischen Möglichkeiten zuneh- mend bewusst wurden, zeigte sich schon im Mai 1993, als die Vertretungen Thü- ringens und Mecklenburg-Vorpommerns in einem Protokollvermerk am Ende einer BLK-Sitzung drohten, ihre Unterstützung für weitere MPI-Gründungen zu entsagen, falls kein »konkretes Standortkonzept« vorgelegt werde. Im März 1996 bat die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder die MPG wie (im Abschnitt 4.1) berichtet explizit darum, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen bei der Gründung weiterer MPIs zu berücksichtigen, und nannte mit dem 1. Januar 1997 sogar eine konkrete Frist für die Gründung eines neuen MPI in Thüringen. Solche Schritte zeigten die potenziellen Grenzen der Handlungs- freiheit der MPG deutlich auf.

4 Forschungs-Förderung in Deutschland, 33.

Das Ringen um Standorte ist ein Beispiel des vielschichtigen Gebens und Nehmens von Wissenschaft und allgemeiner Politik mit mehreren Beteiligten in dieser Zeit. Am besten funktioniert zu haben scheint dieses Spiel zwischen der MPG und dem Land Sachsen; dank der Amtskontinuität des Ministers Meyer sowohl in der eigenen Landesregierung als auch als Gast bzw. gewähltes Mitglied im Senat der MPG sowie seines Verhandlungsgeschicks in Dresden erhielt dieses Bundesland sechs und damit bei Weitem die meisten MPIs in den NBL zugesprochen. Auch das Land Brandenburg setzte jedenfalls während der Amtszeit des Ministers Enderlein mit Unterstützung des Ministerpräsidenten Stolpe bewusst auf Hochschulen und Wissenschaft als Profilierungsmotoren und erhielt dadurch mehrere MPG-Einrichtungen sowie den FSP Zeithistorische Studien. Thüringen schnitt ebenfalls mit mehreren AGs und danach mit drei MPIs relativ gut ab. Die Gründungen der MPIs für chemische Ökologie und für Biogeochemie in Jena kamen wohl aufgrund wissenschaftlicher Kriterien zustande, aber der eben erwähnte politische Druck der Landesvertretung in den relevanten Gremien, verbunden mit der Präsenz und Tätigkeit des Ministers Schuchardt und des Ministerpräsidenten Vogel im MPG-Senat, spielte ebenfalls eine Rolle.<sup>5</sup> Sachsen-Anhalt stand zunächst mit dem MPI für Mikrostrukturphysik allein da, holte jedoch mit zwei weiteren MPIs in Magdeburg und Halle Ende der 1990er Jahre später auf. Mecklenburg-Vorpommern wurde zwar mit dem MPI für demografische Forschung und dem vielfach genannten großen Teilinstitut des IPP in Greifswald auch bedacht, doch das Land bildete trotzdem im Vergleich zu den anderen NBL das Schlusslicht. In der Folge der Neugründungen kam es zu inhaltlich synergetischen Clusterbildungen in Golm, Dresden und Jena, die zumindest strukturell mit dem physikalischen Cluster in Garching oder dem lebenswissenschaftlichen Cluster in Martinsried vergleichbar waren.

Zur zweiten Hauptthese dieser Studie gehört aber auch eine weitere Folge des Vereinigungsprozesses, diesmal für die Innenpolitik der MPG. Die Tatsache, dass die politisch gewollte Bevorzugung des Großprojektes »Aufbau Ost« eine Schrumpfung in den ABL mit sich brachte, gab der MPG-Leitung einen Hebel in die Hand; mit diesem ausgestattet, begannen Zacher eher sacht und Markl dezidiert damit, verkrustete Governance-Strukturen flexibler werden zu lassen und eine vom Präsidium und der GV aus gesteuerte Entwicklungsplanung, ein neues Evaluierungsregime sowie Wandlungen der strategischen Ausrichtung der MPG – beispielsweise im Bereich der Internationalisierung, aber auch im Bereich der Zusammenarbeit mit den Universitäten – umzusetzen. Damit und auch durch die Neuorganisation der GV nahm die MPG an der Durchsetzung effizienz- sowie wirtschaftsorientierter Ansätze im deutschen Wissenschaftssystem insgesamt teil und trieb diese selbst voran. In dieser Hinsicht erwies sich Markl bei aller Konfliktbereitschaft letztendlich als Partner des »Zukunftsministers«

5 Balcar, Die MPG zwischen »Aufbau Ost« und Globalisierung, spricht dabei von einer aus seiner Zeit als Ministerpräsident Baden-Württembergs importierten »Kirchturmpolitik« Vogels, die von anderen NBL aufgegriffen wurde.

Rüttgers. Parallel zu alledem nutzte Markl allerdings auch seine in der Satzung der MPG festgelegte Vorrangstellung als MPG-Präsident, um eine eingehende Untersuchung der Geschichte der KWG im Nationalsozialismus zu veranlassen und durch öffentliche Stellungnahmen sowie seine Entschuldigung vor Opfern der Menschenexperimente in Auschwitz eine grundlegende Änderung der Geschichtspolitik der MPG herbeizuführen.

Fragen wir nun am Ende dieses Unterabschnitts noch einmal danach, ob die deutsche Vereinigung für die MPG eher ein von außen kommendes Ereignis war, auf das reagiert werden musste, oder vielmehr als Ermöglichungschance für wissenschaftlich produktives Wachstum und für interne Reformen zu erfassen ist, lautet die Antwort: Sie war beides zugleich, aber nicht beides zu allen Zeiten im gleichen Ausmaß. Wir können drei Phasen unterscheiden, in denen die jeweilige Gewichtung anders ausfiel. In den Monaten der noch bestehenden Zweistaatlichkeit umging die MPG auf Anraten der Leitung der Leopoldina, also mit ostdeutscher Hilfe, den Vereinnahmungsversuch der AdW-Leitung und setzte auf produktive Einzelkooperationen. Nach den Weichenstellungen vom Sommer 1990 dominierten die Gründungen der AGs an den Universitäten sowie die vom WR empfohlene Übernahme der Betreuung der Geisteswissenschaftlichen Forschungszentren und vier MPI-Gründungen, die direkt oder indirekt aus WR-Empfehlungen hervorgingen. All dies, wie auch die sich anschließende erste Welle der MPI-Gründungen auf eigene Initiative, ist nach dem Muster einer »Aufgabenerfüllung nach eigenem Ermessen« beschreibbar, wie Zacher es mit Bezug auf die von ihm so genannten, vom WR »induzierten« MPI-Gründungen formulierte. Die zweite Gründungswelle ab 1994 wurde auch von der allgemeinen Politik, namentlich durch den Druck des nunmehr unter ostdeutscher Leitung stehenden Bundesministeriums, beschleunigt; ihre inhaltliche und personelle Ausgestaltung fand jedoch ebenfalls im Wesentlichen in Eigenregie der MPG statt. Festzustellen ist also ein bemerkenswert autonomes Handeln der MPG-Leitung in einer politischen Umbruchzeit, welches jedoch keinesfalls automatisch geschah, sondern als Ergebnis komplexer Verhandlungen mit Instanzen der allgemeinen Politik angesehen werden muss. Das Ganze – ein Wachstum der MPG um 30 Prozent in weniger als 10 Jahren, werden die im Westen gegründeten MPIs dazugezählt – wäre in diesem Ausmaß oder in dieser Geschwindigkeit ohne die deutsche Vereinigung ohnehin kaum denkbar gewesen.<sup>6</sup> Das Timing und auch die Beschaffenheit dieser Wandlungen waren tatsächlich Folgen der allgemeinen Politik. Deswegen steht als erster Satz der ersten These in der Einleitung dieser Studie geschrieben, dass das Jahr 1990 eine Epochenschwelle in der Geschichte der MPG markierte.

6 Die Beteiligten waren sich darüber im Klaren. In einem Gespräch mit der Presse hielt Vizepräsident Halbrock 1997 wie oben (am Schluss des Abschnittes 4.2) schon zitiert fest: »Viele Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) würde es ohne das ›Wunder der Vereinigung‹ bis heute nicht geben. So aber hätte verwirklicht werden können, was in Westdeutschland wegen der begrenzten Haushaltsmittel nicht möglich war.« Vera Jansen: Erst durch Vereinigung neue Grundlagenforschung möglich. *dpa – Dienst für Kulturpolitik* 25, 16.6.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 340, fot. 539.

## 5.2 Wandlung einer Ressourcenkonstellation nach Ressourcentypen

In der Einleitung dieser Studie wurde ebenfalls festgehalten, dass das Fundament des Verhältnisses der MPG und der allgemeinen Politik während ihrer gesamten Geschichte – der Ressourcentausch Förderung gegen Prestige – unverändert geblieben ist. Geändert hat sich aber im Lauf der Zeit die konkrete Ausgestaltung dieses Ressourcentausches; dies gilt erst recht für den Zeitraum, der in dieser Studie behandelt wird. Im Folgenden sollen deshalb Ergebnisse dieser Studie hinsichtlich der Wandlungen der MPG als Ressourcenkonstellation anhand der in der Einleitung genannten Ressourcentypen zusammengefasst werden. Wie zu sehen sein wird, waren die Mobilisierung dieser Ressourcentypen und die Beziehungsgeschichte der MPG sowohl mit der allgemeinen Politik als auch miteinander verwoben. Gerade in den wandelbaren Verbindungen dieser Ressourcentypen miteinander liegt die Grundlage ihrer historischen Wirksamkeit.

### 5.2.1 Zeit und Geld

Wie in diesem Buch mehrfach gezeigt worden ist, war die Ressource Zeit im Prozess der deutschen Vereinigung keine Naturgewalt, sondern eine politisch variable Größe. Zentrales Beispiel dafür im wissenschaftspolitischen Feld war die im Art. 38 EV enthaltene Bestimmung, den Institutionenverbund der AdW zwar aufzulösen, aber die Arbeitsverhältnisse ihrer Mitarbeiter\*innen erst mit dem 31. Dezember 1991 beenden zu lassen, damit der WR die AdW-Institute im Hinblick auf ihre »Einpassung« in das Forschungssystem der Bundesrepublik evaluieren konnte. Diese Variabilität des zeitlichen Rahmens war auch für das Verhalten der MPG relevant. Während die MPG mit der Gründung der AGs an den Universitäten schon vor dem Abschluss des EV begann, um ein Zeichen der Präsenz in den NBL möglichst bald zu setzen, und dafür improvisierte Änderungen der Auswahlprozedere für die AG-Leitungen in Kauf nahm, hatte sie die Chancen, die sich aus der Evaluierung der AdW-Institute durch den WR ergaben, innerhalb der eben genannten engen Frist wahrzunehmen. Wie berichtet führte dies ebenfalls zu improvisierten Änderungen, diesmal im Prozedere für die Gründung der beiden vom WR empfohlenen neuen MPIs sowie für die Besetzung der Mitarbeiterstellen der FSPs.

Der Umgang mit der Ressource Zeit war wieder anders im Hinblick auf den Druck aus dem BMFT im Frühjahr und Sommer 1993, der zur zweiten Welle der MPI-Gründungen in den NBL führte. Obwohl die allgemeine Politik keine genaue Frist für die Umsetzung dieser Gründungsbeschlüsse setzte, wurde die Besprechung möglicher Neugründungen in den Sektionen aufgrund des Druckes von oben weitaus schneller als üblich in die Wege geleitet, um eine Liste reali-

sierbarer Projekte möglichst bis zum Jahresende in der Hand zu haben und auf dieser Grundlage eine geordnete Planung anzugehen. In der Folge wurde aber das (im Unterabschnitt 4.1.2) beschriebene mehrstufige Verfahren für Neuvorhaben der MPG wie in der ersten Gründungswelle beibehalten. Unter anderem deshalb dauerten die Gründungsbeschlüsse der zweiten Welle zwischen einem Jahr (im Falle des MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften) und mehreren Jahren (im Falle des MPI für evolutionäre Anthropologie), wobei viele Neugründungen zunächst ohne Besetzung aller projektierten Direktorenstellen beschlossen wurden. Dass die MPG diesen Kurs halten und die thematische Ausrichtung der MPI-Gründungen sowie die Rekrutierung der leitenden Personen selbst bestimmen konnte, zeigt, wie sie trotz aller politischen Vorgaben und Drängeleien um Standorte relativ autonom bleiben konnte.

Die Höhe der Ressource Geld wurde jedoch wohl niemals von der MPG allein bestimmt. Vor und nach der deutschen Vereinigung blieb der Etat der MPG das Ergebnis einer langwierigen Abstimmung zwischen der GV, genauer deren Haushaltsabteilung, den Vertretungen der Länder und der Bundesregierung sowie dem Haushaltsausschuss des Bundestages. Mit dem »5×5-Beschluss« von 1989, der eine Etaterhöhung um jeweils 5 Prozent über die nächsten fünf Jahre festlegte, erhielten die MPG wie die DFG potenziell hervorragende Startbedingungen für den Prozess der deutschen Einigung im Wissenschaftsbereich, auch wenn der Beschluss dafür nicht konzipiert worden war. Doch der Umgang der MPG damit erwies sich als problematisch. Wie Zacher 1992 eingestand, war die Annahme, dass es sich um einen realen Zuwachs handelte, unrichtig, doch aufgrund dieser Annahme wurden zwei MPI-Neugründungen in den ABL, namentlich das MPI für Mikrobielle Ökologie in Bremen und das für terrestrische Mikrobiologie in Marburg, beschlossen. Weil die MPG-Leitung sich dafür entschied, diese Gründungsbeschlüsse nicht zurückzunehmen, um ihre Glaubwürdigkeit nicht infrage stellen zu lassen, musste ihre Umsetzung aus dem laufenden Budget finanziert werden. Wie diese und auch die MPI-Neugründungen im Osten finanzierbar sein sollten, war eine zentrale Frage der ersten, eigentlich allgemeinpolitisch verursachten Finanzkrise von 1991 bis 1993. Daraus stieg die MPG aber mithilfe des »Solidaritätspakts« von Bund und Ländern vom März 1993 recht glimpflich aus. In dessen Folge wurden die Finanzströme der folgenden Jahre im Wesentlichen entlang der Linie der allgemeinen Politik fixiert: Geld für MPI-Neugründungen in den NBL wurde der MPG über das allgemeinpolitische Projekt »Aufbau Ost« bereitgestellt; für die MPIs in den ABL waren fortan Stellenkürzungen an der Tagesordnung. Eine Ausnahme war der ab 1994 beginnende Stellentransfer von West nach Ost zugunsten des IPP-Teilinstituts in Greifswald, der aber im Rahmen des IPP-Budgets geschah und daher keine weiterreichenden Folgen hatte.

Schon 1995 gingen die Forderungen des Bundes im Rahmen des »Föderalen Konzentrationsprogramms« von Stellenkürzungen zu Stellenrückgaben über. Als Rüttgers Zacher im März 1996 mitteilte, dass das FKP bis 2000 verlängert und damit die Stellenrückgabeforderungen noch höher werden sollten, antwortete dieser, dass dies nur mit der Schließung ganzer Institute zu bewältigen sei, die

aber keinesfalls wissenschaftlich begründbar sein könnte. Wie (im Abschnitt 4.2) berichtet, überließ er die Entscheidung darüber, welche MPIs zu schließen sein sollten, seinem Nachfolger Markl. Dieser gab eine Liste von vier zu schließenden Instituten und bis zu zehn Abteilungen im Oktober 1996 bekannt. Einzelne MPI-Schließungen hatte es in der Vergangenheit gegeben, beispielsweise im Falle des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, aber Schließungen in dieser Anzahl und im Paket waren in der bisherigen Geschichte der MPG noch nicht geschehen. Dass die Liste über Beratungen innerhalb der GV, aber ohne Einbeziehung der Sektionen erarbeitet worden war, war ihrer Akzeptanz innerhalb der MPG nicht zuträglich.

Mit dieser Aktion sollte Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, die MPG von den allgemeinen Kürzungen auszunehmen oder wenigstens der Forderung nach einer Budgetierung, das heißt einer Flexibilisierung der Haushaltsbewirtschaftung, nachzugeben, um der MPG die Chance zu geben, mit den Kürzungen relativ autonom umgehen zu können. Die Breite und Lautstärke des Medienechos sowie der regionalen, nationalen und internationalen Proteste hatte Markl möglicherweise unterschätzt. Er debattierte mit Rüttgers in der Öffentlichkeit darüber, ob die MPG »eingeschlafen« sei, und versuchte Politiker wie den niedersächsischen Ministerpräsident Schröder als Alliierte für den Versuch zu gewinnen, die MPG aus dem FKP auszunehmen. Dieses Ziel erreichte er jedoch nicht. Immerhin wurden die Budgetierung des MPG-Haushalts und damit eine neue Flexibilität im Umgang mit der Ressource Geld von der Bundesregierung mit Verzögerung bewilligt; sie trat ab 1997 in Kraft.

Als Ergebnis von alledem wurde nur das MPI für Biologie in Tübingen tatsächlich in Gänze geschlossen. Im Falle des MPI für Aeronomie fand eine Teilschließung statt; das MPI für Verhaltensphysiologie wurde zwar formell geschlossen, aber mehrere Abteilungen blieben unter anderen Namen bestehen oder wurden neu gegründet. Das MPI für Geschichte blieb vorerst verschont, weil die GWS diesen Schritt ablehnte und sich mit dem Institut zusammen zur Freigabe mehrerer Stellen bereitfand. Wegen der vielen eingegangenen Kompromisse und der Kosten der notwendigen Sozialpläne reichten die Instituts- und Abteilungsschließungen von 1996/1997 nicht aus, um Neugründungen von Instituten oder Abteilungen vollständig finanziell zu tragen.

Angesichts der negativen MPG-innenpolitischen Folgen dieser Aktion<sup>7</sup> stellt sich die Frage, ob ihr wissenschaftspolitischer Ertrag schlussendlich ein positiver war. Mehrere Beteiligte sahen es zunächst als problematisch an, dass diese Maßnahmen nicht wissenschaftlich, sondern rein politisch-administrativ mit notwendigen Stellenabgaben begründet wurden. Letztlich waren die Maßnahmen den Beteiligten aber nur auf dieser Grundlage einigermaßen verständlich zu machen. Die notwendigen Budgetopfer mögen verkraftbar gewesen sein, aber das machte

7 Balcar schreibt zum Beispiel von einem »anhaltenden Zerwürfnis« zwischen dem Direktor des MPI für Geschichte Oexle und Markl.

die darauffolgenden Verhandlungen um neue Institutskonzepte und Perspektivplanungen in den ABL nicht weniger schwierig.

Ab 1997 sollte das enge Finanzregime in den ABL mithilfe eines von der BLK beschlossenen Maßnahmenpakets verbessert werden. Dieses sah eine Erhöhung des Budgets der MPG und der DFG um 5 Prozent pro Jahr über die nächsten vier Jahre (»5×4-Beschluss«) in Verbindung mit der Einbeziehung der NBL in den Länderfinanzausgleich und der Erhöhung des Anteils der Länder an der Finanzierung der in ihnen ansässigen MPIs (Sitzlandquote) auf 50 Prozent in den ABL und den NBL vor. Der »5×4-Beschluss« hielt jedoch nicht; stattdessen setzte sich die seit 1995 bestehende Förderung nach Kassenlage fort. Bludau nannte dies 1997 eine »quasi fortgeschriebene Stagnation«.<sup>8</sup> Nach mehreren Jahren des Feilens um Prozente wurde der MPG 2002 infolge eines dritten kurzfristigen Einbruchs der Bundesfinanzen ihre erste budgetäre Nullrunde seit der Vereinigung verordnet.

Vom Blickwinkel der deutschen Vereinigung aus war aber die Gesamtförderung der MPG weniger wichtig als die vom Bund festgelegte und von der MPG mitgetragene Lenkung des Budgetzuwachses zugunsten des »Aufbau Ost«. Von einem Geldmangel der MPG insgesamt konnte nicht die Rede sein, besonders im Vergleich zu den strukturell unterfinanzierten Universitäten. Wie Staatssekretär Dudenhausen während der Debatte um die verordnete Nullrunde 2001 festhielt, war der Haushalt der MP in den vier Jahren zuvor um 20 Prozent und von 1990 bis 1998 noch erheblich mehr gewachsen.<sup>9</sup> Von den Budgetzuwächsen der MPG von 1990 bis 1996 konnten andere AuF-Einrichtungen jedenfalls nur träumen. Wie oben (im Abschnitt 4.4) gezeigt wurde, änderte sich das ab 1997 in Richtung einer Gleichstellung der MPG mit der FhG und der Helmholtz-Gemeinschaft. In dieser Zeit und danach konnten die gekürzten Zuwächse nur teilweise aus anderen Quellen kompensiert werden. Trotz alledem und trotz der oben geschilderten Kürzungen in den ABL war der Nettoertrag der deutschen Vereinigung für die MPG im Hinblick auf die Ressource Geld dank der Mittel für die Neugründungen in den NBL ein positiver.

## 5.2.2 Personelle Ressourcen

Die Ergebnisse für die MPG in diesem Bereich sind vielschichtiger, als die vielen Polemiken der damaligen und späteren Zeit gegen einen »Anschluss« oder eine »Abwicklung« der DDR-Wissenschaft suggerieren.<sup>10</sup> An dieser Stelle werden vier

8 Niederschrift der 145. Senatssitzung am 7.3.97 in Essen-Bredenay, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145 SP, fol. 18 recto.

9 Niederschrift der 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 7 verso – 8 recto.

10 Vgl. zum Beispiel Reinhard Myritz: *Streitsache: »Abwicklung« in Ostdeutschland*, 1991; neuerdings auch Kowalczuk: *Die Übernahme*, 319.

Dimensionen dieses Ressourcentyps kurz besprochen: politische Entscheidungen darüber, wer als Wissenschaftler\*in weiterhin tätig sein durfte; der Habitus oder persönliche Stil der beiden MPG-Präsidenten Zacher und Markl; die Beteiligten aus der allgemeinen Politik und der Wirtschaft als Ressourcen der Beziehungsgeschichte; und nicht zuletzt die »Durchmischung« von Ost- und Westdeutschen im Senat sowie unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern.

Im Unterschied zu den Hochschulen war die MPG mit der Herausforderung einer Anwendung politischer Kriterien, darunter zum Beispiel Stasi-Mitarbeit oder hochrangige Tätigkeit in der SED, bei Personalentscheidungen nur sehr bedingt konfrontiert. Wie (im Unterabschnitt 3.2.3) berichtet, war sie als eingetragener Verein für solche Entscheidungen nicht zuständig. Die MPG-Leitung war ohnehin der Auffassung, dass eine Anstellung an MPG-Einrichtungen nur nach wissenschaftlichen Kriterien geschehen sollte. Im Ergebnis gab sie die Verantwortung für derartige Entscheidungen in zwei Richtungen ab. Im Falle der AGs an den Universitäten lagen solche Entscheidungen aufgrund der Hochschulernerneuerungsgesetze der Länder ohnehin in den Händen der dort dafür zuständigen Gremien. In der Folge konnten 3, also circa 10 Prozent der ursprünglich 29 beschlossenen AGs, nicht wie geplant eingerichtet werden, weil ihre designierten Leiter aufgrund der genannten politischen Kriterien nicht angestellt wurden. Dieses Ergebnis ist mit demjenigen für die Hochschulen im Allgemeinen kompatibel.<sup>11</sup> Im Falle der GWZs wie der ostdeutschen Mitarbeiter\*innen an den MPis wurde die Verantwortung an die künftigen Angestellten selbst übertragen, die laut einer eigens hierfür geschaffenen Betriebsvereinbarung auf ihrem Personalbogen mit Unterschrift zu bestätigen hatten, dass sie weder für die Stasi gearbeitet hatten noch als hochrangige SED-Funktionäre tätig gewesen waren. Dass man sich damit sehenden Auges auf ein großes Risiko einließ, wurde spätestens dann klar, als die öffentliche Enttarnung eines Mitarbeiters wegen früherer Stasi-Mitarbeit die ohnehin laufende kontroverse Debatte um das Potsdamer Zentrum für zeithistorische Studien verkomplizierte. Durch die Entlassung des Mitarbeiters konnte der potenzielle Schaden abgewendet werden, aber im BKA war der Bestand des Zentrums eine kurze Zeit lang unsicher.

Wenden wir uns nun dem Habitus der beiden MPG-Präsidenten in dieser Zeit zu. Wie berichtet wurde Zacher als erster und bislang einziger Geisteswissenschaftler im November 1989 zum Präsidenten der MPG gewählt. Dies geschah im Monat des Mauerfalls, aber ohne die geringste Vorahnung von den allgemein- und wissenschaftspolitischen Entscheidungen, die dem frisch Gewählten bald bevorstehen sollten. Der Vorsitzende der Vorbereitungskommission Grünwald bezeichnete den Vorschlag explizit als »Experiment«; als historischen Präzedenzfall zitierte er den Gründungspräsidenten der KWG, Adolf von Harnack. Der Verweis auf diese Wissenschaftsgröße des Kaiserreichs war passend, denn Zacher trat wie erwähnt die Auffassung, dass die Satzung der MPG eine »monarchische Struktur« vorsehe, in der »charismatisches Vertrauen« in den Präsidenten gesetzt

11 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Hochschulelite[n]wechsel, 2021.

werde.<sup>12</sup> Die Formulierung mag überspitzt gewesen sein, aber ihre Bedeutung zeigte sich, als Zacher wegen schwerer Herzkrankheit im Sommer 2003 fehlen musste und die Amtszeit des GS Hasenclever über den Pensionierungstermin hinaus verlängert wurde.

Eine noch wichtigere politische Ressource war aber das öffentliche Auftreten Zachers als Wahrer der von ihm schon 1990 so genannten »Forschungsverfassung« der alten und neuen Bundesrepublik. Damit verkörperte er die strukturkonservative Haltung der MPG im Umgang mit der deutschen Vereinigung. Mit dem ausgleichenden Stil seiner Amtsführung korrespondierte sein Bestehen auf ein konsultatives, konsensorientiertes Verfahren im Umgang mit den Instituten im Rahmen des von ihm initiierten, auf freiwillige Kürzungen ausgerichteten »Konzentrationsprogramms« ab 1992. Das passte wiederum zu seiner Politik einer Aufgabenerfüllung »nach eigenem Ermessen« im Hinblick auf die Anforderungen und Chancen der Vereinigung sowie zu seiner Positionierung gegenüber der allgemeinen Politik als Verteidiger der erkenntnisorientierten Grundlagenforschung und damit als Anwalt seiner Institution.

Im Kontrast zu alledem gab sich Markl so, wie er auch wahrgenommen wurde, nämlich als dynamischer Manager und öffentlicher Intellektueller, der in den wissenschaftspolitischen Debatten der Zeit schon während seiner Zeit als DFG-Präsident eigene Positionen bezog. Mit eben dieser Erfahrung als DFG-Präsident während der Weichenstellungen zur deutschen Vereinigung begründete die Vorbereitungskommission ihren Wahlvorschlag, obwohl Markl als erster und bislang letzter Präsident kein Wissenschaftliches Mitglied der MPG war. Im harten Konflikt um die Institutsschließungen in den ABL vertrat er den Standpunkt seiner Institution mit Verve gegenüber der allgemeinen Politik, doch auf längerer Sicht agierte er als Partner des Ministers bezüglich der Durchsetzung einer Effizienz- und Nützlichkeitsorientierung in der Forschungspolitik sowie in der durchgehenden Selbst- und Fremdevaluierung der MPG und ihrer Institute. Dass er sich über die Verantwortung der Wissenschaft schon seit den 1980er Jahren Gedanken gemacht hatte,<sup>13</sup> trug zur Glaubwürdigkeit seiner Unterstützung der Vergangenhitsaufarbeitung der KWG im Nationalsozialismus bei.

Gerade als Nichtmitglied der MPG war Markl also imstande, scharfe Einschnitte und Strukturreformen durchzusetzen. Allerdings schreibt Balcar zu Recht, dass er mit seinem Top-down-Leitungsstil und seinen einsamen, manchmal im forschenden Stil kommunizierten Entscheidungen »die Angehörigen der MPG und nicht zuletzt die Mitarbeiter\*innen der GV regelmäßig vor den Kopf« gestoßen habe;<sup>14</sup> mangels einer eigenen Hausmacht trug dieser Stil der Amtsführung nicht unbedingt zur Sicherung seiner Position bei. Trotz seiner Erfolge im Amt und trotz des großen Respekts, den man ihm international entgegen-

12 Protokoll der 164. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23.3.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 164.VP, fol. 4 recto.

13 Vgl. hierzu Hubert Markl: *Evolution*, 1986 sowie *Wissenschaftliche Eliten*, 1994.

14 Balcar, Die MPG zwischen »Aufbau Ost« und Globalisierung.

brachte – 2002 wurde er zum Auswärtigen Mitglied der Royal Society gewählt<sup>15</sup> –, stellte sich Markl nicht zur Wiederwahl.<sup>16</sup> Stattdessen übernahm wie berichtet wieder ein Wissenschaftliches Mitglied, Peter Gruss, das Ruder, der auch als erster MPG-Präsident seit Lüst zwei Amtszeiten erhielt. Durch die Turbulenzen der deutschen Vereinigung führten die MPG also zwei Präsidenten, die aus verschiedenen Gründen Außenseiter waren und jeweils nur für eine Amtszeit dienten. Trotzdem übten sie das Amt auf ihre jeweils eigene Weise wirkungsvoll aus.

Nun kommen wir zu einem aus Platzgründen selektiven Überblick über die Beteiligten aus der Politik und der Wirtschaft als Ressourcen der Beziehungsgeschichte. Aus der Häufigkeit der Anwesenheit im Senat oder bei Festveranstaltungen lässt sich zwar nur bedingt etwas über das tatsächliche Engagement eines Politikers, eines Beamten oder eines Firmenleiters für die MPG schließen, dafür sind aber Aussagen über die Art und Weise der Interaktion von Wissenschaft und Politik im jeweiligen Fall möglich.

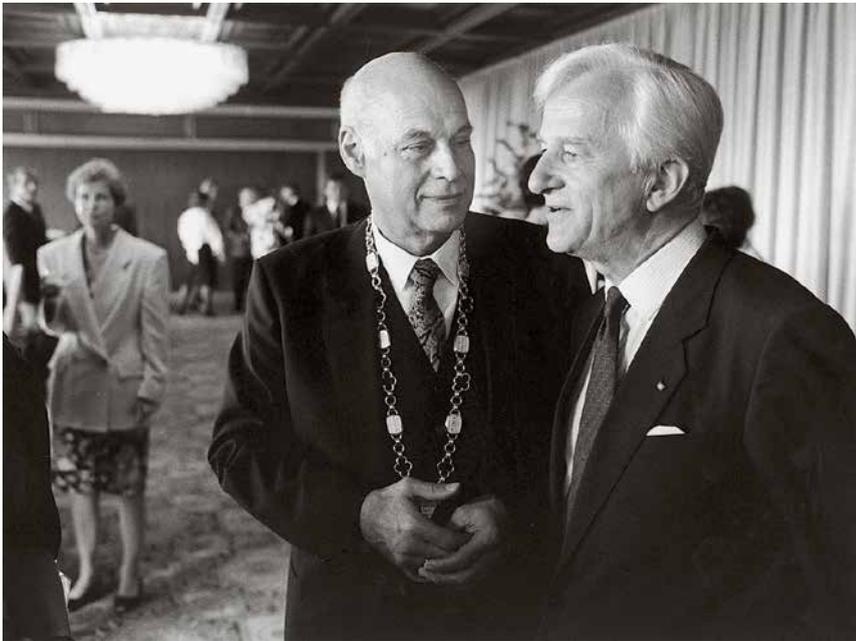
In diesem Zusammenhang kommt den Bundespräsidenten symbolische Bedeutung zu: Wenn das Staatsoberhaupt der Spitzenforschung auf der Festversammlung seine Aufwartung macht, ist symbolisches Kapital offenkundig im Spiel. Besonders sichtbar war dies im Falle Richard von Weizsäckers, der seine Anwesenheit bei den Festversammlungen als Engagement für Wissenschaft und Kultur bewusst gestaltete (vgl. Abb. 32),<sup>17</sup> und im Falle Johannes Raus, der schon als Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens sein Engagement für die Wissenschaftspolitik durch aktive Beteiligung im Senat der MPG demonstriert hatte (siehe unten). Doch auf der Festversammlung 2001 wurde Rau Zeuge eines radikalen Stilbruchs mit Ansage, als der Biologe Markl im Jahr der Lebenswissenschaften positiv zur Stammzellenforschung und zur Präimplantationsdiagnostik (wie im Unterabschnitt 4.3.4 berichtet) Stellung bezog und sich damit erlaubte, »als einfacher Max-Planck-Präsident einem hochgeschätzten Bundespräsidenten« zu widersprechen, »gleichsam von Bürger Markl zu Bürger Rau«.<sup>18</sup>

15 Laut der Laudatio wurde er als »arguably the most influential figure in European science policy« und »a key person influencing the relations between science and society« sowie dafür ausgezeichnet, dass er die MPG zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gebracht habe. Royal Society Archive GB 117, EC/2002/45: <https://web.archive.org/web/20100124200858/>; <https://collections.royalsociety.org>. Zuletzt aufgerufen am 28.2.2023.

16 Als Begründung für diese »nach reiflicher Überlegung« getroffene Entscheidung führte er »vor allem Altersgründe« an. Protokoll der 157. Senatssitzung am 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 157.SP, fol. 6 verso.

17 In seinem Dankesbrief an von Weizsäcker für seine Rede an der Festversammlung in Göttingen im Juni 1994 stilisierte ihn Zacher gar zu »einem Protektor der MPG und einem Protektor der Forschung«. Zacher an von Weizsäcker, 27.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 363, fol. 264.

18 Hubert Markl: Freiheit, Verantwortung, Menschenwürde, 2001, 12. Vgl. hierzu Axel Meyer und Jürgen Mittelstraß: Hubert Simon (Jim) Markl, 2021, 361–373.

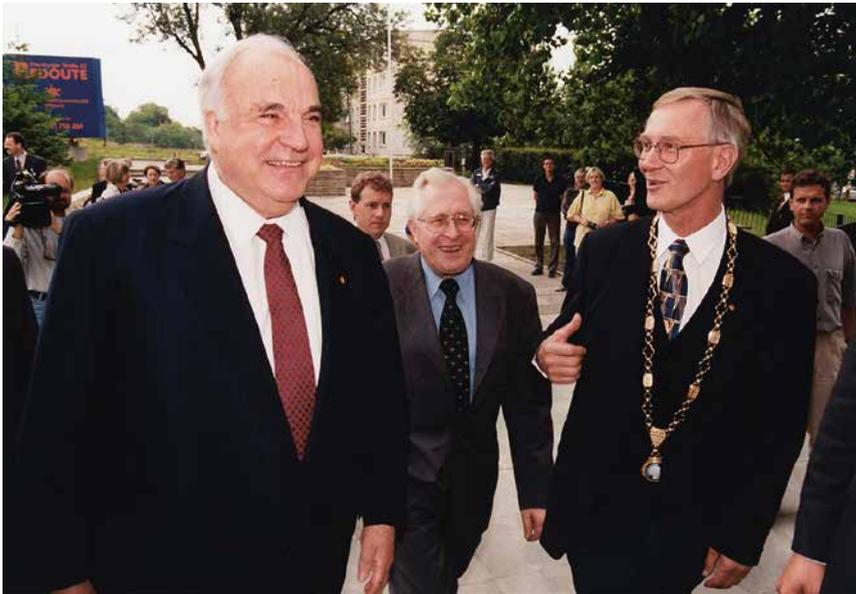


**Abbildung 32:** Zacher mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Festversammlung in Lübeck-Travemünde, 21.6.1990. *MPG-Jahrbuch*, 1990, 69. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Ebenfalls von hoher symbolischer Bedeutung mag die gegebene oder fehlende Präsenz des Bundeskanzlers bei solchen Anlässen gewesen sein, doch dessen politisches Handeln war ungleich wichtiger. Als Strategie der Politik im Allgemeinen und »Kanzler der Einheit« im Besonderen war die Rolle Helmut Kohls für die MPG bestimmend. Auf den an ihn gerichteten Rundbrief Zachers infolge der ersten Finanzkrise 1992 antwortete er jedoch nicht persönlich. Die nichtsagende Antwort kam stattdessen wie berichtet vom zuständigen Staatssekretär im BKA Pfeiffer.<sup>19</sup> 1998 erschien Kohl tatsächlich zur Festversammlung in Jena (vgl. Abb. 33), doch selbst diese Geste signalisierte keine Nähe zum Zentrum der Macht. Zacher erhielt die Aufforderung, im Rat für Forschung und Technologie mitzuwirken, nicht von Kohl persönlich, sondern wieder von Pfeiffer.

Die Distanz vom Zentrum der Macht änderte sich beim Nachfolger Kohls nicht allzu stark. Als Ministerpräsident Niedersachsens hatte sich Gerhard Schröder

19 Barbara Bludau berichtet im Interview, dass sich das Verhältnis von Kohl und Zacher zunehmend getrübt habe, weil ihm das Engagement der MPG in den NBL nicht schnell genug verlaufe. »Die beiden haben sich zerstritten; zum Schluss [der Amtszeit Zachers] war das Verhältnis völlig zerrüttet.« Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 3.6.2022. DA GMG ID 601097.



**Abbildung 33:** BK Helmut Kohl, der Thüringer Ministerpräsident Vogel und Markl auf dem Weg zur Festversammlung der MPG in Weimar, 26.6.1998. *MPG-Jahrbuch* 1998, 29. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

durchaus gesprächsbereit gezeigt, als zwei MPIs in seinem Bundesland die Schließung drohte (siehe Abschnitt 4.2). Als Bundeskanzler war er einmal zu einem kurzen persönlichen Treffen 1999 bereit und bei der Einweihung des Neubaus des MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik in Dresden im März 2002 anwesend.<sup>20</sup> Das wissenschaftspolitische Handeln wie auch die repräsentative Präsenz bei der Festversammlung der MPG überließ er jedoch der zuständigen Ministerin Bulmahn (vgl. Abb. 31).

Alle fünf Bundesminister\*innen für Forschung und Technologie bzw. für Bildung, Forschung und Technologie in dieser Zeit erschienen im Senat zumindest gelegentlich, Riesenhuber und seine Nachfolger Wissmann und Krüger sogar regelmäßig. In mehreren dieser Sitzungen kam es dann tatsächlich zu Debatten zwischen Vertreter\*innen der Wissenschaft und solchen der allgemeinen Politik und der Wirtschaft. Im Unterschied hierzu war Rüttgers nach seiner Vorstellung zum Dienstantritt dem Senat ferngeblieben; solche Diskussionen führte er bevorzugt in Bonn. Seine Nachfolgerin Bulmahn benahm sich ebenso.<sup>21</sup> Beide waren

20 Markl: Vermerk zum Gespräch mit BK Schröder, 15.3.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1350, fol. 62–63; Niederschrift der 160. Sitzung des Senats am 8.3.2002 in Jena, AMPG, II. Abt., Nr. 160.SP, fol. 5 recto, Fn. 6.

21 Zu den Terminen mit Bulmahn vgl. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1350, fol. 1–7.

zwar bemüht darum, die MPG als Kooperationspartnerin für die jeweils eigene Strategie zu gewinnen, doch diese konzentrierte sich wie berichtet auf die wirtschaftsnahe Forschung.<sup>22</sup>

Die für Wissenschaft bzw. für die AUF zuständigen Staatssekretäre des BMFT bzw. des BMBF waren relevante Verhandlungspartner für die MPG. Für Fritz Schaumann im BMBF, der als ständiger Gast im Senat Rüttgers vertrat und zu den Senatssitzungen häufig kam,<sup>23</sup> war dies ebenso der Fall wie für seinen Vorgänger Ziller vom BMFT, der bevorzugt in Bonn tätig blieb. Bei der Gewährung der Budgetflexibilisierung scheint Schaumann eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Die jeweils zuständigen Staatssekretäre im BMF, Klemm und Manfred Overhaus, waren Senatsmitglieder und beteiligten sich wie erwähnt auch aktiv an den Grundsatzdebatten, die dort stattfanden, aber diese Verbindung half der MPG in Zeiten knapper Haushalte nicht. Damit zeigte sich eine Grenze der an sich klugen Strategie der MPG, hohe Staatsbeamte in den Senat zu integrieren.

Von wesentlicher Bedeutung als personelle Ressourcen waren einige Ministerpräsidenten und für Wissenschaft zuständige Minister\*innen der Bundesländer. Landesminister wie Zehetmair (Bayern), Brunn (NRW), Meyer (Sachsen), Schuchardt (Thüringen) und der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt (von 1991 bis 1995) waren Senatsmitglieder, kamen regelmäßig zu Senatssitzungen und engagierten sich auch stark zugunsten der Präsenz der MPG in ihren Bundesländern. Dies galt ebenfalls für die Ministerpräsidenten Biedenkopf (Sachsen), Vogel (Thüringen), Rau (NRW) und Clement (ebenfalls NRW) wie für Marianne Tidick, die nach ihrer Zeit als Landesministerin in Schleswig-Holstein auch als Präsidentin der KMK im Senat im Sinne ihres Landes, konkret in der Debatte mit Minister Krüger, handelte. Umgekehrt waren Zacher und GS Hasenclever in den Amtsstuben der NBL während des »bidding war« um Standorte der neu gegründeten MPIs in den NBL zugegen, ebenso wie Markl den niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder wegen des Konflikts um Institutsschließungen in Hannover aufsuchte. Infolge des Regierungswechsels 1998 führte Markl wie berichtet (im Abschnitt 4.5) einen Wechsel im Format des Austausches mit der allgemeinen Politik herbei, indem er eine Reihe von »forschungspolitischen Gesprächen« mit Amtsträgern der Bundes- und Landesregierungen systematisch planen und durchführen ließ. Die in diesem Zusammenhang 1999 angeknüpfte Verbindung mit Clement war für die spätere Gründung des MPI für vaskuläre Biologie in Münster von Bedeutung.

22 Im Interview berichtet Barbara Bludau, vernommen zu haben, dass Angela Merkel, die als Umweltministerin kurz Senatsmitglied war, der Auffassung gewesen sei, dass im Senat der MPG »nichts für mich [Merkel] da« sei. Mitchell G. Ash: Interview mit Barbara Bludau, 3.6.2022. DA GMPG ID 601097.

23 Zur Abmachung, die zu diesem Arrangement führte, vgl. Rüttgers an Zacher, 16.2.1995, BArch B 196/156203, ohne Blattzahl.



**Abbildung 34:** Vertreter der Wirtschaft in der MPG bei der Amtsübergabe, 1993: Linksstehend Herbert Grünewald (Bayer AG), seit 1981 Senatsmitglied, 1984–1993 Vizepräsident und 1994–2002 Ehrensensator der MPG, mit Eberhard von Kuenheim (BMW AG), 1981–1999 Senatsmitglied und 1993–1999 Vizepräsident der MPG. Foto: Archiv der MPG Berlin-Dahlem

Eine andere, aber ebenso bedeutende Rolle spielte die große Gruppe der Wirtschaftschefs, die insbesondere im VR und im Senat ihre Expertise geltend machten (Abb. 34). Am prominentesten unter ihnen waren die Vizepräsidenten: Herbert Grünewald (Bayer AG), seit 1981 Senatsmitglied, 1984–1993 Vizepräsident und 1994–2002 Ehrensensator der MPG; Eberhard von Kuehnheim (BMW), Senatsmitglied 1981–1999 und 1993–1999 MPG-Vizepräsident; Tyll Necker (vormals Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie), MPG-Vizepräsident 1999–2001; und Günter Stock (Schering AG), 2001–2011 ebenfalls MPG-Vizepräsident. Hinzu kamen Wolfgang Röller (Dresdner Bank), langjähriges VR-Mitglied und seit 1990 Schatzmeister der MPG, Wolfgang Schieren (Allianz AG), auch ein langjähriges VR-Mitglied, sowie Hans-Olaf Henkel (IBM Deutschland), meinungsstarkes Senatsmitglied in den ersten Jahren des Vereinigungsprozesses.

Ihre Managementexpertise und ihre weitreichenden Verbindungen waren während dieser krisenhaften Jahre wichtig. Dass diese Gruppe zur Gänze aus dem Westen kam, verstand sich von selbst. Zwei weitere in der MPG engagierte Männer aus der Wirtschaft gingen ihr gleich zu Beginn der deutschen Vereinigung auf grausame, erschütternde Weise verloren: Alfred Herrhausen (Deutsche Bank), seit 1978 Senatsmitglied, seit 1981 VR-Mitglied und seit 1984 Schatzmeister der

MPG, und Detlev Rohwedder (Hoesch AG, Präsident der Treuhand-Anstalt), seit 1984 Senatsmitglied, mussten wegen ihrer Ermordung 1989 bzw. 1991 in Trauer verabschiedet werden.<sup>24</sup>

Kommen wir nun zum Thema »Durchmischung«. Der Klarheit halber soll festgehalten werden, dass eine gezielte Übernahme von Personen aus den NBL in Leitungs- oder sonstigen Positionen zu keinem Zeitpunkt als offizielles Ziel der Vereinigungspolitik festgelegt wurde. Im Wissenschaftsbereich setzten sich mehrere westdeutsche Beteiligte, darunter Jürgen Kocka in seinem Konzept für den FSP Zeithistorische Studien, dafür ein, andere nicht. Gerade deshalb lohnt es sich, das Verhalten der MPG-Leitung in dieser Hinsicht genauer zu betrachten. Die ostdeutsche Vertretung im Senat der MPG beschränkte sich zunächst (wie im Unterabschnitt 3.2.3 berichtet) auf drei von Zacher handverlesene Personen, die vorerst als Gäste teilnahmen: de vielfach genannte Minister Meyer, der Rostocker Rektor Maes und der Leopoldina-Präsident Parthier.<sup>25</sup> Bei den regulären Senatswahlen 1993 wurde Maes wie berichtet als erster Ostdeutscher in den Senat gewählt. Danach kamen drei weitere Ostdeutsche hinzu: der oben genannte Thüringer Minister (bis 1999) Schuchardt (SPD), die Bundesumweltministerin Merkel (CDU) und Dagmar Schipanski (CDU), ehemals Rektorin der TU Ilmenau, von 1996 bis 1998 Vorsitzende des WR und ab 1999 in der Nachfolge Schuchardts Wissenschaftsministerin in Thüringen. Die anderen Vertreter der NBL im Senat waren Westdeutsche, allen voran die mehrfach genannten Ministerpräsidenten Vogel und Biedenkopf. Im wichtigsten Entscheidungsgremium der MPG waren die NBL also vertreten, aber nur teilweise durch Ostdeutsche.

Was die »Durchmischung« an der Spitze der Spitzenforschung betrifft, liegen ebenfalls differenzierte Ergebnisse vor. Im Falle der AGs der MPG an den Universitäten, die in den Unterabschnitten 3.2.1 und 4.1.1 besprochen worden sind, wurde von Anfang an festgelegt, dass die AG-Leiter in der Regel aus der ehemaligen DDR kommen sollten. Im Ergebnis handelte es sich mehrheitlich (mit Ausnahme der drei westdeutschen AG-Leiter und der insgesamt fünf AG-Leiter, die aus ostdeutschen Universitäten rekrutiert wurden) um einen erfolgreichen Personaltransfer von der AdW in die Universitäten und nicht um eine Ost-West-»Durchmischung«. Eine solche »Durchmischung« lag hier nur in dem Sinne vor, dass die AG-Leiter für die Dauer ihrer Anstellung an den Sitzungen ihrer jeweiligen Sektionen der MPG als Gäste teilnehmen durften. Dies galt nicht für die kommissarischen Leiter\*innen der GWZs, die wie berichtet eher als Fremdkörper behandelt wurden; die personelle Zusammensetzung der GWZs hingegen kam einer Ost-West-»Durchmischung« oft sehr nahe.

24 Zu Herrhausen vgl. Niederschrift der 124. Sitzung des Senats am 15.3.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP, fol. 6. Zu Rohwedder vgl. Niederschrift über die 42. ordentliche geschlossene Hauptversammlung der Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft am 6.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 315, fol. 3.

25 Vgl. Ash, *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 85.

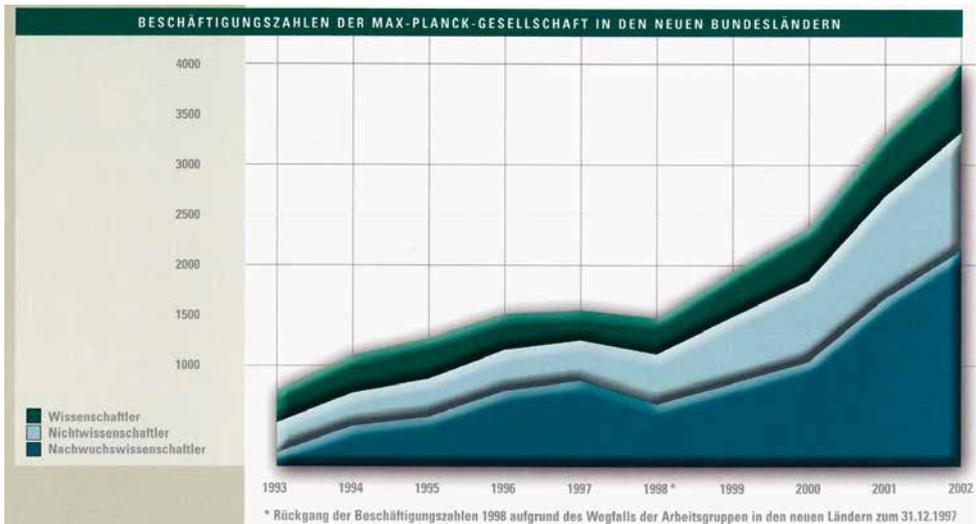
Anders und recht eindeutig fällt das Ergebnis hinsichtlich der Rekrutierung von MPI-Direktor\*innen in den NBL aus, denn der Anteil von Ostdeutschen war hierbei sehr gering. Von den 65 Leitern\*innen von MPI-Einrichtungen in den NBL, die von 1991 bis 2002 berufen wurden, waren nur vier Ostdeutsche; von diesen vier stand einer, Johannes Heydenreich, zum Zeitpunkt seiner Berufung an das MPI für Mikrostrukturphysik kurz vor der Emeritierung. Damit geschah die massive Erweiterung der MPG in die NBL fast ohne ostdeutsche Wissenschaftler\*innen auf der Leitungsebene. Als Gegengewicht zu diesem betrüblichen Befund taugen die zwei ostdeutschen Wissenschaftler\*innen, die zu Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG und Direktor\*innen an MPIs in den ABL ernannt wurden, oder die beiden ostdeutschen AG-Leiter, die zu Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG in den ABL ernannt wurden, kaum.<sup>26</sup> Dieses Ergebnis entspricht ziemlich genau dem, was über die überwiegende Besetzung der Funktionselitenstellen in den NBL mit Westdeutschen insgesamt bekannt ist,<sup>27</sup> allerdings mit einem bedeutenden Unterschied: 2002 lag die Ausländerquote unter den Institutsdirektor\*innen in den NBL mit 40 Prozent (26 von 65) vergleichsweise hoch.<sup>28</sup> Von diesen stammten neun (34,6 Prozent) aus den USA, darunter waren drei der vier Direktoren am MPI für Chemische Ökologie. Wie gezeigt wurde, ging dies mit der verstärkten Internationalisierung der Tätigkeit der MPG insgesamt einher.

Was genau zur sehr kleinen Anzahl ostdeutscher MPI-Direktor\*innen geführt hat, ist noch unklar. Eine einheitliche Planung einer derart großen Anzahl von Rekrutierungen parallel zueinander war kaum möglich, doch die bereits zitierte Bemerkung Zachers im Gespräch mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe im März 1993 deutet darauf hin, dass die Bevorzugung bundesdeutscher und ausländischer Wissenschaftler\*innen bei den Neugründungen in den NBL jedenfalls zu dieser Zeit strategisch gedacht war. In den für diese Studie untersuchten Sektionsprotokollen finden sich nur wenige Beispiele einer besonderen Berücksichtigung ostdeutscher Wissenschaftler\*innen bei der Direktorenauswahl oder eines Versuchs, unter diesen zu rekrutieren. Die eben erwähnte Präferenz für ostdeutsche Wissenschaftler als Leiter der AGs an den Universitäten ist nachgewiesen und wurde ohne Qualitätseinbußen umgesetzt. Diese Politik wurde bei der Auswahl der MPI-Leitungen in den NBL jedoch nicht fortgesetzt. Von den AG-Leitern scheint nur Thomas Henning, der bereits in der Laudatio seiner

26 Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die ostdeutschen Interviewpartner für diese Studie mehrheitlich gegen solche Identifizierungen aussprachen, weil sie ihre ostdeutsche Herkunft für ihre jeweilige Laufbahn für irrelevant hielten.

27 Wilhelm Bürklin, Hilke Rebenstorf u. a.: *Eliten in Deutschland*, 1997. Vgl. neuerdings Lars Vogel: Der geringe Anteil Ostdeutscher in den Eliten, 2020.

28 Eigene Zählung anhand der Angaben der Tabellen 2 und 3. Andere Bezifferungen liegen höher. In *Gelungener Aufbau*, 2003, 8 heißt es sogar, dass von den 57 Direktoren, die Anfang 2003 an Forschungseinrichtungen der MPG in den NBL arbeiteten, »knapp 58 Prozent aus dem Ausland« stammten. Leider stehen an dieser Stelle keine Angaben darüber, wie diese Bezifferungen zustande gekommen sind.



**Abbildung 35:** Beschäftigungszahlen der Max-Planck-Gesellschaft in den Neuen Bundesländern bis 2002. Aus: *Gelungener Aufbau – Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern* (2003), 30. Mit Dank an das Archiv der MPG Berlin-Dahlem für die Reproduktion

Nominierung als potenzielles Wissenschaftliches Mitglied der MPG identifiziert wurde,<sup>29</sup> tatsächlich berufen worden zu sein. Seine Berufung an das MPI für Astronomie in Heidelberg und die Berufung von Gunter S. Fischer als Direktor einer für ihn geschaffenen Max-Planck-Forschungsstelle in Halle/Saale sind Ausnahmen, die den beobachteten Trend bestätigen.

Ob und wie viele ostdeutsche Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen unterhalb der Direktorenebene an MPIs in den NBL angestellt wurden, ist noch nicht erforscht. Bislang bekannt ist eine längerfristige Aufnahme ostdeutscher Wissenschaftler\*innen aus den AdW-Instituten in nennenswerter Zahl nur an den beiden vom WR empfohlenen MPI-Neugründungen für Mikrostrukturphysik und Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie im Falle der Anstellung von sieben FSP-Mitarbeiter\*innen durch das MPI für Wissenschaftsgeschichte. Eine Grafik, die in der bereits zitierten Broschüre von 2003 erschien, zeigte allerdings eine stark wachsende Anzahl von Beschäftigten an den ostdeutschen MPIs in den späten 1990er Jahren (Abb. 35).

Laut derselben Broschüre war die Anzahl der Planstellen an MPG-Einrichtungen in den NBL 2002 auf 1730 angewachsen, durch Nachwuchs- und Drittmittelförderungen waren noch einmal so viele Wissenschaftler\*innen beschäftigt.<sup>30</sup> Weitere Forschung wird nötig sein, um festzustellen, ob mit dem »Aufbau Ost« der MPG eine »Durchmischung« wenigstens auf dieser Ebene erwirkt wurde.

29 P.G. Mezger, Laudatio für Dr. Thomas Henning, AMPG, II. Abt., Rep. 60, SP 127, fol. 205.

30 *Gelungener Aufbau*, 2003, 30.

### 5.2.3 Institutionelle Ressourcen

Eine umfassende Analyse dieses Ressourcentyps ist an dieser Stelle aus Platzgründen und auch wegen der in der Einleitung bereits beschriebenen Quellenlage nicht möglich. Trotzdem können vier Aspekte dieses Ressourcentyps besprochen werden: die Bedeutung der Einrichtungen der ersten Vereinigungsjahre; die Haltung der MPG-Leitung gegenüber den Instituten der »Blauen Liste«; die Rolle der BLK als Zwischeninstanz; nicht zuletzt die institutionellen Wandlungen innerhalb der MPG selbst infolge der deutschen Vereinigung.

Gleich zu Beginn dieser Diskussion sei daran erinnert, dass auf institutionelle Ressourcen in politischen Umbruchzeiten verzichtet werden kann; die Auflösung des Forschungsverbands der AdW durch Art. 38 EV war die wichtigste wissenschaftspolitische Bestimmung im Einigungsvertrag. Weil sich die Leitung der MPG im Juni 1990 explizit gegen eine »Konvergenz« der beiden Wissenschaftssysteme aussprach, hatte sie Anteil an diesem Ergebnis. Doch wie gezeigt wurde, kam es danach entgegen den Erwartungen der meisten bundesdeutschen Beteiligten doch nicht zu einer einfachen Ausdehnung des bundesdeutschen Wissenschafts- und Forschungsförderungssystems in die NBL.<sup>31</sup>

Dies gilt auch für die MPG, die (wie im Unterabschnitt 3.2.1 berichtet) mehrere für sie neue Formate wie die AGs an den Universitäten und die GWZs in eine vielfältige, neu strukturierte Forschungslandschaft in den NBL einfügte. Doch wurden gerade diese innovativen Formate im Voraus als befristete Übergangslösungen beschrieben. Während die AGs auf unterschiedliche Weise in die ostdeutschen Universitäten erfolgreich integriert wurden, fand man für die GWZs nach einem überaus zähen Ringen unter den Förderungsinstanzen ein neues, mischfinanziertes Format, das die spätere Aufnahme von fünf der ursprünglich sieben von ihnen in die Leibniz-Gemeinschaft ermöglichte. An dieser Lösungsfindung hatte neben dem DFG-Präsidenten Frühwald der MPG-Vizepräsident Weinert einen bedeutenden Anteil. Insofern handelt es sich in diesen Fällen nicht um eine intendierte Zerstörung ostdeutscher Institutionen und deren Ersetzung durch bereits bekannte westdeutsche, wie das »Kolonisierungs«-Narrativ naheliegt, sondern vielmehr um Beispiele einer bemerkenswerten institutionellen Kreativität.

Die bedeutendste Strukturwandlung der frühen Wendezeit im Bereich der Wissenschaftspolitik war jedoch die von niemandem vorhergesehene starke Vermehrung der Institute der »Blauen Liste« aufgrund der Empfehlungen des WR von 1991. Gerade diese unerwartete Entwicklung kritisierte Zacher (wie im Unterabschnitt 3.2.2 berichtet) im Juni 1991, nicht ganz zu Unrecht, als Ergebnis einer Tendenz, »statt wissenschaftspolitischer Instrumente sozialpolitische Instrumente« einzusetzen, und er warnte vor einer »ungenügend durchdachten

31 Vgl. hierzu noch einmal Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess*, 1994a, 205, sowie jetzt auch Ariane Brill: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation*, 2018.

Veränderung des Systems der Forschungsorganisationen.«.<sup>32</sup> Anscheinend sah er genau die Konkurrenz gegen das bisherige System, die durch die Auflösung des Verbunds der AdW-Institute abgewehrt worden war, nun wieder hinaufziehen, womit er nicht allein war. Als die vom WR empfohlenen ostdeutschen und die westdeutschen »Blaue-Liste«-Institute sich 1993 zu einem eigenständigen Verbund zu formieren begannen, warnte der ehemalige MPG-Präsident Lüst wie berichtet vor der Entstehung einer neuen Säule im System der Forschungsförderung, die durch die Gründung der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gemeinschaft im Jahre 1997 tatsächlich zustande kam.<sup>33</sup> Nachdem die Leibniz-Gemeinschaft in die »Allianz« 1998 aufgenommen worden war, dauerte es drei Jahre, bis sich der Senat der MPG im März 2001 bereitfand, der neuen Organisation einen Amtssitz anzubieten. So lange wirkte der Widerwillen gegen diese Wandlung des Forschungsförderungssystems der neuen Bundesrepublik nach.

In der Einleitung zu dieser Studie wurde auf die zentralen Rollen der BLK und der ihr vorgelagerten AG »DFG-MPG« als förderungspolitische Zwischenakteure hingewiesen. Die BLK erfuhr infolge der deutschen Vereinigung keinen grundlegenden Strukturwandel, sondern blieb nach wie vor zentraler Ort der Verhandlungen zwischen Vertreter\*innen des Bundes und der Länder einerseits und Vertretungen der Forschungsförderungseinrichtungen andererseits. Dass dort nicht nur tragbare Kompromisse, zum Beispiel über die Bedingungen der Beteiligung der NBL am Länderausgleich, 1997 erzielt, sondern auch Ost-West-Konflikte artikuliert wurden, haben wir anhand des Verhaltens der Vertretungen Thüringens und Mecklenburg-Vorpommerns 1993 und 1996 gesehen.

Nun kommen wir zur Innenpolitik der MPG.<sup>34</sup> Zur Mobilisierung institutioneller Ressourcen gehörten auch Wandlungen von Verfahren und anderen institutionellen Praktiken. Schließlich hatten interne Reformen Bedeutung für die Frage, ob und wie diese Strukturen und Praktiken als Ressourcen für den Aufbau in den NBL mobilisierbar sein konnten. Vom strukturkonservativen Vorgehen, das heißt vom Festhalten an hergebrachten, komplexen Verfahren für Neuvorhaben der MPG, aber auch von deren überraschend flexibler Handhabung unter Zeitdruck war bereits mehrfach die Rede. Kam es infolge der deutschen Vereinigung über derartige Improvisierungen hinaus zu Wandlungen der internen Verhältnisse der MPG?

Dafür, dass dies der Fall war, sprechen erstens die verstärkte Einbindung des Präsidenten in die Auswahl der AGs sowie in die weiterzuführenden MPI-Gründungsinitiativen Ende 1990, zweitens die Einführung neuer Konsultationsverfahren zusätzlich zu den bis dahin üblichen Kommissions- und Sektionssitzungen im Rahmen des »Konzentrationsprogramms« ab 1992 und drittens die führende Rolle der MPG-Leitung beim Anstoß und bei der Organisation der zweiten Welle

32 Zacher, MPG im Prozess, 1991b, 68.

33 Raimar Lüst: Blaue Listen, 1993, 44. Vgl. hierzu Abschnitt 2.2 in diesem Band.

34 Zur Governance-Geschichte der MPG im Allgemeinen vgl. wieder Balcar und Renn, Governance der MPG, in Vorbereitung, und die dort zitierte Literatur.

von MPI-Gründungen ab 1993. All dies zusammengenommen bedeutete eine beachtliche Stärkung der MPG-Leitung, insbesondere des Präsidenten, aber auch der Vizepräsidenten, als strategische Instanzen. Zu jener Zeit ging aus der bestehenden Besprechung des Präsidenten und der Vizepräsidenten ein informelles Gremium hervor, das bald »Präsidium« hieß, keine Grundlage in der Satzung hatte, aber zunehmende Bedeutung für die interne Entscheidungsfindung gewann.<sup>35</sup> Unter Markl setzte sich diese Entwicklung dahingehend fort, dass eine auf Handlungsanweisungen gerichtete Protokollführung der monatlichen Präsidiumssitzungen installiert wurde. Ohne den Druck der politischen Ereignisse wäre dieser interne Strukturwandel kaum so schnell geschehen.

Des Weiteren kam es schon 1995 wegen der Überlastung des Präsidenten in den ersten Jahren des Vereinigungsprozesses zu einer Neuverteilung der Verantwortung innerhalb der MPG-Leitung, die unter anderem eine häufigere Vertretung des Präsidenten bei bestimmten Amtsgeschäften erlaubte.<sup>36</sup> In den Worten Zachers kam damit »eine relativ konservative Lösung« zustande, mit der »sowohl die zentrale Verantwortung des Präsidenten als auch die Autonomie der Sektionen erhalten blieben«.<sup>37</sup> Keine Satzungsreform war dafür nötig. Das Nämliche galt für die ab 1997 eingeführte Neuorganisation der GV, die Bludau auch ihrerseits als eine Antwort auf die Herausforderung des plötzlichen Wachstums der MPG infolge der deutschen Vereinigung darstellte. Weil sie darüber hinaus für eine einheitliche Institutsbetreuung sorgen sollte, kam sie der auf Effizienz orientierten Politik Markls zupass. All diese Schritte stärkten die strategische Zentralisierung der MPG-Leitung gegenüber den Autonomieansprüchen der Institute, ohne diese völlig zu verdrängen.

## 5.2.4 Diskursive Ressourcen und epistemische Erträge

Im Prozess der deutschen Vereinigung kamen diskursive Ressourcen vor allem auf drei Wegen zur Verwendung: durch die Mobilisierung von Keywords wie »Autonomie« oder Termini wie »Effizienz« und »Innovation« in wissenschaftspolitischen Kontexten, durch häufig wiederkehrende Begründungs- oder Argumentationsmuster im Laufe der Überzeugungsarbeit für die Neugründungen von MPIs und durch narrative Konstruktionen, mit deren Hilfe die Arbeit der MPG im Kontext der deutschen Vereinigung in der Öffentlichkeit dargestellt wurde.

An erster Stelle steht unweigerlich der bereits zitierte, Zacher zugeschriebene »Wüsten«-Spruch vom 21. Juni 1990. Wie (im Abschnitt 2.1) berichtet, versah

35 Vgl. hierzu Balcar und Renn, Governance der MPG, in Vorbereitung.

36 Regelungen zur Unterstützung des Präsidenten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und zu seiner Vertretung. Anlage 1 zur 164. Sitzung des Verwaltungsrates der Max-Planck-Gesellschaft am 23.3.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 164.VP, fol. 63 recto und verso.

37 Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.6.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 9 verso.

die FAZ eine auf die Geisteswissenschaften in der DDR begrenzte, differenzierte Einschätzung Zachers mit der Überschrift »Wüste«. Kritik an der DDR-Wissenschaft<sup>38</sup>. Der Aufmacher passte perfekt in die damals im Vorfeld der Vereinigung verbreitete Abwertung der DDR-Wissenschaft insgesamt als Produkt eines politisch korrumpierten Systems. Die kränkenden Folgen der Verbreitung dieser Schlagzeile für viele ostdeutsche Forscher\*innen sind kaum zu leugnen; der Spruch kommt in fast jedem Text vor, der sich mit der Hochschul- oder der Wissenschaftspolitik dieser Zeit befasst. Derart bildhafte Sprüche gewinnen oft ein Eigenleben, und das war in diesem Fall auch so. Die »Wüste«-Metapher wurde in den folgenden Jahren immer wieder verwendet, und zwar selbst oder gerade dann, wenn die negative Einschätzung, die mit ihr ursprünglich formuliert worden war, widerlegt werden sollte.

Auf der narrativen Ebene stehen die nachträglichen Beschreibungen des Vereinigungsgeschehens, die schon recht früh zu erscheinen begannen. Im Falle der MPG war zwar mit Bezug auf die damals laufenden Einzelkooperationen von einer Unterscheidung zwischen kurzfristigen und längerfristig zu realisierenden Programmen schon beiläufig in den Akten aus dem Juni 1990 die Rede; im Jahresbericht 1990 stand jedoch noch nicht, dass eine solche Unterscheidung vom Senat beschlossen worden wäre. Erst 1993 wurden die Bezeichnungen »Sofortprogramm« (bestehend nunmehr aus den AGs, den GWZs und den befristeten Außenstellen) und »langfristiges Programm« (die MPI-Gründungen) bestimmend für die Selbstdarstellung der Tätigkeit der MPG in den NBL nach außen. Es hieß fortan, dass dieser Plan bereits im Herbst 1990 »beschlossen« worden sei; damit wurde in die Öffentlichkeit sowie auch im MPG-Senat selbst das Bild eines frühzeitig festgelegten Expansionsplans der MPG in den NBL projiziert, der Schritt für Schritt realisiert werde. Das war eine attraktive, auch nicht ganz falsche, aber vereinfachende Erzählung, die ohne die vielen tatsächlich erfolgten Improvisationen und kreativen Verfahrensschritte oder Aufschübe auskam, die in der vorliegenden Studie rekonstruiert worden sind.

Wohl noch wichtiger für die interne Ressourcenmobilisierung sind Bezugnahmen auf die große Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die in den Sitzungsprotokollen und veröffentlichten Texten der MPG in dieser Zeit häufig zu lesen sind. Beginnend mit der Festversammlung in Berlin im Juni 1991 wurde sowohl vom Präsidenten als auch von Vertreter\*innen der allgemeinen Politik immer wieder mit positiver Konnotation auf die KWG verwiesen, um die jeweils eigenen Positionen zu stützen. Die vielfachen nationalsozialistischen Verstrickungen dieser Gesellschaft blieben dabei bis auf vereinzelte Gedenkveranstaltungen unerwähnt. Allerdings spielte die überaus wache Erinnerung daran außerhalb der Öffentlichkeit, namentlich in den Beratungen über MPI-Neugründungen in den NBL in einschlägigen Themenfeldern wie Demografie, Anthropologie oder

38 Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft, 1990, 31. Der Text mit weiteren Pressemeldungen ohne den »Wüsten«-Spruch in: Drehbuch der 125. Sitzung des Senats vom 21.6.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 19–23.

Ethnologie, eine wichtige Rolle, wie die Beispiele im Unterabschnitt 4.1.2 zeigen. Wenigstens die Institutsnamen sollten da keinen Anlass zur Kritik geben, hieß es, wobei die Berufungskandidaten aus den USA mit dem Namen »Anthropologie« kein Problem hatten, weil sie wussten, dass die in den USA so genannte Disziplin keine Verbindung zur NS-Wissenschaft hatte. Erst Ende der 1990er Jahre wurde unter der Leitung Markls wie berichtet die notwendige Auseinandersetzung mit der Rolle der KWG im Nationalsozialismus auf breiter Fläche forciert. Diese Initiative befand sich im Einklang mit den nunmehr gewendeten vergangenheitspolitischen Imperativen der Bundesrepublik.<sup>39</sup> Die Frage danach, ob und inwiefern diese Wende auch in die Selbstdarstellungen der MPIs Eingang gefunden hat, wäre eine eigene Studie wert.

Andere diskursive Tools wurden im Kontext der Überzeugungsarbeit mobilisiert, die bei der Gründung der neuen Einrichtungen der MPG in den NBL zu leisten war. Den Rahmen solcher diskursiven Überzeugungsstrategien gab stets der tradierte, von Zacher hervorgehobene Kriterienkatalog ab: Innovativität, Subsidiarität und Harnack-Prinzip. Beachtlich in diskursiver Hinsicht ist das Geschick, mit dem die jeweiligen Wortführer von Neugründungen in den Sektionen und im Senat unterschiedliche Elemente oder Formulierungen in den Konzepttexten verwendeten, mit denen sie die jeweiligen Adressat\*innen ansprechen konnten: die eigenen Kolleg\*innen einerseits und die aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie aus den anderen Sektionen der MPG kommenden Senator\*innen andererseits. Gerade die Reibereien, zu denen es in den Gremien gelegentlich kam, wie auch die mehr oder weniger schlagfertigen Antworten der Wortführer auf Kritik belegen die Wichtigkeit einer klug angelegten Mobilisierung diskursiver Ressourcen.

Am interessantesten mag es für eine wissenshistorische Perspektive auf die Geschichte der MPG sein, dass unter dem Stichwort Innovativität am häufigsten ein Diskurs der nachzuholenden Innovation zu beobachten ist. Gemeint ist die Rede davon, dass die deutsche Vereinigung die Chance biete, neuen Ansätzen, die in anderen Ländern – vornehmlich in den USA – bereits etabliert waren, auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Wie Balcar und Renn zu Recht anmerken, wuchs die MPG in diesen Jahren wie in der früheren Wachstumsphase in den 1960er Jahren bevorzugt in Wissenschaftsfeldern, die »gerade *en vogue* waren«, weshalb der inhaltlichen Schwerpunktbildung der MPG in diesen Jahren »eine gewisse Kontingenz« innewohnte.<sup>40</sup> Auch das belegt die Bedeutung des politischen Umbruchs für das Timing sowie die Beschaffenheit von Wissenschaftswandlungen.

Fragen wir deshalb nun, wie das Ergebnis dieser Studie vom Epistemischen her und damit hinsichtlich der wissenschaftlichen Innovativität zu formulieren

39 Dass dies nicht ohne Ambivalenzen geschah, zeigt Carola Sachse: Was bedeutet »Entschuldigung«? 2011, 224–241.

40 Balcar und Renn, Der Kampf um die Steuerbarkeit, in Vorbereitung.

wäre, liegt wieder einmal ein gemischtes Resultat vor. Wie die MPIs für die Erforschung von Wirtschaftssystemen, Gravitationsphysik, Physik komplexer Systeme, Dynamik komplexer technischer Systeme und ethnologischer Forschung belegen, wurde in den Neugründungskonzepten Innovativität nicht unbedingt mit Interdisziplinarität gleichgesetzt. Zudem stellten die MPI-Neugründungen in den NBL mehrheitlich Erweiterungen bestehender Cluster dar und wurden, wie eben betont, meistens durch eine Rhetorik des Aufholens zur Weltspitze gerechtfertigt. Doch wie Markl mitten in der Debatte um die Institutsschließungen zu Recht festhielt, stellte die deutsche Vereinigung ebenfalls eine große Chance dar, interdisziplinäre Initiativen zu setzen, die sonst nicht möglich gewesen wären. Das geschah zweifelsfrei im Falle der MPIs für chemische Ökologie, biogeochemische Kreisläufe und evolutionäre Anthropologie sowie der Wissenschaftsgeschichte.

Dieses positive Moment geht mit dem oben erwähnten hohen Anteil von Berufungen aus dem Ausland einher, der sich mit der durch Markl vorangetriebenen Internationalisierung der Tätigkeit der MPG insgesamt verzahnte. Ebenfalls mit der Internationalisierung verbunden, wenngleich in weit geringerem Ausmaß, war die Zunahme der Berufungen von Frauen in dieser Zeit.<sup>41</sup> Allerdings wurde diese wohl auch durch die Verabschiedung des Frauenförderungsgesetzes 1994 mitbedingt und von Markl ab dieser Zeit forciert.<sup>42</sup> Die Zunahme von Frauenberufungen blieb jedoch im Wesentlichen auf die ABL begrenzt; von den 65 bis 2002 in die NBL berufenen Direktor\*innen waren nur zwei weiblich. Die bereits mehrfach erwähnten MPI-Direktorinnen Friederici und Daston wären wohl aufgrund ihrer hervorragenden Forschungsleistungen auch ohne Frauenförderungsmaßnahmen »entdeckt« worden.<sup>43</sup>

Als wissenschaftlicher Ertrag des Engagements der MPG in den NBL sowie als Beiträge zu einer empirischen Wissenschaftsforschung verdienen die bereits (im Unterabschnitt 3.5.5) besprochenen sozialwissenschaftlichen Analysen des Prozesses der deutschen Vereinigung im Wissenschaftsbereich am MPI für Gesellschaftsforschung noch einmal gesonderte Erwähnung. In einer Art epistemischen Aneignung des Vereinigungsprozesses für die eigene Forschung mobilisierte MPIGF-Direktorin Mayntz Unterlagen wie Interviews mit Beteiligten aus ost- wie westdeutschen Einrichtungen als Ressourcen für Analysen eben dieses Prozesses im Sinne des von ihr und Mitdirektor Scharpf vertretenen akteurzen-

41 Lorraine Daston hielt im gemeinsamen Interview mit Angela Friederici fest: »Mein Eindruck war, dass die Tatsache, dass ich Ausländerin war, eine größere Rolle gespielt hat als die Tatsache, dass ich eine Frau war«. Zit. n. Birgit Kolboske: *Hierarchien*, 2023, 304.

42 Vgl. hierzu u. a. Frauenförderung in der Max-Planck-Gesellschaft, Niederschrift der 138. Sitzung des Senats am 18.11.1994 in Frankfurt a. M., AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP, fol. 5 verso, sowie Kolboske, *Hierarchien*, 414–419.

43 Zur Haltung Friedericis als Frau in einem von Männern dominierten Wissenschaftssystem vgl. Claudia Eberhard-Metzger: Überzeugen statt kämpfen. Wie eine Frau in der Männerwelt Platz nimmt. *bild der wissenschaft* 4, 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 343, fot. 650–653.

trierten Institutionalismus, während sie sich zur gleichen Zeit als Berater der DFG bzw. der Bundesregierung im selben Prozess mobilisieren ließen.<sup>44</sup>

Leider war das einzige genuin politisch gedachte Neugründungsprojekt, das von Ernst-Joachim Mestmäcker vorangetriebene MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme, weniger erfolgreich. Am MPI sollten zwei politisch induzierte Transformationen – der Niedergang der Planwirtschaft im Osten und die Europäisierung der Wirtschaft im Westen Europas – parallel erforscht werden. Das überaus innovative Konzept wurde von den drei vorgesehenen Gründungsdirektoren entworfen und das Institut in Jena 1993 tatsächlich eröffnet, doch bis dahin waren zwei der drei Direktoren aus unterschiedlichen Gründen zurückgetreten.<sup>45</sup> Die Berufung Ulrich Witts, eines Vertreters der evolutionären Ökonomik, als zweiter Direktor 1994 leitete eine Neuprofilierung des Instituts ein, die mit dem Gründungsgedanken wenig zu tun hatte.

Als letztes Beispiel der Mobilisierung narrativer Ressourcen sei auf eine der Darstellungen dieses überaus komplexen Prozesses durch die Akteure selbst hingewiesen. In seiner Rede zur (im Unterabschnitt 4.1.1) bereits erwähnten Verabschiedung der AGs in Jena am 27. Februar 1997 formulierte Markl eine bemerkenswerte Beurteilung der deutschen Vereinigung im Wissenschaftsbereich. Einerseits erkannte er Fehler im Einzelnen an, »die auch verletzt haben, die Personen getroffen haben, die es verdient hatten, anders behandelt zu werden«.<sup>46</sup> Dass auch jetzt einige AG-Mitarbeiter\*innen trotz hervorragender Leistungen nicht würden weiterarbeiten können, sei für ihn schmerzhaft. Andererseits meinte er, dass angesichts des »rapiden Holterdiepolter[s]« des Beitritts »fast jede denkbare Alternative [...] zu schlechteren Ergebnissen geführt hätte«.<sup>47</sup> Damit schrieb er faktisch alles dem schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zu und externalisierte die Verantwortung für die Folgeentscheidungen im eigenen Politikfeld. Peer Pasternak nennt dies eine »doppelte Argumentation«, die sich unter den damaligen Gestalter\*innen und Evaluierer\*innen inzwischen durchgesetzt hatte.<sup>48</sup> Neben der uneingeschränkten Befürwortung der Vereinigung samt all ihrer Folgen, die von einigen der damaligen Verantwortlichen unter dem Stichwort »Erneuerung« bis heute aufrechterhalten wird, und den vielfältigen, aber heute nur noch gelegentlich vernehmbaren Stimmen der ostdeutschen Verlierer nimmt dieses ambivalente Narrativ eine Mittelstellung ein. Man könnte das Muster »Erneuerung mit Bedauern« nennen.

44 Vgl. hierzu zusammenfassend Ash, *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext*, 2020, 274–278 und Link: *Soziologie und Politologie*, 2022.

45 Vgl. hierzu S. 133 in diesem Buch.

46 Hubert Markl, »Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen«, 1997b, 29–34, 31.

47 Ebd.

48 Peer Pasternak: *Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus*, 2021, 45–66, 66.

### 5.3 Abschließende Bemerkungen

Der Ausbau des bundesdeutschen Wissenschaftssystems infolge der deutschen Vereinigung brachte eine Reihe unerwarteter Wandlungen dieser Ressourcenkonstellation insgesamt wie auch der Ressourcenkonstellation MPG mit sich. Für die MPG stellte die Vereinigung eine einmalige Chance dar, aus der Stagnation der 1980er Jahre durch einen Aufbruch in die NBL auszubrechen. Die Chance wurde durch eine Mobilisierung all der eingangs genannten und im vorigen Abschnitt noch einmal besprochenen Ressourcentypen ergriffen: Personen, Institutionen und Diskurse. Zunächst erfolgte eine innovative, allerdings befristete Erweiterung ihres institutionellen Spektrums und danach die Gründung mehrerer neuer MPIs in den NBL, die anfangs durch Empfehlungen des WR an sie herangetragen, dann zunehmend durch eigene, von ihren Sektionen ausgewählte oder vom Präsidenten angeregte Vorschläge weitergeführt wurden. Dies alles führte nicht nur zu einer geografischen Ausweitung, sondern auch zu einer Erweiterung des Forschungsspektrums der MPG. Im Laufe des hier untersuchten Zeitraums entstanden zudem strukturelle Reformen innerhalb der MPG selbst, die infolge der Expansion in die NBL sowie der darauffolgenden Kürzungen in den ABL für notwendig gehalten wurden. Erst recht am Ende der Amtszeit Markls 2002 galt die Aussage, die Zacher schon 1993 formuliert hatte. Damals hatte er rhetorisch danach gefragt, ob das schnelle Wachstum der MPG »nicht ihr Wesen zu sehr verändere«, und darauf geantwortet, dass man angesichts der Erwartung des »sie tragenden Gemeinwesens« zwar »Bedenken, letztlich aber keine Wahl« habe, als diesen Weg zu gehen.<sup>49</sup>

Parallel zu diesen unvorhersehbaren, vereinigungsbedingten Wandlungen der Ressourcenkonstellation MPG liefen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit viele der brisanten wissenschaftspolitischen Themen wie die Gentechnik-, Cloning- und Tierschutzdebatten weiter, die bereits seit Langem in der alten Bundesrepublik präsent gewesen waren.<sup>50</sup> Diese Kontinuitäten mögen neben den weiterhin aktuellen institutionspolitischen Themen des Generationswechsels und der Frauenförderung Belege dafür sein, dass die MPG die grundsätzlichen Probleme, die schon in den 1980er Jahren erkannt worden waren, trotz allen vereinigungsbedingten Wandels nicht aussparte.

Ebenso wenig auszuspüren war das grundsätzliche Thema der 1980er Jahre überhaupt: die Innovationskraft und -fähigkeit der MPG. Im Februar 1991, mitten im Vereinigungsgeschehen, stand dieses Thema weiterhin im Raum. Damals hielt Zacher vor dem Wissenschaftlichen Rat der MPG fest:

49 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19.11.1993 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 24. Hervorhebung durch MGA.

50 Siehe zum Beispiel das Programm des Ringberg-Symposiums »Forscher und Forschungspolitik«, 13.–15.5.1991. Drehbuch der 128. Sitzung des Senats vom 6.6.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 115–117.

Wir haben viele »kleine Innovationen« und zu wenig »große Innovation« [...]. Mitunter – ja nur zu oft – fehlt uns auch die Flexibilität zur »kleinen Innovation«. Das ist dann der Fall, wenn alte Arbeitsgebiete sich in Mitarbeiterstäben verfestigen, die mit einer innovativen Neuberufung nicht vereinbar sind.<sup>51</sup>

Wie bereits (im Abschnitt 4.1) erwähnt, trat Markl mit fast genau derselben Einschätzung nicht nur der MPG, sondern der deutschen wissenschaftlichen Forschung überhaupt den Dienst als MPG-Präsident an. Um die finanziellen Spielräume dafür zu gewinnen, Innovationskraft und Flexibilität wiederherstellen zu können, hatte Zacher eine Politik der »Konzentration« in den ABL schon einzuleiten begonnen, bevor dieser Schritt durch die Finanzkrise des Bundes forciert wurde. Parallel dazu betrieb die MPG in vielen Fällen eine Einführung derselben Institutsstrukturen in die NBL, deren Verfestigung schon Staab beklagt hatte. Zur gleichen Zeit konnten aber innovative Institutsstrukturen wie diejenigen des MPI für Mathematik in Bonn mit wenigen Kernmitarbeiter\*innen und vergleichsweise vielen befristeten Gastaufenthalten, oder die Einrichtung von »junior groups« an größeren MPIs, in den NBL etabliert werden.

Damit kommen wir noch einmal zum Stichwort »Autonomie«, das als diskursive Ressource wie auch als reale Richtschnur des Handelns der MPG im Vereinigungsgeschehen eine zentrale Rolle spielte. Im unmittelbaren Vorfeld der deutschen Vereinigung, namentlich während der Weichenstellungen im Juni 1990, war »Autonomie« für Zacher wie für seine ostdeutschen Mitstreiter Parthier und Bierwisch gerade das, was der Wissenschaft in der DDR gefehlt hatte und nun im Osten des vereinigten Deutschlands wiederherzustellen sei. In dieser Verwendung erhielt das Schlüsselwort »Autonomie« nicht nur eine wissenschaftspolitische, sondern damit verschränkt eine genuin politische Bedeutung.

Dabei blieb es aber nicht. In seinen öffentlichen Reden der frühen Vereinigungszeit mobilisierte Zacher dieses Keyword als diskursive Ressource in drei verschiedenen, eng miteinander verknüpften Bedeutungen: erstens als kulturellen Code für die Wissenschaftsfreiheit, die zwar verfassungsrechtlich nur natürlichen Personen vorbehalten ist, die Zacher aber auch für Einrichtungen wie die MPG als Ort zweckfreier Forschung eigens ermöglicht sehen wollte; zweitens als praktisches Ergebnis der von Zacher 1990 so genannten »Forschungsverfassung«, welche die Pluralität der eigenständigen, jedoch von Bundesmitteln geförderten Forschungsträger und damit auch die Existenz der MPG sicherte; drittens und mit alledem zusammenhängend als diskursives Abwehrmittel gegen Versuche einer Lenkung oder gar Vereinnahmung der Grundlagenforschung durch die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Die Realisierung der Autonomie in all diesen Bedeutungen setzte die Bereitschaft der Regierungen des Bundes und der Länder voraus, die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitzustellen und die gewünschten Spielräume zu ge-

51 Zacher, Rede des Präsidenten vor dem Wissenschaftlichen Rat, 8.2.1991, Auszug im *MPG-Spiegel* 2, 1991, 27–29, 29.

währen. Ab Mitte der 1990er Jahre nahm diese Bereitschaft zwar prinzipiell nicht ab, dafür aber nahm der Druck der Zuwendungsgeber wie der Öffentlichkeit in Richtung einer Verstärkung wirtschaftlich nützlicher Forschung stetig zu. Im Grunde gab man sich nicht länger mit den immateriellen Ressourcen Grundlagenwissen und internationales Prestige zufrieden, sondern forderte nunmehr konkrete Beiträge zur Vermehrung der materiellen Ressourcen der Bundesrepublik. Schon vor der Präsidentschaft Markls begegnete man diesem Druck mit gezielten öffentlichen Handreichungen wie der 1996 als Sonderheft des *MPG-Spiegel* publizierten Broschüre *Wissen für das 21. Jahrhundert. Der Beitrag der Grundlagenforschung zur Problemlösungskompetenz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft*, mit einem langen Vorwort von Zacher und Überblicksbeiträgen aus den Sektionen.<sup>52</sup> Im Oktober desselben Jahres, zu Beginn der Amtszeit Markls, kam das vom damaligen Vizepräsidenten Gerhard Wegner (Gründungsdirektor am MPI für Polymerforschung) organisierte Symposium »Wissenschaft und Wirtschaft – eine Allianz mit Zukunft in Deutschland?« hinzu. Auf die Arbeit der MPG-eigenen GmbH Garching Instrumente und die hohe Zahl der dort wie an MPIs eingeworbenen Patente ließ sich ohnehin verweisen.<sup>53</sup> Wie Wegner im Senat festhielt, war die MPG im Hinblick auf aus der Forschung hervorgegangenen Firmengründungen bzw. Ausgründungen »bezogen auf ihre Größe die erfolgreichste Organisation in Deutschland«. <sup>54</sup> Gleichwohl blieben die unterschiedlichen »Zeithorizonte« der Grundlagenforschung und der Industrie bestehen. Es bedürfe daher Wegners Meinung nach einer Professionalisierung der Wechselwirkungen auf der Leitungsebene, um ein Verständnis hierfür in die Industrie hineinzutragen.

Wie diese Beispiele zeigen, waren sich Zacher, Markl und auch andere Führungsfunktionäre der MPG bewusst, dass die von ihnen hochgehaltene »Autonomie« einer zweckfreien Grundlagenforschung und damit der MPG überhaupt keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis kontinuierlicher Verhandlungen war, die man zuweilen auch in der Öffentlichkeit zu führen bereit war. Solche Keywords schwebten aber nicht im luftleeren Raum. Gerade im Prozess der deutschen Vereinigung wurden die Handlungsspielräume der MPG durch Grundsatzentscheidungen der allgemeinen Politik stark erweitert, aber durch andere allgemeinpolitische Festlegungen eingeengt. Damit zeigte es sich, dass es nicht allein auf die Behauptung von »Autonomie« in der Öffentlichkeit oder in der wissenschaftsinnenpolitischen Diskussion, sondern auch und vor allem auf den konkreten Gebrauch der von den Zuwendungsgebern zugestandenen Freiräume ankam.

Thema dieser Studie war, die Wandlungen der MPG als Institution im Prozess der deutschen Vereinigung herauszuarbeiten. Die Erweiterungschancen in den

52 Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, *Wissen für das 21. Jahrhundert. MPG-Spiegel*, Sonderheft 1996.

53 Vgl. hierzu Jaromír Balcar: *Instrumentenbau, Patentvermarktung, Ausgründungen*, 2018.

54 Niederschrift der 150. Sitzung des Senats vom 20.11.1998 in München-Perlach, AMPG, II. Abt., Rep. 60, fol. 8.

NBL, welche die Leitung und die Mitglieder der MPG im Kontext der deutschen Vereinigung beherzt ergriffen, wurden in der Tat erst durch das politische Ereignis eröffnet. Wie in diesem Buch anhand zahlreicher Beispiele gezeigt werden konnte, hing die Realisierung dieser Möglichkeiten von Verhandlungen der MPG-Leitung und anderer Wissenschaftlicher Mitglieder der MPG mit verschiedenen politischen und wissenschaftspolitischen Instanzen ab. Sie beruhte aber auch auf deren Geschick im Umgang mit den internen Strukturen und Praktiken und damit mit den innenpolitischen Verhältnissen der MPG selbst. Insofern ist diese Geschichte ein herausragendes Beispiel dafür, was die These, dass Wissenschaft und Politik Ressourcen füreinander sind, konkret bedeuten kann.

## 6. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ABL	Alte (bisherige) Bundesländer
AdW	Akademie der Wissenschaften (der DDR)
AG	Arbeitsgruppe (der MPG, des Evaluierungsausschusses des WR sowie der »DFG-MPG« der BLK). Auch Aktiengesellschaft.
AGF	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AMPG	Archiv der Max-Planck-Gesellschaft
AUF	Außeruniversitäre Forschung
AUFE	Außeruniversitäre Forschungseinrichtung
BAT	Bundes-Angestellten-Tarif
BBAW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
BIP	Brutto-Inlandsprodukt
BK	Bundeskanzler
BKA	Bundeskanzleramt
BLE	»Blaue Liste«-Einrichtung
BLK	Bund-Länder-Kommission (für Bildungsplanung und Forschungsförderung)
BM	Bundesminister*in
BMBF	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMS	Biologisch-Medizinische Sektion (des Wissenschaftlichen Rates der MPG)
BMW	Bayerische Motoren Werke
BRD	Bundesrepublik Deutschland (alt)
CDU	Christlich-Demokratische Union
CNRS	Centre internationale du recherche scientifique
CPTS	Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion (des Wissenschaftlichen Rates der MPG)
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DARA	Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DKFZ	Deutschen Krebsforschungszentrum
DLR	Deutsche Anstalt für Luft- und Raumfahrt
DPA	Deutsche Presse-Agentur
EMBL	European Molecular Biology Laboratory
ERC	European Research Council
ESA	European Space Agency

ESF	European Science Foundation
ESTA	European Science and Technology Assembly
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule (Zürich)
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EuroHORCS	European Heads of Research Councils
EV	Einigungsvertrag
FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
FB	Fachbeirat
FDP	Freiheitlich-Demokratische Partei
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
FKP	Föderales Konsolidierungsprogramm
FSP	Forschungsschwerpunkt
FU	Freie Universität Berlin
FuE	Forschung und Entwicklung
G7	Group of Seven (reichste Industrienationen)
GBR	Gesamtbetriebsrat (der MPG)
GFE	Großforschungseinrichtung
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMPG	Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (Forschungsprogramm)
GS	Generalsekretär*in (der MPG)
GV	Generalverwaltung (der MPG)
GWS	Geistes- und Sozialwissenschaftliche Sektion (des Wissenschaftlichen Rates der MPG)
GWZ	Geisteswissenschaftliches (Forschungs-)Zentrum
HGF	Helmholtz-Gemeinschaft für Forschungsförderung
HEP	Hochschul-Erneuerungsprogramm
HRK	Hochschulrektorenkonferenz (bis 1990 WRK)
HU	Humboldt-Universität zu Berlin
HV	Hauptversammlung (der MPG)
IBM	International Business Machines
IBP	Institut für Biochemie der Pflanzen der AdW in Halle
IFE	Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie der AdW in Halle/Saale
IGF	Institut für genetische Forschung (Berlin)
IM	Informeller Mitarbeiter (der Stasi)
IPP	Institut für Plasmaphysik (der MPG)
ITER	International Thermonuclear Reactor
KAI-AdW	Koordinierungs- und Abwicklungsstelle der Institute und Einrichtungen der AdW (1991–1992), ab 1992 KAI e. V.
KHI	Kunsthistorisches Institut (Florenz)
KMK	Kultusminister-Konferenz
KOWI	Koordinierungsstelle der Wissenschaftsorganisationen (Brüssel)
kw	kann wegfallen
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

KWIA	Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik
MBW	Ministerium für Bildung und Wissenschaft (der DDR)
MDC	Max-Delbrück Centrum für Molekulare Medizin
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (der DDR) (Stasi)
MFT	Ministerium für Forschung und Technologie (der DDR)
MPAE	Max-Planck-Institut für Aeronomie
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
MPIB	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
MPIGF	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
MPIM	Max-Planck-Institut für Meteorologie
MPIWG	Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte
NBL	Neue Bundesländer
NC	Numerus Clausus
NPM	New Public Management
NRW	Nordrhein-Westfalen (Bundesland)
NS	Nationalsozialismus
NSF	National Science Foundation (USA)
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
PK	Präsidentenkommission (der MPG)
PR	Public Relations
ROSETTA	(Raumsonde) Weltraummission der ESA
RV	Rahmenvereinbarung Forschungsförderung
RWTH	Rheinland-Westfälische Technische Hochschule (Aachen)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sonderforschungsbereich (DFG-Forschungsprogramm)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stasi	Staatssicherheitsdienst (der DDR)
TU	Technische Universität
UHV	Unabhängiger Historikerverband
VR	Verwaltungsrat (der MPG)
VW	Volkswagen-Werk
WR	Wissenschaftsrat
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz
WR-MPG	Wissenschaftlicher Rat der Max-Planck-Gesellschaft
WTZ-Abkommen	Abkommen für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (zwischen der BRD und der DDR), 1987
ZI	Zentralinstitut (der AdW)



## 7. Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Quellennachweise für alle Tabellen und Abbildungen stehen in den jeweiligen Bildunterschriften.

### 7.1 Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Arbeitsgruppen der MPG an Universitäten in den NBL (1991–1997) . . . . .	78
Tabelle 2:	MPI-Gründungen in den Neuen Bundesländern 1991–1995 nach Sektionen, mit Folgeberufungen bis 2002 . . . . .	102
Tabelle 3:	1993/1994 projektierte und ab 1995 realisierte Gründungen von Einrichtungen der MPG nach Sektionen, mit Neu- und Folgeberufungen bis 2002 . . . . .	217

### 7.2 Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Manfred Bierwisch und Benno Parthier vor dem WR-MPG in Lübeck-Travemünde, 21.6.1990. . . . .	52
Abbildung 2:	MPG-Präsident Heinz A. Staab bei der Festversammlung in Lübeck-Travemünde, 22.6.1990. . . . .	54
Abbildung 3:	GS Wolfgang Hasenclever, MPG-Präsidenten Zacher und Staab und Pressereferent Michael Globig bei der Pressekonferenz in Lübeck-Travemünde am 21.6.1990. . . . .	56
Abbildung 4:	BM Heinz Riesenhuber (CDU), zentraler Beteiligter der deutschen Vereinigung im Bereich der Wissenschaftspolitik. Hier als Redner bei der Festversammlung der MPG, 7. Juni 1991. . . . .	59
Abbildung 5:	Beatrice Fromm, zu dieser Zeit Leiterin des Referats Forschungsplanung der GV, war für die Administration des PK »DDR« bzw. »neue Bundesländer« und danach für die Koordination und Planung der ersten Aktivitäten der MPG in den NBL mitverantwortlich. . . . .	70
Abbildung 6:	Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen der MPG in den NBL. Stand 11.5.1992. . . . .	80
Abbildung 7:	Joachim Sauer (stehend) und die von ihm geleitete AG »Quantenchemie« an der HU Berlin, 1994. . . . .	83
Abbildung 8:	AG »CO <sub>2</sub> -Chemie« in Jena mit AG-Leiter Eckhard Dinjus (vorne rechts). . . . .	83

Abbildung 9:	MPG-Präsident Zacher mit Mitgliedern der provisorischen Leitung beim Festakt zur Eröffnung des MPI für Mikrostrukturphysik in Halle/Saale, 9.1.1992. Von links: Helmut Fischmeister, Zacher, Johannes Heydenreich, Manfred Rühle. . . . .	108
Abbildung 10:	Angela D. Friederici, Gründungsdirektorin am MPI für neuropsychologische Forschung in Leipzig . . . . .	128
Abbildung 11:	Peter Fulde: Ehemals Direktor am MPI für Metallforschung in Stuttgart, ab Juni 1993 Gründungsdirektor am MPI für Physik komplexe Systeme in Dresden. . . . .	136
Abbildung 12:	Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und in Berlin. Stand: 15.3.1993. Mit geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten. . . . .	143
Abbildung 13:	MPG-Präsident Hans F. Zacher am Rednerpult bei der Festversammlung am 5.6.1992 in Dresden . . . . .	153
Abbildung 14:	Andreas Trepte, ab 1992 für die NBL der zuständige Mitarbeiter der GV, hier am Arbeitstisch, organisierte die Verhandlungen der MPG-Leitung mit den NBL. . . . .	156
Abbildung 15:	MPG-Präsident Zacher und BM Paul Krüger (CDU) bei der Begrüßung zur Festversammlung am 18.6.1993 in Trier. . . . .	161
Abbildung 16:	Zwei an den Gesprächen beteiligte Minister der NBL: Hans Joachim Meyer (CDU, links), letzter Bildungsminister der DDR und erster Minister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, ab 1991 regelmäßiger Gast bei den Sitzungen des Senats der MPG. Gerd Schuchardt (SPD, rechts), Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Thüringen, 1994–1999 Senatsmitglied der MPG. . . . .	167
Abbildung 17:	Renate Mayntz, Direktorin am MPIGF Köln, beim Vortrag an der TU Chemnitz zum Thema »Moderne Naturwissenschaft und Gesellschaftsverständnis. Was können die Sozialwissenschaften von den Naturwissenschaften lernen?«, 25. Mai 1992. . . . .	189
Abbildung 18:	Barbara Bludau, von 1995 bis 2011 Generalsekretärin der MPG, Pressefoto um 1995. . . . .	198
Abbildung 19:	Forschungsförderung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins. Stand: 1. Januar 1996. . . . .	200
Abbildung 20:	Hubert Markl – Präsident der MPG 1996–2002. . . . .	210
Abbildung 21:	Markl mit AG-Leitern (von links) Michael Strauss, Helmut Eschrig und Manfred Bierwisch bei der Verabschiedung der AGs am 26. Februar 1997. . . . .	215
Abbildung 22:	Eberhard Zeidler, Direktor am MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften in Leipzig 1996–2007. . . . .	223
Abbildung 23:	Gunter S. Fischer, AG-Leiter 1991–1996, dann Direktor der Forschungsstelle »Enzymologie der Proteinfaltung« in Halle/Saale 1997–2012. . . . .	227

Abbildung 24: Christiane Nüsslein-Volhard, Direktorin am MPI für Entwicklungsbiologie und Medizinnobelpreisträgerin 1995, nahm an den Beratungen über Institutsneugründungen in den NBL engagiert teil. Foto 1989. . . . .	232
Abbildung 25: Chemienobelpreisträger (1995) Paul J. Crutzen, Mitinitiator des MPI für Biogeochemie. . . . .	242
Abbildung 26: Andreas Seidel-Morgenstern, Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied der MPG seit 1998, Direktor am MPI für Dynamik technischer Systeme in Magdeburg seit 2002. . . . .	248
Abbildung 27: Die beiden bis 2002 berufenen ostdeutschen MPI-Direktor*innen in den ABL: Thomas Henning (MPI für Astronomie in Heidelberg, links). . . . .	255
Abbildung 28: Gemeinsame Protestdemonstration von Mitarbeiter*innen des MPI für Aeronomie in Katlenberg-Lindau und des MPI für Geschichte in Göttingen, 17.11.1996. . . . .	265
Abbildung 29: BM Jürgen Rüttgers (CDU) als Grußredner bei der Festversammlung der MPG am 4.6.1997 in Bremen. . . . .	281
Abbildung 30: Begegnung Markls mit Zeitzeug*innen beim Symposium »Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten«, 7.6.2001. Vorne links sitzend, von links nach rechts: Mary Wright (Begleiterin von Eva Mozes-Kor), Otto Klein (Überlebender); hinten links sitzend, von links nach rechts: NN, NN; rechts sitzend, von links nach rechts: Shmuel Kriegel (Ehemann von Vera Kriegel), Carola Sachse, Vera Kriegel (Überlebende), Wolfgang Schieder, Eva Mozes-Kor (Überlebende), Jona Laks (Überlebende); hinten stehend, von links nach rechts: Reinhard Rürup, Hubert Markl, Bernd Ebersold, Sabine Feiner (persönliche Referentin Markls), NN (vermutlich Bernd Wirsing, MPG-Pressesprecher), Jochen Frowein. Mit Dank an Carola Sachse und Birgit Kolboske für ihre Hilfe bei der Identifizierung. . . . .	306
Abbildung 31: Markl, BM Edelgard Bulmahn (SPD) und der Ministerpräsident Bayerns Edmund Stoiber (CSU) bei der Festversammlung der MPG am 9.6.2000 in München. . . . .	310
Abbildung 32: Zacher mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Festversammlung in Lübeck-Travemünde, 21.6.1990. . . . .	341
Abbildung 33: BK Helmut Kohl, der Thüringer Ministerpräsident Vogel und Markl auf dem Weg zur Festversammlung der MPG in Weimar, 26.6.1998. . . . .	342
Abbildung 34: Vertreter der Wirtschaft in der MPG bei der Amtsübergabe, 1993: Linkstehend Herbert Grünewald (Bayer AG), seit 1981 Senatsmitglied, 1984–1993 Vizepräsident und 1994–2002 Ehrensensator der MPG, mit Eberhard von Kuenheim (BMW AG), 1981–1999 Senatsmitglied und 1993–1999 Vizepräsident der MPG. . . . .	344
Abbildung 35: Beschäftigungszahlen der Max-Planck-Gesellschaft in den Neuen Bundesländern bis 2002. . . . .	347



## 8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Zeitungsartikel und weitere Texte, die im Bundesarchiv, im Bestand der Generalverwaltung (GV) »Wissenschaftspolitische Information« oder in anderen Beständen der GV in München respektive im Rep. 71 des AMPG liegen, werden aus diesen Beständen in den Fußnoten zitiert und aus Platzgründen nicht in das folgende Verzeichnis aufgenommen. Zeitungsartikel und weitere Texte, die separat vorliegen, weil sie im Besitz des Autors sind oder eigens aus dem Internet abgerufen wurden, werden hingegen in das Verzeichnis aufgenommen.

### 8.1 Archivalien

#### 8.1.1 Akten der Generalverwaltung (GV) der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), München

Pressestelle, Reihe Wissenschaftspolitische Informationen, 1990 bis 1994. Unverzeichnet.  
GVMPG\_BC\_248104: Sonderbestand Institutsschließungen 1996–1997. Unverzeichnet.

#### 8.1.2 Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (AMPG)

- II. Abt., Rep. 1, Präsidium, Nr. 254, 391/1–2, 469, 610, 646, 754, 892/1–2, 893, 895/1–2, 903–905
- II. Abt., Rep. 1a–bc (Vizepräsidentenkreis)
- II. Abt., Rep. 57 (Präsidenten), Nr. 41, 146, 340–352, 482–484, 570, 573, 581, 587, 609–610, 646, 941–943, 1308–1309
- II. Abt., Rep. 60 (Senat), Nr. 127.SP-162.SP
- II. Abt., Rep. 61 (Verwaltungsrat), Nr. 149.VP-166.VP
- II. Abt., Rep. 62 (Wissenschaftlicher Rat), 1990–1995
- II. Abt., Rep. 62 (Sektionen des Wissenschaftlichen Rates):
  - Chemisch-Physikalische-Technische Sektion (CPTS) 1990–2002
  - Biologisch-Medizinische Sektion (BMS) 1990–2002
  - Geisteswissenschaftliche Sektion (GWS) 1990–2002
- II. Abt., Rep. 63 (Hauptversammlung): Nr. 314, 315–316, 349–353, 362–365
- II. Abt., Rep. 66, Nr. 377
- II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, 23, 25, 26, 573
- II. Abt., Rep. 71 (Pressestelle, Reihe Wissenschaftspolitische Informationen), Nr. 330–360
- II. Abt., Rep. 150, Nr. 26, 34

### **8.1.3 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin (ABBAW)**

VA (Verwaltungsarchiv), 15688, 16287

### **8.1.4 Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BArch)**

Amt des Ministerpräsidenten der DDR, DC20: Bd. 6559, 17410

Ministerium für Bildung/Bildung und Wissenschaft der DDR, DR4: Bd. 10, 175

Ministerium für Forschung und Technologie der DDR, DF4: Bd. 32165, 32204, 32265–32267, 32367

### **8.1.5 Bundesarchiv Koblenz (BArch)**

Bundeskanzleramt: B 136/101527, 331–27001-Ge11 Bd.5

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: B 138/48266, Bd. 3–4, 56723, Bd. 3–4, 56803, Bd. 1–2, 65720, Bd. 2, 71585, Bd. 1, 94507, Bd. 3

Bundesministerium für Forschung und Technologie: B 196/96252, 103807–103808, 156203

## **8.2 Zeitzeugeninterviews (Interviewer: Mitchell G. Ash)**

Barbara Bludau, Interview Wien – München (mit Zoom), 3.6.2022. DA GMPG ID 601097

Lorraine J. Daston, Interview in Berlin, 29.2.2020. DA GMPG ID 601063

Angela D. Friederici, Interview in Leipzig, 26.2.2020. DA GMPG ID 601060

Beatrice Fromm, Interview in Berlin, 17.7.2018. DA GMPG ID 601055

Peter Fulde, Interview in Dresden, 28.2.2020. DA GMPG ID 601061

Hartmut Grübel, Gespräch in Berlin, 20.2.2019 (nicht aufgezeichnet)

Christopher Hann, Interview Wien – Cambridge England (mit Zoom), 19.5.2022. DA GMPG ID 601100

Thomas Henning, Interview Wien – Heidelberg (mit Zoom), 29.8.2022. DA GMPG ID 601104.

Dieter Hoffmann, Interview in Berlin, 28.2.2020. DA GMPG ID 601062

Anthony Hyman, Interview Wien – Dresden (mit Zoom), 25.5.2022. DA GMPG ID 601098

Stefan H. E. Kaufmann, Interview Wien – Berlin (mit Zoom), 30.4.2020. DA GMPG ID 601071

Horst Klinkmann, Interview in Rostock, 13.9.2019. DA GMPG ID 601055

Jürgen Kocka, Interview in Berlin, 4.4.2019. DA GMPG ID 601053

Wilhelm Krull, Interview in Hannover, 15.3.2019. DA GMPG ID 601047

- Renate Mayntz, Interview in Köln, 23.9.2018. DA GMPG ID 601064  
Jürgen Renn, Interview Wien – Berlin (mit Zoom), 2.6.2020. DA GMPG ID 601067  
Joachim Sauer, Interview Wien – Berlin (mit Zoom), 29.4.2020. DA GMPG ID 601066  
David Schimel, Interview Wien – Pasadena (mit Zoom), 31.5.2022. DA GMPG ID 60101  
Andreas Seidel-Morgenstern, Interview Magdeburg – Wien (mit Zoom). 6.7.2022. DA GMPG ID 601103  
Dieter Simon, Interview in Berlin. 5.3.2019. DA GMPG, ID 601048  
Michael Tomasello, Interview Wien – Durham NC (mit Zoom), 19.5.2022. DA GMPG ID 601099

### 8.3 Gedruckte Quellen

- Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung: *Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft*. 25. Mai 1999.
- Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Geschäftsstelle: *Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Allgemeine Informationen, Haushalt, Personal. Ergebnisse der Umfrage der BLK zum Stand des Aufbaus von FE in den neuen Ländern zum Stichtag 1.6.1993*. Bearbeitet von Petra Hartmann, Ekkehard Mochmann, Bernd Reutershausen, Ralf Uher, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln. Bonn 1993.
- Denkschrift zum Einigungsvertrag. In: *Der Einigungsvertrag. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Der vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen*. Nachdruck München: Goldmann 1990<sup>2</sup>, i-xxiv.
- Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München: Walter Biering GmbH, 1992.
- Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch (= MPG-Jahrbuch)*, Jahrgänge 1989–2002. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Max-Planck-Gesellschaft. *Berichte und Mitteilungen*, Jahrgänge 1990–1995.
- Max-Planck-Gesellschaft (Hg.). *Jahresberichte und Jahresrechnungen. Nachrufe, 1989–1995*.
- Mitteilungen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina*, Reihe 3, Jahrgang 35, 1989. Halle (Saale) 1992.
- MPG-Spiegel*. Jahrgänge 1990–1998. (Zitierte Artikel werden unten einzeln angeführt.)
- Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. Redaktion Horst Meermann. München: Walther Biering GmbH 1993.
- Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft: *Wissen für das 21. Jahrhundert. Der Beitrag der Grundlagenforschung zur Problemlösungskompetenz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft*. Redaktion: Andreas Trepte. *MPG-Spiegel*, Sonderheft 1996.
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag (EV).

- Bulletin Nr. 104 des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung, 6. September 1990, 877–1120. Nachdruck in: *Der Einigungsvertrag. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Der vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen*. München: Goldmann 1990<sup>2</sup>.
- Weingart, Peter, Jörg Strate und Mathias Winterlager: *Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband und den Wissenschaftsrat*. Bielefeld 1991.
- Wissenschaftsrat: *Perspektiven von Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Köln 1990.
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin – Allgemeiner Teil*. Köln 1991 (1991a).
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den Instituten des Forschungsbereichs Physik, zum Einstein-Laboratorium für theoretische Physik und zum Zentrum für wissenschaftliche Gerätebau der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR*. Düsseldorf, 5.7.1991 (1991b).
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR im Bereich ›Biolwissenschaften und Medizin*. Düsseldorf, 5.7.1991 (1991c).
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften*. Düsseldorf, 5.7.1991 (1991d).
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zum Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle (Land Sachsen-Anhalt)*. Mainz, 13.3.1991 (1991e).
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf dem Gebiet der Chemie*. Köln 1992.
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zu den geisteswissenschaftlichen Forschungszentren*. Köln 1994a.
- Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zu einer Prospektion der Forschung*. Drs. 1545/94. Berlin 1994b.
- Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zu den Geisteswissenschaftlichen Auslandsinstituten*. Drs. 4348/99. Göttingen, 12.11.1999.
- Wissenschaftsrat: *Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland*. Drs. 4594/00. Berlin, 7. Juli 2000.

## 8.4 Literatur

- Adam, Konrad: Morsche Kähne. Abzuwickeln wäre auch im Westen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.2.1991, 33.
- Albrecht, Helmuth und Armin Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Max-Planck-Gesellschaft aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 356–406.
- Amos, Heike: *Karrieren ostdeutscher Physikerinnen in Wissenschaft und Forschung 1970 bis 2000* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 124). Berlin: De Gruyter/Oldenbourg 2020.

- Antonietti, Markus: Funktionale Kolloide: Winzige Bausteine für neue Materialien. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.), *MPG-Jahrbuch* 1995. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995, 71–84.
- Ash, Mitchell G.: Geschichtskulturen, Geschichtswissenschaft und der ostdeutsche Historikerstreit. *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), 283–304.
- Ash, Mitchell G.: Scientific Changes in Germany 1933, 1945 and 1990: Towards a Comparison. *Minerva* 37 (1999), 329–354 (1999a).
- Ash, Mitchell G.: Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess – »Erneuerung« oder Krisenimport? In: ders. (Hg.): *Mythos Humboldt – Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Wien: Böhlau Verlag 1999, 105–135 (1999b).
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander. In: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 32–51.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchszeiten – 1933, 1945 und 1990 im Vergleich. *Acta Historica Leopoldina* 39 (2004), 75–95.
- Ash, Mitchell G.: Learning from Persecution: Émigré Jewish Social Scientists' Studies of Authoritarianism and Anti-Semitism after 1933. In: Beate Meyer und Marion Kaplan (Hg.): *Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart* (Festschrift für Monika Richarz). Göttingen: Wallstein Verlag 2005, 271–294.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun? In: Rüdiger vom Bruch und Alexandra Pawliczek (Hg.): *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Steiner Verlag 2006, 19–37.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: Rainer C. Schwinges (Hg.): *Universität im öffentlichen Raum* (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10). Basel: Schwabe 2008, 311–344.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 11–46 (2010a).
- Ash, Mitchell G.: »Wie im Westen so auf Erden?« – Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess. In: Jürgen Kocka, Corina Weber und Jörg von Bilavsky (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen*. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2010, 45–55 (2010b).
- Ash, Mitchell G.: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18:1 (2010), 79–118 (2010c).
- Ash, Mitchell G.: Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchszeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft* (= Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge. Proceedings 6). Second, Extended Edition. Berlin: Edition Open Access 2015, 307–341.
- Ash, Mitchell G.: Reflexionen zum Ressourcenansatz. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann and Florian Schmaltz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschafts-*

- politik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 535–553.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaftsgeschichte in der Geschichtswissenschaft. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 41:4 (2018), 329–332.
- Ash, Mitchell G.: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–1995*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 13. Berlin 2020.
- Ash, Mitchell G.: Hochschulitenwechsel in vergleichender Perspektive: 1918, 1933/38, 1945, 1989/90. In: Jens Blecher und Jürgen John (Hg.): »Hochschulumbau Ost«. *Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2021, 67–94.
- Ash, Mitchell G.: Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der Neuen Bundesländer, 1990–1997. Ein Forschungsbericht. *die hochschule* 1–2 (2022), 134–151.
- Aspekte der Forschungspolitik und Forschungsplanung. Die MPG und ihre internationale Ausrichtung. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1997. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 37–47.
- Bach, Olaf: *Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 2013.
- Balcar, Jaromír: *Instrumentenbau, Patentvermarktung, Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumenten GmbH*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 4. Berlin 2018.
- Balcar, Jaromír: Die MPG zwischen »Aufbau Ost« und Globalisierung. In: Jürgen Kocka, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft. Wissenschafts- und Zeitgeschichte 1945–2005*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, in Vorbereitung, Kapitel IV.
- Balcar, Jaromír und Jürgen Renn: Governance der MPG im Wandel. Das Ringen um die Steuerbarkeit der MPG. In: Jürgen Kocka, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft. Wissenschafts- und Zeitgeschichte 1945–2005*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, in Vorbereitung, Kapitel IV.
- Balter, Michael: Max Planck's Meeting of the Anthropological Minds. *Science* 293 (2001), 1246–1249.
- Bartz, Olaf: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007.
- Beck, Ulrich, Anthony Giddens und Scott Lash: *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag 1996.
- Bentley, Raymond: *Research and Technology in the Former German Democratic Republic*. Boulder, CO: Westview Press 1992.
- Bethge, Heinz: Zum deutschen Einigungsprozess in den Wissenschaften – Probleme und Möglichkeiten in den Naturwissenschaften. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* 3:36 (1991), 205–216.
- Bierwisch, Manfred: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR. *MPG-Spiegel* 4:24 (1990), 26–30.
- Bierwisch, Manfred: Wissenschaften im Vereinigungsprozess – Versuch einer Bilanz. In: Kocka, Jürgen und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 485–508.
- Bösch, Frank: Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit

- den 1970er Jahren. In: Ders. (Hg.): *Geteilte Geschichte, Ost und West: Deutschland 1970–2000*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015, 7–38.
- Bourdieu, Pierre: *Homo academicus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1984.
- Bourdieu, Pierre: *Science of Science and Reflexivity*. Übersetzt von Richard Nice. Cambridge: Polity Press 2004. Erstmals erschienen 2001.
- Bürklin, Wilhelm und Hilke Rebenstorf u. a.: *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 1997.
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Grundsätze des Neuen Forum für die Stellung der Wissenschaften in der Gesellschaft. *Forum Wissenschaft* 7:1 (1990), 40–41.
- Carroll, Patrick: *Science, Culture and Modern State Formation*. Berkeley: University of California Press 2006.
- Coen, Deborah R.: *Climate in Motion: Science, Empire, and the Problem of Scale*. Chicago: University of Chicago Press 2018.
- Crutzen, Paul J.: Die Beobachtung atmosphärisch-chemischer Veränderungen: Ursachen und Folgen für Umwelt und Klima. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1997. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 51–71.
- Daston, Lorraine und Galison, Peter: The Image of Objectivity. *Representations* 40 (1992), 81–128.
- Dobry, Michel: »Ereignisse« und Situationslogik: Lehren, die man aus der Untersuchung von Situationen politischer Unübersichtlichkeit ziehen kann. In: Andreas Suter und Manfred Hettling (Hg.): *Struktur und Ereignis. Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 19. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, 75–98.
- Ebert, Peter: Neue Institute – alte Hüte? ... reingelegt. Beilage Nr. 13 des Gesamtbetriebsrates zum *MPG-Spiegel* 3 (1997), 1–4.
- Ebert, Peter und Dirk Hartung: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Forschung in den neuen Bundesländern. ... reingelegt. Beilage Nr. 6 des Gesamtbetriebsrates zum *MPG-Spiegel* 6 (1995), 1–4.
- Engler, Wolfgang: *Die ungewollte Moderne. Ost-West Passagen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1995.
- Eschrig, Helmut: Der Erneuerungsprozess aus der Sicht der Max-Planck-Arbeitsgruppen. In: Berg, Gunnar und Benno Parthier (Hg.): *Zur Situation der Universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Nova Acta Leopoldina*, Neue Folge 290:71 (1994), 147–151.
- Evaluation der Evaluation. *Forum Wissenschaft* 7:4 (1990), 25–48 (I–XXIV).
- Förtsch, Eckart: Auf dem Weg zur Wissenschaftsunion. *Deutschlandarchiv* 11 (1990), 1689–1700.
- Fratzscher, Wolfgang und Klaus-Peter Meinecke: Verfahrenstechnik. In: Kocka, Jürgen und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 361–434.
- Fritz-Vannahme, Joachim: Will das denn niemand hören? *Die Zeit* 5, 24.1.1997, 33.
- Fritzsch, Harald: Wohin mit den SED-Professoren? *Der Spiegel* 30, 23.7.1990, 138–139 (1990a).
- Fritzsch, Harald: *Flucht aus Leipzig*. München: Piper-Verlag 1990 (1990b).
- Frühwald, Wolfgang, Hans Robert Jauß, Reinhart Kosselleck, Jürgen Mittelstraß und Burkhard Steinwachs: *Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1991.

- Frühwald, Wolfgang, Wolf Lepenies, Raimar Lüst, Hubert Markl und Dieter Simon: Ein Manifest gegen den Niedergang der Forschung. *Die Zeit* 5, 24.1.1997, 33.
- Fuchs, Dieter und Edeltrud Roller, Politik. In: dies. (Hg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart: Philipp Reclam jun. 2009, 205–209.
- Fuchs, Hans-Werner: *Bildung und Wissenschaft seit der Wende. Zur Transformation des ostdeutschen Bildungssystems*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 1997.
- Funk, Albert: »Wenn wir scheitern, dann ist es die Abdankung der politischen Klasse«. Biedenkopf drängt zur Eile beim Solidarpakt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.2.1993.
- Gabriel, Helmut und Werner Lahmer: »Mit größtem Einsatz an der Lösung der Probleme mitwirken!« Gespräch mit Prof. H. Gabriel über die Evaluation der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften. *Physikalische Blätter* 47:9 (1991), 819–822.
- Gigerenzer, Gerd u. a.: *The Empire of Chance: How Probability Changed Science and Everyday Life*. Cambridge: Cambridge University Press 1990.
- Gläser, Jochen: Die Akademie der Wissenschaften nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51 (1992), 37–46.
- Globig, Michael: Senatssitzung in Stuttgart: MPG beschließt Gründung eines MPI für Physik komplexer Systeme. *MPG-Spiegel* 6 (1992), 20.
- Gómez, Amparo, Antonio Eco Canales und Brian Balmer (Hg.): *Science Policies and Twentieth-Century Dictatorships: Spain, Italy and Argentina*. Farnham, Burlington VT: Ashgate 2015.
- Görtemaker, Manfred: *25 Jahre Universität Potsdam. Rückblicke und Perspektiven*. Berlin: bebraverlag 2016.
- Gruss, Peter und Reinhard Rürup unter Mitarbeit von Susanne Kiewitz (Hg): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein-Verlag 2010.
- Hagner, Michael: Mind Reading, Brain Mirror, Neuroimaging: Insight into the Brain or the Mind? In: Mitchell G. Ash (Ed.): *Psychology's Territories: Historical and Contemporary Studies from Different Disciplines*. New York/London: Lawrence Erlbaum 2007, 287–303.
- Hartung, Dirk: Max-Planck-Gesellschaft und neue Bundesländer. Wir bauen auf – abwickeln tun die anderen. *Erziehung und Wissenschaft* 43:9 (1991), 23–25.
- Heim, Susanne, Carola Sachse und Mark Walker (Eds.): *The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism*. Cambridge: Cambridge University Press 2009.
- Heinemann, Manfred: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Max-Planck-Gesellschaft aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 407–467.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi (Hg.): *Chronik der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot 2011.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi (Hg.): *Handbuch der Institutionsgeschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*, 2 Bde. Berlin: Duncker & Humblot 2011.
- Herzberg, Guntolf und Klaus Meier (Hg.): *Karrieremuster. Wissenschaftlerportraits*. Berlin: Aufbau-Verlag, 1992.

- Hintze, Patrick: *Kooperative Wissenschaftspolitik. Verhandlungen und Einfluss in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern*. Wiesbaden: Springer VS 2020.
- Hoffmann, Dieter und Ingo Peschel (Hg.): *Man möchte doch etwas zu seinem Fach beitragen. Peter Fulde. Physiker, Organisator, Brückenbauer*. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 485. Berlin 2016.
- Hoffmann, Dieter und Helmuth Trischler: Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive. In: Jürgen Mlynek und Angela Bittner (Hg.): *20 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft*. Berlin 2015, 9–47.
- Hohn, Hans-Willy und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem: Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt a. M.: Campus 1990.
- Hübner, Peter: Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.9.1993, 36.
- »Im Mittelmaß Weltspitze«. Die DDR-Akademie der Wissenschaften kämpft um ihr Überleben. *Der Spiegel* 30, 23.07.1990, 136–137, 139–141.
- Janßen, Karl-Heinz: Experten für Diktaturvergleich. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Studien arbeitet an der Geschichte der DDR. *Die Zeit* 26, 25.6.1993, 26.
- Jarausch, Konrad H.: *The Rush to German Unity*. New York: Oxford University Press 1994. Dt.: *Die unverhoffte Einheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1995.
- Jarausch, Konrad H.: Das Ringen um Erneuerung 1985–2000. In: Konrad H. Jarausch, Matthias Middell und Annette Vogt: *Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*. Berlin: Akademie Verlag 2012, 555–690.
- Jesse, Eckhard: *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2010.
- Kaufmann, Doris (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, 2 Bde. (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 1/1–1/2). Göttingen: Wallstein Verlag 1999–2000.
- Keinath, Wieland: Entstehungsgeschichte der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte. In: Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München: Walter Biering 1992, 9–14.
- Klein, Fritz: *Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR*. Frankfurt a. M.: S. Fischer 2000.
- Klein, Wolfgang: Auf Brüskierung angelegt. Zur Evaluierung des Zentralinstituts für Elektronenphysik (ZIE). In: Evaluation der Evaluation. *Forum Wissenschaft* 4 (1990), XIX–XX.
- Kleißmann, Christoph und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B39 (1996), 3–14.
- Kocka, Jürgen: Ein Gutachter erwidert die Evaluation. Jürgen Kocka zur Begutachtung der geisteswissenschaftlichen Institute der AdW. *Der Tagesspiegel*, 12.9.1991.
- Kocka, Jürgen (Hg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien* (Zeithistorische Studien, Bd. 1). Berlin: Akademie-Verlag 1993. (1993a)
- Kocka, Jürgen: Auch Historiker können lernen. Der Forschungsschwerpunkt zeithistorisch Studien. Eine Entgegnung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.8.1993 (1993b).

- Kocka, Jürgen: Infamer Seilschaftsvorwurf. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.10.1993 (1993c).
- Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwar (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*. Stuttgart: Klett Cotta 1994, 547–553 (1994b).
- Kocka, Jürgen: *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995.
- Kocka, Jürgen und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998.
- Kocka, Jürgen, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft. Wissenschafts- und Zeitgeschichte 1945–2005*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, in Vorbereitung.
- König, Fritz: Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart 1989–2009. In: Ulrich von Hehl u. a.: *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2010, 778–903.
- König, Thomas: *The European Research Council*. Cambridge: Malden MA: Polity Press 2017.
- Kolboske, Birgit: *Hierarchien. Das Unbehagen der Geschlechter mit dem Harnack-Prinzip. Frauen in der Max-Planck-Gesellschaft*. Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 3. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: C. H. Beck 2019.
- Krauth, Wolf-Hagen und Ralf Wolz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998.
- Krüger, Hans-Peter: *Demission der Helden. Kritiken von innen 1983–1992*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1992.
- Krüger, Hans-Peter: *Perspektivenwechsel. Autopoeise, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich*. Berlin: Akademie Verlag 1993.
- Krüger, Paul: Leistungsfähigkeit und Vielfalt der Forschungslandschaft Deutschland. Ansprache des Bundesministers für Forschung und Technologie. *MPG-Spiegel* 4 (1993), 74–79.
- Krull, Wilhelm: What Happened to East German Research? Reflections on the *Wissenschaftsrat's* Attempt to Evaluate and Restructure Non-University Research Institutions in Eastern Germany. *World Affairs* 154:1 (1991), 14–23.
- Krull, Wilhelm: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung in den neuen Ländern. *Naturwissenschaften* 79 (1992), 49–59.
- Krull, Wilhelm: Beyond Unification: German Science and Technology Policy in Transition. Science and Technology Policy (1994). Manuskript. (1994a)
- Krull, Wilhelm: Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In: Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*. Frankfurt a. M./New York: Campus 1994, 205–226. (1994b)
- Krull, Wilhelm und Simone Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation der deutschen Wissenschaftsorganisationen. In: Peter Weingart und

- Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 200–235.
- Küpper, Mechthild: DDR-Zeitgeschichte mit Potsdamer Adresse. Noch sind die geisteswissenschaftlichen Zentren Provisorien/Wie eine Forschergruppe entsteht. *Der Tagesspiegel*, 28.3.1993, 23.
- Laitko, Hubert, Vorsichtige Annäherung. Akademisches *vis-a-vis* im Vorwende-Berlin. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag, 2002, 309–338.
- Lange, Stefan und Uwe Schimank: Zwischen Konvergenz und Pfadabhängigkeit: New Public Management in den Hochschulsystemen fünf ausgewählter OECD-Länder. In: Katharina Holzinger, Helge Jörgens und Christoph Knill (Hg.): *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 522–548.
- Latour, Bruno: *Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press 1987.
- Lax, Gregor: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 12. Berlin 2020.
- Leendertz, Ariane: Die Politik der Entpolitisierung. Die Max-Planck-Gesellschaft in Starnberg und Köln. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (= Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge. Proceedings 6)*. Second, extended Edition. Berlin: Edition Open Access 2015, 287–306.
- Leendertz, Ariane: Konkurrenzfähigkeit und globaler Wettbewerb. Zum Wandel der Personalpraxis der Max-Planck-Gesellschaft 1973–2016, Teil I. GMPG-Projekt, Preprint-Entwurf 2018. Unveröffentlicht.
- Leendertz, Ariane: Die Macht des Wettbewerbs. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Ökonomisierung der Wissenschaft seit den 1990er Jahren. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 70 (2022), 235–271.
- Lembruch, Gerd: Die improvisierte Vereinigung. Die dritte deutsche Republik. *Leviathan* 18 (1990), 462–486.
- Lepenies, Wolf: Wir sind kein besiehtes Land. *Die Zeit* 48, 23.10.1990.
- Lepenies, Wolf: *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*. Berlin: Siedler 1992.
- Lepsius, M. Rainer: Die deutsche Vereinigung: Ereignisse, Optionen und Entscheidungen. In: Wolfgang Schluchter und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*. Weilerswist: Velbrück 2001, 39–63.
- Link, Fabian: *Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln von 1984 bis 1997*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 17. Berlin 2022.
- Lüst, Raimar: Blaue Listen: Ein Provisorium der Forschungsförderung droht zur festen Einrichtung zu werden. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.3.1993, 44.
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1984.

- Luhmann, Niklas: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1992.
- Makrakis, Kristie: Wissenschaft and Political Unification in the New Germany. In: Kurt-Jürgen Maas (Ed.): *From Two to One: U. S. Scholars Witness the First Year of German Unification*. Bonn: Alexander-von-Humboldt-Foundation 1992, 72–85.
- Makrakis, Kristie: Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung: Die Leopoldina und das Machtdreieck in Ostdeutschland. In: Dieter Hoffmann und Kristie Makrakis (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*. Berlin: Akademie-Verlag 1997, 147–169.
- Markl, Hubert: *Evolution, Genetik und menschliches Verhalten. Zur Frage wissenschaftlicher Verantwortung*. München: Piper Verlag 1986.
- Markl, Hubert: *Wissenschaftliche Eliten und wissenschaftliche Verantwortung in der industriellen Massengesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994.
- Markl, Hubert: Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft: Verpflichtung zu Spitzenleistung. Ansprache des neuen Präsidenten Hubert Markl an der Hauptversammlung am 21. Juni 1996 in Saarbrücken. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1996. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1996, 27–43.
- Markl, Hubert: Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Innovation und Evaluation. Ansprache des Präsidenten bei der Hauptversammlung in Bremen am 4. Juni 1997. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1997. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 13–36. Auch in: *MPG-Spiegel* 4 (1997), 70–83 (1997a).
- Markl, Hubert: »Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen«. Rede des Präsidenten Prof. Hubert Markl zur Verabschiedung der Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel* 2 (1997), 29–34 (1997b).
- Markl, Hubert: Blick zurück, Blick voraus. Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. Hubert Markl auf der Festveranstaltung zum 50jährigen Gründungsjubiläum der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 2 (1998), 5–19 (1998a).
- Markl, Hubert: Forschung an der Grenze des Wissens. Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. Hubert Markl bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 26. Juni 1998 in Weimar. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1998. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, 11–31. Auch in: *MPG-Spiegel* 4 (1998), Sonderheft (1998b).
- Markl, Hubert: Freiheit, Verantwortung, Menschenwürde: Warum Lebenswissenschaften mehr sind als Biologie. Ansprache des Präsidenten Hubert Markl auf der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin am 22. Juni 2001. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 2001. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, 11–24, 21.
- Markl, Hubert: Den Wandel gestalten, das Bleibende erhalten – sechs Jahre Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Ansprache des scheidenden Präsidenten Hubert Markl bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 14. Juni 2002 in Halle/Saale. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 2002. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, 11–21.
- Markl, Hubert: Die ehrlichste Art der Entschuldigung ist die Offenlegung der Schuld. In: Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und*

- Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums.* Göttingen: Wallstein Verlag 2003, 41–51.
- Marshall, Barbara: *Die deutsche Vereinigung in Academia. West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994.* Berlin 2016.
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: *MPG – Forschungsperspektiven 2000 +. MPG-Forschung, Sonderheft.* München 2001.
- Mayntz, Renate: Die außeruniversitäre Forschung im Prozess der deutschen Einigung. *Leviathan* 20 (1992), 64–82.
- Mayntz, Renate: *Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992* (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 17). Frankfurt a. M.: Campus 1994 (1994a).
- Mayntz, Renate (Hg.): *Aufbruch und Reform von Oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess.* Frankfurt a. M./New York: Campus 1994 (1994b).
- Mayntz, Renate: Academy of Sciences in Crisis: A Case Study of a Fruitless Struggle for Survival. In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Eds.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions.* Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag/St. Martin's Press 1994, 163–188 (1994c).
- Mayntz, Renate: Das deutsche Wissenschaftssystem nach der Vereinigung. *MPG-Spiegel* 5 (1994), 2–3 (1994d).
- Mayntz, Renate: Gesellschaftliche Modernisierung und die veränderte Rolle des Staates. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1995. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995, 57–70 (1995a).
- Mayntz, Renate: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung.* Frankfurt am Main 1995, 39–72 (1995b).
- Meermann, Horst: Pressekonferenz: Breites Spektrum ökologischer Forschung in der MPG. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 22–23.
- Meinhold, Gottfried: *Der besondere Fall Jena. Die Universität im Umbruch 1989–1991.* Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014.
- Meske, Werner: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz.* Berlin: Wissenschaftszentrum 1993.
- Meteling, Wencke: Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der »Standortsicherung« in den neunziger Jahren. In: Ralph Jessen (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen.* Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag 2014, 289–315.
- Meteling, Wencke: Standortsicherung = Zukunftssicherung. Zur angebotsökonomischen Modellierung von Zukunft in der Standortsdebatte. In: Christoph Kampmann, Angela Marciniak und Wencke Meteling (Hg.): *»Security turns its eye exclusively to the future«. Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte.* Baden-Baden: Nomos, 2017, 389–422.
- Meyer, Hans Joachim: »Für eine Identität stiftende Kooperation«. Interview Hans-Joachim Meyer. *MPG-Spiegel* 3 (1994), 39–44.
- Meyer, Hans Joachim: *In keine Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland.* Freiburg i. Br.: Herder 2015.
- Meyer, Hansgünter: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland, Szenarien – Fiktionen – Optionen – Statistik.* Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 1993.

- Mitter, Armin und Stefan Wolle: Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.8.1993 (1993a).
- Mitter, Armin und Stefan Wolle: Inquisitoren auf der Faultierfarm. Gestern Bielefeld und Ost-Berlin, heute Potsdam. Wie flexibel dürfen Historiker sein? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.9.1993 (1993b).
- Mommsen, Hans und Manfred Geiger: *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*. Düsseldorf: ECON Verlag 1996.
- Müntz, Klaus und Ulrich Wobus: *Das Institut Gattersleben und seine Geschichte. Genetik und Kulturpflanzenforschung in drei politischen Systemen*. Heidelberg: Springer 2013.
- Myritz, Reinhard (Red.): *Streitsache: »Abwicklung« in Ostdeutschland*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft 1991.
- Neuorientierung bestehender Institute 1990–1994. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch 1995*, 31–55.
- Olim: Erste Fahrt in den Westen. *MPG-Spiegel 2* (1994), 17.
- Orth, Karin: Geschichte, Fragestellungen und Struktur des Gesamtprojekts. In: Karin Orth und Willi Oberkrome (Hg.): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik* (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 4). Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 9–16.
- Osganian, Vanessa und Helmuth Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 16. Berlin 2022.
- Palonen, Kari: *The Struggle with Time: A Conceptual History of »Politics« as an Activity*. Politische Theorie 3. Münster: LIT Verlag 2006.
- Papenheim, Christoph: Über 500 Wissenschaftler gingen auf die Straße. *Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)*, Ausgabe Niedersachsen, 18.11.1996, 1. (1996a)
- Papenheim, Christoph: Die Protestrakete blieb am Boden, *Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)*, Ausgabe Niedersachsen, 18.11.1996. (1996b)
- Pappenfuß, Dietrich und Wolfgang Schieder (Hg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*. Köln/Wien/Weimar: Böhlau Verlag 2000.
- Paqué, Karl-Heinz: *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*. München: Hanser 2009.
- Parthier, Benno: Analytische Betrachtungen zur Lage der naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Akademie der Wissenschaften der DDR. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* 3:36 (1991), 195–198.
- Parthier, Benno und Sybille Gerstengarbe: Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen. Das Beispiel Leopoldina. In: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther: *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 203–228.
- Pasternack, Peer: *»Demokratische Erneuerung«. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995*, Weinheim: Beltz Verlag 1999.
- Pasternack, Peer: Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990. In: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann, Konrad H. Jarausch, Jürgen John, Matthias

- Middell (Hg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 309–326.
- Pfeiffer, Jürgen: Neuropathologische Forschung an »Euthanasie«-Opfern in zwei Kaiser-Wilhelm-Instituten. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 1999, 150–173.
- Pickel, Andreas und Helmut Wiesenthal: *The Grand Experiment: Debating Shock Therapy, Transition Theory and the East German Experience*. Boulder, CO: Westview Press 1998.
- Pinkau, Klaus: Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin als Alternative. Vorgeschichte und Gründung. In: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther: *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 283–290.
- Pommerin, Reiner: *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2003.
- Raynaud, Philippe: Politics, Policy. In: Barbara Cassin (Ed.): *Dictionary of Untranslatables: A Philosophical Lexicon*. Übersetzt und hg. von Emily Apter, Jacques Lezra und Michael Wood. Princeton, NJ: Princeton University Press 2014, 803–804.
- Reich, Jens: Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozess. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9 (1991), 29–36.
- Rembser, Josef: Der europäische Forschungsmarkt der 90er Jahre. Was bedeutet er für die Fraunhofer-Gesellschaft? In: Gesamtbetriebsrat der FhG (Hg.): *FhG '90. Die Fraunhofer-Gesellschaft auf dem Weg in die 1990er Jahre*. Pfinztal-Berghausen: Informationszentrum RAUM und BAU der Fraunhofer-Gesellschaft 1991, 22–30.
- Renn, Jürgen: *Historical Epistemology and Interdisciplinarity*. Berlin: Max-Planck-Institute for History of Science, Preprint 2. Berlin 1994.
- Reppen, Konrad: Wer soll unsere Zeitgeschichte erforschen? *Freiheit der Wissenschaft* 1 (1994), 13–14.
- Rheinberger, Hans-Jörg: *Historische Epistemologie*. Hamburg: Junius-Verlag, 2007.
- Ritter, Gerhard A.: *Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick*. München: C. H. Beck 1992.
- Ritter, Gerhard A.: *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*. 2., erw. Aufl. München: C. H. Beck, 2007 (2007a).
- Ritter, Gerhard A. (Hg.): *1989–1994. Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 11). Baden-Baden: Nomos 2007, Kapitel I, II (2007b).
- Ritter, Gerhard A.: Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: deutscher taschenbuchverlag 2009, 537–552.
- Rödter, Andreas: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: Verlag C. H. Beck 2009.
- Roelke, Volker: Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion. Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33 (2010), 176–192.
- Roelke, Volker: »Exzellente« Wissenschaft – tödliche Forschung. Reflexionsbedarf bei der Max-Planck-Gesellschaft. *Frankfurter Hefte* 9 (2011), 77–79.
- Rolak, Dr. Michel Strauss: Zur Person. *MPG-Spiegel* 5 (1993), 16.

- Rolak: Helmut Eschrig: Zurück in die Forschung. *MPG-Spiegel* 1 (1994), 16 (1994a).
- Rolak: Götz Nowak: Weiter nach dem Ende. *MPG-Spiegel* 4 (1984), 17 (1994b).
- Sabrow, Martin: Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989. In: Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große (Hg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*. München: C. H. Beck 2003, 114–138.
- Sabrow, Martin: *Die Zeit der Zeitgeschichte*. Göttingen: Wallstein Verlag 2012 (2012a).
- Sabrow, Martin: Zäsuren in der Zeitgeschichte. In: Frank Bösch und Jürgen Danyel (Hg.): *Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012, 109–130 (2012b).
- Sachse, Carola (Hg.): *Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Die Verbindung nach Auschwitz*. Göttingen: Wallstein Verlag 2003. (2003a)
- Sachse, Carola: Menschenversuche in Auschwitz überleben, erinnern, verantworten. In: dies. (Hg.): *Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Die Verbindung nach Auschwitz*. Göttingen: Wallstein Verlag 2003, 7–34. (2003b)
- Sachse, Carola: Was bedeutet »Entschuldigung«? Die Überlebenden der NS-Medizinverbrechen und die Max-Planck-Gesellschaft. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 34 (2011), 224–241.
- Sachse, Carola: Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftlichen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft* (= Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge. Proceedings 6). Second, Extended Edition. Berlin: Edition Open Access 2015, 243–268.
- Sachse, Carola: *Wissenschaft und Diplomatie. Die Max-Planck-Gesellschaft im Feld der internationalen Politik 1945–2000* (Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 4). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023.
- Sauer, Joachim: Die Kunst war, morgens noch in den Spiegel schauen zu können. Interview mit Georg Scholl. *Humboldt-Kosmos* 96 (2010), 22–29.
- Sauer, Joachim: Der zerrissene Osten und die gelungene Wiedervereinigung. *Nachrichten aus der Chemie* 59 (2011), 36–39.
- Schimank, Uwe: Etatistische Praxis und Adressatenmodell. Institutionelle Determinanten staatlicher Forschungssteuerung. *Forum Wissenschaft* 1 (1991), 51–56.
- Schimank, Uwe und Andreas Stucke (Eds.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag/St. Martin's Press 1994.
- Schimank, Uwe und Andreas Stucke: Coping with Trouble as a Complex Constellation of Political and Research Actors: Introducing a Theoretical Perspective. In: Dies. (Hg.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag/St. Martin's Press, 1994, 7–34.
- Schluchter, Wolfgang: *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1996.
- Schluchter, Wolfgang und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*. Weilerswist: Velbrück 2001.
- Schmitter, Elke: Einstein nicht unter uns. Max-Planck-Gesellschaft eröffnet neues Institut – aber wofür? *Süddeutsche Zeitung*, 3.4.1995.

- Schön, Wolfgang: *Grundlagenwissenschaft in geordneter Verantwortung – zur Governance der Max-Planck-Gesellschaft*. München: Bavaria-Druck 2015.
- Schönstädt, Marie-Christin: »Eine neue gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt«. Über ein implizites Versprechen des Wissenschaftsrates infolge der ›Wende«. In: Jan-Hendryk de Boer (Hg.): *Praxisformen*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2019, 392–405.
- Schöttler, Peter: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext 1972–2006*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 15. Berlin 2020.
- Schuller, Wolfgang: Zwei Kulturen neuen Typs. Ost und West beim Wiederaufbau der Wissenschaftsorganisationen in den neuen Bundesländern. In: Helmut Bachmaier und Ernst Peter Fischer (Hg.): *Der Streit der Fakultäten. Oder die Idee der Universität*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 1997, 59–78.
- Schultze, Detlev: Vorwort – die Urzeit. In: *Rückblick 1997–2007. Max-Planck-Institut für Biogeochemie*. Jena: Eigenpublikation 2007, 3–5.
- Schwinn, Oliver: *Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich 1997.
- Seckelmann, Margrit: Evaluation, Projectification, Governance by Numbers and Their Impact on Academic Research: The German Perspective. In: Margrit Seckelmann u. a. (Eds.): *Academic Freedom under Pressure? A Comparative Perspective*. Cham: Springer 2021, 133–142.
- Segert, Dieter: *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*. Wien: Böhlau Verlag 2008.
- Simon, Dieter: »Ihr habt viel niedergemäht.« Dieter Simon, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, über die Zukunft der Forschung in der Ex-DDR. *Der Spiegel* 27 (1991), 40–47 (1991a).
- Simon, Dieter: Evaluationssplitter. *Rechtshistorische Journal* 10 (1991), 398–425 (1991b).
- Simon, Dieter: Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärts gewandte Rückschau. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51 (1992), 29–36.
- Simon, Dieter: Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart*. München: Verlag C. H. Beck 1998, 390–397.
- Sinn, Gerlinde und Hans-Werner Sinn: *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. Tübingen: Mohr Siebeck 1991. 3. Aufl. München: deutscher taschenbuchverlag 1993.
- Sinn, Hans-Werner: *Auf der Suche nach der Wahrheit. Autobiographie*. Freiburg/Basel/Wien: Herder 2018.
- Solingen, Etel (Ed.): *Science and the State. Domestic Structures and the International Context*. Ann Arbor: University of Michigan Press 1994.
- Staab, Heinz A.: Kontinuität und Wandel einer Wissenschaftsorganisation – 75 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Vortrag bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 13. Juni 1986. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1986, 15–36.
- Staab, Heinz A.: Ständige Mahnung zum Bewusstsein ethischer Grundlagen. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 31–32. (1990a)
- Staab, Heinz A.: Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 53–57, 60–63. (1990b)

- Stark, Isolde: Der Runde Tisch der Akademie und die Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR nach der Herbstrevolution 1989. Ein gescheiterter Versuch der Selbsterneuerung. *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), 423–445.
- Stollberg-Rillinger, Barbara: Evaluation. In: Florian Meinel u. a.: Wörterbuch der weit-schweifigen Begriffe. *Zeitschrift für Ideengeschichte* XV:4 (2021), 114–116.
- Stucke, Andreas: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (1992), 3–14.
- Süß, Werner: Der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90. Politische Strategie zwischen Euphorie und Bürokratie. In: ders. (Hg.), *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 29–49.
- Ther, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 2016.
- Thijs, Krijn: Geschichte im Umbruch. Lebenserfahrung und Historiker-Begegnungen nach 1989. In: Franka Maubach und Christina Morina (Hg.), *Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland* (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 21). Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 386–448.
- Thijs, Krijn: Der Unabhängige Historiker-Verband und die Vereinigung der deutschen Geschichtswissenschaften. In: Matthias Berg, Martin Sabrow, Olaf Blaschke, Jens Thiel und Krijn Thijs (Hg.): *Die versammelte Zunft. Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000*. Göttingen: Wallstein Verlag 2018, 653–680.
- Tidick, Marianne: Behutsamkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit von Forschung und Wissenschaft. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 51–53.
- Toro, Taryn: Rough justice for East German science? *New scientist*, 28.9.1991, 20–21.
- Trepte, Andreas: Auf dem Weg zu einer einheitlichen Forschungslandschaft. *MPG-Spiegel* 5 (1993), 31–38.
- Trischler, Helmut und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999.
- Walther, Peter Th.: Kleine Fehlerdiskussion. Eine moderat-polemische und essayistische Skizze mit Fakten, Interpretationen und Anregungen zu einer künftigen Studie zur Entwicklung der Akademien der Wissenschaften in Berlin 1989–1993. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 81 (2005), 115–134.
- Watson, James D.: Leichte Schatten über Berlin. Die Deutschen und ihre Genetiker. Anmerkungen eines Nobelpreisträgers. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.7.1997.
- Weber, Max: Der Sinn der »Wertfreiheit« der Sozial- und ökonomischen Wissenschaften (1918). In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. 3. Aufl. hg. von Johannes Winckelmann. Tübingen: J. C. B. Mohr 1968, 489–540.
- Weber, Max: Politik als Beruf (1919). In: Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter (Hg.): *Max Weber Gesamtausgabe*, Abt. I, Bd. 17. Tübingen: Mohr Siebeck 1992, 156–252.
- Wiesenthal, Helmut (Hg.): *Einheit als Privileg*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 1996.
- Wirsching, Andreas: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*. Stuttgart: DVA 2006.
- Wirsching, Andreas: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*. München: C. H. Beck 2012.
- Wodak, Ruth: »Von Wissensbilanzen zu Benchmarking«: Die fortschreitende Ökonomi-

- sierung der Universitäten. Eine Diskursanalyse. In: Rainer Diaz-Bone und Gertraude Krell (Hg.): *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*. 2., durchges. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien. 2015, 367–388.
- Wolf, Hans-Georg: German Unification as a Steam-Roller? The Institutes of the Academy of Sciences of the GDR in the Period of Transformation. In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Eds.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag/St. Martin's Press 1994, 189–232.
- Wolf, Hans-Georg: An Academy in Transition: Organizational Success and Failure in the Process of German Unification. *Social Studies of Science* 25:4 (1995), 829–852.
- Wolf, Hans-Georg: *Organisationsschicksale im deutschen Einigungsprozess. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR* (Schriften des MPI für Gesellschaftsforschung 27). Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag 1996.
- Wolfrum, Edgar: *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001.
- Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta 2006.
- Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft (AP). *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.6.1990, 31.
- Zacher, Hans F.: Herausforderung der Forschung. Ansprache des neuen Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 63–68.
- Zacher, Hans F.: Verantwortung für die Flexibilität der MPG. *MPG-Spiegel* 2 (1991), 27–29 (1991a).
- Zacher, Hans F.: Die MPG im Prozess der deutschen Einigung. *MPG-Spiegel* 4 (1991), 62–69 (1991b).
- Zacher, Hans F.: Forschung in einer demokratischen Gesellschaft. *Naturwissenschaften* 78 (1991), 433–436 (1991c).
- Zacher, Hans F.: Die deutsche Forschung lebt von der Pluralität. Ansprache des Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4 (1992), 63–69 (1992a).
- Zacher, Hans F.: Die Max-Planck-Gesellschaft steht vor den größten Herausforderungen in ihrer Geschichte. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *MPG-Jahrbuch* 1992, 13–22 (1992b).
- Zacher, Hans F.: Herausforderungen und Antworten. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4 (1993), 79–85.
- Zacher, Hans F.: Bewährungsprobe für unser Forschungssystem. *MPG-Spiegel* 2 (1994), 52–61 (1994a).
- Zacher, Hans F.: Forschung in der Krise der Gesellschaft. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4 (1994), 81–89 (1994b).
- Ziegler, Hansvolker: Ein Stück Zukunft vertan. Der Niedergang der Industrieforschung Ost. *Deutschlandarchiv* 26:6 (1993), 689–702.
- Zimmer, Dieter E.: Sag mir, wo die Forscher sind. *Die Zeit*, 31.7.1992, 33.
- Zimmer, Dieter E.: Erst mal auflösen, dann weitersehen. *Die Zeit* 45, 4.11.1994, 51.

## Literatur aus dem Internet

- Adam, Konrad: Sparen, gründen. Senat und Max-Planck-Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 59, 11.3.1997, 59, 39. [https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ\\_F19970311](https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ_F19970311). Zuletzt aufgerufen am 8.5.2021.
- Berg, Matthias: Rezension von Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. H-Soz-und-Kult, 25.6.2008. <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9762?title=r-hachtmann-wissenschaftsmanagement&recno=18&q=Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft%20im%20Nationalsozialismus&sort=newestPublished&fq=&total=35H-Soz-und-Kult-Rezensionen>. Zuletzt aufgerufen am 1.6.2022.
- Bonolis, Luisa und Juan Andrés León: Gravitational-Wave Research as an Emerging Field in the Max Planck Society. The Long Roots of GEO600 and of the Albert Einstein Institute. Revised and expanded version. arXiv:2003.00941v2 [gr-qc]. Zuerst in: Alexander S. Blum, Roberto Lalli und Jürgen Renn (Hg.): *The Renaissance of General Relativity in Context*. Basel: Birkhäuser 2020, 285–361.
- Brill, Ariane: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gesellschaft*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017. Digitaler Reprint, Potsdam: Zentrum Zeithistorische Forschung 2018. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1115>.
- Die Chancen der Krise. *Der Spiegel* 36 (1993). <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691836.html>. Zuletzt aufgerufen am 22.12.2019.
- Fritz-Vannahme, Joachim: Knapp bei Kasse. Minister Krüger ist nicht zu beneiden. *Die Zeit* 45, 1993. <https://www.zeit.de/1993/45/knapp-bei-kasse/komplettansicht>. Zuletzt aufgerufen am 30.12.2019.
- Hanke, Thomas: Auf rascher Talfahrt. *Die Zeit* 1 (1993), 1.1.1993. <https://www.zeit.de/1993/01/auf-rasche-talfahrt>. Zuletzt aufgerufen am 25.12.2019.
- Kahl, Axel-Wolfgang: Aufbruch oder Abbruch? Eine zeithistorische Universitätsgeschichte der Transformationsphase nach 1989. *Bildungsgeschichte.de*, Berlin 2022. <https://doi.org/10.25658/98j8-fc51>. Zuletzt aufgerufen am 13.3.2023.
- Kirschner, Juergen: Go, Trabi, go. Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen – an einem Max-Planck-Institut in Halle. Ein experimentalphysikalischer Erfahrungsbericht. *Die Zeit* 43, 17.10.1997. [https://www.zeit.de/1997/43/Go\\_Trabi\\_go](https://www.zeit.de/1997/43/Go_Trabi_go). Zuletzt aufgerufen am 29.12.2019.
- Kleinert, Hubert: *Das vereinigte Deutschland. Die Geschichte 1990–2020*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2021. [https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-26767-4\(1\).pdf](https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-26767-4(1).pdf). Zuletzt aufgerufen am 24.4.2022.
- Klinkmann, Horst: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Klinkmann am 8. Juni 2007. In: Kerstin Krüger (Hg.): *Die Universität zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten*. Teil 2 (Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte 2). Rostock: Universität Rostock 2008, 226–253. [http://rosdok.uni-rostock.de/file/rosdok\\_document\\_000000019/rosdok\\_derivate\\_0000003495/Studien2.pdf#page=226](http://rosdok.uni-rostock.de/file/rosdok_document_000000019/rosdok_derivate_0000003495/Studien2.pdf#page=226). Zuletzt aufgerufen am 27.2.2023.
- Laudatio zum Vorschlag Hubert Markl als Auswärtiges Mitglied. Royal Society Archive GB 117, EC/2002/45. <https://web.archive.org/web/20100124200858/https://collections.royalsociety.org>. Zuletzt aufgerufen am 9.1.2023.

- Max-Planck-Institut für Plasmaphysik: Geschichte des IPP. <https://www.ipp.mpg.de/9982/geschichte>. Zuletzt aufgerufen am 6.2.2020.
- Merkel, Reinhard: Ein bekennender Bayer. Hans F. Zacher. Der neue Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. *Die Zeit* 26 (1990), 22.6.1990. <https://www.zeit.de/1990/26/ein-bekennender-bayer>. Zuletzt aufgerufen am 1.2.2020.
- Meyer, Axel und Jürgen Mittelstraß: Hubert Simon (Jim) Markl. 17 August 1938–8 January 2015. *Biogr. Mem. Fell. R. Soc.* 71 (2021), 361–373. <https://royalsocietypublishing.org/doi/pdf/10.1098/rsbm.2021.0010>. Zuletzt aufgerufen am 10.6.2022.
- Milch, Isabella: Fusionsanlage Wendelstein 7-AS stillgelegt – Bilanz einer Erfolgsgeschichte. *Max-Planck-Institut für Plasmaphysik*, 5.8.2002. [https://www.ipp.mpg.de/ippcms/de/presse/archiv/06\\_02\\_pi](https://www.ipp.mpg.de/ippcms/de/presse/archiv/06_02_pi). Zuletzt aufgerufen am 6.2.2020.
- pro-physik.de: 25 Jahre IPP Greifswald. Weltweit größter Stellarator Wendelstein 7-X demonstriert in Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeit des Fusionsdauerbetriebs, 26.7.2019. <https://www.pro-physik.de/nachrichten/25-jahre-ipp-greifswald>. Zuletzt aufgerufen am 6.2.2020.
- Schulze, Ernst-Detlev: Vorwort – die Urzeit. In: Max-Planck-Institut für Biogeochemie: Rückblick 1997–2007. Jena: Eigenveröffentlichung, September 2007, 3–5. [https://www.bgc-jena.mpg.de/www/uploads/Institute/Profile/Rueckblick\\_2007\\_de\\_sm.pdf](https://www.bgc-jena.mpg.de/www/uploads/Institute/Profile/Rueckblick_2007_de_sm.pdf). Zuletzt aufgerufen am 30.5.2022.
- Vogel, Lars: Der geringe Anteil Ostdeutscher in den Eliten. Ein verkanntes Problem. Essay. Regierungsforschung.de 2020. <https://regierungsforschung.de/der-gering-anteil-ostdeutscher-in-den-eliten-ein-verkanntes-problem/>. Zuletzt aufgerufen am 18.7.2021.
- Vor der Schließung. Max-Planck-Institut in Göttingen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 247, 23.10.1996, 39. [https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ\\_F19961023URMax](https://fazarchiv.faz.net/document?id=FAZ_F19961023URMax). Zuletzt aufgerufen am 8.5.2021.
- Werden vier Max-Planck-Institute geschlossen? *Die Welt*, 24.10.1996. <https://www.welt.de/print-welt/article56980/Werden-etc>. Zuletzt aufgerufen am 8.5.2021.
- [https://de.wikipedia.org/wiki/Burkart\\_Philipp](https://de.wikipedia.org/wiki/Burkart_Philipp). Zuletzt aufgerufen am 16.4.2020.
- <https://www.aei.mpg.de/90053/1-History>. Zuletzt aufgerufen am 24.5.2020.
- [https://www.bgc-jena.mpg.de/www/uploads/Institute/Profile/Rueckblick\\_2007\\_de\\_sm.pdf](https://www.bgc-jena.mpg.de/www/uploads/Institute/Profile/Rueckblick_2007_de_sm.pdf). Zuletzt aufgerufen am 30.5.2022.
- <https://www.mpikg.mpg.de/6826/history>. Zuletzt aufgerufen am 28.4.2020.
- <https://www.mpri-series.mpg.de/proceedings/11/index.html>. Zuletzt aufgerufen am 28.6.2020.



## 9. Personenverzeichnis

Seitenzahlen in normaler Schrift verweisen auf Erwähnungen der jeweiligen Personen im Haupttext; Seitenzahlen in Kursivschrift verweisen auf Erwähnungen in den Fußnoten.

### A

Abbott, Alison 258  
Adams, Ralf H. 314  
Adorno, Theodor W. 186  
Albach, Horst 42  
Aldinger, Fritz 246  
Aly, Götz 304  
Antonietti, Markus 102  
Arendt, Hannah 186  
Audretsch, David 103, 134  
Aurich, Horst 45  
Axford, Ian 272

### B

Bachelard, Gaston 119  
Baldwin, Ian T. 219, 229  
Baltes, Paul 98, 249, 283  
Bartholomé, Klaus 8, 81  
Beier, Friedrich-Karl 46  
Benda-Beckmann, Franz von 252  
Benda-Beckmann, Keebet von 252  
Bengtson, Lennart 242  
Berthold, Peter 271 f.  
Bethge, Heinz 40 f., 87, 105  
Betz, Manfred 372  
Biedenkopf, Kurt 133, 155, 311 f., 343  
Bierwisch, Manfred 51–53, 69, 75, 76, 78, 215  
Bludau, Barbara 198 f., 286 f., 311, 315, 321, 324, 326, 343, 350  
Bodmer, Walter 239, 249  
Böhm, Franz 131  
Boesch, Christophe 218, 238  
Boland, Wilhelm 219, 229  
Bourdieu, Pierre 22  
Bradshaw, Alexander M. 46, 84, 107

Brede, Ortwin 78  
Breuel, Birgit 147  
Brocke, Bernhard vom 297 f.  
Brook, Richard 287 f.  
Bruch, Rüdiger vom 30  
Brunn, Anke 151, 259, 343  
Bruno, Patrick 102  
Budig, Peter-Klaus 44  
Bulle, Helmut 85  
Bulmahn, Edelgard 266, 276, 294 f., 309, 324, 342  
Buschhorn, Gerd 225, 247  
Busquin, Philippe 294  
Butenandt, Adolf 299

### C

Canguilhem, Georges 119  
Carmeliet, Peter 313 f.  
Clement, Wolfgang 313 f., 323, 343  
Comrie, Bernard 218, 238  
Cramon, Detlev Yves von 102, 127  
Crutzen, Paul J. 241 f., 244 f.

### D

Dalos, György 65  
Danzmann, Carsten 117  
Daston, Lorraine 103, 118, 353  
Dinjus, Eckard 79, 83  
Dobry, Michel 24  
Dudenhausen, Wolf Dieter 314, 322, 325, 337  
Durham, William 238, 239, 240

### E

Ebersold, Bernd 260, 271  
Edelstein, Wolfgang 118  
Ehlers, Jürgen 102, 114–117, 142

- Ehrhardt, Manfred 123, 125, 152, 177 f.,  
180, 343  
Eibl-Eibesfeldt, Irenäus 237  
Eigen, Manfred 139 f.  
Einstein, Albert 113 f.  
Enderlein, Hinrich 114, 157, 332  
Engelen-Kefer, Ursula 266  
Engler, Wolfgang 186  
Erichsen, Hans-Uwe 180  
Ertl, Gerhard 84, 106 f., 111  
Eschrig, Helmut 75, 78, 215, 224 f.
- F
- Fasalla, Paolo 293  
Fickel, Ulrich 81  
Fischer, Gunter S. 79, 217, 226–228,  
231  
Fischmeister, Hellmut 106 f.  
Förster, Eckhart 79  
Foley, Robert Andrew 240  
Foucault, Michel 15  
Fratzl, Peter 102  
Friederici, Angela D. 102, 127, 129, 353  
Frieser, Ina 42  
Fritzsch, Harald 71  
Frohwein, Jochen 293, 315  
Fromm, Beatrice 69 f.  
Frühwald, Wolfgang 90, 181, 348  
Fulde, Peter 75, 102, 135–138, 140, 142,  
161  
Fussmann, Gerd 177
- G
- Ganten, Detlev 304  
Geiger, Manfred 299  
Gerisch, Günther 230  
Gershenzon, Jonathon 219, 229  
Gigerenzer, Gerd 118  
Gilles, Ernst Dieter 219, 246–248  
Globig, Michael 172  
Glott, Peter 133  
Gönner, Hubert 114, 115  
Gösele, Ulrich M. 102, 107 f.  
Gössel, Michael 78  
Graßl, Hartmut 242  
Grin, Yuri 218, 226  
Groehler, Olaf 184  
Grossmann, Siegfried 135  
Grote, Claus 39, 41  
Grübel, Hartmut 46 f.  
Grünewald, Herbert 338, 344  
Gruss, Peter 324 f., 340  
Günter, Sibylle 254 f.  
Güth, Werner 103, 134  
Gwinner, Eberhard 271
- H
- Haber, Fritz 301  
Hachtmann, Rüdiger 15  
Hackbusch, Wolfgang 218, 224  
Haerendel, Gerhard 84, 272  
Hagfors, Tor 272  
Hahlbrock, Klaus 122, 125, 140, 274,  
333  
Hallervorden, Julius 305  
Hanke, Thomas 169  
Hann, Christopher 220, 251 f.  
Harder, Günter 84  
Harnack, Adolf von 297, 338  
Hartung, Dirk 288 f., 314  
Hasenclever, Wolfgang 31, 39, 41, 73,  
89, 96, 147, 151, 153, 157, 159, 164,  
198, 213 f., 343  
Hasselmann, Klaus 84  
Hausen, Peter 228  
Hayek, Friedrich August von 131, 277  
Heckel, David G. 219, 230  
Hehl, Friedrich 114  
Heidorn, Frank 184 f.  
Heim, Susanne 308  
Heimann, Martin 219, 242 f., 245  
Henkel, Hans-Olaf 151, 344  
Henning, Eckart 31  
Henning, Thomas 75, 79, 213, 254 f.  
Henzler, Herbert 169  
Herrhausen, Alfred 344 f.  
Hertel, Ingolf 320  
Hess, Benno 227, 297  
Heydenreich, Johannes 102, 105–109,  
123, 145, 228, 346  
Hintze, Patrick 20  
Hockerts, Hans Günter 96  
Hoem, Jan Michael 220, 237  
Hohn, Hans-Willy 188, 191

Howard, Jonathan 217  
 Huber, Franz 271  
 Huisken, Gerhard 103, 117  
 Husung, Hans-Georg 41  
 Huttner, Wieland 217, 231  
 Hyman, Anthony 217, 231

## J

Jahoda, Marie 186  
 Jaraus, Konrad H. 182  
 Jentsch, Stefan 231  
 Jesse, Eckhard 28  
 Jobst, Eberhardt 84  
 Jost, Jürgen 218, 224  
 Jülicher, Frank 102

## K

Kafatos, Fotis 233  
 Kahlweit, Manfred 111  
 Kaißling, Karl Ernst 271  
 Kaufmann, Doris 308  
 Kaufmann, Stefan H. E. 102, 121,  
 122 f.  
 Kazemi, Marion 31  
 Keinath, Wieland 180  
 Kern, Horst Franz 84  
 Kind, Dieter 247  
 Kirschner, Jürgen 102, 107 f.  
 Klee, Ernst 303  
 Klein, Wolfgang 84, 249, 250, 251  
 Kleinschmidt, Klaus 232, 268  
 Klemm, Peter 150 f., 343  
 Kleßmann, Christoph 182  
 Klinger, Thomas 103  
 Klinkmann, Horst 49, 62, 190  
 Kniep, Rüdiger 218, 226  
 Koch, Helmut 78  
 Kocka, Jürgen 9, 96, 182–184, 345  
 Köhler, Eberhart 84  
 Köhler, Rolf 78  
 Kohl, Helmut 37, 38, 66, 155, 256,  
 341 f.  
 Kompa, Karl Ludwig 111  
 Kor, Eva Mozes 305  
 Kötz, Hein 74  
 Krause, Günther 160  
 Krüger, Hans-Peter 186

Krüger, Lorenz 118 f., 270  
 Krüger, Paul 64, 160–162, 169 f., 172 f.,  
 175, 177, 331, 342  
 Krull, Wilhelm 69, 168, 172, 175 f.,  
 282  
 Kuczynski, Jürgen 57  
 Kuenheim, Eberhard von 344  
 Kurths, Jürgen 78

## L

Laks, Jona 305  
 Landfried, Klaus 316  
 Latour, Bruno 17  
 Lax, Gregor 31, 241  
 Leendertz, Ariane 187 f., 277  
 Lehmann, Hartmut 269  
 Lepenies, Wolf 25  
 Leussink, Hans 151, 275  
 Levelt, Willem J. M. 126, 239  
 Lewin, Kurt 186  
 Lipowsky, Reinhard 102, 111  
 Lorenz, Konrad 263, 270  
 Luhmann, Niklas 15 f., 187  
 Lüst, Reimar 100, 199, 247, 260

## M

Maes, Gerhard 93, 239, 268, 345  
 Magnussen, Karin 303  
 Maier, Charles S. 182  
 Maizière, Lothar de 49  
 Markl, Hubert 14, 19, 23, 44 f., 66,  
 173, 199, 209–211, 214 f., 240,  
 243 f., 254, 256–258, 260–263,  
 266–270, 272–275, 277 f., 280, 284 f.,  
 289 f., 291, 293, 296, 298 f., 300–307,  
 309–311, 315–317, 319, 321–323,  
 327, 330–332, 336, 339 f., 342 f., 350,  
 353 f., 356 f.  
 Marquardt, Regine 236  
 Marquardt, Wolfgang 246 f.  
 Marsch, Edmund 213, 272  
 Massin, Benoit 304  
 Mayer, Karl Ulrich 234 f.  
 Mayntz, Renate 30, 61, 118, 188–196  
 Melchers, Georg 97  
 Mengele, Joseph 302 f.  
 Merkel, Angela 93, 345

- Merton, Robert 28  
 Meske, Werner 187  
 Mestmäcker, Ernst-Joachim 130, 132 f.,  
 354  
 Meyer, Hans Joachim 66, 71 f., 72, 73,  
 93, 129, 133, 138, 155 f., 167, 180, 307,  
 332, 343, 345  
 Meyer, Hansgünter 187  
 Meyer, Thomas F. 102, 123, 142  
 Mitchell-Olds, Thomas 219, 229  
 Modrow, Hans 42  
 Möhwald, Helmuth 102, 111  
 Möllemann, Jürgen 37, 66, 203  
 Mommsen, Hans 299  
 Moser, Jürgen 224  
 Müller-Berghaus, Gert 75  
 Müller, Ernst-August 134  
 Müller, Stefan 218, 224
- N
- Necker, Tyll 344  
 Nesper, Reinhard 225 f.  
 Neugebauer, Gernot 79, 114  
 Neuweiler, Gerhard 181, 271  
 Nickel, Dietmar 41  
 Nicolai, Hermann 103  
 Nilius, Bernd 79  
 Nowotny, Helga 287  
 Nowak, Götz 79  
 Nowak, Siegfried 49  
 Nüsslein-Volhard, Christiane 231 f.
- O
- Oesterhelt, Dieter 84  
 Oexle, Otto Gerhard 118, 269,  
 300, 315  
 Overhaus, Manfred 343
- P
- Pääbo, Svante 218, 238 f.  
 Parthier, Benno 53, 125, 345  
 Pasternack, Peer 29, 354  
 Paul, Harry 78  
 Petermann, Christian 294  
 Peters, Jan Hendrik 75, 76, 78, 254  
 Pfeiffer, Anton 171, 184, 341  
 Philipp, Burkhart 109 f., 113
- Pinkau, Klaus 42, 62, 151, 153, 172–176,  
 178, 293–295  
 Planck, Max 300  
 Pompe, Wolfgang 78, 96  
 Prentice, I. Colin 219, 243  
 Prinz, Wolfgang 126, 240, 249
- R
- Rau, Johannes 50, 66, 340, 343  
 Reichl, Udo 219, 249  
 Rembser, Josef 44, 47, 49, 73  
 Renn, Jürgen 103, 119 f.  
 Repgen, Konrad 183  
 Reuter, Edzard 172  
 Rheinberger, Hans-Jörg 103, 119  
 Riesenhuber, Heinz 38, 45, 48, 51, 58,  
 85, 146, 158, 188, 203, 342  
 Ritter, Gerhard A. 37, 186  
 Rödder, Andreas 146  
 Röpke, Gerd 78, 254  
 Rohwedder, Detlev 345  
 Röller, Wolfgang 344  
 Rosenthal, Uwe 78  
 Rost, Jan-Michael 102  
 Rühle, Manfred 107  
 Rürup, Reinhard 298, 308  
 Rüttgers, Jürgen 177, 197, 256–258,  
 262 f. 273, 280 f., 336, 342
- S
- Sabrow, Martin 24  
 Sachse, Carola 9, 291, 305, 308 f.  
 Sackmann, Horst 69  
 Saedler, Heinz 124  
 Sauer, Joachim 75, 76, 78, 211 f.  
 Saube, Alfred 79  
 Scharpf, Fritz W. 96, 120, 162,  
 188, 249  
 Schaumann, Fritz 197, 271, 276, 343  
 Scheler, Werner 39 f.  
 Schell, Jozef 84  
 Schieder, Wolfgang 298  
 Schieren, Wolfgang 344  
 Schimank, Uwe 188 f., 191, 193, 195  
 Schimel, David 219, 243–245  
 Schipanski, Dagmar 345  
 Schlee, Günther 220, 251

- Schluchter, Wolfgang 186  
 Schmidt, Helmut 130, 150  
 Schmutzer, Ernst 69, 81  
 Schnering, Hans Georg von 75, 76  
 Schnoor, Steffi 157  
 Schön, Wolfgang 19  
 Schöttler, Peter 31, 269  
 Schröder, Gerhard 266 f., 311, 341–343  
 Schuchardt, Gerd 93, 167, 343, 345  
 Schuchardt, Helga 304  
 Schüring, Michael 268  
 Schüller, Alfred 131 f.  
 Schulze, Bert-Wolfgang 78, 222  
 Schulze, Ernst-Detlef 219, 243  
 Schutz, Bernard Frederick 116  
 Schwarz, Uli 128, 229, 254  
 Schweiger, Hans-Georg 259  
 Seidel, Max 315  
 Seidel-Morgenstern, Andreas 219, 228, 247–249  
 Seite, Berndt 157, 236  
 Selke, Rüdiger 78  
 Simon, Dieter 45, 57, 190, 208  
 Simons, Kai 217  
 Singer, Wolf 84, 126 f.  
 Sinn, Gerlinde 131  
 Sinn, Hans-Werner 131 f.  
 Späth, Lothar 94  
 Spieß, Hans-Wolfgang 111  
 Staab, Heinz A. 35 f., 38–40, 42, 48, 50 f., 53 f., 57, 60, 297 f.  
 Steglich, Frank 218, 225 f.  
 Stern, Fritz 301 f.  
 Stitt, Mark 102, 125  
 Stock, Günther 259, 344  
 Stollberg-Rilinger, Barbara 289  
 Stolleis, Michael 141, 302  
 Stolpe, Manfred 157, 202, 332, 346  
 Strauss, Michael 78, 215  
 Streit, Manfred E. 103, 131 f.  
 Stucke, Andreas 193, 195  
 Süßmuth, Rita 270  
 Sundmacher, Kai 219, 249  
 Syrbe, Max 44, 61, 151, 188
- T  
 Teltshik, Horst 38
- Terpe, Frank 47, 60  
 Teufel, Erwin 267  
 Tidick, Marianne 55 f., 177, 288, 343  
 Tomasello, Michael 218, 238, 240, 241  
 Traub, Peter 259  
 Trautner, Thomas 121, 139, 238  
 Treder, Hans-Jürgen 113  
 Trepte, Andreas 155 f., 212, 214  
 Treusch, Joachim 176, 321  
 Trischler, Helmuth 30
- V  
 Vaupel, James Walton 220, 235–237  
 Verschuer, Othmar Freiherr von 300, 303  
 Vestweber, Dietmar 313 f.  
 Vierhaus, Rudolf 297 f.  
 Vogel, Bernhard 94, 229, 259, 342 f.
- W  
 Wagner, Friedrich 103  
 Walthers, Herbert 68 f., 71, 84, 94, 105  
 Watson, James D. 300  
 Weber, Max 12, 16  
 Wegner, Gerhard 109, 137, 357  
 Weidenmüller, Hans-Arwed 84, 109, 134 f.  
 Weiler, Elmar 125  
 Weindling, Paul 302  
 Weinert, Franz Emanuel 84, 162, 180, 185, 249, 283, 298, 302, 348  
 Weiss, Cornelius 129  
 Wetzker, Reinhard 79  
 Weizsäcker, Richard von 340 f.  
 Whitley, Richard 22  
 Wickler, Wolfgang 240, 270 f.  
 Wiesenthal, Helmut 29, 76, 78  
 Willmitzer, Lothar 102, 123 f.  
 Wilms, Dorothee 184  
 Winnacker, Ernst Ludwig 304, 307, 317  
 Wintgen, Dieter 138  
 Wissmann, Matthias 158, 342  
 Witt, Ulrich 103, 134, 354  
 Wolf, Hans-Georg 189

## Z

- Zacher, Hans F. 19, 21, 23, 26 f., 35, 46,  
54–57, 59–61, 64, 68, 74, 77, 81, 92,  
94, 99 f., 105, 107, 112, 117, 123, 126,  
144 f., 147, 149–154, 157 f., 163 f.,  
170 f., 174, 180, 188 f., 198, 202, 204,  
211, 238, 249, 257 f., 260, 262, 273,  
279 f., 285, 292, 297, 333, 335, 339,  
343, 346, 348, 350, 355 f.
- Zehetmair, Hans 176, 240, 264, 268,  
271, 324 f., 343
- Zeidler, Eberhard 218, 222 f.,  
224
- Zerial, Marino 217
- Ziller, Gebhard 43, 158, 185, 343
- Zimmermann, Roland 78
- Zobel, Hans-Jürgen 84